Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 1948 in zwei Bänden Band 11/2

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands



Glanz und Elend der deutschen Geschichte
von 1870 bis 1948
in zwei Bänden
Band 11/2

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung:
Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands

Inhaltsverzeichnis Band 11/2	**Seite**
Der Zweite Weltkrieg (Fortsetzung des Zweiten Dreißigjährigen Krieges), Teil 2 Deutsche Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg Stalins Kriegsziele und Kriegsführung Der sowjetische Partisanenkrieg und die Taktik der "verbrannten Erde" Die Verfolgung und Auswanderung der Juden Die Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges Ausländische Berichte über die Verfolgung der europäischen Juden und unterlassene Hilfeleistungen der Anti-Hitler-Koalition Antideutsche Außenpolitik, US-Hilfslieferungen, Kriegskonferenzen der Alliierten und Ziele der Besatzungspolitik Der Morgenthau-Plan Konferenz von Jalta Der Luftkrieg (1940-1945) Das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 Die Lage östlich der Oder-Neiße-Linie 1944/45 Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945 Die Flucht vor der Roten Armee Einmarsch der sowjetischen Truppen östlich der Oder-Neiße-Linie Stalins Liquidationspolitik Das Schicksal der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie Der Zusammenbruch des NS-Regimes	3-173
Die "Stunde Null": Deutschland während der Nachkriegszeit Die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht Absetzung und Internierung der "geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches" Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen Die Berliner Deklaration Das Potsdamer Abkommen Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Die alliierte Befreiungsmission in Mittel- und Westdeutschland Reparationen und Wiedergutmachung Entnazifizierung und Umerziehung der Deutschen in Mittel- und Westdeutschland	174-344

Die Hungerpolitik der sogenannten Befreier Die Liquidierung des preußischen Staates	
Der Kalte Krieg Der Marshall-Plan Keine deutsche Friedensregelung Währungsreform in den Besatzungszonen Die Berlin-Blockade Gründung des Staates Israel	345-362
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	363-372

Der Zweite Weltkrieg (Fortsetzung des Zweiten Dreißigjährigen Krieges), Teil 2

Deutsche Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg

Die deutschen Feldkriegsgerichte (Militärgerichtsbarkeit zur Aburteilung aller strafbaren Handlungen von Militärpersonen) gingen bis zum Kriegsende unnachgiebig gegen alle Straftäter vor. Die Feldkriegsgerichte wurden bestimmten Truppenverbänden der deutschen Wehrmacht zugeordnet. Während des Zweiten Weltkrieges war ein Kriegsrichter für die Vorbereitung und Erhebung der Anklage zuständig. Die ordentlichen Rechtsmittel wurden durch ein besonderes Nachprüfungsverfahren des militärischen Oberbefehlshabers eines Truppenverbandes gewährleistet.

Die deutschen Heeresgerichte sorgten trotz der totalitären NS-Diktatur während des Zweiten Weltkrieges selbständig und frei für Zucht und Ordnung (x029/76). Zahlreiche untadelige Richter, die sich nicht mit dem verbrecherischen NSDAP-Regime abfinden konnten und wollten, "flüchteten" im Verlauf des Krieges in die Heeresgerichte der deutschen Wehrmacht und baten um Übernahme durch die Heeresjustiz.

Die meisten deutschen Heeresrichter lehnten Hitlers "Barbarossa-Gerichtsbarkeitserlaß", der Straffreiheit für strafbare Handlungen von Militärpersonen in der UdSSR anordnete, konsequent ab.

Hitler, der 1941 den berüchtigten "Barbarossa-Erlaß" und den "Kommissar-Befehl" erteilt hatte, versuchte erstaunlicherweise während des Zweiten Weltkrieges nie, die deutschen Wehrmachtsrichter direkt zu beeinflussen.

Ehemalige Richter der deutschen Heeresgerichte berichteten später (x029/76): >>... Als Heeresrichter, der ich seit 1. Mai 1937 gewesen bin, habe ich beim Einsatz in keinem einzigen Fall von irgendeiner Seite Weisungen entgegennehmen müssen. Seitens der NSDAP ist dies niemals geschehen, weder in Friedenszeiten noch im Krieg.

Auch im Fall eines kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen einen höheren Funktionär einer Gauleitung der NSDAP, das in Rußland durchgeführt worden ist, ist keinerlei Einflußnahme erfolgt oder auch nur versucht worden. Die Heeresgerichte waren im Feld von derartigen Einflußnahmen vollkommen frei. ...

... In meiner ganzen richterlichen Tätigkeit bis zum Ende des Krieges als Armeerichter, als Heeresgruppenrichter, als Richter beim Reichskriegsgericht habe ich nie irgendwelche Einflüsse der Partei zu spüren bekommen, auch bei den Gerichtsherren nicht. ... Ich habe 5 Oberbefehlshaber gehabt, völlig ausgeschlossen, daß da irgendwie die Partei hineinredete. Die Frage, inwieweit die Heeresjustiz abhängig war, kann ich in dem Sinne beantworten: sie war unabhängig.<<

Innerhalb der deutschen Wehrmacht gab es nachweislich keine offizielle Haßpropaganda oder Mordaufträge gegen Zivilisten. Die Wehrmachtssoldaten verübten zwar ebenfalls vielerorts Gewaltverbrechen, aber es handelte sich fast ausschließlich um Einzeltäter. Die meisten deutschen Offiziere waren noch nach alter preußischer Tradition ausgebildet und achteten besonders wachsam auf die Disziplin ihrer Soldaten. Es gab natürlich auch einige fanatische NS-Offiziere, wie z.B. Generalfeldmarschall Schörner, aber diese deutschen "Polit-Kommissare" stellten nur unrühmliche Ausnahmen dar.

Die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmachtssoldaten wurden an allen West- und Ostfronten unnachgiebig juristisch verfolgt. Auch im Verlauf des Polen- und Rußlandfeldzuges wurden Ausschreitungen und Kriegsverbrechen, die deutsche Wehrmachtangehörige gegenüber der Zivilbevölkerung verübten, disziplinarisch oder kriegsgerichtlich bestraft. Morde an Zivilisten, Vergewaltigungen und Plünderungen wurden grundsätzlich mit der Todesstrafe geahndet.

Die Feldkriegsgerichte zogen alle Wehrmachtssoldaten, die Verbrechen verübten, ausnahms-

los und unnachsichtig zur Verantwortung. Die Heeresrichter fällten ihre Urteile nach kurzfristigen Verhandlungen. Sie ließen viele Todesurteile sofort gemäß Kriegsrecht vollstrecken und in den besetzten Dörfern oder Städten öffentlich bekanntmachen (x029/73). Nur in besonderen Ausnahmefällen, wie z.B. fahrlässiger Totschlag im Alkoholrausch, jugendliche Straftäter, Rache für Angehörige, wandelten die Wehrmachtsrichter die Todesurteile in langjährige Zuchthausstrafen um.
Vom 1. September 1939 bis zum 30. November 1944 verurteilten die deutschen Feldkriegsgerichte 9.413 deutsche Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zum Tod und ließen die Mehrheit der Verurteilten hinrichten (x023/155). Während des Zweiten Weltkrieges fällten die deutschen Feldkriegsgerichte rd. 16.000 Todesurteile (x051/385).
Die Wehrmachtsjustiz verfolgte jedoch nur Kriegsverbrechen der Wehrmachtsangehörigen. Da die NS-Justiz bereits im Oktober 1939 eine "Sondergerichtsbarkeit" für alle Straftaten der SS- und Polizeiangehörigen erlassen hatte, durften die Feldkriegsgerichte diesen Personenkreis nicht verfolgen. Sämtliche Kriegsverbrechen der Waffen-SS, der SS- und SD-Einsatzgruppen oder der organisierte Völkermord in den Vernichtungslagern waren damit der Verfolgung durch die deutsche Wehrmachtsjustiz entzogen.
Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtete später über die "Waffen-SS" (x051/615-616): >>Waffen-SS, seit November 39 gebräuchliche Sammelbezeichnung für die bewaffneten Verbände der SS und Polizei.
Die Waffen-SS umfaßte mithin die bisherige Verfügungstruppe, die Totenkopfverbände und die Junkerschulen, ferner die aus Kräften der Ordnungspolizei neu aufgestellte Polizeidivision sowie die Angehörigen der zuständigen Zentraldienststellen. Schon bald wurden teils aus haushaltsrechtlichen Gründen, teils um bestimmte Personenkreise vor einer Einziehung zur Wehrmacht zu schützen, weitere SS-Einrichtungen – insbesondere diverse Ausbildungsstätten sowie sämtliche KZ – zu Teilen der Waffen-SS erklärt.
Auch die KZ-Inspektion wurde im August 40 vorübergehend, d.h. bis zu ihrer Eingliederung in das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt im März 42, in das neu geschaffene, als militärische Kommandozentrale der Waffen-SS konzipierte "SS-Führungshauptamt" integriert, ohne freilich ihre Eigenständigkeit einzubüßen.
Auch in Bezug auf die Kampfverbände der Waffen-SS war die Zuständigkeit des Führungshauptamtes stark eingeschränkt, da diese größtenteils in das Feldheer eingegliedert und den jeweiligen Kommandobehörden des Heeres taktisch unterstellt waren. Hinzu kam, daß diese Verbände als Teile der Gesamt-SS in personeller, ausbildungsmäßiger, disziplinarer und strafrechtlicher Hinsicht den Weisungen auch anderer SS-Dienststellen unterworfen waren.
War der Aufbau einer SS-eigenen Armee vor dem Krieg am Widerstand besonders der Heeresleitung gescheitert, so ermöglichte deren Einflußverlust in Verbindung mit den Zwängen des Krieges eine grundlegend neue Entwicklung. Die bewaffnete SS, die vor Kriegsbeginn nicht einmal im Divisionsverband bestanden hatte, verfügte gegen Kriegsende bei einer Gesamt-Iststärke von mehr als 600.000 Mann über … 38 Divisionen, 16 Generalkommandos und ein Armeeoberkommando.
Der Preis für diese stürmische Entwicklung war eine v.a. seit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion zunehmende Aufweichung des – formell freilich nie aufgegebenen – Freiwilligkeitsprinzips bei gleichzeitiger Lockerung der Tauglichkeitsbestimmungen sowie die Heranziehung einer wachsenden Zahl volksdeutscher und ausländischer Freiwilliger aus fast allen Ländern Europas.
Der Wandel der Waffen-SS von einer kleinen Prätorianergarde zu einer schließlich nur noch in der Minderheit aus rein deutschen Soldaten bestehenden multinationalen Massenarmee führte, zumal unter den Bedingungen des Krieges, sowohl zu einer allmählichen Erosion der weltanschaulichen Geschlossenheit der Waffen-SS als auch zu einer weitgehenden Einbuße

ihrer militärischen Elitequalität.
Die Konsequenz aus dieser Entwicklung war eine von der SS-Führung 1944 vorgenommene Dreiteilung der Waffen-SS. Deren Kern bildeten danach die nur aus "ordenfähigen" SS-Männern bestehenden "SS-Divisionen". Daneben gab es die mit nicht SS-tauglichen Deutschen und "Germanen" - d.h. West- und Nordeuropäern - aufgefüllten "Freiwilligendivisionen" sowie schließlich die aus "nicht-germanischen", zumeist osteuropäischen Freiwilligen, aufgestellten "Waffendivisionen" der SS.
Die militärische Qualität aller dieser Verbände war entsprechend ihrer personellen Zusammensetzung und materiellen Ausstattung, ihrem Ausbildungsstand und der Qualität ihres insgesamt sehr heterogenen Führerkorps höchst unterschiedlich.
Der Ruf, der an allen Fronten - mit Ausnahme Nordafrikas - eingesetzten Waffen-SS, als einer militärischen Elite beruht auf den herausragenden Leistungen relativ weniger personell und materiell bestausgestatteter Verbände, die zumeist – wie die Divisionen "Leibstandarte", "Das Reich", "Totenkopf" oder "Wiking" – aus den Stämmen der Vorkriegs-SS hervorgegangen waren.
Die Kehrseite der für diese Verbände charakteristischen Selbstaufopferungsbereitschaft war eine gegen Feind und Zivilbevölkerung oftmals rücksichtslose Kriegführung, die durch eine Fülle von Kriegsverbrechen belegt ist, wie z.B. in Le Paradis, Klisura, Oradour, Malmédy.
Deswegen und aufgrund der organisatorischen und personellen Verknüpfungen mit anderen Teilen der SS einschließlich des Vernichtungsapparats - Einsatzgruppen, Konzentrationslager usw. wurde die Waffen-SS im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zur Verbrecherischen Organisation erklärt.
In der Tat war die Waffen-SS, obwohl dienst- und haushaltsrechtlich ein staatliches, formell dem Geschäftsbereich des Reichsinnenministeriums zugeordnetes Organ, stets Teil der Gesamt-SS und als solcher der militärische Exponent einer auf die Person Hitlers fixierten Führerexekutive. Unbeschadet ihrer Frontverwendung im Rahmen des Kriegsheeres und der oft engen Kooperation zwischen Heeres- und SS-Verbänden war die Waffen-SS mithin weder rechtlich noch ihrer historischen Genese nach ein "vierter Wehrmachtteil".<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die "Sondergerichtsbarkeit" für alle Straftaten der SS- und Polizeiangehörigen (x029/-245-246): >>... Schon der Polenzug offenbarte das Dilemma, in dem die untersuchenden deutschen Richter standen. Einerseits waren sie damit beauftragt, völkerrechtswidrige Handlungen des Gegners festzustellen. Andererseits wurden einige von ihnen im Laufe ihrer Tätigkeit mit Kriegsverbrechen der eigenen Seite konfrontiert, denn bereits während des Feldzuges setzten die Morde des SD ein. Nicht jeder Richter erfuhr, was sich im rückwärtigen Gebiet abgespielt hat, aber einige haben die Schandtaten selbst gesehen und darüber an ihre Vorgesetzten berichtet. ...
Auch der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Johannes Blaskowitz verlangte im Oktober 1939 ein Verfahren wegen Mordes und Plünderung gegen zwei SS-Standartenführer – aber vergeblich. Blaskowitz verfaßte daraufhin zwei Beschwerden, die Hitler zugingen. ... Wegen seiner Proteste wurde Blaskowitz dann am 5. Mai 1940 abgesetzt.<<
Obgleich die Wehrmachtsrichter Hitlers völkerrechtswidrigen Befehle ablehnten (natürlich gab es auch Ausnahmen) und die deutschen Kriegsverbrechen konsequent ahndeten, waren alle Bemühungen letzten Endes vergeblich.
Die aufgehetzten, rachsüchtigen kommunistischen Sieger hielten sich später nachweislich nicht an die Regeln des Kriegs- und Völkerrechts oder fragten gewöhnlich überhaupt nicht nach Schuld oder Unschuld.
Nach der militärischen Niederlage wurden die Wehrmachtssoldaten, Soldaten der Waffen-SS, Volkssturmangehörige und andere Uniformträger, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, für

alle Verbrechen der SS- und SD-Sondereinheiten verantwortlich gemacht. Wer nicht zu den Siegern gehörte, mußte gemäß Kollektivschuld bzw. Sippenhaftung bitter büßen.
Schlußbemerkungen: Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.

Stalins Kriegsziele und Kriegsführung
Für Stalin war der Krieg ein hilfreiches Instrument, um von den großen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Stalin wollte der UdSSR außerdem endlich eine angemessene weltpolitische Stellung verschaffen. Nach den menschverachtenden Lehren des Stalinismus "heiligte" der Zweck jedes Mittel. Die Höhe der Opfer spielte keine Rolle. Entscheidend war nur der Erfolg. Stalin war entschlossen, seine "kommunistische Weltrevolution" um jeden Preis in Europa und in Asien zu verwirklichen.
Der deutsche Historiker Dr. Manfred Kehrig schrieb später über Stalins Anteil am Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges (x046/9-11): >>... Die seit Jahren geführte Diskussion über den Anteil der Sowjetunion am Ausbruch des Krieges mit Deutschland 1941 freilich muß unter der Prämisse geführt werden, daß dieser Krieg eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod zwischen zwei totalitären Systemen war, die sich zur Erreichung ihrer politischen Ziele der gleichen Mittel und Methoden bedienten. Dies war nach 1945 kaum ins Bewußtsein der westeuropäischen Gelehrten gerückt, denn die Sowjetunion war 4 Jahre Verbündeter der westlichen Demokratien gewesen und hat unter einem ungeheuren Zoll an Gut und Blut schließlich zum Sieg über Deutschland Entscheidendes beigetragen. ...
Wer in Westdeutschland das sowjetische System in den Jahrzehnten des Zweiten Weltkrieges kritisch untersuchte, auf seine kompromißlose Mißachtung von Freiheit und Menschenwürde, auf Terror und Unterdrückung hinwies, wurde nicht selten als Faschist beschimpft, als Neonazi verdächtigt, an Leib und Gut bedroht. Unter dem Banner des Antifaschismus versammelten sich all jene, die außer dem sowjetischen System nichts anderes mehr gelten lassen wollten. …
Die sich im Frühjahr 1941 deutlich zum Vorteil der Sowjetunion verschiebende Lage, die von der deutschen Führung nur schemenhaft aufgeklärt werden konnte, ließ Hitler den Juni 1941 als den letztmöglichen Termin erscheinen, um überhaupt noch einen präventiven Krieg führen zu können. Auf der anderen Seite hatte Stalin allem Anschein nach den Angriffstermin im Frühjahr 1941 von 1942 auf Juli-September 1941 vorgezogen, um die an der sowjetischen Westgrenze konzentrierte deutsche Wehrmacht in mehreren wuchtigen Schlägen zu vernichten ...
Bisher überhaupt noch nicht ins Bewußtsein der westliche Welt getreten ist, daß nämlich Stalin den Krieg gegen das Deutsche Reich als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipiert und dann auch durchgeführt hat, so wie Hitler seinem Feldzug gegen die Sowjetunion wesentlich rassenkämpferische Motiv beimischte.
Hierbei kam Stalins Befehl vom 6. November 1941, alle Deutschen ohne Unterschied totzuschlagen, eine besondere Rolle zu, denn die unter Anleitung von Ilja Ehrenburg arbeitende sowjetische Propaganda sorgte dafür, daß dieser Befehl nicht nur bis zum letzten Soldaten bekannt gemacht, sondern auch exekutiert wurde.
Die Aufforderung zur Ermordung deutscher Kriegsgefangener und Verwundeter stand vom ersten Tage des Krieges an auf der Tagesordnung und erlebte eine infernalische Steigerung, als die Rote Armee Ende 1944 deutsches Staatsgebiet erreichte und gegen die deutsche Zivilbevölkerung auf Weisung ihrer Befehlshaber und politischen Verwaltungen mordend, vergewaltigend, plündernd und sengend vorging, noch bis in die Wochen nach dem 8. Mai 1945 in ihren besetzten Gebieten eine breite Blutspur legend. ...<<

Stalins erbarmungslose Vernichtungsstrategie richtete sich nicht nur gegen die deutschen Soldaten, sondern auch gegen die eigenen Truppen und die sowjetische Zivilbevölkerung. Der sowjetische Kampfstil war völlig anders, als z.B. die Kriegsführung der westlichen Alliierten. Die westlichen Alliierten bombardierten meistens tagelang die deutschen Stellungen, bevor man überhaupt die ersten Infanteriesoldaten einsetzte. Im Gegensatz zu den Nordamerikanern und Briten schonten die sowjetischen Befehlshaber ihre Soldaten nicht, denn Menschenleben waren für die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare gewöhnlich gleichgültig.
Nach den verlustreichen Kesselschlachten der Jahre 1941-1942 ließ man vielerorts völlig kampfunerfahrene Zivilisten an der Kampffront einsetzen. Diese sogenannten "Arbeitermilizen" wurden notdürftig eingekleidet, bewaffnet und mit Lastkraftwagen direkt an die Kampffront transportiert. Die neuaufgestellten "Arbeitermilizen" mußten danach sofort an den Gefechten teilnehmen und erlitten zwangsläufig sehr hohe Verluste. Manche Polit-Kommissare hetzten ihre Infanterieeinheiten kurzerhand ohne Artillerieunterstützung in das feindliche Artillerie- und MG-Feuer und "verheizten" sie "ohne Rücksicht auf Verluste".
An einigen Frontabschnitten jagte man die Rotarmisten sogar bewußt durch Minenfelder, um keine eigenen Panzer zu verlieren. Für die sowjetischen Truppeneinheiten gab es grundsätzlich keinen Rückzug, denn "Feiglinge" wurden gewöhnlich von den fanatischen Polit-Kommissaren oder Komsomolzen, die während der Gefechte hinter der Kampffront warteten, sofort liquidiert.
Das deutsche IX. Armeekorps meldete am 2. August 1941 (x046/135): >>... Die feindlichen Angriffe werden trotz stärkster Verluste außerordentlich zäh geführt. ... Durch eigene Beobachtungen und Gefangenenaussagen wurde festgestellt, daß die russische Infanterie durch MG-Feuer von rückwärts und mit der Pistole von den Kommunisten in den Kampf getrieben wird.<<
Stalin unterzeichnete am 12 September 1941 den Befehl Nr. 001919. Danach sollten innerhalb von 5 Tagen in jeder Division der Roten Armee sog. Absperrabteilungen in Bataillonsstärke aufgestellt werden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über Stalins Absperrabteilungen (x046/127): >>... Diese gut bewaffneten, auch mit einigen Panzern und Panzerwagen ausgestatteten Absperrabteilungen erhielten die Befugnis, ein eigenmächtiges Zurückweichen der Fronttruppen mit Waffengewalt zu verhindern und alle in Panik geratenen Soldaten, die sich dem Kampf entziehen wollten, niederzuschießen.<<
Als die sowjetischen Truppen in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Ostkrieges meistens regelrecht überrollt wurden oder fluchtartig den Rückzug antreten mußten, machte Stalin vor allem seine Generäle für diese schmachvollen Niederlagen verantwortlich. Bereits im Juni/Juli 1941 ließ Stalin zahlreiche sowjetische Armeeführer, wie z.B. Generalmajor Korobkow und Generalmajor Kosobutskij, wegen "Landesverrat" degradieren, zum Tod verurteilen und durch Erschießungskommandos hinrichten (x040/84).
Diese sowjetischen Offiziere gehörten zwar nicht zu den überragenden Strategen und Taktikern der Roten Armee, aber sie waren für die meisten militärischen Katastrophen des Ostkrieges im Jahre 1941 nicht verantwortlich. Fast kein sowjetischer Armeeführer bzw. "Landesverräter" war schuldig, aber die Schuldfrage spielte zu Stalins Zeiten sowieso keine entscheidende Rolle. In der damaligen UdSSR ging es ausschließlich um Abschreckung und Angst, deshalb "verschickten" Stalins Helfer die Familienangehörigen dieser angeblichen "Landesverräter" ausnahmslos nach Sibirien.
Stalin, der wie Hitler den Oberbefehl der militärischen Streitkräfte übernommen hatte, war kein Militärstratege. Der "Stählerne" vermied wie Hitler jede persönliche Gefahr und hielt sich während des gesamten Ostkrieges nur einige Stunden an den Kampffronten auf. Die gigantischen sowjetischen Verluste von angeblich 13,6 Millionen Rotarmisten müssen zu einem

erheblichen Teil Stalins militärischer Unfähigkeit zugerechnet werden. Trotz dieser unfaßbaren Verluste wurde Stalin im Jahre 1945 zum "Generalissimus" der Sowjetunion ernannt.

Die Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen

Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung von 1907 gekündigt hatte und das Genfer Kriegsgefangenen-Abkommen von 1929 ablehnte, befürchtete die deutsche Wehrmachtsführung vor dem Rußlandfeldzug das Schlimmste. Diese deutschen Befürchtungen wurden jedoch bei weitem übertroffen, denn seit Beginn des Ostkrieges mißachteten die Sowjets vielerorts die damals bestehenden Regeln und Gesetze des Völkerrechts.

Der sowjetische Oberbefehlshaber der 5. Armee, Generalmajor Potapow, schrieb am 30. Juni 1941 an die Kommandeure der Kampfeinheiten und Chefs der Abteilungen für politische Propaganda (x029/288-289): >>... Es ist nicht vereinzelt vorgekommen, daß Rotarmisten und Kommandeure, erbittert über die Grausamkeiten der faschistischen Räuber ... keine Soldaten und Offiziere gefangennehmen, sondern an Ort und Stelle erschießen.

Als Folge dieser Maßnahmen ergibt sich bei der Leitung die Schwierigkeit, die feindliche Aufstellung festzustellen, den politisch-moralischen Zustand des Heeres zu ermitteln sowie diese für die Auswertung bei der Arbeit unter den Truppen des Feindes auszunützen.

Gleichzeitig ist dieses aber auch vom politischen Standpunkt aus nicht richtig, da unsere Aufgabe darin besteht, daß der Soldat des deutschen Heeres auf die Seite der Roten Armee übergeht; wird es aber bekannt, daß Gefangene erschossen werden, hört der Zustrom auf.

Ich ordne daher an:

1. Allen Kämpfern und Kommandeuren die Schädlichkeit der Erschießung der in die Gefangenschaft geratenen Soldaten und Offiziere plausibel zu machen und die Gefangenen ohne Verzögerung nach hinten zu befördern zwecks einer Mitarbeit mit ihnen.
2. Ich verbiete kategorisch, selbständige Erschießungen vorzunehmen.<<

Am 1. Juli 1941 gerieten z.B. 180 deutsche Soldaten, die größtenteils nicht verwundet waren, in sowjetische Gefangenschaft. Fast alle deutschen Gefangenen wurden damals auf der Straße von Klewan nach Broniki in der Ukraine kurzerhand erschossen.

Obgleich gemäß Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung "die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat, ..." eindeutig verboten war (x029/206), erteilte Stalin im November 1941 offiziell den Befehl, die "Hitler-Generation" auszurotten und keine deutschen Gefangenen mehr zu machen.

In seiner Rede zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution forderte Stalin am 6. November 1941 in Moskau, alle Deutschen, die auf russischem Boden angetroffen werden, zu vernichten (x046/260,262): >>... Nun wohl, wenn die Deutschen einen Vernichtungskrieg wollen, so werden sie ihn bekommen (stürmischer, langanhaltender Beifall).

Von nun an wird es unsere Aufgabe, die Aufgabe der Völker der Sowjetunion, die Aufgabe der Kämpfer, der Kommandeure und der politischen Funktionäre unserer Armee und unserer Flotte sein, alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten (stürmischer Beifall, Rufe: "Sehr richtig!" Hurrarufe).

Keine Gnade den deutschen Okkupanten! Tod den deutschen Okkupanten! (stürmischer Beifall) ...

Um aber diese Ziele verwirklichen zu können, gilt es, ... alle deutschen Okkupanten ... bis auf den letzten Mann auszutilgen (stürmischer, langanhaltender Beifall). …<<

>>... Beutedokumente und Gefangenenaussagen lassen an dem Befehlscharakter der Stalinaufforderung tatsächlich keinen Zweifel. So war nach den Aussagen eines gefangenen Regimentskommissars für die Behandlung deutscher Kriegsgefangener maßgebend der "Befehl

Stalins vom November 1941", demzufolge "alle Kriegsgefangenen ... zu erschießen sind", wenngleich dieser Kommissar zugleich die Einschränkung machen wollte, Überläufer würden als Gefangene nach hinten abgeschoben.
Dem widersprach jedoch die Aussage des Armeeangehörigen Kisilov vom Schützenregiment 406. Sein Zugführer, Unterleutnant Kolesnicenko, habe vor dem Angriff auf Leskij am 17. Januar 1942 folgenden Befehl des Regimentskommissars verkündet: "Es werden keine Gefangenen gemacht, alle Deutschen werden erschlagen. Keiner darf am Leben bleiben." ...<<
Der Chef der Politischen Abteilung der 9. Kavalleriedivision verteilte im Dezember 1941 folgende Direktive an die sowjetischen Kommissare aller Einheiten (x046/254): >>... Erklärt den Kämpfern und Kommandeuren, daß der Feind nirgends Schonung finden wird, in diesem Sinne auch bei den höheren Stäben nicht. ... Zur Auseinandersetzung mit ihnen kommen wir immer noch rechtzeitig. Keiner der Eindringlinge wird unser Land lebend verlassen.<<
Der sowjetische Stabschef der Aufklärungsabteilung der 33. Armee, Hauptmann Potapow, meldete im Dezember 1941 (x029/293): >>... 100 Kriegsgefangene, die von der ersten "G.M." Schützendivision gemacht wurden, wurden in Anbetracht der komplizierten Lage auf Befehl der Kommissare der Division erschossen. ... Im ganzen wurden 115 Mann erschossen.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über "Stalins Vernichtungskrieg" (x046/20,223): >>... So hat nicht nur Hitler, wie eine bestimmte Zeitgeschichtsschreibung glauben machen will, sondern gerade auch Stalin, die politische und militärische Führung der Roten Armee, in der Auseinandersetzung von Anfang an Methoden angewendet, die in ihrer Brutalität alles bisher Dagewesene in den Schatten stellten. Schon das praktisch mit dem ersten Kriegstage einsetzende systematische Aufputschen der Angehörigen der Roten Armee, die Erzeugung infernalischer Haßgefühle gegen die Soldaten der eindingenden feindlichen Heere, lassen alle hierzulande verbreiteten Legenden über die angeblich allein an der Weigerung Hitlers gescheiterten Möglichkeiten einer "humanen" Kriegsführung in ein Nichts zusammenfallen. ...<<
>>… Konnte der deutsch sowjetische Konflikt als Zusammenstoß zweier gegensätzlicher sozialistischer Systeme nur mit der völligen Vernichtung eines der beiden Kontrahenten enden, so entsprachen auch die Methoden der Kriegführung in ihrer Schonungslosigkeit vollauf dem totalitären Anspruch, der die beiden Ideologien charakterisierte.
"Der vergangene Krieg war von beiden Seiten aus ein grausamer", schrieb Jakusevskij 1993 in der Zeitschrift NOVOE VREMJA, "Die Methoden der Kriegführung waren bei beiden totalitären Systemen ähnlich."
Geschichtliche Interpretationen, die hierzulande den Eindruck zu erwecken versuchen, als hätte sich der Konflikt an der deutsch-sowjetischen Front in humaneren Formen austragen lassen, wenn nicht Hitler und die Wehrmachtführung schon bei der Planung des Unternehmens 'Barbarossa' die herkömmlichen Regeln und Gebräuche des Krieges skrupellos außer Kraft gesetzt hätten, gehen an dem Kern der Dinge vorbei, da sie jede Berücksichtigung der Verhältnisse auf sowjetischer Seite vermissen lassen.
Das schließt natürlich die Vermeidung unnötiger Härten auf deutscher Seite nicht aus. Und es war gewiß der kardinale Fehler Hitlers gewesen, den russischen Menschen in seinem Patriotismus und den russischen Soldaten in seiner Tapferkeit verkannt und die einzigartige Gelegenheit zur Gewinnung des russischen Volkes vertan zu haben - eine Verblendung, die das Scheitern des Krieges in Rußland unabwendbar machte.<<
In einem sowjetischen Flugblatt vom Dezember 1941 hieß es z.B. (x029/296-297): >>... Die Deutschen müssen bis zum letzten Mann vernichtet werden, sie haben sich als Okkupanten auf das Gebiet unserer Heimat gestürzt. Keine Gnade den deutschen Okkupanten. Tod den deutschen Okkupanten.<<
Aufgrund dieser völkerrechtswidrigen Anordnungen wurde die sowjetische Kriegsführung

immer härter und gnadenloser und fast bis zum Ende des Ostkrieges durch fürchterliche Grausamkeiten und unvorstellbare Ausschreitungen geprägt, denen ungezählte deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.
Allein in den Jahren 1941-42 kamen nach sowjetischen Frontberichten 90 % bis 95 % bzw. etwa 175.000 deutsche Kriegsgefangene ums Leben (x023/245).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x046/327-328): >>... Die Mordtaten an deutschen Kriegsgefangenen setzten bereits um den 22. Juni 1941 ein; spontan und auf der ganzen Linie der Front und nicht etwa, wie behauptet wird, als angebliche Racheaktion auf die sowjetischerseits anfangs überhaupt nicht bekannten und im übrigen im Mai 1942 auf Druck des deutschen Heeres hin wieder aufgehobenen Kommissarrichtlinien.
Morde an wehrlosen deutschen und verbündeten Soldaten wurden nicht selten von sowjetischen Offizieren, vielfach solchen höherer Ränge, befohlen, zumindest aber geduldet, auch wenn manche Kommandostellen schon aus Gründen der Feindaufklärung, immer wieder, und das heißt vergeblich, versuchten, eigenmächtige Erschießungen zu unterbinden.
Was aber war von der Masse der Rotarmisten auch anderes zu erwarten, wenn sie in Abständen von wenigen Tagen von der Frontpropaganda unter der Anführung eines Ehrenburg dazu aufgerufen wurden, "alle Deutschen zu töten, die in unser Land eingedrungen sind", "sie ganz einfach zu vernichten" ...
Angesichts der in der Roten Armee erzeugten Pogromstimmung, die sich nicht etwa gegen die "Faschisten", sondern grundsätzlich gegen alle Deutschen richtete, war es für den gemäßigten Teil des sowjetischen Kommandobestandes schwierig (und manchmal nicht ungefährlich), dem zügellosen Treiben Einhalt gebieten zu wollen.<<
Am 8. August 1943 wurden z.B. 165 deutsche Kriegsgefangene und 125 Hilfswillige nach dem Verhör von betrunkenen Komsomolzen des 42. Schützenregiments - Führung: Oberstleutnant Kotelnik - erschossen oder erschlagen. Einige Kriegsgefangene, die man bei dem Massaker nur schwer verletzte, erhielten erst 2 Stunden später den "Gnadenschuß" (x029/327).
Wenn die deutschen Soldaten nach den Kampfeinsätzen lebend in sowjetische Gewalt gerieten, war es meistens gleichbedeutend mit Folter und Tod. Vielfach begnügten sich die Sowjets nicht damit, ihre Kriegsgefangenen mit dem "typischen Genickschuß" zu liquidieren, denn in zahlreichen Fällen wurden die Kriegsgefangenen vor ihrer Ermordung noch bestialisch gequält oder sadistisch verstümmelt.
Meistens kannten die Rotarmisten auch gegenüber dem deutschen Sanitätspersonal und den verwundeten Lazarettinsassen keine Gnade. Ungezählte bewegungsunfähige Krüppel und schwerverwundete Soldaten wurden in ihren Krankenbetten getötet. Den unbewaffneten Ärzten, Krankenschwestern und Nachrichtenhelferinnen erging es nicht besser.
Erst gegen Ende des Jahres 1943 ließ Stalin die Tötung von Kriegsgefangenen ausdrücklich verbieten, weil er dringend Arbeitskräfte benötigte. Dieser Befehl wurde bis zum Kriegsende aber nicht von allen Einheiten der Roten Armee eingehalten. Auch in den letzten Kriegsmonaten liquidierten aufgehetzte Rotarmisten noch ungezählte deutsche Kriegsgefangene. Aufgrund der Tatsache, daß nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in der UdSSR mittlerweile ein Mangel an Arbeitskräften herrschte, ließ Stalin später sogar Belohnungen für lebende deutsche Kriegsgefangene auszahlen (x029/302).
Nach dem sowjetischen Einmarsch 1944/45 beachteten die siegreichen Truppen die gefangenen Wehrmachtssoldaten vielerorts zunächst überhaupt nicht, weil die Jagd nach Kriegsbeute wesentlich wichtiger war. Häufig machten sich die Sowjets nicht einmal die Mühe, ihre Feinde gefangenzunehmen. Die deutschen Soldaten meldeten sich oft selbstständig bei den sowjetischen Kommandanturen, denn in manchen besetzten Dörfern und Städten war es die einzige

Möglichkeit, den haßerfüllten jugoslawischen, polnischen und tschechischen Milizen, Partisanen und Zivilisten zu entkommen.
Von den rd. 3,2 Millionen deutschen Kriegsgefangenen, die von 1941-1945 in sowjetische Gefangenschaft gerieten, starben mindestens 1,1 Millionen (x029/277).

Stalins Kriegspropaganda

Die stalinistische Kriegspropaganda - Ilja Ehrenburg und andere Propagandisten - rief jahrelang zur erbarmungslosen, konsequenten Vernichtung aller deutschen Soldaten auf.
In einem sowjetischen Flugblatt forderte man z.B. die sowjetische Bevölkerung folgendermaßen zum bewaffneten Widerstand auf (x029/285-286): >>Sammelt Waffen, erhebt Euch gegen die Deutschen, vernichtet sie bis auf den letzten Mann. Rächt euch an den deutsch-faschistischen Schurken. Rächt die an Euren Frauen begangenen Vergewaltigungen. Rächt die Quälereien an dem Volk. Rächt ... die Zerstörung Eurer Städte und Dörfer. Nehmt für alles Rache. Blut um Blut! Tod um Tod!<<
In den Tagesbefehlen vermittelten die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare der Roten Armee grundsätzlich den Eindruck, daß nicht nur die SD- und SS-Einsatzgruppen, sondern auch die deutschen Wehrmachtssoldaten alle sowjetischen Gefangenen foltern und ermorden würden. Vor allem die große Angst, nach der Gefangennahme mißhandelt und umgebracht zu werden, beeinflußte die Kriegsführung an der Ostfront entscheidend. Da weder Rotarmisten noch die deutschen Landser in Gefangenschaft geraten wollten, gab es meistens keine Kapitulation. Oftmals gingen die erbitterten Kämpfe "bis zum letzten Mann".

Sowjetische Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen

Zu jeder sowjetischen Kompanie gehörte seit Juli 1941 grundsätzlich mindestens ein Politleiter, der innerhalb der Roten Armee die Einflußnahme und die Verwirklichung der KPdSU-Politik gewährleistete. Die Kriegskommissare besaßen als Regierungsbeauftragte besondere Vollmachten. Sie waren häufig die eigentlichen Befehlshaber der einzelnen Truppenteile. Jeder Politkommissar verfügte in seiner Kompanie über Spitzel, so daß er sofort über alle internen Vorgänge informiert wurde.
Wesentliche Tätigkeiten der Politleiter und der KPdSU-Führungsorgane in den Streitkräften der Roten Armee waren z.B. die Herausbildung von politischen und ideologischen Überzeugungen, die Aufrechterhaltung hoher Gefechtsbereitschaft und die Steigerung der Kampfkraft aller Streitkräfte sowie die Festigung der "militärischen Disziplin" und Mobilisierung von Reservisten. Ihre Hauptaufgabe war es, die "politische Erziehung" der Soldaten zu gewährleisten und die Kommandeure bei der militärischen Führung zu unterstützen. Die Politkommissare waren meistens fanatische und zu jedem Opfer bereite Kämpfer, denn Hitlers gnadenloser "Kommissarerlaß" versperrte ihnen jeden Weg in die Gefangenschaft.
Innerhalb der Roten Armee wurden außerdem verstärkt Komsomol-Organisationen, die Kampfabteilungen des Jugendverbandes der KPdSU, eingesetzt, deren Hauptaufgabe es war, die jungen Rotarmisten zur "aufopferungsvoller Ergebenheit", zu Mut und Heldentum zu erziehen. Die sogenannten "Stalin-Schüler" arbeiteten eng mit den kommunistischen Politarbeitern und KP-Parteiorganisationen zusammen. Sie begleiteten meistens die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten.
Zur "parteipolitischen Erziehung und Führung" der sowjetischen Streitkräfte schickte die KPdSU von 1941-45 insgesamt 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Ostfront. Die Reihen der sowjetischen Politorgane wurden ununterbrochen aufgefüllt. Nach sowjetischen Angaben fielen mehr als 3,0 Mio Mitglieder dieser "Politarbeiter" an der Ostfront (x047/107).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die sowjetischen Kriegs-

kommissare (x046/122): >>... Der Kriegskommissar war "neben dem Kommandeur" ... eindeutig auch der "militärische Führer seiner Abteilung". Er hatte nicht nur den gesamten Mannschaftsbestand, sondern auch die Kommandeure, Einheitsführer und Offiziere zu überwachen und zu bespitzeln und hierbei "mit den Stellen der Militärstaatsanwälte und Tribunale und der Besonderen Abteilungen zusammenzuarbeiten". Die Kriegskommissare und Politischen Leiter hatten die 'bedingungslose Erfüllung' aller Kampfaufträge sicherzustellen und waren dafür verantwortlich, daß die Soldaten mit 'Tapferkeit' und 'unerschütterlicher Bereitschaft' "bis zum letzten Blutstropfen mit den Feinden unserer Heimat kämpfen".
Sie also in erster Linie waren es, die die Rotarmisten ohne Rücksicht auf Verluste in das Feuer jagten. Zugleich war der Kommissar verpflichtet, einen "rücksichtslosen Kampf mit den Feiglingen, Panikmachern und Deserteuren zu führen, indem er mit harter Hand die revolutionäre Ordnung und Kriegsdisziplin wiederherstellt".
Dies bedeutete, mit anderen Worten, jeden Soldaten, unabhängig von seinem Rang, beim Versuch des Überlaufens oder der Gefangengabe oder beim Sichtbarwerden von 'Angriffsmüdigkeit' "auf der Stelle zu erschießen". Ebenso bedeutete dies die 'mitleidlose' Vernichtung der "Feigen und Panikmacher, Mutlosen und Deserteure", das heißt aller, "die selbständig ohne Befehl die Stellung verlassen". ...
Ihre überragende Rolle in der Roten Armee als Aufpasser und Antreiber brachte es für die Kommissare und Politischen Leiter mit sich, daß die Masse der Soldaten in ihnen einen Gegenstand der Furcht und Abneigung erblickte. Dies galt insbesondere auch für die in ihrer Führerstellung eingeengten und oft auch persönlich bedrohten Offiziere ...<<

Der sowjetische Partisanenkrieg und die Taktik der "verbrannten Erde"
Nach den ersten verlustreichen Niederlagen aktivierte Stalin umgehend das tiefverwurzelte russische Nationalgefühl.
Am 1. Juli 1941 rief das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Weißrußlands zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf und forderte (x046/128-129): >>Jede Verbindung im Hinterland des Gegners zu vernichten, Brücken und Straßen zu sprengen oder zu beschädigen, Treibstoff- und Lebensmittellager, Kraftfahrzeuge und Flugzeuge anzuzünden, Eisenbahnkatastrophen zu arrangieren, Feinde zu vernichten, ihnen weder Tag noch Nacht Ruhe gebend, sie überall zu vernichten, wo man sie erwischt, sie mit allem zu töten, was man zur Hand hat: Beil, Sense, Brecheisen, Heugabeln, Messern ...
Bei der Vernichtung der Feinde schreckt nicht davor zurück, beliebige Mittel anzuwenden: Erwürgt, zerhackt, verbrennt, vergiftet den faschistischen Auswurf. ...<<
Am 3. Juli 1941 proklamierte Stalin in einer Rundfunkrede den "Großen Vaterländischen Krieg" und rief nach altbewährter russischer Tradition und Kriegstaktik zum Partisanenkrieg bzw. zur "Aktion der verbrannten Erde" auf (x106/112, x222/105): >>Brüder und Schwestern! Durch den uns aufgezwungenen Krieg ist unser Land in einen Kampf auf Leben und Tod mit seinem erbittertsten Feinde, mit dem deutschen Faschismus eingetreten. ...
Was muß geschehen, um die über unserem Vaterland schwebende Gefahr zu beseitigen? ...
Es ist für den Sowjetstaat und die Völker der Sowjetunion eine Frage auf Leben und Tod, ob die Völker der Sowjetunion frei oder versklavt sein werden. Alles muß den Interessen der Front und der Niederzwingung des Feindes untergeordnet werden. ...
Die Rote Armee und Marine, alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fußbreit des sowjetrussischen Bodens verteidigen. ... Im Falle eines Rückzuges muß das gesamte Rollmaterial mitgeführt werden. ... Alles von Wert ... muß unbedingt vernichtet werden, wenn es nicht mitgenommen werden kann.
In den vom Feind besetzten Gebieten sind Partisanenabteilungen ... zu schaffen, die gegen die feindlichen Einheiten kämpfen, überall den Guerillakrieg entfachen. ... In den überfallenen

Gebieten sind für den Feind unerträgliche Verhältnisse zu schaffen. ...<<
>>... Dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilogramm Getreide und kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben. Partisanenabteilungen zu Fuß und zu Pferd müssen gebildet werden, zur Sprengung von Brücken und Straßen, zur Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen, zur Niederbrennung der Wälder ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Rundfunkrede vom 3. Juli 1941 (x046/87-88): >>... Wer die russische Militärgeschichte kennt, weiß um die hohen Qualitäten des russischen Soldatentums, um die oft bewiesene Tapferkeit der russischen Krieger beim Angriff und besonders bei der Verteidigung ihres Vaterlandes.
Von den Deutschen ist 1941 vielfach verkannt worden, welch hohes Maß an Heimat- und Vaterlandsliebe den russischen Menschen und den russischen Soldaten seit jeher innewohnt. In den Akten finden sich nach Kriegsausbruch in der Tat ungezählte Beispiele dafür, daß sowjetische Soldaten, aus welchen Gründen auch immer, an manchen Stellen in aufopfernder Gegenwehr bis hin zu ihrem Tode ausgeharrt und gekämpft haben.
Solche Fälle sind von der sowjetischen Geschichtsschreibung jedoch in unzulässiger Weise verallgemeinert und in bewußter Irreführung ist alles ignoriert worden, was mit dem Propagandabild des Sowjetheroismus nicht übereinstimmt. Denn es erhebt sich doch die Frage, welchen Grund die russischen Soldaten eigentlich gehabt haben sollen, "bis zur letzten Patrone, bis zum letzten Blutstropfen" für den "Genossen Stalin" und sein terroristisches Regime zu kämpfen, das ihnen und ihren Völkern die entsetzlichsten Leiden und Entbehrungen auferlegt hatte.
Stalin selbst, zunächst voller trügerischer Erwartungen über Stärke und Zusammenhalt der Roten Armee und erst nach Tagen von einem "lähmenden Schock" getroffen, hat sich hinsichtlich dieser Frage jedenfalls keinen Illusionen hingegeben. Er führte den Zusammenbruch der Fronten zutreffend nicht nur auf ein Versagen der Führung, sondern vor allem auf einen mangelnden Kampfeswillen der Truppen der Roten Armee zurück.
Und um den Soldaten 'Sowjetpatriotismus' einzuhauchen und jene Haltung zu erzeugen, die bis in unsere Tage hinein als 'Massenheroismus' bezeichnet wird, gab es für ihn nur eine Methode, auf der sein ganzes Herrschaftssystem beruhte, die Anwendung eines Höchstmaßes von Zwang und Terror, verbunden mit der Entfachung einer zügellosen Propagandakampagne zur politischen Beeinflussung.
Als er es am 3. Juli 1941 wagte, sich im Radio erstmals an die Völker der Sowjetunion zu wenden, kündigte er an, worauf es ihm jetzt ankam: "Es ist ferner notwendig, daß in unseren Reihen kein Platz für Feiglinge, Panikmacher und Deserteure sei", hieß es in dieser ersten Kriegsrede: ... Der Führungsapparat der Roten Armee setzte die Intentionen umgehend in Befehle um, die den Soldaten keine andere Wahl mehr lassen sollten, als zu kämpfen oder zu sterben.<<
Marschall Semjon K. Timoschenko, Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront, rief am 6. August 1941 alle Einwohner "der vom Feinde besetzten Gebiete" zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf (x046/129): >>... Überfallt und vernichtet die deutschen rückwärtigen Verbindungen, Transporte und Kolonnen, verbrennt und zerstört die Brücken, zerreißt die Telegraphen- und Telephonleitungen, zündet Häuser und Wälder an. Schlagt den Feind, quält ihn zu Tode durch Hunger, verbrennt ihn durch Feuer, vernichtet ihn durch die Kugel und Handgranate. ...
Für die Ausführungen der Zerstörungen im Rücken des Feindes verwendet weitgehendst die örtlichen Mittel, verwendet Hilfsmittel, welche Sprengstoffe verlangen. ... Zündet die Lager an. Vernichtet die Faschisten wie tolle Hunde.<<
Der sogenannte "Vaterländische Krieg" - Kampf für "Mütterchen Rußland" - führte zu einer

regelrechten Wiederbelebung der schwer angeschlagenen Roten Armee. Die sowjetischen Truppen und Partisaneneinheiten erledigten Stalins Zerstörungsbefehle gewissenhaft und gründlich. Während der Rückzugsgefechte verwüsteten die abrückenden Truppen der Roten Armee und die nachrückenden Partisanen, die vielerorts hinter den deutschen Linien operierten, riesige Gebiete. Zahlreiche Industriebetriebe, Treibstofflager und andere kriegswichtige Anlagen wurden kompromißlos gesprengt und zerstört.
Vor dem Rückzug verbrannten die Sowjets nicht selten riesige Waldflächen, Kornfelder, Lebensmittellager und vergifteten regelmäßig das Wasser in allen Brunnen und Teichen. Die materiellen Zerstörungen erreichten gigantische Ausmaße. Für die zurückgebliebene sowjetische Zivilbevölkerung bedeuteten diese systematischen Zerstörungen vielfach jahrelange Hungersnot und unvorstellbares Elend.
Nach dem Kriegsende machte Stalin die deutschen Truppen für sämtliche Zerstörungen verantwortlich, obgleich bereits durch die planmäßigen sowjetischen Vernichtungsaktionen Schäden in Milliardenhöhe entstanden waren. Nach sowjetischen Angaben büßte die sowjetische Wirtschaft angeblich 65 % ihrer Kohlenbergwerke, 58 % ihrer Stahlwerke und 41 % ihres Eisenbahnnetzes ein. Die deutschen Verlierer mußten später auch für die sowjetischen Vernichtungsaktionen jahrzehntelang enorme Reparationen leisten.
Obwohl Stalin die sowjetische Bevölkerung ab Juli 1941 wiederholt zum Partisanenkampf hinter der Front aufrief, ereigneten sich in den ersten Wochen und Monaten fast keine Sabotageakte oder gar Partisanenüberfälle. Erst als nach Abschluß der Kampfhandlungen die SS- und SD-Einsatzgruppen in den besetzten sowjetischen Gebieten auftauchten, änderte sich die Lage grundlegend. Schon nach kurzer Zeit verbreiteten die SS- und SD-Todeskommandos, die z.T. braune Uniformen mit goldenen Abzeichen trugen, Angst und Schrecken unter der sowjetischen Bevölkerung.
Da die SS- und SD-Sonderkommandos grundsätzlich weit hinter den Kampftruppen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS "operierten", blieben die ungeheuerlichen Massenmordaktionen, die vor allem gegenüber der jüdischen Zivilbevölkerung, verübt wurden, zunächst größtenteils unbekannt. Das eigentliche Ausmaß der SD- und SS-Greueltaten wurde vielfach erst im Verlauf der fluchtartigen deutschen Rückzugsbewegungen bekannt.
Nach der Entdeckung dieser unvorstellbaren Massenverbrechen protestierten einige deutsche Generäle beim OKH oder direkt bei Hitler. Die entsetzten und verbitterten Generäle warnten vor den zwangsläufigen Folgen dieser menschenverachtenden, unverantwortlichen "Besatzungspolitik". Diese Befürchtungen wurden sehr schnell bestätigt, denn nach den ersten Massenmordaktionen der SS- und SD-Einsatzgruppen begann in der UdSSR schlagartig der von allen deutschen Landsern gefürchtete Partisanen-Krieg.
Nachdem man die deutschen Truppen in den nichtrussischen Westgebieten der UdSSR, insbesondere in den baltischen Ländern, Bessarabien und in der Ukraine anfänglich als Befreier vom bolschewistischen Joch gefeiert hatte, wich die große Begeisterung plötzlich einer tiefen Enttäuschung. Hitlers Ausrottungs- und Vernichtungspolitik verursachte schnell den entscheidenden Umschwung, so daß sich schließlich fast alle unterdrückten sowjetischen Völker schweren Herzens für Rußland bzw. Stalin und den ungeliebten Bolschewismus entschieden. Hitlers menschenverachtende "Besatzungspolitik" trieb in jenen Tagen Hunderttausende von Zivilisten zu den sowjetischen Partisanen. Dieser Partisanen-Krieg wurde damals nicht für den verhaßten Stalin, sondern für die eigene Heimat geführt.
Infolge der NS-Untermenschentheorie entwickelten sich in der Sowjetunion allmählich überall tödliche Haß- und Rachegefühle gegen alle Deutschen. Die grausame NS-Besatzungspolitik, die vielerorts durch Massenerschießungen, Zwangsdeportationen und brutale Unterdrükkung der "slawischen Untermenschen" gekennzeichnet wurde, führte zwangsläufig zu Partisananenanschlägen und Überfällen.

Die Tage, an denen die sowjetische Bevölkerung die Wehrmachtssoldaten mit Brot und Salz begrüßten, waren danach endgültig vorbei. Infolge der sinnlosen Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen mußten die deutschen Soldaten nun auch noch ständig hinter ihren Stellungen um ihr Leben kämpfen, denn schon bald tobte in der UdSSR ein heimtückischer Partisanenkrieg.
Die strategische Führung und die militärische Koordination der sowjetischen Partisanenbewegung übernahmen zentrale Stäbe der KPdSU. Die Chefs der Partisanenbewegung waren Marschall Woroschilow und Generalleutnant Ponomarenko, der ab 1944 Vorsitzender des Rats der "Volkskommissare" wurde.
Während des "Großen Vaterländischen Krieges" kämpften nach sowjetischen Angaben 6.200 Partisanenformationen, mit mehr als 1.320.000 Partisanen, hinter den Fronten des Feindes (x047/229). Die stärksten Partisanenbewegungen operierten in Belorußland, Smolensk, Leningrad, Kalinin und in der Ukraine. Ab 1944 wurden außerdem 7 große Verbände und 26 Partisaneneinheiten in Polen und 20 Partisanenverbände in der Tschechoslowakei eingesetzt (x047/230).
Im direkten Frontgebiet und weit hinter der deutsch-sowjetischen Front tobte ab Herbst 1941 ein blutiger, unerbittlicher Partisanenkrieg. Der Kampf gegen die Partisanen weitete sich im Verlauf des Ostkrieges immer mehr aus, so daß man zum Schluß sogar von einer "2. Front" sprechen mußte. Die schwerbewaffneten Partisanen, die häufig mit Maschinenpistolen und Handgranaten ausgerüstet waren, verübten fast täglich Überfälle und Sabotageakte hinter den deutschen Linien.
Oft beteiligten sich auch Frauen und Kinder an den Mordanschlägen gegen arglose deutsche Wehrmachtssoldaten. Manche halbwüchsige Kinder bettelten tagsüber bei den Landsern um Nahrung. Später warfen diese "harmlosen Bettler" im Schutz der Dunkelheit kaltblütig ihre Handgranaten in die vollbesetzten Schlafräume oder Zelte der verhaßten deutschen Soldaten.
Ungezählte deutsche Landser, die als Wachtposten, Melde- und Nachschubfahrer oder als Sanitäter ihren harten Dienst erfüllten, wurden heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet und z.T. bestialisch massakriert.
In einigen Gebieten konnten die deutschen Nachschubkolonnen nur noch während des Tages fahren und mußten zusätzlich von Kampftruppen eskortiert werden. Im Dezember 1941 überfielen z.B. russische Partisanen in Roslawl ein deutsches Lazarett und ermordeten 120 verwundete Soldaten, 2 Ärzte und mehrere Krankenschwestern (x029/127).
In den riesigen Wäldern der Sowjetunion waren die ortskundigen und trickreichen Partisanen fast nicht zu stellen. Da sich in den besetzten sowjetischen Gebieten die Partisanenüberfälle dramatisch erhöhten, führte die deutsche Wehrmacht ab 1942 brutale Vergeltungsaktionen durch. Bei diesen Vergeltungsmaßnahmen kamen naturgemäß viele unschuldige Zivilisten ums Leben.
Die deutschen Truppenführer reagierten im allgemeinen völlig hilflos, denn sie hatten damals keinen "blassen Schimmer", wie sie die Partisanen- und Bandenbekämpfung gestalten sollten. Die Wehrmachtsführung versuchte es danach jahrelang erfolglos, den neuartigen osteuropäischen Partisanenkrieg, mit den "altbewährten Mitteln" der Westfront zu bekämpfen. Um die besetzten hinteren Frontgebiete zu "befrieden", mußten z.T. mehr als 200.000 Wehrmachtssoldaten abgezogen werden.
Ein Armeebefehl an die deutschen Wehrmachtseinheiten des "Ostheeres" lautete damals wie folgt (x073/195): >>... Bekämpfung reichsfeindlicher Bestrebungen und Elemente (Kommunisten, Juden und dgl.) ... ist in den besetzten Gebieten allein Aufgabe der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, die in eigener Verantwortung die notwendigen Maßnahmen treffen und durchführen. Eigenmächtiges Vorgehen einzelner Wehrmachtsangehöriger oder Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen ... ist verboten.<<

Aufgrund der Tatsache, daß die Partisanen das gebräuchliche Kriegsrecht nicht beachteten und deshalb völkerrechtswidrig handelten, war die Erschießung von überführten Partisanen nach dem damals gültigen Kriegsrecht grundsätzlich "erlaubt".
Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 Artikel 1 galten für den Partisanenkrieg und Widerstandsbewegungen verbindliche Rechtsgrundsätze und Rechtsvorschriften: Nach einer durchgeführten Besetzung war gemäß Kriegsrecht kein ziviler Widerstand der Bevölkerung zulässig. Für die Rechtmäßigkeit der Kampfhandlungen verlangte das Kriegsrecht außerdem, daß die Gegner auch aus großer Entfernung erkennbare Uniformen und Abzeichen tragen mußten, die Waffen sichtbar führten und allgemeine Regeln des Krieges einhielten. Diese Bedingungen wurden von den sowjetischen Partisanen jedoch in der Regel nicht erfüllt.
Der sogenannte "Volkskrieg" war gemäß Artikel 2 HLKO nur unter folgenden Umständen erlaubt (x029/221): >>... Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Artikel 1 HLKO zu organisieren, wird als kriegsführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges hält.<<
In der UdSSR konnte man die Partisanen nicht mit Härte und Rücksichtslosigkeit abschrekken. Durch die Strafexpeditionen und brutalen Vergeltungsmaßnahmen erreichte die deutsche Wehrmacht nur, daß sich der Partisanenkampf immer mehr ausweitete und die bereits übliche Grausamkeit und Härte des Untergrundkampfes sogar noch mehr gesteigert wurde. Da man fast alle sowjetischen Partisanen nach der Gefangennahme liquidierte, kämpften sie naturgemäß entsprechend fanatisch. Letzten Endes blieben fast alle militärischen Strafmaßnahmen der deutschen Wehrmacht wirkungslos.
Nach sowjetischen Angaben zerstörte die Partisanenbewegung in der UdSSR von 1941-45 rd. 10.000 Lokomotiven und mehr als 110.000 Eisenbahnwagen, 65.000 Kraftfahrzeuge und 12.000 Brücken. Außerdem brachten die Partisanen 20.000 Züge des Gegners zum Entgleisen und sprengten 58 deutsche Panzerzüge in die Luft (x047/230).
Etwa 300.000 deutsche Soldaten wurden von sowjetischen Partisanen getötet (x069/186).
In der offiziellen Geschichte des sowjetischen Partisanenkampfes berichtete Generalleutnant Ponomarenko, daß sogar ca. 500.000 deutsche Soldaten von sowjetischen Partisanen getötet wurden.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die deutsche NS-Besatzungspolitik in der Sowjetunion (x025/112-113): >>... Als Hauptpunkte wären ... zu nennen: Schlechte Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung - vielerorts bis zur Hungersnot -, ferner Deportation von sogenannten Fremdarbeitern nach Deutschland, exzessive Geiselerschießungen, Grausamkeit gegenüber politischen Gefangenen, Niederbrennen von Ortschaften in Partisanengebieten und schließlich der sogenannte Kommissarerlaß, wonach politische Kommissare ohne Gerichtsverfahren sofort zu erschießen waren. ...
Interessant ist dabei eine amerikanische Umfrage unter 1.000 verschleppten Russen, die in ihrer Heimat die deutsche Besatzung miterlebt hatten. ... Bei der Frage, wer von allen Deutschen sich am besten benommen hat, stimmten 10 für SS und SD, 69 für die Garnisonstruppen, 162 für die Zivilisten und 545 für die Frontsoldaten.
Daß im Heer abgesehen von einigen schwarzen Schafen Hitlers völkerrechtswidrige Befehle im wesentlichen sabotiert wurden, war bald in Berlin bekannt und blieb auch der russischen Bevölkerung nicht verborgen, die durchaus zwischen SS und Einsatzgruppen einerseits und regulären Truppen andererseits zu unterscheiden wußten. ...<<
Schlußbemerkungen: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die sowjetische Kriegsführung (x025/111,258): >>... Ein Teil der Millionverluste der Roten Armee geht auf das Konto der Menschenverachtung ihrer eigenen Führer, etwa nach

dem Motto: "Wenn wir an ein Minenfeld kommen, greift unsere Infanterie genauso an, als wäre es nicht da" - Äußerung von Marschall Shukow gegenüber General Eisenhower - ...<<
>>Als weitere Ursachen für die extrem hohen Verluste der Roten Armee sind genannt worden: Bewußtes "Verheizen" von Strafbataillonen, Tötung eigener Verwundeter auf dem Rückzug, Liquidation unzuverlässiger Armeeteile ...<<

Die Verfolgung und Auswanderung der Juden

Hitler rief bereits am 28. März 1933 alle NS-Parteiorganisationen zum Boykott der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...
Hitler forderte ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<
Am 1. April 1933 fand bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdischen Kaufleute, Ärzte und Rechtsanwälte statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden begann. NSDAP- und SA-Angehörige organisierten den Boykott jüdischer Geschäfte. Vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern hetzten damals SA-Männer gegen die Juden - "Deutsche wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!" - "Hier kaufen sie bei einem Juden!".
Der französische Botschafter berichtete am 1. April 1933 über die ersten Judenverfolgungen in Berlin (x191/63): >>Am festgesetzten Tag durchziehen SA-Kolonnen die ganze Stadt, halten die Juden an und verprügeln sie. Sie dringen in die … Cafes und Restaurants am Kurfürstendamm ein und jagen die jüdischen Gäste mit Prügeln hinaus.
SA-Truppen stellen sich am Eingang der Geschäfte auf, kleben kleine Plakate auf die Schaufenster: "Jüdisches Geschäft! Hier kaufen keine Deutschen!" und hindern die Leute am Eintreten. In den Geschäften selbst werden die Besitzer krumm und lahm geschlagen, ihre Waren werden geplündert, und unter Androhung weiterer Schläge erpreßt man von ihnen Geld. So geht es den ganzen Tag.<<
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler schrieb am 1. April 1933 in Paris über den Judenboykott (x032/39): >>... Dieser verbrecherische Wahnsinn hat alles vernichtet, was in 14 Jahren an Vertrauen und Ansehen für Deutschland wieder gewonnen war.<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus schrieb später über den "Judenboykott" am 1. April 1933 (x051/286-287): >>Judenboykott, erste zentral gesteuerte Aktion der Nationalsozialisten gegen die Juden in Deutschland nach der Machtergreifung, am 28.3.33 von der Parteiführung für den 1.4., 10 Uhr, befohlen.
Der Boykott sollte sich gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser, Rechtsanwälte und Ärzte wenden. Legitimiert wurde er damit, daß es gelte, der "Greuelhetze" und der Aufforderung zum Boykott deutscher Waren zu begegnen, die das "internationale Judentum" gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtet habe. Der Judenboykott stellte damit im Sinne des nationalsozialistischen Antisemitismus eine Kampfansage gegen die "Weltverschwörung des Judentums" dar.
Die Aktion, die durch ein "Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze" unter Streicher in München geleitet wurde, hatte die politische Funktion, die Juden gesellschaftlich auszugrenzen und zugleich die Herrschaft des Nationalsozialismus zu stabilisieren. "Der Führer sagte mir, sogar die Reichsfahne, das Hoheitszeichen, würde im Ausland beleidigt, und wir müßten jetzt dem Weltjudentum sagen: Bis hierher und nicht weiter." …
Überall gründete die NSDAP lokale Aktionskomitees, die den Judenboykott propagieren und organisieren sollten. Um den Boykottaufruf mit Gewalt durchzusetzen, zogen um 10 Uhr Posten der SA und SS auf. Sie sollten nach offizieller Formulierung "die Bevölkerung vor dem Betreten jüdischer Geschäfte warnen", die vielfach durch Plakate und Schmierereien markiert

waren. Wer trotzdem in jüdischen Geschäften einkaufte, war oft Schikanen ausgesetzt. Auch Übergriffe gegen Juden waren nicht selten und führten zur Verunsicherung der jüdischen Bürger.
Der Stabilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft dienten nach dem Programm des Münchener Zentralkomitees Pläne, die Presse zur Unterstützung des Judenboykotts zu bewegen, ferner Versammlungen in den Betrieben abzuhalten, in denen die Arbeiter von der Notwendigkeit des Judenboykotts überzeugt werden sollten.
Der Boykott, der an einem Samstag stattgefunden hatte, wurde in der folgenden Woche nicht fortgesetzt, da die innen- und außenpolitischen Folgen der NSDAP Sorgen bereiteten. Es kam aber in der Folgezeit weiterhin zu Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte. Überdies schuf die NSDAP durch ihre Propaganda eine permanente Boykottstimmung gegen die Juden.<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über den "Antisemitismus" nach Hitlers Machtergreifung (x051/31): >>... Daß die NSDAP beabsichtigte, der antisemitischen Propaganda tatsächlich Taten folgen zu lassen, stellte sie bald nach der Machtergreifung durch den Judenboykott vom 1.4.33 und das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33 unter Beweis. Aus dem antisemitischen Programm wurde, was vielfach auch in bürgerlichen Kreisen und auch unter den deutschen Juden nicht für möglich gehalten worden war, die Judenverfolgung und schließlich die Endlösung.
Vom Begriff des Antisemitismus wollten die Nationalsozialisten, nachdem sie ihre Macht etabliert hatten, bald nichts mehr wissen: 1935 versah das Propagandaministerium die deutsche Presse mit der Weisung, "in der Judenfrage das Wort antisemitisch oder Antisemitismus zu vermeiden, weil die deutsche Politik sich nur gegen die Juden, nicht aber gegen die Semiten schlechthin wendet. Es soll statt dessen das Wort antijüdisch gebraucht werden."
Außenpolitische Rücksichten, auf die arabische Welt, veranlaßten die Nationalsozialisten, den zentralen Begriff aus der Kampagne gegen die Juden zu verbannen. …
Nachdem 1933 alle politischen Gegenpositionen bis auf Reste in der Kirche ausgeschaltet worden waren, konnte sich auf Basis des verbreiteten Antisemitismus ein "dynamischer" und nach Aktionen drängender Antisemitismus ungehindert entfalten. ... Er dominierte in der NSDAP und bildete für den Zusammenhalt der Partei und besonders der SS eine wichtige Integrationskraft.
Innerhalb der Bevölkerung fand die Partei für den dynamischen Antisemitismus nur begrenzt Anklang. Deutlich wurde das anläßlich der Kristallnacht, an der die Bevölkerung nur hier und da und oft nur mit Randgruppen aktiv beteiligt war. Die Zuschauerrolle dominierte, ja, kritische Stellungnahmen gewannen an Gewicht, wie sich aus dem Ansteigen entsprechender Fälle vor dem Sondergericht München ersehen läßt.
Es gelang allerdings der NSDAP, die antisemitische Haltung in der Bevölkerung fester zu verankern. Das führte dann dazu, daß die Deportation der deutschen Juden 1941 und die aufkommenden Gerüchte über ihre Ermordung nur sehr schwache Reaktionen hervorriefen. Latenter Antisemitismus, sicher auch eine allgemeine Einschüchterung, bewirkten bei der Dominanz eigener Sorgen im Kriegsalltag eine Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Juden, die der NSDAP die ungehinderte Durchführung ihrer Ausrottungspolitik ermöglichte.<<
In Chicago und New York protestierten am 10. Mai 1933 erstmalig nordamerikanische Juden gegen die "Inquisition in Deutschland" und forderten den Wirtschaftsboykott Deutschlands (x032/54): >>... Nieder mit dem Hitlerismus, dem Zerstörer der deutschen Arbeiterbewegung und der Gefahr für den Weltfrieden. ... Öffnet den deutschen Juden die Tore der Vereinigten Staaten. ...<<
Die britischen Gewerkschaften forderten am 25. Mai 1933 wegen der Judenverfolgungen erneut zum Boykott deutscher Waren auf (x032/59).
Der stellvertretende Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, forderte am 24. Mai

1934, die Auswanderung der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen (x172/61): >>... Jede zuständige Behörde soll ihre Bemühungen insbesondere darauf konzentrieren, die zionistischen Organisationen im Auge zu behalten und ihre Ausbildungs- und Emigrationsbestrebungen anzuerkennen; gleichzeitig sollten alle Aktivitäten von deutsch-jüdischen Gruppen insoweit eingeschränkt werden, daß sie die Idee aufgäben, in Deutschland zu bleiben.<<

Der NS-Reichstag beschloß am 15. September 1935 in Nürnberg ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz". Nach dem Erlaß der "Nürnberger Gesetze" verloren die Juden alle staatsbürgerlichen Rechte, wenn sie keinen "Ariernachweis" besaßen. Das NS-Regime forderte bereits seit April 1933 einen sogenannten "Ariernachweis" von allen staatlichen Bediensteten. Der "Ariernachweis" mußte mit Geburts- und sonstigen Urkunden nachgewiesen werden - Adel bis zum Jahre 1750 und NSDAP-Parteimitglieder bis zum Jahre 1800 - (x032/185).

Die Assessorin Alisa Schapira schrieb später über die "Nürnberger Gesetze" (x051/423-424): >>… Das sogenannte Blutschutzgesetz sah für Übertretungen des Verbots der Eheschließung und des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und "Deutschblütigen" Zuchthausstrafen vor und war die Grundlage für eine Vielzahl von Strafverfahren wegen Rassenschande. Mit dem Reichsbürgergesetz wurde für "Arier" der neue Status des Reichsbürgers geschaffen, an den alle politischen Rechte geknüpft waren, während Juden nur die Staatsbürgerschaft behielten.

Jude war, wer von drei jüdischen Großelternteilen abstammte, als Jude galt, wer zwei jüdische Großeltern hatte und der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörte oder mit einem "Volljuden" verheiratet war. …

Auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze wurden weitere Berufe für Juden geschlossen und die letzten Juden aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Da schon der bloße Verdacht der "Rassenschande" gefährlich wurde, gerieten die Juden weiter in die Isolation und wurden Menschen zweiter Klasse. …

Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 und der Arisierung wurden die Juden absolut rechtlos gestellt.<<

Herbert Lehman (damaliger Gouverneur von New York) forderte US-Präsident Roosevelt am 1. November 1935 auf, die Einwanderungsquote für Juden zu erhöhen (x172/70): >>... Aus Deutschland kommen die besten Einwanderer. ... Vielen Neuankömmlingen der letzten Monate bin ich selbst begegnet, und sie machten auf mich den Eindruck, als seien sie vom gleichen Schlag wie Carl Schurz, mein Vater oder andere Deutsche, die um 1848 herkamen und später zu unseren angesehensten Bürgern zählten. ...<<

Am 14. November 1935 wurden alle Juden, die noch öffentliche Arbeitsplätze besaßen, aufgrund des "Reichsbürgergesetzes" entlassen. Gemäß Reichsbürgergesetz-DVO vom 14. November 1935 galt jeder Deutsche als Jude, wenn er von mehr als 2 volljüdischen Großeltern abstammte. Die Juden wurden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, verloren alle Bürgerrechte, mußten sich aber den "Gesetzen" des NS-Staates unterordnen. Alle jüdischen Kinder, auch wenn nur ein Elternteil Jude war, mußten sofort die höheren Schulen verlassen. Eine Ehe zwischen "arischen" Deutschen und Juden oder Halbjuden stellte eine unentschuldbare "Rassenschande" dar.

Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage der verfolgten Juden in West- und Osteuropa forderte damals der jüdische Politiker David Ben Gurion zur Rückkehr nach Eretz Israel in "das erbliche Land der Israeliten" auf (x043/432): >>... Wir kehren nicht einer Laune wegen in dieses Land zurück. Für uns ist es eine Existenzfrage, eine Frage auf Leben und Tod.

Wir werden hierher kommen, ob es nun eine arabisch-jüdische Verständigung gibt oder nicht. Gewaltakte werden uns nicht aufhalten. Wenn wir die Wahl zwischen Verfolgung in Deutschland, Polen oder anderen Ländern und Unruhen in Palästina haben, ziehen wir Palästina vor.

...<<
Infolge der NS-Rassenverfolgungen drängten die deutschen Juden verstärkt nach Palästina, obgleich die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunahmen. Im April 1936 brachen große arabische Aufstände gegen die jüdischen Siedler und die britischen Besatzungstruppen in Palästina aus. Die Araber - erstmalig unter Führung der ungewöhnlich fanatischen El Fatah-Terrororganisation - bekämpften in erster Linie die jüdischen Siedler, während der Widerstand gegen die Briten nur eine untergeordnete Rolle spielte. In Palästina ereigneten sich vielerorts arabische Greueltaten, denen zahlreiche Juden zum Opfer fielen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, riefen die Araber schließlich zum Generalstreik auf.
Der Haushaltsausschuß des polnischen Parlaments berichtete am 13. Januar 1937 über die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen (x172/78): >>... Die polnische Regierung denkt bei dem Versuch, den Bevölkerungsüberschuß zu lösen, zuerst an die Juden. Wir hätten nichts gegen die Menschen, wenn es 50.000 wären. Unsere negative Einstellung rührt von der Tatsache her, daß es hier 3 Millionen gibt. Eine Änderung dieser anormalen Situation ist der einzige Weg zur Lösung des leidigen Judenproblems. ...
Ohne Palästina als ein Auffangbecken für unseren Judenüberschuß aufzugeben, müssen wir unser Problem auf einer breiteren Basis angehen. ...<<
Joseph Tenenbaum, Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation, rief am 15. März 1937 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York zum Boykott deutscher Waren auf (x172/80): >>... Jedes deutsche Schiff, das an unseren Küsten anlegt, bringt eine frische Ladung Naziratten, die eine Beulenpest von Antisemitismus und Rassenhaß verbreitet und an den Fundamenten unseres großen Gemeinwesens nagt. ...
Niemand ist sicher vor dem Holocaust der Nazis.<<
Die polnische Regierung verhandelte am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden in die damalige französische Kolonie nach Madagaskar umsiedeln könnte (x172/79).
Im Juli 1937 verlangte Chaim B. Weizmann von der britischen Regierung, endlich die Gründung des zugesagten Judenstaates zu realisieren. Die Briten schlugen daraufhin eine Aufteilung Palästinas vor. Der sogenannte "Peel-Plan" wurde aber während des zionistischen Kongresses in Zürich von der Mehrheit abgelehnt (x043/474).
Der jüdische Politiker David Ben Gurion, Chef der zionistischen Palästina-Sektion, der diese vorläufige Kompromißlösung befürwortete, konnte sich in Zürich nicht durchsetzen (x043/474): >>Dieser jüdische Staat, den man uns anbietet, ist nicht das Ziel des Zionismus. In diesem Gebiet läßt sich das jüdische Problem nicht lösen. Aber er wird eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der großen zionistischen Ziele sein. Er wird im kürzesten Zeitraum zu der wahren Macht heranwachsen, mit dem wir unseren geschichtlichen Auftrag erfüllen können.<<
Dieser kleinere Judenstaat hätte sicherlich Hunderttausende von späteren jüdischen NS-Opfern das Leben retten können.
Der Reichsführer SS Heinrich Himmler ordnete am 13. September 1937 an, jüdische Internierte aus der Schutzhaft zu entlassen, falls sie nachwiesen, daß sie nach Palästina oder Übersee auswandern konnten (x032/386).
Joseph Hyman, Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation, rief am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87): >>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...
In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen,

Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...
In Rumänien nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<
Die "New York Times" veröffentlichte am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<
Seit dem 26. April 1938 mußten die im Deutschen Reich lebenden Juden ihr Vermögen angeben. Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden begann (x032/441).
Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch schlug im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" - britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien - anzusiedeln.
Der US-Jurist Felix Frankfurter kritisierte damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<
Das NS-Regime führte am 1. Juni 1938 die Massenverhaftung von allen vorbestraften Juden durch, die zu mehr als einem Monat Gefängnis bestraft waren (x032/449). Die Verhafteten wurden ohne Vernehmung und Gerichtsverhandlung in Konzentrationslagern inhaftiert.
Die Konferenz von Evian endete am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London.
Das jüdische Flüchtlingsproblem wurde durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigerte, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 waren etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert (x032/459).
Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichteten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<
>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte … bleibt die Tatsache bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<
Bischof George Bell von Chichester forderte am 27. Juli 1938 im Oberhaus höhere Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden (x172/105): >>... Ich verstehe nicht, wie unsere deutschen Vettern – und ich kenne viele Deutsche – so tief sinken, so unehrenhaft und feige sein können, ein wehrloses Volk derart zu verfolgen, wie die Nationalsozialisten es mit den Nichtariern getan haben.<<
Das NS-Regime erließ am 17. August 1938 eine Verordnung über die Veränderung von jüdischen Familiennamen und Vornamen (x058/354): >>§ 1. Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in dem vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind. ...
§ 2. Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.<<
Am 7. November 1938 schoß der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen. Der Legationssekretär vom Rath (1909 in Frankfurt geboren) war tragischerweise selbst ein erbitterter NS-Gegner und wurde bereits seit

längerer Zeit von der Gestapo überwacht. Das NS-Regime nutzte diesen Mordanschlag (Rath starb 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.
Alle Staatspolizeiämter erhielten am 9. November 1938 per Fernschreiben geheime Anweisungen durch die Gestapo aus Berlin, die "planmäßigen Aktionen gegen Juden", die im gesamten Deutschen Reich stattfinden, nicht zu behindern (x191/65): >>Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.<<
Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 ließ das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führten die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligte sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.
Im Verlauf der heimtückischen Anschläge wurden insgesamt etwa 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 171 jüdische Gotteshäuser (Synagogen) niedergebrannt, mindestens 91 Juden ermordet und zahlreiche Juden mißhandelt. Etwa 26.000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.
Der SA-Befehl zur "Reichskristallnacht" am 9./10. November 1938 lautete (x243/60): >>Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Brand zu stecken. ... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. ... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. ... An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:
Rache für Mord an vom Rath.
Tod dem internationalen Judentum. ...<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über die "Kristallnacht" (x051/-335): >>… Das Signal für die Kristallnacht ging von einer antisemitischen Hetzrede aus, die Goebbels am Abend des 9.11. auf dem traditionellen "Kameradschaftsabend" im Münchener Alten Rathaus hielt, nachdem ihm und Hitler die Nachricht vom Ableben des Diplomaten überbracht worden war. Nach der Rede gaben die versammelten Gauleiter und Parteiführer entsprechende Befehle an ihre örtlichen Dienststellen durch, die dann durch SA und SS, aber auch durch andere Organisationen wie die HJ, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüsten und zahlreiche Synagogen demolieren und anzünden ließen.
Die Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom nur in begrenztem Maße, die offizielle Version der Vorgänge in der Kristallnacht betonte hingegen die "spontane" und allgemeine Beteiligung der Massen. …
Das Grynszpan-Attentat war für Hitler willkommener Anlaß zur längst geplanten Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen. Zwar waren seit der Machtergreifung zahlreiche Gesetze und Verordnungen ergangen, die die Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben zum Ziel hatten, doch war ihre wirtschaftliche Stellung noch wenig verändert.
Nach der Kristallnacht kam es am 12.11.38 im Reichsluftfahrtministerium zu einer Besprechung verschiedener Minister und Ministerialbeamter unter Leitung Görings, in der wichtige Erlasse zur vollständigen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft diskutiert wurden
Für die Schäden des Pogroms zahlten die Versicherungen an die jüdischen Geschäftsinhaber eine auf mehrere 100 Millionen RM geschätzte Entschädigung, die aber an das Deutsche Reich abgeführt werden mußte. Außerdem wurde "dem Judentum als Strafe" für das Attentat eine "Kontribution" in Höhe von einer Milliarde RM auferlegt.
Weitere Erlasse verstärkten die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden, so der vom 12.11., der ihnen den Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verbot, und der vom 15.11., der die Entfernung aller jüdischen Kinder aus den Schulen anordnete. Durch

Verordnung vom 29.11. bekamen die Regierungspräsidenten die Möglichkeit, den "Judenbann" zu verhängen und damit den Juden zeitliche und räumliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen.
Von besonderer Bedeutung war schließlich die am 12.11. diskutierte Absicht, die Juden zur Auswanderung zu drängen und für die Organisation eine "Judenauswanderungszentrale" zu bilden. Dementsprechend entstand im Februar 39 in Berlin die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich unterstellt wurde und als deren Geschäftsführer zunächst der Abteilungsleiter der Gestapo Heinrich Müller und ab Oktober 39 Eichmann fungierten.<<
Hitler mußte nach diesem Pogrom zunächst auf weitere direkte antijüdische Gewaltmaßnahmen verzichten, denn nach der Reichskristallnacht bewiesen die Proteste der Bevölkerung eindeutig, daß die Deutschen derartige Terroraktionen ablehnten.
Die Versicherungen zahlten zwar mehrere 100,0 Millionen RM für materielle Verluste an die jüdischen Geschäftsinhaber, aber diese Entschädigung mußte sofort an das NS-Regime abgetreten werden. Für das Attentat des deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan mußten die deutschen Juden außerdem eine kollektive Geldstrafe von 1 Milliarde RM an das NS-Regime zahlen.
Grynszpan, der im KZ Sachsenhausen und später im Gefängnis Berlin-Moabit inhaftiert wurde, überlebte die NS-Herrschaft durch glückliche Umstände.
Spätestens nach der "Reichskristallnacht" im November 1938 mußten die als "Untermenschen" diffamierten deutschen Juden schließlich einsehen, daß das NS-Regime sie nicht nur aus der Wirtschaft, dem Kulturleben und der Wissenschaft, sondern auch mit aller Macht aus ihrer Heimat verdrängen wollte.
Ein Reporter des Manchester Guardian berichtete am 15. November 1938 über die Verhältnisse in der britischen und nordamerikanischen Botschaft in Berlin (x172/118): >>... Viele verzweifelte Juden bettelten dort um ein Visum. Wie ich erfahren habe, machen weder Großbritannien noch die USA irgendwelche Zugeständnisse, so daß die große Mehrheit der Antragsteller kaum auf die für sie einzig mögliche Rückkehr zu einem normalen Leben hoffen kann.<<
Im britischen Unterhaus scheiterte am 21. November 1938 das Projekt, Juden in Kenia anzusiedeln. Premierminister Chamberlain berichtete, daß man bisher 11.000 jüdische Flüchtlinge in Großbritannien aufgenommen hätte und weiteren 5.000 die Durchreise-Erlaubnis erteilt wurde (x032/486).
Im November 1938 erließ das NS-Regime weitere Verbote für die jüdische Bevölkerung (x129/46). Jüdische Kinder durften danach keine nichtjüdischen Schulen besuchen, Verbot der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Ausgangssperre, Sperrbezirke), Einziehung der Führerscheine, Pensionskürzungen, Benutzungsverbot für öffentliche Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Kinos und Badeanstalten.
Trotz aller Schikanen und Hetzkampagnen schafften es die NS-Machthaber nicht, die Judenfrage durch Massenauswanderung zu lösen. Bis Ende 1938 waren erst 180.000 Juden emigriert. Die meisten Zurückgebliebenen besaßen kein ausreichendes Vermögen und konnten nicht auswandern, denn die jüdischen Emigranten wurden damals meistens nur von anderen Staaten aufgenommen, wenn sie ein großes Vermögen mitbrachten.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die Auswanderung der in Deutschland lebenden Juden (x051/290-291): >>... Am 14.6.38 ... erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß der Grundsatz "Keine Anwendung des Arierparagraphen in der Wirtschaft" nicht mehr aufrechterhalten wird; eine möglichst schnelle Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sei anzustreben.
Der Eingriff begann mit dem "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 6.7.38, nach

dem Juden der Betrieb einer Reihe von Gewerben verboten wurde, und nahm seinen Lauf mit zahlreichen weiteren durch Gesetze und Verordnungen sanktionierten Maßnahmen.
Die im Zuge der wirtschaftlichen Eliminierung der Juden ergehenden Berufsverbote dehnte man schließlich auf die in der Ausübung ihrer Tätigkeit von Einschränkungen schon betroffenen Berufsgruppen aus. Hand in Hand mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben lief die Wegnahme ihres Vermögens.
Mit all diesen und zahlreichen anderen Maßnahmen der Judenverfolgung wurde versucht, die Juden zum Verlassen des Deutschen Reiches zu bewegen. Ausgewiesen wurden zunächst nur früher in Polen beheimatete Juden, u.a. auch diejenigen, die nach 1919 bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit der deutschen Landesteile im Osten für das Deutsche Reich optiert hatten, denen aber nach 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war.
Rund 17.000 Personen wurden am 29.10.38 über die polnische Grenze zwangsweise abgeschoben. Als Vergeltung für dieses Unrecht verübte der junge Jude Grynszpan, dessen Angehörige sich unter den Abgeschobenen befanden, am 7.11.38 in Paris ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath, das für die Juden in Deutschland schwere Konsequenzen auslöste:
Bei der alljährlichen Zusammenkunft der sogenannten Alten Kämpfer am 9. November in München gab Goebbels mit einer judenfeindlichen Rede das Startzeichen für die Kristallnacht, die noch am selben Abend begann und bis zum 11. November dauerte. Nun wurde eine Flut von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die noch in Deutschland befindlichen Juden nach und nach aller Rechte beraubte. Die Maßnahmen wurden von der zentral gelenkten Presse und den Publikationen der nationalsozialistischen Organisationen mit einer beispiellosen Hetzkampagne begleitet.
Trotz allem erreichten die Machthaber es nicht, ihrem Ziel, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, näher zu kommen. Von den Anfang 33 in Deutschland lebenden über 500.000 Juden waren bis Ende 38 nach Zahlung der sogenannten Reichsfluchtsteuer knapp 180.000 emigriert. Die Zurückgebliebenen hofften immer noch auf eine Normalisierung der Verhältnisse; teilweise war es ihnen mangels Vermögens aber auch nicht möglich, die Heimat zu verlassen, da viele Länder nicht bereit waren, mittellose Juden aufzunehmen.
Um die Angelegenheit in den Griff zu bekommen, wurde am 24.1.39 unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich, die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" errichtet mit der Aufgabe, die Emigration der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen. Zur Förderung der Auswanderung ordnete der Reichsinnenminister am 4.7.39 die Bildung einer "Reichsvereinigung der Juden" an, der alle Juden angehören mußten. Mit Mitteln, die sich die Reichsvereinigung ausnahmslos von vermögenden Juden beschaffte, ermöglichten sie armen Juden die Auswanderung. Nahe 80.000 Juden verließen 1939 Deutschland.
Nach der Niederlage Polens sah Heydrich die Möglichkeit, die Judenfrage durch Evakuierung nach Polen zu lösen. Aus außenpolitischen Gründen befahl Göring jedoch am 24.3.40 die Deportationen einzustellen.
Heydrich ordnete hierauf an, die Auswanderung wieder verstärkt zu betreiben. Der Madagaskar-Plan war zwar noch nicht aufgegeben, konnte infolge des Krieges jedoch nicht verwirklicht werden, und die Anzahl der Aufnahmeländer hatte sich verringert. Im Oktober 40 wies man die Juden Badens, der Pfalz und des Saarlandes kurzerhand in das unbesetzte Frankreich aus. Im Hinblick auf die bevorstehende Endlösung der Judenfrage ordnete das Reichssicherheitshauptamt am 20.5.41 aber an, diese "Auswanderungen" zu unterbinden.
Am 31.7.41 wurde Heydrich schließlich von Göring beauftragt, alle Vorbereitungen für eine "Gesamtlösung der Judenfrage" im deutschen Einflußgebiet in Europa zu treffen. Mitte Oktober 41 begannen die Deportationen der Juden aus dem Reichsgebiet in die Ostgebiete und schließlich in die Vernichtungslager, vor allem nach Auschwitz.

Von der Deportation ausgenommen wurden im wesentlichen zunächst Juden über 65 Jahre, schwer kriegsbeschädigte Juden, Juden mit Kriegsauszeichnungen, in "Mischehe" lebende Juden und solche, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten. Erstere wurden jedoch bald in das als Altersgetto bezeichnete Lager Theresienstadt transportiert, in das sie sich durch sogenannte Heimeinkaufsverträge unter Abgabe ihres Vermögens "einkaufen" mußten. Infolge schlechter Lebensbedingungen starben viele Gettobewohner oder wurden letztlich noch in eines der Vernichtungslager "ausgesiedelt".
Die durchweg zwangsweise in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Juden schob man schließlich seit Frühjahr 1943 nach Auschwitz ab. Unter ihnen befanden sich zahlreiche in "Mischehe" lebende Juden.
Bis zur Deportation der letzten Juden hatten sich deren Lebensbedingungen immer weiter verschlechtert. Gekennzeichnet durch den Judenstern, diffamiert, schikaniert, ihres Vermögens beraubt, aus ihren Berufen und Wohnungen entfernt und als Zwangsarbeiter beschäftigt, lebten sie rechtlos in ihrer Heimat. Von den noch im Mai 41 im "Altreich" lebenden 168.972 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze wurden am 1.9.44 lediglich noch 14.574 registriert. Nach diesem Stichtag gingen noch zahlreiche Transporte nach Auschwitz und beim Näherrücken der Roten Armee in KZ, die im Reichsgebiet lagen. Der vermutlich letzte "Alterstransport" verließ am 27.3.45 Berlin Richtung Theresienstadt.
Unter der Judenverfolgung der Nationalsozialisten hatten nahezu alle Juden in den von der Wehrmacht besetzten oder im deutschen Einflußgebiet befindlichen Ländern zu leiden. Zwar stellten sich dort verschiedentlich Regierungen und Bevölkerung der nationalsozialistischen Judenpolitik entgegen, wie z.B. Dänemark und die Niederlande; aber nur in wenigen Fällen gelang es jedoch, die Juden allgemein vor dem Zugriff der Gestapo zu bewahren.
Besonders tragisch war das Schicksal der in vielen dieser Länder befindlichen staatenlosen Juden, unter denen sich zahlreiche deutsche Emigranten befanden, denen man nach Verlassen Deutschlands die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt hatte. Für sie sprach keine Regierung. Sie wurden die ersten Opfer der Verfolgungsmaßnahmen. Am brutalsten führten die Nationalsozialisten die Judenverfolgung in Polen und den besetzten Teilen der UdSSR durch. Die besonderen politischen Verhältnisse in diesen Gebieten ließen hier den nationalsozialistischen Machthabern freie Hand zur Durchsetzung ihrer Vernichtungsziele, die schon mit den Einsatzgruppen angestrebt wurden.<<
In jener Zeit war der Antisemitismus in vielen europäischen Ländern ausgeprägt. In fast allen europäischen Nachbarstaaten, wie z.B. in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich, wurden bis Ende 1938 antijüdische Gesetze erlassen und Judenverfolgungen durchgeführt.
Als das NS-Regime die Judenverfolgungen nach der "Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938 radikal verschärfte, breitete sich zwar allmählich ein radikaler Antigermanismus aus, aber die Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden wurden erstaunlicherweise nicht erhöht, sondern von einigen Staaten sogar drastisch reduziert.
Vor Palästina wurden die jüdischen Flüchtlingsschiffe nicht nur abgewiesen, sondern sie wurden damals sogar von der britischen Küstenwache beschossen. In Nordamerika verminderten sich die Einwanderungsplätze z.B. im Jahre 1938 von 40.000 auf 20.000 Einwanderungsplätze im Jahre 1940 und 1941 waren es nur noch 10.000 Einwanderungsplätze für jüdische Einwanderer (x042/148).
Seit 1938 verhandelten das NS-Regime, Polen, Frankreich und England über einen Judenstaat auf der Insel Madagaskar, in Rhodesien oder in Britisch-Guayana. US-Präsident Roosevelt schlug später Äthiopien, das seit 1936 durch Italien besetzt war, als Einwanderungsland für die Juden vor. Mussolini hielt Rußland für geeignet. Stalin brachte daraufhin Alaska ins Spiel und Roosevelt reichte später einen "Angola-Vorschlag" nach.

Herman Göring ordnete am 24. Januar 1939 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung im NS-Reichsinnenministerium an, um die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern (x138/206).
Hitler kündigte während seiner zweieinhalbstündigen Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 bereits indirekt die "Endlösung" an (x244/394-395): >>... In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen.
Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.
Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa! ...<<
Das NS-Regime erließ am 21. Februar 1939 eine Verordnung über die Anmeldung und Ablieferung des jüdischen Vermögens (x058/355): >>§ 1 Alle Juden ... haben die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung an die nach § 14 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom Dezember 1938 ... vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<<
Als das NS-Regime ab 1939 die Austreibung der Juden verstärkte, verweigerten die sogenannten "zivilisierten Völker" größtenteils ihre Hilfe und ließen die heimatlosen, gehetzten Juden schmählich im Stich. Tausende von ausgestoßenen Juden standen an den ausländischen Grenzen und vor den Konsulaten, aber sie bettelten fast immer vergeblich, denn kein Land wollte Ausgeplünderte und Bettler aufnehmen.
Irrfahrt der "St. Louis": Am 13. Mai 1939 startete der Luxusdampfer "St. Louis" in Hamburg mit fast tausend Juden an Bord zu einer Irrfahrt zwischen Europa und Nordamerika. Die "St. Louis" erhielt später in Kuba und von den Nordamerikanern keine Landeerlaubnis und mußte mit den 937 jüdischen Passagieren nach Europa zurückkehren. Die Irrfahrt der "St. Louis" endete schließlich am 18. Juni 1939 in Antwerpen. Später kamen etwa 600 ehemalige Passagiere der "Sankt Louis" während der sogenannten "Endlösung" um (x032/531).
Die jüdischen Auswanderungsschiffe erhielten damals fast nirgends eine Landeerlaubnis und wurden deshalb nicht selten "schwimmende Särge" genannt. Viele Juden sahen zwar im New Yorker Hafen die nordamerikanische Freiheitsstatue, aber die Ausgestoßenen durften ihre "schwimmenden Särge" meistens nicht verlassen, weil die nordamerikanische Regierung in jener Zeit nicht über die erforderliche Nächstenliebe verfügte.
In jener Zeit wurde der Leitspruch der US-Freiheitsstatue: "Gebt mir eure müden, eure armen, eure zusammengedrängten Massen, die sich nach Freiheit sehnen" leider nicht verwirklicht (x043/434)
Am 17. Mai 1939 entschied die britische Besatzungsbehörde, daß in den nächsten 5 Jahren nur 10.000 Juden jährlich in Palästina einwandern durften.
Der jüdische Politiker David Ben Gurion, Chef der zionistischen Palästina-Sektion, verurteilte damals die britische Einwanderungspolitik in Palästina (x172/141): >>... Jeder, der sich der Lage der Juden in Ost- und Mitteleuropa bewußt ist, dürfte nicht einen Moment glauben, daß sie aufhören werden, in ihr Heimatland zu kommen, weil irgendein Gesetz das als illegal bezeichnet. Juden, die sich zwischen völliger Vernichtung und der Immigration nach Palästina unter sogenannten illegalen Bedingungen entscheiden müssen, werden natürlich keinen Augenblick in ihrer Entscheidung zögern.<<

Alfred Rosenberg, ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes, schlug am 6. Juni 1938 während der Flüchtlingskonferenz europäischer und amerikanischer Staaten in Evian am Genfer See vor, die Insel Madagaskar als Auswanderungsland für die Juden auszuwählen (x032/451).
Das Pariser "Neue Tagebuch" berichtete am 1. Juli 1939 über die vergeblichen Versuche jüdischer Flüchtlinge, nach Nordamerika, Kuba, Ecuador, Palästina oder Griechenland zu fliehen (x032/546): >>... Die sichtbaren Opfer des modernen Pharao. Es sind Juden, die über die Meere irren. Derer, die durch die Lande irren, sind es mehr.<<
Die "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" wurde am 6. Juli 1939 durch die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" ersetzt. Diese Vereinigung beschäftigte sich vor allem mit der jüdischen Auswanderung nach Palästina und der Wohlfahrtsarbeit. Wegen der Berufsverbote waren etwa 84 % der Juden arbeitslos. Sie erhielten keine staatliche Unterstützung (x092/896).
Die Juden mußten seit dem 5. September 1939 alle Rundfunkgeräte abliefern und ab 20 Uhr zu Hause bleiben.
Im Jahre 1939 verließen etwa 80.000 Juden das Deutsche Reich. Spätestens ab 1939 trieb das NS-Regime die Juden planmäßig aus dem Land, aber fast niemand war bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagte ihnen, wo sie leben sollten.
Die Briten schlugen im Jahre 1939 den langjährigen Aufstand der Araber in Palästina nieder, beugten sich aber danach den arabischen Forderungen und schränkten ab 1940 die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch ein (x175/360).
Von 1933 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 flohen rund 218.100 Juden, überwiegend Deutsche und Österreicher, nach Palästina (x055/507). Angesichts des drohenden Krieges wurden die Araber ab 1938/39 zu wichtigen "Handelspartnern", denn sie besaßen die riesigen Ölvorräte.
Im "Palästina-Weißbuch" vom Mai 1939 beschränkte die britische Regierung die Zahl der jüdischen Einwanderer für die folgenden 5 Jahre auf 75.000 Personen. Nach dem Kriegsbeginn sperrten die Briten systematisch alle Palästina-Zugänge und hinderten die jüdischen Auswandererschiffe oftmals gewaltsam an einer Landung. Spätestens jetzt bereuten es die jüdischen Politiker bitterlich, daß sie 1937 den britischen Kompromißvorschlag ("Peel-Plan" bzw. Aufteilung Palästinas) abgelehnt und damit ihre letzte Chance leichtfertig verspielt hatten.
Die verzweifelten Juden betrachteten diese dramatischen Einwanderungsbeschränkungen für Palästina zu Recht als Verrat am jüdischen Volk und waren damals bereit, auch gegen Großbritannien zu kämpfen. Später kämpften jedoch etwa 30.000 jüdische Soldaten mit den Briten gegen deutsche Truppen im Nahen Osten und erlitten wegen ihrer fanatischen Pflichterfüllung äußerst hohe Verluste.
Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schrieb später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die Einwanderungsbeschränkungen für Palästina (x042/188-189): >>...
Die meisten Forderungen nach Rettungsmaßnahmen verlangten die Öffnung Palästinas. Die dortige jüdische Bevölkerung – sie zählte 50.000 Köpfe – war die einzige "Nation" der Erde, die bereit war, Massen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.
Doch Großbritannien, das in Palästina als Mandatsmacht fungierte, hatte 1939 die Grenzen des Landes für jüdische Einwanderer praktisch geschlossen. Vorausgegangen waren zahlreiche Gewalttätigkeiten zwischen jüdischen Siedlern und arabischen Einwohnern, bei denen sich angesichts des Anwachsens der jüdischen Bevölkerung seit dem Ersten Weltkrieg Wut und Angst breitmachte.
Um die Unruhe unter den Arabern zu dämpfen – und nicht zuletzt um ihrer eigenen langfristigen Interessen im Nahen Osten willen – legte die britische Regierung im Mai 1939 ein sogenanntes Palästinenser-Weißbuch vor. Es beschränkte die Zahl der jüdischen Einwanderer nach

Palästina auf 75.000 innerhalb der folgenden 5 Jahre. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, daß die Juden in Palästina nicht über einen Bevölkerungsanteil von einem Drittel hinauskommen würden, so daß die Araber die Gewißheit hätten, daß dort kein jüdischer Staat entstehe.
Bald darauf brach in Europa der Krieg aus, und die Nazis verschärften ihren Druck auf die Juden. Für Großbritannien war dies jedoch kein Anlaß, jene Restriktionen wieder aufzuheben oder auch nur zu lockern. Der Krieg bestärkte die Briten vielmehr in ihrer Entschlossenheit, die jüdische Einwanderung so niedrig wie möglich zu halten. Unruhen in der islamischen Welt konnten militärische Operationen stören, Nachschublinien gefährden oder britische Truppen durch polizeiliche Einsätze binden.
Die Briten wußten, daß ihnen von seiten der Juden keine Gefahr drohte, wohl aber potentiell von seiten der Araber. So wurde es zur Grundregel der britischen Palästina-Politik, die Araber nicht zu verprellen, auch wenn dies bedeutete, daß man verfolgten Juden den Zugang zur "nationalen Heimstätte" verwehrte, die Großbritannien dem jüdischen Volk in der Balfour-Deklaration versprochen hatte.
Nachdem die Weißbuch-Richtlinien in Kraft getreten waren, wurden immer wieder Schiffe mit vertriebenen oder geflohenen Juden an Bord von den Küsten Palästinas verjagt. Wenn Flüchtlinge das Land erreichten, landeten sie auf unabsehbare Zeit in Internierungslagern. so erging es beispielsweise 800 Juden, die sich aus Rumänien gerettet hatten und im März 1941 auf der "Darien" in Palästina anlandeten.
Einige Monate zuvor waren 1.600 "illegal" an Land gegangene Flüchtlinge auf die Insel Mauritius im Indischen Ozean deportiert worden. Einige der altersschwachen Flüchtlingsschiffe verschwanden auf dem Weg nach Palästina; die "Salvator" beispielsweise sank im Marmarameer und riß 200 Menschen mit in die Tiefe.
... Im Oktober 1943, ein halbes Jahr vor Ablauf der Fünfjahresfrist, waren von den 75.000 Plätzen noch 31.000, das heißt mehr als 40 Prozent vakant. ...<<

Das Ende der "NS-Auswanderungspolitik"
Die westpolnischen Juden wurden von SS- und SD-Sondereinheiten bereits ab 1940 vorübergehend in "Groß-Gettos" zusammengetrieben, die man in den größten Städten des Generalgouvernements einrichtete. In diesen Gettos breiteten sich vielfach Epidemien und Seuchen aus, denen Tausende von Juden zum Opfer fielen.
In Lodz richteten SS-Einheiten am 30. April 1940 das erste bewachte Ghetto für Juden ein.
In Polen begann die SS im Mai/Juli 1940 mit der Errichtung des späteren Vernichtungslagers Auschwitz (x051/45).
Nach dem erfolgreichen Frankreich-Feldzug und dem deutsch-französischen Waffenstillstand vom 22.06.1940 machte der Judenreferent des Auswärtiges Amtes am 3. Juli 1940 noch einmal den Vorschlag, die europäischen Juden nach Madagaskar umzusiedeln (x106/61).
Seit dem 19. September 1941 mußte jeder Jude über 6 Jahre den gelben "Davidstern" mit der Aufschrift "Jude" auf der linken Brustseite tragen.
Goebbels berichtete später über diese menschenverachtende NS-Aktion (x025/148): >>... Die Einführung des Judensterns hat genau das Gegenteil von dem bewirkt, was erreicht werden sollte, mein Führer!
Wir wollten die Juden aus der Volksgemeinschaft ausschließen, aber die einfachen Menschen meiden sie nicht, im Gegenteil! Sie zeigen überall Sympathie für sie. Dieses Volk ist einfach noch nicht reif und steckt voller Gefühlsduseleien.<<
Am 14. Oktober 1941 trat für alle deutschen Juden ein absolutes Auswanderungsverbot in Kraft. Die ersten Juden (ehemalige deutsche Staatsbürger) wurden am 14. Oktober 1941 nach Polen deportiert.

In der ehemaligen Garnisonstadt Theresienstadt ließ das NS-Regime am 24. November 1941 ein Getto zur Aufnahme von älteren Juden errichten.
Schlußbemerkungen: Hitler hatte vermutlich anfangs gedacht, die Juden meistbietend "verkaufen" zu können. Nach dem Scheitern der "NS-Auswanderungspolitik" im Jahre 1940 wurden alle Umsiedlungsverhandlungen abgebrochen. Danach war das tragische Schicksal der europäischen Juden praktisch entschieden.

Die Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges
Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Vernichtung der europäischen Juden (x878/...): >>**Kriegswende Dezember 1941 und Holocaust**
These: Hitler wußte ab Dezember 1941, daß die Kriegslage aussichtslos war - und handelte danach. Eine Folge ist der Holocaust. …
Vernichtung der Juden
... Der Historiker und Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, Saul Friedländer, der sein Lebenswerk der Erforschung des Holocaust gewidmet hat, datiert diese fatale Entscheidung auf die Krisentage im Dezember 1941. Zur selben Datierung kommt Ian Kershaw:
Danach machten die Kriegserklärung an die USA und der Beginn eines langen weltweiten Konflikts im Dezember 1941 eine Deportation der Juden in die Sowjetunion unmöglich, wenn sie überhaupt jemals in Frage kam. Als die verschobene Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 stattfand, sei die Grundentscheidung schon gefallen gewesen. Die Aufgabe der Wannseekonferenz bestand nur noch in der organisatorischen Umsetzung der sogenannten "Endlösung".
Das Dunkel, das die Dezember-Entscheidung zum organisierten, systematischen Judenmord umgibt, war von Hitler und der NS-Spitze gewollt. Es gibt keine Gesprächsaufzeichnungen, Notizen, Protokolle o.ä. - einfach nichts; jedenfalls wurde bis heute nichts aufgefunden. Auch die Durchführung des Genozids unterlag strikter Geheimhaltung, was nicht verhindern konnte, daß ein Kreis von ca. 200.000 Personen, auch im Offizierskorps, Bescheid wußte oder Bescheid wissen mußte.
Der Schleier strengster Geheimhaltung war bewußt über den von Hitler und der NS-Spitze im Dezember 1941 beschlossenen Genozid und seine Durchführung von 1942 bis 1945 gelegt worden. Die große Masse der deutschen Bevölkerung, die vom Kriegsalltag im Übermaß in Anspruch genommen und von eigenen Sorgen bedrückt war, konnte nur sporadisch oder gerüchteweise wahrnehmen, was sich in den Vernichtungslagern im Osten abspielte. ...<<
Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfand, kündigte Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.
Im Besprechungsprotokoll der "Wannsee-Konferenz" hieß es z.B. zur bisherigen Auswanderung und zukünftigen Massendeportation der jüdischen Bevölkerung (x058/372-373): >>...
Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung, schwere Zwangsarbeit und unzureichende Ernährung ausfallen wird.
Der allfällig endlich verbleibende Rest wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozialpolitischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.
Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in Durchgangsgettos verbracht und von dort aus weiter nach dem Osten transportiert werden.
Wichtige Voraussetzung, so führte Obergruppenführer Heydrich weiter aus, für die Durchführung der Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.
Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersgetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.
Neben diesen Altersklassen – von den am 31.10.1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280.000 Juden sind etwa 30 % über 65 Jahre alt – finden in den jüdischen Altersgettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet. ...
Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen und Mischlingsfragen ist. ...<<
Hitler erinnerte am 30. Januar 1942 im Berliner Sportpalast an den Jahrestag der Machtergreifung.
In dieser haßerfüllten Rede machte er England und die USA für den Krieg verantwortlich und kündigte die Ausrottung des Judentums an (x106/147): >>... Die Jahre 1914 bis 1918 beweisen, daß nicht etwa der Gegner gesiegt hat; es war eine gemeine Revolte angezettelt von marxistischen, liberalistischen, kapitalistischen Subjekten, und hinter allen als treibende Kraft der ewige Jude. ...
Damals trat uns ein Mann entgegen, der dem deutschen Volk unermeßlichen Schaden zugefügt hat:
Woodrow Wilson, der Mann, der mit eiserner Stirn log, wenn Deutschland die Waffen niederlegen würde, bekäme es einen Frieden der Versöhnung. ...
1933/34 habe ich zunächst im Innern Ordnung geschaffen. 1935 begann nun der Kampf um die Freiheit nach außen. ... Überall aber entstanden neue Pläne von mir. ...
Wenn ich mir demgegenüber meine Gegner ansehe: ... Dieser Schwätzer und Trunkenbold Churchill, ... dieses verlogene Subjekt, dieser Faulpelz ersten Ranges. ... Und von seinen Spießgesellen im Weißen Haus möchte ich dabei gar nicht reden, denn dieser ist nur ein armseliger Irrer. ...
Ich habe am 1. September 1939 im deutschen Reichstag schon ausgesprochen, ... daß dieser Krieg nicht so ausgehen wird, wie es sich die Juden vorstellen, ... sondern daß das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird. Zum erstenmal wird diesmal das echt altjüdische Gesetz angewendet: Aug' um Aug', Zahn um Zahn.<<

Geheimhaltung der "Endlösung"
Damals nutzten die NS-Behörden für die Durchführung der "Endlösung" grundsätzlich nur Tarnbezeichnungen. In den sichergestellten NS-Schriftstücken wurde jedenfalls später kein Hitler-Befehl gefunden, der eindeutig die Ausrottung der Juden anordnete. Die Deportationen tarnte und verharmloste man meistens als "Umsiedlungen" oder "Arbeitseinsatz im Osten". Die Sicherheitspolizei-, SS- und SD-Dienststellen führten später die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" ein. Himmler untersagte zwar ab 1943 diesen Begriff und ließ andere Bezeichnungen, wie z.B. "Aussiedlung" usw. verwenden, aber die Tarnbezeichnung "Sonderbe-

handlung" blieb weiterhin ein "fester Begriff" für die physische Vernichtung des europäischen Judentums.
Um die Ermordung der Juden vor der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, wurden die Vernichtungslager Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Maidanek, Sobibór und Treblinka in Polen errichtet und von speziell ausgewählten SS-Einheiten geleitet.
Die "Endlösung" unterlag außerdem der höchsten Geheimhaltungsstufe des NS-Regimes, so daß man es fast bis zum Kriegsende schaffte, die Ausrottung des Judentums perfekt zu tarnen und zu verheimlichen.
Mit Hilfe der beinahe undurchdringlichen NS-Sicherheitssysteme gelang es jahrelang, die deutsche Zivilbevölkerung zu täuschen, aber die Weitergabe von ausländischen Informationen und Berichte von polnischen Widerstandsgruppen und ausländischen Geheimdiensten: Fotos von Vernichtungslagern, Zeugenaussagen und sonstige Meldungen konnten nicht verhindert werden.
Die ausländische Öffentlichkeit, vor allem in Nordamerika und Großbritannien, wurde nachweislich frühzeitig über die Vernichtungslager in Polen bzw. den systematischen Völkermord an den Juden informiert. Im Deutschen Reich kursierten während des Zweiten Weltkrieges zwar viele Gerüchte über das Schicksal der verschleppten Juden, aber Genaueres wußten nur direkte Beteiligte der "Endlösung".
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kümmerten sich die meisten Deutschen nicht um das Schicksal der deportierten Juden, denn damals hatte jeder genügend eigene Sorgen und vielfältige furchtbare Schicksalsschläge zu bewältigen. Bei der unmenschlichen Behandlung bzw. den Hungerkatastrophen der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Verschleppung von ausländischen Zivilarbeitern verhielt es sich ähnlich.
Manche "Volksgenossen" ahnten schlimme Dinge und viele hatten ein schlechtes Gewissen, aber die eingeschüchterte Mehrheit des deutschen Volkes schwieg. Nach der Devise: "Mich geht's ja nichts an; ich kann's auch nicht ändern, hoffentlich geht das gut", nahmen die abgestumpften, unterdrückten Deutschen in den gnadenlosen Kriegsjahren alles widerstandslos hin. Angesichts der Tatsache, daß die Ermordung der deportierten Juden außerdem völlig sinnlos und vollkommen unvorstellbar war, glaubten fast alle Deutschen und die meisten jüdischen Verschleppungsopfer den offiziellen NS-Informationen über den sogenannten "Arbeitseinsatz im Osten".
Die große Mehrheit der Deutschen war bis zum Kriegsende davon überzeugt, daß die Juden nur vorübergehend Zwangsarbeit leisten mußten und danach wieder zurückkehren würden. Nur ein geringer Teil der deutschen Bevölkerung erfuhr aufgrund von Meldungen ausländischer Rundfunksender, daß in den besetzten Gebieten Polens NS-Vernichtungslager existieren sollten. Diese unglaublichen Gerüchte über angebliche Vernichtungsaktionen nahm jedoch fast niemand ernst, sondern hielt sie für unsinnige Hirngespinste der ausländischen Kriegspropaganda.
Der deutsche Historiker Eberhard Jäckel berichtete später über die Geheimhaltung der Endlösung (x036/12): >>Das Unternehmen war streng geheim. Folglich wurde so wenig darüber wie möglich aufgeschrieben. Vieles wurde nur mündlich verhandelt, besonders auf der höchsten Führungsebene. Von den wenigen einschlägigen Dokumenten sind viele möglicherweise vor Kriegsende vernichtet worden. In denjenigen, die überliefert sind, ... verwendet man häufig Tarnbezeichnungen, die das Verständnis zusätzlich erschweren. ...<<
Der schlesische Schriftsteller Horst Bienek berichtete später über die Geheimhaltung der Endlösung (x268/55-56): >>... Ich muß noch etwas zu Auschwitz sagen, daß nur 50 Kilometer von Gleiwitz entfernt lag. Auschwitz war natürlich ein Begriff, wir wußten, daß es ein KZ war. Auschwitz hatte ja zahlreiche Außenlager, darunter auch welche in Gleiwitz und im benachbarten Blechhammer.

Man wußte auch, daß dort Häftlinge schlecht behandelt wurden, an Hunger und Typhus starben – aber daß dort planmäßig Juden vergast wurden, das hat wahrhaftig niemand gewußt, man hätte es damals wohl auch nicht geglaubt, wie es der Papst und das Foreign Office ja auch nicht glauben wollten.<<

Der nordamerikanische Historiker Norman G. Finkelstein schrieb später über Hitlers Geheimhaltung der "Endlösung" (x268/53-54): >>Was sich für die Zeit bis 1939 nachweisen läßt, ist erstens, daß Hitlers früheste Reden durch und durch antisemitisch waren; daß er aber zweitens von seinen Angriffen auf die Juden abließ, nachdem er seit 1923 öffentlich auftrat, weil er gemerkt hatte, daß er mit antimarxistischer Propaganda besser ankam als mit antisemitischer; daß drittens in Hitlers Reden aus den Jahren unmittelbar vor seinem Wahlerfolg Angriffe auf die Juden nur am Rande vorkamen; und daß Hitler viertens in der Zeit von der Machtergreifung bis zum Beginn des Krieges als sein letztes Ziel öffentlich nicht die Vernichtung, sondern die zwangsweise Emigration der Juden verkündete.

"Selbst im Krieg, als seine Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren lief", heißt es bei Max Domarus, "beschränkte er sich in seinen Reden auf dunkle Andeutungen und Drohungen. Er wußte nur zu genau, daß ein derartiges Vernichtungsprogramm bei der Masse des Volkes und selbst der Mehrzahl seiner Parteigenossen auf Ablehnung gestoßen wäre." ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete über die beschränkte Zuständigkeit der Wehrmachtsuntersuchungsstelle und die Geheimhaltung der "Endlösung" (x029/204): >>... Es ist anzunehmen, daß sie wohl gerüchteweise von der Tätigkeit der SS-Einsatzgruppen erfuhren. Dienstliche Mitteilungen über die Judenmorde erhielten sie nicht; jedenfalls fehlt jeder Hinweis darauf, daß die Wehrmachtsuntersuchungsstelle informiert oder eingeschaltet wurde.

Die Existenz von Konzentrationslagern war allgemein bekannt, aber ob WUSt-Angehörige wußten, was sich dort tatsächlich abspielte oder gar das Ausmaß des Massenmordes erahnten, läßt sich aus den vorhandenen Akten nicht mehr feststellen. Dieser Informationsmangel könnte vielleicht auf die Geheimhaltung über die "Endlösung der Judenfrage" zurückzuführen sein.<<

Der französischer Politologe und Publizist Alfred Grosser schrieb später über die vermeintliche "Unkenntnis der Deutschen" und die Mitschuld der westeuropäischen Alliierten (x075/101-102): >>... Einerseits analysieren die Autoren als Forscher die Geheimhaltungstaktik der NS-Führung, andererseits werfen sie als Ankläger der großen Mehrheit des deutschen Volkes vor, von der Natur und dem Ausmaß des Grauens Kenntnis gehabt zu haben. ...

In Wirklichkeit war es nach 1945 unmöglich und ist es auch heute noch nach jahrzehntelanger Forschung sehr schwierig, genau zu wissen, wer was wußte, wer welchen Teil der furchtbaren Wirklichkeit aus seinem Gedächtnis verdrängt hat oder wer welche nach Hitlers Sturz aufgedeckten Fakten in sein Gedächtnis aufnehmen mußte. Auf jeden Fall war das Wissen weiter verbreitet, als die Mehrzahl der Deutschen zugeben wollte, und viel weniger verbreitet, als die Sieger behaupteten.

Erst viel später sollte man erfahren, daß die Weigerung, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Komplizenschaft aufgrund bewußten Ignorierens und daß sogar die trotz Informiertseins unterlassene Hilfeleistung auch bei führenden ausländischen Politikern anzutreffen waren, insbesondere bei dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Dieser hatte aus Gründen politischer Opportunität (Anpassung) und vor allem aus Furcht vor dem nordamerikanischen Antisemitismus nichts unternommen, um die Juden Europas zu retten, deren Schicksal er doch kannte. Allerdings wurde er in seinem tatenlosen Zusehen von einem bedeutenden Teil der nordamerikanischen Juden noch bestärkt, da diese sich weigerten zu wissen und zu handeln. ...<<

Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später über die angebliche Mitwisserschaft der deutschen Bevölkerung (x023/272-273): >>Die Bevölkerung wußte natürlich, daß die Juden

nicht in Sanatorien geschafft wurden. Fragen blieben allerdings unbeantwortet. Daß niemand zurückkam, wurde als logisch empfunden; denn es war ja Krieg, und die Propaganda machte die Juden seit Sommer 1939 allein dafür verantwortlich. So konnte denn – neben der Verdrängung dieser Frage – vermutet werden, daß die jüdischen Mitbürger nach dem Sieg, auf den gerade nach den Erfolgen an den Fronten erneut gehofft wurde, wieder zurückkehren würden. Kritische Zeitgenossen, die heimlich "Feindsender" hörten, erfuhren auch von ihnen nichts über das, was Jahre später aller Welt bekannt wurde: die seit der sogenannten "Wannsee-Konferenz" vom 20. Januar 1942 über die "Endlösung" der Judenfrage besonders intensiv betriebene systematische Judenvernichtung.
Nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung wußte, wenn er den mit Auschwitz verdeutschten Namen der in der Nähe von Warschau an der Eisenbahn-Hauptverbindung Wien-Krakau liegenden polnischen Stadt hörte, daß sich da ein ganz besonders gefürchtetes Konzentrationslager befand. 27 Monate lang wurden dort – seit April 1942 – Juden wie Ungeziefer umgebracht, ehe überhaupt etwas nach außen drang.
Obwohl die SS in Auschwitz selbst kein Hehl aus dem machte, was sie "betrieb", war bis zur Flucht und der Berichte der Juden Vrba und Wetzler und des polnischen nichtjüdischen Majors Jerzy Tabeau außerhalb des Stacheldrahtes nicht bekannt, was innerhalb geschah. Selbst jüdische männliche Häftlinge, die bei ihrer Einlieferung von ihren Frauen und Kindern getrennt worden waren, die kurz danach als nutzlos vergast wurden, erkundigten sich immer wieder, wo die Familienlager und "Sanatorien" seien, in denen sich ihre Familien befänden.
Ein teuflisch ausgeklügeltes Sicherheitssystem garantierte ein schier undurchdringbares Geheimhaltungsgeflecht, so daß Einzelheiten, die verängstigte und mißtrauische Auschwitz-Flüchtlinge preisgaben, schließlich sehr viel eher ausländischen Institutionen als der deutschen Öffentlichkeit bekannt werden konnten. ...
Wer das Verhalten der deutschen Bevölkerung, die zu jener Zeit im Gegensatz zu bestimmten ausländischen Stellen, Persönlichkeiten und Institutionen nahezu gar nichts wußte, beurteilen will, muß die inzwischen dokumentarisch abgesicherten Einzelheiten kennen, die nur als bestürzend bezeichnet werden können. ...<<
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk Band IV berichtete über die Geheimhaltung der "Endlösung" (x069/192): >>... Mit größter Heimlichkeit wird das schauerliche Vernichtungswerk betrieben. Nur ganz wenige wissen davon. Sehr viele ahnen, das Furchtbares geschieht, aber keiner hat Beweise, keiner wagt, die Stimme zu erheben: der Tod wäre ihm sicher, und sein Tod würde nicht den geringsten Erfolg haben.<<
Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die angebliche Mitwisserschaft der Deutschen (x090/288): >>... Nachdem es Julius Stürmer, dem Herausgeber des antisemitischen Wochenblattes "Der Stürmer", nicht gelungen war, das deutsche Volk gegen die Juden aufzuhetzen, erklärte die Führung den Massenmord zur "Geheimen Reichssache", sowie vorher schon die Tötung von über 100.000 Geisteskranken im Rahmen eines "Euthanasieprogrammes". Die "Vernichtung unwerten Lebens" hatte vielfach Entsetzen hervorgerufen. Über das Schicksal der Juden gab es wohl Gerüchte, doch da die Morde außerhalb Deutschlands begangen wurden und die Weitergabe jeder Kunde von ihnen strenge Bestrafung nach sich zog, trat die ganze Wahrheit erst Jahre später zutage.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die Geheimhaltung der "Endlösung" (x025/145): >>... Es wäre naiv anzunehmen, in einem großen Staat wie Deutschland hätte niemand außer den Tätern selbst etwas von den Judenmorden gewußt. Ebenso naiv freilich wäre der Glaube, in einer Diktatur mit totaler Informationskontrolle würden die Spatzen Staatsgeheimnisse nur so von den Dächern pfeifen.
Zur Frage der Mitwisserschaft ist u.a. daran zu erinnern, daß die Judenvernichtung "Geheime Reichssache" war, die höchste Geheimhaltungsstufe, die das Dritte Reich kannte. Uner-

wünschte Gesprächigkeit konnte mit sofortigem Erschießen geahndet werden. Der amtliche Schriftverkehr zum Thema bedient sich einer Tarnsprache; man redete nicht von Ausrottung, sondern von Partisanenbekämpfung bzw. Sonderbehandlung, nicht von Vernichtungslagern, sondern von Arbeitseinsatz im Osten, Evakuierung udgl. …
Man beschränkte die Korrespondenz auf ein Minimum, so daß heute auffallend wenige urkundliche Beweise vorliegen. Auch nachträglich wurden Spuren aller Art verwischt, sobald es möglich war. In Einzelfällen war die Geheimhaltung nahezu perfekt. Ins Ghetto von Lodz z.B. drangen keine konkreten Informationen über die tödliche Gefahr, die im nahegelegenen KZ Kulmhof lauerte.
Da alle 6 großen Vernichtungslager im besetzten Polen jenseits der deutschen Polizeigrenze standen, war es im Reich naturgemäß besonders schwer, Informationen über die Vernichtungsstätten zu erhalten. Sogar Auschwitz, die größte der Todesfabriken, dürfte während des Krieges z.B. in Bayern unbekannt gewesen sein. – Die Vernichtungslager im Osten sind allerdings nicht mit den Terrorlagern in Deutschland zu verwechseln. Letztere waren von Anfang an ebenso bekannt wie gefürchtet.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim schrieb später über die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" (x051/543): >>Sonderbehandlung, Tarnbezeichnung der nationalsozialistischen Machthaber für die physische Vernichtung von Menschen.
Der Begriff wurde vermutlich durch ein Fernschreiben Heydrichs an alle Stapoleit- und Stapostellen vom 20.9.39 eingeführt betreffend die "Grundsätze der inneren Sicherheit während des Krieges", nach denen "zur Beseitigung von Mißverständnissen" zwischen Fällen zu unterscheiden war, "die auf dem bisher üblichen Wege erledigt werden können und solchen, die einer Sonderbehandlung zugeführt werden müssen", d.h. Fälle, die "hinsichtlich ihrer Verwerflichkeit, ihrer Gefährlichkeit oder ihrer Propagandistischen Auswertung geeignet sind, ohne Ansehen der Person durch rücksichtsloses Vorgehen … ausgemerzt zu werden. ..."
Die Tarnbezeichnung wurde in den folgenden Jahren insbesondere in zahlreichen Erlassen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Verfügungen, Befehlen und Meldungen der diesem unterstellten Dienststellen sowie Einheiten verwendet. Im Laufe der Zeit scheint die Bedeutung des Wortes so bekannt geworden zu sein, daß man dazu überging, andere Verschlüsselungen zu wählen.
Ungefähr ab Herbst 41 wurden z.B. für die Vorbereitung und Durchführung der Massenmorde an Juden u.a. die Worte "Umsiedlung" und "Aussiedlung" eingesetzt. Schließlich untersagte Himmler, daß von Sonderbehandlung der Juden gesprochen wurde, und ordnete an, den Begriff durch andere zu ersetzen. Tatsächlich blieb das Wort Sonderbehandlung jedoch weiterhin Bestandteil der spezifisch nationalsozialistischen Sprache.<<
Der deutsche Publizist Rudolf Augstein berichtete am 29. Januar 1979 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/1979): >>**Ich habe es nicht gewußt**
Auf meine Nazi-Vergangenheit komme ich ungern zu sprechen. Nicht weil ich etwas zu verbergen hätte, sondern, ganz umgekehrt, weil ich zufällig aus einer Familie stamme, die wegen ihrer katholischen Überzeugung in strikter Gegnerschaft zum Hitlerreich stand. …
Dreieinhalb Jahre war ich, Arbeitsdienst eingerechnet, an der Ostfront, als Soldat in einer selbständigen Einheit der Heeresartillerie. Ich bin dort viel herumgekommen. Aber erst nach Kriegsende erfuhr ich, daß die Nazis die Juden systematisch ermordet hatten. Auf diese Idee war selbst ich, der ihnen alles zutraute, nicht gekommen. …
Habe ich also wirklich nichts gewußt? Ja und nein. Jeder von uns kannte Dachau, Dachau stand für Eingesperrtsein und Nazi-Brutalität, für Konzentrationslager schlechthin. Ich kam aus dem östlichen Krieg nach Hause und wußte nichts von Gaskammern, nichts von der systematischen Ausmordung. Der Krieg hatte mich stumpf gemacht, mir wurde plötzlich bewußt, daß ich mich all die Zeit nur um mein eigenes Schicksal und das meiner Familie ge-

kümmert hatte. Das Los der Juden war aus meinem Blickfeld herausgetreten. …<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3/4 – 2012 berichtete später über das Buch "Völkermord als Staatsgeheimnis" des nordamerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas (x853/...): >>**Völkermord als Staatsgeheimnis**
Vom Wissen über die "Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich
... Professor Doehring schreibt in seinem Vorwort, daß sein eigener Vater – der zeitweise Häftling im Konzentrationslager war und später im Untergrund überlebte - "diese Art der "Endlösung der Judenfrage" vielleicht geahnt, aber doch letztlich nicht für denkbar gehalten und von ihr konkret nichts "gewußt" hat.
Dem Verfasser geht es um die Frage, ob man von einer Kollektivschuld der Deutschen für die Judenmorde sprechen kann. Dabei stellt er klar heraus, daß der Massenmord ein historisches Ereignis ist, an dem man nicht rütteln kann. Es steht für ihn fest, daß der Führerbefehl Nr. 1 vom 11.1.1940 eine entscheidende Rolle bei der Geheimhaltung spielte. Desgleichen die berüchtigte Posener Rede Himmlers vom 4. Oktober 1943, in der dieser von der Notwendigkeit der "Endlösung" sprach, für die das deutsche Volk aber noch nicht reif sei und worüber deswegen nicht gesprochen werden dürfe: "Zwei Schwätzer wurden erschossen".
Es ist nicht allgemein bekannt, daß deutsche Soldaten, die sich Vergehen oder Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zuschulden kommen ließen, hart bestraft wurden, selbst wenn es sich "nur" um Plünderungen bei Juden handelte. Ein Batteriechef wurde deswegen zum Tode verurteilt. Ein Unteroffizier, der eine russische Familie ermordete, wurde samt seinen Helfern ebenfalls erschossen.
Einige jüngere Historiker behaupten, daß die Kriegsgeneration über den Holocaust Bescheid wußte. Daniel Goldhagen meint in seinem Machwerk "Hitlers willige Vollstrecker" sogar, das deutsche Volk sei mit dem Holocaust einverstanden gewesen.
Professor Jäger schreibt in seinem Buch "Verbrecher unter totalitärer Herrschaft", das Alfred de Zayas anführt: "Nur ein relativ kleiner Kreis von Eingeweihten durfte von den Vernichtungsmaßnahmen Kenntnis haben; kein Presse- oder Wehrmachtsbericht erwähnte sie; im Unterschied zu den militärischen Siegen, die offen verkündet, gefeiert und von der Propaganda ausgewertet wurden, mußten die 'Erfolge', die das Regime auf dem Gebiet des 'Rassenkampfes' errang, absolut geheim gehalten werden".
Der Chef der Parteikanzlei, Martin Bormann, gab am 11. Juli 1943 einen Erlaß heraus, nach dem "im Einvernehmen mit dem Führer angeordnet wird, daß man bei einer öffentlichen Diskussion über die Judenfrage davon absehen soll, über eine Endlösung zu sprechen: Juden wurden zur Arbeit geschickt, en bloc und in angemessener Weise".
Zahlreiche Leserbriefschreiber weisen darauf hin, daß die Feindsender keinerlei Berichte über die Massenmorde an Juden brachten. Auch in unserer Familie wurde regelmäßig BBC gehört. Niemals kamen Berichte über Massenmorde.
In etlichen Feldpostbriefen berichteten deutsche Soldaten von Morden der SD-Einsatzgruppen. Es gibt auch einige Fotoaufnahmen von Judenerschießungen, die aber in der Presse nicht veröffentlicht wurden. "Tatsächlich war es strengstens verboten, Erschießungen zu fotografieren. Gerüchte machten vielfach die Runde. Aber glaubten die 'Volksgenossen' daran?
War es nicht Feindpropaganda? Die Älteren erinnerten sich, daß die Alliierten während des Ersten Weltkriegs die deutschen 'Hunnen' beschuldigten, belgischen kleinen Kindern die Hände abzuhacken. Waren Juden, die erschossen wurden, nicht womöglich Partisanen und Hekkenschützen?
Der Reichspressechef erteilte am 11. Juni 1942 die generelle Weisung: "Veröffentlichungen über die Maßnahmen gegen die Juden sind verboten".
In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurde deutlich, daß die "Endlösung der Juden" als geheime Reichsache eingestuft war.

Hitler erließ am 11. Januar 1940 den "Grundsätzlichen Befehl": "Niemand: Keine Dienststelle, kein Offizier dürfen von einer geheim zu haltenden Sache erfahren, wenn sie nicht aus dienstlichen Gründen unbedingt davon Kenntnis haben müssen." - Dieser Befehl wird in den Nummern 2 - 4 noch weiter präzisiert.
Hitlers ehemalige Sekretärin, Christa Schröder, schrieb:
"Dieser Befehl war in allen militärischen Büros und Schreibstuben aufgehängt".
In seiner berüchtigten Posener Rede vom 4. Oktober 1943 über die "Judenevakuierung" sagte Himmler u.a.: "Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden … Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht – das jüdische Volk wird ausgerottet … Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen und jeder hat seinen anständigen Juden …".
Mit diesem letzten Satz macht Himmler ungewollt deutlich, daß das deutsche Volk nicht antisemitisch war. ...
Es ist unbestritten, daß alle erwachsenen Deutschen, die von 1933 bis 1945 in Deutschland lebten, von der aggressiv antijüdischen Haltung der Machthaber wußten: "Deutsche, kauft nicht bei Juden!" - Selbst in kleineren Ortschaften gab es Stürmerkästen mit Hetzparolen gegen Juden. 1938 kam es zur "Reichskristallnacht", die aber von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung mißbilligt wurde. Daß 1941 der Judenstern eingeführt wurde, bekamen alle mit. Als im Lauf des Krieges zahlreiche Juden verschwanden, wurde dies mit Auswanderung erklärt. Später hieß es, sie kämen zum Arbeitseinsatz in den Osten.
Den zweifellos in weiten Teilen verbreiteten Antisemitismus kann man nicht einfach mit dem Massenmord gleichsetzen: "Judenverfolgungen hat es über Jahrhunderte hin in allen Staaten Europas gegeben; Pogrome haben sich vor allem in der Ukraine, Rußland und Polen im 19. und 20. Jahrhundert ereignet".
Gerüchte über Tötungen und Massaker wurden bisweilen durch Feldpostbriefe und gelegentliche Äußerungen von Fronturlaubern bekannt. Bereits während des Nürnberger Prozesses wertete eine ganze Armee von alliierten Juristen die NS-Akten aus, "um die zentralen Fragen zu klären, wer, was wann über den Holocaust wußte".
Nach Befragung von über 150 Militärrichtern und zahlreichen Interviews mit führenden Offizieren und Diplomaten ergab sich ein eindeutiges Bild: "Die 'Endlösung der Judenfrage' war nicht nur geheime Reichssache – sie ist in der Tat weitestgehend geheim gehalten worden". ...
Der vielleicht wichtigste jüdische Zeitzeuge, Viktor Klemperer, notierte am 2. April 1944 in seinem Tagebuch: "Einzeln genommen sind fraglos neunundneunzig Prozent der männlichen und weiblichen Belegschaft … in mehr oder minder hohem Maße antinazistisch, judenfreundlich, kriegsfeindlich, tyranneimüde … Aber die Angst vor dem einen Prozent Regierungstreuer, vor Gefängnis, Beil und Kugel bindet sie".
Aus der Rede Himmlers in Posen geht hervor, daß dieser dem deutschen Volk nicht traute, auch nicht der Wehrmacht und nicht einmal seiner SS. Als sich 1943 etwa 200 SS-Leute zur Front meldeten, weil sie die Belastungen bei der Durchführung von Judenmorden nicht mehr tragen konnten und einige bereits Selbstmord verübt hatten, lehnte Himmler dies wegen der Geheimhaltung ab.
Denjenigen, die in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind und immer wieder mit dem Holocaust konfrontiert werden, ist es unbegreiflich, daß viele der damals in Deutschland lebenden Juden in einer Zeit, da es noch möglich war, nicht emigrierten. Es war ja unübersehbar, daß das Ausland Hitler hofierte, nicht nur, aber ganz besonders bei den Olympischen Spielen 1936.
Churchill schrieb am 12. November 1938 in der Times: "Ich habe immer gesagt, daß wenn Großbritannien in einem Krieg bezwungen worden wäre, wir einen Hitler ausfindig machen müßten, um uns zu dem uns gebührenden Platz unter den Nationen zurückzuführen".

Der ehemalige amerikanische Richter im 11. Nürnberger Nachfolgeprozeß, Leon W. Powers, erklärte in seinem abweichenden Votum vom 14. April 1949: "Das Beweismaterial hat gezeigt, daß das Ausrottungsprogramm unter strengster Geheimhaltung gehandhabt wurde. Hitler wies Himmler an, die Aktion anlaufen zu lassen. Himmler suchte sich die Leute sorgfältig aus, die … die Ausrottung durchführen sollten und verpflichtete sie zur Geheimhaltung. Es ging darum … die Vorgänge vor dem deutschen Volk und allen, die nichts mit dem Unternehmen zu tun hatten, zu verbergen".
Heutige Anklagen von "Spätgeborenen", warum die Menschen im Dritten Reich nicht mehr Widerstand geleistet haben, ermangeln jeglicher Kenntnis der historischen Situation. Wer im "Tausendjährigen Reich" öffentlich gegen das Regime protestierte, verschwand umgehend im Konzentrationslager, ohne den Verfolgten hierdurch helfen zu können.<<

Die Organisation und Durchführung der "Endlösung"
Wegen der besseren Geheimhaltung und weil man die "Endlösung" unbeobachtet durchführen wollte, errichteten spezielle SS-Einheiten ab 1941 im besetzten Polen 6 Vernichtungslager. Während in den Konzentrations- und Arbeitslagern zunächst die Arbeitskraft der Häftlinge und Zwangsarbeiter ausgebeutet wurde, dienten die Vernichtungslager ausschließlich der Massentötung der europäischen Juden.
Aufgrund der strengen Geheimhaltungspflicht erteilte Reichsführer SS Himmler den Befehl, die Vernichtungslager nur in spärlich besiedelten, abgelegenen polnischen Gebieten zu errichten. Die Standorte mußten jedoch über Bahnanschlüsse verfügen und durften wegen der Massentransporte nicht zu weit von den polnischen Gettos entfernt sein. Die Vernichtungslager unterlagen strengster Geheimhaltung und wurden von den SS-Wacheinheiten weiträumig abgesperrt. Alle Zufahrtswege und Straßen wurden ununterbrochen bewacht.
Das große Vernichtungslager Auschwitz (ursprünglich österreichische Kasernen bzw. Gebäude des Tabakmonopols) wurde damals als riesiges Arbeitslager für oberschlesische Industriebetriebe - IG-Farben und andere - getarnt. Da das Todeslager Auschwitz ziemlich weit von den nächsten Siedlungen entfernt war, konnte man die wahren Vorgänge fast bis zum Kriegsende vor der Außenwelt verbergen.
Um die Zahl der Mitwisser zu begrenzen und wegen der Geheimhaltung, ließ Himmler oftmals ausländische SS-Wachmannschaften in den Vernichtungslagern einsetzen. Es handelte sich vielfach um baltische SS-Angehörige, ukrainische Hilfswillige und um sowjetische Kriegsgefangene, die sich freiwillig zum Dienst bei der SS gemeldet hatten. Die SS-Wachmannschaften waren in erster Linie für die Außenbewachung der Lager und die Bewachung der auswärtigen Arbeitsgruppen zuständig.
Der deutsche Historiker Eberhard Jäckel berichtete später über die Organisation und Durchführung der "Endlösung" (x036/12-13): >>Man kann 4 verschiedene Dienststellen unterscheiden, die überwiegend nacheinander tätig wurden.
Da waren erstens die 4 Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die dem Reichssicherheitshauptamt unterstanden.
Da war zweitens der SS- und Polizeiführer in Lublin, Globocnik, der unmittelbar Himmler unterstand, im Zuge der sogenannten Aktion Reinhard die Vernichtungslager von Belzec, Sobibór und Treblinka betrieb und sich dabei weithin eines Personals bediente, das von der Kanzlei der NSDAP abgestellt worden war, die zuvor die sogenannte Aktion T 4, die Tötung von Geisteskranken geleitet hatte.
Da war drittens der Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, Höß, der als solcher dem SS-Verwaltungs- und Wirtschaftshauptamt unterstand, seine Weisungen für den Betrieb des Vernichtungslagers Auschwitz II-Birkenau aber gleichfalls unmittelbar von Himmler erhielt.

Da war viertens das Vernichtungslager Chelmno bei Lodz in den eingegliederten polnischen Gebieten, das einen Sonderfall darstellte. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim schrieb später über die "Vernichtungslager" des NS-Regimes (x051/601-602): >>Vernichtungslager, Lager oder Teile von Lagern, die im Rahmen der Endlösung der Judenfrage eingerichtet und grundsätzlich für die Tötung von Juden bestimmt waren.

Der Begriff Vernichtungslager richtet sich nach der Zweckbestimmung des Lagers, nicht nach den Zuständen darin. Reine Vernichtungslager waren Kulmhof, Belzec, Sobibór und Treblinka; Auschwitz-Birkenau und zeitweise Maidanek hatten eine Doppelfunktion: Sie waren sowohl Vernichtungslager wie KZ.

In den reinen Vernichtungslagern wurden die Juden sofort nach der Ankunft getötet, wenn man von der Zurückstellung weniger für gewisse Kommandos … absieht. In den Lagern mit Doppelfunktion fand nach Ankunft eines Transportes im Allgemeinen eine Selektion statt. Die Arbeitsunfähigen wurden in die Gaskammern getrieben, die Arbeitsfähigen kamen zum Arbeitseinsatz in private oder SS-eigene Betriebe und wurden erst nach Ausschöpfung der Arbeitskraft getötet. Teilweise fanden in den Vernichtungslagern auch Tötungen von nichtjüdischen Häftlingen statt, z.B. von "Zigeunern" und "politisch untragbaren" sowjetischen Kriegsgefangenen.<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser berichtete später über die NS-Todesmaschinerie (x075/83-85): >>... Als die Maschinerie erst einmal reibungslos funktionierte, konnten Millionen von Männern, Frauen und Kindern getötet werden. Zuerst diejenigen, die von vornherein arbeitsunfähig waren, dann diejenigen, die die Schinderei am Rande des Hungertodes vielleicht noch überlebt hätten, der "widerstandsfähige Rest", der um so gefährlicher war, als er Rächer in die Welt setzen konnte.

Die Maschinerie funktionierte dank einer sachkundigen Verwaltung mit genauester Aufgabenverteilung. Unter dem Stichwort "Endlösung der Judenfrage" teilte Heydrich am 25. Juni 1942 allen Verantwortlichen der Sicherheitspolizei, des Sicherheitsdienstes und der "Einsatzgruppen" mit, daß er ab sofort beauftragt sei, alle organisatorischen und materiellen Maßnahmen für eine Gesamtlösung der Judenfrage innerhalb der deutschen Einflußgebiete in Europa zu treffen. ...

Diese Organisation schloß auch die wirtschaftliche Ausbeutung der Gefangenen zu Lebzeiten ein; sie wurden z.B. Industrieunternehmen zur Verfügung gestellt und auch zur systematischen Perfektionierung der Mordmaschinerie eingesetzt.

In gewisser Weise stellten die grausamen, sadistischen Willkürhandlungen in der Endphase der Lager so etwas wie eine Ausnahme dar: Im Gegensatz zu den Erniedrigungen, denen die Gefangenen der dreißiger Jahre ausgesetzt waren, weil die diensthabenden SA-Leute sich ihnen unterlegen fühlten, hatten diese Willkürhandlungen nicht den Zweck, Menschen zu entwürdigen. Jetzt betrachtete man sie einfach als Untermenschen, als Nicht-Menschen. ... Die Juden wurden gemordet, weil sie Juden waren. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über das SS-Personal in den NS-Vernichtungslagern (x268/56): >>... Die Verfolgungsmaschinerie war so konstruiert, daß sie mit einem Minimum an deutschem Personal auskam. Besonders der Eichmann-Prozeß in Jerusalem im Jahre 1961 hat offengelegt, mit welcher diabolischen Intelligenz die Nazis ihre Helfer aus den Reihen der Opfer zu gewinnen verstanden, angefangen von den Judenräten in verschiedenen Ländern Europas bis zu den Hilfspolizisten in den Lagern; in Theresienstadt war sogar der Henker ein Jude. ...<<

Robert Pendorf vermerkte während des "Eichmann-Prozesses" (x025/146): >>... Auf dem ganzen Weg in den Tod bekamen die polnischen Juden kaum mehr als eine Handvoll Deutsche zu sehen.<<

Die Opfer der Endlösung

Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln.

Der Nürnberger Gerichtshof unterstellte im Jahre 1946, daß etwa 5,7 Millionen europäische Juden ermordet wurden.

Das "Institut für jüdische Probleme" in New York ermittelte im Jahre 1957 eine Gesamtzahl von 5.978.000 ermordeten Juden (x129/69).

Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg berichtete im Jahre 1961 von 5,1 Millionen Opfern des NS-Völkermordes (x025/246). Gemäß Hilberg wurden etwa 1,5 Millionen jüdische Mordopfer durch mobile SD- und SS-Einsatzgruppen liquidiert, annähernd 3,0 Mio Juden ermordete man in den 6 Vernichtungslagern, während die übrigen Opfer durch Hunger, Kälte und Seuchen in den Gettos und Konzentrationslagern oder im Verlauf der katastrophalen Todesmärsche und Räumungstransporte umkamen (x042/11).

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb im Jahre 1985 über die Opfer der "Endlösung" (x051/153): >>... (Endlösung) ... Die genaue Anzahl der im Rahmen der Endlösung ums Leben gekommenen Juden läßt sich nicht feststellen. Aus erhalten gebliebenen Berichten über Tötungsaktionen der Einsatzgruppen und anderer Einheiten, Transportlisten in die Vernichtungslager, Statistiken über die bei Beginn der Aktionen in den Gebieten lebenden Juden in Verbindung mit Rückmeldungen nach dem Kriege u.a. ist davon auszugehen, daß rd. 5 Millionen Juden ermordet worden oder infolge der Lebensverhältnisse in den Lagern verstorben sind. …<<

"DAS NEUE DUDEN LEXIKON" berichtete im Jahre 1989 von 5-6 Millionen jüdischen Mordopfern (x017/1.921).

Der französische Historiker Stéphane Courtois berichtete im Jahre 1997 über die historische Ermittlung von Opferzahlen (x087/236-237): >>... Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar. Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezialisten auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.<<

Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).

"DER BROCKHAUS" berichtete im Jahre 2006 von etwa 6 Millionen jüdischen Opfern (x251/149).

Kollektivschuld oder historische Mitverantwortung?

Angesichts der unfaßbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes - im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn - in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.

Der deutsch-amerikanischer Historiker Prof. Hans Rothfels schrieb später über den vermeintlich ausgeprägten Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x025/143-144): >>Daß Antisemitismus zum Urbestand der nationalsozialistischen Bewegung gehörte – auf der Grundlage

einer tendenziösen Rassentheorie, aber auch in Verbindung mit Antikapitalismus oder Antikommunismus -, daß er auf breite Schichten eine starke Anziehungskraft hatte und Gelegenheit zu schlimmsten Exzessen wie auch widerlicher Bereicherung bot, braucht nicht betont zu werden.
Aber daß diese Gesinnungen und Handlungsweisen sich mehr oder weniger allgemeiner Zustimmung erfreuten oder bereitwillig hingenommen wurden, trifft keineswegs zu. ...<<
Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtete später über den angeblichen Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x036/48-49): >>... Der Historiker, der nicht durch ideologische oder theoretische Scheuklappen behindert ist, kann leicht erkennen, daß es der nationalsozialistische Antisemitismus und die antijüdische Politik des Dritten Reiches waren, die ganz wesentlich den besonderen Charakter des Nationalsozialismus prägten. ...
Allenfalls kann man von einem bis heute einzigartigen Auftauchen eines messianischen Glaubens und einer apokalyptischen Vision der Geschichte mitten im politischen, bürokratischen und technologischen System einer hochentwickelten Industriegesellschaft sprechen. Aber auch hierbei entsteht wieder ein falscher Eindruck - es gab keine Massenbewegung gegen die Juden, nicht einmal den Kreuzzug einer fanatischen Sekte. Die Bürokratie spielte die zentrale Rolle, eine Bürokratie, die der Vernichtung gleichgültig gegenüberstand, aber von einem Führer gelenkt wurde, der seinerseits von den stärksten Überzeugungen getrieben wurde.
Die Lähmung der Historiker resultiert aus der Gleichzeitigkeit und Verquickung völlig heterogener Phänomene: messianischer Fanatismus und bürokratische Strukturen, pathologische Handlungsantriebe und administrative Erlasse, archaische Denkweisen in einer hochentwikkelten Industriegesellschaft.
Wir wissen im einzelnen, was geschah; wir kennen die Abfolge der Ereignisse und ihre möglichen Zusammenhänge; aber die Tiefendynamik des Phänomens entgleitet uns. Und was wir auch nicht begreifen, ist die fast schlagartige Auflösung der politischen, institutionellen und der Rechtsstrukturen Deutschlands sowie die Kapitulation der moralischen Kräfte, die naturgemäß wichtige Hindernisse hätten darstellen müssen für die Nazis in Deutschland, in anderen europäischen Ländern und in der gesamten westlichen Welt. ...<<
Telford Taylor, nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, erklärte später während eines Gespräches mit dem US-Schriftsteller Studs Terkel (x165/417-419): >>... Der Holocaust war ja vom ganzen Ausmaß ohne Beispiel in der Geschichte. Unfaßbar? Ich weiß nicht. Ich fürchte die Menschen stumpfen sehr schnell ab. Wenn man sich zwei, drei Tage lang die Zeugenaussagen angehört hatte, war es nichts Besonderes mehr. Wie bei kleinen Kindern, die alles als selbstverständlich hinnehmen. Ich weiß noch, wie meine eigenen Kinder, zwei kleine Mädchen mit 5 und 7 Jahren, nach Nürnberg kamen und ich ihnen die ausgebombten Häuser zeigte. "Die Häuser sind kaputt", sagten sie. Als sie ein oder zwei gesehen hatten, interessierten sie sich nicht mehr weiter dafür.
Studs Terkel: "Würden sie die Nürnberger Angeklagten als ganz gewöhnliche Leute bezeichnen?"
… Wenn Sie von den KZ-Aufsehern und den Untergebenen sprechen, die diese blutigen und mörderischen Aktionen durchführten, dann haben Sie recht. Das waren ganz gewöhnliche Leute.
Warum haben sie so etwas getan? ... Die meisten waren Mitläufer. Moralische Grundsätze sind schnell vergessen. … Der einfachste Weg für ein bequemes Leben ist der, Befehle zu befolgen.
Als ich zurückkam wurde ich oft gebeten, über Nürnberg zu sprechen. Anfang 1950 hielt ich einen Vortrag vor der Gemeinde einer jüdischen Synagoge in Brooklyn. Ich sagte, daß man sich die für den Holocaust verantwortlichen Nazis nicht als einen Haufen von perversen Sadisten vorstellen dürfe. Die meisten wären ganz normale Leute wie du und ich. Sie hätten den

Aufschrei erleben sollen, der durch das Publikum ging. ...
Wenn wir denselben Strömungen und Zwängen ausgesetzt wären wie die Deutschen, würden sehr viele von uns genauso handeln. Vielleicht nicht ganz so viele, weil wir nicht so autoritätshörig sind wie die Deutschen. Aber viele von uns würden genauso handeln. Wir haben zwar immer noch ein paar politische Schutzmechanismen eingebaut, aber die sind auch nicht bombenfest. ...
Der normale Mensch ist zu ungeheuren Heldentaten und zu ungeheuren Grausamkeiten fähig. Das ist die bittere Lektion von Nürnberg. Es ist sehr einfach, den Nazismus für die Grausamkeit dieser Leute verantwortlich zu machen. …
Die bittere Lektion und die wahre Tragödie ist die Erkenntnis, daß man gewöhnliche Leute dazu bringen kann, solche unbeschreiblichen Dinge zu tun. Das ist die eigentliche Gefahr. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das vermeintliche "Tätervolk der Deutschen" (x268/85): >>... Der amerikanische Psychiater Gustave M. Gilbert, der für die Angeklagten von Nürnberg verantwortlich war, hat gesagt: "Nach unseren Erkenntnissen müssen wir annehmen, daß solche Persönlichkeiten nicht nur nicht einzigartig oder wahnsinnig sind, sondern daß sie sich auch in jedem anderen Land der Welt von heute wiederfinden könnten. Wir müssen auch einsehen, daß es solche Persönlichkeiten in diesem Land gibt und daß zweifellos bestimmte Individuen bereit wären, über die Leichen der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu steigen, wenn sie damit die Kontrolle über die andere Hälfte in die Hand bekämen."
Ähnlich Hannah Arendt in ihrer Studie "Eichmann in Jerusalem": "Das Beunruhigende an der Person Eichmann war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind."
Auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, glaubt, daß ein Holocaust auch in den USA möglich sei. Es handelt sich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein menschliches Versagen. ...<<
Die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhobenen Vorwürfe der Kollektivschuld wurden in den folgenden Jahren offiziell fallengelassen, denn sie widersprachen eindeutig dem allgemeinen Rechtsdenken, das nur die Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt. Die rechtliche Schuld einer Gemeinschaft bzw. eines Volkes und die kollektive Haftung, wie z.B. die Sippenhaft für das Hitlerregime, wurden schließlich in allen demokratischen Staaten als Rechtsbeugung eingestuft.
Der britisch-jüdische Schriftsteller und Verleger Sir Victor Gollancz schrieb später in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" (x025/131): >>... Jetzt, so sagte man, wüßten wir nun endlich, daß die deutsche Nation als Ganzes schuldig wäre: Warum nämlich hätte sie nicht, wofern es anders wäre, um jeden Preis sich gegen diese Verbrechen ausgesprochen und sich gegen Hitler aufgelehnt?
Dabei kam man gar nicht auf den Gedanken, sich die Frage vorzulegen, was man denn selber unter ähnlichen Verhältnissen geleistet haben würde; man hielt nicht einen Augenblick inne, um sich innerlich darüber Rechenschaft abzulegen, ob man wohl, wofern der Preis, über den man so glatt dahinschwätzte, Tod oder Folter nicht nur für einen selbst, sondern auch für die eigenen Kinder gewesen wären - ob man dann auch noch, jenseits aller Zweifel, das hinreichende Maß von Heroismus besessen haben würde, um solche Gefahren auf sich zu nehmen. ...<<
Der deutsche Philosoph Karl Jaspers schrieb im Jahre 1946 über den Vorwurf der deutschen Kollektivschuld (x129/154): >>… Für Verbrechen kann je nur der einzelne bestraft werden, sei es, daß er allein ist, oder daß er eine Reihe von Komplizen hat, die jeder für sich nach dem Maße der Teilnahme und im Minimum schon durch ihre bloße Zugehörigkeit zu dieser Ge-

sellschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Es gibt Zusammenrottungen von Räuberbanden, Verschwörern, die als Ganzes als verbrecherisch gekennzeichnet werden können. Dann macht die bloße Zugehörigkeit straffällig.
Es ist aber sinnwidrig, ein ganzes Volk eines Verbrechens zu beschuldigen. Verbrecher ist immer nur der einzelne.
Es ist auch sinnwidrig, ein Volk als Ganzes moralisch anzuklagen. Es gibt keinen Charakter eines Volkes derart, daß jeder einzelne der Volkszugehörigen diesen Charakter hätte. Wohl gibt es Gemeinsamkeiten der Sprache, der Sitten und Gewohnheiten, der Herkunft. Aber darin sind zugleich derartig starke Differenzen möglich, daß Menschen, die dieselbe Sprache reden, doch darin sich so fremd bleiben können, als ob sie gar nicht zum gleichen Volk gehörten.
Moralisch kann immer nur der einzelne, nie ein Kollektiv beurteilt werden. ...
Ein Volk kann nicht zu einem Individuum gemacht werden. Ein Volk kann nicht heroisch untergehen, nicht Verbrecher sein, nicht sittlich oder unsittlich handeln, sondern immer nur die einzelnen aus ihm. Ein Volk als ganzes kann nicht schuldig und nicht unschuldig sein, weder im kriminellen, noch im politischen (hier haften nur die Bürger eines Staates), noch im moralischen Sinn. Die kategoriale Beurteilung als Volk ist immer eine Ungerechtigkeit; ... - sie hat eine Entwürdigung des Menschen als einzelnen zur Folge.<<
Theodor Heuss, von 1949-59 erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, erklärte am 7. Dezember 1949 während einer christlich-jüdischen Feierstunde (x075/112-113): >>...
Man hat von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahinter steht, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis es gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe.
Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat - und er hat uns viel angetan - , ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Kollektivschuld" (x051/-321): >>Kollektivschuld, rechtliche Schuld einer Gemeinschaft - etwa eines Volkes - für die Verbrechen einzelner ihrer Glieder.
Der Begriff der Kollektivschuld widerspricht dem modernen Rechtsdenken, das nur eine Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt und kollektive Haftung wie z.B. die nationalsozialistische Sippenhaft als Rechtsbeugung verwirft.
Der nach 1945 erhobene Vorwurf einer Kollektivschuld des deutschen Volkes für die nationalsozialistischen Verbrechen wurde daher in diesem Sinne fallen gelassen. Heuss sprach statt dessen von einer "Kollektivscham", die das deutsche Volk angesichts der in seinem Namen begangenen Untaten empfinden müsse, aus der die Verpflichtung zur Wiedergutmachung erwachse. Im gleichen Sinne äußerte sich 1946 Jaspers, der von "Mitbetroffenheit" sprach, "auch wenn wir moralisch und juristisch nicht haften"; und so wollte auch das Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche verstanden werden.
Helmut Schmidt bezeichnete am 23.11.77 in einer Rede am Mahnmal in Auschwitz die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejahte aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas lehnte die Kollektivschuld ebenfalls entschieden ab (x028/198): >>... Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für die NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-nordamerikanischen für die Vertreibung.
Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. Bundespräsi-

dent Richard von Weizsäcker äußerte sich ebenfalls zur kollektiven Schuldzuweisung in seiner Bundestagsansprache vom 8. Mai 1985: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich."...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die Kollektivschuld der Deutschen (x025/156-157,161-162, x268/33): >>... Die Frage "warum habt ihr den Tyrannen nicht gestürzt?" ist alt und doch immer aktuell. Als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag Stalins Verbrechen anprangerte, riefen die Delegierten spontan: "Warum habt ihr Stalin nicht getötet?"

Chruschtschow erwiderte: "Was konnten wir tun?

Es war eine Terrorherrschaft."

Nüchtern stellte der US-Chefankläger Jackson vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal fest: "Wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht." ...

Psychologisch gesehen stellt die Kollektivschuld-Theorie ebenso wie Blutrache und Sippenhaftung einen Rückfall in sehr frühe Entwicklungsstadien der Menschheit dar, wie der international bekannte Freud-Schüler C. G. Jung ausgeführt hat.

Jung spricht von einer "magischen Unreinheit" und meint, die Schuld dehne sich als psychische Erscheinung "über die örtliche und menschliche Umgebung aus. Ein Wald, ein Haus, eine Familie, ein Dorf sogar, wo ein Mord geschehen ist, fühlt die psychische Schuld und bekommt sie von außen her zu spüren."

Daß die barbarische Simplifizierung der Kollektivschuld ein menschliches oder besser unmenschliches Urphänomen darstellt und damit alles andere als eine anglo-amerikanische Erfindung, hat erst wieder 1982 F. W. Rothenspieler in seiner gründlichen Analyse "Der Gedanke der Kollektivschuld in juristischer Sicht" dargelegt. ...<<

>>... Nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Judenpolitik neigt man heute mehr dazu, die nationalistisch-rassistischen Motive in den Vordergrund zu stellen. Religionsverfolgungen in Reinkultur hat es nie gegeben, und lupenreinen Rassismus ebensowenig. Entscheidend bleibt der Anknüpfungspunkt der Verfolger; beim religiösen Fanatiker ist es der Glaube, beim Rassisten die Abstammung. Was in dem blutigen Spiel selten fehlt, sind die hohen Ideale, allerdings in der Form des selektiven Humanismus: Menschlichkeit im Prinzip ja, aber nicht für diese oder jene Gruppe. So gesehen ist die Kollektivschuld-Theorie eine der vielen historischen Erscheinungsformen des Rassismus.

Ähnlich wie der altchristliche Antisemitismus liefert sie in der letzten Konsequenz einen Blanko-Scheck für alle Verbrechen am "schuldigen" Volk in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aus dem Osten stammt die Lehre vom gerechten Krieg; alle Lehrbücher des Marxismus-Leninismus geben über sie erschöpfenden Aufschluß. Kommt aus dem Westen eine Lehre vom gerechten Völkermord?

Gilt in Zukunft etwa der Satz, daß der Völkermord im Prinzip nichts Schlechtes ist, und daß man eben nur die richtigen Völker morden muß? Wer bestimmt, welche Völker schuldig und damit ohne Menschenrechte sind? Wenn der Tod von 2,8-3 Millionen Frauen, Kindern und Greisen jenseits der Oder-Neiße die gerechte Sühne für die Naziverbrechen war, wieviele Russen z.B. müßte man dann gerechterweise liquidieren, um die Sowjetverbrechen seit 1917 zu sühnen? ...<<

>>... Ein Strafsystem, daß ohne Unterschied auf den Schuldigen und den Unschuldigen einschlägt, wirkt bloß wie eine Seuche oder eine große Naturkatastrophe und ist ebensowenig wie die Cholera oder ein Erdbeben geeignet, Verbrechen zu verhüten. ...

Die Menschen hunderteweise zu enthaupten, ohne nach ihrer Schuld zu fragen, dem Reichen mit Hilfe von Kerkermeistern sein Geld abzupressen ... das ist die einfachste und leichtbe-

greiflichste aller Regierungsweisen. Über ihren sittlichen Rang wollen wir schweigen, gewiß erfordert sie aber keine Fassungskraft, die über die des Barbaren oder des Kindes hinausgeht.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes wegen des Volkermordes an den europäischen Juden (x046/186,188,190-191): >>... Der sowjetische Ankläger in Nürnberg, Oberjustizrat Smirnov, der mit seinen Kollegen bestrebt war, die Behauptungen der sowjetischen Kriegspropaganda in das Verfahren vor dem Internationalen Militärgerichtshof einzuführen, erlaubte sich am 19. Februar 1946 pauschale Beschuldigungen gegen das gesamte deutsche Volk zu erheben, als er von "Hunderttausenden und Millionen Verbrechern" unter den Deutschen sprach. In Wahrheit jedoch hatte sich der Genozid an den Juden hinter einem Vorhang strikter Geheimhaltung vollzogen. ...

Himmler soll den Kreis der für die 'Endlösung' unmittelbar Verantwortlichen im April 1943 auf 200 SS-Führer beschränkt bezeichnet haben. ... Der amerikanische Völkerrechtler, Professor Dr. Dr. de Zayas, und einige amerikanische und britische Autoren machen heute denn auch keinen Hehl aus ihrer Auffassung, daß die "Personenzahl, die während des Krieges vom Holocaust wußte, äußerst begrenzt" gewesen war.

De Zayas schreibt: "Immer mehr Historiker gelangen zu der Einsicht, daß die Kenntnis des Holocaust während des Krieges viel begrenzter war, als man bisher glaubte".

Und besonders galt dies für die Masse des deutschen Volkes. Eine Verheimlichung des Genozids aber war schon deshalb zwingend erforderlich gewesen, weil, wie etwa der in Nürnberg in allen Anklagepunkten freigesprochene Ministerialdirektor Dr. Fritzsche aussagte, das deutsche Volk Hitler die Gefolgschaft verweigert haben würde, wenn es von dem Mord an den Juden gewußt hätte, zumindest aber in seinem Vertrauen zu Hitler zutiefst erschüttert worden wäre. ...<<

>>... Wenn die Deutschen von den grausigen Vorgängen hinter ihrem Rücken, die sie niemals gebilligt haben würden, nicht einmal Kenntnis gehabt hatten, dann können sie für sie auch nicht verantwortlich gemacht werden.

Daß in der Hauptsache Staatsangehörige des Großdeutschen Reiches in diese Untaten verstrickt waren, ist hier kein Gegenbeweis, weil ja mit derselben Logik sonst auch das russische Volk für die von der Sowjetmacht verübten Massenmorde an Millionen und Abermillionen die Verantwortung tragen müßte oder das georgische Volk, weil, abgesehen von dem Georgier Stalin, die Georgier … und andere als führende Funktionäre den Apparat des NKVD prägten oder, um den Faden fortzuspinnen, selbst das jüdische Volk, weil, wie dies auch die aus der Sowjetunion stammende jüdische Autorin Sonja Margolina in ihrem jüngst erschienenen Band "DAS ENDE DER LÜGEN" hervorhebt, Juden im Bolschewismus zum ersten Male in der Geschichte nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter in Erscheinung getreten sind. …<<

>>... Wenn, auch nach Margolina, die aktive Mitwirkung vieler Juden in den sowjetischen Terrororganen geradezu ein eigenes Kapitel darstellt, so lassen sich andererseits doch niemals Rückschlüsse auf eine Verantwortung des jüdischen Volkes als solches für die begangenen Verbrechen des Bolschewismus ziehen.

Nicht die Völker – Deutsche, Russen, Georgier, Letten ... und andere – sind für die begangenen Greueltaten verantwortlich, sondern immer nur Einzelpersonen. Und was speziell das deutsche Volk angeht, so wird niemand behaupten können, daß es zu seinen Traditionen gehörte, eine friedliche Bevölkerung zu verfolgen und umzubringen. ...

Nicht die Deutschen, sondern Nationalsozialisten, Gefolgsleute Hitlers und Himmlers, haben in unserer Zeit entsprechende Untaten begangen und ebensowenig Russen, Georgier, Letten, ... sondern Kommunisten, die Gefolgsleute eines Lenin und Stalin, die Einpeitscher des sowjetischen Sozialismus.

Es kommt hinzu, daß die Täter auf deutscher Seite im Gegensatz zu denen auf sowjetischer Seite, soweit man ihrer habhaft werden konnte, streng zur Verantwortung gezogen worden sind. Denn selbst Präsident Gorbatschow erlaubte es wohl, manche Verbrechen beim Namen zu nennen, keinesfalls aber die Verbrecher, geschweige denn, auch nur einen von ihnen vor Gericht zu stellen. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die krankhaften Schuldkomplexe der Deutschen (x268/80): >>Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Menschen den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß viele Deutsche anscheinend an einer Megalomanie (Größenwahn) leiden – sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die größten Büßer. Dies halte ich für pathologisch. ...<<

Der Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/239-243): >>... Kollektivschuld steht im Gegensatz zu den herrschenden Rechtsprinzipien. …

Kollektivschuldurteile sind also rationalisierende, affektgeleitete, machtgestützte Zuschreibungen. Sie dienen dazu, den eigenen, vom gegnerischen Blut besudelten "Volkskörper" von der Schuld des Tötens durch Projektion auf den unterlegenen Feind zu befreien, und sie dienen der moralischen Unterwerfung des Gegners durch die Entwertung seines kollektiven Wertesystems, seines Nationalgefühls. ...

Wird die Selbstwahrnehmung eines Kollektivs durch hinreichende, den nationalen Narzißmus stabilisierende Konzepte gestützt, was immer auch ein hohes Maß flankierender historischer Verleugnung voraussetzt, wird die Kollektivschuldzuschreibung nicht wirksam, wie zum Beispiel im Falle der massenhafte Morde im Zusammenhang mit der Französischen Revolution oder der Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner. Beide Massaker haben der positiven kollektiven Selbstwahrnehmung, dem jeweiligen nationalen Narzißmus nicht geschadet. Weder wurde wirksam der Kollektivschuldvorwurf erhoben, noch wurde er in das nationale Selbstkonzept übernommen.

Sind solche den kollektiven Narzißmus stützenden Konzepte beschädigt, aber noch vorhanden, zum Beispiel im Falle der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg, so können sich reparative Tendenzen gegen die Übernahme von Kollektivschuldvorwürfen und deren materiellen Folgen durchsetzen, was im Falle Deutschlands schließlich zur Etablierung einer Diktatur führte.

Ist die Niederlage zu schwer und steht ihr kein stabilisierendes Konzept im Sinne der Schuldabwehr zur Erhaltung des nationalen Narzißmus und der ihr flankierenden Verleugnung entgegen, so kann der von außen kommende Selbstvorwurf in das Innere der kollektiven Selbstwahrnehmung eindringen. Es wird damit zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts und entwickelt nun ungehindert sein aggressives Potential als kollektive Selbstzerstörung. Dies ist die Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.

Eine derartige Sozialpathologie ist also die Folge der Zerstörung des Nationalgefühls und dessen das Kollektiv schützende Funktion, und gleichzeitig destabilisiert sie dessen Reste, nämlich das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl. Die im Namen dieser kulturellen Gemeinschaft begangenen Verbrechen sind natürlich eine Voraussetzung für diese Entwicklung, aber vermutlich nicht die wichtigste, denn andere Völker konnten ihr Nationalgefühl vor dem eindringen kollektiver Scham- und Schuldgefühle wirksam schützen, obwohl in deren Namen ebenfalls grausame Verbrechen begangen wurden. ...<<

Schlußbemerkungen: Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt

werden, weil die brutale NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager. Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können (wie folgende Beispiele aus der ersten und zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestätigen):
- Völkermord an den Armeniern in der Türkei während des Ersten Weltkrieges,
- Lenins und Stalins "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in der Sowjetunion,
- Massenverbrechen im besetzten China durch japanische Besatzungstruppen,
- Verfolgung der Serben in Jugoslawien durch kroatische und bosnische Besatzungstruppen während des Zweiten Weltkrieges,
- Völkermord an den europäischen Juden durch das NS-Regime,
- Verfolgung der Kroaten und Bosnier in Jugoslawien durch die Serben (nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges),
- Befreiungs- und Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen von 1944-48 in Ost-Mitteleuropa, die sich mehrheitlich in "Friedenszeiten" ereigneten,
- Maos "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in China,
- Pol Pots "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in Kambodscha,
- Kim Il Sungs "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in Nordkorea ...

Ausländische Berichte über die Verfolgung der europäischen Juden und unterlassene Hilfeleistungen der Anti-Hitler-Koalition

Die "New York Times" berichtete am 21. Oktober 1939 über den Transport von 2.000 Wiener Juden nach Lublin in Polen (x172/178): >>... Gestern Abend sind sie mit Sonderzügen zu ihrem neuen Wohnsitz abgereist, einem Gebiet, das der Beschreibung nach einem Indianerreservat ähnelt. Offenbar ist dies der Beginn einer Massenumsiedlung, von der im Laufe der Zeit alle österreichischen und eventuell sogar deutschen Juden betroffen sein könnten.<<

Die Briten schlugen im Jahre 1939 den langjährigen Aufstand der Araber in Palästina nieder, beugten sich aber danach den arabischen Forderungen und schränkten ab 1940 die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch ein (x175/360).

Nahum Goldmann, von 1929-40 Vertreter der Jewish Agency beim Völkerbund in Genf, erklärte am 21. Januar 1940 während einer Rede in Chicago (x172/187): >>... Wenn der Krieg in Europa noch ein Jahr fortdauert, werden 1 oder 2 Millionen polnischer Juden verhungert oder von den Nazischergen umgebracht worden sein.<<

Die britische Regierung ließ am 29. Februar 1940 Palästina in 3 Zonen aufteilen, um die zahlreichen Konflikte zwischen den arabischen Siedlern und den jüdischen Einwanderern zu beenden. Die Einwanderungszahlen für jüdische Einwanderer wurden danach drastisch reduziert (x175/360).

Im Jahre 1940 lehnte der US-Kongreß einen Gesetzentwurf ab, Alaska für die jüdische Einwanderung zu öffnen (x043/470).

Ein Mitarbeiter der Europaabteilung des State Department lehnte es im November 1941 ab, die 300.000 Juden aus Rumänien nach Syrien oder nach Palästina zu evakuieren (x042/119): >>... Zustimmung zu einem solchen Plan würde wahrscheinlich neue Forderungen nach einem Asyl in der westlichen Hemisphäre laut werden lassen, würde eine Auswanderung der rumänischen Juden die Frage eines ähnlichen Entgegenkommens für die Juden in Ungarn, und, wenn man die Sache weiterdenkt, in allen Ländern mit einer intensiven Judenverfolgung aufwerfen. ...

Soweit ich weiß, liegt es außerhalb unserer Möglichkeiten, das jüdische Problem als Ganzes

zu bewältigen.<<
Die Zeitung "Boston Globe" berichtete am 26. Juni 1942 (x042/27): >>Massenmord an Juden in Polen: über 700.000.
Im Rahmen eines systematischen Programms zur Ausrottung der Juden in Polen sind während des vergangenen Jahres über 700.000 Menschen ermordet worden.<<
Dr. Gerhart Riegner, ein Mitarbeiter des Jüdischen Weltkongresses, berichtete am 8. August 1942 in Genf über Hitlers geheimen Plan, alle europäischen Juden zu vernichten (x042/53): >>... Danach sind ... alle Juden aus Deutschland und den von Deutschland besetzten Gebieten in Europa zunächst im Osten - wahrscheinlich in Polen - zu konzentrieren und dann zu vernichten. Die Zahl der Opfer soll wahrscheinlich zwischen dreieinhalb und vier Millionen liegen. Das Ziel soll die endgültige Lösung der jüdischen Frage in Europa sein.<<
In Cincinnati beklagten am 14. August 1942 über 100 protestantische Geistliche die Verfolgung der europäischen Juden und übergaben der jüdischen Gemeinde eine schriftliche Erklärung (x042/31): >>... Wir christlichen Pfarrer können und werden nicht stillschweigen angesichts des Massenmordes an den europäischen Juden.
Dies ist die Tragödie Eurer jüdischen Brüder in Europa, aber es ist auch unsere christliche Tragödie. Was die Menschen jüdischen Glaubens an Bösem erleiden, wird ihnen von Menschen zugefügt, die christliche Namen tragen und einen christlichen Glauben vorschützen.<<
Der Rabbiner Isaac Sternbuch berichtete am 3. September 1942 über die Verfolgung der europäischen Juden (x042/56): >>Zahlreichen Informationen aus Polen zufolge haben deutsche Behörden jüngst mit der Evakuierung im Warschauer Ghetto begonnen und rund 100.000 Juden bestialisch ermordet. Dieser Massenmord hält an. Die Leichen der Ermordeten werden zur Herstellung von Seife und Kunstdünger verwendet. Ähnliches Schicksal erwartet die aus anderen besetzten Territorien nach Polen deportierten Juden.
Vermutlich können nur energische Schritte der USA diese Verfolgungen beenden. Tun Sie Ihr möglichstes, um eine amerikanische Reaktion zu erwirken, die diesen Verfolgungen Einhalt gebietet.<<
Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und 10 weitere US-Tageszeitungen berichteten am 25. November 1942 über den "Ausrottungsfeldzug" gegen die in den von den Nazis besetzten Ländern Europas lebenden 4 Millionen Juden (x046/175): >>... Rabbi Dr. Wise, Präsident des American Jewish Congress, sagt, Hitler habe die Ermordung von 4 Millionen Juden befohlen ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über diese Berichte in den US-Tageszeitungen (x046/175-176): >>... So sensationell diese von dem Präsidenten des AMERICAN JEWISH CONGRESS, Dr. Wise, in Umlauf gebrachte Meldung auch war, das State Department schenkte ihr wenig Glauben, und die amerikanische Regierung und selbst Präsident Roosevelt weigerten sich, irgendwelche Konsequenzen aus ihr zu ziehen.
Die Sowjetunion aber, voll in der Haßkampagne gegen Deutschland begriffen, nahm diese Nachricht begierig auf und versuchte, ihr einen amtlichen Anstrich zu geben, indem das Volkskommissariat des Äußeren der UdSSR am 19. Dezember 1942 eine Erklärung herausgab über die "Ausführung eines Planes der hitlerischen Behörden, die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten Europas zu vernichten". ...<<
Die Zeitschrift "Jewish Frontier" berichtete im November 1942 über die Verfolgung der europäischen Juden (x042/60): >>In den besetzten Ländern Europas wird nunmehr eine Politik in die Tat umgesetzt, deren Ziel die Ausrottung eines ganzen Volkes ist. Es ist eine Politik der systematischen Ermordung unschuldiger Zivilisten, die in ihren Ausmaßen, ihrer Barbarei und ihrer Organisation in der Geschichte der Menschheit einzig dasteht. ...<<
US-Präsident Roosevelt empfing am 8. Dezember 1942 eine jüdische Delegation.
Roosevelt versprach dieser jüdischen Delegation, die Nazis für ihre Verbrechen zur Rechen-

schaft zu ziehen (x042/85-86): >>... Der Regierung der Vereinigten Staaten sind die meisten Tatsachen, die Sie hier zu unserer Kenntnis bringen, wohlbekannt. Leider sind sie uns aus vielen Quellen bestätigt worden. Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten in der Schweiz und in anderen neutralen Ländern haben Belege beigebracht, die die von Ihnen angesprochenen Scheußlichkeiten bestätigen. ...
Meine Herren, sie können das Communiqué ausarbeiten. Ich bin sicher, daß Sie die Worte wählen werden, die zum Ausdruck bringen, was ich denke. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um Ihrem Volk in diesem tragischen Augenblick beizustehen.<<
Die US-Zeitung "Aufbau" meldete am 11. Dezember 1942 (x043/76): >>Präsident Roosevelt verspricht:
Kein Schuldiger wird entkommen.
Präsident Roosevelt hat in Washington eine Delegation amerikanischer Juden empfangen.
Diese Delegation überbrachte dem Präsidenten ein 20seitiges Memorandum, das alle Einzelheiten über die von den Nazis in Europa an Juden vollbrachten Greueltaten sowie die Absichten der Nazis zur völligen Ausrottung der Juden enthielt.
Diese Tatsache – über die der "Aufbau" ausführlich und fortgesetzt berichtet hat – wurden bereits vor 10 Tagen in einer Zusammenfassung von Rabbi Stephan Wise veröffentlicht und vom State Department bestätigt.
Nach genauem Studium des Memorandums versicherte Präsident Roosevelt der Delegation, daß die Urheber der gegen die Juden und die übrige Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen würden.
"Wir werden tun, was möglich ist, um alle, die an dem Tod der 2 Millionen Juden im nazibesetzten Europa schuldig sind, festzustellen", erklärte Präsident Roosevelt und zitierte das alte Sprichwort: "Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein."
Der Präsident versicherte der Delegation, daß ihre Vorschläge die weiteste Beachtung der Vereinigten Staaten finden würden. Die amerikanische Regierung beabsichtige, mit den United Nations zusammen eine Untersuchungskommission für die von den Nazis verübten Verbrechen einzusetzen.
Er zweifle nicht daran, daß die verbündeten Nationen ebenso wie die Vereinigten Staaten bereit seien, alles zu tun, den Verbrechen an den Juden und der übrigen Zivilbevölkerung im nazibesetzten Europa ein Ende zu bereiten und zu retten, wer noch gerettet werden könne.<<
Eine Großanzeige in der "New York Times" erinnerte am 16. Februar 1943 an das furchtbare Schicksal der verfolgten europäischen Juden (x042/104): >>... ZU VERKAUFEN ... 70.000 JUDEN, GARANTIERT ECHTE MENSCHEN ZU 50 DOLLAR DAS STÜCK.
Rumänien hat keine Lust mehr, Juden umzubringen. Man hat dort in den letzten 2 Jahren hunderttausend Juden umgebracht. Rumänien hat sich jetzt bereit erklärt, Juden für einen Spottpreis zu verkaufen. ...
70.000 Juden warten in rumänischen Konzentrationslagern auf den Tod. Rumänien hat das Angebot gemacht, diese 70.000 nach Palästina zu liefern. Die Tore Rumäniens stehen offen! Jetzt muß gehandelt werden!<<
Chaim Weizmann hielt am 1. März 1943 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York seine vielleicht berühmteste Rede (x043/471): >>Wenn ein künftiger Historiker die düstere Chronik unserer Tage schreibt, dann werden ihm 2 Dinge unglaublich erscheinen. ...
Er wird verblüfft sein über die Teilnahmslosigkeit der zivilisierten Welt angesichts dieser ungeheuerlichen, systematischen Abschlachtung menschlicher Wesen.
Er wird nicht verstehen, wieso das Weltgewissen aufgerüttelt werden mußte. Vor allem aber wird er nicht verstehen, wieso die freien Nationen, die gerade gegen einen Ausbruch der organisierten Barbarei kämpften, gebeten werden mußten, den ... Opfern dieser Barbarei Zuflucht

zu gewähren.
2 Millionen Juden sind bereits ausgerottet worden. Die Welt kann nicht länger behaupten, daß diese grausigen Tatsachen unbekannt oder unbestätigt seien ...<<
Das Motto einer jüdischen Gedenkfeier, die am 9. März 1943 im Madison Square Garden vor etwa 40.000 Teilnehmern stattfand und auch im Radio gesendet wurde, lautete (x042/109-110): >>Wir werden niemals sterben!" ...
Der Leichnam eines Volkes liegt vor der Zivilisation. Seht ihn euch an! Hier ist er!
Und keine Stimme ist zu hören, die im Angesicht des Mordes "Halt!" schrie, und keine Regierung macht auch nur den Versuch, dem Mord an Millionen ein Ende zu gebieten.
Vergeßt uns nicht ...<<
Eleanor Roosevelt schrieb später in ihrer regelmäßigen Kolumne über diese Gedenkfeier im Madison Square Garden (x042/110): >>(Es ist) eine der eindrucksvollsten und bewegendsten Vorführungen gewesen, die ich je erlebt habe. Wer gehört und gesehen hat, wie jede Gruppe nach vorn trat und schildert, was eine gnadenlose Soldateska ihr angetan hatte, den werden diese unheimlichen Worte noch lange verfolgen:
Vergeßt uns nicht. ...<<
Am 13. März 1943 erschien in der Zeitung "Nation" der spektakuläre Leitartikel "Während die Juden sterben!" (x042/108): >>... In diesem Land sind Sie, ich, der Präsident, der US-Kongreß und das Außenministerium mitschuldig an diesen Verbrechen und Komplizen Hitlers.
Was ist bloß in die Herzen ganz normaler Männer und Frauen gefahren, daß man nichts dabei findet, wenn dieses Land im Angesicht einer der größten Tragödien der Geschichte nur verlegen dasteht und keinen Finger rührt? ...<<
Erzbischof William Temple forderte am 23. März 1943 vor dem britischen Oberhaus, sofortige Hilfsmaßnahmen für die verfolgten Juden einzuleiten (x042/123): >>... Auf uns lastet in diesem Augenblick eine ungeheure Verantwortung. Wir müssen uns dem Urteil der Geschichte, der Menschheit und des Allmächtigen stellen ...<<
Die Forderung des englischen Erzbischofs von Canterbury, alle verfolgten Juden vorübergehend aufzunehmen, wurde jedoch später durch die britische Regierung abgelehnt (x043/470).
Außenminister Eden lehnte es am 27. März 1943 während einer Unterredung mit den Präsidenten des American Jewish Committee entschieden ab, daß NS-Regime aufzufordern, sämtliche bulgarischen Juden freizulassen.
Außenminister Eden erklärte am 27. März 1943 (x042/117): >>... daß das ganze Problem der Juden in Europa sehr schwierig ist und wir mit Angeboten, einem Land wie Bulgarien alle Juden abzunehmen, sehr vorsichtig sein müssen.
Wenn wir das dennoch tun, werden die Juden der ganzen Welt von uns verlangen, ähnliche Angebote in bezug auf Polen und Deutschland abzugeben.
Hitler könnte uns dann vielleicht beim Wort nehmen, und es gibt einfach auf der ganzen Welt nicht genug Schiffe und Transportmittel, um damit fertig zu werden ...<<
Die Präsidenten des American Jewish Committee, Wise und Proskauer, berichteten später über dieses Gespräch mit dem britischen Außenminister Eden (x042/117): >>... Über den ganzen Sitzungen lag wie ein Leichentuch die ablehnende Haltung von Herrn Eden gegenüber Maßnahmen zur Rettung der Juden im besetzten Europa.
Ohne daß jemand es sagte, hatten die Teilnehmer das Gefühl, daß es wenig Sinn habe, weiterhin im Namen der amerikanischen Juden Propaganda für die Forderung (nach praktischen Maßnahmen) seitens der Alliierten zu machen.<<
Die "Bermuda-Konferenz" bzw. die Verhandlung von nordamerikanischen und britischen Delegationsmitgliedern über die Rettung der europäischen Juden wurde am 30. April 1943 ergebnislos beendet. Ein US-Delegationsmitglied erklärte damals, daß das State Department

Verhandlungen mit dem NS-Regime unter allen Umständen ablehnen würde (x042/136).
Die New York Times berichtete später über die "Bermuda-Konferenz" (x042/143): >>Für 5.000.000 Juden in der Nazi-Todesfalle war Bermuda eine grausame Verhöhnung. ...<<
Szmul Zygielbojm, ein jüdisches Mitglied der polnischen Exilregierung, der 2 Wochen nach der "Bermuda-Konferenz" in London Selbstmord beging, beklagte vor allem die Gleichgültigkeit der Alliierten (x042/146): >>... Die Verantwortung für die Ermordung der gesamten jüdischen Bevölkerung Polens liegt vor allem bei den Mördern selbst, aber indirekt fällt sie auch der gesamten Menschheit zu, der Bevölkerung und den Regierungen der alliierten Staaten, die bislang keine entschlossenen Schritte getan haben, um diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten.
Durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Tötung wehrloser Millionen und der Mißhandlung von Kindern, Frauen und alten Menschen sind diese Länder zu Komplizen der Mörder geworden ...
Nachdem ich im Leben nichts gegen diese Verbrechen habe ausrichten können, wird vielleicht mein Tod dazu beitragen, eine Bresche in die Mauer der Gleichgültigkeit zu schlagen.<<
Die US-Zeitschrift "New Republik" veröffentlichte am 30. August 1943 einen langen Bericht über "Die Juden Europas" und kritisierte die Untätigkeit der westlichen Alliierten (x042/180): >>... Daß die demokratischen Mächte keinen ernsthaften und entschlossenen Versuch machen, den Massenmord einzudämmen, ist eine der großen Tragödien in der Geschichte der menschlichen Zivilisation.
Der Mangel an moralischer Statur, der unsere Staatsmänner lähmt, verrät sich nirgendwo deutlicher als in der Routineformel, nur der militärische Sieg werde die Juden Europas retten. Wird es dann noch Juden in Europa geben, die diesen Sieg feiern können? ...<<
Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schrieb später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die Berichterstattung in den US-Massenmedien während des Zweiten Weltkrieges (x042/363,366): >>... Einer der Gründe dafür, daß die Amerikaner in ihrer breiten Masse an der Tragödie der europäischen Juden so geringen Anteil nahmen, war, daß sehr viele (wahrscheinlich die meisten) bis weit ins Jahr 1944 hinein, und vielleicht noch länger, einfach nicht wußten, daß in Europa ein systematischer Völkermord im Gang war.
Gewiß, jeder, der es wissen wollte, konnte sich darüber informieren; aber die vielen, die es bequemer fanden, nichts zu wissen, wurden auch nicht mit der Nase darauf gestoßen, denn die Massenmedien behandelten die systematische Ermordung von Millionen von Juden wie ein Ereignis von drittrangigem Wert. ...<<
>>... Ein Faktor, der die Reaktion der Massenmedien auf den Völkermord zweifellos auch mitbestimmte, war das schwierige Problem der Glaubwürdigkeit. Die Chefredakteure der Zeitungen und der Rundfunkanstalten fürchteten den Vorwurf der Sensationsmache und Übertreibung. Vielleicht fiel es ihnen auch selbst schwer, den Berichten, die ihnen auf den Tisch flatterten, Glauben zu schenken.
Die Auslöschung eines ganzen Volkes war ein ungeheuerlicher, jede geschichtliche Erfahrung sprengender Vorgang. Daran zu glauben, fiel auch deshalb schwer, weil niemand in der Ausrottung der Juden einen Sinn, einen praktischen Nutzen, für wen auch immer, zu erblicken vermochte. Plausibler schien da die offizielle Erklärung der Deutschen, die Juden würden zur Zwangsarbeit deportiert. ...<<
Eine zionistische Zeitschrift berichtete im September 1943 über die Verfolgung der europäischen Juden (x042/205): >>... Seit den ersten Monaten dieses Jahres gehört das unbarmherzige, schreckliche Wort "Ausrottung" zu unserer Alltagssprache. ...
Es war auch ein Jahr, in dem wir alle unsere wütenden und flehenden Bitten um lebensrettende Taten an Mauern der Gleichgültigkeit zerschellen sahen, bis wir in der düsteren Erkenntnis versanken, daß wir hilflos sind. Es war das Jahr unserer unendlichen, bodenlosen Hilflosigkeit.<<

Während der "Moskauer Konferenz" war die Vernichtung der europäischen Juden "kein Thema". In der Schlußerklärung vom 30. Oktober 1943 verurteilte man zwar die Kriegsverbrechen des NS-Regimes, aber der Massenmord an den Juden wurde überhaupt nicht erwähnt (x042/185).
Vom 6. Dezember 1943 bis zum 13. Januar 1944 schaltete das "Jüdische Notkomitee" in US-Zeitungen zahlreiche Großanzeigen, um auf das furchtbare Schicksal der europäischen Juden hinzuweisen (x042/227):
>>... WIE GUT SCHLAFT IHR?
DIE ZEIT ARBEITET FÜR DEN TOD - WORAUF WARTET IHR?
EIN SIEG FÜR HITLER? ...
AUS DEM TODESTAL DER NAZIS SCHREIEN UNSERE BRÜDER UND SCHWESTERN MIT LETZTER KRAFT:
IHR AMERIKANISCHEN JUDEN, WESHALB HELFT IHR UNS NICHT? ...<<
Ein Mitarbeiter der Flüchtlingsabteilung des britischen Foreign Office berichtete am 23. Dezember 1943 in einer internen Notiz (x042/214): >>...Wenn wir erst einmal die Tür geöffnet haben für erwachsene, männliche Juden, die aus feindlichem Territorium kommen, kann daraus eine einfach nicht mehr zu bewältigende Flut werden. (Hitler könnte das Seine dazu tun!) ...<<
Während einer Sitzung des US-Finanzministeriums im Januar 1944 beklagten sich einige Politiker über die fehlende Hilfsbereitschaft der Alliierten, die verfolgten europäischen Juden zu retten (x042/214-215): >>... Henry Morgenthau: "Wenn man zu Ende denkt, dann unterscheidet sich diese Haltung nicht von der Hitlers ..."
Herbert Gaston: "... Wir erschießen sie nicht. Wir lassen nur zu, daß andere Leute sie erschießen und daß sie verhungern ..."
Harry Dexter White bemerkte: "Es ist erstaunlich, wie viele verschiedene Begründungen für das Nichtstun man sich ausdenken kann." ...<<
Alliierte Aufklärer erstellten am 4. April 1944 erstmalig Luftaufnahmen des Vernichtungslagers Auschwitz (x033/472). Angesichts der "großen technischen Schwierigkeiten" lehnten die Nordamerikaner jedoch Bombardierungen ab.
Vom 15. Mai bis zum 27. Juni 1944 ließ das "Sonderkommando Eichmann" rd. 380.000 Juden aus Ungarn verschleppen. Mindestens 250.000 ungarische Juden wurden in Auschwitz-Birkenau umgebracht (x040/212). Von Horthy ließ die Deportationen schließlich am 6.07.1944 einstellen.
Der US-Historiker David S. Wyman stellte später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" die berechtigte Frage, warum die Gaskammern und Krematorien im Todeslager Auschwitz oder die Eisenbahnanlagen der anderen Vernichtungslager damals nicht durch Luftangriffe zerstört wurden.
Obgleich die deutsche Luftwaffe spätestens seit April 1944 fast vollständig besiegt war, lehnte das US-Kriegsministerium am 26. Juni 1944 die Forderungen der jüdischen Organisationen ab, die Gaskammern und Krematorien des Todeslagers Auschwitz oder Eisenbahnanlagen des Vernichtungslagers zu bombardieren (x042/334): >>... Das Kriegsministerium ist der Meinung, daß der vorgeschlagene Lufteinsatz undurchführbar ist, weil er nur um den Preis eines Abzugs beträchtlicher Luftwaffenkapazitäten durchgeführt werden könnte, die für einen Erfolg unserer augenblicklich anderenorts in entscheidenden Operationen verwickelten Streitkräfte unverzichtbar sind.
Das Kriegsministerium anerkennt voll und ganz die humanitäre Bedeutung der vorgeschlagenen Operation. Nach reiflicher Erwägung ... hat sich jedoch die Einsicht durchgesetzt, daß die wirksamste Hilfe für die Opfer feindlicher Verfolgungen ein möglichst rascher Sieg über die Achsenmächte ist, ein Unterfangen, in dessen Dienst wir alle zu unserer Verfügung stehenden

Mittel stellen müssen.<<
US-Oberst Davis, Offizier des logistischen Stabes der Zentralen US-Einsatzplanung, bemerkte während eines Gesprächs (x042/334): >>Ich sehe nicht, wieso die Armee irgend etwas damit zu tun haben soll. ... Wir sind dort drüben, um den Krieg zu gewinnen, nicht, um uns um Flüchtlinge zu kümmern. ...<<
Obwohl die US-Luftflotte ab 1944 mehrere Flugplätze in Italien besaß und damit über die erforderliche Reichweite verfügte, bombardierte man kein NS-Vernichtungslager in Polen.
Von Juli bis Oktober 1944 führten die Nordamerikaner 10 Luftangriffe gegen die Region Blechhammer - Auschwitz durch. Während dieser Angriffe flogen rund 2.700 US-Bomber über die Bahnstrecken nach Auschwitz hinweg oder kamen nahe an ihnen vorbei, ohne wenigstens die Gleise zum Vernichtungslager zu bombardieren (x042/345).
Anstatt wehrlose jüdische Menschen vor den furchtbaren Gaskammern zu bewahren, bombte man weiterhin dichtbesiedelte Wohnviertel der deutschen Großstädte oder südosteuropäische Industriebetriebe in "Grund und Boden".
Der Jüdische Weltkongreß in New York leitete am 9. August 1944 ein Schreiben eines Mitglieds der tschechischen Exilregierung aus London an das US-Kriegministerium weiter. In diesem Schreiben wurde verlangt, die Gaskammern und die Krematorien des Vernichtungslagers Auschwitz sowie die Bahnstrecken nach Auschwitz zu bombardieren (x042/338).
Das US-Kriegministerium beantwortete am 14. August 1944 dieses Schreiben des Jüdischen Weltkongresses vom 9.08.1944 (x042/338-339): >>... Ich nehme Bezug auf ihr Schreiben vom 9. August, in dem sie um die Prüfung eines Vorschlags ... bitten, bestimmte Einrichtungen und Eisenbahnknotenpunkte zu bombardieren.
Das Kriegsministerium ist … auf die Frage der Durchführbarkeit angesprochen worden. Wie eine Überprüfung ergab, könnte eine solche Operation nur um den Preis eines Abzugs beträchtlicher Luftwaffenkapazitäten durchgeführt werden, die für einen Erfolg unserer augenblicklich anderenorts in entscheidende Operationen verwickelten Streitkräfte unverzichtbar sind, und wäre auf jeden Fall von so zweifelhafter Wirkung, daß sie einen Einsatz wertvoller Kräfte nicht rechtfertigen.
Es wird in diesem Hause überwiegend die Auffassung vertreten, daß ein solcher Einsatz, würde er durchgeführt, wiederum Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen provozieren könnte.
Das Kriegsministerium anerkennt voll und ganz die humanitären Motive, die hinter der vorgeschlagenen Operation stehen, glaubt aber aus den genannten Gründen nicht, daß sie ausgeführt werden kann oder sollte, zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt. ...<<
Am 20. August 1944 griffen 127 US-Bomber Industrieanlagen in der Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau an. Obwohl gezielte Bombardierungen durchaus möglich waren, wurden keine Vernichtungs- oder Bahnanlagen zerstört (x106/369).
Ilja Ehrenburg schrieb am 5. Oktober 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/183): >>... Die Deutschen machten auch keinen Versuch, ihre Taten in Polen zu tarnen, wo sie "Vernichtungslager" in Maidanek, Sobibor, Bolzyce und Treblinka errichteten und Millionen – ich wiederhole Millionen wehrloser Menschen abschlachteten. ...
Wenn die Deutschen Millionen von Juden töteten, so ist die Tatsache, daß diese Juden waren, nur für den "Rassisten" von Wichtigkeit, daß diese Opfer menschliche Wesen waren. ...
Hunderttausende von Deutschen sind schuldig an Verbrechen und Millionen der Komplizenschaft.<<
Die "Londoner Illustrated News" veröffentlichte am 14. Oktober 1944 eine Photoreportage über das NS-Vernichtungslager Majdanek (x116/38).
Ilja Ehrenburg schrieb am 22. Dezember 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" – 5 Wochen vor der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz - (x046/183): >>... Frage irgendeinen deutschen Gefangenen, warum seine Landsleute sechs Millionen un-

schuldiger Menschen vernichteten, und er wird ganz einfach antworten: "Warum, sie waren Juden".<<
Von 1933 bis zum Kriegsausbruch im Jahre 1939 flohen etwa rd. 218.100 Juden, überwiegend Deutsche und Österreicher, nach Palästina (x055/507).
1940/41 durften 28.927 Juden in Nordamerika einwandern. Von 1941/42-1944/45 wurden lediglich 28.045 Juden in Nordamerika aufgenommen (x042/12,164). Obwohl Nordamerika nur etwa 10 % der jüdischen Einwanderungsquoten ausschöpfte, lehnte die US-Regierung noch im Jahre 1943 die schwedische Anfrage ab, 20.000 deutsch-jüdische Flüchtlingskinder aufzunehmen, da man angeblich das festgesetzte Einreiselimit nicht überschreiten könnte (x043/470).
Von 1933-1945 wurden in der Sowjetunion, Nordamerika, Südamerika, England, Schweiz, Schanghai, Portugal, Schweden, Australien, Südafrika, Kanada, Dominikanische Republik, China, Kuba, Spanien, Mexiko und Japan lediglich 794.250 jüdische Emigranten und Flüchtlinge aufgenommen (x043/470).
Ende 1945 berichtete die "New York Times" über die jüdische US-Einwanderungspolitik (x042/165): >>... Die Vereinigen Staaten, einst das Gelobte Land der Unterdrückten und Verfolgten Europas, waren fast so unzugänglich wie Tibet. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Probleme der jüdischen Auswanderer (x075/81): >>... Alles in allem verließen ungefähr 254.000 jüdische Emigranten zwischen 1933 und 1939 Deutschland, dazu kamen weitere 23.000 in den Jahren 1940 und 1941. Das es nicht mehr waren, lag zu einem Gutteil an der Weigerung der anderen Länder – der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, der Schweiz -, sie in großer Zahl aufzunehmen.
Die amerikanische Regierung beispielsweise beschränkte sich nicht etwa darauf, die Quote für deutsche Einwanderer nicht zu erhöhen; sie verlangte von jedem ... eine Bescheinigung darüber, daß ein Bürger der USA den Flüchtling aufnehmen und unterstützen würde.
Da beim Verlassen Deutschlands eine bestimmte Summe verlangt wurde und bei der Ankunft ebenfalls Geldmittel erforderlich waren, war die Emigration für wohlhabende Juden leichter als für mittellose. Aber die wohlhabendsten waren oft auch die am meisten integrierten, die zutiefst deutschen, das heißt, sie neigten am stärksten dazu, trotz der immer härter werdenden Maßnahmen, denen sie ausgesetzt waren, zu bleiben.<<
Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schrieb später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die unzureichenden Hilfsmaßnahmen der US-Regierung (x042/7-8): >>... Amerika, traditionell das Land für Verfolgte und Unterdrückte, hat wenig Hilfsbereitschaft gezeigt. Die amerikanischen Christen waren keine barmherzigen Samariter. Selbst den amerikanischen Juden gebrach es an tatkräftigem Engagement, das angesichts der Ungeheuerlichkeit dessen, was mit den europäischen Juden im Dritten Reich geschah, geboten gewesen wäre. Die Nazis waren die Mörder, aber wir ließen sie gewähren.
Zwischen Juni 1941 und Mai 1945 haben die Nazis fünf bis 6 Millionen Juden ermordet. Die Deutschen hatten fast ganz Europa besetzt. Selbst wenn die Alliierten alles in ihrer Macht stehende versucht hätten, wäre sicherlich auch nur ein Drittel der Opfer zu retten gewesen. Gleichwohl – mehrere hunderttausend Menschen hätten überleben können, und zwar ohne Beeinträchtigung der alliierten Kriegführung. Aus den Unterlagen geht hervor, daß entschlossene Rettungsbemühungen möglich gewesen wären, wenn die Vereinigten Staaten die Initiative dazu ergriffen hätten. Aber die US-Regierung hat lange Zeit überhaupt nichts getan. ...
Der Holocaust war sicherlich eine jüdische Tragödie. Aber er war nicht nur dies. Er war auch eine christliche Tragödie, eine Tragödie für die westliche Zivilisation, ja, für die ganze Menschheit. Menschen haben Menschen umgebracht, während andere untätig zusahen. Auch wenn die Täter kaum als gläubige Christen zu bezeichnen sind, entstammten sie doch der

christlichen Kultur. Auch die Zuschauer, die am ehesten imstande gewesen wären zu helfen, waren Christen. Ihnen hätte klar sein müssen, was ihre Pflicht war.
Doch nur verhältnismäßig wenige nichtjüdische Amerikaner hatten begriffen, daß die Krise des europäischen Judentums auch ihre eigene Krise war. Die meisten haben entweder die Augen vor dem Völkermord verschlossen oder ihn als jüdisches Problem betrachtet, um das die Juden sich zu kümmern hatten. Dies erklärt vielleicht zum Teil, warum die Vereinigten Staaten so wenig Hilfsbereitschaft gezeigt haben.
Wäre die Reaktion heute eine andere? Wären wir heute sensibler, weniger egoistisch, zu größeren Opfern bereit und beherzter, als es die Menschen damals waren? ...<<
Schlußbemerkungen: Obwohl die Vernichtung der europäischen Juden etwa seit Juni 1942 in Nordamerika und England bekannt war und die SS- und SD-Einheiten bereits Hunderttausende von wehrlosen Juden massakriert hatten, unternahmen die westlichen Alliierten fast nichts, um die verfolgten Juden zu retten. Es war eine beschämende, unfaßbare Tragödie, denn in fast allen Ländern wurden die ausgestoßenen Juden weiterhin abgewiesen.
Die Rettung der Juden scheiterte überall an bestürzender Gleichgültigkeit und mangelnder Hilfsbereitschaft. Während des Zweiten Weltkrieges interessierte sich eigentlich niemand für den Überlebenskampf des jüdischen Volkes oder war tatsächlich bereit, den Juden zu helfen. Fast alle Staaten und Organisationen waren nicht bereit, die Verfolgten entschlossen und ernsthaft zu unterstützen. Das Internationale Rote Kreuz lehnte es damals grundsätzlich ab, die Betreuung der jüdischen KZ-Häftlinge zu übernehmen (x023/274).
Auch die nordamerikanischen Juden, damals etwa 5,0 Millionen US-Bürger, blieben jahrelang meistens stumm. Die einflußreichen jüdischen Organisationen verhielten sich zunächst ebenfalls abwartend (x023/275).
Aufgrund der damaligen militärischen Lage konnten die westlichen Alliierten den Völkermord an den Juden zwar nicht verhindern, aber sie hätten die gefährdete jüdische Bevölkerung mindestens vor den drohenden Gefahren warnen müssen. Hunderttausende der verfolgten europäischen Juden wären außerdem nicht umgekommen, wenn man sie wenigstens vorübergehend aufgenommen hätte.
Das unchristliche Verhalten der westlichen Alliierten verminderte natürlich nicht die grenzenlose Schuld des NS-Regimes, aber diese "demokratischen Länder" wurden zweifellos wegen unterlassener Hilfeleistung mitschuldig.

Antideutsche Außenpolitik, US-Hilfslieferungen, Kriegskonferenzen der Alliierten und Ziele der Besatzungspolitik

Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtete am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. …<<
In der berühmten "Quarantänerede" kritisierte US-Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 in Chicago erstmalig die aggressive Außenpolitik Japans, Italiens und Deutschlands (x069/168):
>>... Ohne Kriegserklärung, ohne irgendwelche Warnung, ohne irgendwelche Berechtigung wird die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, rücksichtslos durch Luftbombardements hingemordet. In sogenannten Friedenszeiten werden ohne Anlaß oder Warnung Schiffe von U-Booten angegriffen. Völker schüren den Bürgerkrieg und ergreifen Partei in fremden Ländern, die ihnen nie etwas zuleide getan haben. Völker, die für sich selber die Freiheit fordern, verweigern sie anderen.
Wenn so etwas in anderen Gegenden der Welt passiert, dann soll sich niemand einbilden, daß er Amerika entrinnen werde, daß er Pardon erwarten dürfe, daß die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe.
Es scheint leider zuzutreffen, daß die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine ansteckende Krankheit sich zu verbreiten beginnt, verordnet die

Gemeinschaft eine Quarantäne für die Kranken, um die Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.<<

US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>… Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

Premierminister Chamberlain erklärte am 21. Juni 1938 während einer Rede im britischen Unterhaus (x338/74-75): >>... 1. Es verstößt gegen das Völkerrecht, Zivilisten als solche zu bombardieren und absichtlich Angriffe gegen die Zivilbevölkerung durchzuführen.

2. Ziele, die aus der Luft anvisiert werden, müssen rechtmäßige militärische Ziele und identifizierbar sein.

3. Bei einem Angriff auf diese Ziele muß mit angemessener Sorgfalt vorgegangen werden, damit es nicht durch Nachlässigkeit zu einer Bombardierung der in der Nähe befindlichen Zivilbevölkerung kommt. …<<

US-Präsident Roosevelt forderte Hitler und Mussolini am 14. April 1939 auf, für 30 namentlich genannte Staaten Nichtangriffs-Erklärungen zu geben (x032/522).

Hitler forderte am 9. Juni 1940 während eines Gespräches mit einem US-Korrespondenten eine strikte Nichteinmischung der US-Regierung in die europäischen Angelegenheiten (x106/-59): >>Deutschland hat territoriale Interessen oder politische Interessen auf dem amerikanischen Kontinent weder früher gehabt, noch besitzt es solche heute.

Wer das Gegenteil behauptet, lügt aus irgendwelchen Gründen vorsätzlich. Wie sich der amerikanische Kontinent daher sein Leben gestaltet, interessiert uns nicht. Diese gilt nicht nur für Nordamerika, sondern auch für Südamerika. ...

Ich sage daher: Amerika den Amerikanern, Europa den Europäern! ...

Wenn einige Völker – und an der Spitze sind es gerade England und Frankreich – erklären, überhaupt und ausschließlich in der ganzen Welt Interessen zu besitzen, dann ist dies ein Weltherrschaftsanspruch, den sich die erwachenden Völker auf die Dauer nicht bieten lassen. Deutschland ... wird nicht dulden, daß in seinem Lebensraum eine andere Macht hineinredet.<<

Winston Churchill schrieb am 16. Juni 1940 an die Regierungen der Commonwealth-Länder, daß Großbritannien einen "Kampf auf Leben und Tod" führen wird (x172/224): >>... Ich glaube fest daran, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines erbitterten Kampfs und Gemetzels auf unserer Insel in den Krieg eintreten werden.

Ich vertraue darauf, daß die Vereinigten Staaten fest an unserer Seite stehen, bis das Hitlerregime unter dem Druck zusammenbricht.<<

US-Präsident Roosevelt schickte am 13. Juli 1940 folgendes Telegramm an den französischen Ministerpräsidenten (x243/71): >>... Unsere Regierung tut alles, ... um den verbündeten Regierungen das Kriegsmaterial zugänglich zu machen, das sie so dringend brauchen, ... weil wir an die Ideale glauben und die Ideale unterstützen. ...

Ich selbst bin besonders beeindruckt, ... daß Frankreich den Kampf im Namen der Demokratie fortsetzen will, selbst wenn die französische Armee zu einem langen Rückzug, sei es auch nach Nordafrika ... gezwungen wird. ...

Ermutigt haben mich auch die Worte Premierminister Churchills, ... das Britische Empire werde den Widerstand fortsetzen. Diese Entschlossenheit trifft anscheinend auch auf das große französische Kolonialreich zu. ...<<

Für die US-Stützpunkte auf den Bermudas, den Bahamas, in Westindien, Britisch-Guayana sowie auf Neufundland erwarb England am 2. September 1940 z.B. 50 nordamerikanische

Zerstörer, Munition und Waffen (x106/70). Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erhielt Großbritannien US-Kriegsmaterial im Gesamtwert von rund 30,0 Milliarden Dollar.
Lord Robert G. Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, lehnte in einer Stellungnahme vom 6. September 1940 jegliche Friedensverhandlungen mit der deutschen Widerstandsbewegung entschieden ab (x338/162): >>... Das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch der Welt, und wenn wir sie diesmal nicht erledigen, werden wir es nie tun, und sie werden uns erledigen.
Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht nur der Nazismus, und diejenigen, die das noch nicht begriffen haben, haben gar nichts begriffen. … Jede Möglichkeit zu einem Kompromiß ist jetzt vorbei, und es muß ein Kampf ums Ende, und zwar um ein wirkliches Ende sein.<<
US-Präsident Roosevelt unterschrieb am 16. September 1940 das vom US-Kongreß verabschiedete "Gesetz zur Wehrpflicht" und verkündete (x172/261): >>... Die Philosophie der Gewalt, die überall auf der Welt um sich greift, darf uns nicht gleichgültig lassen. Das furchtbare Schicksal von Nationen, deren Schwäche zum Angriff provoziert hat, ist uns nur allzu gut bekannt. ...<<
Franklin D. Roosevelt wurde am 5. November 1940 zum dritten Mal zum Präsidenten der USA gewählt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den Wahlkampf Roosevelts (x068/235): >>Für die Erhaltung des Friedens hat Roosevelt nichts getan – wenn auch jeden Wahlkampf mit Friedensparolen geführt, zweimal schon. Und 1940 ebenfalls. In einer Wahlrede versicherte er: "Ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keinen fremden Krieg geschickt werden!"
Dies erinnert fatal an seinen Vorgänger Wilson im Ersten Weltkrieg, der ebenfalls seinen Wahlkampf durch Friedensbeteuerungen gewann. Und genau wie Wilson suchte auch Roosevelt nur einen Vorwand zur Einmischung.
Wenige wußten dies so gut wie Churchill. Er wäre im Kampf gegen Hitler ohne die Hilfe der USA und der Sowjetunion in Kürze sang- und klanglos erledigt gewesen. Man darf ihm glauben, wenn er nach Roosevelts Wiederwahl am 6. November 1940 schreibt, "daß ich für ihren Erfolg gebetet habe und dankbar dafür bin" ...<<
Der US-Architekt Frank L. Wright erklärte am 10. November 1940 einem Reporter der "New York Times" während einer Ausstellung (x172/278): >>... Ich möchte nicht behaupten, daß die Bombardierung Europas kein Segen ist, denn immerhin bietet es den Architekten dort die Gelegenheit, von vorn anzufangen.<<
Am 8. Dezember 1940 teilte Churchill US-Präsident Roosevelt mit, daß man bald nicht mehr in der Lage wäre, die nordamerikanischen Kriegsmateriallieferungen zu bezahlen (x041/107).
US-Präsident Roosevelt forderte am 29. Dezember 1940 in einer Rede vor dem US-Kongreß (x040/055): >>... daß die USA das "Arsenal der Demokratie" sein müßten ...<<
Am 29. Dezember 1940 beschloß der US-Kongreß die Unterstützung Großbritanniens, so daß Nordamerika offiziell Kriegsmaterial an die Briten liefern durfte.
Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden aufgrund der völkerrechtswidrigen "Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld" allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt.
In seiner Jahresbotschaft an den US-Kongreß erläuterte US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1941 den "europäischen Demokratien" die "menschlichen Freiheiten" (x033/143): >>... Euer Kampf für die Freiheit ist für uns Amerikaner eine Angelegenheit des eigenen Lebens. Wir werden alle unsere Energien, alle unsere Organisationsfähigkeit aufbieten, um Euch die Kraft zu verleihen, die Freiheit der Welt wieder zu gewinnen und sie zu bewahren. Wir werden Euch Schiffe, Flugzeuge, Panzer und Geschütze senden, in stetig wachsender Zahl, das ist

unser Vorsatz und unser Gelübde ...<<
Das neue Leih- und Pachtgesetz ermächtigte US-Präsident Roosevelt am 11. März 1941, alle "bedrohten Staaten", deren Schutz "für die Verteidigung der USA" wichtig war, mit kriegswichtigen Gütern zu unterstützen. Nach Roosevelts Aussagen sollten die Vereinigten Staaten von Amerika ein "Arsenal der Demokratie" werden. Nach der Genehmigung des Leih- und Pachtgesetzes lieferte die USA praktisch unentgeltlich riesige Mengen von Kriegsmaterial an England und ließ später alle Guthaben der sogenannten "Achsenmächte" einfrieren.
Aufgrund des Pacht- und Leihgesetzes vom März 1941 unterstützte Nordamerika außerdem die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR versprach US-Präsident Roosevelt den Sowjets jede gewünschte Hilfslieferung und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.
Charles de Gaulle berichtete am 12. März 1941 (x172/328-329): >>... Mr. Churchill weckte mich mit der Nachricht, der amerikanische Kongreß habe das Leih- und Pachtgesetz verabschiedet. Dabei führte er ein Freudentänzchen auf.<<
Die "New York Times" berichtete am 12. März 1941 über angedrohte Repressalien gegen die Juden in Deutschland (x172/329): >>... Politische Kreise in Berlin behaupten weiterhin, die Verbindung von Namen wie Frankfurter, Cohen und Baruch mit dem Leih- und Pachtgesetz zeigte, in wessen Interesse die Vereinigten Staaten sich auf diesen tödlichen Schritt einließen.<<
Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb am 14. März 1941 an Außenminister Anthony Eden, der sich damals im Ausland aufhielt (x172/330): >>... Hier läuft es ganz gut, und wir haben damit begonnen, recht erfolgreich Hunnen im Mondschein unsere Tatze fühlen zu lassen. Gott segne euch alle.<<
Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...
Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Serumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen Wesens zu immunisieren.<<
Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").
NS-Reichsminister Goebbels schrieb damals über das Buch "Germany must perish" (x172/-332): >>... Hätte er dieses Buch auf meine Bestellung ausgearbeitet, er hätte es wahrlich nicht besser und vorteilhafter für uns machen können.<<
Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).
Zum angeblichen "Schutz der Schiffahrt" landeten US-Truppen im April 1941 auf Grönland sowie Island und lösten dort die britischen Truppen ab. Das US-Kriegsmaterial wurde danach auch mit nordamerikanischen Schiffen nach England gebracht. Die US-Transportschiffe waren bewaffnet und durften "feindliche" U-Boote beschießen.
Josef Stalin erklärte am 5. Mai 1941 (x353/20): >>… Bei meinen jährlichen Besuchen stellte ich erstaunt und amüsiert fest, wie die Feindschaft gegen Deutschland wuchs. Meine engli-

schen Freunde zögerten nicht, mir ... zu erklären, daß es nötig sei, Deutschland zu zerstören oder Großbritannien würde seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf den Weltmärkten verlieren. … jetzt muß man von der Verteidigung zum Angriff übergehen.<<

Der australische Premierminister Robert Menzies berichtete am 11. Mai 1941 über ein Treffen mit US-Präsident Roosevelt in Washington (x172/363): >>... Roosevelt ist wohl ein bißchen neidisch, weil Winston so im Mittelpunkt steht. ... Aber der Präsident, der im letzten Krieg von Woodrow Wilson geprägt worden ist, wartet auf ein Ereignis, das die USA mit einem Schlag in den Krieg hineinreißt und Roosevelt von seinem dummen Wahlversprechen entbindet, die Neutralität des Landes zu wahren. ...<<

Der britische Politiker Rhys Davies erklärte am 3. Juni 1941 während der Jahresversammlung der Labour Party (x172/375): >>... Was Premier Winston Churchill kürzlich in einer Rede erklärte, daß es nämlich Millionen Deutsche gebe, "manche lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren", ist vergleichbar mit Herrn Hitlers Einstellung gegenüber den Juden.<<

Die westlichen Alliierten legten am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichen die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen hoffen:

1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.
2. Sie streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind. …<<

Elliott Roosevelt, der Sohn des US-Präsidenten, der während der Besprechungen vom 9. bis zum 12. August 1941 anwesend war, berichtete später (x106/117): >>... Allmählich, fast unmerklich glitt der Kommandomantel von den britischen auf die amerikanischen Schultern. ...
Churchill hatte sich erhoben und durchmaß mit weiten Schritten das Zimmer. ...
Endlich rief er aus: "Herr Präsident, ich glaube, Sie wollen das britische Empire zerstören. Alle Ihre Ideen über die Ordnung des Friedens nach dem Krieg zeigen dies an. Aber dennoch wissen wir, daß sie unsere einzige Hoffnung sind.<<

US-Finanzminister Morgenthau notierte am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die antideutsche Haltung der westlichen Alliierten (x283/232-233): >>Schon seit den ersten Kriegsjahren ventilierten die Alliierten unterschiedliche Nachkriegspläne bezüglich der näheren und ferneren Zukunft Deutschlands. Ein breites Spektrum an Möglichkeiten tat sich auf. Die leitende Absicht war, Deutschland als Militärmacht und Gefahr für seine Nachbarn endgültig auszuschalten.
Gegen Kriegsende wurden drastische Maßnahmen erwogen, Churchill und Eisenhower waren für kurzen Prozeß. Sie wollten jeden Nazi ab Majorrang erschießen lassen, viele Tausende von wirklichen oder angeblichen Kriegsverbrechern sollten sterben. Roosevelt plädierte mehrmals für eine Massenkastration der Deutschen. Das Nürnberger Tribunal war nicht von Anfang an vorgesehen, doch hatten die Vertreter der neuen Exilregierungen in London schon 1943 ein Gerichtsverfahren gegen die "War Crimes" verlangt.<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>… Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reichen einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war.
Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.
Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.
Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt".
In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehaltene Schicksal irrelevant zu sein. Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<
Am 25. August 1941 marschierten britische und sowjetische Truppen gleichzeitig in das neutrale Persien (Iran) ein. Persien wurde vor allem wegen der kriegswichtigen Erdölvorkommen und für den Transport des US-Kriegsmaterials benötigt (x041/112).
Vor dem nordamerikanischen Kriegseintritt (11.12.1941) lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika schon etwa ab August 1941 Kriegsgüter an die UdSSR. Von August bis Oktober 1941 schickte Nordamerika bereits Kriegsgüter im Wert von 145,0 Millionen Dollar an die UdSSR (x041/205). Im November 1941 gewährte Nordamerika der Sowjetunion einen Pacht- und Leihkredit von 1 Milliarde US $ (x054/223).
Premierminister Churchill wies am 10. September 1941 den britischen Außenminister schriftlich darauf hin, jeglichen Kontakt mit deutschen Widerstandsgruppen zu vermeiden (x103/-200): >>Ich bin der Ansicht, wir sollten von unserer Politik des absoluten Stillschweigens nicht abweichen. Für unsere Freunde in den Vereinigten Staaten und für unseren neuen Verbündeten Rußland ist nichts verwirrender als der Eindruck, daß wir uns mit solchen Ideen beschäftigen könnten. Ich bin absolut gegen jeglichen Kontakt. ...<<
Am 11. September 1941 erließ US-Präsident Roosevelt nach dem "Greer-Zwischenfall" den "Schießbefehl" gegen deutsche und italienische Kriegsschiffe (x040/95). Obwohl die Nordamerikaner spätestens danach eindeutig jegliche Neutralität aufgaben und in den US-Häfen alle deutschen Schiffe beschlagnahmten, erfolgte zunächst nicht die erwartete bzw. erhoffte deutsche Kriegserklärung an die USA.
Der nordamerikanische Flieger Charles Lindbergh sprach am 11. September 1941 während einer Versammlung in Des Moines über "Agitatoren und Kriegstreiber" (x172/440-441): >>... Sie haben Folgendes geplant: Zuerst, die USA auf einen Krieg im Ausland unter dem Vorwand der Verteidigung Amerikas vorzubereiten; zweitens, uns Schritt für Schritt in diesen

Krieg hineinzuziehen, ohne daß wir es merkten; drittens eine Reihe von Zwischenfällen zu inszenieren, die uns zur Teilnahme am Konflikt zwingen würde.
Es gebe drei Gruppen von Kriegtreibern: die britische, die jüdische und die Roosevelt-Regierung. ...
Niemand, der einen Sinn für Würde hat, kann die Judenverfolgung in Deutschland billigen. Doch kann auch niemand, der ehrlich ist und klar sieht, die Politik für den Krieg betrachten, ohne die Gefahr zu erkennen, die daraus für uns und für sie erwachsen. Statt Propaganda für den Krieg zu machen, sollten die jüdischen Gruppen in diesem Land ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen, denn sie werden die Folgen als erste zu spüren bekommen.
Toleranz ist eine Tugend, die auf Frieden und Stärke beruht. Die Geschichte lehrt uns, daß sie Krieg und Verwüstung nicht überdauern kann. Ein paar weitsichtige Juden erkennen dies und sind daher gegen eine Intervention, die Mehrheit ist allerdings noch immer nicht zu diesem Schritt bereit.
Die größte Gefahr für unser Land besteht in ihrem gewaltigen Besitz und dem Einfluß, den sie in der Filmindustrie, Presse, Rundfunk und Regierung haben.<<
Lindbergh wurde nach dieser Rede von den öffentlichen US-Medien systematisch als Sympathisant des NS-Regimes und als Antisemit diskreditiert.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 1. Juni 2012: >>**Roosevelt wollte von Anfang an den Krieg**
Die erst jetzt edierten Erinnerungen des früheren US-Präsidenten Herbert Hoover enthüllen interessante Details über die USA und den Zweiten Weltkrieg
Unter dem Titel "Verratene Freiheit" sind im November 2011 in den USA die Erinnerungen des früheren US-Präsidenten Herbert Hoover, 48 Jahre nachdem er sie geschrieben hat, als Buch erschienen. Zum einen deckt Hoover schonungslos die schon frühe Kriegstreiberei seines Amtsnachfolgers, des Präsidenten Roosevelt, gegen Deutschland auf, zum anderen zeigt sich, daß Hoover in erschreckendem Maße schlecht über die europäischen Verhältnisse informiert gewesen ist. …
Hoover stellt die Frage, ob Roosevelt und Daladier mit ihren Aufforderungen an Polen vom Januar 1939, nicht auf die deutschen Wünsche in bezug auf Danzig einzugehen, die Blockadehaltung Warschaus in der Danzigfrage ausgelöst haben und ob sie auf diese Weise mitverschuldet haben, daß es nicht früh genug zu einer deutsch-polnischen Übereinkunft zur Danzig- und zur Korridorfrage gekommen ist.
Im August 1939 stellt sich erneut dieselbe Frage. Noch in der Nacht, als der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, hatte Roosevelt durch Verrat erfahren, daß Ostpolen der Sowjetunion angegliedert werden sollte. Hat Roosevelt, als er den deutsch-sowjetischen Teilungsplan für Polen vor der Warschauer Regierung verschwieg, mitverursacht, daß es zu keiner deutsch-polnischen Verhandlungslösung kam? …
Ab 1941 begann Roosevelt, einen "Drang Deutschlands zur Eroberung aller fünf Kontinente" auszumalen, den nur die Amerikaner würden stoppen können. Ihre Spitze erreichte diese Angstkampagne, als Roosevelt den Amerikanern am 27. Mai 1941 "eröffnete", daß die Deutschen planten, die USA über Spanien, Nord- und Westafrika, den Südatlantik, Brasilien und Panama von Süden her anzugreifen. Hoover vermerkt dazu sarkastisch, daß es die deutsche Wehrmacht acht Monate zuvor nicht einmal geschafft hat, die dreißig Kilometer des Ärmelkanals zu überwinden, um England anzugreifen.
Am 9. Juli 1941 gab US-Marineminister Frank Knox erstmals zu verstehen, daß es Befehle zum Angriff auf deutsche U-Boote gäbe. Zwei Tage später gab Knox vor einem Senatsausschuß auch zu, daß ein US-Zerstörer im Atlantik ein deutsches U-Boot mit Wasserbomben angegriffen hätte. …
Damit waren die USA der formalen Kriegserklärung Hitlers vom 11. Dezember mit ihrer rea-

len Kriegseröffnung um genau fünf Monate zuvorgekommen. So stimmte Roosevelt sein noch kriegsunwilliges Volk auf die "Verteidigung" Amerikas gegen Deutschland ein. …
Hoover schließt das Buch mit einer Mischung von eigenen Urteilen und ihn bestätigenden Zitaten. Den Anfang der Gedankenkette bilden die massiven Anschuldigungen des US-Botschafters in London von 1938 bis 1940, Joseph Kennedy, der wiederholt bestätigt hat, daß Roosevelt die englische und die französische Regierung schon im Januar 1939 bedrängt hat, den Danzig-Wünschen der Reichsregierung entgegenzutreten und den Polen eine Garantie zu geben.
Zu dieser Zeit hatte Hitler die Tschechei noch nicht besetzen lassen und damit noch keinen Grund geliefert, eine Danzig-Regelung zu torpedieren. Ohne Roosevelt - so behauptet Kennedy - hätte Großbritannien diesen "gigantischsten Fehler seiner Geschichte" nicht begangen. Während der ersten deutschen Sondierungen zu Danzig hatte Roosevelt außerdem die polnische Regierung aufgefordert, die deutschen Wünsche abzuweisen.
Damit hatte der amerikanische Präsident den Kriegsausbruch heraufbeschworen. Der Garantie Englands folgte später notwendigerweise die Kriegserklärung der Briten und Franzosen, die aus dem deutsch-polnisch-russischen Vier-Wochen-Krieg einen Weltkrieg von sechs Jahren werden ließ.
Hoovers Anschlußthese ist, daß Englands Existenz seit Beginn des deutschen Rußlandfeldzugs im Juni 1941 nicht mehr bedroht gewesen sei. Die amerikanische Hemisphäre sei ohnehin - im Gegensatz zu Roosevelts erfundenen Legenden - nie gefährdet gewesen. Hoover vertritt die Ansicht, daß es seit Juni 1941 für die USA geboten gewesen sei, sich die zwei Diktaturen gegenseitig aufreiben zu lassen, statt einer von beiden den Fortbestand zu sichern. Die Unterstützung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten habe, so Hoover, den Kommunismus und die Diktatur in Mittel- und in Osteuropa nicht nur überleben lassen, sondern zu einer Vormacht bis zur Elbe werden lassen.
In einem kleinen Absatz mit dem Titel "Warum wollte Roosevelt den Krieg?" zitiert Hoover "viele verantwortliche, unparteiische Zeitungen". Sie meinen, "daß Roosevelt das Versagen des New-Deal-Programms und seines sechsjährigen Bemühens, Arbeitsplätze für zehn Millionen Arbeitslose zu schaffen, verdecken wollte. Daß er sich dazu in die Machtpolitik der Welt gestürzt habe, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit umzulenken."
Der amerikanische Bibliothekar und Historiker Paul Boytinck schreibt in der Einleitung seiner Rezension zu diesem Hoover-Buch: "Es ist ein Aufruf, die triumphierende, naive und oft ausgesprochen dumme Lesart der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu revidieren." ...<<
Das am 11. März 1941 in Kraft getretene nordamerikanische Pacht- und Leihgesetz wurde am 6. November 1941 auf die UdSSR ausgedehnt (x033/158).
Am 7. Dezember 1941 flog die japanische Luftwaffe zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor. Mit diesem überraschenden Angriff eröffnete Japan den Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die eigentlichen Hauptangriffsziele, die 3 großen US-Flugzeugträger der Pazifikflotte, waren jedoch nicht mehr im Hafen. Bei diesen Angriffen verloren die Nordamerikaner mindestens 5 große Schlachtschiffe und 188 Flugzeuge. 2.403 US-Soldaten wurden getötet. Die japanischen Verluste betrugen: 55 Soldaten und 29 Flugzeuge (x040/109).
Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.
Für das Deutsche Reich bestand damals eigentlich keine vertragliche Verpflichtung, Japan zu unterstützen, denn das deutsch-japanische Beistandsabkommen über eine gemeinsame Kriegsführung sollte nur gelten, falls man Japan angreifen würde. Das Deutsche Reich mußte da-

nach, wie im Ersten Weltkrieg, den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen. Während es den westlichen Alliierten und der UdSSR gelang, die militärischen Operationen und strategischen Ziele abzustimmen, operierten das Deutsche Reich, Italien und Japan grundsätzlich weiterhin bis zum bitteren Ende auf eigene Faust.
Die italienische Regierung erklärte den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 11. Dezember 1941 ebenfalls den Krieg.
Churchill meinte am 11. Dezember 1941 nach Hitlers Kriegserklärung (x025/126): >>... (Er wolle den Deutschen) eine Lektion erteilen, die auch in 1.000 Jahren nicht vergessen sein wird ...<<
US-Präsident Roosevelt, der bereits frühzeitig eine aktive Kriegsteilnahme in Asien und Europa angestrebt hatte, begrüßte am 11. Dezember 1941 Hitlers verhängnisvollen Fehler, denn wegen der großen deutsch-stämmigen US-Minderheit, war ein nordamerikanischer Kriegseintritt gegen die Deutschen damals noch äußerst schwierig.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Dezember 1941 (x281/75-79): >>... Der Zweite Weltkrieg kam für die USA wie gerufen. Der neue Unfrieden auf dem alten Kontinent war das Beste, was der Weltmacht im Werden passieren konnte. ... Der ökonomische und politische Nutzen dieses Krieges lag fast ausschließlich bei den Amerikanern. ...
Der Dämmerzustand der Großen Depression wurde beendet, die Wirtschaft wuchs vor dem eigentlichen Waffengang in atemberaubendem Tempo. Der heranwehende Pulverdampf stimulierte sie. Die Selbstzweifel, die Börsenkrach und Massenarbeitslosigkeit Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre ausgelöst hatten, waren auf einmal wie weggeblasen. Der Krieg in Europa löste eine Initialzündung aus, die schließlich zur kraftvollsten Aufwärtsbewegung in der amerikanischen Geschichte führte. ...
Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit stürzte sich die Staatsführung eines demokratischen Landes derart hemmungslos in die Verschuldung. Die Regierung Roosevelt hatte in den Jahren 1940 bis 1945 doppelt so viel Geld ausgegeben wie ihre Vorgänger in den 150 Jahren davor.
Aber wie paßt das zusammen, dort die mit großer Entschlossenheit betriebene Mobilmachung und auf der anderen Seite das Zögern vor dem Kriegseintritt? ...
Die Amerikaner zögerten; Monat um Monat, Jahr für Jahr, was ihrer späteren Weltmachtstellung gut bekam. Die Raffinesse der damaligen Politik lag in ihrer Widersprüchlichkeit. Die Regierung rüstete kraftvoll auf, aber sie schlug nicht gleich los. Die USA schliefen nicht, sie schauten auch nicht weg, sie lauerten wie eine Katze auf den richtigen Zeitpunkt zum Absprung. ...
Churchill brandmarkte den Diktator in Berlin als "Verkörperung des Hasses", als eine "Mißgeburt aus Neid und Schande", er sah in ihm einen "Brutherd von Seelenkrebs". Die Amerikaner blieben aber ungerührt auf der Zuschauertribüne der Weltgeschichte sitzen. Wie versteinert blickten sie auf das lichterloh brennende London und auf das Treiben der SS-Verbände, die hinter den Kampflinien an der Ausrottung der Zivilvölker arbeiteten. Ein größenwahnsinniger und womöglich vom Zaudern der Vereinigten Staaten ermunterter Hitler erklärte den USA kurz vor Weihnachten im Jahre 1941 den Krieg. Und was tat Amerika? Es blieb weiter in Lauerstellung.
Erst am 8. November des Jahres 1942 landete die Weltmacht in Afrika, um von dort nach Europa überzusetzen. Das lange Warten war moralisch unverzeihlich; es irritiert bis heute. Ökonomisch und militärisch aber legte es den Grundstein für die Weltsupermacht USA, auch wenn das der damaligen Führung des Landes so klar womöglich nicht gewesen ist.
Instinktiv entschieden die Verantwortlichen im Interesse ihres Landes richtig. Eingreifen mußten die Amerikaner, aber je später sie es taten, desto besser war es für sie. Der eigene Aufstieg

würde um so strahlender, womöglich gar nicht umkehrbar sein, wenn die anderen bereits in Schutt und Asche lagen. Das sagte niemand, das vertraute keiner, den wir kennen, seinem Tagebuch an, das war die Logik dieser lähmenden Jahre, in denen Europa in sich zusammensackte. Nicht der Kriegseintritt, der späte Kriegseintritt sicherte den USA die spätere Machtposition.
Ungefähr ein Viertel aller Industrieanlagen in Europa war bei Kriegsende zerstört. In Deutschland funktionierten nur noch 20 Prozent des Schienennetzes. Amerika aber war in Gänze unberührt geblieben. Als Präsident Roosevelt sich schließlich zur Invasion entschied, war Hitler-Deutschland längst unfähig zum transatlantischen Gegenschlag.
Amerika hatte am Ende auch bei den Kriegstoten ungleich weniger Verluste zu melden. ...<<
Nordamerikas gewaltige Wirtschaftskraft sollte schließlich, wie im Ersten Weltkrieg, die Entscheidung bringen. Von 1941-45 lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika der Sowjetunion z.B. 8.800 Flugzeuge, 5.200 Panzer und Kampfwagen, 256.000 Lastkraftwagen und sonstige motorisierte Fahrzeuge, 2.500.000 t Lebensmittel und 1.500.000 t Stahl (x038/-1.917/1.918) sowie Flugbenzin, Lokomotiven, verschiedene Handfeuerwaffen, Medikamente und Kleidung im Wert von ca. 11,0 Milliarden Dollar.
Die ersten Hilfslieferungen an die Sowjets gingen über die alte Karawanenstraße von Basra nach Tiflis (x054/223) und wurden später über folgende Standorte abgewickelt (x041/114): Pazifik = 47,1 %, Persischer Golf = 23,8 %, Nordatlantik = 22,7 %, Schwarzes Meer = 3,9 % und sowjetische Arktis = 2,5 %.
Die Nordamerikaner und Briten transportierten von 1941 bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion. Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.
Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten. Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.
Am 1. Januar 1942 unterzeichneten in Washington 26 Nationen - einschließlich UdSSR - den Pakt der "Vereinten Nationen" und verpflichteten sich, keinen Separatfrieden mit dem NS-Regime oder Japan abzuschließen (x041/123).
Während einer Pressekonferenz teilte US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1942 das wesentliche Kriegsziel der USA mit (x040/114): >>... Zerschmetterung des deutschen Militarismus.<<
Die Londoner Tageszeitung "The Times" forderte am 3. Februar 1942 massive Militärhilfe für die Sowjetunion (x106/151): >>... Der Frühling wird seine Auswirkungen zunächst im Süden Rußlands zeigen, und alle Hoffnungen Hitlers sind auf die Ukraine, die Krim und von dort auf den verheißungsvollen Weg zum Kaukasus gerichtet. Das kaukasische Öl bildet das Ziel.
Das Ziel der russischen Winteroffensive ist daher, dem deutschen Generalstab das Sprungbrett zum Kaukasus zu entreißen.
Wir müssen alles tun, um britische Panzerwagen für die kommenden Schlachten um den Kaukasus bereitzustellen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die anglo-amerikanische Bündnispolitik (x068/244-247): >>Den anglo-amerikanischen Waffenbrüdern war Stalins beinah beispielloser, zumindest bis dahin selbst Hitler in den Schatten stellender Despotismus natürlich bekannt.
Bekannt waren ihnen seine erbarmungslosen Ausrottungsmechanismen, seine fürchterlichen

Terrororganisationen, die aus der Tscheka 1922 hervorgegangene berüchtigte GPU und schließlich seit 1934 der ebenso gefürchtete NKWD ...
Bekannt war ihnen die verheerenden "Säuberungen" zwischen 1936 und 1939, die in der Geschichte als "Jeschowschtschina" sozusagen fortlebenden Massenexekutionen, "eine Art Bartholomäusnacht in Permanenz".
Bekannt war ihnen eine Reihe aufsehenerregender Entführungs- und Mordfälle, wodurch Stalin sich seiner Gegner entledigte.
Bekannt war ihnen, daß der rote Zar die lange Reihe russischer Despoten seit Iwan IV., dem Schrecklichen, vielleicht vielhundertfach übertraf.
Bekannt war ihnen, daß er Millionen und Abermillionen Unschuldiger in die entferntesten Winkel Sibiriens und Kasachstans zur Zwangsarbeit verschleppen ließ, um auch derart seine Fünfjahrespläne und die monströse sowjetische Industrialisierung buchstäblich durchzupeitschen.
Das alles hielt weder den Nobelmann Churchill noch gar Roosevelt ab, sich eng mit Stalin zu verbünden. Sobald er allerdings seine Hilfe geleistet hatte, ließ ihn Churchill fallen und bekämpfte ihn; Roosevelt hinderte der Tod daran. ...
... Churchill, ... der bereits 14 Tage nach Pearl Harbor eine Woche lang in Washington vorsprach, tat alles, um die russische Front, die ihm ja nächst der deutschen am fatalsten war, nicht zu früh zu entlasten. Bloß das nicht! Stalin mochte noch so drängen ... Churchill konnte das Unternehmen "Overlord", bis 1944 hinausschieben, das kostete sehr viel mehr Russenköpfe, aber sehr viel weniger der übrigen Alliierten, eine glatte Rechnung.
Solange keine "Zweite Front" bestand, solange die Invasion der Alliierten im Westen nicht begonnen hatte, war dies für Stalin begreiflicherweise stets das Problem Nummer Eins. ...
Doch mochte die russische Front auch brennen und bluten soviel sie wollte. Hauptsache sie stand. Im übrigen: je mehr Brand und Blut dort, desto besser doch. ...
Als der Brite seinerzeit erstmals Stalin persönlich begegnete, waren ihre Unterhaltungen teilweise, so Churchill, "äußerst unangenehm". ...
Churchill haßte die Sowjetunion glühend. Aber im Kampf gegen Hitler wäre er ohne sie gescheitert. So suchte er nicht nur "mit Gottes Hilfe die Welt von diesem Scheusal" zu befreien, sondern auch mit der Hilfe der doch kaum minder bösen Bolschewiken. Vorerst aber wollte Churchill "Rußland und dem russischen Volk jedmögliche Hilfe gewähren, die wir gewähren können. ...
Dann aber wollte Churchill nach Beseitigung des einen Scheusals, das andere erledigen, das ohne Zweifel ihm viel mehr geholfen hatte als er ihm. Im Krieg warb er um sowjetischen Beistand, nach dem Krieg attackierte er wie kein zweiter die Sowjetunion.<<
Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über Stalins Verhandlungsstrategie und die militärischen Hilfslieferungen der Nordamerikaner und Briten (x080/310-312): >>Im Verlauf des Krieges wurde Stalin, der seit 1939 mit Ausnahme der beiden Begegnungen mit Ribbentrop kaum Kontakt zu ausländischen Politikern hatte, zu einer zentralen Persönlichkeit bei internationalen Verhandlungen.
Während des gesamten Krieges bedrängte Stalin die westlichen Führer mit Maximalforderungen, und obwohl er nicht alles bekam, was er verlangte, war es doch weit mehr, als angesichts der bestehenden Verhältnisse nötig gewesen wäre. Er war fast immer auf jeden einzelnen Punkt der Verhandlungen sehr gut vorbereitet.
Sein Hauptvorteil bestand weniger in seinem Verhandlungsgeschick als in den Schwächen der Briten und Amerikaner.
Die Führer der Alliierten erwiesen sich in unterschiedlicher Hinsicht als verwundbar. Roosevelt glaubte, er könne Stalin trauen, während Churchill zwar nicht ganz so naiv war, aber dennoch aus Gründen der Sentimentalität oder der Ritterlichkeit geneigt war, Stalins Forderungen

nachzugeben – schließlich trugen die Russen die Hauptlast des Krieges, und Churchill empfand eine moralische Verpflichtung, sie so weit wie möglich zu unterstützen. ...
Am 18.06.1941 telegraphierte Stalin an Churchill und forderte ihn auf, in der Arktis und in Nordfrankreich Fronten gegen Hitler aufzubauen. Des weiteren heißt es in dem Schreiben: "Eine Front in Nordfrankreich würde nicht nur deutsche Streitkräfte aus dem Osten abziehen, sondern auch eine Landung Hitlers in England unmöglich machen. ...".
Die Vereinigten Staaten befanden sich zu diesem Zeitpunkt natürlich noch nicht im Krieg – der Angriff auf Pearl Harbor erfolgte erst im Dezember. Dennoch war Roosevelt bereit, Rußland in gleicher Weise durch militärische Hilfslieferungen zu unterstützen, wie er das gegenüber England tat. Sein persönlicher Vertreter Harry Hopkins, der später einen Experten des Außenministeriums fragen sollte, ob er auch zur "antisowjetischen Clique" gehöre, traf Ende Juli in Moskau ein.
Stalin schilderte ihm die militärische Lage, ohne etwas zu beschönigen, und bat um 20.000 Flakgeschütze, große Mengen von Aluminiumblechen für den Flugzeugbau, Maschinen und leichten Sturmgewehren. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Erfolge der US-Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges (x068/264-265): >>... Während die europäischen Völker bluteten und Millionen und Abermillionen ihrer Menschen verbluteten, sanierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika und mauserten sich zur Weltmacht und schließlich zur führenden Weltmacht.
Während die europäischen Länder viele Außenmärkte infolge des Krieges nicht mehr beliefern konnten, übernahmen diese wieder die USA, stellten sie auch Staaten, die sich mit Deutschland, Italien, Japan im Krieg befanden, Versorgungsgüter zur Verfügung, weiteten sie ihre Absatzmärkte, ihre Rohstoffquellen bis in den letzten Winkel der Welt aus, griffen sie für ihre Kriegsmobilisierung auf Ressourcen in Lateinamerika, Afrika, Indien zurück, das überdies eine große Armee gegen die Japaner in Burma aufstellte.
Die US-Rüstungsindustrie aber erfährt während des Zweiten Weltkrieges einen geradezu alptraumhaften Auftrieb. ...
Nur durch den Krieg kommt die zuvor so gebeutelte US-Wirtschaft wieder in Schwung. Bereits zwischen August 1939 und dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Dezember 1941 verdoppelte sich deren Industrieproduktion. Insgesamt stiegen die Importe um 50 %, die Exporte verdreifachten sich, der Aktivsaldo ist 1945 doppelt so hoch wie der von 1920, als man schon durch den Ersten Weltkrieg so immens sich saniert hatte.
Das europäische Fiasko brachte den USA auch jetzt wieder das Heil. "Fünf Jahre Krieg in Europa und Asien waren wirksamer als alle wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen des New Deal zwischen 1932 und 1939". Von 13 Millionen Arbeitslosen 1932 gab es 1938 noch immer 10 Millionen – trotz Roosevelt und "New Deal". Der Krieg aber brachte die Vollbeschäftigung und das volle Geschäft. ...<<
Das Politbüro des ZK der KPD berichtete am 3. April 1942 in Moskau über die geplante Gründung eines Nationalkomitees, um "die Führung des Kampfes des deutschen Volkes für die Befreiung Deutschlands von der barbarischen Hitlerherrschaft und für die sofortige Beendigung des Krieges" zu übernehmen (x033/255): >>... Deutschland wird eine Volksrepublik, in der die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes bestimmen.
Durch die Herstellung der Volksrechte in Staat und Gemeinde, der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der gesetzlich gewährleisteten Rechte der Betriebsräte und freien Gewerkschaften sowie durch die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz und die Einführung einer neuen Rechtsordnung wird die freie Entwicklung aller gesunden Kräfte des deutschen Volkes und der friedliche Aufstieg unseres Volkes gesichert.<<

Außenminister Eden beantwortete am 17. Juli 1942 eine Denkschrift des Bischofs von Chichester (x058/375): >>Lieber Herr Bischof!
Als Sie mich am 30. Juni besuchten, waren sie so freundlich, mir eine Denkschrift über Ihre Unterhaltung mit 2 deutschen Pastoren zu überlassen, die Sie Ende Mai in Stockholm getroffen hatten. ...
Diese interessanten Dokumente sind nun aufs genaueste durchgeprüft worden. Ohne die ehrliche Überzeugung Ihrer Berichterstatter im geringsten zu beanstanden, habe ich keinerlei Zweifel, daß es dem Interesse unserer Nation zuwider liefe, Ihnen irgendwelche Antwort zukommen zu lassen.
Ich weiß wohl, daß diese Entscheidung Sie etwas enttäuschen wird, aber angesichts der heiklen und damit verbundenen Umstände kann ich nicht anders als sie bitten, diese Entscheidung hinzunehmen, was Sie sicher verstehen werden. ...<<
Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 ein Aufsatz des nordamerikanischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton abgedruckt.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über diesen Vorschlag des nordamerikanischen Harvard-Professors Hooton (x025/124-125): >>In seinem PM-Aufsatz … schlägt der Anthropologe vor, frei nach Mendels Gesetzen die deutsche "Aggressivität" aus dem Volk herauszuzüchten.
Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und außerdem die Einwanderung nicht-deutscher Menschen, vor allem nicht-deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten.
Auf diese Weise ließe sich die Zahl der reinrassigen Deutschen und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.<<
Während der Konferenz von Casablanca verkündete Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188). Jeder Waffenstillstand (auch mit einer "neuen" deutschen Regierung, nach einem Sturz Hitlers) wurde damit strikt ausgeschlossen (x041/123). Für das NS-Regime und den deutschen Widerstand war es jetzt endgültig zu spät, den Krieg durch politische Lösungen zu beenden.
Diese vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulationsforderung verlängerte den Zweiten Weltkrieg unnötig, forderte unzählige sinnlose Opfer und unterstützte letzten Endes Stalins Expansionspläne. Die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten wurde von der NS-Propaganda bis zum Kriegsende unermüdlich eingesetzt, um den Durchhaltewillen und die Kampfbereitschaft der Deutschen zu steigern.
Der deutsche Historiker Günter Moltmann schrieb später über die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten (x245/464): >>... Die bedingungslose Kapitulationsforderung vollzog für die englisch-amerikanische Seite den totalen Bruch mit den gegnerischen Nationen. Die totale Kriegsführung ergab sich daraus folgerecht. Übrigens geschah dies zu demselben Zeitpunkt, an dem die nationalsozialistische Regierung den totalen Krieg proklamierte.
Das Kriegsende war von nun an unwiderruflich nur noch als Diktat des Siegers, nicht mehr auf gemeinsamer Verhandlungsgrundlage denkbar.
Das Kapitulationsprinzip zielte auf die Zerstörung der nationalsozialistischen Weltanschauung, wie Roosevelt selbst in Casablanca und auch später betonte. Die Koppelung der Niederwerfung des Nationalsozialismus mit der vollständigen Elimination der deutschen Kriegsmacht ignorierte jede andere Möglichkeit eines Sturzes der Hitler-Regierung.
Sie ignorierte darüber hinaus jede andere mögliche Existenz Deutscher, die unabhängig vom

herrschenden Regime bereit und in der Lage waren, in Verhandlungen über einen Rechtsfrieden einzutreten.
Sie identifizierte damit trotz gegenteiliger Versicherung den Nationalsozialismus mit der Haltung der Deutschen schlechthin. Der Casablanca-Formel haftete der fragwürdige Zug einer kollektiven Diskriminierung eines ganzen Volkes an. Damit wurde jene Deutschland-Konzeption angedeutet, die in der Folgezeit zur Formulierung der konkreten englisch-amerikanischen Kriegsziele manches beitragen sollte. ...<<
Roosevelt bestätigte am 12. Februar 1943 in einer Rundfunkansprache, daß es keinen Waffenstillstand mit dem NS-Regime geben wird (x073/201): >>Unsere Antwort und die Antwort aller Vereinten Nationen auf die ... Versuche, sich der Verantwortung begangener Verbrechen zu entziehen, ist dies:
Die einzige Bedingung, unter der wir mit einer Regierung der Achsenmächte oder mit irgendeinem Mitläufer verhandeln, haben wir in Casablanca verkündet: Bedingungslose Kapitulation!<<
US-Präsident Roosevelt erläuterte dem späteren Kardinal Francis Spellman am 3. September 1943 die zukünftige nordamerikanisch-sowjetische Außenpolitik (x025/135): >>(Stalin würde) auf jeden Fall Finnland und die baltischen Staaten kriegen. ... Man könne davon ausgehen, daß Rußland die Hegemonie in Europa zufalle. Die kontinentaleuropäischen Völker, eingeschlossen Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und "natürlich" die Kriegsgegner Deutschland und Italien würden einfach die russische Vorherrschaft aushalten müssen in der Hoffnung, in 10 oder 20 Jahren mit den Russen gut zusammenleben zu können. ...<<
Am 21. September 1943 lehnte es Churchill vor dem britischen Unterhaus wegen der angeblichen Aggressivität des deutschen Volkes entschieden ab, die deutsche Widerstandbewegung mit den Italienern gleichzustellen, die man aus Erniedrigung und Knechtschaft befreit hatte (x268/41): >>Freiheit bedeutet ihnen nichts, und sie bei anderen zu sehen ist ihnen verhaßt. Sobald sie erstarken, gehen sie auf Raub aus und leisten jedem, der sie dazu anführt, mit eiserner Disziplin Gehorsam. ...<<
Im Verlauf der Konferenz von Teheran einigten sich die "Großen Drei" - Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin - bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches. Es wurden außerdem verbindliche Vereinbarungen über die Invasion der westlichen Alliierten getroffen.
Stalin erkannte während der Konferenz von Teheran frühzeitig, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Churchill und Roosevelt waren dem berüchtigten, verschlagenen Machtpolitiker Stalin bereits in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauten sie dem sowjetischen Diktator und ließen ihm in Ost-Mitteleuropa sträflicherweise völlig freie Hand.
Churchill und Roosevelt vertraten damals die Meinung, daß Polen zukünftig auf alle Fälle stärker werden müßte. Die polnischen Grenzen sollten deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen (x041/124). Nachdem man die Curzon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt worden war) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hatte, schlug Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor.
Stalin forderte danach außerdem die ostpreußischen Gebiete um Königsberg für die UdSSR und die Abtretung Oberschlesiens. Als der britische Außenminister Eden erwiderte, daß der "deutsche Brocken" für die "polnische Gans" unverdaulich sein könnte, konterte Stalin sofort, daß die Sowjetunion schließlich mit dem nördlichen Teil Ostpreußens einen "großen Brokken" übernehmen würde.
Churchill erklärte während dieser Diskussion (x028/63): >>... Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf "einige deutsche Zehen" trete, könne man das eben nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.<<

Mit Hilfe von 3 Streichhölzern, die er nach Westen fallen ließ, demonstrierte Churchill anschließend die westliche Verlagerung Polens. Für dieses berühmt-berüchtigte "Streichhölzchenspiel" - "Nimm von 3 Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an" - erhielt Churchill vor allem von der sowjetischen Delegation großen Beifall (x035/331).
Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.
Gemäß Protokoll vom 1. Dezember 1943 beschäftigte man sich in Teheran auch schon mit der Aufteilung des Deutschen Reiches (x114/1.48): >>Zur Deutschlandfrage übergehend, sagte der Präsident, die Frage sei, ob man Deutschland aufteilen solle oder nicht. ...
Stalin erwiderte, daß sie die Zerstückelung Deutschlands vorzögen. ...
Churchill sagte, er sei vollkommen dafür, aber er sei in erster Linie mehr daran interessiert, Preußen, den bösen Kern des deutschen Militarismus, vom Rest Deutschlands getrennt zu sehen.<<
Der britische Premierminister Churchill verlangte in Teheran mehrfach die Zerschlagung Preußens, um die jahrhundertelange Vormachtstellung Österreichs und Ungarns – eine "Donaukonföderation"; mit der Reichshauptstadt Wien - wieder herzustellen.
Stalin, der die Vorschläge des US-Präsidenten unterstützte, lehnte die Neuauflage des "Habsburger Reiches" jedoch entschieden ab. Roosevelts Bemerkungen, erforderliche Bevölkerungsumsiedlungen zu planen, wurden von Stalin begrüßt.
Im Verlauf der Teheran-Konferenz verlangte Stalin ferner die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).
Bei einem Trinkspruch forderte der "humorvolle" Stalin außerdem die "formlose Erschießung" von 50.000 deutschen Offizieren (x025/124). Während Roosevelt diese Anmerkung anscheinend als derben "Spaß" auffaßte und "49.500" antwortete, protestierte Churchill energisch gegen Massenhinrichtungen - Churchill dachte wahrscheinlich sofort an das sowjetische Katyn-Massaker.
Churchills Plan, eine anglo-amerikanische Balkanfront zu errichten, wurde von Stalin energisch abgelehnt. Als sich Harry L. Hopkins, ein enger Berater des nordamerikanischen Präsidenten, ebenfalls gegen die Balkan-Offensive der Amerikaner und Briten aussprach, scheiterte Churchills Vorschlag. Hopkins, ein "großer Verehrer" Stalins, wollte damals angeblich die nordamerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit nicht unnötig gefährden.
Da Stalin die vorgeschlagene Balkanfront der Briten strikt verweigerte, beschlossen die Konferenzteilnehmer schließlich, daß die Invasion der Westalliierten ab Mai 1944 in der Normandie in Frankreich erfolgen sollte (x006/152).
Der britische Historiker Robert Conquest schrieb später über Roosevelts naive Einstellung gegenüber Stalins Expansionspolitik (x080/313,334-335): >>Roosevelts Analyse, wenn man sie überhaupt so nennen will, war wohl eine der krassesten Fehleinschätzungen, die je einem amerikanischen Präsidenten unterlaufen sind. Die subjektiven Eindrücke des völlig uniformierten Hopkins und Roosevelts "Gefühl" wurden höher bewertet als Stalins Ruf und alle Erkenntnisse über die Sowjetunion, die erfahrene Persönlichkeiten des State Department im Laufe der Jahre gesammelt hatten.
Stalin hatte einen wichtigen Sieg errungen und sicherlich hatte die entgegenkommende Art, in der er Hopkins behandelt hatte, dazu beigetragen. ...<<
>>... Roosevelt verließ die Konferenz mit dem Gefühl, er habe sich gegenüber Stalin durchgesetzt. ...
Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er

wollte", während die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich im Gegenzug lediglich mit einigen vagen Versprechungen begnügen mußten.<<
Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn schrieb später über die "Staatsmänner" Roosevelt und Churchill (x025/136): >>In ihren Ländern werden Churchill und Roosevelt als Verkörperung staatsmännischer Weisheit verehrt. Uns hingegen, den Teilnehmern der russischen Gefängnisdebatten, offenbarte sich mit frappierender Deutlichkeit ihre notorische Kurzsichtigkeit, ja Dummheit. ...<<
Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde in Nordamerika ein Bestseller.
Nizer schrieb in diesem Buch z.B. über den Charakter der Deutschen (x025/118-119): >>... Die Deutschen haben eine Religion entwickelt, die aus dem Krieg eine Religion und aus Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Mission, alle anderen Völker zu versklaven. Sie verwerfen die Lehre von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit und ersetzen sie durch das Ideal des Krieges. Das einzigartige Phänomen des Pangermanismus ist es, daß seine Verschwörung gegen den Weltfrieden nicht nur Gangstertum oder Nihilismus darstellt.
Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. Es gab einen Kaiser vor Hitler und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Großen vor Bismarck - in der Tat sind 2.000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. ...
Ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und jeden freien Menschen in jedem fremden Land. Es ist eine Verschwörung, die in der Niederlage nie abgestorben ist. Sie ist dem deutschen Volk angeboren. ...
Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzer-Klauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht verändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt. ...<<
Nizers Buch, daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte, wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen. Die US-Stabsoffiziere mußten sogar Aufsätze über das Nizer-Buch schreiben (x025/119).
Der spätere US-Präsident Truman war ebenfalls über Nizers Buch begeistert (x025/119): >>... Eines der fesselndsten und aufschlußreichsten Bücher, (die ich je gelesen habe). ... Jeder in diesem Land sollte es lesen! ...<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den US-Antigermanismus (x306/54-58): >>**Die Verschwörung der Deutschen**
... Von geringerer aktueller Bedeutung, wenn auch von recht nachhaltiger Wirkung, war die Lehre von der Verschwörung der deutschen Philosophen. …
Schon im Ersten Weltkrieg hatte der Kriegsbeitrag der alliierten und assoziierten Philosophen in der systematischen Belastung beinahe sämtlicher deutschen Philosophen seit Kant bestanden. …
Das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation. Bauer und Junker, Bürger und Fürst seien alle in diese Verschwörung verstrickt. Tief drang Paul Winkler … in die Geschichte ein. Wo andere den Mann im Braunhemd in Bismarck, Fichte, Turnvater Jahn oder Luther wiedererkannten, entlarvte Winkler Kaiser Friedrich II. von Hohenstaufen

als den ersten Nazi.
In dem wohl meistgelesenen Buch über Deutschland, Louis Nizers "What to do with Germany?" - Harry S. Truman: "Jeder Amerikaner sollte es lesen" - erfährt die deutsche Geschichte folgende bündige Darstellung:
"Die Deutschen zerschlugen im Jahre 378 die lateinische Zivilisation in der Schlacht von Adrianopel … Sie machten Krieg zu ihrem Beruf. Wo sie hintraten, starb die Kultur ab. Sie plünderten Paris, Arras, Reims, Amiens, Tours, Bordeaux und Dutzende anderer Städte, die in späteren Generationen von ihren kriminellen Nachfahren wiederholt heimgesucht wurden …
Vier Jahrhunderte nach Adrianopel setzte Karl der Große die deutsche Tradition fort … Er versuchte, die Welt zu erobern, ein Refrain, der seitdem mit wahnsinniger und zerstörender Ausdauer durch die deutsche Existenz lief. Er führte jedes Jahr einen Krieg … die Deutschen folgten ihm mit der fanatischen Ergebenheit für die gleichen Prinzipien, die sie anleiteten, in unserer Generation dem Kaiser oder Hitler zu folgen …
Im 12. Jahrhundert war der Führer ein anderer, aber das monotone Programm das gleiche. Da war es Friedrich Barbarossa, der den Frieden erdolchte. Die einzige Frage war, ob Italiener oder Slawen unterjocht werden sollten. Er wählte die Slawen und führte gegen sie mit fürchterlicher Brutalität Krieg. Nach dem Sieg verbot er den Gebrauch der einheimischen slawischen Sprachen und erließ strenge Verordnungen gegen die Juden.
Durch das 14. Jahrhundert läuft der rote Faden deutscher Infamie … Die Lehre von der Welteroberung begann organisatorische Formen anzunehmen. Der Hansebund organisierte alle Deutschen in allen anderen Ländern aufgrund der Lehre, daß ihre Loyalität weiter den deutschen Führern galt. Die auslandsdeutsche 5. Kolonne von Hitlers Regime ist nur die erweiterte Kopie eines alten deutschen Kunstgriffs …
Während des dreißigjährigen Krieges war die Brutalität der Deutschen im Kriege unvermindert. Sie überrannten Böhmen und verfolgten das tschechische Volk mit einer Wildheit, die nur von den Legionen der Nazis übertroffen wurde. Tausende von Geiseln wurden erschossen. Folter und Terror, die allgegenwärtigen Begleiter des deutschen Programms, gingen Hand in Hand…
Führer, die die deutsche Kriegslust verkörperten, fehlten nie: der Große Kurfürst, der Soldatenkönig, den man als einen der widerlichsten Rüpel, die je lebten, beschrieben hat, Friedrich der Große, der jede Freiheit, die unter seinen Gefolgsleuten existierte, zerstörte und Preußen in eine militärische Autokratie umformte, deren einziges Ziel Krieg und Eroberung war." - Treitschke erklärt in seiner "Politik", daß, da die Deutschen nie in der Lage sein werden, die Welt zu verstehen, sie die Welt erobern und nach ihrem Willen umformen müssen, damit sie dem deutschen Denken entspricht. Adam Müller, Novalis, Fichte, Johann Josef Görres spielen alle die gleiche Melodie.
Das deutsche Volk horcht begierig auf diese kriegerische Musik. Sie entfacht seine Gefühle. Es ist durch den Wahnsinn hypnotisiert und folgt ihm mit brutalen Stiefeln … ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und gegen jeden freien Menschen in jedem beliebigen Lande. Es ist eine Verschwörung, die nach einer Niederlage nie verlöschen wird. Sie ist in das Volk eingesenkt und hält es in allen dunklen Zeiten aufrecht, bis der Tag kommt." - "Der Tag" ist der Tag deutscher Weltherrschaft, von dem nach der Meinung der amerikanischen Kriegspublizisten alle Deutschen träumen - kurz und gut:
"Der Nazismus ist keine neue Theorie, die aus den Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags oder aus wirtschaftlicher Not entstanden ist. Er ist ein Ausdruck der deutschen Aspirationen, die in allen Jahrhunderten ihren Ausdruck fanden."
Nizers Buch machte die verworrene deutsche Frage mit einem Schlage klar und durchsichtig. Der Leser Präsident Roosevelt, verteilte es an seine Kabinettsmitglieder; General Eisenhower versandte 100.000 Exemplare und ließ alle Offiziere seines Stabes Aufsätze über das Buch

schreiben.
Des Kleinholzmachens war kein Ende. Doch sollte der allzu augenfällige Wuttanz mit der historischen Axt niemand dazu verleiten, Nizers historisches Gemälde der Kriegspsychose zuzuschreiben. Ihm liegt ein festumrissenes Deutschlandbild zugrunde, das ebenso zur Basis wilder Spekulationen wie feinsinniger Analysen werden kann. Ob es vor offenen Mäulern oder verkniffenen Lippen gepredigt wird, mag sich in Wortwahl und Beweisduktus niederschlagen, die Substanz berührt es nicht. Der Stock, aus dem die feurigen Blüten der amerikanischen Kriegspropaganda entsprossen sind, ist nie beseitigt worden. Seit einigen Jahren beginnt er wieder kräftig zu treiben, und der Tag ist abzusehen, an dem er wieder in voller Blüte stehen wird.
Der Grundton, auf den das Deutschlandbild der Kriegspropagandisten gestimmt war, war die Annahme, daß die Deutschen eine negative Sonderrolle in der Weltgeschichte spielten, die sich in ihrer Philosophie, ihrer Politik und ihrem Volkscharakter Ausdruck verschaffe. Wenn Deutschland der Träger einer Abirrung vom Hauptstrom der Weltzivilisation ist, dann muß es weltanschauungslogisch auch eine solche Weltzivilisation geben. Der Antigermanismus, der da glaubt, daß der deutsche Charakter negative Besonderheiten besitzt, die ihn zum dauernden Brutbett von Verschwörungen gegen die Zivilisation machen, bedingt weltanschauungslogisch den Panhumanismus, der eine Formel für die ideologische und organisatorische Zusammenfassung aller Völker in einer Weltgesellschaft oder einem Weltstaat anbietet.
Auf die Diagnose folgte die Therapie. War der Nationalsozialismus nur der zeitgemäße Ausdruck dauernder Aspirationen des deutschen Volkes, so mußte dafür gesorgt werden, daß diesem Volk für alle Zeiten die Möglichkeit genommen wurde, den Gang der Weltgeschichte zu beeinflussen - es mußte ausgeschaltet werden.
Diese Ausschaltung konnte auf verschiedene Weise vorgenommen werden. Unter anderem ist die biologische Ausschaltung des deutschen Volkes vorgeschlagen worden. In seinem noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt verfaßten Buch "Germany must perish" fordert Theodore N. Kaufman die Sterilisierung aller Deutschen in zeugungsfähigem Alter. Die sterilisierten Deutschen sollten dann auf die Nachbarvölker verteilt werden und bis zu ihrem Tode deren Sprachen sprechen.
… Ein anderer Weg der biologischen Ausschaltung wurde in Harvard ausgearbeitet. Die deutschen Männer sollten als Zwangsarbeiter auf die Nachbarvölker verteilt werden und in ihrer Freizeit diese Völker biologisch auffrischen und mit den martialischen Eigenschaften der Deutschen versehen.
Eine weitere Form der Ausschaltung war die militärische.
Durch eine vollkommene Entwaffnung, wie sie sämtliche Deutschland-Pläne vorsahen, sollten die Deutschen daran gehindert werden, eine Machtrolle in der Weltpolitik zu spielen. Neben der militärischen Entwaffnung, die keine Gegner fand, spielte die wirtschaftliche Entwaffnung die entscheidende Rolle. Weil die militärische Kraft einer Nation auf ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten beruhte, wie die Umwandlung der amerikanischen Friedenswirtschaft in eine außerordentlich leistungsfähige Kriegswirtschaft gerade bewiesen hatte, sollten alle industriellen Anlagen beseitigt werden, deren Umwandlung für Kriegszwecke möglich sei.
Da der Erfindungsgeist jedoch aus Notlagen Vorteile zu ziehen vermag, sei vor allem die deutsche Forschung auszuschalten. Aneignung der deutschen Patente, Fortführung der Wissenschaftler, Verbot oder Kontrolle von Laboratorien und Instituten sowie die Kulturhoheit der Länder waren mögliche Wege zur Ausschaltung der Wissenschaft.
Neben der militärischen war vor allem auch die politische Ausschaltung Deutschlands durch seine Aufteilung in verschiedene Einzelstaaten im Gespräch. In unbestimmter Form waren alle Alliierten für die Teilung Deutschlands eingetreten. Zu konkreten Beschlüssen kam es in der Teilungsfrage jedoch nicht, da über die Form der Teilung keine Einigkeit erzielt werden

konnte. Churchill und der amerikanische Außenminister Hull dachten daran, im Süden des zu teilenden Reiches ein neues lebensfähiges Staatsgebilde entstehen zu lassen, etwa in Gestalt einer Donaukonföderation – Bayern, Österreich, Ungarn mit Südtirol und einem Zugang zur Adria. Stalin dagegen war mehr an einem Machtvakuum im russischen Vorfeld interessiert und hatte zudem für Ungarn ganz andere Pläne.
Strittig unter den Befürwortern der Teilung war auch die Frage, wie man ein späteres Wiederzusammenwachsen der Teile verhindern konnte. Für Roosevelt waren Teilungsfragen nur Teilfragen. Er war der staatsmännische Exponent der Position, die sich aus dem Zusammenspiel von Antigermanismus und Panhumanismus ergab. Das sicherste Mittel zur Ausschaltung Deutschlands war die Errichtung der Weltgesellschaft, die die Machtmittel dieser Erde bei den verbündeten Großmächten monopolisierte. Die Niederhaltung Deutschlands war nach Roosevelt eine Funktion des guten Zusammenwirkens der "vier Polizisten." ...<<

Der Morgenthau-Plan
US-General Eisenhower erklärte am 7. August 1944 während eines Gespräches mit Henry Morgenthau (x268/31): >>... Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von Paranoia (Geistesgestörtheit). Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehungspläne im Jahre 1944 (x306/101-103): >>**Der autoritäre Charakter**
... Erich Fromm machte mit der Politisierung der Charakterlehre Epoche.
... Ein sadomasochistischer Charakter sei immer durch seine positive Einstellung zur Autorität zu erkennen. Er bewundere die Autorität und sei bestrebt, sich ihr zu unterwerfen. Gleichzeitig wolle er jedoch selber Autorität sein und andere sich gefügig machen.
Die Lehre vom autoritären Charakter bot den Schlüssel zur "Psychologie des Nazismus", wie umgekehrt die Suche nach einer Erklärung für diese Psychologie zum Entstehen der Lehre geführt hatte. ...
Fromm lehrte, ökonomische und psychologische Ursachen seien bei der Entstehung des Nationalsozialismus verbunden gewesen wie Kette und Schuß. Das deutsche Kleinbürgertum habe schon immer einen sadomasochistischen Charakter gehabt, der durch "Verehrung des Starken, Haß auf den Schwachen, Engherzigkeit, Kleinlichkeit, Feindseligkeit, Sparsamkeit bis zum Geiz - sowohl mit Gefühlen wie mit Geld" - gekennzeichnet sei. Solange Thron und Altar jedoch noch unerschüttert waren, "genügte die Unterwerfung und Untertänigkeit unter die vorhandenen Autoritäten für seinen masochistischen Bedarf".
Der Sturz der alten Ordnung 1918 habe es seelisch, die Inflation ökonomisch entwurzelt. Aber "anstatt seine wirtschaftliche und soziale Lage klar ins Auge zu fassen, begann der Mittelstand, sein Schicksal in dem der Nation zu spiegeln". Er projizierte seine eigene untergeordnete Stellung auf die Nation und begann den Kampf gegen Versailles. ...
Als der American Jewish Congress die Lehre vom autoritären Charakter übernahm, wuchs dieser beträchtliche Resonanz zu. Im Mai 1944 hatte der American Jewish Congress eine Tagung einberufen, die eine wissenschaftliche Erklärung für das Phänomen des religiösen und rassischen Vorurteils ausarbeiten sollte. Aus der Tagung entstand eine Abteilung des American Jewish Congress für wissenschaftliche Forschung, deren Leitung Max Horkheimer übertragen wurde.
Als erstes Resultat der sich auf das emigrierte Frankfurter Institut stützenden Forschungsabteilung wurden 5 Bände … herausgebracht, aus denen vor allem die zweibändige Arbeit von

Theodor W. Adorno, Else Frenkel Brunswik, Daniel Levinson. R. Sanford über die "autoritäre Persönlichkeit" herausragt. Auf die Frage, warum in der Arbeit die persönlichen und psychologischen Aspekte des Vorurteils betont würden und nicht die sozialen, gab das Vorwort folgende Antwort:
"Unser Ziel ist nicht nur, das Vorurteil zu beschreiben, sondern es zu erklären, um bei seiner Ausrottung zu helfen. Ausrottung meint Umerziehung, die wissenschaftlich geplant wird und auf der Grundlage des auf dem Wege der wissenschaftlichen Untersuchung erreichten Verständnisses steht. Erziehung in einem strikten Sinn ist aber der Natur nach persönlich und psychologisch." ...<<
US-Präsident Roosevelt lehnte am 26. August 1944 die gemäßigten Nachkriegspläne des nordamerikanischen Kriegsministeriums ab.
Roosevelt schrieb an US-Kriegsminister Stimson (x028/231,37): >>Es weckt den Eindruck, daß Deutschland genau so wiederhergestellt werden soll wie die Niederlande oder Belgien und daß die Bevölkerung von Deutschland so rasch wie möglich in ihren Vorkriegsbesitz wieder eingesetzt werden soll. ...<<
>>... Dem gesamten deutschen Volk muß eingehämmert werden, daß die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Gesittung der modernen Welt beteiligt war.<<
Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" - Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau - den sog. "Morgenthau-Plan".
Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.
Der Morgenthau-Plan enthielt u.a. folgende Forderungen (x044/202-203): >>... Es sollte das Ziel der Alliierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzestmöglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet:
Vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes.
Polen sollte denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, welcher nicht an Rußland fällt, dazu den südlichen Teil von Schlesien.
Frankreich sollte die Saar und die angrenzenden Gebiete erhalten, welche durch den Rhein und die Mosel begrenzt werden.
Es sollte eine internationale Zone geschaffen werden, welche die Ruhr und die Industriegebiete umfaßt.
Der Restteil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten,
1. einen süddeutschen, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten, und
2. einen norddeutschen, umfassend den größeren Teil des preußischen Staates, Sachsen, Thüringen und einzelne kleine Staaten, aufgeteilt werden.
Im Ruhrgebiet liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Diese sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann.
a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als 6 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und Ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Erstattung für die Alliierten abtransportiert werden. Alle Kohlengrubenausrüstungen sollen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden.
b) Das Gebiet soll internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. ...<<

Fred Smith, von 1945-46 US-Finanzminister, berichtete später über die Entstehung des "Morgenthau-Plans" (x131/226-227): >>Am 7. August 1944, ungefähr um 12.35 Uhr, wurde in einem Zelt in Südengland der Morgenthau-Plan geboren. Tatsächlich war es General Dwight D. Eisenhower, der das Projekt startete. ... Die Angelegenheit kam zuerst beim Mittagessen in General Eisenhowers Zelt auf. ... Minister Morgenthau, der stellvertretende Minister Harry D. White und ich waren anwesend. ...
White sagte: "Ich denke, wir sollten der gesamten deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geben, sich wieder zu fangen, bevor wir irgend etwas damit tun".
Daraufhin wurde Eisenhower hart und sagte: "Ich bin an der deutschen Wirtschaft nicht interessiert, und ich persönlich würde sie nicht unterstützen, wenn das den Deutschen helfen würde."
Er sagte, er meine, die Deutschen müßten bestraft werden: "Die Rädelsführer und SS-Truppen sollten ohne Frage zum Tode verurteilt werden, aber die Bestrafung sollte hier nicht enden."
Er meinte, das Volk sei schuldig, weil es das Regime unterstützte, und deshalb sei es Teil des gesamten deutschen Plans. Er persönlich "würde es gern sehen, wenn man es ihnen eine Zeitlang recht hart machte". ...
Der General erklärte, er sehe keinen Sinn darin, einen Geistesgestörten "sanft zu behandeln, und die gesamte deutsche Bevölkerung ist künstlich paranoid. Den Leuten hat man ihr ganzes Leben lang beigebracht, in ihren Taten und ihren Gedanken paranoid zu sein, und man muß sie zwingen, damit aufzuhören. Der einzige Weg, dies zu erreichen, ist, recht hart zu ihnen zu sein. Ich sehe mit Sicherheit keinen Sinn darin, ihre Wirtschaft zu stützen oder irgendwelche anderen Schritte zu unternehmen, um ihnen zu helfen."
Auf diese Aussage hin wurde der Plan, die Deutschen hart anzupacken, noch geschürt.
White bemerkte: "Wir würden Sie gerne in bezug auf das Problem, wie mit dem deutschen Volk umgegangen werden soll, zitieren. Eisenhower erwiderte, daß er ruhig zitiert werden könne. Er sagte: "Ich werde das dem Präsidenten persönlich sagen, wenn nötig."<<
US-Finanzminister Henry Morgenthau, der diesen aus 14 Punkten bestehenden Plan maßgeblich prägte und während der Überarbeitung nochmals erheblich verschärfte, war der festen Überzeugung, daß die Deutschen unweigerlich weitere Kriege anfangen würden.
Daher müßte man sie zu einer drittklassigen Nation reduzieren, um das "Problem Deutschland" endgültig und radikal zu erledigen. Die "deutsche Gefahr" konnte nach Morgenthaus Meinung nur beseitigt werden, wenn man das Deutsche Reich drastisch verkleinern und zu einem primitiven Agrarstaat zurückentwickeln würde.
Morgenthau forderte z.B. in der Denkschrift - "Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges" -, die gesamte deutsche Industrie zu demontieren, um das hochindustrialisierte Deutsche Reich langfristig auszuschalten (x114/1.54): >>... Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stillegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. ... Wenn im Ruhrgebiet die Maschinen zerstört, die Bergwerke überflutet, gesprengt, zerstört werden, dann können sie keine Kriege mehr führen. ...
Die Lösung scheint schrecklich unmenschlich, grausam zu sein. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Wir haben nicht Millionen in die Gaskammern gejagt. Wir haben all das nicht getan. Sie haben es ja so gewollt. Ich denke an die Zukunft meiner Kinder und Enkel und will nicht, daß diese Bestien wieder Krieg führen. ...<<
Roosevelt und Churchill unterzeichneten am 15. September 1944 in Quebec den abgewandelten Morgenthau-Plan. Führende nordamerikanische Politiker wie Hull und Stimson lehnten den radikalen Morgenthau-Plan jedoch weiterhin massiv ab (x114/1.55).
US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergab dem nordamerikanischen Präsidenten später folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, be-

wohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...
Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deutsche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen. ...<<
Der US-Staatssekretär des Äußeren, Cordell Hull, schrieb damals in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ...
Seinem Wesen nach war dies ein Plan blinder Rache. Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<
Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" zogen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.
US-Präsident Roosevelt verhielt sich danach zwar distanzierter, aber der "Morgenthau-Plan" wurde letzten Endes nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans wurden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert. Die westlichen Alliierten "verschenkten" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.
US-Truppen erreichten am 11. September 1944 nördlich von Trier die westdeutschen Reichsgrenzen.
Gemäß dem US-Militärhandbuch für Deutschland sollte die US-Besatzungszone ursprünglich großzügig verwaltet werden (x114/1.59): >>Die Verwaltung wird mit fester Hand geführt werden. Sie wird gleichermaßen gerecht und human sein. ...<<
US-Präsident Roosevelt, der diesen Leitfaden jedoch "als verdammt schlecht" verurteilte, erließ später die streng geheim gehaltene "Direktive JCS 1067" (x114/1.62): >>... Deutschland wird nicht zum Zwecke seiner Befreiung besetzt, sondern wie ein besiegter Feindstaat behandelt. ... Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 11. Dezember 1967 über die "Deutschland-Pläne" des US-Imperiums: >>**MORGENTHAU-Plan der Rache**
Die Herren des Reichspropagandaministeriums hatten einen großen Tag. Ihre Orders an Presse- und Funkredaktionen sicherten, daß die kriegsmüden Deutschen aus jedem Lautsprecher, aus jeder Zeitungsspalte die beklemmende Nachricht erfuhren: In Washington habe man Deutschlands Tod beschlossen.
"Roosevelt und Churchill machten sich Judas Mordplan zu eigen", krakeelte der "Völkische Beobachter" am 26. September 1944, und später setzte er nicht ohne heimliches Vergnügen hinzu: "Wir verzeichnen diese Ausgeburten haßbenebelter Gehirne, weil das deutsche Volk wissen muß, wes Geistes Kind seine Feinde sind."
Fast zur gleichen Zeit aber schrieb Amerikas Kriegsminister Henry L. Stimson in sein Tagebuch: "Ich fürchte sehr, daß es auf unserer Seite zu einer Massenvergeltung kommen wird. Das muß unweigerlich eine äußerst gefährliche Reaktion in Deutschland auslösen und wahrscheinlich einen neuen Krieg."
Die versteckte Genugtuung der NS-Führer und die Besorgnis des US-Liberalen galten einem

Deutschland-Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau, der Amerikas Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Englands Premier Winston Churchill bewogen hatte, dem zuzustimmen, was er die "harte Behandlung der Deutschen" nannte.
Um Deutschland die Entfesselung eines neuen Krieges unmöglich zu machen, - Morgenthau: "Diese Teufel sind ja so schlau" - wollte der Finanzminister
- die gesamte deutsche Industrie zerstören und Deutschland in eine Agrargesellschaft verwandeln;
- das Reich in zwei separate Staaten spalten, außerdem das Saargebiet, Teile des Rheinlands und Norddeutschlands, Ostpreußen und Oberschlesien von Deutschland abtrennen und
- einige Millionen Deutsche als Zwangsarbeiter nach Afrika umsiedeln.
Dieser "Plan blinder Rache", wie der US-Außenminister Cordell Hull das Morgenthau-Projekt nannte, bestimmte für eine kurze, aber entscheidende Zeit die Deutschland-Politik der Vereinigten Staaten. Er trug nach dem Urteil des US-Historikers John L. Snell dazu bei, "die deutschen Kriegsanstrengungen zu stärken und ... den deutschen Widerstand gegen die Alliierten anzufeuern" …
Die Erinnerung an den Morgenthau-Plan hat sich in die Gefühlswelt deutschen Selbstmitleids so tief eingegraben, daß noch heute viele Deutsche glauben, den Präsidenten Roosevelt habe ein Kreis meist jüdischer Deutschenfeinde umgeben, die aus "alttestamentarischem Haß" Amerika die Vernichtung Deutschlands suggerierten.
Noch immer hängen manche Deutsche der NS-These vom jüdischen Weltverschwörer Morgenthau an. Ihn darf die rechtsradikale "Deutsche National-Zeitung" unwidersprochen "einen der größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte" nennen, und selbst Publizisten wie Max Walter Clauss wittern im Morgenthau-Plan einen Versuch, "die alliierte Kriegführung in den Dienst der jüdischen Weltvergeltung zu stellen".
Das allzu populäre Morgenthau-Bild wird jetzt im SPIEGEL ein amerikanischer Historiker korrigieren, der die Intentionen Morgenthaus aus erster Quelle kennt. John Morton Blum, 46. Professor für Geschichte an der Yale-Universität, Linksdemokrat und im Zweiten Weltkrieg Marineoffizier, hat die Geschichte des Morgenthau-Plans dargestellt, wie sie noch nie dargestellt worden ist: im Spiegelbild von Morgenthaus Tagebüchern.
Anfang der fünfziger Jahre war Blum von dem alternden Exminister gefragt worden, ob er Lust habe, Morgenthaus Tagebücher zu bearbeiten und herauszugeben. Blum akzeptierte und erhielt Zugang zu den 800 Tagebüchern, die Morgenthau von seiner Ernennung zum Finanzminister im Jahr 1934 bis zur Verabschiedung im Sommer 1945 geführt hatte.
Mit pedantischer Genauigkeit war vom Minister alles notiert worden: Unterredungen mit dem Präsidenten, Gespräche mit Ministern und Untergebenen, Kernsätze aus Akten und Notizen. Blum: "Die Tagebücher liefern einen von Minute zu Minute reichenden Bericht über Morgenthaus Amtszeit."
Außer 80.000 Tagebuchseiten las Blum die Geheimakten des Finanzministeriums, die Sitzungsprotokolle alliierter Konferenzen und die persönlichen Aufzeichnungen prominenter Freunde und Gegner des Ministers. Als er seine Arbeit abschloß, meinte der Professor, er habe "mindestens eine Million Seiten durchgesehen".
1959 veröffentlichte Blum den ersten Band seines dreiteiligen Werkes "Aus den Morgenthau-Tagebüchern", 1965 folgte ein zweites Buch. Im Februar 1968 wird im Düsseldorfer Droste-Verlag der letzte und für deutsche Leser besonders aufschlußreiche Band erscheinen: die Geschichte des Morgenthau-Plans.
Freilich bleibt auch in der verständnisvollen Darstellung Blums der Morgenthau-Plan eines der niederdrückendsten Dokumente politischer Wahnideen. Gleichwohl differenziert Blum an einer entscheidenden Stelle: Der Plan ging weniger auf das Wirken allmächtiger Deutschenfeinde in Amerika zurück als auf den lässigen Regierungsstil Roosevelts und die Kompetenz-

kabalen Washingtoner Bürokraten. …
Zuweilen brüstete sich der Spötter Roosevelt in Anwesenheit des steifen Außenministers Hull, er verstehe von Deutschland mehr als alle seine Mitarbeiter. Widersprach ihm aber ein Experte, dann gab Roosevelt entwaffnend zu, natürlich kenne er Deutschland nicht gut, denn es sei schon lange Zeit her, daß er das Land gesehen habe.
… Er konnte wütend ausrufen, man müsse alle Deutschen kastrieren, und kurz "darauf Diplomaten warnen, Amerika dürfe nicht den "Fehler von Versailles" wiederholen und etwa eine Spaltung Deutschlands betreiben.
Diese Lässigkeit wurde immer bedenklicher, je mehr sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete. Schon im März 1943 hatte Englands Außenminister Anthony Eden bei einem Besuch in Washington die Frage aufgeworfen, "what to do with Germany" -- der Präsident wußte keine konkrete Antwort.
Als schließlich das Gerücht umging, Sowjetrußland baue sich mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kriegsgefangener deutscher Soldaten und Offiziere eine eigene Armee und Regierung für das Nach-Hitler-Deutschland auf, entwarfen auch amerikanische Behörden Pläne für die deutsche Zukunft.
Im State Department trat eine Studiengruppe zusammen, die vorschlug, Amerika müsse versuchen, noch vor Beendigung der Kampfhandlungen Abkommen mit England und der Sowjet-Union über die gemeinsame Verwaltung eines einheitlichen Deutschlands abzuschließen.
Die NS-Kriegsverbrecher sollten bestraft, der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in Europa zurückgedämmt, eine deutsche Wiederbewaffnung verboten, zugleich aber demokratische Einrichtungen geschaffen und die Struktur des deutschen Einheitsstaates erhalten werden.
Außenminister Hull billigte das maßvolle Programm, sein Stellvertreter und Rivale Sumner Welles aber verschärfte es. Er forderte die Spaltung Deutschlands in drei Staaten.
Roosevelt schloß sich trotz anfänglicher Bedenken dem Teilungsplan an und befahl dem Außenminister Hull, auf der Moskauer Konferenz der alliierten Außenminister im Oktober 1943 die deutsche Spaltung zu empfehlen. Hull wußte jedoch in Moskau die Politik des State Department durchzusetzen, ohne mit den Anweisungen seines Präsidenten in Konflikt zu geraten. …
Als die Instruktionen ausblieben, ließ Eisenhower ohne Rückfrage in Washington eigene Anweisungen formulieren. Sein Planungsstab arbeitete im Sommer 1944 ein "Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" aus, das Besatzungsoffizieren als politischer Leitfaden dienen sollte.
Eisenhower nahm an, Amerika wolle in Deutschland eine maßvolle Politik einschlagen, und entsprechend schrieben die Verfasser des "Handbuches" ihre Art von Deutschland-Politik nieder: Unterscheidung zwischen Nazis und anderen Deutschen, Erhaltung des deutschen Einheitsstaates, wirtschaftliche Selbstversorgung Deutschlands, begrenzter Wiederaufbau.
Kaum aber hatte der General diesen dritten Deutschland-Plan der USA abgezeichnet und zur Genehmigung nach Washington geschickt, da tauchte in seinem Hauptquartier ein amerikanischer Politiker auf, der in allen bisherigen Deutschland-Projekten Verrat und Weichheit witterte. Finanzminister Henry Morgenthau, im August 1944 zu finanzpolitischen Verhandlungen nach England gereist, wollte die Deutschland-Politik entscheidend abändern.
Auf dem Flug nach England hatte er zum erstenmal von dem Deutschland-Plan des State Department gehört, und in Eisenhowers Hauptquartier spielte ihm Oberst Bernard Bernstein, ein ehemaliger Vertrauter Morgenthaus, das Handbuch zu.
Was Morgenthau da las, bestätigte ihm nur das alte Mißtrauen, wieder würden "diese Bestien", wie er zuweilen die Deutschen nannte, in Amerika mitleidige Freunde finden, die es ihnen unbewußt und ungewollt ermöglichen könnten, schon in kurzer Zeit die Welt in einen dritten Krieg zu stürzen. Mit den Deutschen mußte man anders umgehen: ohne Zerstörung der

Industrie kein dauerhafter Friede, ohne Spaltung Deutschlands keine Sicherheit vor den Teutonen, ohne Schwächung des deutschen Volkes keine europäische Harmonie.
Henry Morgenthau machte sich daran, den Präsidenten für diese Konzeption zu gewinnen. Nach Washington zurückgekehrt, hielt er Roosevelt vor, dessen Minister und Botschafter ignorierten die Wünsche des Präsidenten.
Der Vorstoß des Finanzministers hatte im Weißen Haus Erfolg, weil Roosevelt seit Jahren gewohnt war auf die Ratschläge von "Henny-Penny" zu hören. Keiner seiner Minister stand dem Präsidenten näher als der Freund und Gentleman-Farmer Morgenthau, dessen Obstgut am Hudson River bei New York Roosevelts Landsitz Hyde Park benachbart war.
"Wir sind zwei von der gleichen Sorte", schrieb der Präsident auf ein Bild, das er Morgenthaus Ehefrau schenkte. …
Auch in Deutschland-Fragen vertraute Roosevelt dem Rat des Nachbarn, weil er ihn für eine Art Experten hielt. Die Morgenthaus stammten aus Deutschland, Großvater Lazarus hatte in Mannheim Zigarren verkauft, ehe er 1866 nach Amerika auswanderte, Vater Henry noch als Grundstücksspekulant und US-Botschafter in Konstantinopel Mannheimer Stadtstiche aufgehängt.
Derlei romantische Arabesken verschleierten die Abneigung, mit der die Morgenthaus der alten Heimat begegneten. Schon der Botschafter Morgenthau verabscheute die Deutschen und ließ sich von der alliierten Propaganda willig einspannen: Selbst nach 1918 hielt er sich für einen Kronzeugen der vermeintlichen Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg.
Die Deutschfeindlichkeit des Sohnes Henry stammte denn auch aus den Konstantinopler Tagen, da er bei seinem Vater als Privatsekretär diente und vertrauliche Kurierdienste zu Englands Außenminister Sir Edward Grey besorgte. Leidenschaftlich teilte er die Absicht seines Vaters, an Stelle des abwesenden Briten-Botschafters die Stellung Englands in Konstantinopel gegen die deutschen Hunnen zu verteidigen. …
Je mehr aber die Gewaltpolitik Hitlers die düsteren Prophezeiungen extremer Deutschenfeinde wahrmachte, desto eifernder forderte Morgenthau, der deutschen Gefahr mit Brachialmitteln ein Ende zu bereiten. Ende 1943 erreichten Morgenthau die ersten sicheren Nachrichten über die Ausrottung des europäischen Judentums. Von nun an stand sein Entschluß fest: den traditionellen deutschen Staat zu beseitigen.
Roosevelt billigte die Vorstellungen Morgenthaus und ermunterte ihn, einen Plan über die Behandlung Deutschlands auszuarbeiten. Mochten auch die Deutschland-Experten des Außen- und des Kriegsministeriums vor Radikalmitteln warnen -- Morgenthau war nicht mehr zu stoppen. Die Geschichte des Morgenthau-Plans hatte begonnen.<<
Der österreichische Nationalökonom und Politiker Gustav Stolper schrieb später über den Morgenthau-Plan (x114/2.100): >>... Was den Morgenthau-Plan zu einem verblüffenden Dokument macht, liegt nicht daran, daß er grausam gegen die Deutschen ist … oder daß er undurchführbar, weil im Widerspruch mit den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen ist – sondern, daß solch eine Auffassung über die Dynamik des Wirtschaftslebens von einem Mann vertreten werden konnte, der 12 Jahre lang als Staatssekretär der Vereinigten Staaten gedient hatte.
Das dieses freie Land, das in seiner ganzen Geschichte Wunder der Produktion vollbracht hat, um dann im Kriege alle früheren Leistungen in der atemberaubenden Steigerung seiner Produktivität zu übertreffen, von einem seiner obersten Beamten einen "Friedens-Plan" vorgelegt bekommen konnte, der über das zweitgrößte Industriezentrum der Welt eine durchgreifende Zerstörung verhängte – das ist eine intellektuelle Erfahrung, die zu begreifen den künftigen Historikern Mühe machen wird.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Morgenthau-Plan" (x051/390-391): >>Morgenthau-Plan, Programm der USA für ihre Politik gegenüber dem besiegten Deutschland nach

Kriegsende, benannt nach dem US-Finanzminister Morgenthau jr., in dessen Auftrag der Plan im August 44 verfaßt wurde.
Der aus 14 Punkten bestehende Plan sah vor: völlige Entmilitarisierung Deutschlands; Demontage seiner Industrie, Verteilung seiner industriellen Anlagen als Reparationen an die Alliierten, Stilllegung der Bergwerke - damit faktische Umwandlung des Landes in einen Agrarstaat, Enteignung des Großgrundbesitzes, Einziehung des deutschen Auslandsvermögens und Kontrolle der deutschen Wirtschaft für mindestens 20 Jahre; Abtretung Ostpreußens, Oberschlesiens, des Saarlands - bis Mosel und Rhein, Internationalisierung des Ruhrgebietes, Westfalens, des Rheinlands, der Nordseeküste und des Nord-Ostsee-Kanals, Aufteilung des restlichen Deutschlands in zwei autonome Staaten und Verbindung des süddeutschen Staates mit Österreich in einer Zollunion; Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher; Reorganisation des deutschen Bildungswesens und Umerziehung der deutschen Bevölkerung.
Der Morgenthau-Plan, gedacht zur Korrektur der von Morgenthau als zu gemäßigt eingeschätzten Planungen des US-Außenministeriums und der Europäischen Beratenden Kommission, wurde Anfang September 44 dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt vorgelegt und von diesem und dem britischen Premier Churchill auf der Konferenz von Quebec am 15.9.44 in modifizierter Fassung paraphiert; doch zog Roosevelt, nach heftiger Kritik durch Außenminister Hull, Verteidigungsminister Stimson und in der amerikanischen Öffentlichkeit, seine Unterschrift schon Ende September 44 wieder zurück und distanzierte sich auch öffentlich von ihm. …<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Verwirklichung von Teilen des "Morgenthau-Plans" (x028/152-153): >>... Und wenn auch manche der schlimmsten Punkte des "Morgenthau-Plans" beiseite geschoben wurden, war die Potsdamer Regelung teilweise sogar noch härter.
So war Morgenthau davon ausgegangen, daß Polen, "den Teil Ostpreußens, der nicht an die UdSSR geht, und den südlichen Teil Schlesiens" erhalten solle; es war keine Rede davon, Polen - nicht einmal zur "provisorischen Verwaltung" – irgendeinen Teil der Provinzen Pommern und Brandenburg oder den nördlichen Teil Schlesiens zu überlassen. Die Flüsse Oder und Neiße wurden in dem Plan niemals als Westgrenzen Polens genannt.
Doch trotz solcher einzelner Abweichungen hatten Morgenthau-Plan und Potsdamer Protokoll einen entscheidenden gemeinsamen Hintergrund: Im Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen stand die paradoxe Politik, aus Deutschland ein Agrarland zu machen, während man ihm zu gleicher Zeit seine wertvollsten Agrargebiete raubte und die Einheimischen in den übervollen Rumpf verbannte, der nach den Niederlanden und Belgien die größte Bevölkerungsdichte in Europa aufwies.
Selbst das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, das um fast 60 Prozent größer als der Torso von 1945 war, hatte sich nur zu 80 Prozent mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst versorgen können. 1922, nach dem Verlust von mehr als 3 Millionen Hektar Agrarland - Posen, der Korridor, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und ein Teil Oberschlesiens - durch den Versailler Vertrag, waren es nur noch 75 Prozent des Bedarfs, den Deutschland selbst erzeugen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte einen weiteren Verlust von reichlich 4,3 Millionen Hektar Ackerland, so daß Deutschland nur noch 61 Prozent seines Nahrungsbedarfs produzieren konnte.
Wie also sollte es jemals zu einem Agrarstaat werden, den sowohl der Morgenthau-Plan wie auch Punkt 13 von Artikel III des Potsdamer Protokolls anvisierten? Jedem Amateur – Nationalökonom mußte es einleuchten, daß Restdeutschland sich nicht selbst ernähren, geschweige denn Nahrungsmittel exportieren konnte. Andererseits mußte natürlich exportiert werden, damit ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung eingekauft werden konnte. Aber was konnte Deutschland exportieren?

Ähnlich wie in Großbritannien war Kohle der einzige Bodenschatz von Bedeutung, hatte bisher aber den eigenen Bedarf gedeckt; selbst wenn ein Überschuß an Kohle ausgeführt werden konnte, hätte es nicht die notwendige Einfuhr aufwiegen können.
Mitteleuropas Wirtschaftssituation brachte es mit sich, daß Deutschland nur als industrieller Produzent überleben, sonst aber verhungern mußte. Die Alliierten selbst hatten, als sie ihm ein Viertel des kultivierten Bodens entrissen, unabsichtlich eine Lage geschaffen, in der Deutschlands Existenz noch stärker als vor dem Krieg von der Industrialisierung abhing. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den "Morgenthau-Plan" (x283/233): >>Sehr weit im Sinne eines harten Friedens ging der Morgenthau-Plan. Der Autor Henry Morgenthau, Finanzexperte und Großagrarier, war ... Nachbar und Freund von Roosevelt, wurde 1934 Finanzminister und gilt als Philanthrop und Gründer der Weltbank.
Sein Vorschlag auf der Konferenz von Quebec im September 1944 lautete, Deutschland, von wo sein Vater 1865 ausgewandert war, zu entmilitarisieren und zu verkleinern, im Osten wie dann geschehen, im Westen durch Abtretung des Saargebiets an Frankreich und Ostfrieslands bis zur Weser an die Niederlande. Deutschland sei sodann aufzulösen in einen protestantischen Nord- und einen katholischen Südstaat. Die Bevölkerung könne von der Landwirtschaft leben, da die Städte ohnehin in Trümmern lagen. Das Ruhrgebiet sollte internationalisiert werden, die Fabriken, Versorgungs- und Industrieanlagen andernorts seien abzubauen. Kein Deutscher sollte ein Flugzeug führen dürfen.
Das Memorandum wurde am 15. September 1944 von Roosevelt und Churchill unterzeichnet. Es wurde in Deutschland bekannt und bot der Kriegspropaganda von Goebbels ein Argument, die letzten Reserven zu mobilisieren, damit Deutschland nicht "in die Steinzeit zurückversetzt werde". Diese Befürchtung war übertrieben, denn eisernes Werkzeug sollte statthaft bleiben, zum Beispiel Hammer und Sichel. ...<<
US-Finanzminister Morgenthau erklärte am 4. September 1944 während eines Gespräches mit US-Kriegsminister Stimson (x025/126,237): >>... Ich bin dafür, erst zu zerstören, und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen. ...
Ich konnte mit dem Präsidenten ruhig und ungestört sprechen, und ihm gefiel mein Vorschlag, auch Mrs. Roosevelt, die früher eine große Pazifistin war. Es macht ihr überhaupt keine Sorge. ...<<
>>... Wenn man 1 Million Griechen und Türken verschieben kann, kann man auch 20 Millionen Deutsche verschieben.<<
Morgenthau schrieb am 10. September 1944 an den nordamerikanischen Präsidenten (x025/-120): >>Seit 1864 hat Deutschland 5 Angriffskriege gegen fremde Staaten geführt, von denen immer größere Verwüstungen in immer größeren Gebieten als der vorhergehende verursacht hat. ...
Das Nazi-Regime ist nicht ein wilder Trieb einer ansonsten gesunden Gesellschaft, sondern ein organisch gewachsenes Produkt der deutschen politischen Entwicklung. Auch schon ehe das Nazi-Reich die Macht ergriff, hatte das deutsche Volk eine Anfälligkeit ohnegleichen gegenüber der Verführungskunst einer militärischen Clique an den Tag gelegt. ...<<
Im 19. Jahrhundert ereigneten sich tatsächlich viele kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege, Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen), aber die späteren Alliierten waren damals wesentlich "kriegerischer" als die Deutschen bzw. Preußen.
Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright und Pitirim A. Sorokin prüften später die Kriegsbeteiligung - ohne Ersten und Zweiten Weltkrieg - der wichtigsten Staaten. Sie kamen schließlich übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Preußen und das Deutsche Reich unter den Großmächten der Neuzeit im 19. Jahrhundert zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Kriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135). Das Deutsche Reich sollte danach in Besatzungszonen aufgeteilt und vollständig besetzt werden - Ostpreußen gehörte bereits zur sowjetischen Besatzungszone. Die Verbündeten konnten sich verhältnismäßig schnell einigen. Nur die Ausarbeitung der Kapitulationsurkunde bereitete große Probleme, so daß sich die Nordamerikaner und Briten monatelang wegen des Textes stritten. Die Sowjets beteiligten sich damals nicht an diesen unsinnigen Streitereien (x052/31).
US-Außenminister Hull schrieb am 29. September 1944 in einem Memorandum für den nordamerikanischen Präsidenten (x028/231): >>... Es ist von höchster Bedeutung, daß der Lebensstandard der Deutschen in den ersten Jahren ihnen klarmacht, daß sie den Krieg verloren haben.<<
Am 14. November 1944 beschlossen die Alliierten in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen wurden auch die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart. Durch dieses Abkommen wurde nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.
Der US-Diplomat John Hickerson begründete damals in einer Studie die US-Europapolitik wie folgt (x058/388): >>... Ich würde es begrüßen, wenn wir zum geeigneten Zeitpunkt zustimmen würden, die Abtretung des Teiles Ostpreußen an die Sowjetunion, worauf dieses Land besteht, zu akzeptieren. Ebenso würde ich die Zustimmung unsererseits begrüßen, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Curzon-Linie als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion anzuerkennen und eine solche Anerkennung öffentlich bekanntzugeben. Die Anerkennung der Rückgabe Bessarabiens an die Sowjetunion sollte für uns keine Schwierigkeiten darstellen.
Wir müssen die Unterstützung der Sowjetunion zur Vernichtung Deutschlands haben. Wir brauchen die Sowjetunion nötig im Krieg gegen Japan, wenn der Krieg in Europa vorüber ist. Die Wichtigkeit dieser beiden Dinge kann ermessen werden, wenn man bedenkt, wie viele amerikanische Menschenleben davon betroffen werden. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen, um den Frieden zu organisieren.
Gewisse Dinge im Zusammenhang mit den vorerwähnten Vorschlägen sind mir persönlich zuwider, aber ich bin bereit, ihre Annahme nahezulegen, um die Mitarbeit der Sowjetunion beim Gewinnen des Krieges und der Organisation des Friedens zu erlangen. Vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen gibt es gute Argumente für alle diese Vorschläge.
Ich bin bereit, die Argumente der Sowjets zu unterstützen und zu befürworten, falls dadurch beim Gewinnen des Krieges amerikanische Menschenleben geschont werden und das übrige Europa vor der "Dschungeldiplomatie", die sonst ziemlich sicher folgen wird, gerettet wird. ...<<
Die Briten machten aus ihrer Abneigung gegenüber den "Germans" oder "butcher-birds" keinen Hehl. Der britische Gewerkschaftskongreß verkündete z.B. im Jahre 1944 mit einer 5:1 Mehrheit die Schuld des gesamten deutschen Volkes (x025/121).
Lord Robert G. Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, betonte damals besonders die traditionelle Grausamkeit der deutschen Barbaren (x025/121): >>... Sie töteten und verbrannten alles, was sie sahen, ebenso wie sie heute Kühe mit Maschinengewehren erschießen, wenn sie keine Kinder finden können. - Während sich alle anderen Völker im Lauf der Jahrhunderte zu höheren Kulturstufen aufgeschwungen hätten, seien die Deutschen in tiefster Seele Wilde geblieben. - ... Dies sei bei weitem die größte Tragödie der Welt.<<
Am 23. Januar 1945 erläuterte Winston Churchill vor dem britischen Unterhaus die Bedeutung der "Bedingungslosen Kapitulation" (x115/56): >>Ich möchte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, nichts darf uns dazu veranlassen, von dem Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation abzugehen. Nichts darf uns dazu veranlassen, in irgendeiner Form oder unter

irgendeinem Vorwand in Verhandlungen mit Deutschland oder Japan einzutreten, bevor die Gegner ihre bedingungslose Kapitulation erklärt haben.
Aber der Präsident der Vereinigten Staaten und ich selbst haben wiederholt festgestellt: Die Erzwingung bedingungsloser Kapitulation befreit die Siegermächte in keiner Weise von ihren Verpflichtungen gegenüber der Menschheit oder von ihren Pflichten als zivilisierte und christliche Völker.
Wir rufen unseren Feinden jetzt zu: Wir fordern bedingungslose Kapitulation, aber ihr wißt, daß unsere Handlungsweise begrenzt ist durch unabänderliche moralische Gesetze. Wir sind nicht Leute, die Nationen ausrotten oder Völker hinschlachten. Wir lassen uns nichts abhandeln. Ihr habt keine Ansprüche zu erheben. Ihr müßt bedingungslos jeden Widerstand einstellen. Unsere Sitten und unsere Wesensart werden unsere Handlungsweise bestimmen.
Wenn ihr jetzt kapituliert, wird die Nachkriegszeit für euch bei weitem nicht so schwer sein wie ein volles Kriegsjahr 1945. Der Friede wird auf der Grundlage bedingungsloser Kapitulation erfolgen. Aber sie wird auch Deutschland und Japan ungeheure sofortige Erleichterung der Leiden und Qualen bringen, die ihnen sonst bevorstehen.
Wir Alliierten sind keine Ungeheuer - wir sind ehrenhafte Menschen, wir wollen Fackelträger der Zukunft sein. Unser Streben geht dahin, aus dem blutigen Chaos, in das die Menschheit nun selbst gestürzt ist, eine neue Welt entstehen zu sehen, eine Welt des Friedens, der Freiheit, des Rechts, der Gerechtigkeit - ein System, das der ganzen Welt dauernde, unbedrohte Sicherheit schenken soll.
Mehrere Länder haben bereits den siegreichen Alliierten gegenüber bedingungslos kapituliert, und für diese Völker wurde schon jetzt ein erträglicher Lebensstandard geschaffen. Ein Beispiel ist Finnland, ein anderes Italien. Die Völker dieser Länder werden nicht hingemordet oder zur Zwangsarbeit verschleppt. ...<<
Prof. Tarle schrieb am 8. Februar 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/163-164): >>... Aber die große Rolle des Sowjetvolkes ist nicht damit beendet, daß es die Menschheit von dem tödlichen deutschen Alpdruck befreit. Die vorübergehend in den Untergrund abgedrängte Fünfte Kolonne lebt noch in der Welt. Nazis und Halbnazis existieren noch immer und bereiten sich darauf vor, die Arbeit, die sie in Europa und darüber hinaus so lange und erfolgreich betrieben, wiederaufzunehmen.
Die europäischen - und nicht nur europäischen – Demokratien sehen sich in den kommenden Jahren einem sehr, sehr außergewöhnlichen Kampf gegenüber, denn der Faschismus hat nicht die geringste Absicht abzutreten. ...
Hier trifft er jedoch wieder auf dasselbe unüberwindliche Hindernis: die Sowjetunion, das Sowjetvolk. Der Sieg der Sowjetunion in dem Großen Vaterländischen Krieg schafft eine feste Basis für den Triumph der Weltdemokratie. Das unsterbliche Verdienst von Stalins Strategie und der Kämpfer der Roten Armee besteht darin, daß sie die Zivilisation der Welt gerettet haben.
Diejenigen, die begreifen, daß der Kampf für Freiheit und Demokratie selbst nach der Niederlage der Hitlerischen Kriegsmaschine fortgesetzt werden muß bis zur vollständigen moralischen und politischen Niederlage des Faschismus, sehen mit tiefem Vertrauen auf die UdSSR.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Expansionspläne (x046/164-165 >>... Deutlicher brauchten die Expansionsabsichten Stalins kaum noch ausgesprochen zu werden. Hier war eine Fortsetzung der Aggressionen gemeint, die mit dem Pakt mit Hitler am 23. August 1939 begonnen hatten und jetzt zum dritten Male eine andere Gestalt erhielten. ...
In Wirklichkeit freilich hatte die Sowjetpropaganda bereits im Frühjahr 1945 begonnen, über die von der Roten Armee okkupierten Territorien hinauszuwirken. Kaum jemand hatte dies

deutlicher erkannt als Winston Churchill, der in seiner berühmten Rede in Fulton im März 1946 warnend darauf hinwies, daß "fern von Rußland die Fünfte Kolonne des Kommunismus am Werke ist", die eine 'wachsende Bedrohung' für den Frieden und die gesamte 'christliche Zivilisation' darstellt.<<

Konferenz von Jalta

Am 4. Februar 1945 begannen Churchill, Roosevelt und Stalin die "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim.

Zu der nordamerikanischen Delegation, die an der Konferenz in Jalta teilnahm, gehörten damals 2 todgeweihte Männer, die den anstrengenden Verhandlungen nicht mehr gewachsen waren. US-Präsident Roosevelt, der schon seit über 20 Jahren an Kinderlähmung litt, war bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet. Der sterbenskranke Präsident stand offensichtlich unter starken Drogen und Schmerzmitteln, denn er reagierte im Verlauf der Konferenz phasenweise völlig apathisch oder überaus euphorisch. Roosevelts persönlicher Berater Harry Hopkins, ein überzeugter Stalin-Anhänger, war ebenfalls todkrank. Hopkins litt seit 6 Jahren an einer unheilbaren Krebserkrankung und wurde auf einer Tragbahre zu den Besprechungen gebracht.

Am 6. Februar 1945 ließ Stalin erstmalig die Maske des charmanten, freundlichen Gastgebers fallen, als er lautstark und energisch die Anerkennung der polnischen kommunistischen Exilregierung forderte. Churchill lehnte Stalins Forderung jedoch entschieden ab, so daß man die Verhandlungen vorzeitig abbrechen mußte. Nach dem Abbruch bekam der britische Regierungschef einen seiner gefürchteten Tobsuchts- und Wutanfälle. Der britische Premierminister Churchill war eigentlich ein brillanter Redner und besonnener, kühler Politiker, aber gegenüber Stalin wirkte er entweder eigenartig gehemmt oder ungewöhnlich leichtfertig. Churchill, der Stalins Pläne allmählich durchschaute, ahnte, daß die Sowjets nirgends demokratische Verhältnisse dulden würden.

Am 7. Februar 1945 erklärte Churchill, daß die polnischen Westgrenze östlich der Oder entlang verlaufen sollte und die neuen polnischen Gebiete "deutschfrei" sein müßten. Churchill meinte, daß man die von Polen gewünschten Gebiete östlich der Oder-Linie akzeptieren könnte.

Stalin forderte daraufhin sofort die Görlitzer Neiße - Niederschlesien mit Breslau, westlich der Oder - als polnische Westgrenze. Der sowjetische Außenminister Molotow verlangte danach, daß Polen außerdem die Hafenstadt Stettin - westlich der Oder - benötigen würde. Diese sowjetischen Forderungen waren für Churchill jedoch unannehmbar und wurden strikt abgelehnt.

Churchill erklärte am 7. Februar 1945 zur "Aussiedlung" der Ostdeutschen, daß 6 Millionen Vertriebene vielleicht gehandhabt werden könnten, aber alles was darüber hinausgehen würde, wäre nicht zu bewältigen (x020/59).

Churchill bemerkte später zu den Gebietsforderungen (x028/73): >>... Es wäre ... höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans dermaßen mit deutschem Futter mäste, daß sie an Verdauungsbeschwerden eingehe ...<<

Stalin erklärte am 7. Februar 1945, daß die meisten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie vor der Roten Armee davongelaufen seien (x039/228).

US-Präsident Roosevelt beteiligte sich fast gar nicht an den Grenzdiskussionen. Er bestätigte nur, daß Polen auf Kosten des Deutschen Reiches entschädigt werden müßte, lehnte die polnische Grenzverlagerung bis zur Görlitzer Neiße jedoch ebenfalls ab. Für die anstehenden Vertreibungen der Ostdeutschen hatte der todkranke nordamerikanische Präsident kein einziges Wort übrig, denn dieses "nebensächliche Thema" interessierte ihn offensichtlich nicht.

Für Stalin war die polnische Grenzfrage längst entschieden. Stalin erklärte z.B., daß es bei den

"Umsiedlungen" der Deutschen keine großen Probleme geben würde, denn in den fraglichen Gebieten würden sich ohnehin keine Deutschen mehr aufhalten, da die meisten Deutschen bereits vor der Roten Armee in den Westen geflohen seien (x028/103). Die Organisation bzw. Durchführung der gigantischen Massenaustreibungen und die bereits beschlossene Vertreibung von über 3,0 Millionen Sudetendeutschen wurden nicht erwähnt.
Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:
1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.
2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt - x001/79E).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" - jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.
Stalin verpflichtete sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.
Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte. Durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie schafften die Westmächte damals bereits frühzeitig einen verhängnisvollen Zustand der Rechtsunsicherheit.
Die "Krim-Konferenz" endete sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sicherte man allen Völkern die "freie Wahl" der Regierungsform zu.
In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 hieß es (x114/2.123): >>... Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören. ...
Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<
Roosevelt verabschiedete sich in Jalta mit den Worten: "Auf Wiedersehen in Berlin"!
Der Tod vereitelte aber weitere Treffen mit Stalin.
Bevor der nordamerikanische Präsident am 12. April 1945 starb, soll er bitter enttäuscht erklärt haben, daß sein "Freund" Stalin die Westmächte während der Jalta-Konferenz listig und heimtückisch "über den Tisch" gezogen hätte.
Stalin war nach der Jalta-Konferenz davon überzeugt, daß die westlichen Verbündeten auch zukünftig keine ernsthaften Probleme bereiten würden. Da die Nordamerikaner und Briten die völkerrechtswidrigen Deportations- und Vertreibungspläne der Sowjets, Polen und Tschechen hinlänglich kannten, wurde Stalin durch die gleichgültige bzw. leichtfertige Zustimmung der Anglo-Amerikaner wahrscheinlich sogar noch indirekt ermuntert, die jahrhundertelange "deutsche Ostsiedlung" endgültig und radikal zu erledigen.
Der sowjetische Diktator war fest entschlossen, diese einmalige Gelegenheit unbedingt zu nutzen, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Im Verlauf der "sowjetischen Befreiungsmission" leistete das zügellose Millionenheer der Roten Armee in den deutschen Siedlungsgebieten "gründliche Vorarbeiten". Nach der Jalta-Konferenz setzte Stalin außerdem die kommunistische Machtergreifung in Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und in Jugoslawien durch.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Konferenz von Jalta (x068/252-255): >>... Nach Teheran war Stalin zu einem weiteren Treffen mit Roosevelt und Churchill außerhalb Rußlands um keinen Preis zu bewegen. Roosevelt, bereits todkrank, fuhr zu ihm, und in Jalta, an der russischen Küste des Schwarzen Meeres, faßten "Die Großen Drei " zwischen dem 4. und 11. Februar 1945 weitere Beschlüsse, die die Welt nur weiter ins Unglück stürzten.
Die drei Staatsmänner wiederholten die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation. Sie überwiesen das sowjetische Begehren nach deutschen Reparationen in Höhe von 20 Milliarden Dollar an eine Reparationskommission. Sie beschlossen die Einführung von Zwangsarbeit, den Bruch des Versprechens auf das Selbstbestimmungsrecht, die Vertreibung von Millionen von Menschen von Haus und Hof.
In sieben von acht Plenarsitzungen sprach man über Polen, ja, nach Churchill war Polen "der dringlichste Grund" für das Gipfeltreffen in Jalta gewesen. Nach der "Vereinbarung" sollte Polens Ostgrenze künftig die sogenannte Curzon-Linie bilden, dafür Polen im Westen großzügig durch deutsche Gebiete entschädigt werden. Das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" wurde rigoros mißachtet.
Auf der einen Seite sollten elf Millionen Menschen, die im Vorkriegspolen östlich der Curzon-Linie wohnten, einfach unter sowjetische Herrschaft kommen. Auf der anderen Seite sollten zehn Millionen Deutsche auf die Straße gesetzt und vertrieben werden, aus Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien; seit dem Hoch-, dem Spätmittelalter, seit mehr als einem halben Jahrtausend deutsche Gebiete. "Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß Königsberg und Breslau fast ebenso lange deutsch gewesen sind wie London englisch" …
Churchill konnte in Jalta nicht einmal eine Aufnahme der Exilpolen in die Lubliner, später Warschauer Regierung erreichen. Stalin blieb hart und bedankte sich für die generösen anglo-amerikanischen Präsente auf Kosten anderer durch einen längeren Trinkspruch - "Ich bin ein alter Mann, darum rede ich so viel" - bei einem Diner am 8. Februar, … indem er seine angelsächsischen Partner spitzfindig verhöhnte. "Als einfacher, ungekünstelter Mensch denke ich", sagte er, "es ist das beste, meinen Verbündeten nicht zu betrügen, auch wenn er ein Tor ist". Roosevelt gestand darauf Stalin gerührt, der Premierminister und er - "wir haben untereinander einen Kosenamen für Sie, und das ist Uncle Joe".
Roosevelt und Stalin schlossen in Jalta auch ein Geheimabkommen. Darin sagte die Sowjetunion zu, Japan nach Niederwerfung Deutschlands den Krieg zu erklären. Dafür sollte die mongolische Volksrepublik erhalten bleiben, sollten die "früheren Rechte Rußlands, die durch den tückischen Angriff Japans im Jahre 1904 verletzt worden waren, wiederhergestellt werden ..."
In Wirklichkeit aber hatte das zaristische Rußland diese vermeintlichen "Rechte" durch einen Angriff auf China erworben, wurde somit weniger Japan als China gestraft. Weiter sollte die Sowjetunion Süd-Sachalin, Port Arthur, die Kurileninseln - die nie russisch waren - bekommen, sollten die ostchinesischen und südmandschurischen Eisenbahnen einer sowjetisch-chinesischen Gesellschaft unterstellt werden.
Von diesem Geheimvertrag erfuhren selbst die meisten amerikanischen Konferenzteilnehmer nichts. Er wurde auch dem amerikanischen Volk verschwiegen. Denn dieser Vertrag, der eine Verletzung der Atlantik-Charta war, der ohne Wissen Chinas abgeschlossen wurde und darauf hinauslief, den Schlüssel zu China, ja, zu einem großen Teil des Fernen Ostens, nämlich die Mandschurei, unter sowjetische Kontrolle zu bringen, war selbst in der an Vertragsbrüchen überreichen US-Geschichte beinahe beispiellos.
William Bullitt, einst US-Botschafter in Moskau, urteilt: "Präsident Roosevelt brach sein der chinesischen Regierung in Kairo gegebenes Versprechen und unterschrieb - insgeheim hinter dem Rücken der Chinesen - ... ein Abkommen, durch das die lebenswichtigen Rechte Chinas

in der Mandschurei dem sowjetischen Imperialismus geopfert wurden ... Angesichts Roosevelts in Kairo gegebenem Versprechen ... war dieses Geheimabkommen durchaus unehrenhaft."
Der Amerikaner Crocker schreibt: "Sicherlich gehörte diese Abmachung zu den schimpflichsten Beispielen internationaler Treulosigkeit in der Geschichte. Sie stellt den Plan auf gleiche Stufe mit einem Raubüberfall mit vorgehaltener Pistole". Der Vergleich hinkt, wie alle Vergleiche, die gewisse Staatsmänner nur mit Gaunern vergleichen ...
… Sir Winston Churchill versuchte sich später zu distanzieren, windig herauszureden. Es sei "eine amerikanische Angelegenheit" gewesen, "wir wurden nicht um Rat gefragt, sondern lediglich um unsere Zustimmung gebeten." Aber er stimmte eben zu. Der Edelmann unterschrieb im Namen Großbritanniens diesen Starbanditenstreich. Auch steht in dem Geheimabkommen der von Stalin unerbittlich durchgesetzte Satz: "Die Regierungschefs der drei Großmächte sind übereingekommen, daß diese Forderungen der Sowjetunion nach der Niederwerfung Japans unter allen Umständen erfüllt werden sollen."
Die Spitzengarnitur saß mit ihren Stäben um einen runden Tisch vereint, und gleich hinter dem Präsidenten saß der US-Diplomat Alger Hiss, der dann als kommunistischer Spion entlarvt und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde.
Er schob während der Konferenz dem Präsidenten wiederholt Zettelchen zu, erhielt auch von ihm welche und beeidete später vor einem Kongreß-Ausschuß: "Es ist eine zutreffende und nicht unbescheidene Behauptung, wenn ich sage, daß ich bis zu einem gewissen Grade das Jaltaer Abkommen formulieren half".
Als das US-Außenministerium die Jalta-Akten im März 1955 endlich freigab, waren sie bereits "gesäubert", gesäubert nämlich von etlichem Dreck, der zwar die Welt weiter verunstaltete, aber nun nicht mehr das Papier. Der Amerikaner George N. Crocker berichtet: "Zwei Historiker des State Department, die an der Zusammenstellung arbeiteten, haben durchblicken lassen, daß man sie unter Druck gesetzt habe, die Protokolle zu "verniedlichen" und gewisse belastende Einzelheiten herauszustreichen, um die Regierung Roosevelt abzuschirmen." Der Saubermann Churchill war gegen die Veröffentlichung der Akten überhaupt.
Roosevelt, in Jalta schon todkrank, nur noch ein Schatten seiner selbst, starb zwei Monate später, am 12. April 1945, in Warm Springs, Georgia, an einem Gehirnschlag. "Mein Führer", sagte Goebbels ekstatisch zu Hitler, "ich beglückwünsche Sie. Roosevelt ist tot."
Am 28. April wurde Mussolini von kommunistischen Partisanen auf der Flucht in die Schweiz geschnappt, erschossen und an den Beinen aufgeknüpft.
Am 30. April beendete auch Hitler im Bunker unter der Reichskanzlei sein welthistorisches, von den Vereinigten Staaten so reichlich finanziertes Banditenleben - und Roosevelts Nachfolger tätigte wenige Monate später in Japan Verbrechen von einer Art, von der selbst ein Hitler nur träumen konnte ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die Konferenz von Jalta (x028/72,76): >>Heute weiß jeder politische Amateur, daß Stalin das Spiel der Machtpolitik viel besser beherrschte als die Leiter der westlichen Demokratien, die sich in den Jahren der Zusammenarbeit niemals vorstellten, in welchem Ausmaß viele ihrer Kriegsziele unerfüllt bleiben würden.
Vor allem da, wo es um Polens Grenzen und seine Zukunft als freies Land ging, wurde reichlich viel Vertrauen an Stalin verschwendet. So war und blieb es Präsident Roosevelts ständige Taktik, z.B. klare Entscheidungen über Grenzziehungen auf die Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten hinauszuschieben.
Weil man es versäumte, Stalins Ehrgeiz rechtzeitig Einhalt zu gebieten, kam es zur Versetzung der sowjetisch-polnischen Grenze nach Westen und schließlich zur Diskussion über die neue polnisch-deutsche Grenze. Da man von Stalin nie eine bindende Verpflichtung verlangte,

blieb ihm natürlich freie Hand, der von den Sowjets beherrschten polnischen Regierung einen viel größeren Bissen Deutschlands zu überlassen, als die Amerikaner und die Briten je bewilligen wollten. ...<<
>>... Die Weigerung, eine verbindliche Entscheidung über Polens Westgrenze zu treffen, war ein etwas kläglicher Versuch der westlichen Alliierten, ihre Verhandlungsposition gegenüber den Russen zu behaupten. ...<<
Goebbels berichtete am 25. Februar 1945 in der NS-Zeitung "Das Reich" über die Verhandlungsergebnisse bzw. Folgen der Jalta-Konferenz (x043/98): >>Die 3 feindlichen Kriegsführer haben, wie jetzt aus amerikanischen Quellen bekannt wird, auf ihrer Konferenz in Jalta auf Antrag Roosevelts beschlossen, zur Sicherung des gegen das deutsche Volk festgelegten Vernichtungs- und Ausrottungsprogramms ganz Deutschland bis zum Jahre 2000 besetzt zu halten.
Im Jahre 2000 wird Europa ein einiger Kontinent sein. Aber Deutschland wird dann nach dem Willen der Jalta-Konferenz noch immer militärisch besetzt sein und sein Volk von den Engländern und Amerikanern zur Demokratie erzogen werden. ...
Wenn das deutsche Volk die Waffen niederlegte, würden die Sowjets, auch nach den Abmachungen zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin, ganz Ost- und Südosteuropa zuzüglich des größten Teils des Deutschen Reiches besetzen. Vor diesem, einschließlich der Sowjetunion, riesigen Territorium würde sich sofort ein "eiserner Vorhang" heruntersenken, hinter dem dann die Massenabschlachtung der Völker begänne.
Die erste Amtshandlung eines neuen USA-Präsidenten bestände wahrscheinlich darin, die amerikanischen Truppen aus dem brodelnden Hexenkessel Europa herauszuziehen. ...<<
US-Präsident Roosevelt berichtete am 1. März 1945 in Washington über die Jalta-Konferenz (x028/76): >>... Im Laufe der Geschichte bildete Polen den Korridor, durch den die Angriffe auf Rußland erfolgten. Zweimal in dieser Generation hat Deutschland durch diesen Korridor gegen Rußland losgeschlagen. Damit sich das nicht wiederholt und um die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zu erhalten, ist ein starkes, unabhängiges Polen notwendig.
Die Entscheidungen im Hinblick auf Polen waren durchaus ein Kompromiß, ... der die Polen im Norden und Westen für das Land entschädigen soll, das sie im Osten durch die Curzon-Linie verlieren. Bei der endgültigen Friedenskonferenz soll der Grenzverlauf für die Dauer festgelegt werden. Im großen und ganzen wird das neue, starke Polen einen bedeutenden Anteil des jetzt als Deutschland bezeichneten Gebietes erhalten. ...
Ich bin überzeugt, daß diese Übereinkunft über Polen unter diesen Umständen die denkbar hoffnungsvollste Vereinbarung für einen freien, unabhängigen und blühenden polnischen Staat ist.<<
General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde (x025/126, x063/613): >>... Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Naziwiderstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entrinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. ...<<
>>... (Sie werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen
a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder
b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<
US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenze Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche

Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...
Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...
(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<
Schlußbemerkungen: Der US-Diplomat William C. Bullit, bis 1941 US-Botschafter in Frankreich, erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<
Nach dem deutsch-polnischen Krieg unterstützte Nordamerika etwa seit Oktober/November 1939 die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.

Der Luftkrieg (1940-1945)
Beginn des Luftkrieges
Nach einem britischen Luftangriff gegen Heide in Holstein gab das Oberkommando der Wehrmacht am 25. April 1940 bekannt (x172/195): >>... Der Feind hat einen Luftkrieg gegen unverteidigte Ziele eröffnet.<<
Die britische Regierung beschloß am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/29).
Der britische Luftwaffenexperte James Spaight schrieb später über die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" (x172/201-202): >>... Das Bomber Command zog am 11. Mai 1940 in den Krieg. Bis dahin hatte es nur Krieg gespielt. Nun begannen wir, Ziele im deutschen Kernland zu bombardieren, bevor die Deutschen es in England taten.<<
Infolge ungünstiger Nachrichtenverbindungen wurde Rotterdam am 14. Mai 1940 trotz Friedensverhandlungen irrtümlich von 57 deutschen Bombern bombardiert - 43 Flugzeuge brachen den Luftangriff noch rechtzeitig ab. Der deutsche Luftangriff gegen die militärisch verteidigte Stadt Rotterdam, der über 900 Tote forderte, wurde während der deutsch-niederländischen Kapitulationsverhandlungen zwar gestoppt, konnte jedoch infolge unglücklicher Umstände nicht mehr verhindert werden (x040/29). Der Luftangriff gegen Rotterdam war ungeachtet der widrigen Umstände eine Handlung der militärischen Offensive, denn während des Angriffes der Luftwaffe belagerten deutsche Truppen die Stadt.
Am 16. Mai 1940 griffen 99 britische Bomber Öllager und Bahnstrecken im Ruhrgebiet an.
Das "Deutsche Nachrichtenbüro" berichtete am 19. Mai 1940 (x033/83): >>Seit dem 10. Mai haben feindliche Bombenflugzeuge deutsches Reichsgebiet vielfach in tiefen Einflügen in zahlreichen Fällen mit Brand- und Sprengbomben teilweise schwersten Kalibers beworfen. Die Abwürfe erfolgten offensichtlich völlig wahllos. Zum Beispiel erfolgte ein Luftangriff mit Abwurf von Brandbomben auf das Kloster Marienberg bei Boppard, das als Mädchenpensionat benutzt wird. In Emmerich wurde das Krankenhaus von Bomben getroffen.<<
Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 8. Juli 1940 in einer Denkschrift an den britischen Minister für Flugzeugproduktion, daß man zukünftig vor allem mehr Bomber benötigen würde (x172/235): >>... Es gibt nur eins, um ihn ... auszuschalten, und zwar ein absolut verheerender, vernichtender Schlag durch schwere Bomber aus diesem Land gegen die Heimat der Nazis. ...<<
Der 1. deutsche Luftangriff gegen Großbritannien erfolgte am 10. Juli 1940. Stärkere Luftflot-

ten bombardierten militärische Ziele in Süd-England (x040/38-39).

Luftkrieg gegen England

Hitler befahl am 1. August 1940 mit der "Weisung Nr. 17" den verschärften See- und Luftkrieg gegen England (x040/40).

Am 13. August 1940 wurde der "verschärfte See- und Luftkrieg" gegen England mit dem sogenannten "Adlertag" eröffnet. An diesem Tag wurden rund 1.485 Einsätze geflogen. Die deutsche Luftwaffe verlor 34 Maschinen (x040/41).

Bis zum 31. August 1940 gingen während der "Luftschlacht um England" 359 britische Flugzeuge sowie 252 deutsche Jäger und 215 Bomber verloren (x040/43).

Der britische Premierminister Winston Churchill und Charles de Gaulle sprachen im August 1940 über die erwarteten Luftangriffe gegen England (x172/248-249): >>... Churchill: ... Also kommen sie doch nicht!

de Gaulle: Haben Sie es denn so eilig, Ihre Städte in Trümmern zu sehen?

Churchill: Ach, wissen Sie, wenn die Deutschen Oxford, Coventry oder Canterbury bombardieren, wird das in den Vereinigten Staaten eine derartige Welle der Empörung auslösen, daß sie in den Krieg eintreten! ...

Früher oder später werden die Amerikaner kommen, allerdings unter der Voraussetzung, daß wir hier weder wanken noch weichen.<<

Die "New York Times" berichtete am 2. September 1940 über britische Luftangriffe gegen Deutschland (x172/253): >>... Bomber der Royal Air Force entfesselten einen verheerenden Brandbombenangriff auf den berühmten Schwarzwald, die dichten Wälder im Oberharz, den Grunewald und den Thüringer Wald.<<

Die deutsche Luftwaffe flog am 7. September 1940 mit etwa 300 Bombern einen schweren "Vergeltungsangriff" gegen London und britische Flugplätze. London wurde danach in den folgenden 65 Nächten bombardiert (x040/44).

Der britische Premierminister Winston Churchill beschimpfte Hitler am 11. September 1940 während einer Rundfunkansprache wegen der deutschen Luftangriffe (x172/257-258): >>... Dieser niederträchtige Mann, diese Quelle und Verkörperung stupider Animositäten, dieses monströse Produkt vergangener Schandtaten hat nun also beschlossen, unser großartiges Inselvolk durch sinnloses Gemetzel und willkürliche Zerstörung niederzuzwingen.<<

Am 14./15. November 1940 griffen 449 deutsche Flugzeuge die britische Industriestadt Coventry (Zentrum der britischen Flugzeugmotorenindustrie) an und warfen 500 t Sprengbomben sowie 30 t Brandbomben ab.

Dieser Luftangriff, der 554 Tote und 865 Schwerverletzte forderte, war kein Flächenbombardement gegen zivile Objekte - Wohnviertel etc., denn man beabsichtigte vor allem, die britische Rüstungsindustrie empfindlich zu treffen (x040/50).

Wenn die deutsche Luftwaffe wirklich nur zivile Objekte bombardiert hätte, wie noch heute offiziell von den Briten behauptet wird, dann wären in Coventry sicherlich wesentlich mehr Menschen umgekommen. Die Briten wurden außerdem nachweislich frühzeitig über diesen deutschen Luftangriff informiert, denn sie konnten längst den deutschen Funk-Code entschlüsseln. Churchill ließ damals jedoch weder den Bürgermeister, die Feuerwehr noch sonstige Rettungsdienste über den deutschen Angriff gegen Coventry informieren, so daß jegliche Evakuierungsmaßnahmen unterblieben.

Erst 20 Minuten vor dem Beginn des deutschen Großangriffes erhielt eine örtliche Flakmannschaft folgende Nachricht (x172/283): >>Heute Abend größerer Luftangriff auf Coventry geplant.<<

Die "New York Times" berichtete am 17. November 1940 über den Luftkrieg in Europa (x172/286): >>... Jeder Angriff auf Menschen, ob er nun von den Engländern ausgeht, die be-

haupten, ihre Aktionen strikt auf militärische Ziele zu beschränken, oder von den Nazis, die sich damit brüsten, nach dem Prinzip Auge und Auge, Zahn um Zahn zu handeln, beschleunigt das Tempo des Massenmords und steigert den Blutdurst.<<

Charles Portal (von 1940-45 Oberbefehlshaber der Royal Air Force) schrieb am 7. Dezember 1940 an den britischen Premierminister Winston Churchill (x172/292): >>... Sie trugen mir vor 2 Tagen auf, einen Plan für einen Bombenangriff mit größtmöglichster Zerstörungswirkung auf eine ausgewählte deutsche Stadt (Hannover, Mannheim, Köln oder Düsseldorf) auszuarbeiten. ...

Die ersten Angriffe werden mit Brandbomben erfolgen, wenn das Wetter mitspielt, ist vorgesehen, den Einsatz mit Spreng- und Brandbomben die ganze Nacht über fortzuführen.

Zur Verwendung kommen 1000- und 500-Pfund-Bomben statt 250-Pfund-Bomben; bei günstiger Wetterlage werden auch Minen abgeworfen. Alle Sprengbomben werden so gezündet, daß sie die größtmögliche Zerstörung ... anrichten.

Auf ihr Kommando hin werde ich den Befehl zur Durchführung in der ersten dafür geeigneten Nacht geben.<<

Der australische Premierminister Robert G. Menzies schrieb am 21. März 1941 nach einem schweren Luftangriff gegen London (x172/333): >>... Straße um Straße in Flammen. Arme alte Leute werden verschreckt und benommen in Unterkünfte geführt. ...

Ich bin ganz und gar für den Frieden, wenn er denn kommt, doch für die Menschheit wäre es eine Tragödie, wenn er einträte, bevor auch die Städte dieser Bestien zerstört worden sind. Der Hunne muß es am eigenen Leibe spüren.<<

Die "United Press" berichtete am 2. April 1941 über den Luftschutz in Deutschland (x172/-336): >>... Vergangenen Herbst hat es einige grausige Vorfälle gegeben. Es ist vorgekommen, daß Menschen, die in ihren Kellern Schutz gesucht hatten, nach einem Bombenvolltreffer durch das Feuer über ihren Köpfen bei lebendigem Leibe verbrannt oder im Wasser, das aus geborstenen Leitungen strömte, ertrunken sind, wenn der einzige Ausgang blockiert war. ...

Am stärksten sind die Juden betroffen. Wie ich erfahren habe, dürfen sie keine Schutzräume für Arier mehr betreten, sondern müssen sich anderweitig in Sicherheit bringen, es sei denn, der Keller eines Gebäudes ist so groß, daß für sie ein eigener Schutzraum eingerichtet werden kann.<<

Bischof George Bell von Chichester schrieb am 17. April 1941 in einem Brief an die Londoner "Times" (x172/345): >>... Wenn Europa auch nur einen Funken Gesittung besitzt, was kann dann die nächtliche Bombardierung von Städten und den Terror gegen Nichtkombattanten rechtfertigen?

Wie wäre es, wenn die britische Regierung feierlich verspräche, nicht mehr nachts zu bombardieren, falls die deutsche Regierung die gleiche Zusage gäbe? Schon diese eine Einschränkung könnte der weltweit wachsenden Niedertracht und Hemmungslosigkeit Einhalt gebieten.<<

Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 27. April 1941 während einer Rundfunkansprache (x172/352): >>... Im vergangenen Jahr haben wir durch unsere Einstellung und unser Verhalten die Menschen in den Vereinigten Staaten für uns gewonnen. Sie haben einen Großteil ihrer gewaltigen Industrie auf die Produktion der von uns benötigten Rüstungsgüter umgestellt. Sie haben uns sogar wertvolle Waffen aus ihren eigenen Beständen auf Dauer oder vorübergehend überlassen. ...

Es gibt fast 70 Millionen feindselige Hunnen – manche davon lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren.<<

Beim letzten schweren Luftangriff von mehr als 500 deutschen Kampfflugzeugen und Bombern auf London am 10./11. Mai 1941 starben über 1.200 Briten (x041/110). Die "Luftschlacht um England" wurde danach wegen des Rußlandfeldzuges abgebrochen.

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schrieb später über den Abbruch der "Luftschlacht um England" (x051/365): >>... Der Aufmarsch der deutschen Luftwaffe für den Rußlandfeldzug zwang zum Abbruch der Luftschlacht. Sie hatte zwar schwere Schäden angerichtet und 41.294 britische Zivilisten getötet sowie 52.128 verletzt …, aber das Ziel, England friedensbereit zu machen oder auch nur die Vorbereitungen für eine Landung zu schaffen, war nicht erreicht worden; "Seelöwe" mußte aufgegeben werden.
Die deutsche Luftwaffe hatte vom 1.8.40-31.3.41 insgesamt 1.142 Bomber, 802 Jäger, 330 Zerstörer und 128 Sturzbomber als Totalverluste abbuchen müssen.
Am 14.4.42 erging Hitlers Befehl, der Luftkrieg gegen England sei in "erhöhtem Maße angriffsweise zu führen". Hierbei sollten Ziele ausgewählt werden, "deren Bekämpfung möglichst empfindliche Rückwirkungen für das öffentliche Leben mit sich bringt".
Vom 23.3.-31.10.42 bombardierte die deutsche Luftwaffe mit schwachen Kräften 22 britische Städte … als "Vergeltung" für Angriffe der Royal Air Force auf die mittelalterlichen Stadtkerne von Lübeck, Rostock u.a.
1943 kam es zu 1.975 Nachteinsätzen … gegen britische Häfen und Industriestädte. 434 Jagdbomberangriffe … bei Tag richteten sich gegen 15 Städte. Obwohl Flugzeuge an allen Fronten fehlten, befahl Hitler 1944 weitere "Vergeltungsangriffe". In der Nacht zum 22.1.44 bombardierte das IX. Fliegerkorps mit 447 Flugzeugen London. Diese "Baby-Blitz" genannten Nachtangriffe dauerten bis zum 29.5.44 (4.269 Einsätze bei 329 Verlusten).
Die letzte große Prüfung für die britische Bevölkerung war die Beschießung mit den sogenannten V-Waffen (V für "Vergeltung"): Von der Flugbombe V 1 wurden vom 12.6.44 bis 29.3.45 10.492 Stück abgefeuert (3.000 stürzten beim Start ab, 3.957 vernichtete die britische Abwehr); sie töteten 6.184 Zivilisten und verwundeten 17.981. Auf Südengland fielen zudem vom 8.9.44-27.3.45 1.045 Fernraketen vom Typ A4 (V 2), gegen die es keine Abwehr gab; dabei starben 2.754 Zivilisten, 6.523 wurden verletzt. Das "Wunder" der Kriegswende, das die deutsche Propaganda bei ihrem Einsatz beschworen hatte, konnten sie nicht vollbringen.<<

Der britisch-nordamerikanische Luftkrieg (1941-1943)
Am 23. Juni 1941 schrieb der britische Premierminister Winston Churchill in einem geheimen Memorandum an den Chef des britischen Luftwaffenstabs Charles Portal (x172/388): >>... Wollen wir dieses Jahr noch einmal den Schwarzwald bombardieren? Damit könnten wir ein paar schöne Resultate erzielen. ...<<
Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb im Juni 1941 an den Oberbefehlshaber der Royal Ar Force, Charles Portal (x172/397): >>... Zu unseren wichtigsten Aufgaben zählt es, jede Nacht die höchstmögliche Menge Bomben über deutschen Städten abzuwerfen.<<
Premierminister Churchill erklärte am 14. Juli 1941 in einer Rundfunkansprache (x172/400): >>... London ist so groß wie ein prähistorischer Dickhäuter, in dessen Panzer man vergebens Pfeile schießt. ...
Wo Sie – Hitler - auf den geringsten Widerstand gestoßen sind, da waren Sie am brutalsten. Sie haben doch mit der wahllosen Bombardierung angefangen – in Warschau, Rotterdam und Rußland.
Wir sind weder zu einer Feuerpause bereit noch zu einem Waffenstillstand mit Ihnen oder der Verbrecherbande, die Ihren bösen Willen vollstreckt. Sie tun das Schlimmste – und wir werden unser Bestes geben. Es ist an der Zeit, daß die Deutschen in ihren Städten einen Teil der Qualen erleiden, die sie ihren Nachbarn und der ganzen Welt zugemutet haben.
Während die großen Bomber in unseren Fabriken fertiggestellt werden oder in Schwärmen über den Atlantischen Ozean zu uns herüberkommen, werden wir Monat für Monat ohne Erbarmen weiterhin hochexplosiven Sprengstoff über Deutschland abwerfen. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 15. Juli 1941 über Churchills Rundfunkansprache des Vortages (x172/401): >>... Hierin offenbart sich kein sadistischer Rachewunsch; vielmehr ist dies die ehrliche Überzeugung, daß die Bombardierung Berlins schneller zum Sieg und Frieden führt.<<
Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb am 28. Juli 1941 in einem Brief an Josef Stalin (x172/413): >>... Deutschland wird einen schrecklichen Bombenwinter erleben. ... Was denen blüht, dürfte alles bisher Dagewesene übersteigen.<<
General Lee (US-Luftwaffenattaché in London) berichtete am 26. August 1941 über seine militärische Auswertung der deutschen Luftangriffe gegen England (x172/428-429): >>... Tatsächlich benötigt man 40 Bomber, um ein strategisch wichtiges Ziel zu zerstören. 1 Bomber tötet im Durchschnitt 0,75 Zivilisten und verwundet 1,25. ...
Ich glaube nicht, daß sich ein totalitäres System im Krieg mit einer einzigen Waffe schlagen läßt. Das wird zu Hause mächtig Ärger machen, denn Arnold und die Air Force sind ganz versessen darauf, Deutschland in Trümmer zu legen.<<
Der britische Nachrichtenoffizier David Garnett schrieb im September 1941, daß England längst noch nicht über genügend Bomber verfügen würde (x172/433): >>... Denn wenn ein Bombardement die richtige Wirkung auf Zivilisten haben soll, dann muß es Angst und Verzweiflung auslösen.
Ich kann mir vorstellen, daß 1943, wenn Großbritannien eine gewaltige Überlegenheit in der Luft erreicht hat, das unbarmherzige Bombardement der kriegsmüden Bevölkerung Deutschlands in einem weit größeren Ausmaß, als es irgendeine britische Stadt erlebt hat, sehr wohl die wirksamste Methode sein könnte, dort eine Revolution herbeizuführen.
Durch das wahllose Abschlachten könnte die deutsche Bevölkerung durchaus zu einer verzweifelten Rebellion angestachelt werden, bei der allen Mitgliedern der Nazipartei der Hals abgeschnitten wird. ...<<
Das US-Magazin "Fortune" berichtete im Oktober 1941 über die neuen US-Bomber "B-17 Fortress und B-24 Liberator" (x172/448-449): >>Neues Gerät für Mr. Churchill: Der schwere Bomber. ...
Der viermotorige schwere Bomber ist eine typisch amerikanische Waffe, eine logische Entwicklung in einem Land mit hohen Bergen und großen Entfernungen. ...
Doch einmal abgesehen von der Propagandawirkung bleibt eine spektakuläre Verheißung: Hier ist etwas so Großes auf den Weg gebracht worden, daß es selbst seinen Konstrukteuren den Atem verschlägt.
Ob zum Guten oder Bösen – wir Amerikaner haben der Welt den schweren Bomber geschenkt. ...<<
Zu Beginn des Jahres 1942 erteilte der britische Premierminister Churchill dem RAF-Befehlshaber Harris folgenden Befehl (x049/75): >>... Das Hauptangriffsziel habe von nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft zu sein ...<<
Am 28. März 1942 begann die "Strategische Luftoffensive" der Royal Air Force gegen das Deutsche Reich (x175/380). 234 britische Flugzeuge warfen am 28./29. März 1942 hauptsächlich 304 t Brandbomben über der Lübecker Innenstadt ab. Die erstmalig im Flächenbombardement eingesetzten Flüssigkeits-Brandbomben erzeugten verheerende Wirkungen. Dieser Luftangriff forderte 320 Tote und 785 Verletzte unter der Zivilbevölkerung. 1.425 Gebäude wurden völlig zerstört. Die britischen Angreifer verloren 12 Bomber (x040/123).
Am 30. Mai 1942 und in der Nacht zum 31. Mai 1942 griffen 1.047 britische RAF-Bomber Köln an. Bei diesem ersten "1.000-Bomber-Schlag" gegen eine deutsche Großstadt erreichten 868 Bomber Köln (x040/130). Die Briten warfen am 30./31. Mai 1942 rund 1.459 t Bomben über der Kölner Innenstadt ab: Verluste: 474 Tote, über 5.000 Verletzte, 3.330 zerstörte Gebäude. 40 britische Bomber wurden abgeschossen.

Der Londoner "Daily Herold" berichtete am 1. Juni 1942 über den "1.000-Bomber-Schlag" gegen Köln (x106/168): >>Es war die vernichtendste Anderthalbstunde, die ein Zielgebiet jemals erlebt hat. ... "Gebt's ihnen genau unter das Kinn", so lautete die Botschaft von Luftmarschall Harris, Chef des Bomberkommandos, an seine Piloten und Besatzungen. Das taten sie auch. ...
Unsere Piloten konnten Rauch und Feuer von der holländischen Küste aus sehen – 140 Meilen entfernt. ... Unsere Bomber kamen über Köln genauso schnell und pünktlich an, wie sie in England gestartet waren. Köln verwandelte sich rasch in Leuchtfeuer, das die anfliegenden Bomber bereits von der holländischen Küste anzog.
"Es war zu gigantisch, um wahr zu sein", sagte der Pilot einer Halifax. "Doch es war echt genug, als wir ankamen. Unter uns brannten in jedem Stadtteil Häuser. ... Es gab überall Flugzeuge", sagte er. "Der Himmel über Köln war belebt wie Piccadilly Circus. Ich konnte jeden einzelnen Bombertyp in unserer Streitmacht im Schein des Mondes und der Brände erkennen. Die Scheinfeuer, die die Deutschen gewöhnlich auf offenem Feld in der Umgebung Kölns entzündeten, schrumpften zur Bedeutungslosigkeit." ...<<
Winston Churchill erläuterte am 11. Februar 1943 vor dem Unterhaus in London die aktuellen Kriegsziele (x106/216): >>Das Hauptziel, das wir uns in der Konferenz von Casablanca gesetzt haben, ist, den Feind überall, auf dem Land, zur See und in der Luft, anzugreifen, und zwar so rasch als möglich und in weitestem Ausmaß. Wir müssen veranlassen, daß der Feind physisch und moralisch auf jede Art zum Bluten gebracht wird. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 über die Ergebnisse der Konferenz von Casablanca vom 14.01.-25.01.1943 (x887/...): >>**Westalliierte fordern unbedingte Kapitulation**
Auf der Konferenz von Casablanca einigen sich Roosevelt und Churchill auf das Kriegsziel Siegfrieden
Vor 70 Jahren trafen Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill in Casablanca zusammen und einigten sich dort auf die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte, was die deutsche Opposition schwächte und den Widerstandswillen in Deutschland erhöhte. Des Weiteren wurde nach intensiven Beratungen der Spitzenmilitärs beider Seiten vereinbart, Europa zunächst nur vom Süden her anzugreifen, aber den Luftkrieg gegen Deutschland zu intensivieren. Die US-Amerikaner sollten tagsüber, die Briten nachts angreifen. ...
Um insbesondere Deutschland kriegsmüde zu machen, wurde auch noch eine deutliche Intensivierung des Bombenkrieges beschlossen. Die diesbezügliche Direktive, die ganz den Intentionen des Oberbefehlshabers der britischen Bomberflotte, Sir Arthur Harris, entsprach, besagte: "Vordringliches Ziel ist die fortschreitende Zerstörung und Desorganisation des deutschen militärischen, industriellen und wirtschaftlichen Systems sowie die Untergrabung der Moral des deutschen Volkes."
Dabei war ein konzertiertes Vorgehen geplant, das die Deutschen nicht zur Ruhe kommen lassen sollte: Die Briten sollten weiter ihre nächtlichen Flächenangriffe unternehmen, die sich vorrangig gegen die städtische Zivilbevölkerung und Infrastruktur richteten, während der 8. Luftflotte der US-Amerikaner nun die riskante Aufgabe oblag, punktuelle Tagangriffe gegen einzelne Schlüsselziele der Rüstungsindustrie im Reich zu fliegen.
Die deutsche Reaktion auf die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation bestand zunächst einmal in der Ausrufung des "Totalen Krieges" im Rahmen von Joseph Goebbels' Sportpalastrede vom 18. Februar 1943. Und tatsächlich sorgte das Schreckgespenst der völligen Niederlage für eine Verstärkung des Widerstandswillens unter der deutschen Bevölkerung. Desgleichen wurde die Widerstandsbewegung im Reich desavouiert, da nun zu erwarten stand, daß selbst ein erfolgreicher Putsch gegen Hitler zu keinen erträglichen Friedensbedin-

gungen mehr führen würde. Auch führten die Bombenangriffe bei vielen Bombardierten eher zu einer Trotzreaktion denn zu einer Demoralisierung.
Insofern ist es wohl nicht übertrieben, die Konferenz von Casablanca als Teilmißerfolg zu werten: Der aus zu viel Vorsicht resultierende Verzicht auf eine schnelle Landung in Frankreich, die psychologisch unbedachte Entscheidung zu Gunsten der Bomberoffensive und die Forderung nach der unbedingten Kapitulation verlängerten den Krieg, was nicht nur unter Russen und Deutschen zahlreiche weitere Opfer forderte, sondern auch auf westalliierter Seite.<<
Am 5. März 1943 begann die britische Luftwaffe eine Großoffensive gegen das Ruhrgebiet. Arthur Harris, Chef des britischen Bomberkommandos, berichtete später über die systematischen Luftangriffe gegen das Ruhrgebiet (x106/232): >>... Ich konnte praktisch jede deutsche Industriestadt mit einer Einwohnerzahl von 100.000 und mehr angreifen. Das wichtigste Angriffsziel blieb aber das Ruhrgebiet, denn hier befand sich das bedeutendste Industriegebiet Deutschlands, und aus diesem Grunde war es auch schon vorher für Angriffe ausgewählt worden, durch die die Moral der Bevölkerung erschüttert werden sollte. ...
Schon vor einem Jahr hatte man beschlossen, Essen als erste Stadt zu zerstören, denn es war das größte und wichtigste Industriezentrum an der Ruhr.<<
Am 10. Juni 1943 begannen die westlichen Alliierten ihre systematischen Bombenangriffe gegen das Deutsche Reich. Nach den Vereinbarungen von Casablanca flog die US-Luftflotte Tagesangriffe bzw. Präzisionsbombardierungen, während die britische Royal Air Force nur Nachtangriffe bzw. Flächenbombardierungen durchführte.
Vom 24. bis zum 30. Juli 1943 richteten die britischen Nachtangriffe und die Tagesangriffe der Nordamerikaner gegen Hamburg gewaltige Zerstörungen an.
Die anglo-amerikanische Operation "Gomorrha" forderte 30.482 Tote, außerdem wurden 277.330 Wohnungen, 2.632 gewerbliche Betriebe, 580 Industriebetriebe, 80 Wehrmachtsanlagen, 24 Krankenhäuser, 277 Schulen und 58 Kirchen zerstört. Im Hafen versenkten die britischen und nordamerikanischen Bomber insgesamt 180.000 BRT Schiffsraum (x040/177).
Der britische Historiker Paul Kennedy schrieb später über die Luftangriffe gegen Hamburg (x166/120-121): >>... Harris wollte seinen dreifachen Schlag weiter vorantreiben. Zu seiner Freude war die Schlacht um Hamburg eine weitere Werbung für Massenbombardements. Von Juli bis November 1943 wurden unter dem Namen "Operation Gomorrha" 17.000 Einsätze gegen diese und andere große Städte im Westen Deutschlands geflogen.
Der erste Angriff am 24. Juli war schreckenerregend; 791 Bomber, darunter 374 Lancaster-Maschinen, getarnt durch die Aluminiumstreifen, geleitet durch Oboe- und Pathfinder-Maschinen und durch gutes Wetter begünstigt, zerstörten das Zentrum der traditionell anglophilen Hansestadt. Hamburg hatte auch in den Wochen darauf keine Ruhe, da die US-Bomber sich beteiligten, außerdem (beteiligten sich) Mosquito-Jagdbomber, die dafür umgebaut waren, 4.000 Pfund an Bomben zu tragen. ...
... Rund 260 Fabriken in Hamburg und Umgebung wurden zerstört, dazu 40.000 Häuser und 275.000 Wohnungen, 200 Geschäfte, 277 Schulen, 24 Krankenhäuser und 58 Kirchen. Etwa 46.000 Zivilisten wurden getötet.
Die Verwüstung Hamburgs schockierte die deutsche Führung. Speer warnte Hitler, sechs weitere solcher Angriffe würden das Ende des Dritten Reiches bedeuten, was dieser zurückwies. Goebbels nannte die Bombenangriffe auf Hamburg in seinem Tagebuch jedoch mehrfach eine "Katastrophe".<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. März 2010 (x887/...): >>**Wirkung von Feuerstürmen**
Selbstverstärkender Effekt - Schon damals völkerrechtswidrig
Die gezielte Entfachung von Feuerstürmen war ein Eckpfeiler der britischen Luftkriegsstrate-

gie im Zweiten Weltkrieg. Schon bald merkte der verantwortliche Oberkommandierende Arthur Harris, daß die Herbeiführung von Bränden Luftangriffe weit zerstörerischer werden ließ als das bloße Abwerfen von Sprengbomben.
Die mörderische Strategie, die selbst den Amerikanern lange mißfiel, wurde erstmals im März 1942 in Lübeck angewendet und danach laufend verfeinert, etwa durch die immer perfektere Mischung von Brand- und Sprengbomben. Der "Idealfall" im Kalkül der britischen Strategen war die Entfachung eines Feuersturms, also eines so starken Stadtbrandes, daß ein konzentrischer Orkan entstand, der dem Feuer von allen Seiten her Sauerstoff zuführte und ihn dadurch verstärkte. Physikalisch handelt es sich dabei um den bekannten Kamineffekt mit positiver Rückkopplung zwischen aufsteigender und nachströmender Luft.
Allerdings erfordert die Entfachung von Feuerstürmen viele Voraussetzungen und "gelang" den Briten im gesamten Luftkrieg gegen deutsche Städte trotz aller Mühe nur gut zwei Dutzend Mal, darunter am 29. August 1944 in Königsberg. Im Hundertfach angegriffenen Berlin mit seiner eher lockeren Bebauung entstand dagegen nur einmal ein Feuersturm. Um die mörderische Wirkung noch zu steigern, verwendeten die Briten Sprengbomben mit Zeitzündern. Letzteres zwang die Menschen nach Ende der Angriffe noch etwa eine halbe Stunde im Schutzraum zu verbleiben, um nicht von Splittern zerfetzt zu werden.
Der Clou: Wenn anschließend die Einzelbrände sich zu möglichst starken Großbränden oder gar einem Feuersturm vereinigt hatten, drohte den Menschen, die nun die Keller verlassen mußten, weil ihnen der Sauerstoff ausging, der Tod in den Flammen. Die diabolische Grausamkeit dieser Art der Kriegsführung, die übrigens bereits gegen das damalige Völkerrecht, insbesondere gegen die Martenssche Klausel verstieß, hat allerdings auch zu Irrtümern über Feuerstürme geführt. So existiert die Vorstellung, daß im Keller unter einem Feuersturm kein Überleben möglich gewesen wäre, weil zu hohe Temperaturen, Sauerstoffmangel oder absinkendes Kohlendioxid dies nicht zugelassen hätten.
Alle diese Faktoren haben in der Tat Zigtausende Menschen getötet, deren Keller oder Schutzraum den Bomben standhielt. Und doch haben selbst unter den schlimmsten Feuerstürmen die meisten Menschen im Keller überlebt. Der schwerste Luftangriff auf eine deutsche Stadt war neben dem auf Dresden die Zerstörung Hamburgs Ende Juli 1943. Von den bis zu 45.000 Luftkriegstoten der Hansestadt starben allein etwa 30.000 in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943, als weite Teile der Stadt - mit Zentrum östlich und südöstlich der Innenstadt - im Feuersturm untergingen. Allerdings lebten in den verwüsteten Stadtteilen über 400.000 Menschen, die weitaus meisten haben also doch überlebt.<<
Am 18./19. November 1943 begann die britische Luftwaffe in der Nacht eine Reihe von 5 Großangriffen gegen Berlin. Vom 18.11.1943 bis zum 3.12.1943 warfen 2.212 britische Bomberpiloten während ihrer Nachtangriffe 8.656 t Bomben über der Reichshauptstadt ab. Die Luftangriffe forderten etwa 2.700 Todesopfer. 250.000 Einwohner wurden obdachlos (x040/192).
Der britische Historiker Paul Kennedy schrieb später über die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die Reichshauptstadt Berlin (x166/15): >>... Bei Angriffen auf das weiter entfernte Berlin wurden so viele Bomber der Royal Air Force abgeschossen, daß das Bomberkommando kurz vor der Lähmung stand.
Bei den 16 großen Luftangriffen auf die Reichshauptstadt von November 1943 bis März 1944 verlor es 1.047 Maschinen, 1.682 weitere wurden beschädigt. Die bei Tag erfolgenden Angriffe der US Army Air Forces brachten pro Einsatz noch größere Verluste. ...<<
Der Generalstab der deutschen Luftwaffe verfaßte am 14. April 1944 eine Denkschrift über die ausbleibenden anglo-amerikanischen Bombenangriffe gegen die besonders kriegswichtigen Anlagen der mitteldeutschen Mineralölwirtschaft (x338/100): >>... Hier erhebt sich die bis jetzt noch völlig ungeklärte und undurchsichtige Frage, warum der Anglo-Amerikaner die-

se Anlagen noch nicht zerschlagen hat, wozu er bei seiner in letzter Zeit so hochentwickelten Angriffstechnik ohne weiteres in der Lage wäre. Mit der Vernichtung unserer wenigen großen Raffinerien und Hydrierwerke könnte er einen Erfolg erringen, der tatsächlich die Möglichkeit einer Fortsetzung des Krieges durchaus in Frage stellen würde. …<<

NS-Reichsminister Goebbels schrieb am 27. Mai 1944 im "Völkischen Beobachter" über den "feindlichen Luftterror" (x033/487): >>... Es wird heute von keiner Seite mehr bestritten, daß der feindliche Luftterror fast ausschließlich das Ziel verfolgt, die Moral der deutschen Zivilbevölkerung zu brechen.

Der Feind führt Krieg gegen Wehrlose, in der Hauptsache Frauen und Kinder, um damit die Männer unseres Landes zur Nachgiebigkeit zu zwingen. ... Das hat nichts mehr mit Krieg zu tun, das ist nackter Mord. ...

Es ist nur mit Hilfe der bewaffneten Macht möglich, bei solchen Angriffen abgeschossene Feindpiloten in ihrem Leben zu sichern, da sie sonst von der heimgesuchten Bevölkerung totgeschlagen würden. ...

Es ist immer unser Wunsch gewesen, daß der Krieg sich in ritterlichen Formen abspielt, der Feind scheint das nicht zu wollen. Die ganze Welt ist Zeuge dafür. Sie würde bei Anhalten dieses empörenden Zustandes auch Zeuge dafür werden, das wir Mittel und Wege zu finden wissen, um uns gegen diese Verbrechen zur Wehr zu setzen. Wir sind das unserem Volke schuldig, das anständig und tapfer sein Leben verteidigt und keinesfalls verdient, dafür zum Freiwild feindlicher Menschenjagden erklärt zu werden.<<

Um den Widerstandswillen der Deutschen zu zerschlagen, wurden während des Zweiten Weltkrieges in erster Linie die Wohnviertel der werktätigen Bevölkerung, die allein schon wegen ihrer Ausdehnung viel leichter zu treffen waren, bevorzugte Angriffsziele der britischen Luftoffensive.

Die deutsche Zivilbevölkerung erfuhr erst nach dem Kriegsende, daß die Bombardierung der Wohnviertel kein Zufall war, sondern bereits frühzeitig nach strategischen Plänen erfolgte. Diese systematischen Terrorangriffe gegen wehrlose Frauen, Kinder und alte Menschen sollten hauptsächlich den Durchhaltewillen und die Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung brechen.

In einem US-Bericht hieß es später (x049/75-76): >>... Anfang 1942 nahm die Royal Air Force ihre Zuflucht zu einer systematischen Bombardierung der deutschen Städte, die ein großes Angriffsziel boten, so daß ein weit ausgebreiteter Bombenteppich sich als wirkungsvoll erweisen konnte.

Vom Oktober 1939 bis Mai 1945 warfen die Luftwaffen der Alliierten, bei solchen Gebietsangriffen über eine halbe Million Tonnen Spreng-, Brand- und Splitterbomben über 61 deutsche Städte ab, deren Bevölkerung 100.000 Einwohner und darüber betrug. In diesen Städten wohnten 25 Millionen Menschen, das sind 32 Prozent der Bevölkerung und fast 5 Millionen Arbeitskräfte. ...<<

Nachdem die westlichen Alliierten im Verlauf der Konferenz von Casablanca die "Arbeitsteilung" der Luftoffensive vereinbart hatten, wurden die Luftangriffe gegen das Deutsche Reich drastisch gesteigert. Die US-Luftflotte führte danach grundsätzlich Tagesangriffe gegen wichtige militärische und wirtschaftliche Kriegsziele durch, während die britischen Bomberverbände sämtliche Nachtattacken flogen, die sich hauptsächlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte richteten (x049/89).

Diese "rationelle Arbeitsteilung" hielten die Nordamerikaner und Briten schließlich konsequent ein. Bis zum Kriegsende bombardierten die Nordamerikaner mehrheitlich kriegswichtige Ziele, während die britischen Nachtangriffe fast ausschließlich gegen die Wohnviertel der deutschen Großstädte durchgeführt wurden.

Die Kinderlandverschickung

In den deutschen Großstädten, die besonders unter den Bombenangriffen zu leiden hatten, begannen ab 1940 systematische Kinderlandverschickungen, um die Kinder in Sicherheit zu bringen. Die KLV wurde von der NS-Volkswohlfahrt, der Hitlerjugend, der NS-Lehrerschaft und anderen Erziehungsbehörden organisiert und durchgeführt. Die NSV betreute z.B. Kinder bis zu 10 Jahren. Für werdende Mütter und Mütter mit Kleinkindern richtete die NSV das "Hilfsprogramm Mutter und Kind" ein.

In den Jahren 1943/44 ließen die NS-Gauleitungen vielerorts sämtliche Schulklassen der höheren Schulen und Internate aus den bombengefährdeten Städten evakuieren. Die Schülerinnen und Schüler wurden mit ihren Lehrkräften mehrheitlich östlich der Oder in KLV-Heimen untergebracht. Bereits Ende 1943 waren rund 1,0 Millionen Kinder und Jugendliche in etwa 5.000 KLV-Lagern (Belegung: 18 bis 1.200 Kinder und Jugendliche) untergebracht (x072/22). Im Rahmen der "Erweiterten Kinderlandverschickung" "evakuierte" das NS-Regime von 1940-45 ca. 3,0 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 10-14 Jahren in die vermeintlich "bombensicheren" ländlichen Gebiete des Deutsches Reiches und in einige besetzte Gebiete Ost-Mitteleuropas (x072/22).

Die verbitterten Mütter nannten die KLV-Organisation deshalb "Kinderlandverschleppung". Damals ahnte noch niemand, daß diese Bezeichnung schon bald grauenvolle Wirklichkeit werden sollte, denn für viele Familien wurde es eine Trennung "auf Nimmerwiedersehen". Während der Flucht und der anschließenden Vertreibung im Jahre 1945 verloren Tausende von "KLV-Kindern" ihr Leben oder wurden gewaltsam nach Osteuropa verschleppt.

Prof. Dr. Harald Scholtz schrieb später über die "Kinderlandverschickung" (x051/308-309):

>>… Organisation eines Erholungsaufenthalts von Stadtkindern in Pflegestellen auf dem Land, die nach 1933 von der NSV zusammen mit der HJ ausgeweitet wurde; davon ist die am 27.9.40 eingeleitete "Erweiterte" Kinderlandverschickung zu unterscheiden, die meistens gemeint ist, wenn von Kinderlandverschickung die Rede ist.

Hitler beauftragte den nicht mehr für die HJ zuständigen "Reichsleiter für die Jugenderziehung der NSDAP", von Schirach, mit der Koordination von staatlichen Stellen, NSV, NS-Lehrerbund und HJ zur Durchführung der Evakuierung von Kindern und Jugendlichen aus den luftkriegsgefährdeten Städten. Diese Kinderlandverschickung wurde von der NSDAP finanziert, war zunächst freiwillig und nur für sechs Monate vorgesehen. Getrennt nach Geschlechtern wurden die Kinder zwischen zehn und 14 Jahren mit Lehrern ihrer Schule in Lagern, oft außerhalb der Reichsgrenzen, untergebracht.

Als bei der Verschärfung des Luftkrieges 1943 viele Schulen ihren Unterricht einstellten, bestanden über 5.000 solcher Lager. Sie wurden von meist älteren Lehrern geleitet, den "Dienst" führten nach Anweisung der "Richtblätter" ("Unser Lager") die aus Jungvolk/Jungmädel kommenden "Lagermannschaftsführer" durch. Mädchen wurden auf solche Führungsaufgaben, für den "Gesundheitsdienst" und den Werkunterricht in Lehrgängen intensiver vorbereitet.

Die Lager dienten nicht nur der Sicherung von Gesundheit und Ernährung, sondern vor allem der nationalsozialistischen Lagererziehung, die auch den Schulunterricht beeinflußte, in den besetzten Gebieten auch der Demonstration der politischen Präsenz des Reiches. Die Kinderlandverschickung gewöhnte die Jugendlichen an die gewünschte Mobilität und enthob vom Krieg besonders betroffene Erwachsene der Sorge um ihre Kinder. Etwa jedes dritte Schulkind im HJ-Alter dürfte mit einem der insgesamt 9.000 Lager Bekanntschaft gemacht haben, fast so viele jüngere Kinder mit der Kinderlandverschickung als Evakuierungsmaßnahme.<<

Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete

Angesichts der ständigen anglo-amerikanischen Bombenangriffe flüchteten die meisten wohl-

habenden Familien aus den Großstädten und Industriegebieten West- und Mitteldeutschlands in die vermeintlich "sicheren Gebiete" östlich der Oder. Die vermögenden Mittel- und Westdeutschen zogen häufig bei ihren ostdeutschen Verwandten und Bekannten ein oder sie mieteten mittelfristig Wohnungen bzw. Häuser.
Die zahlungskräftigen Bombenflüchtlinge aus der Reichshauptstadt Berlin, den mittel- und westdeutschen Großstädten, dem Rheinland und aus Westfalen reisten natürlich in die landschaftlich schönsten Gebiete an der fast endlosen ostdeutschen Ostseeküste oder in die bekannten Luftkurorte der schlesischen Gebirge. Alle Ferienwohnungen und -Häuser waren schnell "vermietet" und bis zum letzten Zimmer belegt. Sämtliche Kellerräume und Dachböden wurden mit Koffern, Kisten und sonstigen Wertgegenständen vollgestopft, denn die Bombenevakuierten nahmen im allgemeinen ihren wertvollsten Besitz mit, um ihn "in Sicherheit zu bringen".
Ab 1943 evakuierte die NSDAP besonders gefährdete west- und mitteldeutsche Zivilisten. Es handelte sich hauptsächlich um Patienten und Insassen von Krankenhäusern und Altersheimen, kinderreiche Familien, schwangere Frauen und um alte Menschen. Die von der NSDAP evakuierten Mittel- und Westdeutschen wurden meistens in die deutschen Ostprovinzen transportiert und dort zwangsweise einquartiert. Manche Großfamilien erhielten nur mangelhafte Quartiere und wurden nicht selten menschenunwürdig untergebracht.
In den letzten Kriegsjahren verlagerte man außerdem zahlreiche Rüstungsbetriebe in die angeblich "sicheren" deutschen Ostgebiete, in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren. Mit den kriegswichtigen Betrieben mußten naturgemäß auch Tausende von "Dienstverpflichteten" "umziehen". Durch diese Betriebsverlagerungen riß man zwangsläufig weitere Familien auseinander.
In den deutschen Ostprovinzen, in den besetzten polnischen Gebieten, im Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren stiegen die Einwohnerzahlen von 1943 bis Mitte 1944 um mindestens 950.000 Bombenevakuierte und 950.000 Dienstverpflichtete aus dem Westen des Deutschen Reiches an.

Der britisch-nordamerikanische Luftkrieg 1944/45
Ab Mitte 1944 beherrschten die nordamerikanischen und britischen Luftflotten den gesamten Luftraum über dem Deutschen Reich.
Der "Arbeitsstab Wiederaufbauplanung zerstörter Städte" des NS-Ministeriums Speer berichtete am 29. Juli 1944 über den Umfang der damaligen Zerstörungen in den sogenannten 42 "Wiederaufbaustädten" (x033/515): >>Nach diesem Bericht sind in Köln mit 51 % zerstörten Wohnraumes die schwersten Schäden entstanden. In Aachen, Hamburg, Kassel und Düsseldorf erreicht der zerstörte Wohnraum 40 bis 50 % des Standes von 1939, in Essen, Remscheid und Frankfurt/Main 30 bis 40 %, in Emden, Mannheim, Hannover, Augsburg, Frankenthal, Rostock und Wilhelmshaven 20 bis 30 %, in Mühlheim/Ruhr, Krefeld, Dortmund, Oberhausen, Bochum, Rheydt, Ludwigshafen, Wuppertal, Schweinfurt, Berlin, Mainz, Leipzig, Bremen, Münster und Hagen 10 bis 20 %. In weiteren zwölf Städten lagen die Totalverluste unter 10 % ...<<
Von 1939-44 verlor die deutsche Luftwaffe insgesamt 71.965 Flugzeuge.
Allein während der völlig sinnlosen Ardennen-Offensive im Dezember 1944 verlor die deutsche Luftwaffe 1.088 Flugzeuge (x040/255).
Premierminister Churchill führte am 25. Januar 1945 in London ein Telefongespräch mit dem britischen Luftfahrtsminister Sir Archibald Sinclair.
Sinclair erhielt damals den Befehl, mitteldeutsche Angriffsziele festzulegen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten (x021/183): >>**... um den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben.**<<

Der stellvertretende britische Stabschef der Royal Air Force, Sir Norman Bottomley, erteilte Arthur Harris am 27. Januar 1945 folgenden Befehl (x021/184): >>... Sobald es Mond- und Wetterverhältnisse erlauben, werden Sie solche Angriffe unternehmen mit dem besonderen Zweck, die Verwirrung zu vergrößern, die vermutlich in den erwähnten Städten (Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig) während des erfolgreichen russischen Vordringens besteht.<<

Am 13./14. Februar 1945 führten Briten und Nordamerikaner die vernichtende **"Operation Donnerschlag"** gegen Dresden durch.

Der Leiter der Dresdener Vermißtennachweiszentrale berichtete später über die Bergungsarbeiten nach der Bombardierung Dresdens (x021/200): >>Nie habe ich geglaubt, daß der Tod in so verschiedener Form an den Menschen herantreten kann. Nie habe ich es für möglich gehalten, daß Tote in so vielen Gestalten den Gräbern übergeben werden könnten: Verbrannte, Verkohlte, Zerstückelte, Teile von ihnen, als unkenntliche Masse, scheinbar friedlich schlafend, schmerzverzerrt, völlig verkrampft, bekleidet, nackt, in Lumpen gehüllt und als ein kümmerliches Häufchen Asche. Darunter Reste verkohlter Knochen. Und über allem der beißende Rauch und der unerträgliche Verwesungsgeruch. ...<<

Auf den großen "Sammelplätzen" versuchten später Ärzte, Männer der Bergungsgruppen und Angehörige von Vermißten, die Todesopfer anhand von Eheringen, Armbändern und anderen persönlichen Merkmalen zu identifizieren. Allein für die goldenen Ehe- oder Verlobungsringe der Todesopfer benötigte man 7 Wassereimer (x021/200). Da die meisten Toten nur noch bis zur Unkenntlichkeit verkohlte und verstümmelte, kümmerliche Massen waren, konnte man nur etwa 40.000 Todesopfer identifizieren bzw. namentlich feststellen (x062/573). Bei den Todesopfern handelte es sich mehrheitlich um Frauen und Kinder. Die exakte Zahl der Todesopfer konnte nie genau ermittelt werden, weil zahllose Opfer in der völlig zertrümmerten Dresdener Altstadt verschüttet wurden.

Etwa 18.000 Tote wurden in langen Massengräbern auf dem Dresdener Heidefriedhof beerdigt. Die restlichen Todesopfer stapelte man auf Eisenbahnschwellen. Riesige Leichenberge bzw. "Scheiterhaufen" wurden mit Benzin übergossen und verbrannt. Der bestialische, süßliche Geruch von Verwesung und verbrannten Leichen lag danach wochenlang wie ein Pesthauch des Todes über der Stadt.

Manche britische Historiker bezeichneten die Luftangriffe auf Dresden später als militärisch völlig sinnlos oder stuften diese Bombardierungen auch als Kriegsverbrechen ein. Die Amerikaner und Briten sollen in Jalta angeblich Vernichtungsangriffe auf die ost- und mitteldeutschen Städte zugesagt haben, aber Beweise gab es dafür nicht. Churchill bestätigte später lediglich, daß er den Sowjets die Kampfkraft der westlichen Alliierten demonstrieren wollte (x062/573). Churchills "Demonstration der militärischen Stärke" kostete in Dresden wahrscheinlich mehr als 250.000 Menschenleben und verursachte in nur wenigen Stunden das vermutlich größte Massensterben des Zweiten Weltkrieges.

Von Fritsch-Seehausen, der damals die Bergung und Registrierung der Dresdener Todesopfer leitet, gab die Verluste mit mindestens 300.000 an (x025/239). Die "Joint Relief Commission" des IKRK ging von etwa 275.000 Todesopfern aus (x028/219). Andere Schätzungen reichten damals von 60.000-200.000 Tote (x049/126, x023/347), 60.000-245.000 Tote (x092/923), 90.000-135.000 (x062/573), 250.000 Tote (x122/450, x129/106) oder sogar bis 400.000 Todesopfer (x028/219).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen Dresden (x025/36): >>... Ob Flächenbombardements schon damals völkerrechtswidrig waren, ist umstritten; 1977 wurden sie in Genf ausdrücklich zu Kriegsverbrechen erklärt. Die Menschenjagd der amerikanischen Tiefflieger jedenfalls, die auf den Elbwiesen und in den Parks die schutzlosen Zivilisten zu Tausenden mit ihren Ma-

schinengewehren niedermähten, war schon 1945 nicht Kriegshandlung, sondern Verbrechen. Insgesamt starben in Dresden mindestens eine Viertelmillion Menschen. Diese Zahl entspricht den amerikanischen Gesamtverlusten im Zweiten Weltkrieg. Noch niemals in der Geschichte sind in so kurzer Zeit so viele Menschen getötet worden. ...<<

Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith schrieb später über den anglo-amerikanischen Angriff gegen Dresden (x165/172): >>... Jeder Krieg ist grausam und unnötig. Im Zweiten Weltkrieg trugen gerade unsere Bombenangriffe ein gehöriges Maß dazu bei. Die Zerstörung Dresdens war unverzeihlich. Sie geschah in einer sehr späten Kriegsphase und war Teil einer militärischen Dynamik, die außer Kontrolle geraten war und keinen Bezug mehr zu irgendwelchen militärischen Erfordernissen hatte. ...<<

Der deutsche Historiker und Autor Jörg Friedrich berichtete später (im Jahre 2002) in seinem Buch "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" über den anglo-amerikanischen Luftkrieg während der letzten Kriegsmonate (x338/246,247): >>Als die Flugzeugindustrie, ein strikt militärisches Ziel, in Trümmern lag, war die Bodenlage in Deutschland zur Luft hin ein Zustand vollendeter Ohnmacht. … Eine von militärischen Zwecken fast entbundene, von jedem Gefechtsrisiko befreite Vernichtungswalze bearbeitete von Januar bis Mai 1945 noch einmal das Land. …<<

>>… Im Bombenkrieg fielen im Jahr 1944 im Tagesdurchschnitt 127 Personen. Von Januar 1945 bis zur Kapitulation tötete er täglich 1.023 Personen, insgesamt 130.000. Die vier letzten Monate sind der Gipfel der Kampagne. Beide Luftflotten werfen 370.000 Tonnen Munition ab …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2006 über die Ermittlung einer offiziellen Totenzahl der Luftangriffe auf Dresden (x887/...): >>**Das Spiel mit den Opferzahlen**

... Die Höhe der Opfer von Dresden ändert nichts an der grundsätzlichen Aussage, daß die alliierten Luftangriffe mit dem erklärten Ziel, möglichst viele Frauen und Kinder zu töten, um die Moral der Deutschen zu brechen, Kriegsverbrechen waren, die bewußt begangen wurden ohne Rücksicht auf das geltende Völkerrecht. Das bestätigte erst jüngst der US-amerikanische Völkerrechtler Professor Alfred de Zayas, langjähriger Generalsekretär des Uno-Menschenrechtsausschusses in Genf. Im Februar 2006 veröffentlichte er einen Artikel, in dem es zusammenfassend hieß: "Die Flächenbombardements deutscher Städte waren Verbrechen, vor allem weil sie nachweislich primär zum Zwecke der Terrorisierung der Bevölkerung durchgeführt wurden und nicht zur Zerstörung militärischer Ziele."

Die Kommission hofft, Ende 2006 die offiziellen Zahlen bekanntgeben zu können. Wie viele Menschen starben im Feuersturm 1945? Vor allem die Zahl der Flüchtlinge ist ungewiß.<<

Sir Winston S. Churchill, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister, der die Vernichtung Dresdens anordnete, gehört heute trotz alledem zu den herausragenden Persönlichkeiten der britischen Geschichte.

Churchill trat nach dem Krieg für eine allgemeine Völkerversöhnung in Europa ein und unterstützte als britischer Oppositionsführer nachdrücklich die Gründung der NATO. Churchill, der mit 77 Jahren noch einmal britischer Premierminister wurde, erhielt 1953 den Literatur-Nobelpreis und wurde für seine Verdienste um Europa und die europäische Einigung im Jahre 1956 mit dem Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet.

Am 6. März 1945 griffen 191 britische Bomber die Hafenstadt Saßnitz an und warfen über 5.000 t Spreng- und Brandbomben sowie Luft- und Magnetminen ab. Im Saßnitzer Hafen sanken mehrere Kriegs-, Lazarett- und Flüchtlingsschiffe. Die Stadt Saßnitz brannte lichterloh (x031/142).

Am 3. April 1945 griffen 700 US-Bomber Kiel an und warfen etwa 2.200 t Bomben ab (x040/276). Im Kieler Hafen sanken am 3. April 1945 u.a. der schwere Kreuzer "Admiral

Hipper", 3 U-Boote und die Flüchtlingsschiffe "Olivia" und "New York".
Am 10. April 1945 warfen britische RAF-Bomber wieder 2.634 t Bomben über dem Kieler "Flüchtlingshafen" ab (x040/277). Der schwere Kreuzer "Admiral Scheer" und weitere Schiffe wurden versenkt.
Am 13./14. April 1945 warfen britische RAF-Bomber wieder 1.905 t Bomben über dem Kieler "Flüchtlingshafen" ab (x040/278).
Am 3. Mai 1945 flogen britische Bombergeschwader Tagesangriffe gegen die "Flüchtlingshäfen" in der Kieler, Lübecker und Neustädter Bucht. Sie vernichteten 2 schwere Kreuzer und 23 große Handels- bzw. Flüchtlingsschiffe.
In der Neustädter Bucht versenkten die Briten am 3. Mai 1945 z.B. die "Cap Arcona" und die "Thielbek". Beim Untergang dieser Schiffe, die als Häftlingsschiffe genutzt wurden, starben allein 7.148 KZ-Häftlinge (x031/27,189). Nach diesen völlig überflüssigen Terrorangriffen stellte das britische RAF-Bomberkommando die Luftangriffe gegen West- und Mitteldeutschland ein.
Anfang 1945 existierte die deutsche Luftwaffe eigentlich schon nicht mehr. Da die deutsche Rüstungsindustrie bereits seit Monaten vor dem Zusammenbruch stand, konnte man in den letzten Monaten des Krieges die bisherigen Verluste der deutschen Luftwaffe nicht mehr ersetzen. Fast nirgends gab es noch einsatzfähige Kampfflugzeuge oder Reserven.
In den letzten Kriegsmonaten verstärkten die westlichen Alliierten besonders die Luftangriffe gegen die nord-, mittel- und ostdeutschen Ostseehäfen und Großstädte. Die nordamerikanischen und britischen Bomberflotten bombardierten in jener Zeit auch mehrfach die mit Flüchtlingen überfüllten Ostseehäfen in Danzig, Gotenhafen, Stettin, Swinemünde und Kiel. Die US-Tiefflieger griffen außerdem vielerorts ostdeutsche Flüchtlingstrecks an, die seit Februar 1945 überall in Mittel- und Norddeutschland unterwegs waren. Offiziell beabsichtigten die westlichen Alliierten damals angeblich nur die Lahmlegung des militärischen Nachschubs, aber während dieser "militärischen Luftangriffe" kamen fast täglich zahllose ostdeutsche Flüchtlinge und einheimische Zivilisten um.
Trotz der jahrelangen anglo-amerikanischen Luftangriffe wurde nur ein verhältnismäßig geringer Teil der deutschen Industrie- und Verkehrsanlagen dauerhaft zerstört. Die deutsche Rüstungsproduktion wurde auch im Jahre 1944 vielerorts nicht entscheidend beeinträchtigt. Bis zum Sommer 1944 lief die Rüstungsproduktion im Deutschen Reich sowie in Böhmen und Mähren noch auf Hochtouren. Erst als ab Oktober 1944 die deutschen Fronten zusammenbrachen, sank die Rüstungsproduktion bis Ende 1944 rapide.
Durch die ständige Bombardierung der städtischen Ballungsgebiete sollte vor allem die Moral der deutschen Zivilbevölkerung gebrochen werden. Die deutschen Zivilisten zeigten jedoch bis zum Kriegsende keine Anzeichen von "fehlender Kampfmoral". Auch die schwersten nordamerikanischen und britischen Terrorangriffe konnten die unfaßbare Moral der deutschen Bevölkerung nicht brechen, sondern sie förderten nicht selten sogar den Widerstandwillen. Im Verlauf des jahrelangen Bombenterrors legte sich die Zivilbevölkerung eine bemerkenswerte psychische Widerstandsfähigkeit zu - "Kampf- und Heimatfront verschmolzen zur Einheit". Obgleich die Luftschutzräume und Keller fast ständig von niedergehenden Sprengbomben in den Grundfesten erschüttert wurden, beruhigten die gleichmütigen Mütter ihre übermüdeten Kinder mit Gebeten und Kinderliedern.
Während des Ersten Weltkrieges hätten die Deutschen diese seelischen Belastungen wahrscheinlich nicht einfach klaglos hingenommen, sondern man hätte die Verantwortlichen sicherlich schon längst erschlagen. Aufgrund der unsäglichen Folgen des Ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik, des NS-Terrors und der langen Kriegszeit waren die Deutschen jedoch psychisch dermaßen abgestumpft, daß sie während des Zweiten Weltkrieges fast gegen alle Leiden, Entwürdigungen und Ungerechtigkeiten unempfindlich reagierten.

Die skrupellose NS-Propaganda nutzte den anglo-amerikanischen Bombenkrieg jahrelang geschickt aus, um von den vielfältigen Problemen des NS-Regimes abzulenken. Bis zum totalen Zusammenbruch setzte NS-Reichsminister Goebbels alle Mittel der Propaganda ein, um das deutsche Volk über die wirkliche militärische und politische Lage zu täuschen oder um gewissenlose Falschmeldungen zu verbreiten.
Goebbels war eine ausgesprochene Kämpfernatur, der unbedingt genügend Feinde benötigte, die er niedermachen konnte. Ungeachtet der zermürbenden Bombenangriffe und der militärischen Niederlagen entwickelte Goebbels auch noch in den letzten Kriegsmonaten ständig neue Endsiegstrategien, um den Durchhaltewillen und die Kriegsmoral des deutschen Volkes zu fördern. Je aussichtsloser die militärische Lage wurde, um so fanatischer und unermüdlicher schrieb Goebbels Propaganda-Artikel und hielt Durchhaltereden.
Im Gegensatz zu Hitler war der "kleine hinkende Doktor" ein furchtloser, nervenstarker Mann, der in den letzten Kriegsmonaten vielerorts die Trümmerwüsten in deutschen Städten besichtigte und anschließend Durchhalteparolen verkündete.
Während des gesamten Luftkrieges gegen das sogenannte "Nazi-Deutschland" berichtete fast keine größere nordamerikanische und britische Zeitung über die katastrophalen Folgen der alliierten Luftangriffe. Die verbitterten Briten und die "unbeteiligten" Nordamerikaner nahmen es mit vollkommener Gleichgültigkeit hin, daß Hunderttausende von wehrlosen deutschen Zivilisten "planmäßig" getötet, furchtbar verstümmelt oder obdachlos wurden.
Vor den Augen der Weltöffentlichkeit töteten die alliierten Luftflotten jahrelang schutzlose deutsche Zivilisten systematisch mit Spreng- und Phosphorbomben. Niemand protestierte dagegen, daß fast täglich wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen lebendig verbrannten, jämmerlich erstickten und unter unvorstellbaren Schmerzen qualvoll starben.
Im Zweiten Weltkrieg wurden insgesamt 131 größere Städte durch anglo-amerikanische Bomberflotten angegriffen (x049/76). Nach alliierten und deutschen Statistiken mußte die Reichshauptstadt Berlin z.B. 29 schwere Luftangriffe überstehen. Dann folgten Braunschweig mit 21 Luftangriffen, Ludwigshafen-Mannheim mit 19 Luftangriffen, Frankfurt, Kiel und Köln mit je 18 Luftangriffen, Hamburg und München mit 16 Luftangriffen, Koblenz und Hamm mit je 15 Luftangriffen sowie Hannover und Magdeburg mit je 11 schweren Nacht- und Tagesangriffen (x049/76-77).
Ab 1943 setzten die Briten während der Nachtangriffe Leuchtfallschirme, die sogenannten "Weihnachtsbäume" ein, um die Zielgebiete systematisch zu markieren. Mit Hilfe dieser Grenzmarkierungen konnte man die abgesteckten Stadtteile noch rationeller durch Spreng- und Brandbomben zerstören.
Nach dem Kriegsende bestanden die meisten deutschen Städte nur noch aus Trümmern. In der Reichshauptstadt bzw. Ruinenstadt Berlin errichtete man später aus den Schuttmassen der ausgebombten Gebäude 5 riesige Trümmerberge mit einer Höhe von 70-115 Metern.
Der Spreng- und Phosphorbombenregen sowie die folgenden Feuerstürme vernichteten unersetzliche Kulturmetropolen der mehr als 1.000jährigen deutschen Geschichte. Herrliche Altstädte, die in Jahrhunderten gewachsen waren, wurden innerhalb von wenigen Stunden zerstört und ausgelöscht.
Über 500 unersetzliche Baudenkmäler von hohem Rang wurden vernichtet (x062/512). Besonders die großen westdeutschen Städte wurden z.T. vollständig verwüstet und zerstört. Nach dem Kriegsende lagen die deutschen Großstädte "weit und breit" in "Schutt und Asche". Das einst größte und modernste Industrie- und Bergbaugebiet an der Ruhr wurde fast völlig zertrümmert. In Deutschland vernichtete der anglo-amerikanische Bombenkrieg rd. 1,6 Millionen Gebäude. 3,37 Millionen Wohnungen existierten nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364).

Nach einer Untersuchung des Architekten W. Jackstein wurden von den deutschen Städten 45 völlig zerstört, 15 halbzerstört und 5 vereinzelt schwer getroffen (x111/14): >>Als vollkommen zerstört bezeichnet Jackstein Aachen, Berlin, Bonn, Braunschweig, Darmstadt, Dresden, Emden, Frankfurt/M., Freiburg, Gießen, Halberstadt, Hamburg, Hanau, Heilbronn, Hildesheim, Kassel, Koblenz, Köln, Coesfeld, Kreuznach, Magdeburg, Mainz, Minden, Münster, Neumarkt, Nordhausen, Nürnberg, Osnabrück, Paderborn, Potsdam, Rathenow, Siegen, Soest, Stuttgart und Ulm. ...<<

Die deutschen Luftangriffe gegen britische Städte erreichten nicht annähernd den Vernichtungsgrad und die Höhe der Menschenverluste ihrer Gegner.

Im Verlauf des Luftkrieges (1940-45) warf bzw. schoß die deutsche Luftwaffe **74.130 t Bomben** (einschl. V-Waffen) auf Großbritannien.

Die Alliierten warfen während des Zweiten Weltkrieges **1.995.935 t Bomben** über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab (x041/106,141).

Obgleich der Krieg längst entschieden war, warfen die Nordamerikaner und Briten **allein in den letzten sechs Kriegsmonaten mehr als 1.000.000 t Bomben** über dem Deutschen Reich und den deutschen Besatzungsgebieten ab.

Bei den deutschen Luftangriffen vom 10.07.1940 bis zum 29.05.1944 starben 41.294 britische Zivilisten und 52.128 Briten wurden verletzt. Vom 12.06.1944 bis zum 29.03.1945 kamen weitere 8.938 britische Zivilisten durch V 1-Flugbomben oder V 2-Fernraketen um, 24.504 Briten wurden verletzt (x051/365).

Im Deutschen Reich wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges mindestens 609.000 Menschen durch Luftangriffe getötet und 917.000 verletzt (x051/364). In anderen Quellen wurden mehr als 600.000 Tote und rd. 880.000 "Verwundungen ohne Todesfolge" gemeldet (x049/-78).

Im Verlauf der "Erdkämpfe" des Zweiten Weltkrieges kamen z.B. "nur" insgesamt 20.000 deutsche Zivilisten ums Leben.

Während des Zweiten Weltkrieges verlor die Royal Air Force 8.325 Flugzeuge und 58.309 Soldaten. Verluste der 8. US-Flotte: 11.687 Maschinen und 43.742 Soldaten (x051/364).

Nach der damals gültigen Haager Landkriegsordnung von 1907 waren Angriffe gegen unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnungen oder Gebäude, die nicht im direkten Angriffsbereich einer kämpfenden Truppe lagen, ausdrücklich verboten.

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die unterschiedslosen britischen und nordamerikanischen Flächenbombardements gegen unverteidigte deutsche Städte und die Wohngebiete der Zivilbevölkerung zweifellos völkerrechtswidrig.

Diese Luftangriffe beschränkten sich während des Zweiten Weltkrieges nicht darauf, militärische Ziele zu vernichten, sondern sie waren planmäßig gegen wehrlose deutsche Frauen, Kinder, Kranke und gebrechliche Menschen gerichtet, um die Widerstandskraft der Bevölkerung zu brechen Die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung waren zweifelsfrei unmenschliche Gewaltakte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

"Flächenbombardements" wurden zwar erst im Jahre 1970 von den Vereinten Nationen ausdrücklich zu Kriegsverbrechen erklärt, aber die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung waren zweifelsfrei unmenschliche Gewaltakte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In seinem Buch "Bomberoffensive" rechtfertigte Harris, der am 1. Januar 1946 zum britischen Luftmarschall befördert wurde, das Massensterben der deutschen Zivilbevölkerung sowie die Vernichtung der deutschen Städte damit, daß er den Krieg schließlich um mindestens 1 Jahr verkürzt hätte.

Die Rechtfertigung, daß diese Bombardements angeblich erforderlich gewesen wären, um den

Krieg schneller zu beenden und den Tod weiterer Opfer zu verhindern, entschuldigte jedoch niemals den jahrelangen völkerrechtswidrigen Bombenterror gegen die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung.
Arthur T. Harris berichtete nach dem Krieg über die Strategie der RAF-Bomberpiloten (x114/1.49): >>Es muß mit Nachdruck gesagt werden, daß von Essen abgesehen, wir niemals ein besonderes Industriewerk als Ziel gewählt haben. Die Zerstörung von Industrieanlagen erschien uns stets als eine Art Sonderprämie. Unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt. ...<<
Der britische RAF-Chef Arthur Harris (1892-1984, Spitzname: "Bomber Harris") war bis zu seinem Lebensende ein berühmter, geachteter Mann. Harris wurde 1953 wegen seiner "Verdienste" von der britischen Königin geadelt und erhielt nach seinem Tod sogar ein "würdiges" Ehrendenkmal.
Vor der Sankt Clement Danes "Luftwaffen-Kirche" errichtete man im Jahre 1992 ein monumentales Denkmal, das mit Spenden finanziert wurde. Die greise Königin Mutter enthüllte sogar persönlich das Bronzedenkmal des britischen "Kriegshelden", den manche kritische Briten auch abfällig Metzger bzw. Schlachter nannten. Die Mißerfolge des Luftkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung wurden später von den Alliierten eingestanden.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. April 2009 über Sir Arthur Harris (x887/...): >>**Er organisierte den Bombenterror der Royal Air Force**
... Großbritannien war das einzige Land, das nach dem Ersten Weltkrieg den Schluß gezogen hatte, ein zukünftiger Krieg werde durch die Bomberwaffe entschieden. Weder Frankreich noch das Deutsche Reich oder die Sowjetunion folgten dieser Idee. Für diese Länder war die Luftwaffe lediglich der auf dem Schlachtfeld einzusetzende verlängerte Arm der Artillerie. Daher verfügten sie auch nicht über Maschinen, die große Bombenlasten über weite Entfernungen transportieren konnten, um mit Bombenteppichen Wohnquartiere zu zerstören. Denn das war von Anfang an das Ziel Großbritanniens.
Politisch war Harris nicht verantwortlich für die völkerrechtswidrige Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung. Um noch einmal Friedrich zu zitieren: "Die Luftoffensive gegen Deutschland war Churchills Krieg." Aber Harris war sein williger Vollstrecker, und er tat sein Werk mit Überzeugung.
Am 14. Februar 1942 erteilte das britische Kriegskabinett unter Premierminister Winston Churchill dem Bomberkommando den Befehl, "als Angriffsziele in Deutschland nicht Fabriken und sonstige militärische Objekte anzugreifen, sondern die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, besonders der Industriearbeiterschaft" zum Ziel zu wählen.
"Wir wollen 'boches' unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, 'boches' umbringen und 'boches' terrorisieren", zitiert der englische Philosoph Anthony Clifford Grailing Oberbefehlshaber Harris in dem Buch "Die toten Städte", wobei bemerkenswert für seine Gesinnung ist, daß Harris das aus dem Ersten Weltkrieg stammende Schimpfwort für die Deutschen "Boches" verwendet. Derartige Zitate des Bomberchefs findet man in Hülle und Fülle; er hat offenkundig die Deutschen aus tiefster Seele gehaßt.
Daß er mit der gegen Zivilisten zielenden Kriegsführung gegen das internationale Kriegsvölkerrecht verstieß, also dezidiert Kriegsverbrechen beging, interessierte weder ihn noch seine Regierung. Dabei hatte das Vereinigte Königreich Ende des 19. Jahrhunderts die entsprechenden internationalen Gesetze in Den Haag unterschrieben, in denen sich die Staaten verpflichten, in einem Krieg die Zivilbevölkerung weitgehend zu schonen.
Das war Großbritannien sehr wohl bewußt, klagte man doch in den Nürnberger Prozessen nach Kriegsende die deutsche Führung unter anderem der "mutwilligen Zerstörungen von Städten, Märkten, Dörfern" an und beschuldigte sie, Verwüstungen angerichtet zu haben, die "nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt waren" - Artikel 6 des Statuts.

Die angestrebte "großflächige, umfassende und unterschiedslose Zerstörung der Wohnviertel" sollte den Durchhaltewillen der deutschen Zivilbevölkerung brechen, wie offiziell, zunächst aber nicht öffentlich erklärt wurde. Harris erläuterte, sein Ziel sei es, in den Jahren 1943 und 1944 1,25 Millionen Tonnen Bomben auf Deutschland zu werfen und dadurch, so hoffte er, 900.000 Deutsche zu töten und eine Million schwer zu verwunden, 25 Millionen Deutsche sollten obdachlos werden.
Solche Ziele bezeichnet der britische Historiker John Terrain als "Rezept für Massaker". Damit sei offiziell die klassische Auffassung, daß ein Krieg zwischen Soldaten geführt werde, aufgegeben worden. Arthur Harris erläuterte dem Luftfahrtministerium gegenüber im Oktober 1943: "Das Ziel der … Bomber Offensive … ist die Zerstörung deutscher Städte, die Tötung deutscher Arbeiter und die Zerschlagung des zivilisierten sozialen Lebens in ganz Deutschland." ...
Nach dem Krieg wurde er, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung nach den übrigen Generälen, in den Adelsstand erhoben. Am 30. Mai 1992 weihte die englische Königin-Mutter, welche die Deutschen stets nur mit dem Schimpfnamen "die Hunnen" bezeichnete, in London vor der Kirche St. Clement, der Traditionskirche der Royal Air Force, ein Denkmal für Harris ein. ...
Während in Großbritannien zunehmend zumindest Intellektuelle von Harris und seiner Art der Kriegführung abrücken, genießt er in Deutschland hohes Ansehen bei den Linksextremen. Vorzugsweise an Jahrestagen von britischen Großangriffen pflegen sie unter den Rufen "Bomber-Harris - do it again" und "Deutschland verrecke" durch die Straßen zu ziehen.<<
Am 12. November 1946 erklärte Winston Churchill während einer Unterhausrede zur kollektiven Bestrafung der Deutschen (x268/25): >>... Man sagt nun, Deutschland müsse bestraft werden. Ich frage: Wann begann die Bestrafung? ...
Sie begann 1943 und ging 1944 und 1945 weiter, als die schrecklichsten Luftangriffe auf die deutschen Städte niedergingen ...<<
Der britische General J. F. Fuller schrieb später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg", daß der erstaunlich geringfügige militärische Erfolg mit der Vernichtung kostbarer europäischer Kulturwerte zweifellos viel zu teuer bezahlt war (x062/573): >>... Städte und nicht Trümmerhaufen sind die Grundlage der Zivilisation ...<<
Ein britischer Offizier berichtete später über den Beginn des völkerrechtswidrigen Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung (x069/180): >>Ein besonderer Grund englischer Verbitterung ist noch heute die Erinnerung an die deutschen Bombenangriffe auf London und andere Städte. Denn während des Krieges hatte man die "ersten" Luftangriffe auf offene Städte als Höhepunkt der deutschen Gemeinheit mit ungeheurem Erfolg propagandistisch ausgeschlachtet.
Es ist deshalb einigermaßen verblüffend, im Buch eines früheren Beamten des britischen Luftfahrtministeriums, J. M. Spaight, Erster Staatssekretär, zu lesen, daß die Bombardierung nichtmilitärischer Ziele nicht nur von England ausgegangen war, sondern daß die Engländer stolz darauf sein sollten.
Ich zitiere: "Da wir uns nicht im klaren waren, wie eine propagandistische Verdrehung der Wahrheit psychologisch wirken würde - der Wahrheit nämlich, daß wir mit der strategischen Bombenoffensive begonnen hatten, deshalb scheuten wir davor zurück, unserer großen Entscheidung vom 11. Mai 1940 - britischer Kabinettsbeschluß, das deutsche Hinterland für den strategisches Bombenkrieg freizugeben - die verdiente Publizität zu geben. Das war sicher ein Fehler. Es war ein prächtiger Entschluß. Es war nicht sicher, sagt J. M. Spaight, aber doch recht wahrscheinlich, daß unsere Hauptstadt und unsere Industriezentren nicht angegriffen worden wären, wenn wir weiterhin Angriffe gegen die entsprechenden Ziele in Deutschland unterlassen hätten." ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den US-Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung (x887/...): >>**Ich meine die Deutschen ..."**

US-Luftwaffe probte mit System Bombenkrieg gegen unsere Städte

Der "Spiegel" veröffentlichte in seiner Ausgabe 41/1999 die gekürzte Fassung eines Beitrags des emeritierten Professors für Urbanistik, … Mike Davis, in der New Yorker Zeitschrift "Grand Street", in dem der Kulturhistoriker schildert, wie die US-Amerikaner während des Zweiten Weltkrieges systematisch den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung erprobten. Ziel war es, mit möglichst geringem Aufwand eine höchstmögliche Anzahl gegnerischer Zivilisten zu töten, hier vorzugsweise deutsche Arbeiter sowie ihre Wohnungen zu vernichten.

Galt bisher die Ansicht, den unterschiedslosen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung habe vor allem die britische Royal Air Force betrieben, so ist durch die neuen Enthüllungen bewiesen, daß die Amerikaner schon frühzeitig genau das gleiche beabsichtigten und im großen Umfang erprobten.

Der Nürnberger Gerichtshof der Siegermächte erhob 1946 gegen die deutsche Staats- und Wehrmachtsführung Anklage u.a. wegen des Begehens von Kriegsverbrechen: dazu gehörten ausdrücklich "Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche", wie etwa "mutwillige Zerstörung von Märkten und Dörfern", und generalisierender wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". In den Erläuterungen wird dazu gerechnet die "Ermordung ... der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges". Das Kriegsrecht und die Kriegsbräuche wurden in der sowohl von Großbritannien und den USA als auch vom Deutschen Reich unterzeichneten Haager Landkriegsordnung festgelegt.

Darüber hinaus sind die "allgemeinen Grundsätze des Kriegsrechtes" von Bedeutung, wonach militärische Kampfhandlungen direkt nur gegen Kombattanten bzw. Soldaten, Quasi-Kombattanten, wie zum Beispiel Rüstungsarbeiter während ihrer beruflichen Tätigkeit, und militärische Objekte gerichtet werden dürfen.

Um so erstaunlicher ist, wenn man nun feststellen muß, daß die deutschen Politiker und Militärs nicht angeklagt wurden wegen der deutschen Luftbombardements auf offene Städte. An sich war das zwar von den interalliierten Verantwortlichen zunächst vorgesehen worden, doch verhinderte das der Hauptankläger der USA, Robert H. Jackson, mit dem Argument: "Dieses Thema wäre einer Aufforderung zur Erhebung von Gegenbeschuldigungen gleichgekommen, die in dem Prozeß nicht nützlich gewesen wären" - ein treffliches Beispiel dafür, daß dieser Prozeß nichts war als eine Rache- und Propaganda-Aktion.

Denn es war durchaus den damaligen Juristen klar, daß der unterschiedslose Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung ein Kriegsverbrechen darstellt. Und eben dieses Kriegsverbrechen wurde von den US-Amerikanern mit großem Aufwand vorbereitet und planmäßig durchgeführt.

Im Spiegel-Artikel wird geschildert, wie 1943 das US-Korps für chemische Kriegsführung im US-Bundesstaat Utah genaue Nachbauten Berliner Mietskasernen errichten ließ, an denen die Einäscherung deutscher Städte geübt werden sollte. Beim Nachbau deutscher Straßenzüge half der aus Deutschland emigrierte, heute gefeierte Architekt Erich Mendelsohn, der aufgrund seiner langjährigen Bautätigkeit in Deutschland über genaue Kenntnisse deutscher Bauweise verfügte. Auch in den Einrichtungen wurde deutsche Wohnkultur nachgeahmt; man beschaffte sich Möbel in der damals typischen Bauweise ebenso wie deutsche Bettwäsche und Gardinen, um festzustellen, auf welche Weise sie am leichtesten in Brand zu setzen waren.

So entstand das "German Village", von dem heute noch einige Häuser auf dem US-Armee-Gelände … stehen. So baute man die typischen Mietskasernen Berliner Arbeitergebiete nach jenen am dichtesten besiedelten Arme-Leute-Vierteln, deren Vernichtung die meisten Toten verursachten. Auf diese "deutschen" Wohnviertel flogen dann die amerikanischen Bomber ihre Probeangriffe mit Brand- und Sprengbomben.

Immer wieder mußte das "German Village" aufgebaut werden, um für weitere Übungen zur

Verfügung zu stehen. ...<<
Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith schrieb später über den anglo-amerikanischen Luftkrieg (x165/173): >>... Die Erfahrungen, die ich als Mitglied der Kommission gemacht habe, hinterließen bei mir einen bleibenden Eindruck.
Wenn man sich 1945 die deutschen Städte ansah, Stadt für Stadt, und dann die schrecklichen Zerstörungen in Japan, dann wußte man, wie furchtbar der moderne Luftkrieg ist. Sicher, jeder Krieg ist furchtbar, in der Somme-Schlacht im Ersten Weltkrieg wurden am ersten Tag 20.000 Menschen getötet. Aber das hatte nicht dieses Ausmaß an sichtbarer Zerstörung wie Berlin, Frankfurt, Köln, Mainz oder Tokio, die dem Erdboden gleichgemacht worden waren.
Diese Bilder verfolgen mich ein Leben lang.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Februar 2003 über den anglo-amerikanischen Luftkrieg gegen Deutschland (x887/...): >>**58 Jahre nach Dresden leugnen Briten noch immer den verbrecherischen Charakter der Terrorangriffe**
Ein Unrechtsbewußtsein fehlt
Wie man hört, hat das Buch über den anglo-amerikanischen Luftkrieg gegen Deutschland "Der Brand" von Jörg Friedrich inzwischen eine Auflage von über 100.000 Exemplaren erreicht, und das in wenigen Monaten. Der alle Erwartungen sprengende Bucherfolg zeigt, daß das Thema den Deutschen auf den Nägeln brennt. Jahrzehntelang überließ es die politische Klasse den wenigen Militärhistorikern, dieses Kapitel des Zweiten Weltkrieges zu erforschen und darüber wissenschaftliche Bücher zu publizieren, und es waren allein die von der wie gleichgeschaltet agierenden Presse als politisch unkorrekt ausgegrenzten Zeitungen und Zeitschriften, die von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung berichteten.
Was dabei herausgekommen war über die Verantwortlichkeit der britischen und US-amerikanischen Führung für die Massaker an deutschen Zivilisten, paßte allerdings so gar nicht in das fleißig propagierte Klischee von den stets bösen Deutschen und den gar edlen Siegern. Und so schwieg man das Thema lieber tot. ...
Nun hat schon Rudolf Augstein vor Jahren im Spiegel nicht mehr und nicht weniger festgestellt, als daß Winston Churchill wegen des Luftterrors auf die Bank eines Kriegsverbrechertribunals gehört hätte, eine Meinung, die heute die Spiegel-Redaktion allerdings nicht mehr teilt, sondern ihre nachklappende Titelgeschichte über den Bombenkrieg lieber so abfaßt, als hätte sie immer noch Angst vor dem britischen Besatzungsoffizier, dem der Spiegel seine Lizenz verdankt. Als Augstein seine couragierte Bewertung Churchills äußerte, folgte ihm das Heer der deutschen Chefredakteure nicht.
Jetzt aber hat Jörg Friedrich die Medien aufgestört. Churchill, diese Ikone der Sieger, der Karlspreis-Träger von Aachen, einer der großen Befreier - ein Kriegsverbrecher? War bislang im Rahmen der politischen Korrektheit der Titel nicht allein den Besiegten vorbehalten?
Aufschlußreich ist das Echo, das Friedrichs Buch in Großbritannien hervorgerufen hat, in dem man weithin der Meinung war und ist, man gehöre zu den "Guten", die das "Böse" bekriegt hätten.
Großbritannien wie die USA und natürlich auch das Deutsche Reich gehörten zu den Unterzeichnerstaaten der Haager Landkriegsordnung, in der die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zusammengefaßt und kodifiziert worden sind. In erster Linie dient das Vertragswerk dem Schutz der Zivilbevölkerung, der Verwundeten, der Kriegsgefangenen, der Kulturgüter, und das, indem es deutlich unterscheidet zwischen sogenannten Kriegführenden und Nicht-Kriegführenden, die außerhalb des Krieges stehen und zu schützen sind.
Die vier großen Siegerstaaten verwendeten die Regeln der Haager Landkriegsordnung, um in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen die deutsche Führung wegen des Bruches der Haager Landkriegsordnung … anzuklagen und zu verurteilen. Es wird bis heute nicht ausrei-

chend gewürdigt, daß die USA, die UdSSR, das Vereinigte Königreich und Frankreich zwar darauf bestanden, daß die Besiegten die Landkriegsordnung hätten einhalten müssen, daß sie selbst sich aber ausdrücklich nicht an die Haager Landkriegsordnung den besiegten Völkern gegenüber gebunden fühlten.
Ausdrücklich sagt Artikel 22 des 1. Abschnitts, 1. Artikel, daß die "Kriegführenden kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes" haben. Der Artikel 25 legt fest: "Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen." Weiter liest man in Artikel 27, daß bei Belagerungen, Beschießungen "alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden sollen ..., um die dem Gottesdienst, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete so viel wie möglich zu schonen ...".
Es liegt auf der Hand, daß Großbritannien und die USA bei ihrem Luftkrieg gegen die deutsche, französische und italienische Zivilbevölkerung gegen das Völkerrecht verstießen. Die Schätzungen bezüglich Frankreich schwanken zwischen 67.000 und 300.000 Ziviltoten. Hinsichtlich Italien ist die Gesamtzahl der Opfer unklar. Belegt hingegen ist, daß Rom bis zum Juni des Jahres 1944 4.000, Frascati 6.000 und Mailand 2.700 Luftkriegstote zu beklagen hatte.
Das Völkerrecht spielt in Großbritannien bei der Bewertung des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung offensichtlich überhaupt keine Rolle. Der Daily Telegraph empört sich über einen "noch nie dagewesenen Angriff auf die Kriegführung der Alliierten". Der durchaus angesehene Historiker Richard Overy rechtfertigt den Luftkrieg damit, daß ohne die Zerstörung der Wohnviertel das Deutsche Reich länger Widerstand gegen die Alliierten geleistet hätte. ...
Und tröstend setzt Overy hinzu, es seien "ja nicht die meisten Deutschen den Luftangriffen ausgesetzt gewesen, sondern überwiegend nur die Arbeiterviertel". Und bei Overy findet man wie auch bei anderen britischen Journalisten und Historikern die Begründung, daß Deutschland schließlich mit dem Luftkrieg angefangen habe.
Auch der britische Historiker Anthony Beevor schreibt, Deutschland habe den Bombenterror "erfunden", und damit sei Churchill, der lediglich Gleiches mit Gleichem vergolten habe, kein Kriegsverbrecher. In der Daily Mail wird Jörg Friedrich verdächtigt, er habe sich "dem Haufen gefährlicher Revisionisten" angeschlossen, die die Verbrechen der Wehrmacht und den deutschen Massenmord an den Juden relativieren wollten.
Durch die Bank findet man in den britischen Stellungnahmen das Argument, Großbritannien habe 1940 keine andere Waffe gehabt als die Bomber, um Deutschland schwere Schäden zuzufügen. Damit rechtfertigt man die 635.000 Luftkriegstoten in Deutschland, unter ihnen übrigens 56.000 Kinder unter 14 Jahren und 32.000 ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene.
Immer wieder liest man in den englischen Stellungnahmen den Hinweis, daß schließlich die Sieger, also das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Frankreich einen "gerechten Krieg" gegen das "böse" Deutschland geführt hätten. Und nirgendwo wird ein Bedauern ausgedrückt, nirgendwo findet man eine Wendung, die darauf schließen läßt, daß die Briten eine nationale Schuld oder Scham empfinden.
Das verwundert, denn die Deutschen haben nicht zuletzt durch ständige Ermahnungen ihrer politischen Leitfiguren immer wieder gehört, daß die Erinnerung an eigene Schandtaten frei mache, daß öffentliche Schuldbekenntnisse ein Volk erhöhen würden, daß Deutschland sein internationales Ansehen nicht zuletzt dadurch gewonnen habe, daß seine Repräsentanten permanent büßen und bereuen. Die Briten halten offenkundig von solchen Ritualen nichts.
Die britischen Meinungsäußerungen zu Friedrichs Buch über den Bombenkrieg lassen den Schluß zu, in Großbritannien herrschte und herrscht ungebrochen der Grundsatz, der Zweck heilige im Krieg jedes Mittel. Jörg Friedrich weist in einem Interview darauf hin, daß diese

Einstellung bedeute, einen "Blankoscheck für jede Barbarei auszustellen". Damit aber ist die moderne Welt zurückgefallen in Zustände, wie sie im Mittelalter herrschten.
Was hindert einen Staat mit solchen Grundsätzen noch daran, im Krieg Giftgas einzusetzen oder - wie es die USA 1945 taten - mit Atombomben Hunderttausende Zivilisten umzubringen? ...
Wenn nun alle bislang erfolgreichen Vernebelungstricks nichts mehr nützen, um Großbritanniens Verantwortung für den Massenmord an Zivilisten zu verbergen, dann versuchen Briten … und ihre deutschen Handlanger … die Deutschen wenigstens damit zu belasten, sie hätten begonnen mit dieser unmenschlichen Kriegführung. Das ist längst durch sorgfältige Untersuchungen widerlegt. Warschau und Rotterdam waren verteidigte Städte in der Kampflinie, deren Übergabe trotz mehrfacher Aufforderung verweigert wurde. Werden solche Städte dann aus der Luft angegriffen, so ist das nicht völkerrechtswidrig.
Und darüber hinaus lagen der britischen Luftkriegführung der Bombenteppiche auf Wohnviertel Planungen aus dem Anfang der dreißiger Jahre zugrunde. Der Auftrag, viermotorige Bomber zu entwickeln, die große Bombenlasten über weite Entfernungen transportieren sollten, wurde der britischen Rüstungsindustrie bereits 1932 erteilt. Deutschland besaß solche Flugzeuge nie. Vom Völkerrecht war bei den britischen Planungen des Luftkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung keine Rede, und das Erschreckende ist, daß diese Ideologie offenbar noch immer herrscht. Das läßt für bewaffnete Auseinandersetzungen der Zukunft Schlimmstes befürchten.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 24. Mai 2003 (x887/...): >>**Debatte um den Bombenkrieg und Jörg Friedrichs Buch "Der Brand"**
Wieder andere waren in der Glut so zu Asche geworden, daß man die Überreste mehrköpfiger Familien in einem einzigen Waschkorb davontragen konnte". Das Grauen des Luftkrieges ist in Deutschland lange Zeit relativ marginal untersucht worden. Die ungeheuere Dimension der Vernichtung wurde eher selten mit ganzer Schärfe dargestellt. Jörg Friedrich, einem Außenseiter der Historikerzunft, blieb es vorbehalten, in "Der Brand" den "Totengesang auf die verlorene Vergangenheit" deutscher Städte anzustimmen.
Friedrichs monumentales Werk löste in Großbritannien und Deutschland nicht nur bei Wissenschaftlern heftige Streitigkeiten aus. Die Bild-Zeitung druckte Teile des Buches ab; massive Gegenangriffe des Daily Telegraph folgten. Ist Winston Churchill als Kriegsverbrecher zu beurteilen? War der gegen Deutschland geführte Luftkrieg ein Massenmord? ...
Warum fristete die Erinnerung an das Bombenmassaker, dem etwa 600.000 deutsche Zivilisten, davon 15 Prozent Kinder, zum Opfer fielen, im Vergleich zur Holocaust-Debatte ein Schattendasein? Die Sorge vieler Ideologen, Schuld könne "aufgerechnet" werden, ein Vorwurf, der jetzt auch gegen Friedrich erhoben wird, ist sicher an erster Stelle zu nennen. Auch wollte man in der Zeit des Kalten Krieges, wie manche Autoren glauben, die Westmächte nicht in Verlegenheit bringen. ...
Seit Anfang 1942 unterschieden Briten und Amerikaner nicht mehr zwischen militärischen und zivilen Zielen und praktizierten flächendeckende Bombenangriffe gegen Deutschland. Sie hofften, den deutschen "Sozialkörper", besonders die Arbeiterschaft, zu brechen.
Luftmarschall Harris betonte 1943, daß England "die deutschen Städte und ihre Einwohner auslösche". Deutschland sollten, verkündeten britische Offizielle, "die Eingeweide herausgerissen" werden. Churchill und Roosevelt billigten vorbehaltlos diese Strategie. Der britische Premierminister redete von "Ausrottung" und gedachte, "menschenleere Räume" zu schaffen. In den letzten sechs Monaten des Krieges, als die Entscheidung längst gefallen war, hagelten ebenso viele Bomben auf Deutschland wie in der gesamten Kriegszeit vorher. Jetzt erst sanken Städte wie Dresden, Würzburg und Potsdam in Schutt und Asche. ...
Der rein wissenschaftliche Ertrag von "Der Brand" mag eher dünn ausfallen. Doch wolle

Friedrich vor allem, darin sind sich die meisten Autoren einig, die Tragödie des sinnlosen Massensterbens und eine gemordete Stadtkultur betrauern. Andere wiederum befürchten, daß Friedrich, obwohl er über den Holocaust geforscht hat, dem "Geschichtsrevisionismus" und der "Aufrechnung" Vorschub leiste.
Als extremes Beispiel hierfür darf der konservative britische Autor C. Barnett gelten. "Nun hat sich Jörg Friedrich diesem gefährlichen Pack von Revisionisten angeschlossen, die Großbritannien einen historischen Dolch in den Rücken stoßen".
Hans-Ulrich Wehler unterstellt Friedrich, dieser wolle das jahrelange Bombardement als "Unikat" des Massenmordens interpretieren, betrachte es isoliert vom übrigen Kriegsgeschehen und betreibe einen "modischen Opferkult", indem er Holocaust und Luftkrieg semantisch gleichsetze. So bezeichne Friedrich Bomberpiloten als "Einsatzgruppen" und Keller als "Krematorien".
Darf man derartige Vergleiche prinzipiell nicht anstellen? Die Vernichtung der Städte erfolgte in erster Linie durch "Feuerstürme", die Brandbomben verursacht hatten. Der Luftkrieg basierte auf der "Wissenschaft vom Feuer".
Klug und ausgewogen argumentiert die Schriftstellerin Cora Stephan. Friedrich relativiere nicht, sondern erzähle einfach nur Tatsachen, ohne sie explizit "verbrecherisch" zu nennen. Es sei absurd, eine Barbarei gegen die andere aufwiegen zu wollen. Aber Friedrich mache klar, daß die einstigen Sieger ihre Verstrickungen in schweres Unrecht ebenso zu bewältigen hätten. Diese Gedächtnislücke sei zu schließen, damit Europa ein "gemeinsames Fundament" erhalte. ...<<
Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den anglo-amerikanischen Luftkrieg gegen Deutschland (x887/...): >>… Preußen sollte auch mit dem britischen Luftangriff auf Potsdam am 15. April 1945, nur wenige Tage vor Ende des Krieges, getroffen werden. Die Zerstörung Potsdams war ohne die geringste militärische Bedeutung. Sie sollte den kulturellen Kern Preußens zerstören. Potsdam war die preußischste Stadt der preußischen Könige, die Stadt entsprach im Tiefsten ihres Wesens dem preußischen Staat. Holland, Italien, Frankreich und England, die Antike, Renaissance, aber auch Rußland und selbst der Islam waren in der Stadtarchitektur mit Bauten und Nachbauten vertreten. Aus dieser kulturellen und geistigen Fülle ist in Preußen eine Einheit geworden.
Das Fremde zu integrieren und es der Entwicklung Preußens dienlich zu machen, hat keine Stadt so repräsentiert wie Potsdam. Das wußte die britische Führungsschicht, deshalb mußte Potsdam nur wenige Tage vor Ende des Krieges als Kulturdenkmal zerstört werden. Der Angriff auf Potsdam, es war ein Akt kultureller Barbarei, bewies die gleiche militärische Unsinnigkeit wie der Angriff auf Dresden im Februar 1945. Wie glücklich kann sich die Welt heute schätzen, daß sich deutsche Offiziere eingedenk ihrer preußischen Tradition trotz gegenteiliger Befehle bemüht haben, Rom und Paris vor der Zerstörung zu bewahren.
Aus der Tatsache, daß die deutsche Zivilbevölkerung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Angesicht ihrer brennenden und ausgebombten Häuser, vielleicht sogar im Angesicht ihrer durch Bomben getöteten Kinder oder Familienangehörigen sich nicht an abgesprungenen feindlichen Bomberpiloten vergriffen und keine Lynchjustiz verübt hat, läßt mehr über die Deutschen erkennen, als aus den von einer aufgehetzten SS-Minderheit auf Befehl verübten Grausamkeiten an jüdischen Menschen.
Der höchstdekorierte amerikanische Jagdflieger, der spätere General Chuck Yeager berichtete in seinen Kriegserinnerungen, daß den US-amerikanischen Jagdfliegern im Herbst 1944 der Befehl erteilt wurde, auf alle sich bewegenden Zivilisten zu schießen und zwar mit der Begründung, mit der Terrorisierung der Zivilbevölkerung sollte ihr Widerstandswille gebrochen werden. Der General schreibt, dieser Befehl war grausam, und doch gehorchten wir alle und

schossen auf wehrlose Menschen. …<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Januar 2007 über das Buch "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" des deutschen Historikers und Autors Jörg Friedrich: >>Das Buch von Jörg Friedrich "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" ist nun in einer englischen Übersetzung erschienen. ...
Friedrichs Vorwurf, Churchill und Harris hätten sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht, stößt in der Mehrheit der britischen Historiker auf wenig Gegenliebe und irritiert selbst jene, die das Bombardement für einen schweren Fehler halten. Der Kriegshistoriker und Journalist Max Hastings konzediert zwar, daß alle Details der verheerenden Wirkung der Flächenbombardements von Jörg Friedrich korrekt beschrieben seien. Aber er werde "mißtrauisch", wenn der Autor von "Kriegsverbrechen" spreche. Auch andere wittern Unrat. Die Geschichtsforscher Corelli Barnett und Anthony Beevor fürchten, Friedrich beabsichtige, die Verbrechen Hitlerdeutschlands mit dem Bombenkrieg der Alliierten gleichzusetzen.
Der Schriftsteller Ian Buruma wiederum hatte vor ein paar Jahren noch Deutschlands Umgang mit der eigenen Schuld als vorbildlich bezeichnet, insbesondere im Vergleich zu Japan. Bereits nach Erscheinen der deutschen Ausgabe von Friedrichs Buch stellte Buruma indes die Frage, warum die Linke in Deutschland auf einmal so wild darauf sei, das Thema zu wechseln; jahrzehntelang hätte sie doch - und er meinte damit auch Günther Grass - das Leiden der Deutschen ignoriert oder verdrängt.
Deutsches Leid aufzuarbeiten sei überfällig gewesen, sagte David Cesarani, einer der führenden Holocaustforscher des Landes, bereits vor fünf Jahren. Er forderte deutsche Geschichtswissenschaftler auf, die Greueltaten der Roten Armee und die Verbrechen während der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten zu ihrem Thema zu machen. Nun, spätestens mit dem Buch von Jörg Friedrich, der sich bis dahin der Aufarbeitung deutscher Verbrechen während der Nazizeit gewidmet hatte, sind diese Ereignisse enttabuisiert worden. ...<<
Die "Badische Zeitung" berichtete am 22. November 2014: >>**Blindgänger: Tausende Fliegerbomben liegen noch unter der Erde**
Deutschland ist Bombenland. Fast 70 Jahre nach Kriegsende liegen noch abertausende Blindgänger im Boden. ...
Es ist ein drückender Sommertag vor fünf Jahren, als Baggerfahrer Georg Neumaier auf ein mit Dreck verschmiertes Etwas stößt. Kies hatte er hier im Freiburger Westen eigentlich erwartet, Erde natürlich, aber doch nicht das, was jetzt ein paar Meter vor ihm auf der Schaufel liegt. Es dauert ein paar Sekunden, bis er versteht, was er ausgebuddelt hat. Seine Augen werden groß, sein Blick weicht nicht von diesem Objekt, das so aussieht wie eine, na ja, eine Bombe? Er steigt von seinem Bagger, geht ein paar Schritte in Richtung Schaufel, inspiziert sie. Die Gewißheit kommt schnell. Das, was so aussieht wie eine Bombe, ist auch tatsächlich eine. Er klettert zurück auf den Bagger, schaltet den Motor aus, plötzlich ist alles still. Dann rennt er ins Büro, alarmiert die Polizei. Eine Bombe, Wahnsinn.
Später sagt man ihm, daß er einen 500-Kilogramm schweren Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg aus dem Boden gefördert hat, einen Mords-Brummer. Daß das Ding scharf war. Daß er gewaltiges Glück hatte. Was alles hätte passieren können! Daran muß er heute noch häufig denken. Im Januar dieses Jahres fehlte einem Baggerfahrer in Euskirchen dieses Glück. Er war gerade damit beschäftigt, Bauschutt zu zerkleinern, als der Greifarm seines Gefährts auf einen Blindgänger stieß – und diesen zur Explosion brachte. Deren Wucht tötete den Familienvater auf der Stelle und verletzte mehrere Menschen im Umkreis.
In Deutschland herrscht bizarre Sorglosigkeit, wenn es um Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg geht. Die explosive Altlast liegt unter unseren Füßen, sie wird von Jahr zu Jahr gefährlicher, aber niemanden kümmert das. Dabei vergeht keine Woche, ohne daß irgendwo in der Bundesrepublik ein Blindgänger auftaucht. Meist ist es ein Zufallsfund. Und oft ist es pu-

res Glück, daß die Bombe nicht auch anrichtet, wofür sie dereinst gebaut worden ist: Häuser zerstören, Menschen töten.
Auch unter dicht besiedelten Großstädten schlummern solche Gefahren. Selbst gut besuchte Volksfeste wie der Dom in Hamburg und das Oktoberfest in München finden wahrscheinlich auf Bombenboden statt. Diesen beunruhigenden Verdacht legen Luftbilder aus dem Zweiten Weltkrieg nahe. Und bereits geborgene Blindgänger bestätigen es.
In Südbaden wurde während des Zweiten Weltkriegs besonders Freiburg stark bombardiert. Nächste Woche jährt sich der tödliche Angriff zum siebzigsten Mal. Die Stadt erinnert sich an die Toten, die Trauer, die Zerstörung. Und nebenbei wird ins Gedächtnis gerufen, welche Geschosse immer noch unter der Stadt liegen. Zuletzt fanden Bauarbeiter im Sommer 2012 einen Blindgänger auf dem Schulhof der Merianschule am nördlichen Ende der Altstadt. Ein Zufallsfund.
Präventiv nach den tödlichen Geschossen gesucht wird in Deutschland selten. Vor Blindgängern verschließt der Staat konsequent die Augen. Nach dem Motto: Was liegt, liegt. Solange es keinen begründeten Verdacht gibt, existiert auch keine Gefahr. Und damit für die Behörden kein Handlungsbedarf. Es ist ein Spiel auf Zeit.
Denn auch unentdeckt bleiben all die Minen, Bomben und Granaten unter deutschen Städten real. Das weiß niemand besser als der Kampfmittelexperte Wolfgang Spyra von der Technischen Universität Cottbus. Er hatte einen europaweit einzigartigen Lehrstuhl für Altlasten inne, bis dieser vor drei Jahren aufgelöst wurde. "Die Gefahr, die von Blindgängern ausgeht, wird allgemein unterschätzt", sagt er. Es sei außerordentliches Glück, daß bisher nur wenige Menschen verletzt oder getötet worden seien. Womöglich ist das der Hauptgrund, warum die Deutschen sich nicht darum scheren, was unter ihnen liegt.
Rund 1,4 Millionen Tonnen hochexplosives Material warfen Briten und Amerikaner im Zweiten Weltkrieg auf das Deutsche Reich ab. Dabei wurden etwa 160 Städte und 850 kleinere Orte aus der Luft angegriffen. Schwerpunkte waren Berlin, Hamburg, Köln und das Ruhrgebiet. Auf Baden-Württemberg fielen 90.000 bis 100.000 Tonnen Kampfmittel, die Hälfte davon auf die großen Industriezentren Mannheim und Stuttgart. Wie viele Bomben auf Südbaden abgeworfen wurden, weiß niemand genau. Aber es werden in ganz Baden-Württemberg noch Tausende Blindgänger im Erdreich vermutet.
Warum sie nicht explodiert sind? Je nach Angriffsziel setzten die Alliierten unterschiedliche Abwurfmunition ein. Auf deutsche Städte wurden hauptsächlich Sprengbomben abgeworfen. Wenn sie zündeten, deckte die Druckwelle die Dächer ganzer Häuserblocks ab. In die freigelegten Dachstühle warf man schließlich Brandbomben ab, und ein tödlicher Feuersturm breitete sich aus.

Besonders perfide war die Wirkung von Langzeitzündern

Der Zünder sollte die Detonation einer Bombe hinauszögern, von wenigen Minuten bis zu mehreren Tagen, wenn die Zivilbevölkerung wieder aus Kellern und Bunkern hervorgekommen war. Ziel war es, mit Explosionen ohne Vorwarnung die Moral der Menschen endgültig zu brechen. Am häufigsten wurden dafür chemische Zeitzünder eingesetzt. Sie bestehen aus einer mit Aceton gefüllten Glasampulle und einem Zelluloidplättchen, das eine gespannte Feder zurückhält. Gedacht war das so: Zerbrach das Glas, begann ein chemischer Zersetzungsprozeß, das Aceton zerfraß das Plättchen langsam. Konnte es die Feder nicht mehr halten, schnellte sie mit einem Metallbolzen in Richtung Sprengstoff – die Bombe explodierte.
Blieb aber die Glasampulle intakt oder zersetzte sich das Zelluloidplättchen nicht, wurde aus der Bombe ein Blindgänger. Die Blindgängerquote der hochempfindlichen Langzeitzünder lag bei 15 Prozent. Was damals Glück war, ist heute ein Problem.
Hunderttausende scharfe Bomben aus britischer und amerikanischer Produktion vermuten Experten noch im deutschen Untergrund. Jedes Jahr explodieren ein bis zwei Bomben mit

Zeitzünder ohne Vorwarnung – zum Beispiel 2011 an einem Radweg in München und 2013 auf einer Wiese in Buseck bei Gießen. Je länger die Bomben unter uns liegen, desto gefährlicher werden sie. Sprengstoff rostet nicht. Aber wo sind sie? Und warum birgt und entschärft man sie nicht endlich?

Sprengstoff rostet nicht – die Bomben können jederzeit explodieren

Eine systematische Suche scheitert an den horrenden Kosten, aber auch am Allgemeinen Kriegsfolgengesetz, das eine paradoxe rechtliche Situation schafft. Demnach kommt der Bund einzig für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf. Das bedeutet: Bei Bombenfunden ist die Nationalität des Sprengkörpers entscheidend. Für – selten gefundene – deutsche Bomben zahlt der Bund, für amerikanische und britische nicht. Deshalb fühlt sich niemand verantwortlich, das ganze Land nach Blindgängern abzusuchen. So sind die Kampfmittelräumer lediglich zuständig für Bergung, Entschärfung und Entsorgung von zufällig gefundenen Blindgängern – nicht aber für eine systematische, vorbeugende Suche. Bombenexperte Wolfgang Spyra schimpft: "Diese Regelung ist grotesk."

Bomben sind Ländersache. Deshalb unterhalten die meisten Länder einen eigenen Kampfmittelräumdienst. Vor drei Jahren versuchte der Bundesrat, die Gesetzeslage zu ändern und den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag ab. Begründung: kein Geld. Für Einsätze von Polizei und Feuerwehr kommen in der Regel die Kommunen auf. Für den Rest haftet der Grundeigentümer – etwa für die Schäden durch eine kontrollierte Sprengung, wenn also keine Entschärfung möglich ist und sofern es sich nicht um eine deutsche Bombe handelt. Da ist eine gute Gebäudeversicherung ratsam.

In manchen Städten wie Hamburg sind die Bauherren verpflichtet, ihre Grundstücke vorsorglich nach Kampfmitteln abzusuchen, ehe sie nur einen Stein bewegen. Die Kosten hierfür sind hoch und können manche Bauvorhaben ganz gefährden.

Deshalb meiden manche Investoren stark bombardierte Flächen und bauen lieber woanders an. "Das ist ein Witz. Der Bürger muß Verantwortung übernehmen, die der Staat nicht übernimmt", sagt Spyra. Die meisten Deutschen wüßten von dieser bizarren Rechtslage nichts. Im Gegenteil: Wenn der Kampfmittelräumdienst anrücke und eine Bombe entschärfe, seien sie äußerst dankbar. "Die Anwohner denken: Alles gut gegangen, der Staat kümmert sich um die Sicherheit seiner Bürger." Auf die Frage, wie lange es beim derzeitigen Tempo dauern werde, bis Deutschland bombenfrei sei, antwortet er: "Generationen ist wohl die richtige Formulierung."

In Baden-Württemberg ist das prophylaktische Absuchen von Kampfmitteln auf Grundstükken Privatsache. Es existiert kein Gesetz, vor dem ersten Spatenstich eine Neubau-Fläche nach möglichen Bomben abzusuchen. Lediglich die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft schreibt vor, eine Kampfmittel-Expertise einzuholen. Sonst kann der Versicherungsschutz erlöschen.

Um nach Jahrzehnten noch festzustellen, wo in Deutschland Blindgänger liegen, bedarf es umfangreicher Recherchen. Stark bombardierte Städte leisten sich dafür sogenannte Abteilungen für Gefahrenerkundung, die mit Hilfe historischer Luftbilder Fliegerbomben aufzuspüren versuchen. Die Idee dahinter: Je mehr Sprengkörper auf einen Ort niedergingen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, Blindgänger zu finden. Experten sind in der Lage, auf diesen Luftbildern Einschlagkrater zu erkennen und dadurch besonders gefährdete Gegenden zu lokalisieren. Zudem ist eine bereits gefundene Bombe ein starkes Indiz dafür, daß noch weitere im Boden schlummern. Schließlich werden alle Verdachtspunkte in eine Karte eingetragen.

Auch Baden-Württemberg unterhält in Stuttgart eine Abteilung für Luftbildauswertung. Fünf Mitarbeiter suchen Aufnahmen der Alliierten nach Blindgängern ab, einer davon ist der Freiburger Thomas Mertens. Mertens weiß, welche Flugrouten die Alliierten wählten, um Freiburg zu treffen; und er weiß, daß es in einem anderthalb Kilometer breiten Streifen von Bet-

zenhausen-Lehen bis zum Schloßberg (darunter viele Wohngebiete) besonders viele Bomben hagelte. Derzeit laufen die Vorbereitungen, um im Frühjahr vier Blindgänger unter der B 3 bei Gundelfingen zu bergen. Bis dahin läuft der Verkehr weiter. Angst müsse man nicht haben, sagen die Behörden.
"Es ist schon wichtig, daß niemand verrückt gemacht wird", sagt Wolfgang Müller von der Luftbilddatenbank Dr. Carls in Estenfeld bei Würzburg, die historische Luftaufnahmen aus britischen und amerikanischen Archiven besorgt und sie an deutsche Behörden weiterverkauft. Verdrängt werden dürfe das Problem allerdings nicht.
Etwa die Hälfte aller verfügbaren Aufnahmen seien mittlerweile geborgen, schätzt Müller, zwei Millionen weitere noch nicht. Die Länder seien recht unterschiedlich an der Gefahrenerkundung von oben interessiert. Als vorbildlich bezeichnet Müller Hamburg, das alles, was bekannt sei, aufgekauft habe. Bayern hingegen habe bis heute ein Drittel der verfügbaren Aufnahmen nachgefragt und sei bis zum Jahr 2006 kaum interessiert gewesen.
Penibel haben die Alliierten ihre Bombardierungswellen auf deutsche Städte dokumentiert. Ihre Pläne verzeichnen nicht nur die Angriffsziele der Luftwaffe, sondern auch die sichtbaren Schäden. Allein aus Luftaufnahmen auf Blindgänger zu schließen ist eine Kunst für sich, das Ergebnis nicht immer eindeutig. Deshalb geben die Angriffspläne des ehemaligen Feindes wertvolle Hinweise auf bisher unentdeckte Bomben.
Der Hamburger Feuerwerker Peter Bodes ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Kampfmittelräumdienste. Er weiß zwar, wie die Bomben ticken, aber auch er weiß nicht, wo. Bodes versteht nicht, warum sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt. "Nach unserer technischen Auffassung gehen die Bomben mit Langzeitzünder irgendwann alle hoch", sagt er. Deshalb müsse man versuchen, "den Mist endlich aus dem Boden zu holen". Das sei aufwendig, aber möglich.
Die Auswertung von Luftbildern und historischen Archivalien ist also der wichtigste Schritt, um Blindgänger systematisch aufzuspüren. Erhärtet sich ein Verdacht, wird die fragliche Stelle mit Metalldetektoren und Magnetometern abgesucht. Das erfordert Fachwissen: Da vor allem in der Nachkriegszeit Löcher im Boden mit Schutt und Schrott zugeschüttet wurden, können die Signale der Detektoren auch mal von alten Kohleöfen herrühren. Je tiefer ein Sprengkörper liegt, desto schwieriger ist er zu ermitteln.
Eine einzige Stadt in der ganzen Bundesrepublik versucht seit einigen Jahren, die Gefahr aus dem Boden endgültig zu beseitigen. Es handelt sich um Oranienburg. Auch hier mußte erst eine öffentliche Debatte für den nötigen Druck sorgen, aber jetzt wird dort etwas getan. Als Rüstungsstandort war die Kleinstadt nördlich von Berlin Ziel intensiver Angriffe. Vor sechs Jahren hat Altlasten-Professor Wolfgang Spyra ein Gutachten über die Gefahr im Oranienburger Untergrund verfaßt: Über 300 scharfe Bomben sollen aktuell noch im Boden des Stadtgebiets liegen. Nach diesen Blindgängern wird nun systematisch gefahndet, um sie unschädlich zu machen.
Eine solche Suche ist in Baden-Württemberg nicht geplant. Aber sie wäre möglich, wenn man das nötige Geld investierte. "Dann könnte man die Städte systematisch durcharbeiten und das Gros der Bomben bewältigen", sagt Luftbildauswerter Thomas Mertens. Das allerdings wird von Jahr zu Jahr riskanter.<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 11. Mai 2015 über den Luftkrieg der Alliierten:

>>**Die verheerenden Auswirkungen des Luftkriegs**

Der Luftkrieg der Alliierten hat während des Zweiten Weltkriegs nicht nur deutsche Großstädte in Ruinenlandschaften verwandelt. ...

Die Operation "Clarion"

Sogar in den kleineren Städten des Deutschen Reichs kann sich die Bevölkerung zu Beginn des letzten Kriegsjahres nicht mehr vor den Bombern sicher fühlen. Im Februar 1945 begin-

nen die Alliierten die Operation "Clarion". Eine Woche lang werden nicht mehr nur die bisherigen Ziele, sondern auch nahezu alle kleineren und mittleren Städte angegriffen. Sieben Tage später sind etwa 90 Prozent der deutschen Transportkapazität und Verkehrsknotenpunkte nicht mehr nutzbar.
Die Zerstörungen nahmen immer größere Ausmaße an. Inzwischen setzen die Alliierten auch vermehrt auf Sprengbomben, die für größere Schäden als Brandbomben sorgen und so den Wiederaufbau von Ruinen erschweren sollen. Die Zahl der total beschädigten Wohngebäude erhöht sich in den letzten Kriegsmonaten auf etwa 25.000 im Monat.
Selbst in kleineren Städten wie Düren, Hanau oder Giessen werden mehr als zwei Drittel der Wohnungen zerstört. So mußten sich in den letzten Kriegsmonaten nochmals Tausende von deutschen Zivilisten nächtelang in Kellern und Katakomben verschanzen, während sich der Zweite Weltkrieg unaufhaltsam seinem Ende näherte. Heute sind sich die meisten Historiker einig: Für den Ausgang des Krieges waren diese Bombardierungen weitgehend irrelevant.<<
Völkerrechtliche Konsequenzen: Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 - in Kraft seit dem 26. Januar 1910 - legte für Mittel zur Schädigung des Feindes sowie Belagerungen und Beschießungen des Feindes folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Zweiter Abschnitt: Feindseligkeiten
Erstes Kapitel: Mittel zur Schädigung des Feindes, Belagerungen und Beschießungen
Artikel 22 Die Kriegführenden haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.
Artikel 23 Abgesehen von den durch Sonderverträge aufgestellten Verboten, ist namentlich untersagt:
a) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen,
b) die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres,
c) die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat,
d) die Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird,
e) der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen,
f) der Mißbrauch der Parlamentärflagge, der Nationalflagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes sowie der besonderen Abzeichen des Genfer Abkommens,
g) die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird,
h) die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer Klagbarkeit. Den Kriegführenden ist ebenfalls untersagt, Angehörige der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land zu zwingen; dies gilt auch für den Fall, daß sie vor Ausbruch des Krieges angeworben waren.
Artikel 24 Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.
Artikel 25 Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.
Artikel 26 Der Befehlshaber einer angreifenden Truppe soll vor Beginn der Beschießung den Fall eines Sturmangriffs ausgenommen, alles was an ihm liegt tun, um die Behörden davon zu benachrichtigen.
Artikel 27 Bei Belagerungen und Beschießungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für

Kranke und Verwundete soviel wie möglich zu schonen, vorausgesetzt, daß sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden. Pflicht der Belagerten ist es, diese Gebäude oder Sammelplätze mit deutlichen besonderen Zeichen zu versehen und diese dem Belagerer vorher bekanntzugeben.
Artikel 28 Es ist untersagt, Städte oder Ansiedelungen, selbst wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben. ...<<
Nach der damals gültigen Haager Landkriegsordnung von 1907 waren Angriffe gegen unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnungen oder Gebäude, die nicht im direkten Angriffsbereich einer kämpfenden Truppe lagen, ausdrücklich verboten.
Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen.
Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts, wie z.B. Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, juristisch zu untersuchen und zu ahnden.
Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribunale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.
Schlußbemerkungen: Ein ehemaliger britischer Offizier, der dem Bund englischer Kriegsdienstverweigerer beigetreten war, erklärte bereits am 5. Januar 1937 (x172/78): >>... Was macht es für einen Unterschied, 500 Babys ins Feuer zu werfen oder aus Flugzeugen Feuer auf sie zu werfen?
Es gibt keinen.<<
Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die unterschiedslosen britischen und nordamerikanischen Flächenbombardements gegen unverteidigte deutsche Städte und die Wohngebiete der Zivilbevölkerung zweifellos völkerrechtswidrig.
Da Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit endlich durch den Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen juristisch zu prüfen und die Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Rechenschaft zu ziehen, denn das Völkerrecht gilt für alle Völker
Straßennamen und andere öffentliche Bezeichnungen mit den Namen der Verantwortlichen dieser völkerrechtswidrigen britischen und nordamerikanischen Flächenbombardements, wie z.B. Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt, Harry S. Truman und andere Kriegsverbrecher der Siegermächte, sollten in der Bundesrepublik Deutschland sofort entfernt werden.

Das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944
Im Führerhauptquartier "Wolfsschanze", bei Rastenburg in Ostpreußen, scheiterte am 20. Juli 1944, um 12.42 Uhr, ein Bombenattentat auf Hitler.
Spätestens ab 1941/42 hatten die meisten politischen und militärischen Widerstandskämpfer erkannt, daß Hitler das gesamte Deutsche Reich zugrunde richten würde. Im Jahre 1944 war die Beseitigung Hitlers längst überfällig, denn angesichts der hoffnungslosen militärischen

Lage mußte der Umsturzversuch unverzüglich erfolgen, wenn man die vollständige Zertrümmerung des gesamten Landes verhindern wollte. Da die NS-Diktatur nur durch einen gewaltsamen Putschversuch beseitigt werden konnte, benötigte die deutsche Widerstandsbewegung unbedingt die Unterstützung der deutschen Wehrmacht.
Zuerst mußte man Hitler "erledigen", danach sollte die Wehrmacht alle wichtigen Leiter und Führer der Gestapo, SS, SD und anderen NS-Organisationen verhaften oder sofort liquidieren.
Anschließend beabsichtigte die provisorische deutsche Reichsregierung, unter der Führung von Generaloberst Beck, einen Waffenstillstand mit den westlichen Alliierten abzuschließen, um das Deutsche Reich vor der völligen Vernichtung zu bewahren.
Das Hitler-Attentat vom 20.07.1944 wurde bereits seit 1941 durch eine Gruppe von deutschen Offizieren und bürgerlich-konservativen Widerstandskämpfern geplant. Aus unerklärlichen Gründen war jedoch kein Offizier bereit, Hitler persönlich zu töten, so daß der sorgfältig geplante Umsturzversuch schließlich kläglich scheiterte.
Vor einer Lagebesprechung deponierte von Stauffenberg, ein Führer der "Verschwörung Walküre" am 20.07.1944, um 12.40 Uhr, eine Bombe in seiner Aktentasche im Sitzungsraum des Führerhauptquartieres in Rastenburg/Ostpreußen. Da die Bombe mit einem Zeitzünder ausgestattet war, konnte sich von Stauffenberg unauffällig entfernen.
Hitler überlebte aber auch dieses Attentat, wie die rd. 40-50 Attentate vorher, dank glücklicher Umstände und fast unheimlicher Fügungen. Nur weil ein anwesender Offizier Stauffenbergs Aktentasche zufällig auf die andere Seite des schweren Kartentisches schob, kam Hitler mit dem Leben davon. Bei der Explosion um 12.42 Uhr wurden 4 Wehrmachtsoffiziere getötet und 7 weitere Offiziere schwer verletzt bzw. furchtbar verstümmelt, während Hitler lediglich leicht verletzt wurde. Der Führer erlitt nur leichte Verbrennungen am Hinterkopf, Verletzungen am Trommelfell und Schnittwunden an den Beinen.
Am 20.07.1944, um 18.45, informierte das NS-Regime bereits per Rundfunk über das gescheiterte Attentat (x033/508): >>... Auf den Führer wurde heute ein Sprengstoffanschlag verübt ... Der Führer selbst hat außer leichten Verbrennungen und Prellungen keine Verletzungen erlitten. ...<<
Da Hitler das Attentat lebend überstand, waren natürlich sämtliche Planungen der deutschen Widerstandsbewegung hinfällig. Die Putschversuche in Berlin und in Paris endeten im totalen Chaos. Hitler befahl umgehend, an den Verschwörern grausame Rache zu nehmen. Noch am 20.07.1944 wurden Oberst von Stauffenberg, Leutnant Werner von Haeften, General Friedrich Olbricht und Oberst Albrecht Merz von Quirnheim in Berlin von Wehrmachtsoffizieren verhaftet und um 22.50 Uhr im Hof der Bendlerstraße, ohne Gerichtsprozeß, standrechtlich erschossen. Generaloberst Beck wurde nach einem mißglückten Selbstmordversuch um 23.30 Uhr erschossen.
Am 1. August 1944 verfügte Hitler für die Familienangehörigen der führenden Verschwörer die sog. "Sippenhaft" und ließ sie inhaftieren.
Im Zusammenhang mit dem "Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944" verloren insgesamt ca. 5.000 verdächtige Deutsche ihr Leben - davon waren etwa 180-200 Direktbeteiligte des 20. Juli 1944 (x061/486).
Die Widerstandskämpfer, die den NS-Schergen lebend in die Hände fielen, wurden fast ausnahmslos von dem berüchtigten "Blutrichter" Freisler zum Tod verurteilt. Zahlreiche verurteilte "Landesverräter" mußten manchmal monatelang in Konzentrationslagern auf die Vollstreckung der Todesurteile warten. Einige Widerstandskämpfer wurden teilweise erst während der letzten Kriegstage hingerichtet, weil Hitler bzw. Himmler die Hinrichtungen persönlich anordneten.
Das tragische Scheitern des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 bedeutete nicht nur das Ende der demokratischen Widerstandsbewegungen, sondern vor allem die Ostdeutschen und alle

noch lebenden Juden waren jetzt endgültig rettungslos verloren.
Die deutsche Geschichte und das Schicksal der deutschen Ostprovinzen hätten vielleicht noch einen wesentlich anderen Verlauf genommen, wenn dieser Militärputsch gegen Hitler und seine NS-Anhänger erfolgreich verlaufen wäre. Aufgrund der alliierten Beschlüsse und Pläne hätte das Deutsche Reich zwar kaum bessere "Friedensbedingungen" erhalten, aber mehrere Millionen Menschen wären wahrscheinlich nicht umgekommen, sondern am Leben geblieben.

Keine Unterstützung für die demokratische Widerstandsbewegung
Den deutschen Widerstandskämpfern mangelte es damals nicht an Mut und Selbstaufopferung, sondern es fehlte vor allem die ausländische Unterstützung. Während fast alle europäischen Staaten und die USA die verbrecherische NS-Diktatur jahrelang politisch sowie wirtschaftlich anerkannt bzw. unterstützt und aufwertet hatten, erhielten die demokratischen deutschen Widerstandsbewegungen bis zum Kriegsende fast keine Hilfe aus dem Ausland.
Schon vor dem Kriegsausbruch versuchten die demokratischen Widerstandsbewegungen mehrfach vergeblich, britische Unterstützung zu erhalten, um Hitler zu stürzen. Der Diplomat Trott zu Solz bemühte sich jahrelang, britische und nordamerikanische Politiker für die deutsche Widerstandsbewegung zu gewinnen. Im Mai 1942 nahm die deutsche Widerstandsbewegung über den britischen Bischof George Bell von Chichester (einer der wenigen unermüdlichen Helfer der demokratischen deutschen Widerstandsbewegung) geheime Verhandlungen mit der britischen Regierung auf und bat um Hilfe. Der britische Außenminister Eden antwortete dem Bischof schließlich am 17. Juli 1942 schriftlich, daß es nicht im Interesse der Nation liege, den Hitler-Gegnern auch nur eine Antwort zukommen zu lassen (x025/137).
US-Präsident Roosevelt wollte vom deutschen Widerstand ebenfalls nichts hören und sehen. Jede Erwähnung der deutschen Widerstandsbewegung war ab 1942 im "Weißen Haus" in Washington offiziell "verboten" (x025/154). Am 21. September 1943 lehnte es Premierminister Winston Churchill vor dem britischen Unterhaus entschieden ab, die Deutschen den Italienern – hinsichtlich Befreiung aus Erniedrigung und Knechtschaft - gleichzustellen.
Der deutsche Theologe Paul Tillich, der sich damals in Nordamerika aufhielt, versuchte im März 1944 eine deutsche Exilregierung zu bilden. Da die US-Regierung diesen Plan ablehnte sowie jegliche Unterstützung verweigerte und fast alle Exil-Deutschen, wie z.B. auch Thomas Mann, ihre Mitarbeit verweigerten, scheiterten Tillichs Bemühungen schließlich kläglich.
Am 17. August 1944 teilte der britische Außenminister Eden dem Bischof George Bell von Chichester schriftlich mit, daß man die deutsche Widerstandsbewegung auch weiterhin nicht unterstützen würde (x103/349).
Der Widerstandskämpfer Carl Goerdeler schrieb später während seiner Haft über die fehlende Hilfsbereitschaft der Alliierten (x103/358): >>Und was tatet Ihr, als die ersten Notschreie an Euer Ohr drangen? Was taten Eure Regierungen? Sie besuchten und ehrten Hitler! Was Sie Hitlers Vorgänger versagt hatten, ließen sie ihn sich nehmen. ...<<
Das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde von den westlichen Alliierten entsprechend ablehnend kommentiert.
Die "New York Times" berichtete am 9. August 1944 über das "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 (x025/130): >>... Die Einzelheiten des Attentats erinnerten eher an die Atmosphäre der finsteren Verbrecherwelt ... Sie verwirklichten ihren Plan mit einer Bombe, der typischen Waffe der Verbrecherwelt ...<<
Die New Yorker Zeitung "Herold Tribune" berichtete am 9. August 1944 über das "Hitler-Attentat" vom 20. Juli 1944 (x103/347): >>... Sollen doch die Generäle den Gefreiten umbringen oder ungekehrt, der Tod beider Seiten wäre vorzuziehen.<<
Die Londoner Tageszeitung "The Times" berichtete damals über das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 (x106/359): >>... Sind es nicht die gleichen Männer, die sich der na-

tionalsozialistischen Bewegung als Mittel zur Weltherrschaft bedienen wollten? Die gleichen, die Hitler getreulich dienten, solange alles gut ging?
Sie lehnen sich nicht gegen den Krieg auf, sondern nur gegen den Mißerfolg.<<
Der "Manchester Guardian" berichtete damals über das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 (x106/359): >>... Um der Zukunft willen mag es gut sein, daß die Verschwörung stattfand – und besser vielleicht noch, daß sie fehlschlug.<<
Das britische Informationsministerium begrüßte ebenfalls das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 (x106/359): >>... Hitlers Strategie stellt einen der größten Vorteile der Alliierten dar. Wir haben alles Interesse daran, ihn und seine Institution uns bis Kriegsende zu erhalten.<<
Der ehemalige Widerstandkämpfer Eugen Gerstenmaier schrieb am 31. März 1975 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x268/68): >>... Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die antideutsche Einstellung der westlichen Alliierten (x268/68-69): >>Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. In einer Studie … mit der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitlerwunders" vom 30. Juli 1944 heißt es wörtlich, das "glückliche Entkommen Hitlers" sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland ließe sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen.
In der Tat wäre es nach dem Sturz der Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die fehlende Unterstützung der Alliierten (x063/594): >>Es war eine Tragödie der Widerstandsbewegung, daß sie auch den alliierten Regierungen nicht genehm war.
Die Forderung nach bedingungsloser Übergabe, die Roosevelt, Churchill und General de Gaulle, als Führer des freien Frankreichs, auf der Konferenz von Casablanca, von 14. bis 26. Januar 1943, aufstellten, hat sich lähmend auf die Widerstandsbewegung ausgewirkt und der Goebbelsschen Propaganda, daß die Alliierten nicht den Sturz des Nationalsozialismus wünschten, sondern die Vernichtung Deutschlands, in die Hände gearbeitet.<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete am 16. Juli 1994 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über das gescheiterte Attentat vom 20. Juli 1944 (x887/...): >>**Alliierte waren sogar "erleichtert" über das Scheitern des Hitler-Attentats**
... Die Rooseveltschen Erklärungen in der sogenannten "Atlantik-Charta" vom 14. August 1941 mit dem Ziel der "endgültigen Zerstörung der Nazi-Tyrannei" und bei der Gründung der "United Nations" als Kriegsallianz gegen Deutschland am 1. Januar 1942 hatten die Annahme genährt, dem Westen ging es in seiner Auseinandersetzung mit dem Reich in erster Linie um die Bekämpfung und Austilgung des Nationalsozialismus. In diese Erwartung schien auch das entgegenkommende Verhalten der Westmächte gegenüber Italien zu passen.
Die Alliierten aber setzten Deutschland immer mehr mit einem Konzentrat von "wilden und brutalen Kräften, die die Welt zu unterwerfen suchen", wie es im "Washington-Pakt" vom 1. Januar 1942 hieß, gleich, was schließlich in die bekannte "Kreuzzugsidee" mündete. Entsprechend negativ war das Urteil der Alliierten über die Deutsche Wehrmacht und ihr Offizierskorps.
Als am Spätnachmittag des 20. Juli 1944 offenkundig wurde, daß Hitler das Attentat in der "Wolfsschanze" überlebt hatte und zum Gegenschlag ausholte, kommentierten die Anglo-Amerikaner das Scheitern des Unternehmens fast mit einer gewissen Erleichterung. Das dokumentiert ein "OSS-Geheimbericht" vom 30. Juli 1944. Unter der Überschrift "das beste Er-

gebnis des Hitler-Wunders" überliefert er die freimütige Einschätzung der Lage Deutschlands und der Alliierten.
Danach sprachen "die Leute, welche Deutschland und die Deutschen am besten kennen, über das glückliche Entkommen Hitlers" und kamen zu der Überzeugung, daß Hitlers Überleben ein Glücksfall für die Alliierten gewesen sei; und zwar deswegen, weil den "konspirierenden Generalen", die sich gegen Hitler erhoben hätten, danach keine Möglichkeit mehr geboten sei, den verlorenen Krieg allein Hitler anzulasten und selber bereits einen Revanchekrieg vorzubereiten.
Bestanden bislang noch Bedenken - besonders unter jüdischen Emigranten in den Vereinigten Staaten und in kirchlichen Kreisen -, das deutsche Volk unterschiedslos mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen und alle Deutschen für die Untaten der NS-Machthaber haftbar zu machen, schienen diese Hemmungen … nach dem mißlungenen Attentat überholt.
"Der Weg ist jetzt klar für die alliierte Besetzung Deutschlands auf nicht weniger als 25 Jahre - vielleicht soll sie 50 Jahre dauern", hieß nun die Parole. ...<<
Während der verhängnisvollen Hitler-Diktatur quälte das NS-Regime Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern zu Tode. In den Jahren 1933-1939 inhaftierten die Nazis vorübergehend ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche", davon waren ca. 500.000-600.000 politische Gefangene (x025/151).
In den Gestapo-Archiven lagerten wahrscheinlich etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580). In den deutschen Konzentrationslagern kamen ca. 100.000-150.000 politische Gefangene um (x025/151).
Von 1933-44 verurteilte das NS-Reichsjustizministerium zahllose politische "Staatsfeinde" zu langen Haftstrafen und ließ mindestens 11.881 Todesurteile vollstrecken (x049/115). Ab 1937 richtete das NS-Regime viele Delinquenten mit dem Fallbeil hin. Während der NS-Zeit wurden die nebenberuflichen Henker reiche Männer, denn für jede Hinrichtung gab es 300 RM. Bis zum Kriegsende ließ das NS-Regime wahrscheinlich insgesamt etwa 12.500 deutsche Widerstandskämpfer hinrichten.
Der britische Premierminister Winston Churchill, der während des Zweiten Weltkrieges ein entschiedener Gegner der deutschen Widerstandsbewegungen war, erklärte später nach dem Krieg im britischen Parlament (x049/117): >>In Deutschland lebte eine Opposition, die quantitativ durch ihre Opfer und durch eine entnervende internationale Politik (Casablanca) immer schwächer wurde, aber zu den Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker bisher hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne Hilfe von innen und außen – einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens.
Ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus. Wir hoffen auf die Zeit, in der das heroische Kapitel der inneren deutschen Geschichte seine gerechte Würdigung finden wird.<<
Der deutsch-amerikanische Historiker Prof. Hans Rothfels schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x025/155-156): >>Während alle sonstigen Untergrundbewegungen über Europa hin reichlich materielle wie psychologische Unterstützung erfuhren und sehr konkrete Belohnungen in Reichweite hatten, war die deutsche allein völlig auf ihre eigenen Kraftquellen angewiesen. Diese waren nur an der Oberfläche militärisch, im Prinzip war sie geistiger und religiöser Art. ...<<
Der deutsche Historiker und Philosoph Hans-Jochim Schoeps schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x215/9): >>Das Datum, an dem das alte Preußen zum letzten Mal sichtbar wurde, ist der 20. Juli 1944 gewesen. ...
Es war dies ein letzter Ausklang der sittlichen Idee dieses Staates. Die Männer der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus – Offiziere, Beamte, Gewerkschaftsführer -, die des Glockenspielmotivs der Potsdamer Garnisonskirche halber aufstanden, sind Blutzeu-

gen des wirklichen Preußentums in unserer Generation geworden.
Das Glockenspiel der Potsdamer Garnisonskirche lautete wie folgt:
"Üb immer Treu und Redlichkeit, /
bis an dein kühles Grab, /
und weiche keinen Finger breit /
von Gottes Wegen ab."
Fast alle klangvollen Familiennamen Preußens finden sich im Register der ... am Galgen Aufgehängten: Yorck und Moltke, Witzleben und Schulenberg, Schwerin und Stülpnagel, Dohna und Lehndorff ...<<

Schlußbemerkungen: Die demokratische deutsche Widerstandsbewegung konnte das NS-Terror-Regime zwar nicht beseitigen, aber sie leistete einen ungemein wichtigen Beitrag, um die erbärmlichste Epoche der deutschen Geschichte zu überwinden. Innerhalb der Widerstandsbewegung spielten besonders der Glaube und die Religion eine außerordentliche Bedeutung. Für die meisten deutschen "Patrioten" war es schließlich nur noch ein Bußgang für das mit Schande und Schuld besudelte Vaterland.
Trotz aller Fehler und Mißverständnisse der deutschen Widerstandsbewegung sollte man nicht vergessen, daß es ungeachtet des lebensbedrohlichen NS-Terrors in Deutschland überall Menschen gab, die sich durch vorbildliche Tapferkeit auszeichneten und letzten Endes auch bereit waren, für ihre moralische Grundhaltung zu sterben. Diese Widerstandskämpfer hatten verstanden, daß aufrichtiges Nationalgefühl und wahres Christentum überall dort vorhanden ist, wo Menschen bereit sind, trotz großer persönlicher Gefahren Widerstand zu leisten.
Obgleich die westlichen Alliierten die deutsche Widerstandbewegung jahrelang mißachteten und verleugneten, verdienen alle aufrechten, kritischen und mutigen Widerstandskämpfer, die ihr Leben im Kampf für freiheitliche demokratische Grundrechte und die Ehre der deutschen Nation opferten, unseren Respekt und angemessene Wertschätzung.

Die Lage östlich der Oder-Neiße-Linie 1944/45

Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie: Anfang 1944 bis Dezember 1944

Überlegene Truppen der Roten Armee, die seit Mitte 1943 auf einer Breite von ca. 1.000 km unaufhaltsam nach Westen stürmten, erreichten bereits am 4. Januar 1944 die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien.
Die deutschen Wehrmachtstruppen mußten sich damals an fast allen Fronten fluchtartig zurückziehen. Infolge der verlustreichen Abwehr- und Rückzugskämpfe wurde die Kampfkraft des Ostheeres unaufhörlich schwächer, denn die großen Menschen- und Materialverluste konnten schon längst nicht mehr ersetzt werden. Den deutschen Ostarmeen fehlten vor allem Waffen, Munition und Verpflegung. Die Nachschubprobleme wurden täglich bedrohlicher.
Generalfeldmarschall Erich von Manstein, "Heeresgruppe Süd", forderte ab Januar 1944 die Räumung des Dnjeprbogens, drastische Frontverkürzungen und Frontverlagerungen nach Westen. Von Manstein verlangte außerdem, daß man endlich einen "wirklich verantwortlichen Oberbefehlshaber" für die Ostfront einsetzen müßte. Diese Rückzugsforderungen und Änderungen des Oberbefehls lehnte Hitler jedoch kategorisch ab, denn angeblich würde kein anderer seine "überragende Autorität" besitzen.
Hitler blieb bis zur totalen Niederlage ein uneinsichtiger Fanatiker, der seine "strategischen Vorstellungen" ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzte. Hitlers unsinnige "Haltetaktik" und laienhafte Fehleinschätzungen brachten letzten Endes Tod und Verderben über das gesamte Ostheer.
Die Führerbefehle verursachten ständig militärische Katastrophen. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad 1942/43, Nordafrika 1943, Weißrußland 1944, Rumänien 1944, Ostpolen und im Baltikum 1945 richte-

ten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 Divisionen in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).
Genau 3 Jahre nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR begann am 22. Juni 1944 in Weißrußland, im Mittelabschnitt der Ostfront, die große sowjetische Sommeroffensive. Die Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Busch, mit rd. 400.000 Soldaten)- wurde von über 2.200.000 sowjetischen Soldaten der 1. Baltischen Front und der 1.-3. Weißrussischen Front - frontal angegriffen. An manchen Frontabschnitten griffen die Rotarmisten mit 10 bis 20facher Truppenüberlegenheit an und walzten die Verteidigungsstellungen der deutschen Truppen unaufhaltsam nieder.
Die 40 Divisionen der Heeresgruppe Mitte wurden von mindestens 150 sowjetischen Schützen- und 45 Panzerdivisionen, von einer vielfach überlegenen Artillerie und durch die Luftflotten der Roten Armee regelrecht zermalmt. Die abgekämpften deutschen Divisionen setzten sich zwar erbittert zur Wehr, aber sie konnten ihre Frontabschnitte nur kurzfristig verteidigen.
Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221).
Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.
Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler damals sogar noch mehrere kampfstarke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvasion der Westalliierten abzuwehren.
In Süd-Osteuropa mußten die deutschen Truppen Kreta, Griechenland und den Balkan räumen. Ab August bis zum November 1944 besetzte die Rote Armee Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und griff ab September 1944 die Slowakei sowie ab Oktober 1944 Ungarn an.
Obgleich ab August 1944 unaufhörlich sowjetische Truppentransporte vor der ostpreußischen und polnischen Grenze eintrafen, mußte das deutsche Ostheer im Herbst und Winter 1944 weitere kampferprobte Divisionen für die "Ardennenoffensive" und die Verteidigung Ungarns abtreten.
Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.

Reichs- und volksdeutsche Bevölkerung in den Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (in den Grenzen von 1937). Bevölkerungsstand vor der Flucht 1944/45 (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer):

	Einheimische Bevölkerung	1)	Bomben-evakuierte	Dienstver-pflichtete	Stand: Febr./März 1944
Ostbrandenburg	585.000		75.000	-	660.000
Ostpommern	1.761.000		100.000	-	1.861.000
Ostpreußen	2.319.000		200.000	-	2.519.000
Schlesien	4.268.000		450.000	-	4.718.000
Deutsche Ostprovinzen	8.933.000		825.000	-	9.758.000
	Einheimische Bevölkerung	1)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstver-pflichtete	Stand: Febr./März 1944
Memelland	129.000		-	5.000	134.000
Danzig	394.000		-	10.000	404.000
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	241.000		65.000	66.000	372.000
Reichsgau Wartheland	230.000		250.000	194.000	674.000
Ostoberschlesien	238.000		38.000	100.000	376.000
Generalgouvernement	80.000		-	100.000	180.000
Polnische Gebiete	1.183.000		353.000	470.000	2.006.000
	Einheimische Bevölkerung	2)	Bombenevakuierte	Dienstver-pflichtete	Stand: 1944/1945
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	3.000.000		125.000	475.000	3.600.000
	13.245.000		1.303.000	950.000	15.498.000
	Einheimische Bevölkerung	3)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstver-pflichtete	Stand: 1944/1945
Estland, Lettland und Litauen	153.000		- 130.000	-	23.000
Jugoslawien	470.000		- 110.000	-	360.000
Rumänien	719.000		- 215.000	-	504.000
Ungarn	543.000		-	-	543.000
Übrige Balkanstaaten	6.000		- 6.000	-	-
Baltikum und Balkan	1.891.000	3)	- 461.000	-	1.430.000
Ost-Mitteleuropa	15.136.000		842.000	950.000	16.928.000
Sowjetunion	1.500.000	3)	- 313.000	-	1.187.000
Insgesamt	16.636.000	4)	529.000	950.000	18.115.000

Quellen: 1) Statistische Berichte des Berliner Reichsamtes; "59. Zuteilung der Lebensmittelversorgung vom Februar/März 1944" (x001/5E,7E,8E).
2) "Lebensmittelzuteilungsperiode Januar 1945" (x004/17,18).
3) "Das Parlament" vom 03.09.1977 (x018/24.526). Nach anderen Quellen lebten 1944/45 ca. 1,5-2,0 Millionen (x026/104) bzw. rd. 2,1 Millionen Volksdeutsche in der Sowjetunion (x051/603).
4) Ohne zum Kriegsdienst eingezogene ost- und volksdeutsche Männer = 2.280.000 Soldaten. Die deutschen Ostgebiete und polnischen Gebiete stellten ca. 1.500.000, Sudetenland ca. 500.000, Jugoslawien ca. 80.000, Rumänien ca. 110.000 und in Ungarn rekrutierte man ca. 90.000 Soldaten.
Der "Deutsche Kirchliche Suchdienst" konnte u.a. bis zum 31.12.1980 insgesamt 18.637.957 Deutsche, die damals in den "Vertreibungsgebieten" lebten, namentlich erfassen (x025/74).
Hitlers Vernichtungsstrategie

Das gescheiterte Hitler-Attentat bzw. der überstürzte Aufstand vom 20. Juli 1944 entwickelte sich vor allem für die unbeteiligten Wehrmachtsbefehlshaber zu einer Katastrophe und verursachte verhängnisvolle Folgen. Infolge dieses Stauffenberg-Attentates stufte Hitler fast alle deutschen Militärbefehlshaber nur noch als Verräter und Saboteure ein.
Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 war das ohnehin angespannte Vertrauensverhältnis zwischen Hitler und der Wehrmachtsführung endgültig zerstört. Hitler verdächtigte damals fast alle Offiziere der Ostfront, mit den Verrätern des kommunistischen "Nationalkomitees Freies Deutschland" und dem "Bund Deutscher Offiziere" in Verbindung zu stehen. Die Niederlagen während des Ostkrieges waren nach Hitlers fester Überzeugung in erster Linie nur durch den permanenten Verrat der deutschen Generäle entstanden.
Hitler übertrug deshalb alle wichtigen Verteidigungsmaßnahmen an die NS-Gauleiter und andere unfähige NSDAP-Führer. Goebbels erhielt das Amt des Reichsbevollmächtigten für den "totalen Kriegseinsatz" und konnte danach die deutschen Wirtschaftsbetriebe noch besser bevormunden und kontrollieren.
Während fast alle NS-Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleiter später feige flüchteten, ließen die Wehrmachtsoffiziere ihre Soldaten und die hilflose Zivilbevölkerung grundsätzlich nicht im Stich - Ausnahmen waren lediglich Schörner und andere "NS-Offiziere". Die deutschen Wehrmachtsbefehlshaber blieben im allgemeinen bis zur Kapitulation auf ihren Posten und gingen danach mit ihren Männern in die Kriegsgefangenschaft. Im Zweiten Weltkrieg fielen insgesamt mehr als 200 deutsche Generäle als Soldaten. Mehr als 50 Wehrmachtsgeneräle begingen Selbstmord oder wurden wegen angeblicher Feigheit und Verrat durch das NS-Regime hingerichtet.
Der britische Historiker Hugh Trevor-Roper schrieb später über Hitler und die deutschen Generäle (x066/71): >>... Die Auffassung, Hitler wäre ... ein kosmisches Phänomen, das gewöhnlichen Grenzen nicht untersteht, wurde in Deutschland nicht allgemein geteilt. Sie wurde von den Generälen nicht geteilt, diesen dickköpfigen, unmystischen, militärischen Maschinen. Für sie war er nie mehr als ein niedriger Mensch von außergewöhnlicher Macht, der von ihrer Vorstellung von einem Genie weit entfernt war.
"Wenn ich mit ihm arbeitete", sagte Halder, von 1938-42 Generalstabschef des Heeres, der fähigste dieser Klasse, "hielt ich immer nach Anzeichen des Genius in ihm Ausschau. Ich bemühte mich sehr, ehrlich und unparteiisch und von meiner Antipathie gegen den Mann nicht verblendet zu sein.
Ich fand nie das Geniale, sondern nur das Teuflische in ihm." ...<<
Der deutsche Generalmajor a.D. und freie Journalist, Jochen Löser, schrieb später über die traditionellen Spannungen zwischen den deutschen Politikern und Offizieren (x099/76): >>... Besonders tragisch war und ist das Verhältnis zwischen verantwortlichen Politikern und Soldaten in der deutschen Geschichte.
So das Verhältnis von Seeckt zur Reichsregierung und das Verhältnis von Fritsch und Beck zu Hitler vor dem Zweiten Weltkrieg und das Verhältnis von Halder, Guderian, von Rundstedt und vielen anderen zu Hitler im Zweiten Weltkrieg.
Der 20. Juli war nur ein äußeres Zeichen dieser Spannung. Die "Domestizierung des Militärs" durch Hitler führte Deutschland in den Untergang, weil ihre fachmännischen Ratschläge nicht gehört wurden und infolgedessen die militärischen Mittel in keinem Verhältnis zu den überzogenen politischen Zielen standen. Der Wahn Hitlers, als "größter Feldherr aller Zeiten" die militärischen Fachleute beiseite zu stellen, führte zu Opfern auf beiden Seiten, wie sie die Welt noch nie zuvor hatte erleiden müssen.
Ganz frei von dieser Spannung ist auch heute das Verhältnis zwischen politischen und militärischen Führern nicht, weil die Militärs in falsch verstandener Loyalität Strategien und Theorien zustimmen, welche den politischen Zielen nicht angemessen sind. ...<<

Am 5. Oktober 1944 eröffnete die sowjetische Artillerie südlich von Schaulen ein stundenlanges Trommelfeuer gegen die deutschen Stellungen in Ostpreußen. Nachdem man die Front "sturmreif" geschossen hatte, brachen sowjetische Panzer- und Infanterietruppen durch die Abwehrlinien und stießen in Richtung Memel und Tilsit vor.
Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront katastrophale Folgen für die wehrlose ostdeutsche Zivilbevölkerung bringen würde.
Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrauten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.
Hitler, verhinderte damals bewußt die mögliche Rettung der Ost- und Volksdeutschen (x041/112). Falls man auch diesen Krieg verlieren würde, sollte das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden.
Hitler erklärte bereits während einer Rede am 27. November 1941 (x073/207): >>... Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug ist, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden. ...
Ich werde dann dem deutschen Volk keine Träne nachweinen.<<
Joseph Goebbels stellte im März 1943 fest (x051/220): >>... Vor allem in der Judenfrage sind wir so festgelegt, daß es für uns gar kein Entrinnen gibt.<<
Am 20. November 1943 verkündete Hitler in Breslau vor 20.000 Offiziersanwärtern (x033/-427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewänne, käme die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. ...
Bei diesem Krieg handele es sich um ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt:
Das Volk, das verliert, beendet sein Dasein!<<
Hitler bewies mit diesen Reden, wie gleichgültig ihm das Schicksal des deutschen Volkes war. Der Führer hatte längst entschieden, daß das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden sollte, falls man auch diesen Krieg verlieren würde.
Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).
Am 19. März 1945 erließ Hitler den Befehl "Verbrannte Erde" bzw. den sog. "Nero-Befehl" (x040/272). Danach waren alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte, die sich der Feind innerhalb des Reichsgebietes nutzbar machen konnte, zu zerstören. Nachdem Stalin diese Taktik der "verbrannten Erde" bereits während der sowjetischen Rückzugsschlachten 1941/42 angeordnet hatte, befahl Hitler jetzt ähnliche Vernichtungsaktionen. Die deutschen Reichsgebiete sollten ausnahmslos in Trümmerwüsten verwandelt werden. Hitlers Chefarchitekt Albert Speer lehnte diese Zerstörungsmaßnahmen jedoch entschieden ab, weil er die Lebensbasis des Volkes nicht vorsätzlich vernichten wollte.
Hitler, der nach wie vor keinen Widerspruch duldete, erwiderte daraufhin in eisigem Ton (x069/193-194): >>Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen. ...<<

Im letzten Kriegsstadium konnte Speer den "Nero-Befehl" jedoch mit Hilfe der Wehrmacht erfolgreich sabotieren und weiteres Unheil verhindern. Hitlers Zerstörungsbefehle wurden größtenteils nicht mehr ausgeführt oder durch gegensätzliche Anordnungen aufgehoben.
Albert Speer - vielleicht der einzige persönliche Freund, den Hitler in den letzten Tagen des NS-Regimes hatte - berichtete später, daß Hitlers Pläne plötzlich willkürlich und ziellos geworden wären und zwangsläufig zu weiteren katastrophalen Folgen führen mußten. Hitler hätte bewußt versucht, das Volk mit sich untergehen zu lassen. Der verzweifelte Führer hätte keine moralischen Grenzen mehr gekannt. Für Hitler bedeutete das Ende seines eigenen Lebens gleichzeitig auch die Vernichtung des deutschen Volkes (x066/101).
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtete später über den heimtückischen Verrat der NS-Führung (x100/336): >>Als das Ende des Reiches nahte, wurde augenfällig, daß seine Führer für unterschiedliche "Deutschlands" gekämpft hatten. Auf der einen Seite trat die moralische Verkommenheit jener, die am tiefsten in das nationalsozialistische System verstrickt waren, unübersehbar zutage.
Solange nur ein Befehl von oben es anordnete, hatten Generalfeldmarschall Schörner und die ganze braune Bande von Gauleitern wie Greiser, Schwede-Coburg, Koch und Hanke nicht gezögert, das Leben unzähliger aufs Spiel zu setzen, nur nicht ihr eigenes, wie sich herausstellte, als es in Gefahr zu geraten drohte und sie sich eiligst absetzten.
Auf der anderen Seite stand die aufopferungsvolle Haltung von Männern wie Hoßbach, Reinhardt, von Tettau, von Saucken, von Ahlfen, Niehoff und vielen anderen, die bewiesen, daß menschliches Verantwortungsgefühl trotz allem immer noch mit soldatischer Pflichterfüllung in Einklang zu bringen war.<<
Als die deutsch-sowjetische Ostfront bedrohlich näher kam, ließ Himmler, der verantwortliche Organisator der sog. "Endlösung", ab Juli 1944 die ersten osteuropäischen Vernichtungs- und Konzentrationslager auflösen und erteilte den Befehl, die Überlebenden nach Westen zu "schicken". Die überlebenden Häftlinge wurden danach in wochenlangen Todesmärschen oder Hungertransporten nach Westen in Marsch gesetzt.
Hunderttausende von jüdischen Häftlingen schleppten sich mit letzten Kräften aus den geräumten Lagern in Richtung Westen vorwärts, um später unterwegs zu verhungern, zu erfrieren, wegen Marschbehinderung erschossen zu werden oder um schließlich nach ihrer Ankunft in den total überfüllten mittel- und westdeutschen Konzentrationslagern entkräftet zu sterben.
Zahlreiche jüdische Häftlinge, die diese berüchtigten Todesmärsche und Transporte aus Ost-Mitteleuropa glücklich überlebten, wurden im Westen des Deutschen Reiches wegen der Auflösung von "gefährdeten" KZ-Außenlagern auf weitere Todesmärsche geschickt".

Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945

Die "Rote Armee" griff am 12. Januar 1945 mit 4 Armeen - etwa 4.400.000 Soldaten, nur Kampftruppen - die deutsche Ostfront an (x047/277, x040/259). Die sowjetischen Armeeführer waren: General Tschernjachowski, 3. Weißrussische Front, Marschall Rokossowski, 2. Weißrussische Front, Marschall Shukow, 1. Weißrussische Front, und Marschall Konjew, 1. Ukrainische Front.
Vor der sowjetischen Winteroffensive gegen Ostpreußen erließ General Tschernjachowski - 3. Weißrussische Front - am 12. Januar 1945 folgenden Tagesbefehl (x025/100-101): >>Zweitausend Kilometer sind wir marschiert und haben die Vernichtung all dessen gesehen, was wir in 20 Jahren aufgebaut haben. Nun stehen wir vor der Höhle, aus der heraus die faschistischen Angreifer uns überfallen haben. Wir bleiben erst stehen, nachdem wir sie gesäubert haben.
Gnade gibt es nicht - für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat. Es ist unnötig, von Soldaten der Roten Armee zu fordern, daß Gnade geübt wird. Sie lodern vor Haß und Rachsucht. Das Land der Faschisten muß zur Wüste werden. ...<<

Marschall Shukow erteilte am 12. Januar 1945 folgenden Tagesbefehl an die Soldaten, Unteroffiziere und Generale der 1. Weißrussischen Front (x046/287): >>... Die Zeit ist gekommen, mit den deutsch-faschistischen Halunken abzurechnen. Groß und brennend ist unser Haß! Wir haben die Qualen und das Leid nicht vergessen, welche von den hitlerischen Menschenfressern unserem Volke zugefügt wurden. Wir haben unsere niedergebrannten Städte und Dörfer nicht vergessen. Wir gedenken unserer Brüder und Schwestern, unserer Mütter und Väter, unserer Frauen und Kinder, die von den Deutschen zu Tode gequält wurden.
Wir werden uns rächen für die in den Teufelsöfen Verbrannten, für die in den Gaskammern Erstickten, für die Erschossenen und Gemarterten. Wir werden uns grausam rächen für alles.
Wir gehen nach Deutschland, und hinter uns liegen Stalingrad, die Ukraine und Weißrußland. Wir gehen durch die Asche unserer Städte und Dörfer, auf den Blutspuren unserer Sowjetmenschen, die zu Tode gequält und zerfetzt wurden vom faschistischen Getier.
Wehe dem Land der Mörder! ...
Für den Tod, für das Blut unseres Sowjetvolkes sollen die faschistischen Räuber mit der vielfachen Menge ihres gemeinen schwarzen Blutes bezahlen! ...
Diesmal werden wir das deutsche Gezücht endgültig zerschlagen!<<
Am 18. Februar 1943 hatte Reichspropagandaminister Goebbels vor ausgewählten NS-Parteigenossen den "totalen Krieg" verkündet und die "Berliner Sportpalastrede" mit folgenden Worten beendet (x033/343): >>... **Nun, Volk, steh auf, und Sturm brich los!**<<
Im Januar 1945 war es schließlich soweit, aber es war kein NS-Sturm, sondern Stalins "roter Orkan", der in den deutschen Ostprovinzen losbrach, um Tod und Entsetzen zu verbreiten.
Die sowjetische Winteroffensive vom 12.01.1945 kam für die Wehrmachtsführung nicht überraschend, denn dieser Großangriff wurde bereits seit Tagen erwartet. Der Nachrichtendienst "Fremde Heere Ost" hatte sogar ausnahmsweise den exakten sowjetischen Angriffstermin ermittelt.
Die deutschen Ostprovinzen und Westpolen wurden von 4 sowjetischen Heeresgruppen angegriffen. Nach sowjetischen Angaben betrug die Gesamtstärke der Roten Armee - einschl. Reserven, Nachschub etc. - etwa 9,0 Millionen Soldaten. Die sowjetischen Kampftruppen besaßen über 12.000 Panzer, mehr als 106.300 Geschütze und Granatwerfer und 15.000 Kampfflugzeuge (x047/277).
Die deutsche Wehrmacht konnte damals nichts Gleichwertiges aufbieten. Während der monatelangen Rückzugsgefechte hatte man den größten Teil der schweren Waffen in den endlosen russischen Ebenen und Sümpfen zurücklassen müssen.
Obgleich die Rote Armee teilweise große Verluste hinnehmen mußte, stürmten die Panzer- und Infanterietruppen täglich 20-30 km nach Westen. In jeder Ortschaft östlich der Oder-Neiße-Linie hörte man irgendwann den Schreckensruf: **"DIE RUSSEN KOMMEN! DIE RUSSEN KOMMEN!"**
Am 23. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen schon die Ostsee und schnitten Ostpreußen vom Deutschen Reich ab. Andere Truppen der Roten Armee legten in 18 Tagen über 400 km - vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder - zurück und besetzten innerhalb von 14 Tagen die Provinz Ostpommern. Im März/April 1945 ließ Hitler die letzten halbwegs kampffähigen Panzer- und Infanterietruppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt Berlin und des Sudetenlandes abziehen und beschleunigte den Zusammenbruch der Ostfront in Danzig und Ostpommern. In Schlesien blieb die Frontlage relativ stabil, da den Sowjets im Gebirge kein entscheidender Durchbruch gelang.
Schlußbemerkungen: Der schwermütige, unberechenbare "Führer", der infolge seiner chronischen Magenbeschwerden und psychischen Krankheiten fast ständig unter Aufputsch- und Beruhigungsmitteln stand, hatte in den letzten Kriegsmonaten jeglichen Realitätssinn verloren.

Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen. Die NS-Gauleiter sollten deshalb die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos, denn die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen, wie z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostpreußen im Oktober 1944, für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.
Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1938 hatte das "kinderfreundliche" NS-Regime z.B. erstmalig feierlich Mutterkreuze verliehen und gleichzeitig alle kinderlosen Ehepaare mit Strafsteuern belegt. Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen. Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß Hitler die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.

Die Flucht vor der Roten Armee

Die geregelten, planmäßigen Evakuierungen, die nicht selten monatelang bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet wurden, gingen letztendlich im totalen Chaos unter, weil niemand damit gerechnet hatte, daß die sowjetischen Truppen im Januar 1945 derart schnell durchbrechen würden. In fast allen deutschen Siedlungsgebieten entwickelten sich panikartige, überstürzte Fluchtbewegungen, die zwangsläufig mit Katastrophen enden mußten.
Als die feindlichen Truppen immer näher kamen, floh die Zivilbevölkerung schließlich trotz Fluchtverbot und fehlender Räumungserlaubnis, denn überall fürchtete man die Rotarmisten, Milizen und feindlichen Partisanen. Die Massenflucht der Ostdeutschen begann oftmals erst 2-3 Tage vor dem sowjetischen Einmarsch. Vielerorts flüchtete die Bevölkerung auch nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der Roten Armee.
Trotz eisiger Kälte, Hagel, Sturm oder Regen gingen die Fluchtbewegungen tage-, wochen- und manchmal sogar monatelang unentwegt weiter. Vor allem Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen waren den unmenschlichen Strapazen nicht lange gewachsen. Fortwährend sah man unfaßbare Bilder des Elends und des Grauens.
An den Straßenrändern und in den Gräben lagen immer wieder Leichen, Tierkadaver, Fahrzeugtrümmer und Flüchtlingsgepäck jeglicher Art. Hunderttausende mußten z.B. lebensgefährliche Wanderungen über das brüchige Eis des Frischen Haffs überstehen oder steile, vereiste Gebirgspässe sowie zugefrorene Flüsse überqueren. Feindliche Tiefflieger- und Bombenangriffe, Panzerüberfälle, Artilleriebeschuß oder Untergänge von Schiffen verursachten täglich zahllose Fluchtkatastrophen.
Die Fluchtwege richteten sich schon bald nach den militärischen Aktionen. Erfolg oder Mißerfolg hing fast ausschließlich von der Richtung und Schnelligkeit der sowjetischen Vorstöße ab. Die Flucht war von Anfang an aussichtslos, wenn die Flüchtlinge noch größere Strecken bis zur Oder zurücklegen mußten. Im Verhältnis zu den sowjetischen Panzertruppen, die mit unheimlicher Schnelligkeit nach Westen stürmten, kamen die Flüchtlingstrecks nur sehr langsam voran, denn die eisglatten Straßen waren fast überall hoffnungslos verstopft.
Obwohl die Wehrmachts-, Waffen-SS- und Volkssturmeinheiten erbitterten Widerstand leisteten, wurden Ost- und Westpreußen, Westpolen, der Reichsgau Wartheland, Ostbrandenburg sowie Ostpommern praktisch im Handstreich genommen bzw. überrollt. Hunderttausende wurden von sowjetischen Panzertruppen in ihren Wohnorten überrascht oder schon nach kurzer Flucht eingeholt. Aufgrund der Gebirgsregionen verfügten nur Nieder- und Oberschlesien über stabile Frontlinien. Hier konnte man die sowjetische "Dampfwalze" vorübergehend stoppen.

Die gehetzten Flüchtlinge gaben trotz der aussichtslosen Lage meistens nicht auf. Sie flüchteten praktisch bis zur letzten Minute, so weit und so lange ihre Füße sie schließlich trugen. Während der Flucht gab es grundsätzlich nur ein Schlagwort: **"WEITER, WEITER, IMMER WEITER!"**
Wer kraftlos zurückblieb, war rettungslos verloren. Alte, Säuglinge, schwache und kranke Menschen waren diesen erbarmungslosen Überlebenskämpfen gewöhnlich nicht gewachsen.
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Flucht vor den sowjetischen Truppen (x010/28-29): >>... Auf der Flucht befindliche Personen wurden Opfer sowjetischer Tiefffliegerangriffe, sowjetischer Panzer- und nachfolgender Infanterieeinheiten, sowie in Gemeinden, wo Flüchtlingsgruppen vorübergehend Aufnahme gefunden hatten, sowjetischer Besatzungstruppen. Daneben ist an die Torpedierung der Flüchtlingstransporte in der Ostsee zu erinnern.
Es liegt auf der Hand, daß bei diesen Vorgängen Kriegshandlungen und Verbrechen im Sinne dieser Dokumentation nicht immer scharf voneinander getrennt werden können. Nach Aussage eines abgeschossenen sowjetischen Tiefffliegers bei seinem Verhör bestand ein Befehl, auf Kolonnen zu schießen, da dort Soldaten zu vermuten waren. Daß dies zutraf, wird durch mehrere Berichte bestätigt. Die Torpedierung von deutschen Flüchtlingsschiffen war zwar völkerrechtswidrig; jedoch standen diese Schiffe unter dem Geleit der deutschen Kriegsmarine.
Sowjetische Panzer, die den Befehl hatten, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Ziele zu erreichen, haben auf den Straßen Flüchtlingstrecks überrollt, die ihnen nicht ausweichen konnten, indem sie durch die Wagenreihen rasten, wobei die Wagen in Gräben geschleudert wurden und es eine Anzahl von Toten und Verletzten gab. Schwere Verluste hatten die Trecks ferner, wenn sie in Gefechte zwischen sowjetische und deutsche Truppen gerieten. Auch wurden Flüchtlingskolonnen von Panzern unter Beschuß genommen. Soweit dieses in der Dämmerung geschah, kann es allenfalls als Kriegshandlung gedeutet werden, da möglicherweise von den Panzern aus nicht zu erkennen war, ob es sich um militärische bzw. Volkssturmeinheiten oder um Zivilisten handelte.
Die uneingeschränkt als Übergriffe zu bezeichnenden Handlungen begannen damit, daß Schützen von Panzern absprangen und die Flüchtlinge ihrer Wertsachen beraubten. Durch die den Panzern folgenden Einheiten wurden die Trecks auf Waffen hin durchsucht. Hierbei wurden aber die Wagen ausgeplündert, vielfach wurden die Pferde ausgespannt. Wesentlicher Teile ihres Hab und Gutes beraubt, wurden dann die ausgeplünderten Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgeschickt.
Wie aus Augenzeugenberichten allgemein zu entnehmen ist, wurden aber auch bei den Trecks befindliche Männer erschossen und Frauen vergewaltigt. In Schilderungen Geflüchteter über die Rückkehr in ihre Heimatorte wird berichtet, daß viele erschossene Männer wie aber auch Leichen von Frauen, die, wie deutlich an heruntergerissener Kleidung zu bemerken war, vergewaltigt worden waren, an den Straßen und in Gräben lagen.
Die Aussagen lassen vermuten, daß die auf den Straßen an den Flüchtlingen verübten Gewalttaten ein erhebliches Ausmaß und zwar insbesondere bei dem Vordringen der Roten Armee in Ostpreußen gehabt haben. In ebenfalls erheblicher Anzahl sind Flüchtlinge ferner in Gemeinden und auf Gütern, wo sie Zuflucht gesucht hatten, erschossen worden oder in Feldscheunen und Forsthäusern, die von sowjetischen Soldaten in Brand gesteckt wurden, verbrannt worden.<<

Die Flucht der deutschen Bevölkerung von 1944/1945 bis zum Kriegsende 1945 und Rückkehrbewegungen bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

	Erfolgreiche Flucht in den Westen 1944/45		In sowjetische Gewalt geraten		Rückkehrer in die Heimat		Bevölkerungsstand vor der Austreibung im Juni 1945	
	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%
Ostpreußen 1)	1.819.000	70	474.000	19	296.000	11	770.000	30
Ostpommern	861.000	46	850.000	46	150.000	8	1.000.000	54
Ostbrandenburg	310.000	47	300.000	45	50.000	8	350.000	53
Schlesien	2.218.000	47	1.500.000	32	1.000.000	21	2.500.000	53
Deutsche Ostprovinzen	5.208.000	53	3.124.000	32	1.496.000	15	4.620.000	47
Memelland	34.000	.	30.000	22	.	.	30.000	22
Danzig	204.000	50	200.000	50	.	.	200.000	50
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	186.000	50	140.000	38	46.000	12	186.000	50
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	616.000	50	460.000	37	154.000	13	614.000	50
Polnische Gebiete	1.006.000	50	800.000	40	200.000	10	1.000.000	50
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei 2)	111.000	3	3.489.000	97	.	.	3.489.000	97
	6.359.000	41	7.443.000	48	1.696.000	11	9.139.000	59
Estland, Lettland und Litauen	.	.	23.000	-	-	-	23.000	-
Jugoslawien	160.000	44	200.000	56	.	.	200.000	56
Rumänien	100.000	20	404.000	80	.	.	404.000	80
Ungarn	39.000	7	483.000	89	21.000	4	504.000	93
Baltikum und Balkan	299.000	21	1.110.000	78	21.000	1	1.131.000	79
Ost-Mitteleuropa	6.658.000	39	8.553.000	51	1.717.000	10	10.270.000	61
Sowjetunion	.	.	1.187.000	-	-	-	1.187.000	-
Insgesamt	6.658.000	.	9.740.000	.	1.717.000	.	11.457.000	.

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).
1) Einschließlich der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.
2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 deutsche Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.

Einmarsch der sowjetischen Truppen östlich der Oder-Neiße-Linie
Angesichts des extrem kalten Winters konnten sich viele mutlose Ost- und Volksdeutsche nicht zur Flucht entschließen. Unter den Zurückgebliebenen waren gewöhnlich keine höheren Parteigenossen des NS-Regimes. Oft blieben nur ältere, kranke oder transportunfähige Menschen in ihren Heimatorten zurück. Die älteren Deutschen glaubten irrtümlich, daß sie diese

"vorübergehende Besetzung" überstehen würden. Viele hatten schon während des Ersten Weltkrieges und nach den Gebietsabtretungen des Versailler Friedensvertrages von 1919 die Machtübernahme der Russen und Polen überstanden.
Kommunisten, Parteilose und andere Gegner der NSDAP flüchteten ebenfalls nicht, weil sie überzeugt waren, daß deutsche Antifaschisten nichts zu befürchten hätten. Andere wähnten sich in Sicherheit, weil sie Mischehen mit Slawen führten oder über verwandtschaftliche Beziehungen verfügten.
Die sowjetischen Kampftruppen fahndeten zuerst nach deutschen Soldaten. Sie begnügten sich meistens damit, Uhren, Ringe und sonstigen Schmuck "im Vorübergehen" zu stehlen. Einige Rotarmisten verhielten sich unerwartet freundlich. Sie gaben den ängstlichen Ostdeutschen z.B. Wodka und Brot: "Russki, Kamerad - gutt!"
Nach diesen friedfertigen Begegnungen waren die eingeschüchterten Ostdeutschen unendlich erleichtert. Sie atmeten beruhigt auf und freuten sich.
Als die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten eintrafen, schlug jedoch vielerorts die Stunde der Wahrheit, denn nun zeigten die "Befreier" ihr wahres Gesicht. Die Plünderungstrupps - 2-6 Rotarmisten, teilweise waren auch weibliche Soldaten darunter - schwärmten irgendwann in der Dunkelheit aus.
Verschlossene Türen und Fenster wurden kurzerhand mit Gewehrkolben eingeschlagen oder eingetreten. Die Überfallenen schrien anfangs noch fassungslos um Hilfe, aber sie merkten schnell, daß die sowjetischen Offiziere nicht einschritten.
Kaum war ein Raubzug beendet, erschien schon der nächste Plünderungstrupp. In dieser Form ging es pausenlos weiter. Im Verlauf der Raubüberfälle gingen die Plünderer mit brutaler Gewalt gegen die wehrlose Bevölkerung vor, die entsprechend apathisch und unterwürfig reagierte. Obwohl die zurückgebliebenen Zivilisten mehrheitlich nichts Gutes erwartet hatten, war niemand auf derartige Gewalttätigkeiten und Plünderungen vorbereitet.

Sowjetische Kriegspropaganda

Vor und während der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 forderten Stalins Propagandaexperten in Soldatenzeitungen, Rundfunksendungen und militärischen Flugblättern öffentlich zu Rache- und Vergeltungsmaßnahmen auf. An der Kampffront informierten Politkommissare und Agitatoren regelmäßig über angebliche Massaker der Wehrmacht, obwohl die sowjetische Führung wußte, daß diese Massenerschießungen von jüdischen Zivilisten und sowjetischen Partisanen durch die berüchtigten SD- und SS-Einsatzgruppen verübt wurden.
Zahlreiche sowjetische Journalisten und Schriftsteller beteiligten sich an dem systematischen "Rachefeldzug" gegen die Deutschen. Ilja Ehrenburg war ein besonders fanatischer Deutschenhasser. Er schrieb ab 1941 Racheaufrufe für die sowjetische Armeezeitung "Roter Stern" und veröffentlichte regelmäßig Hetzartikel in der Moskauer Tageszeitung "Prawda" und in Frontzeitungen. Weitere sowjetische "Journalisten", die sich ebenfalls als Hetzer "bewährten", waren z.B. Scholochow, Simonow, Surkow und A. Tolstoj.
Am 23.11.1943 schrieb Ehrenburg z.B. im "Notizblock des Propagandisten der Roten Armee" (x028/85): >>... Es genügt nicht, die Deutschen nach Westen zu treiben. Die Deutschen müssen ins Grab hineingejagt werden. ... Von allen "Fritzen" aber sind die toten die besten.<<
Nachdem man die letzten deutschen Truppen aus der UdSSR vertrieben hatte, war der "Große Vaterländische Krieg" eigentlich vorbei. Die sowjetische Kampfmoral wurde täglich schlechter. In dieser schwierigen Phase gelang es der sowjetischen Kriegspropaganda, die abgekämpften, kriegsmüden Rotarmisten in einen regelrechten Vergeltungsrausch zu versetzen.
Vor der sowjetischen Ostpreußen-Offensive verteilten Politkommissare und sowjetische Offiziere z.B. folgendes "Ehrenburg-Flugblatt" an die Soldaten der Roten Armee (x028/215): >>Tötet!

Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht!
Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle.
Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute!
Tötet, ihr tapferen Soldaten der siegreichen sowjetischen Armee!<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetische Propaganda (x001/61E-62E): >>... Durch Soldatenzeitungen, Flugblätter und Rundfunksendungen, z.B. des Schriftstellers Ilja Ehrenburg, sind die sowjetischen Truppen vor Beginn der Offensive gegen die deutschen Gebiete und noch in den Wochen der Eroberung mit brutaler Offenheit dazu aufgefordert worden, Rache und Vergeltung an den Deutschen zu üben.
Von deutschen Truppen erbeutete Briefe russischer Soldaten sowie sowjetische Zeitungen aus dieser Zeit bestätigen dies einwandfrei, und von exilrussischer Seite ist offen zugegeben worden, daß ein Teil der sowjetischen Offiziere und Soldaten und besonders die überzeugten Stalinisten unter ihnen durch diese Haßparolen Ilja Ehrenburgs und anderer sowjetischer Journalisten beeinflußt wurden und die Schändung deutscher Frauen als einen Akt der Rache an den Deutschen betrachteten.
Nur auf diese Weise läßt es sich erklären, daß es in vielen Fällen nicht bei der Vergewaltigung blieb, sondern daß die deutschen Frauen anschließend getötet und mitunter auf sadistische Weise entstellt wurden. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die sowjetische Propaganda (x010/-24,26): >>In den sowjetischen Hetzartikeln und Flugblättern wurden die Schrecken, die die Henker Hitlers verbreiteten, eingehend geschildert und ausgemalt, so daß der russische Soldat der Meinung war, die Deutschen seien nur ausgemachte Schurken, Gauner und Verbrecher und daß es in ganz Deutschland keinen einzigen Deutschen gibt, den man nicht als Feind betrachten müßte. ...
Die Propagierung des Hasses gegen die faschistischen Okkupanten aber wirkte sich dahingehend aus, daß Soldaten und Offiziere der Roten Armee, soweit sie unter dem Einfluß der Politorgane standen, bei der Besetzung der Reichsgebiete zunächst unterschiedslos in jedem Deutschen, ob Mann oder Frau, ob Greis oder Kind, einen Faschisten sehen mußten. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die sowjetische Völkerhaßkampagne gegen die Deutschen (x026/33): >>... Es kann ... nicht die Rede davon sein, daß es sich bei den Getöteten um Opfer einer zwar summarischen, letztlich aber verdienten Schnelljustiz gehandelt habe. Gerade am Beispiel der Roten Armee - aber nicht nur da - läßt sich unschwer dartun, daß jedenfalls die Mehrzahl der Morde weniger einem persönlichen Rachebedürfnis, als vielmehr einer systematischen Völkerhaßkampagne in Verbindung mit Straffreiheit sowie sexuellen und materiellen Anreizen … entsprang. ...
Gelegentlich wird bei den Vertreibungsverlusten zwischen Todesfällen als unmittelbare Folge von Verbrechen einerseits und als Folge von Hunger, Erschöpfung, Selbstmord usw. andererseits differenziert, wobei sich naturgemäß bei der ersteren Gruppe eine niedrigere Zahl als bei der letzteren - Relation etwa 1:2 - ergibt.
So berechtigt das wissenschaftliche Interesse an solchen Unterscheidungen auch sein mag, an der politisch-moralischen Gesamtbewertung wollen und können sie nichts ändern, dienten doch 1944/45 gerade die Haßpropaganda und die Straffreiheit von Verbrechen der beschleunigten Entvölkerung der Vertreibungsgebiete; die durch Greueltaten ausgelöste Fluchtwelle war ein wichtiges Argument Stalins bei den Grenzdebatten in Jalta und Potsdam.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Ilja Ehrenburg

und die sowjetische Propaganda (x046/149-151,218-222,237): >> Es waren die sowjetischen Journalisten und Literaten, die Künstler und auch Historiker, die aufgerufen wurden, auf ihre Weise einen Beitrag zum Siege der Sowjetunion zu leisten. All ihren Witz und all ihr Können hatten sie aufzuwenden, um in bewährter Schwarz-Weiß-Manier ein Feindbild zu entwerfen, zu dessen Ausmalung ein jedes und selbst das verwerflichste Mittel recht war, wenn es nur dem einen Ziel diente, die Sowjetunion und die Angehörigen der Roten Armee mit Haßgefühlen gegen alles Deutsche zu erfüllen.
Die "nichtsahnende, friedliche Sowjetunion", so die bis heute kolportierte und anscheinend unausrottbare Geschichtslegende, sei von den "Faschisten heimtückisch und wortbrüchig" überfallen worden. Folgt man der Legende, so stand die Sowjetführung unter dem Schock dieses unerwarteten Treubruches ihres bisherigen Vertragsfreundes, Komplizen und Partners. Ein Schock aber zieht gemeinhin Lähmung und nicht etwa zielbewußtes, klares Handeln nach sich. Die sowjetische Kriegspropaganda indessen konnte schon an diesem 22. Juni 1941 mit einem anscheinend vorher festgelegten Programm aufwarten und zu arbeiten beginnen.
Denn bereits an diesem ersten Kriegstag wurden die namhaften sowjetischen Schriftsteller unter dem Vorsitz des leitenden Funktionärs des Schriftstellerverbandes und Stalinfavoriten Fadeev zusammengerufen, um die erstaunlicherweise schon festgelegten Weisungen für eine radikale Kehrtwendung in der propagandistischen Behandlung Deutschlands entgegenzunehmen. In 'überraschender Eile', wie vermerkt wird, erhielten sie den Auftrag, nunmehr alle ihre Kräfte in den Dienst des jetzt entstehenden 'Heiligen Krieges' zu stellen, wie dies der Verfasser sowjetischer Massenlieder, Lebedev Kumac, in seiner wenige Tage später, am 24. Juni 1941 veröffentlichten gleichnamigen Hymne auch versprach.
Wohlgesteuert brach in der Tat eine Propagandalawine los, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte, die den gesamten sowjetischen Machtbereich durchdrang und tiefe Spuren auch in nichtsowjetischen Ländern hinterließ. Und die Deutschen hatten wenig Ahnung davon, was sich hier gegen sie zusammenbraute.
Aus der Zahl der Sowjetschriftsteller, die nun teilnahmen an der gegen die Deutschen gerichteten gigantischen Kriegspropaganda und die meist als Zeitungskorrespondenten zu den Front und Armeestäben der Roten Armee abgingen, seien einige wenige besonders hervorgehoben. So zählte zu ihnen der bereits genannte, 1956 durch Selbstmord geendete Schriftstellerfunktionär Fadeev, ein ausgesprochener Parteiliterat, der seine Bekanntheit in der Sowjetunion dem 1927 entstandenen Partisanenroman "Razgrom" (Vernichtung) verdankte, eine Veröffentlichung, der 1945 der Roman "Molodaja gvardija" (Junge Garde) folgte, welcher den Kampf des 'sowjetischen Volkes' gegen die faschistischen Eroberer verherrlicht.
Ferner wäre hier zu nennen der spätere Nobelpreisträger Solochov, der in seinem weltbekannten Roman "Tichij Don" (Stiller Don), erschienen in vier Bänden zwischen 1928 und 1940, den Kampf zweier Welten schildert, einer guten und einer bösen, die bolschewistische dabei als die gute verstanden, und dessen Hauptbeitrag in der Propagandaschlacht des deutsch-sowjetischen Krieges neben unzähligen Artikeln in dem Parteiorgan PRAVDA und in dem Armeeorgan KRASNAJA ZVEZDA in einer 1942 entstandenen Erzählung unter dem vielsagenden Titel "Nauka nenavisti" (Schule des Hasses) besteht.
Ebenso vorzugsweise für KRASNAJA ZVEZDA schrieb Simonov, der sich dem Thema des Sowjetmenschen im Kriege zuwandte, Verfasser einer Anzahl von Büchern, aber auch von Artikeln, Filmtexten, Skizzen und dergleichen mehr. ...
Nicht zu vergessen ist ferner Professor Tarle, ein bekannter Historiker vorzugsweise der napoleonischen Zeit, Autor auch des zweibändigen Werkes "Krymskaja vojna" (Der Krimkrieg, 1941-1943), dessen publizistische und propagandistische Wirksamkeit während des Krieges ein Musterbeispiel ist für den Mißbrauch und die geistige Korrumpierung der historischen Wissenschaft für politische Zwecke unter dem Sowjetregime.

Auch Aleksej Tolstoj gehört in diesen Zusammenhang, väterlicherseits der gräflichen Familie, mütterlicherseits der Familie Turgenev entstammend, ein begabter, etwas verschwommener Schriftsteller, der voll im Dienst des Stalinismus stand. Als 1937 der Fieberwahn der 'Großen Säuberung' das ganze Land durchraste, war es Tolstoi, der im Ausland auf sogenannten 'antifaschistischen Kongressen' als Vertreter der Sowjetunion zum Zwecke der Beeinflussung der Intellektuellen des Westens auftrat.
Es war gewiß auf seinen Namen nicht minder wie auf seine Willfährigkeit zurückzuführen, daß er während des Krieges führend als Mitglied der "Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihrer Verbündeten" in Erscheinung trat, einer Einrichtung der Kriegspropaganda …
Tolstoj erhielt für den unvollendet gebliebenen Roman "Petr Pervyj" (Peter I.) dann verdientermaßen auch den Stalinpreis. Seine Veröffentlichungen "Rasskazach Ivana Sudareva" (Erzählungen des Ivan Sudarev, 1942-1944), "Ivan Groznyj" (Ivan der Schreckliche) und "Trudnye gody" (Schwierige Jahre), vor allem aber seine zahlreichen emotionalen Propagandaartikel sollten nicht wenig zur Erweckung unguter Leidenschaften unter den sowjetischen Soldaten beitragen.
In erster Linie ... gilt es, sich an Ilja Grigorevic Ehrenburg zu erinnern, der in der Kriegspropaganda der Sowjetunion die beherrschende Rolle spielte. Ehrenburg ist nicht einfach abzutun mit dem Bemerken, es habe sich bei ihm eben um einen Menschen mit "schuldhafter krimineller Energie großen Ausmaßes" oder vielleicht nur um einen "Psychopathen", einen Menschen mit krankhaften Veranlagungen, gehandelt.
Denn eine kriminelle oder psychopathische Veranlagung braucht eine schriftstellerische und journalistische Begabung keinesfalls auszuschließen. Dies in Verbindung mit mangelnder Wahrheitsliebe und dem Fehlen aller moralischer Skrupel ließ ihn jedenfalls zu dem wichtigsten Werkzeug der gegen das Deutschtum gerichteten Haßpropaganda werden.
Die jahrelang von ihm mit großem Geschick betriebene politische Agitation und die opportunistische Raffinesse, mit der er nach dem Tode seines Meisters Stalin in dem Roman Tauwetter und in seinen Lebenserinnerungen ... ("Menschen, Jahre, das Leben") das Vergangene und seine eigene Handlungsweise umzubewerten und zu verschleiern und sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen wußte, hat ihn auch in westlichen Ländern einen nicht zu unterschätzenden und bis in die Gegenwart hineinreichenden Kredit eingeräumt.
Die Bundesrepublik Deutschland macht hiervon keine Ausnahme. Und es ist einigermaßen erschütternd zu verfolgen, wie wenig der hier verbreitete Intellektualismus die Sowjetwelt verstanden hat oder vielleicht auch nur verstehen wollte, und mit welcher Leichtigkeit man sich gerade hier über die Gebote von Anstand und Moral hinwegsetzt. ...<<
>>... Der deutsch sowjetische Krieg wurde sowohl von Hitler als auch von Stalin vom ersten Tage an nicht als ein in den herkömmlichen Formen geführter 'europäischer Normalkrieg' zwischen zwei Armeen, sondern als ein Vernichtungskrieg zweier totalitärer Staaten verstanden, der nur mit dem Untergang eines der beiden enden konnte.
Die Rundfunkrede Stalins am 3. Juli 1941 wurde zwar noch als Kampf der Sowjetunion im Bunde mit dem deutschen Volk gegen den 'Faschismus' eingeführt, doch ging die Sowjetpropaganda umgehend dazu über, nicht nur den 'Faschismus', den Nationalsozialismus, zu ihrem neuen Todfeind zu deklarieren. Kriminalisiert praktisch vom ersten Kriegstage an wurde ebenso der deutsche Staat als solcher, kriminalisiert wurde die deutsche Wehrmacht, wurden alle deutschen Soldaten, und kriminalisiert wurde schließlich die Gesamtheit des deutschen Volkes.
Ehrenburg vor allen anderen war es, der durch unausgesetztes Schüren des antideutschen Volks- und Rassenhasses die Soldaten der Roten Armee und die Werktätigen des sowjetischen Hinterlandes zu einem blindwütigen Kampf gegen alles Deutsche anzuspornen hatte.

Es stellt sich die Frage, welches Bild die von den sowjetischen Schriftstellern Ehrenburg, Tolstoj, Simonov, Zaslavskij, um nur einige zu nennen, von Historikern und Militärs wie Tarle, Bruevic, Velicka und unzähligen anderen gestaltete sowjetische Kriegspropaganda von Deutschland und den Deutschen entwarf.
Ehrenburg war der Wortführer, und er wollte in den Deutschen seit jeher nur 'Barbaren' erblicken, "die sich in die Häute wilder Tiere kleideten und ihrem Gott Wotan blutige Opfer darbrachten". Noch in den glanzvollen Zeiten des beginnenden Mittelalters, als doch die Kaiser der Ottonen und Staufer das Reich regierten, durchstreiften sie für ihn "die Wälder, gehüllt in die Häute wilder Tiere".
Sieht man einmal von der altbekannten historischen Tatsache ab, daß Rußland und Polen von dem Erbe einer gewaltigen Ostexpansion lebten, so war es gerade die deutsche Ostkolonisation des Mittelalters, die, so Ehrenburg, "ruhmvollen Traditionen der teutonischen Ritter", die sich in der Situation des gegenwärtigen Krieges in falscher Analogie propagandistisch gebührend anprangern ließ. ...
Einen Unterschied zwischen den verschiedenen deutschen Stämmen in Vergangenheit und Gegenwart erkannte Ehrenburg nicht an, die Deutschen waren für ihn immer "alle gleich". "Es ist etwas Schreckliches um die Deutschen selbst", schrieb er am 14. Januar 1942. "Die teutonischen Horden hatten Rom geplündert", und die deutschen Kaufleute hätten in der alten Hansestadt Nowgorod "versucht, die Russen zu betrügen". "List und Ränke sind deutscher Stil", so nach Ehrenburg angeblich der russische Volksmund.
Gegenstand des besonderen Hasses war ihm die geschichtliche Entwicklung Brandenburg-Preußens, ungeachtet der in der Vergangenheit zeitweise doch bestehenden engen dynastischen und politischen Verbindungen Preußens mit Rußland, auf die sich die Sowjetpropaganda immer nur zu gern berief, wenn es ihr gerade in das Konzept paßte. Brandenburg ist in dieser verzerrten Sicht ein 'Krebsgeschwür', eine 'Räuberhöhle', von der aus die Banden aufbrachen, um "die slawischen und litauischen Stämme in Pommern und Preußen" zu terrorisieren, deren Schutzherr jetzt, 1945, die Sowjetunion unter Stalin geworden sei, in Wahrheit der größte Sklavenhalterstaat der Weltgeschichte.
Für Ehrenburg lag die einzige Zweckbestimmung der königlichen Residenzstadt Berlin "im Abschlachten von Menschen", und Berlin, dieses "bösartige Geschwür", sei jetzt "für ganz Europa und die ganze zivilisierte Menschheit (zu der sich natürlich die Sowjetunion zählte) eine tödliche Gefahr" geworden. "Es ist ein Glück für die Welt", so fügte Ehrenburg hinzu, "daß Stalin dieses Geschwür nun mit Feuer und Schwert ausbrennt", "daß er die Welt rettet, indem er die Wiege in Stücke stampft, in der 250 Jahre zuvor das grauenhafte preußische Monster geboren wurde."
Als Beweis für die angebliche Monstrosität Preußens werden die "Piratenangriffe" gegen Dänemark 1864, das heißt die preußisch-österreichische Bundesexekution in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, gegen Österreich 1866, das heißt der preußisch-österreichische Krieg um die Vormachtstellung in Deutschland, und gegen Frankreich 1870/1871 genannt, obwohl sich Preußen-Deutschland damals doch in dem Genuß einer wohlwollenden Neutralität Rußlands wissen konnte und selbst Marx und Engels von einem gerechten nationalen Verteidigungskrieg Deutschlands gegen die imperialistischen Ambitionen des napoleonischen Frankreich gesprochen hatten.
... In die Reihe der historischen Persönlichkeiten, die die "Raubpläne des deutschen Imperialismus" ausbrüteten, gehörte für ihn Friedrich der Große, der immerhin mit Kaiser Peter III. und zeitweise mit Kaiserin Katharina II. im Bunde gestanden hatte, gehörten die Feldherren der Befreiungskriege, wie etwa der von ihm genannte Scharnhorst, die doch Alliierte der in der Sowjetunion so hoch im Kurse stehenden kaiserlich russischen Generale jener Jahre gewesen waren, gehörten ferner Bismarck und Moltke, die in Rußland immer einen großen Namen

hatten, sowie schließlich selbst Generaloberst von Seeckt, in dessen Ära als Chef der Heeresleitung die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee fiel.
Über alle Zeitläufe hinweg habe der als solcher doch erst seit 1870/1871 bestehende 'deutsche Generalstab' unverrückbar an seinen imperialistischen Zielen festgehalten und das Instrument geschmiedet "für die Ausrottung von Millionen menschlicher Leben, für die vollständige Versklavung von Völkern, für die Aufrichtung der deutschen Weltherrschaft".
In welchem Gegensatz standen diese Äußerungen doch zu denen Lenins, der im Hinblick auf die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges einst folgendermaßen geurteilt hatte: "Drei große Räuber", nämlich Rußland, England und Frankreich, hätten sich jahrzehntelang darauf vorbereitet, "Deutschland zu überfallen und auszuplündern"!
Vor dem Hintergrund einer solchen Verzerrung der Geschichte Brandenburg-Preußens durch diesen bekannten sowjetischen Historiker, doch zugleich zielgerichtet schon im Hinblick auf die geplanten Annexionen, setzte im Frühjahr 1945 eine gesteuerte Haßkampagne gegen die alte preußische Krönungs-, Handels- und Universitätsstadt Königsberg ein, die als bloße Hauptstadt einer agrarischen Provinz doch völlig abseits von den Zentren politischer und militärischer Entscheidungen lag.
Am 8. Februar 1945 behauptete der Moskauer Rundfunk, Ostpreußen, "die Höhle des reaktionären Preußentums, Vorposten des viehischen deutschen Chauvinismus", sei ebensowenig deutsches Land wie "das gesamte sogenannte deutsche Land östlich der Elbe".
Die Rote Armee, so wurden die Eroberungsabsichten umschrieben, sei jetzt im Anmarsch, "um eine alte historische Ungerechtigkeit zu korrigieren". Daß die russisch-slawischen Stämme in den preußischen Provinzen nicht etwa 'vernichtet' worden waren, sie sich im Lauf der Jahrhunderte vielmehr längst mit den Deutschen zu einem einheitlichen Volkskörper verschmolzen hatten und die Sowjetunion im übrigen nicht die geringsten territorialen Ansprüche in Ostpreußen besaß, tat hierbei nichts zur Sache.
"Räuchert die Ratten von Königsberg aus", lautete am 15. Februar 1945, wie erwähnt, die Parole der Sowjetpropaganda, die sonst gewohnheitsmäßig einen ebenso anklagenden wie rührseligen Ton anschlägt, wenn es zu schildern gilt, wie barbarisch Deutsche und Finnen das verteidigte Leningrad belagert und bombardiert hätten.
Die ideologische Begründung in der Sowjetpresse lieferte ein beauftragter Funktionär, Gardeoberstleutnant Velicka. "Königsberg wurde zu einer Bedrohung für die ganze Welt", so ließ er sich am 22. März 1945 in einem Artikel "Wehe Dir Deutschland!" vernehmen: "Es ist ein Stützpunkt der deutschen Barbarei", "seit 150 Jahren", "Tag für Tag, Dekade für Dekade sind dort Pläne für Feldzüge, für Invasionen, für Rache ausgearbeitet worden. Deutschlands Plan, die Welt zu versklaven, ist in Königsberg entstanden." ...
Auf solche Art und Weise wurden die Soldaten der Roten Armee auf die bevorstehende Einnahme der Stadt Königsberg vorbereitet. Und die Folgen hiervon waren denn auch dementsprechend. Mord, Vergewaltigung, Raub, Verfolgung und völlige Rechtlosigkeit gaben der zerstörten Stadt nach dem Fall das Gepräge. Ganze Straßenzüge wurden mutwillig niedergebrannt, bisweilen mitsamt den Bewohnern. Die sowjetische Besatzungsmacht ließ in den folgenden Monaten, wie ausgeführt, 90.000 der noch etwa 120.000 überlebenden Einwohner in buchstäblichem Sinne des Wortes verhungern.
Die antideutsche sowjetische Haßpropaganda wurde also seit 1945 zugleich auf das Ziel gerichtet, die Expansionspolitik der Sowjetunion in Deutschland zu propagieren und vorzubereiten. So läßt sich schon seit Februar 1945 eine wachsende Stellungnahme gegen angeblich nachgiebige Tendenzen der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik und gegen die 'heuchlerischen Beschützer' der 'armen Deutschen' in westlichen Ländern konstatieren, die es doch nun wirklich so gut wie kaum gegeben haben dürfte.

Was Ehrenburg angeht, so galt dessen besondere Abneigung auch der katholischen Kirche, dem Papst und dem Heiligen Stuhl, den von ihm sogenannten "Begründern der Inquisition, den Protektoren der Jesuiten, verschlagenen Seelen, die den langen Weg von Torquemada zu Himmler zurückgelegt haben und von Loyola zum Duce", eine mehr ihn selbst als die historischen Tatsachen treffende Formulierung.
Wiederholte massive Angriffe lassen jedenfalls die sowjetische Besorgnis um eine Stabilisierung der Verhältnisse im nichtsowjetischen Besatzungsgebiet erkennen. So wurde offenbar befürchtet, der in die USA emigrierte und dort als Hochschullehrer recht angesehene frühere Zentrumspolitiker und Reichskanzler Dr. Brüning könnte mit Rückendeckung durch gewisse amerikanische und britische Kreise und unter Beihilfe der katholischen Kirche danach streben, "Hitlers Nachfolger" zu werden, um als solcher die "Rehabilitierung Deutschlands" voranzutreiben und den "deutschen Imperialismus", mit anderen Worten Deutschland als Industrieland, vor dem Untergang zu retten. ...<<
>>... Die hetzerischen Aufrufe Ehrenburgs wurden in der Sowjetunion millionenfach verbreitet und den Rotarmisten im Rahmen des politischen Unterrichtes, der eine zentrale Rolle bei der Kampfesvorbereitung spielte, wieder und wieder in Erinnerung gebracht. Doch blieb die Erzeugung von Haßgefühlen gegen das deutsche Volk und die deutschen Soldaten nicht auf Ehrenburg und die in der Propaganda eingesetzten sowjetischen Schriftsteller und Journalisten beschränkt.
Auch der militärische und politische Führungsapparat der Roten Armee nahm daran zielgerichtet Anteil, bildete der antideutsche Volks- und Rassenhaß doch einen wesentlichen Faktor im Rahmen der sowjetischen Kriegsanstrengungen. ...<<

Sexualverbrechen der Roten Armee

Nach den ersten Plünderungsaktionen fing das eigentliche Martyrium der ostdeutschen Frauen und Mädchen an. Für die Gehetzten gab es keine Rettung, denn die sowjetischen Such- und Fangtrupps spürten sie irgendwann auf. In jenen endlosen Nächten hörte man unentwegt gellende Hilfe- und Verzweiflungsschreie der verfolgten Frauen und Mädchen, die in Todesangst um ihr Leben liefen. Die Gewalttäter machten gewöhnlich keine Ausnahmen, denn Alter, Aussehen oder Gebrechlichkeit waren damals kein Hindernisgrund. Alle Hilfeschreie und Tränen, alles Betteln und Flehen waren umsonst.
Viele Frauen schwärzten ihre Gesichter, Haare und Kleidung mit Ruß und trugen nur noch zerrissene, dunkle Kleider. Halbwüchsige Mädchen wurden als Jungen verkleidet und mußten ihre langen Haare opfern. Manche Frauen täuschten ansteckende Krankheiten vor. Das russische Wort "chory" - "krank" - bedeutete oftmals die Rettung, denn fast alle Rotarmisten fürchteten sich vor ansteckenden Krankheiten.
Jeder Tag und jede Nacht brachten neue grauenhafte Exzesse. Nicht nur "normale Gewalttäter", sondern auch gefährliche Geistesgestörte, abartige Sadisten und Triebtäter trieben damals ungestört ihr Unwesen. In jenen Tagen alterten junge, fröhliche Frauen und Mädchen um Jahre. Lebenslustige, strahlende Kindergesichter wurden über Nacht derartig alt und bleich, daß man sie kaum noch erkannte.
Zum Glück gab es auch anständige sowjetische Soldaten und Offiziere, die sich nicht an den Untaten beteiligten, sondern gegen Verbrechen einschritten und sich schützend vor bedrohte Frauen und Mädchen stellten. Leider waren es jedoch nur verhältnismäßig wenige Rotarmisten. Obwohl diese ehrenhaften Sowjets damals nur wenig ausrichten konnten, wirkte ihre Menschlichkeit unwahrscheinlich wohltuend. Zu ihnen gehörten z.B. Alexander Solschenizyn, Lew Kopelew und Jurij Uspenskij.
Hauptmann Solschenizyn wurde wegen seiner christlichen Nächstenliebe und scharfen Kritik gegen die sowjetischen Gewalttaten später verhaftet und jahrelang in den gefürchteten sowje-

tischen Straflagern interniert.
Sexualverbrechen waren schon immer Bestandteile der Kriege, um besiegte Feinde zu demütigen und einzuschüchtern.
Im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges begingen auch die deutschen SD- und SS-Sondereinheiten, die den Wehrmachts- und Waffen-SS-Einheiten folgten, zahllose Sexualverbrechen, die nicht verfolgt wurden und zunächst straffrei blieben. Notzuchtverbrecher der Waffen-SS wurden ebenfalls nur in Ausnahmefällen bestraft, denn gemäß SS-Gerichtsbarkeitserlaß bestand grundsätzlich kein Verfolgungszwang.
Die Sexualdelikte der Wehrmachtsangehörigen wurden jedoch in der Regel konsequent geahndet, weil die Wehrmachtsjustiz Hitlers "Barbarossa-Erlaß" entschieden ablehnte. In den osteuropäischen Besatzungsgebieten waren außerdem geheime Prostitution und ähnliche Beziehungen sehr ausgeprägt, denn die Wehrmachtssoldaten zählten in Osteuropa zu den "Reichen", wie z.B. auch die westlichen Alliierten in Westeuropa, denn sie besaßen meistens genügend Lebensmittel, während viele russische Frauen und Mädchen hungerten. Die ständige Zunahme der geheimen Prostitution bereitete der deutschen Wehrmachtsführung nachweislich viel größere Probleme und Sorgen als Notzuchtverbrechen der Wehrmachtssoldaten.
Im Jahre 1907 wurden Vergewaltigungen gemäß Haager Konvention zwar offiziell als Kriegsverbrechen geächtet, aber diese "barbarische Tradition" wurde im 20. Jahrhundert trotzdem fortgesetzt, obgleich Sexualverbrechen an Angehörigen des Feindes gleichermaßen demütigend, verletzend und unentschuldbar waren.
Es handelte sich nach dem Haager Abkommen vom 18.10.1907 - "Gesetze und Gebräuche des Landkrieges"; Art. 23 Abs. 1 b und Art. 46 - bei diesen sowjetischen Ausschreitungen eindeutig um Kriegsverbrechen (x086/245): >>Die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres ist verboten ...<<
>>... Auf besetztem feindlichen Gebiet sind ... die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen zu achten.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vergewaltigungsverbrechen (x001/60E-63E): >>**Die Vergewaltigungen von Frauen**
Unter den Ausschreitungen der einziehenden russischen Truppen hatten ganz besonders die Frauen zu leiden. Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß, in vielen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt. Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle.
Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden. Abgesehen von den physischen und psychischen Schädigungen, die die Vergewaltigungen für die ungeheure Zahl der betroffenen deutschen Frauen bedeuteten, haben besonders die Brutalität und Schamlosigkeit, mit der sich diese Vorgänge oft vollzogen, zur Verbreitung von Angst und Schrecken unter der deutschen Bevölkerung beigetragen.
Es läßt sich erkennen, daß hinter den Vergewaltigungen eine Verhaltensweise und Mentalität stand, die für europäische Begriffe fremd und abstoßend wirkt, und man wird sie teilweise auf jene, besonders in den asiatischen Gebieten Rußlands noch nachwirkenden Traditionen und Vorstellungen zurückführen müssen, nach denen die Frauen im gleichen Maße eine dem Sie-

ger zustehende Beute sind, wie Schmuckstücke, Wertgegenstände und die Sachgüter in Wohnungen und Magazinen.
Ohne eine solche unter den sowjetischen Truppen verbreitete Grundhaltung wären die Formen und die massenhaften Fälle von Vergewaltigungen nicht denkbar. Die Tatsache, daß sowjetische Soldaten asiatischer Herkunft sich dabei durch besondere Maßlosigkeit und Wildheit hervortaten, bestätigt, daß gewisse Züge asiatischer Mentalität wesentlich zu jenen Ausschreitungen beigetragen haben. ...
Manches davon mag auf das Konto einer durch den Krieg verursachten Zügellosigkeit gehen, im ganzen lassen sich die Vorgänge jedoch damit nicht erklären und entschuldigen.
Es steht auch fest, daß zumindest in den ersten Wochen der Besetzung der deutschen Gebiete die sowjetische Armeeführung und die Truppenführer gegen die massenhaften Vergewaltigungen deutscher Frauen nicht eingeschritten sind, sie also durchaus duldeten, wenn nicht förderten.
Es soll im Interesse objektiver Berichterstattung nicht verschwiegen werden, daß es erfreulicherweise auch unter den russischen Soldaten und Offizieren eine beträchtliche Anzahl gegeben hat, die sich nicht an den Ausschreitungen beteiligten, ja den Frauen und Mädchen sogar ihren Schutz anboten oder durch energisches persönliches Eingreifen manche Vergehen verhinderten. Sie haben damit verdient, besonders hervorgehoben zu werden. Trotz solcher rühmenswerten Ausnahmen bleibt die Tatsache bestehen, daß die Vergewaltigungen zu den furchtbarsten Vorgängen innerhalb des Gesamtprozesses der Vertreibung gehören.
Sie hatten zur Folge, daß zahllose deutsche Frauen durch Geschlechtskrankheiten und sonstige körperliche Schädigungen für ihr ganzes Leben ruiniert wurden, und vor allem, daß seelische Depressionen und Verzweiflung, daneben ein dumpfer Fatalismus sich unter ihnen ausbreitete. Viele zogen den von eigener Hand gegebenen Tod der immer wiederholten Schande vor. Viele leiden noch heute unter den psychischen Nachwirkungen des Schreckens und der Entehrung.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Vergewaltigungsverbrechen (x010/32-33): >>Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.
Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden. Fast allerorts sind sie durch Soldaten und Offiziere der sowjetischen Nachschubeinheiten verübt worden, vielfach bereits bei deren Begegnung mit Trecks auf den Landstraßen.
Sie vollzogen sich oft in brutalster und schamlosester Weise, insbesondere wenn die Täter unter Alkoholeinfluß standen. Nicht verschont blieben Schwangere, Minderjährige, Insassinnen von Altersheimen, Schwestern in Krankenhäusern und in Klöstern.
Viele Frauen mußten in vielfacher Folge nacheinander Vergewaltigungen erdulden, selbst bis zur Todesfolge. Auch wurden Frauen nach den Vergewaltigungen getötet und ihre Leichen in sadistischer Weise geschändet. Viele Frauen sind durch Geschlechtskrankheiten infiziert worden. In erheblicher Zahl haben die Frauen Selbstmord verübt, um den wiederholten Vergewaltigungen zu entgehen.
Seitens der sowjetischen Kommandanturen ist zumindest in der ersten Zeit der Besetzung gegen die Vergewaltigungen nicht eingeschritten worden. Aber auch später hatten dort erhobene Klagen der Bevölkerung nur wenig Erfolg. Nur durch das persönliche Eingreifen einzelner sowjetischer Soldaten und Offiziere konnten in Einzelfällen Vergewaltigungen verhindert werden.
Das Ausmaß, das die Vergewaltigungen insbesondere in der ersten Zeit der Besetzung annahmen, dürfte vor allem auf die Handlungsfreiheit zurückzuführen sein, die den sowjetischen

Truppen gewisse Zeit gewährt worden war. Hinsichtlich der Art und Weise, in der die Vergewaltigungen vor sich gingen, dürften Auswirkungen der Tätigkeit der Politorgane, die bei den Truppen maßlosen Haß gegen den Feind geschürt hatten, unverkennbar sein.
Im Berichtsmaterial wird mehrfach erwähnt, daß sich sowjetische Soldaten und Offiziere auf einen diesbezüglichen Stalinbefehl beriefen. ...<<
Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):
Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.
In der späteren sowjetischen Besatzungszone (ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 50.000 Opfer kamen um.
In Groß-Berlin (ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 10.000 Opfer kamen um.
Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer, davon kamen etwa 240.000 Opfer um. Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schrieb später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/243): >>... Ethnische Säuberungen richten sich stets gegen Frauen. Während im Krieg Männer gegen Männer kämpfen, greifen Männer bei ethnischen Säuberungen meist Frauen an. Die Ideologie des integralen Nationalismus versteht Frauen als Trägerinnen der nächsten Generation des Volkes, und zwar im wörtlichen Sinne. Sie sind nicht nur der biologische Kern der Nation, sondern haben oft auch die Aufgabe, die kulturellen und geistigen Werte des Volkes an ihre Kinder weiterzugeben. Aus diesem Grund werden sie häufig zum Ziel ethnischer Säuberungen. ...<<

Tötung von deutschen Zivilisten und Selbstmorde
Die deutsche Zivilbevölkerung kämpfte nach der "Befreiung" fast ständig um ihr Leben. Zahlreiche Zivilisten fielen den willkürlichen sowjetischen Entnazifizierungsmaßnahmen zum Opfer, weil man bei ihnen Feuerwehr-, Schützen- oder Vereinsuniformen entdeckte.
Mit den Gutsbesitzern, Geschäftsinhabern, Ärzten, Apothekern, Lehrern und gutgekleideten Zivilisten, die z.B. durch teure Pelzmäntel oder Pelzkappen auffielen, machten die Sowjets gewöhnlich nicht viel Federlesen. Geringste Beschuldigungen und nachteilige Aussagen entschieden damals über Leben und Tod. Jeder Ost- und Volksdeutsche, der slawische Zivil- oder Fremdarbeiter schlecht behandelt hatte, Mitglied einer NS-Organisation war oder Gegenwehr leistete, gehörte ebenfalls zum Kreis der Todeskandidaten.
Während des "Großen Vaterländischen Krieges" erhielten die Soldaten der Roten Armee regelmäßig erhebliche Alkoholrationen. In den ostdeutschen Brennereien fielen den Sowjets außerdem riesige Alkoholvorräte in die Hände, weil verantwortungslose Geschäftemacher die großen Lagerbestände nicht vernichtet hatten. Die Rotarmisten verfügten dadurch über Unmengen von Alkohol, so daß sie fast ständig unter Alkoholeinfluß standen. Manche Trunkenbolde dachten und handelten völlig unberechenbar. Nicht wenige ahnungslose Zivilisten wurden praktisch "im Vorübergehen" erschossen, weil angetrunkene Sowjets ihre "Schießkünste" beweisen wollten.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Tötung von deutschen Zivilisten (x001/63E-65E): >>**Die Tötung ostdeutscher Zivilpersonen**

Neben den zügellosen Ausschreitungen gegenüber Frauen und Mädchen kam es in den Tagen unmittelbar nach dem Einzug der Roten Armee in den Städten und Dörfern Ostdeutschlands zu zahlreichen "Liquidierungen" von Zivilpersonen und auch zu bloßem Mord. Es handelte sich dabei in der Regel um ein Vorgehen, dem keine auch nur formale gerichtliche Entscheidung vorherging, sondern um bloße Exekutionen auf Grund irgendwelcher Verdachtsmomente oder Beschuldigungen und oft genug auch um rein willkürliche Handlungen einzelner Sowjetsoldaten.

Trotz großer Verschiedenheit der Vorfälle im einzelnen läßt das Vorgehen der sowjetischen Truppen gewisse Grundzüge erkennen, die auf allgemeine Motive schließen lassen. So wurden von den Erschießungen durch einrückende sowjetische Truppen zunächst vor allem Personen betroffen, die exponierte Parteistellen innehatten oder bestimmten nationalsozialistischen Organisationen angehörten. In gleicher Weise wie die Ortsgruppenleiter und Ortsbauernführer, die SA- und SS-Männer wurden häufig aber auch Bürgermeister und höhere Angestellte der Zivilverwaltung sowie Polizeiangehörige behandelt, von denen die Sowjets offenbar annahmen, daß sie allesamt führende NS-Funktionäre waren.

Im Unterschied zu der Behandlung von Parteimitgliedern, wie sie sich in der späteren Zeit der russischen Militäradministration und der polnischen Verwaltung entwickelte, sind diejenigen Personen, die direkt von den einziehenden russischen Truppen - zu Recht oder Unrecht - als exponierte NS-Leute identifiziert wurden, zu einem großen Teil kurzerhand ohne weiteres Verfahren erschossen worden. Fast überall in den Dörfern und Städten Ostdeutschlands sind auf diese Weise hier einige, dort mehrere Menschen getötet worden, die offenbar durch die den sowjetischen Truppeneinheiten beigegebenen politischen Kommissare aufgespürt worden waren.

Es steht fest, daß bei diesen Exekutionen viele an verbrecherischen Maßnahmen des NS-Regimes völlig Unbeteiligte ums Leben gekommen sind. Dies rührt zum Teil daher, daß die russischen Kommissare eine oft sehr unzutreffende Vorstellung von den Kompetenzen und der Verantwortlichkeit der einzelnen NS-Funktionäre und NS-Organisationen hatten.

Wie weit die Unkenntnis oder aber der Mutwille auf russischer Seite in dieser Beziehung ging, wird daran deutlich, daß es wiederholt vorkam, daß fälschlicherweise Eisenbahnbeamte, Feuerwehrleute und andere Uniformträger des öffentlichen Dienstes als Angehörige nationalsozialistischer oder militärischer Organisationen betrachtet und ohne Befragung erschossen wurden. Nicht anders wurde gegen diejenigen verfahren, in deren Wohnungen Waffen oder Uniformstücke gefunden worden waren. In vielen solchen Fällen genügten der bloße äußere Anschein und der geringste Verdacht, um Menschen hinzurichten.

Eine wichtige Rolle spielte in dieser Hinsicht vor allem der Verdacht, die von den sowjetischen Truppen in ihren Heimatorten angetroffenen Deutschen seien als Partisanen mit geheimem Auftrag zurückgelassen worden. Zweifellos leitete sich dieser Verdacht von den offiziellen deutschen Ankündigungen über die Schaffung des "Werwolfs" wie von der wohlorganisierten Partisanentätigkeit her, mit der die Sowjets in Rußland die deutschen Truppen bekämpft hatten. Nichtsdestoweniger war er bei der allgemeinen Verängstigung und Einschüchterung der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung unhaltbar. Es geschah besonders in den ersten Wochen des sowjetischen Vordringens nach Ostdeutschland überaus häufig, daß vor allem Männer auf Grund irgendeines den argwöhnischen Sowjetsoldaten verdächtig erscheinenden Verhaltens kurzerhand erschossen wurden.

Auch andere Motive wirkten bei den Erschießungen von Deutschen in den Tagen des Einzuges der sowjetischen Armeen mit. Besonders der aus den Traditionen der russischen Revoluti-

on stammende Haß gegen die "Kapitalisten" fand vielfältig Entladung. Da nicht nur Großgrundbesitzer und Unternehmer, sondern auch kleine Leute, soweit sie nur ein eigenes Haus besaßen, in den Augen der sowjetischen Soldaten "Kapitalisten" waren, sind von diesen Haßgefühlen nahezu unterschiedslos sowohl Gutsbesitzer und Geschäftseigentümer als auch Beamte, Angestellte und selbst Arbeiter betroffen worden.
Die in Ostdeutschland besonders zahlreichen Gutsbesitzer wurden in den Augen der Russen in besonderer Weise in schlechtes Licht gesetzt durch den Umstand, daß bei ihnen während des Krieges zahlreiche russische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter beschäftigt gewesen waren. Die Aussagen dieser russischen oder auch polnischen Zivilarbeiter oder Kriegsgefangenen waren deshalb für das Schicksal der Gutsbesitzer und ihrer Familien im positiven wie im negativen Sinne vielfach entscheidend. Die geringste Beschuldigung wegen schlechter Behandlung kostete manchem Landwirt das Leben, wie andererseits auch positive Zeugnisse oft Wunder wirkten.
Daneben zeigen sehr viele andere Beispiele von Erschießungen, daß die Tötung von Deutschen in hohem Maße dem seltsam naiven und zu plötzlichen und willkürlichen Handlungen fähigen Temperament der Russen zugeschrieben werden muß, dessen Unberechenbarkeit sich in den Tagen der Eroberung dadurch noch unheilvoller auswirkte, daß große Teile der sowjetischen Truppen fast ständig unter Alkoholeinfluß standen. Die zahllosen Trinkgelage endeten fast regelmäßig nicht nur mit Vergewaltigungen von Frauen, sondern auch mit Schießereien, denen nicht wenige völlig unschuldige Deutsche zum Opfer fielen.
Doch auch wenn sie sich in nüchternem Zustand befanden, war es für viele russische Soldaten charakteristisch, daß sie in einer spielerischkindlichen Weise mit ihren Schußwaffen umgingen und jederzeit zum Schießen und Erschießen bereit waren, was vielen ahnungslosen Deutschen das Leben kostete.
Häufig kam es vor, daß Männer, die der Vergewaltigung ihrer Ehefrauen und Eltern, die der Schändung ihrer Töchter Widerstand leisten wollten, brutal niedergeschossen wurden, ebenso wie Frauen, die sich nicht mißbrauchen lassen wollten, oder Alte und Schwache, die nicht erfüllen konnten, was von ihnen verlangt wurde. In einzelnen Fällen waren auch völlig belanglose Dinge, nicht selten sprachliche Mißverständnisse, die Ursache, daß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde.
Es muß als charakteristischer Zug dieser Vorgänge festgehalten werden, daß hinter ihnen - im Gegensatz zu den späteren polnischen Ausschreitungen - viel weniger nationalistisch bestimmter Deutschenhaß stand, sondern teils sozialrevolutionäre, kommunistische oder antifaschistische Gefühle, teils einfach selbstherrliche naive Willkür des einzelnen russischen Soldaten oder Offiziers.
Noch ist es zur Zeit nicht möglich, eine Schlußbilanz der Zahl der Opfer zu ziehen, die in den ostdeutschen Gebieten während des Einzuges der Roten Armee umgekommen sind. Systematische Umfragen und Ermittlungen, deren Ergebnisse für eine große Zahl von ostpreußischen und ostpommerschen Landgemeinden vorliegen, lassen jedoch bereits Schlüsse auf die vermutliche Gesamthöhe dieser Verluste zu.
Aus ihnen geht übereinstimmend hervor, daß von der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße durchschnittlich 2-3 Prozent in den ersten Wochen nach der russischen Besetzung erschossen oder auf andere Weise umgebracht wurden, was bedeuten würde, daß insgesamt rund 75.000 bis 100.000 Menschen aus Ostdeutschland allein durch Gewaltmaßnahmen dieser Art ums Leben gekommen sind.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Tötung von deutschen Zivilisten (x010/29-32): >>... Sowjetische Panzer, die in den Gemeinden erschienen, haben diese, wie allgemein berichtet wird, schnell wieder verlassen. Ihnen folgende Formationen besetzten unmittelbar darauf Städte und größere Landgemeinden, wo Kommandanturen gebildet wur-

den; von dort aus wurden in den nächsten Tagen Kommandos in die kleinen Landgemeinden entsandt. Soldaten und auch Offiziere drangen in die Häuser ein. Soweit sie deren Bewohner noch vorfanden, verlangten sie zunächst Uhren und andere Wertgegenstände, stürzten sich hemmungslos auf Frauen, um sie zu vergewaltigen, wobei weder Kinder noch Greise verschont wurden. Sie schossen sie nieder, sofern sie sich wehrten, ebenso Ehemänner und Väter, die sie zu schützen versuchten.
In dieser Weise vollzogen sich nach den Aussagen im Berichtsmaterial in den ersten Tagen nach der sowjetischen Besetzung die Mehrzahl der Erschießungen oder Tötungen auf andere Weise durch Dolchstiche und Erschlagen ...
Es wurden nicht, wie es in der einleitenden Darstellung zur "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" heißt, "von den Erschießungen durch einrückende sowjetische Truppen zunächst vor allem Personen betroffen, die exponierte Parteistellen innehatten oder bestimmten nationalsozialistischen Organisationen angehörten" und die offenbar durch die den sowjetischen Truppeneinheiten beigegebenen politischen Kommissare aufgespürt worden waren. Befanden sich doch unter den in den Gemeinden Zurückgebliebenen nur noch selten Personen, die exponierte Stellungen bekleidet hatten.
In der Mehrzahl waren es Menschen: - die nicht mehr hatten fliehen können, ... Personen, die nicht fliehen wollten, ... körperlich Behinderte und alte Menschen, die die Strapazen der Flucht befürchteten; in Landgemeinden blieben aber auch Bauern zurück, die sich von dem ererbten Hof nicht trennen wollten.
... So weisen z.B. die Seelenlisten von 10 Landgemeinden der ostpreußischen Kreise Neidenburg, Osterode, Ortelsburg, Braunsberg ... von 176 getöteten Bewohnern - es handelt sich um 108 Männer, 63 Frauen, 5 Kinder - 47 über 70 Jahre alte Personen aus, darunter meist Rentner bzw. Rentnerehepaare. ...
Abgesehen von wiederholten Hinweisen, daß die Tötungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen sowjetischer Soldaten gegenüber den Frauen standen, ... wird berichtet, daß Unternehmer oder Gutsbesitzer erschossen wurden, die gefangene Russen beschäftigt hatten, oder Familien, weil ein Soldat im Haus oder auf dem Hof entdeckt wurde oder eine Waffe, sei es ein Jagdgewehr oder Revolver, oder weil eine Uniform, ein alter Orden oder in einem Buch ein Führerbild entdeckt wurde.
Aus dem Kreis Marienburg/Westpreußen wird berichtet, daß bei Waffenfunden die betreffenden Häuser in Brand gesteckt wurden; Soldaten umstellten sie, um zu verhindern, daß sie von den Bewohnern verlassen wurden. Ebenfalls aber fielen Personen in derselben Weise Verbrennungen zum Opfer, die sich in einzeln gelegenen, von sowjetischen Soldaten angezündeten Gehöften, Forsthäusern oder Feldscheunen versteckt hielten. Wie wiederholt den Berichten zu entnehmen ist, gingen die Täter besonders brutal gegen ihre Opfer vor, wenn sie unter Alkoholeinfluß standen. ...
Einzelne Erschießungen und Erschlagungen beim Eindringen von Angehörigen sowjetischer Truppen fanden auch noch in den der ersten Besatzungszeit folgenden Wochen statt, wogegen jedoch seitens der Kommandanturen nach und nach eingeschritten wurde. Die örtlichen Militärkommandanten suchten dann auch, schon zur Erhaltung der Disziplin bei den eigenen Truppen die deutsche Bevölkerung vor polnischen Übergriffen zu schützen ...
Opfer von Tötungen wurden ferner Personen auf Verschleppungsmärschen in die Sammellager. Sie wurden erschossen oder erschlagen, wenn sie erschöpft niedersanken ...<<

Die Entnazifizierung in Ostdeutschland

Bei den "politischen Säuberungen" bzw. "Entnazifizierungen" in den Gebieten östlich der Oder-Neiße wurden in erster Linie alle "Kapitalisten" und die "Intelligenz" ausgeschaltet. Den sowjetischen Kampftruppen folgten regelmäßig NKWD-Geheimpolizisten. Die berüchtigten

NKWD-Einheiten, die man im Jahre 1944 dem sowjetischen Ministerium des Innern angegliedert hatte, richteten in allen größeren Gemeinden und Städten Kommandanturen ein. Die NKWD-Streifen nahmen häufig auch Juden, Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten fest, die man gerade erst aus den NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern befreit hatte. Die verhafteten Ost- und Volksdeutschen wurden in Zuchthäusern, Gefängnissen, Viehställen oder in Kohlenkellern inhaftiert.
Während der Verhöre oder "Gerichtsverhandlungen" wurden manche Angeklagte äußerst brutal gefoltert, um Geständnisse zu erpressen. Im allgemeinen mußte man folgende Standardfragen beantworten: "Du Nazi? SS? SA? HJ? BDM? Aktiver Soldat? Lebenslauf? Beruf?"
Falls die sogenannten "Kapitalisten" - Geschäftsleute und Gutsbesitzer - ihre verborgenen "Schätze" oder Warenlager nicht preisgeben wollten, erhielten sie spezielle Prügelrationen. Einige Häftlinge unterschrieben frühzeitig Geständnisse - Parteizugehörigkeit etc., um weitere Mißhandlungen zu vermeiden oder weil sie Denunzianten fürchteten. Die Mehrheit wehrte sich jedoch zunächst hartnäckig gegen alle Schuldzuweisungen. Da viele Dolmetscher nur mangelhaft deutsch sprachen, ereigneten sich dauernd Mißverständnisse, die Unschuldigen das Leben kosteten oder Schuldigen die Freiheit schenkten.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetische "Entnazifizierung" in den Gebieten östlich von Oder und Neiße (x001/-97E-98E): >>... Um einen Überblick über die Bevölkerungsverhältnisse zu gewinnen, hatten die nach dem Abschluß der Kampfhandlungen in den Städten und größeren Dörfern eingerichteten russischen Kommandanturen die Registrierung aller deutschen Einwohner angeordnet. Diese Registrierungen hatten jedoch noch einen anderen Zweck. Sie waren meist mit Befragungen und Verhören der einzelnen Deutschen verbunden und sollten alle nach Ansicht der Sowjets politisch verdächtigen und gefährlichen Elemente ausfindig machen, neben ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, und ihrer verschiedenen Organisationen auch Volkssturmmänner sowie die ganze Gruppe der als "Kapitalisten" Bezeichneten.
Wurde dabei schon der Kreis der Verhafteten weit über das später in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehene Maß ausgedehnt, so ließ sich die Behandlung der Verhafteten überhaupt nicht mehr rechtfertigen. Die in Gefängnissen und Lagern untergebrachten Verhafteten hatten, soweit sie nicht sofort nach Rußland deportiert wurden, unter fortgesetzten Verhören, zahlreichen Mißhandlungen und kärglichster Ernährung zu leiden.
Im oberschlesischen Industriegebiet, wo die Zahl der Männer noch höher war als in anderen Gegenden, wurden die Verhöre und Verhaftungen aller irgendwie mit der NSDAP, verbundenen Deutschen, auch soweit es sich nur um formelle Mitglieder handelte, bereits eine Woche nach der Besetzung mit systematischer Gründlichkeit durchgeführt.
In den ländlichen Gegenden zogen sie sich dagegen meist durch die ganze Zeit der sowjetischen Militärverwaltung hin. Offensichtlich entartete die politische Säuberung, die "Entnazifizierung", unter den Händen der politischen Kommissare oft zu bloßen Rache- und Verfolgungsakten, die nur noch wenig mit Rechtsprozessen zu tun hatten. In vielen Fällen bildete sie lediglich den Vorwand für Aktionen ganz anderer Art, wie vor allem die Deportation, vielleicht sogar die bewußte Vernichtung bürgerlicher Schichten.
Besonders in den Wochen, die unmittelbar auf die Eroberung und Besetzung folgten, war die Behandlung der Deutschen durch die sowjetische Militärverwaltung in offenkundiger Weise von Vergeltungsgefühlen und der deutlichen Absicht zu einer mit europäischen Rechtsbegriffen unvereinbaren Erniedrigung der Beschuldigten geleitet. Da vielen Betroffenen die den Deutschen insgesamt zur Last gelegten Verbrechen der nationalsozialistischen Führung und Verwaltung in Rußland unbekannt geblieben waren, haben sie den kausalen Zusammenhang mit dem Vorhergegangenen nicht verstehen können.
Das gilt u.a. von der Art, mit der die russischen Besatzungsbehörden die deutsche Bevölke-

rung zum Arbeitseinsatz heranzogen.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die sowjetische Entnazifizierung in den ostdeutschen Provinzen (x010/32): >>... Die Verhafteten wurden in Gefängnisse oder in sog. GPU-Keller verbracht und tage- und wochenlangen Verhören unter Bedrohung mit Schußwaffen unterworfen. Es fanden hier schwerste Mißhandlungen, in Einzelfällen mit Todesfolge, statt, um von den Verhafteten eine Unterschrift zu erzwingen, daß sie einer Parteiorganisation angehört haben, wie dies durch zahlreiche Aussagen übereinstimmend überliefert ist.
Die meisten der Verhafteten sind ... in die Arbeitslager der Sowjetunion verschleppt worden. Offenbar handelte es sich um Personen, die die von ihnen geforderte Unterschrift geleistet haben. Andere, von denen eine Erklärung über eine Zugehörigkeit zu NS-Organisationen trotz der Folterungen nicht zu erlangen war, wurden schließlich entlassen.<<

Systematische Plünderungen und Zerstörungsaktionen in Ostdeutschland
Die sowjetische Militärführung hatte bereits im Dezember 1944 organisatorische Voraussetzungen für den Abtransport des Plünderungsgutes eingeleitet. Hinter der sowjetischen Kampffront wurden spezielle Postämter für den persönlichen Paketversand in die Sowjetunion eingerichtet und offizielle Sondergenehmigungen erteilt (x001/66E).
Jeder "einfache" sowjetische Soldat durfte monatlich 2 Pakete - Höchstgewicht je Paket = 8 kg - per Post in die Heimat schicken (x028/89). Sowjetische Offiziere konnten die doppelte Menge versenden. Angesichts der Tatsache, daß die Rotarmisten außer ihrer schmalen Verpflegungsration nichts besaßen, mußten sie sich "notgedrungen" Kriegsbeute beschaffen, damit sie ihren Angehörigen überhaupt etwas schicken konnten.
Die zügellosen "Befreier" plünderten nicht nur hemmungslos, sondern vielfach zerstörten sie außerdem alles, was sie nicht gebrauchen oder mitnehmen konnten.
Um die zugesagte Plünderungsfreiheit zu erleichtern, hetzte man die Deutschen tagelang in der näheren Umgebung ihrer Wohnorte herum. Viele "Plünderungsevakuierte" durften erst nach 8-14 Tagen in ihre Heimatorte zurückkehren.
Nach den Plünderungen und Zerstörungsaktionen konnte man einige Ortschaften fast nicht mehr erkennen. Wohin man auch blickte, überall sah man abgebrannte Ruinen oder Häuser mit zerschlagenen Fenstern und Türen.
In den Häusern und Wohnungen herrschten oftmals entsetzliche Zustände. Die Plünderer hatten alle Fenster und Türen zerschlagen oder eingetreten. Sämtliche Räume, vom Keller bis zum Dachboden, waren durchgewühlt und mutwillig verwüstet. In den Wohnungen lagen zersplitterte Porzellangefäße, Bilder, Lampen und Spiegel. Einige Räume waren z.T. kniehoch mit vernichteten Gegenständen angefüllt. Aufgeschlitzte Federbetten, Kleidungsstücke, Wäsche, zerbrochener Hausrat, Glas- und Porzellanscherben, verdorbene Lebensmittel aller Art und demolierte Möbel bedeckten die Fußböden.
Vielerorts lagen Einrichtungsgegenstände und Möbel vor den Häusern, weil man sie während der Plünderungen kurzerhand aus den Fenstern auf die Straße geworfen hatte.
Wertvolle Bilder, Klaviere, Ledermöbel, Teppiche, Standuhren und andere kostbare Vermögenswerte standen trotz Schnee, Regen oder Sturm ungeschützt an den Straßenrändern. Auf den Straßen flatterten verschmutzte Bilder, zerrissene Bücher und wertvolle Briefmarkensammlungen umher.
In den Ställen und Scheunen der Bauern sah es ebenfalls trostlos aus. Viele Viehställe und Scheunen waren vollständig leer, denn die sowjetischen Reparationskommandos hatten bereits alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, den Viehbestand, Getreide- und Futtervorräte sowie Saatbestände in die UdSSR transportiert. Da mehrere Millionen Rotarmisten verpflegt werden mußten, wurde der Großviehbestand (Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen)

schnell drastisch reduziert.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen in den ostdeutschen Provinzen (x001/-66E): >>Plünderungen und Brandstiftungen
Neben den Vergewaltigungen der Frauen und den Erschießungen, von denen vor allem die Männer bedroht waren, gab es auch Übergriffe, denen keiner der zurückgebliebenen Deutschen entrann und die, mochten sie auch im einzelnen als nicht so tragisch empfunden worden sein, doch auf Grund ihrer allgemeinen Verbreitung die deutsche Bevölkerung stark in Mitleidenschaft zogen.
An erster Stelle stehen hier die unaufhörlichen Plünderungen und Beraubungen, die beim Einmarsch der Roten Armee begannen und noch lange unter der russischen Besatzung andauerten, so daß die zurückgebliebene ostdeutsche Zivilbevölkerung durch fortgesetzte Beraubungen ihrer persönlichen Habe weitgehend verarmte.
Das furchtbare Ausmaß, das die Plünderungen in den ersten Tagen und Wochen nach der Eroberung der ostdeutschen Städte und Dörfer angenommen haben, die systematische Gründlichkeit, mit der sie geschahen, läßt auf planmäßiges Vorgehen schließen. Zweifellos hatten die sowjetischen Truppen lange Zeit uneingeschränkte Plünderungsfreiheit. Nicht nur, daß die sowjetische militärische Führung ihre Soldaten gewähren ließ, sie ermunterte sie noch in ganz offensichtlicher Weise, sich an deutschem Eigentum zu bereichern, oder leistete durch gelenkte Maßnahmen Plünderungsaktionen Vorschub. ...<<

Reparationen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie
Im Vergleich zu den mitteldeutschen und westdeutschen Besatzungszonen waren die ostdeutschen Reparationsleistungen wesentlich höher. Transportable Güter und Ausstattungen wurden nach dem sowjetischen Einmarsch sofort als Kriegsbeute in die UdSSR transportiert. Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schuften.
Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjetunion. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände - Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe usw. - abtransportiert.
Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete, wie z.B. Holzfußböden, Türzargen, Fenster, Holztreppen, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen.
Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter. Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.
Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.
Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein". Die sowjetischen Plünde-

rungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte.
Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.
Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen im Oktober 1945 tauchten außerdem urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts weitere "Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetischen Demontagen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E): >>... Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts destoweniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war.
Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieeinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -Offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. - Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont. …<<

Die Zwangsverschleppung der Volks- und Ostdeutschen
Im Dezember 1944 bzw. im Januar/Februar 1945 begannen in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Polen und in den deutschen Ostprovinzen planmäßige Verschleppungsaktionen. Die Festnahme und anschließende Verschleppung der volks- und ostdeutschen Zivilisten begann nicht selten mit arglistigen Täuschungsmanövern. Arbeitsfähige Zivilisten wurden z.B. von den Sowjets aufgefordert, sich wegen angeblicher Registrierungen oder für "kurze Arbeitseinsätze im rückwärtigen Frontgebiet" zu melden. Diese Aktionen dauerten jedoch oftmals mehrere Jahre und endeten mehrheitlich in Sibirien.
Bei der Zwangsarbeiterauswahl spielte die Schuldfrage keine entscheidende Rolle. Es kam hauptsächlich darauf an, die vorgegebenen Verschleppungskontingente einzuhalten. Im allgemeinen verschleppte man Personen im Alter von 15-60 Jahren. Denunzierte NS-Parteimitglieder, Facharbeiter, kräftige oder gutgenährte Personen kamen zuerst an die Reihe. Falls nicht genügend arbeitsfähige Zivilisten "angeworben" werden konnten, wurden auch ältere oder jüngere Arbeitskräfte deportiert.
Im Verlauf der tagelangen Märsche in die sowjetischen Auffang- oder Sammellager mußten die Deportierten z.T. Entfernungen von 100-150 km zurücklegen. Falls die Verschleppten nicht genügend Proviant mitgenommen hatten, mußten sie notgedrungen jämmerlich hungern. Wer das Marschtempo nicht durchhalten konnte und zurückblieb, war meistens rettungslos verloren. In größeren Orten füllte man die gelichteten Kolonnen gewöhnlich wieder auf. Nicht wenige ahnungslose Ostdeutsche, die man kurzerhand auf offener Straße gewaltsam in die Marschkolonnen eingereiht hatte, marschierten plötzlich ohne Verpflegung und angemessene Winterkleidung nach Osten.

Nach den qualvollen Elendsmärschen kamen die Verschleppten völlig erschöpft in den sowjetischen Auffang- und Sammellagern an. In diesen Lagern wurden z.T. 1.000-10.000 Inhaftierte untergebracht. Die großen Deportationslager für den Abtransport der Ostdeutschen und Polen-Deutschen waren: Insterburg für Ostpreußen, Graudenz, Soldau und Zichenau für Westpreußen, Danzig und Sikawa für das westliche Polen sowie Posen, Beuthen, Krakau, Samor und Sanok für Schlesien und das südliche Polen.
Da die Sowjets nirgends genügend Güter- und Viehwagen bereitstellen konnten, waren alle Auffang- und Sammellager restlos überfüllt. In den Notunterkünften und Gefängniszellen herrschten katastrophale Zustände (unerträgliche Enge und völlig ungenügende Hygiene- bzw. Luftverhältnisse). Im Zuchthaus Bartenstein wurden z.B. 31 Frauen in einer Einzelzelle untergebracht. Die Verschleppten erhielten häufig tagelang nichts zu essen und zu trinken. In den Lagern fanden außerdem tagein und tagaus gefürchtete Verhöre statt, um Geständnisse zu erpressen.
Als der Abtransport in die UdSSR begann, reagierten viele Häftlinge sogar erleichtert. Die Deportierten konnten es sich damals einfach nicht vorstellen, daß ihr zukünftiger Lebens- bzw. Leidensweg noch wesentlich entsetzlicher werden sollte. Im allgemeinen trieb man durchschnittlich 40-55 Personen in die Vieh- und Güterwaggons. Frauen und Männer transportierte man größtenteils in separaten Waggons. In der Regel gab es dort weder Pritschen noch Stroh, keine Öfen und Aborte, sondern nur Schmutz und Schnee. Die abgemagerten Gefangenen wurden dermaßen eng zusammengepfercht, daß sie nicht einmal sitzen, geschweige denn liegen konnten.
Je weiter die Züge nach Osten rollten, desto kälter wurde es. In den Wintermonaten Januar bis März 1945 froren die nur notdürftig bekleideten Gefangenen entsetzlich. Die tödliche Kälte forderte täglich zahllose Opfer.
Nachdem sich die Reihen gelichtet hatten, wanderten die halberfrorenen Menschen in den ungeheizten Viehwaggons auf und ab, um nicht zu erfrieren. Die menschenunwürdige Unterbringung - Schmutz und Ungeziefer, Durst und Hunger - quälte die Verschleppten von Tag zu Tag mehr. Im Verlauf der wochenlangen Schreckensfahrten erhielten sie oftmals nur völlig unzureichende Trinkwasser- und Verpflegungsrationen.
Obgleich die Gesundheit und das Leben der deutschen Zwangsarbeiter sehr gering eingestuft wurden bzw. völlig unbedeutend waren, ließen die sowjetischen Wachleute grundsätzlich keinen Deportierten entkommen. Die Wachposten stiegen damals regelmäßig auf die Güterwaggons und klopften die Waggondächer und Waggonwände gewissenhaft nach gelockerten Brettern ab, um Fluchtversuche zu verhindern.
Die Lage der Kranken war hoffnungslos, denn sie erhielten mehrheitlich keine ärztliche Versorgung, Medikamente oder Verbandsmaterial. Im Verlauf der langen Verschleppungstransporte in die UdSSR verursachten der Kältetod und lebensgefährliche Krankheiten - Ruhr, Typhus, Gesichtsrose etc. - verheerende Verluste. Bei diesen Transporten kamen durchschnittlich bereits bis zu 10 % der deutschen Reparationsverschleppten ums Leben (x001/84E).
Die Zwangsarbeitslager befanden sich vorwiegend in den sowjetischen Industriebezirken am Ural, in den Don- und Donez-Gebieten, im Kaukasus, in der Nähe des Eismeeres oder in Turkmenien - ca. 4.000 km von der bisherigen Heimat entfernt.
Diese Zwangsdeportationen verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).

Zwangsarbeiter - Teil der zugesagten Reparationen -

Die "Großen Drei" - der britische Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und der sowjetische Regierungschef Stalin - hatten sich bereits während der Konferenz von Teheran vom 28.11. bis zum 1.12.1943 grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches geeinigt. Stalin forderte damals z.B. die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen deutsche Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).

Churchill teilte dem US-Präsidenten Roosevelt am 24. November 1944 schriftlich mit (x025/-262): >>... Mit der "Verschickung" von 2 oder 3 Millionen Nazis als Zwangsarbeiter bin ich einverstanden.<<

Am 16. Dezember 1944 unterschrieb Stalin schließlich die völkerrechtswidrige Weisung 7161 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und aus der Tschechoslowakei zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

Am 3. Februar 1945 unterschrieb Stalin die völkerrechtswidrige Weisung 7467 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Polen und von Reichsdeutschen aus den deutschen Ostprovinzen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt. Die Gesamthöhe betrug mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon sollte 50 % die UdSSR erhalten.

Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets auch deutsche Arbeitskräfte bzw. Zwangsarbeiter - als Teil der zugesagten Reparationen - in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Zwangsarbeit" (x051/660): >>Nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation von 1930 "jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat".

Im Zweiten Weltkrieg konnte die deutsche Rüstungsindustrie ihre erstaunlichen Leistungen nur durch einen hohen Anteil von Zwangsarbeit erbringen, die v.a. von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen geleistet wurde. Zwangsarbeit der deutschen Kriegsgefangenen wurde im und nach dem Krieg in der Sowjetunion und in geringem Maßstab auch in Frankreich, Belgien u.a. als Reparationsleistung und Wiedergutmachung gefordert.

In der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen von 1948 wurde Zwangsarbeit geächtet, das Grundgesetz untersagt sie in Artikel 12.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Verschleppung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/3,5): >>Nach Massenmord und Massenflucht war die Verschleppung zur Zwangsarbeit der dritte Apokalyptische Reiter, der über die Vertreibungsgebiete hinwegfegte. Auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945 hatten Churchill und Roosevelt Stalin zugestanden, unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung auf Sklavenjagd zu gehen.

… Reparationen in Sachleistung, so nannte man in London und Washington diesen Rückfall in die Barbarei. Besonders entsetzt reagierte der spätere US-Chefankläger in Nürnberg, Robert H. Jackson. Er mußte nämlich in den Kriegsverbrecher-Prozessen wegen des gleichen Deliktes anklagen. ...

>>... Von Hunderttausenden deutscher Zwangsarbeiter überlebte ... nur etwa jeder zweite (genau: 55 %).<<

Aufgrund der hohen Sterblichkeitsraten stellten die Sowjets die Deportation von ost- und

volksdeutschen Zivilisten schließlich im April 1945 ein. In jener Zeit gerieten Hunderttausende von deutschen Soldaten in sowjetische Kriegsgefangenschaft, so daß genügend Arbeitskräfte für die "Wiederaufbauarbeiten" in der UdSSR vorhanden waren.
Im Jahre 1948 durfte viele verschleppte reichs- und volksdeutsche Zwangsarbeiter endlich die UdSSR verlassen.
Diese Zwangsdeportationen verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).
Die Zwangsverschleppung der deutschen Zivilisten geriet schon bald in Vergessenheit. In der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Öffentlichkeit wurde jahrzehntelang nicht über diese völkerrechtswidrige Versklavung der ost- und volksdeutschen Zivilisten berichtet.
Dr. Gerhard Reichling, ein langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa folgende Zahlen (x037/60):
1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche um.
Der nordamerikanische Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, Robert Jackson, der das NS-Regime konsequent bekämpfte, kritisierte später die nordamerikanische Zustimmung zur Sklavenarbeit im Osten (x025/125): >>Was die Welt braucht, ist bestimmt nicht die Idee, die einen aus den Konzentrationslagern herauszuholen und die anderen hineinzustecken, sondern die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden. ... Das wirkliche Problem bei der Verschickung von Arbeitskräften wird sein, daß sie niemals wiederkommen. ...<<

Reichs- und volksdeutsche Verschleppungsopfer, die aus den Deportationsgebieten Ost-Mitteleuropas sowie aus den Besatzungszonen der alliierten Siegermächte in die Sowjetunion verschleppt wurden

Deportationsgebiete	Anzahl der Verschleppten		%	Verschleppungsverluste
Ostpreußen	44.000		45	19.800
Ostpommern	49.000		45	22.000
Ostbrandenburg	17.000		45	7.700
Schlesien	62.000		45	27.900
Deutsche Ostprovinzen	172.000	1)	45	77.400
Memelland	10.000	2)	10	1.000
Danzig	12.000		45	5.400
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	8.000		45	3.600
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	26.000		45	11.700
Polnische Gebiete	46.000	3)	45	20.700
Jugoslawien	30.000	4)	45	13.500
Rumänien	75.000	5)	45	33.700
Ungarn	35.000	6)	45	15.800
Balkan	140.000		45	63.000
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	196.000		43	84.700
Ost-Mitteleuropa	368.000		44	162.100
Aus den deutschen Reichsgebieten verschleppte Rußland-Deutsche (sog. Zwangsrepatriierte)	300.000	7)	37	111.000
Aus der SBZ verschleppte "Straftäter"	40.000	8)	22	8.800
In die UdSSR verschleppte Reichs- und Volksdeutsche	708.000	10)	40	281.900
Innerhalb der Sowjetunion "umgesiedelte" Rußland-Deutsche	900.000	9)	27	239.000
Insgesamt	1.608.000		32	520.900

Quellen: 1) - 3) = x001/83E,87E, x026/91, 4) - 6) = x006/96E, x007/79E, x008/44E, 7) - 10) = x026/31,63,91.

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 (x010/34): >>Die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße dürfte mehr als 400.000 Menschen betragen haben, wovon ca. 55 % überlebten. Demnach wären in den Lagern und auf Transporten ca. 200.000 verstorben ...<<

Kurt W. Böhme ("Gesucht wird ... Die dramatische Geschichte des Suchdienstes", S. 275) ermittelte sogar rd. 874.000 deutsche Zivilisten, die wahrscheinlich nach Sibirien und Zentralasien verschleppt wurden. Von diesen Deportierten kamen ca. 341.000 in der UdSSR um (x026/91).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60):

1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.

Stalins Liquidationspolitik

Während der sowjetischen Befreiungsmission in Ostdeutschland setzte man 1944/45 erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige

(Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoff.
Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.
Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).
Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten, die sogenannten "Stalin-Schüler" einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus. Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).
Manche Soldaten der sowjetischen Panzertruppen, die aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der UdSSR stammten, warnten gelegentlich sogar die Ostdeutschen (x160/6): >>Die nach uns kommen sind schlecht. ... Nach uns kommen Stalin-Schüler ...<<
Ab März 1945 ließ Marschall Shukow erstmalig Flugblätter verteilen und forderte alle Rotarmisten auf, das Morden, Brandschatzen und Vergewaltigungen zu unterlassen (x001/69E). Diese Anordnungen wurden in den letzten Kriegswochen jedoch nur selten beachtet, weil die "soldatische Disziplin" der Truppen größtenteils nicht mehr existierte. Einige sowjetische Offiziere hatten längst jegliche Befehlsgewalt verloren. Disziplinlose, betrunkene Rotarmisten bedrohten ständig ihre Vorgesetzten. Tausende von Rotarmisten verließen eigenmächtig die Kampffronten und zogen als plündernde Marodeure durch die Ostprovinzen.
Manche Nachschubeinheiten transportierten nur noch persönliche Kriegsbeute, so daß der Waffen-, Munitions- und Treibstoffnachschub fast völlig zusammenbrach. Angesichts der bedrohlichen Entwicklung mußte man schließlich sogar NKWD-Einheiten, Panzertruppen oder Moskauer Spezialeinheiten einsetzen, um die "soldatische Disziplin" innerhalb der Roten Armee wieder herzustellen.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die Verwilderung der Rotarmisten und die Wiederherstellung der "soldatischen Disziplin" innerhalb der Roten Armee (x046/328): >>... Die sowjetischen Frontoberbefehlshaber, die anfangs selber zu Racheakten aufgerufen hatten, sahen sich bald genötigt, gegen die Verwilderung, ja Vertierung von beträchtlichen Teilen ihrer Truppen einzuschreiten.
Alle solche Bemühungen mußten jedoch wirkungslos bleiben angesichts der antideutschen Haßpropaganda, die unter der Federführung Ehrenburgs bis kurz vor Kriegsschluß weiterlief und die in der Forderung gipfelte, mit "Deutschland ein Ende zu machen", in dem Anliegen, das Ehrenburg "bescheiden und ehrenwert" nannte, nämlich die "Bevölkerung von Deutschland zu vermindern", wobei es nur noch darauf ankomme zu entscheiden, ob es besser sei, "die Deutschen mit Äxten oder Knüppeln zu erschlagen".
Stalin persönlich wußte um alle diese ungeheuerlichen Maßnahmen und Vorgänge, er persönlich hatte sie in Auftrag gegeben, und er trug für sie die unmittelbare Verantwortung. ...<<
Im April 1945 erklärte Stalin während eines Gespräches mit dem jugoslawischen General der Volksbefreiungsarmee Milovan Djilas (x029/307): >>Sie haben eine Idealvorstellung von der Roten Armee. Und sie ist nicht ideal, und kann es auch nicht sein, auch nicht, wenn sie nicht

einen bestimmten Prozentsatz an Kriminellen umfassen würde:
Wir haben die Zuchthäuser geöffnet und alle in die Armee abkommandiert. Die Rote Armee ist nicht ideal. Hauptsache ist es, daß sie gegen die Deutschen kämpft - und dies tut sie recht gut - alles andere spielt ja keine Rolle. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Einmarsch der Roten Armee und die Motive der sowjetischen Gewalttäter (x160/6-7): >>Zu jedem Verbrechen gehört ein Motiv.
Im Bundesarchiv in Koblenz haben sich Historiker daher die Mühe gemacht, die Motive der Vertreibungsverbrechen mit wissenschaftlichen Methoden anzugeben. Dabei zeigen sich interessante Ergebnisse. Gewisse Teile der Roten Armee haben massenhafte Verbrechen begangen, andere fast gar keine. Es wurde nun gefragt: Wie sahen die Einheiten aus, die zu Verbrechen neigten? Die Antwort war verblüffend einfach: Je mehr Kommunisten und Komsomolzen, desto mehr Verbrechen. Oft warnten die weniger indoktrinierten Verbände sogar die Zivilbevölkerung ausdrücklich: "Die nach uns kommen sind schlecht. Nach uns kommen Stalin-Schüler."
Weiter wurde gefragt: Was war es denn, das die Stalinschüler bei ihrem Lehrmeister lernten? Wieder ist die Antwort einfach: den Haß. Von Mai 1942 bis April 1945 rollte in Moskau eine Haßkampagne, die die Welt in dieser Breite, Dauer und Wucht noch nicht gesehen hatte. "Die Deutschen sind keine Menschen", "Schlag die Deutschen tot", "Es gibt für uns nichts Lustigeres als deutsche Leichen", so tönten Millionen Flugblätter, so schrieben Zeitungen in Millionenauflage, so hörten es Millionen im Radio. Nicht einmal, sondern fast täglich, jahrelang.
Gläubige Christen kennen zehn Gebote. Gläubige Kommunisten kannten damals nur ein Gebot: Töte den Deutschen! Allein vom sowjetischen Chefpropagandisten Ehrenburg sind rd. 3.000 Aufrufe zum Haß bekannt.
Aber war nicht der Haß das Ergebnis des deutschen Überfalls? Starben nicht im Zweiten Weltkrieg 20 Millionen Sowjetbürger? Nun, die 20 Millionen sind keine Propagandabehauptung; die Zahl stimmt. Was die Propaganda verschweigt, ist die Tatsache, daß weit über die Hälfte dieser Menschen nicht Hitler-, sondern Stalin-Opfer sind. Bei Hitlers Einmarsch wurde Stalin von panischer Angst vor Rebellion und Umsturz ergriffen. Er wütete wie ein Rasender gegen verdächtige Russen und gegen die unterdrückten nichtrussischen Völker wie Balten, Ukrainer, Krimtataren etc. und nach dem Rückzug der Deutschen noch einmal gegen echte oder vermeintliche Kollaborateure und Antikommunisten.
Am 16. August 1986 mußte daher die "Neue Zürcher" bemerken: "Für Statistiker bleibt der Verdacht bestehen, daß die heute immer wieder genannte Zahl von 20 Millionen Kriegstoten auch die Opfer von Säuberungen einschließt, zumal Stalin selbst 1946 von 7 Millionen sprach und die wenige Jahre später erschienene "Große Sowjetenzyklopädie" sie auf 10 Millionen bezifferte."
Freilich bestand die Besatzungspolitik der Nationalsozialisten im russischen Hinterland meist unter den Fixsternen von Dünkel, Dummheit und Brutalität. Wer wollte das ernsthaft bestreiten? Trotzdem, wer beim heutigen Stand der Wissenschaft behauptet, die Mehrzahl der Verbrechen der Roten Armee in Ostdeutschland sei rein spontan geschehen, muß sich mit einer Reihe von Fragen auseinandersetzen, z.B.:
1. Wozu die jahrelange Haßkampagne, wenn die Sowjetsoldaten sowieso schon alles Deutsche ausmerzen wollten?
2. Warum haben sich einzelne Einheiten halbwegs korrekt verhalten und andere nicht, obwohl doch alle etwa die gleichen Erfahrungen mit der NS-Besatzung gemacht hatten?
3. Warum hat man an der deutschen Grenze Schilder aufgestellt: "Rotarmist, du stehst jetzt auf deutschem Boden - die Stunde der Rache hat geschlagen!"
4. Warum wurde die offizielle Haßpropaganda schlagartig gestoppt, als die Oder-Neiße-Linie

erreicht war?
Die letzte Frage dürfte die vorangegangenen beantworten. Die Mehrheit der seriösen Historiker ist sich heute wohl einig, daß es Stalin in erster Linie darum ging, in den Vertreibungsgebieten vollendete Tatsachen zu schaffen. Man kann den historischen Tatbestand auf die kurze historische Formel bringen: Die Vertreibungsverbrechen waren keine Häufung von Ausschreitungen, sondern eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik.<<
Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.
Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Auszeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.
Iwan Tschernjachowski (1906-1945, seit 1928 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Armeegeneral, 2facher Held der Sowjetunion: 1943, 1944). Tschernjachowski wurde in Ostpreußen tödlich verwundet und starb am 18.02.1945.
Sein Nachfolger war Alexander Wassilewski (1895-1977, seit 1938 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Konstantin Rokossowski (1896-1968, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Georgi Shukow (1896-1974, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 4facher Held der Sowjetunion: 1939, 1944, 1945, 1956).
Iwan Konjew (1897-1974, seit 1918 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäkkig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben.
Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrecken versetzt hätte. Während der sowjetischen Befreiungsmission hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.
Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfaßbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.
Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die "Ausblendung" der so-

wjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwas wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<
Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski, von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter, berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.
Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinhegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.
Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher. ...<<
Schlußbemerkungen: Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.
Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts endlich durch den Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen juristisch zu prüfen und zu ahnden. Da Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die sowjetischen Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln in Ost- und Mitteldeutschland sowie in Berlin zur Verantwortung zu ziehen.
Die Vereinten Nationen müssen diese ungesühnten Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung endlich angemessen aufklären, die Schuldigen ermitteln und die unfaßbaren Geschehnisse ächten, um endlich die Ehre der geschändeten oder ermordeten Opfer und ihrer Hinterbliebenen wiederherzustellen.

Damit die geschändeten oder ermordeten Opfer endlich ihren Frieden finden können, ist es unsere christliche Pflicht, diese ungesühnten Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung letzten Endes ungeachtet aller internationalen Probleme angemessen aufzuklären, die Schuldigen zu ermitteln und die unfaßbaren Geschehnisse zu ächten.
Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und auch Rußland gab nie eine öffentliche oder offizielle Entschuldigung ab, deshalb sollte die russische Regierung (Rechtsnachfolger der UdSSR) aufgefordert werden, alle sowjetischen Denkmäler, die die angebliche Befreiungsmission der Roten Armee in Berlin sowie in Mittel- und Ostdeutschland bis zum heutigen Tag verherrlichen, umgehend abzubauen und gegebenenfalls zur Wiedererrichtung nach Rußland zu transportieren.

Das Schicksal der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch

Rückkehr und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde damals in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Da die Rote Armee überraschend schnell nach Westen stürmte, wurden viele Flüchtlingstrecks frühzeitig eingeholt und wichtige Fluchtwege versperrt, so daß schon im Januar 1945 große Rückkehrbewegungen entstanden. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die durch feindliche Truppen überholt worden waren, in ihre Wohnorte zurück. Nach der Kapitulation im Mai 1945 folgten weitere Rückwanderungswellen.
Aufgrund der z.T. großen Entfernungen, der ständigen Überfälle und der langen Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate. Falls die Heimkehrer nicht gerade Zwangsarbeiten leisten mußten oder willkürlich inhaftiert wurden, schafften sie täglich etwa 20 km.
Der Fußmarsch von Kolberg in Ostpommern, bis nach Heilsberg in Ostpreußen dauerte z.B. 12 Tage.
Weitere Beispiele: Küstrin in Ostpommern nach Heilsberg in Ostpreußen = 20 Tage.
Karthaus in Westpreußen nach Bartenstein in Ostpreußen = 59 Tage.
Nach den unendlichen Flucht- und Rückkehrstrapazen war der körperliche und seelische Allgemeinzustand aller Ost- und Volksdeutschen katastrophal. Tausende von Flüchtlingen kamen sterbenskrank oder zu Tode erschöpft in ihren Heimatorten an. Hier warteten weitere Schicksalsschläge auf die völlig abgerissenen, halbtoten Rückkehrer. Die Häuser und Wohnungen waren im allgemeinen völlig ausgeplündert, sinnlos zerstört oder wurden schon von neuen "Eigentümern" bewohnt.
Bis zur Kapitulation konnten nur ca. 8.375.000 Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. Im Juni 1945 hielten sich rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche in Ost-Mitteleuropa - ohne spätere DDR - auf.
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die ostdeutschen Rückkehrer (x039/141): >> Das Kapitel über die Flucht darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu erwähnen, daß Millionen von Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, fest davon überzeugt waren, daß sie bald wieder, wenn der Krieg endlich vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Im April 1945 betrug die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen etwa 4.400.000 Menschen.
Bis zum Juli 1945 waren 1.125.000 Flüchtlinge zurückgekehrt, weil sie die Härten des verlo-

renen Krieges lieber in der Heimat durchstehen wollten. Sie ahnten nicht, daß sie wieder vertrieben werden würden. Andere hatten von der alliierten Entscheidung, die Deutschen auszuweisen, gerüchteweise gehört, sie begriffen aber nicht, daß die 700 Jahre alten ostdeutschen Siedlungen von heute auf morgen zerschlagen werden sollten. ...<<

Die Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	Flüchtlinge	%
Memelland		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	134.000	100
Nach Ostpreußen flüchten ab Oktober 1944	- 70.000	- 52
Nach Westen flüchten ab Oktober 1944	- 34.000	- 26
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	30.000	22
Ostpreußen		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944 1)	2.519.000	100
Flüchtlinge aus dem Memelland (Oktober 1944)	70.000	3
Evakuierung und "stille Abwanderung" bis Ende 1944	- 765.000	- 30
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.350.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	474.000	19
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	296.000	11
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	770.000	30
Ostpommern		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	1.861.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.011.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	850.000	46
Rückkehrer aus Danzig	150.000	8
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	1.000.000	54
Ostbrandenburg		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	660.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 360.000	- 55
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	300.000	45
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	50.000	8
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	350.000	53
Schlesien		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	4.718.000	100
Nach Sachsen und Thüringen flüchten ab Januar 1945	- 1.618.000	- 34
Flucht in den Reichsgau Sudetenland ab Januar 1945	- 1.600.000	- 34
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	1.500.000	32
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	200.000	4
Rückkehrer aus dem Reichsgau Sudetenland	800.000	17
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	2.500.000	53
Danzig		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	404.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 204.000	- 50
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	200.000	50
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	200.000	50
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig/Westpreußen		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	372.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 232.000	- 62
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	140.000	38
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	46.000	12
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	186.000	50

Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	**Flüchtlinge**	**%**
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement		
Bevölkerungsstand Februar/März 1944	1.230.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 770.000	- 63
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	460.000	37
Rückkehrer	154.000	13
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Juni 1945)	614.000	50
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei		
Bevölkerungsstand Januar 1945	3.600.000	100
Flüchtlinge aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien	100.000	3
Flüchtlinge aus Schlesien	1.600.000	44
Nach Westen flüchten ab April 1945	- 911.000	- 25
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene 2)	4.389.000	122
Rückkehrer nach Schlesien	- 800.000	- 22
Rückkehrer nach Ungarn und in die Slowakei	- 100.000	- 3
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	3.489.000	97
Estland, Lettland und Litauen		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	23.000	100
Nach Westen flüchten in 1944	.	.
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	23.000	100
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	23.000	100
Jugoslawien		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	360.000	100
Nach Westen flüchten bis September 1944	- 160.000	- 44
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	200.000	56
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	200.000	56
Rumänien		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	504.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	-100.000	- 20
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	404.000	80
Rückkehrer	.	.
Bevölkerungsstand 1944/45	404.000	80
Ungarn		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	543.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	- 60.000	- 11
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	483.000	89
Rückkehrer	21.000	4
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	504.000	93
Ost-Mitteleuropa (ohne UdSSR):		
Bevölkerungsstand 1944/45	16.928.000	100
Nach Westen flüchten 1944/45	-8.375.000	- 49
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	8.553.000	51
Rückkehrer aus westlichen Reichsgebieten	1.717.000	10
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Mai/Juni 1945)	10.270.000	61

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).

1) Einschl. der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.

2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien)

sind nicht enthalten.

Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte. Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte. Die verstörte deutsche Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war. Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfgebiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.

Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumungsarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht. Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.

Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottenen Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Handpflug greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.

Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungsgebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die brutalen Gewalttaten endlich aufhörten.

Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten.

In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.

Im Verlauf der Besatzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.

US-General Eisenhower telegrafierte am 18. Oktober 1945 nach Washington (x309/125):

>>In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht

der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. ... Viele, die nicht weg können, werden in Lagern interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent berichtet. ...<<

Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung

Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil die einheimischen Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben.

Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden. Zwischen den Russen und Polen ereigneten sich besonders häufig Auseinandersetzungen, die nicht selten mit wilden Schießereien endeten. Viele Polen haßten ihre sowjetischen Befreier, weil sie nach Stalins Anordnungen die deutschen Ostgebiete systematisch ausplünderten und verwüsteten.

In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen".

Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.

In Ostdeutschland, Polen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien setzten die neuen Machthaber ihre bisherigen Verfolgungsmaßnahmen systematisch fort und nutzten außerdem die "bewährten" NS-Terrormethoden der "Juden- und Fremdarbeiterpolitik". Die Deutschen mußten z.B. vielerorts weiße Armbinden oder Hakenkreuze sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, um sie öffentlich zu verhöhnen und zu erniedrigen. Fanatische Zivilisten mißhandelten die Geächteten gelegentlich auf "offener Straße" und rissen ihnen sogar oft die Kleidung vom Leib.

Da die neuen polnischen Machthaber nicht genügend disziplinierte Truppen und Polizeikräfte besaßen, übertrug man in Ostdeutschland den "Schutz der öffentlichen Sicherheit" zunächst an Milizen. In jede Stadt und in jedes größere Dorf wurden "Milizkommandanten" entsandt, um die sowjetischen Besatzungstruppen zu ersetzen. Manche Milizangehörige waren fragwürdige Gestalten. Die Milizen setzten sich überwiegend aus 18-20jährigen Zivilisten zusammen, die schnell erkannten, daß Raub und Plünderung des deutschen Eigentums behördlich gefördert bzw. unterstützt wurden.

Die Milizangehörigen, Partisanen und Geheimpolizisten waren damals die Herren über Leben und Tod. Sie waren überall unumschränkte Machthaber und terrorisierten die deutschen Einwohner. Da die Milizen keinen Sold erhielten, mußten sie sich selbst versorgen und führten unentwegt Raubzüge durch. Das gesamte Eigentum der "Staatsfeinde" wurde "beschlagnahmt", so daß die Ost- und Volksdeutschen schnell zu Bettlern wurden. Nachdem die Milizen Kommandanturen errichtet hatten, drangen immer mehr polnische und tschechische Zivilisten in die deutschen Siedlungsgebiete ein.

Die Geheimpolizei und Partisanen arbeiteten gewöhnlich mit den örtlichen Milizkommandanten zusammen, wenn es darum ging, die Deutschen mit schonungsloser Willkür und extremer Brutalität zu verfolgen. In der CSR wurden damals vermeintliche NS-Verbrecher von Partisanen und Milizen auf Markt- oder Sportplätzen zusammengetrieben, brutal mißhandelt und z.T.

sogar öffentlich hingerichtet (x010/44). Erst in den Jahren 1946-1947 ließ die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und Milizen allmählich nach.
Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhungern wollte, mußte arbeiten.
In den Sommermonaten betrug die tägliche Arbeitszeit oftmals bis zu 15 Stunden. Während der Erntezeit wurde vom Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet. Sonn- und Feiertage waren für die Deutschen "normale Arbeitstage".
Viele Zwangsarbeiter mußten ekelhafte und qualvolle Arbeiten ausführen. Besonders abscheulich waren die Bergung von Tierkadavern und die Bestattung der Leichen, die bereits seit Wochen und Monaten in den Ortschaften, an den Landstraßen oder auf den Feldern und Wiesen lagen. Diese grauenvollen, gesundheitsgefährdenden Arbeiten dauerten manchmal mehrere Wochen.
Während der schweren körperlichen Arbeit kam es täglich vor, daß kranke und erschöpfte Arbeitskräfte Schwächeanfälle erlitten und zusammenbrachen. Infolge der unmenschlichen Lebensbedingungen brachen schon bald vielerorts verheerende Epidemien aus. In jener Zeit führte man Beerdigungen nur noch ohne Särge durch. Die Toten wurden notdürftig in Kohlen- oder Kartoffelsäcke gepackt und in Massengräbern bestattet.
Nach der täglichen Zwangsarbeit durchsuchten überall hungrige Menschen leerstehende Häuser, Keller und Kartoffelmieten oder streiften durch Wälder und über Felder, um irgendwelche eßbaren Dinge zu ergattern. Für die Frauen war es besonders schwer, ihre Kinder und ihre gebrechlichen Eltern zu ernähren, denn obwohl sie selbst unterernährt waren und hungerten, mußten sie jeden Tag schwere Zwangsarbeiten leisten.
Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage der rechtlosen Deutschen immer dramatischer.
Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es schon längst nicht mehr.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/90E-91E): >>Die weitgehende Entvölkerung und wirtschaftliche und verkehrsmäßige Abschließung des Landes, besonders aber die brutale sowjetische Behandlung seiner wenigen deutschen Menschen führte im Nordteil Ostpreußens seit 1945 zu einem Prozeß wachsender Verelendung, Verwilderung und Primitivisierung, demgegenüber die zur gleichen Zeit in manchen Gegenden Schlesiens und Pommerns herrschenden Zustände als noch kultiviert erscheinen mochten. In wenigen Jahren verwischten sich die Züge einer alten europäischen Kulturlandschaft und den Menschen verwandelte sich ihre Heimat unter ihren Augen in eine unheimliche Fremde.
... Eine organisierte allgemeine Lebensmittelversorgung, d.h. eine Ausgabe und regelmäßige Belieferung von Lebensmittelkarten, hat es im nördlichen Teil Ostpreußens offenbar nirgends gegeben. Für Alte, Kranke und Kinder begann die Ernährungslage in den Städten und besonders in Königsberg bald katastrophal zu werden. ... Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung lediglich die wenigen qualifizierten Facharbeiter, die als Spezialisten meist ausreichende

Verpflegung und mitunter sogar Bezahlung erhielten. Im übrigen hat aber wohl in keiner anderen deutschen Stadt der Hunger in den Jahren 1945-47 so viele Opfer gefordert wie in Königsberg. Große Teile der Bevölkerung nährten sich von Abfällen, und die Verwilderung führte schließlich sogar dazu, daß Fleisch getöteter Menschen feilgeboten wurde.
So unglaubwürdig dies erscheinen mag, so kann doch zufolge mehreren Berichten kein Zweifel daran sein, daß der Verkauf und Genuß von Menschenfleisch in Königsberg mehrfach vorgekommen ist und daß dadurch in hohem Maße Entsetzen und Unruhe unter der deutschen Bevölkerung hervorgerufen wurden.
Furchtbare hygienische Verhältnisse trugen das Ihre dazu bei, daß Typhus-, Ruhr-, Krätze-, ja selbst Malariaepidemien um sich griffen und die Sterblichkeit in unerhörtem Maße stieg. 2 Jahre lang - vom Sommer 1945 bis zum Sommer 1947 - hielt die hohe Sterblichkeit in Königsberg infolge der Unterernährung und der Epidemien an. Innerhalb dieser 2 Jahre ist von rd. 70.000 Deutschen, die im Sommer 1945 in Königsberg registriert worden waren, mindestens die Hälfte gestorben. ...
Etwas günstigere Voraussetzungen bestanden anfangs für die Landbevölkerung, ... so daß sie ein kümmerliches Leben fristen konnte. Hier und dort wurde jedoch auch sie schon im Sommer 1945 zu verzweifelten Handlungen getrieben. Manchen ... blieb nichts anderes übrig, als bei den russischen Soldaten um Nahrung zu betteln. Die Gutmütigkeit und Freigebigkeit einzelner Russen kleinen Kindern und ihren Müttern gegenüber, die in seltsamem Kontrast zu den vielen Exzessen und Ausschreitungen stand, haben für manche deutsche Familie eine große Hilfe in ihrer furchtbaren Not bedeutet. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/102E-105E): >>Entschieden schlechter als auf dem Lande war die Ernährungslage in den Städten. ...
Da weder Lebensmittel im Lande waren, noch die Betriebe arbeiteten, lagen die Läden und Geschäfte still. Deutsches Geld war nahezu wertlos geworden, und selbst in Großstädten wie Breslau wurde die Entlohnung für die arbeitende Bevölkerung fast ausschließlich in Naturalien gezahlt. Auch die Strom- und Wasserversorgungswerke, ebenso die öffentlichen Verkehrseinrichtungen arbeiteten in den deutschen Ostgebieten während der Zeit der sowjetischen Militäradministration wohl fast nirgends. Die Ursache lag z.T. darin, daß manche Versorgungsanlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört, die wichtigsten Fabriken demontiert und die Magazine geplündert waren.
Eine sehr verhängnisvolle Wirkung hatte es aber auch, daß bereits im Sommer 1945 nach Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien eine große Anzahl polnischer Zivilpersonen eingeströmt war und sogleich begonnen hatte, die Geschäfte und Handwerksbetriebe ebenso wie die Bauernhöfe für sich zu beschlagnahmen. Jede Initiative zur Neubelebung des Wirtschaftslebens, die von der städtischen deutschen Bevölkerung hätte ausgehen können, wurde dadurch im Keime erstickt.
... Auch für Niederschlesien gilt, daß die Mehrzahl der Städte einer wachsenden Verwahrlosung anheimfielen, verwilderten und ihr deutsches Gesicht zu verlieren begannen. Es war überall das gleiche Bild ...
Die katastrophale Lage in den Städten Ostdeutschlands während des Sommers und Herbstes 1945 wird am deutlichsten veranschaulicht durch die unerhört hohe Sterblichkeit unter den Deutschen infolge des Hungers, der unhygienischen Verhältnisse und der großen körperlichen Erschöpfung. Nahezu in allen Städten Ostdeutschlands wüteten Typhusepidemien, in Breslau und den kleineren schlesischen Städten ebenso wie in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg. In den pommerschen Städten scheint die Zahl der dabei entstandenen Menschenverluste am höchsten gewesen zu sein. So starb in Treptow und Stolp etwa ein Drittel der Ein-

wohner während des Sommers und Herbstes 1945.
Ehe die Städte und Dörfer Ostdeutschlands offiziell unter polnische Verwaltung gestellt wurden und die russischen Besatzungsorgane ihre Kompetenzen an den polnischen Staat übergaben, kam es zu einer teilweise recht langen Periode des Überganges, des Nebeneinander- und Durcheinanderregierens von Polen und Russen, was vor allem für die im Lande befindlichen Deutschen höchst unerfreuliche Zustände schuf. ...
Besonders im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Oberschlesien und in manchen Gegenden Pommerns war das Gesicht der Städte und Dörfer schon im Frühjahr und Sommer stärker von den Polen als von russischen Truppen geprägt. An vielen Orten hatten sich sogar schon im Frühjahr 1945 polnische Verwaltungsbehörden etabliert.
Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee.
Aus dem Nebeneinander polnischer Behörden und russischer Kommandanturen, die weiter bestehen blieben, ergaben sich im Sommer und Herbst 1945 fortgesetzte Überschneidungen polnischer und russischer Anordnungen, wodurch die allgemeine Rechtlosigkeit und Unsicherheit für die deutsche Bevölkerung erheblich gesteigert wurden. ...
Die Kompetenzverhältnisse zwischen den polnischen Behörden und der sowjetischen Militäradministration waren in der Regel für die deutsche Bevölkerung völlig undurchsichtig, wahrscheinlich oft auch tatsächlich ungeklärt. ...
Das Verhältnis zwischen Polen und Russen war in Ostdeutschland infolge der gegenseitigen Konkurrenz in der Beherrschung des Landes naturgemäß sehr gespannt, und in vielen Orten ist es zu fortgesetzten Auseinandersetzungen, ja sogar zu Schießereien zwischen ihnen gekommen. Neben der alten nationalen Feindschaft hat dabei vor allem die Tatsache mitgewirkt, daß die russischen Truppen in Ostdeutschland einen systematischen Abbau aller wertvollen Sachgüter betrieben und den Polen ein Land übergaben, dessen Landwirtschaft und Industrie weitgehend ausgeraubt waren.
Nachdem auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 durch alliierten Beschluß - als provisorische Regelung bis zur endgültigen Entscheidung in einem Friedensvertrag - Ostdeutschland auch mit Zustimmung der Westmächte unter polnische Verwaltungshoheit gestellt worden war, sahen sich die Polen in ihren Bestrebungen gestärkt und setzten nunmehr die Polonisierung Ostdeutschlands mit gesteigerter Intensität fort. Obwohl ein Teil der sowjetischen Truppen im Lande blieb und russische Militärkolchosen noch jahrelang in Ostdeutschland bestanden, war die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in Ostdeutschland mit dem Herbst 1945 im allgemeinen zu Ende.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/108E-110E,112E-117E): >>... In einem großen Teil des deutschen Staatsgebietes erfolgte die Verwaltungsübernahme durch polnische Behörden schon im Frühjahr 1945. In Elbing geschah sie am 1. April, in Osterode, Sensburg und anderen südostpreußischen Kreisstädten im Mai. Im oberschlesischen Industriegebiet wurde von der einmarschierenden sowjetischen Armee sofort die Aufstellung einer polnischen Miliz organisiert und diese von Anfang an mit der Beaufsichtigung der Deutschen beauftragt. Bereits im Februar, März und April strömten massenhaft Polen über die alte polnisch-deutsche Grenze in diese Gebiete ein. ...
Selbst für Niederschlesien, in dessen Orten im allgemeinen erst im Sommer und Herbst eine organisierte polnische Verwaltung einsetzte, bestand seit Ende April eine Wojewodschaftsbehörde, die damals, als Breslau noch nicht gefallen war, ihren Sitz in Liegnitz hatte

und erst später nach Breslau umsiedelte. Ähnlich verhielt es sich in Ostpommern. Auch dort wurden schon im Mai 1945 manche Städte und Dörfer von polnischen Behörden regiert. ...
Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch ...<<
>>... Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten. In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen. ...
Wenn von Vergeltungsakten und Verhaftungen naturgemäß nur ein Teil der deutschen Bevölkerung betroffen wurde, so wirkte sich der von den Polen eingeführte unbedingte Arbeitszwang auf fast alle Deutschen aus.
... Die Verpflegung war dabei im allgemeinen schlechter als bei den entsprechenden Aktionen der Russen. Doch es half kein Weigern. Kommandos der polnischen Miliz durchzogen die Dörfer und trieben Arbeitskolonnen von Deutschen zusammen. In den Städten sind die deutschen Einwohner, sobald sie zu einer Arbeit benötigt wurden, auf offener Straße aufgegriffen und unter bewaffneter Aufsicht zum Arbeitseinsatz geführt worden. Selbst der Kirchgang am Sonntag schützte nicht davor. ...
Da die Zwangsarbeit nur eine völlig unzureichende Verpflegung einbrachte und die Deutschen ohne geldliche Entlohnung die geforderten hohen Zloty-Preise nicht aufbringen konnten, dauerte die bereits unter russischer Besatzung herrschende Hungersnot auch unter polnischer Verwaltung an. ... Um in den Besitz polnischen Geldes und der von Polen eingeführten Lebensmittel zu kommen, blieb den Deutschen nur die Möglichkeit, die letzten ihnen verbliebenen und über die zahllosen Plünderungen geretteten Sachgüter und Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu verschleudern.
Hunger, Entkräftung und Epidemien in den Städten waren auch zur Zeit der polnischen Verwaltung ständiger Begleiter der deutschen Bevölkerung und forderten viele Opfer. In der Großstadt Breslau trieb der Hunger die Deutschen dazu, bei Russen und Polen zu betteln und die Abfalltonnen nach eßbaren Resten abzusuchen. Die Verelendung der Deutschen schritt immer weiter fort, je mehr Polen ins Land kamen und sich allen deutschen Eigentums und des deutschen Grundbesitzes bemächtigten. ...
Bereits am 2. März 1945 hatte die Polnische Provisorische Regierung das Dekret "über aufgegebene und verlassene Vermögen" erlassen, welches verfügte, daß aller Besitz von Personen, die vor der Roten Armee geflohen und nicht zurückgekehrt waren, dem polnischen Staat anheimfalle und daß ferner sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Staatsangehörigkeit grundsätzlich als "aufgegebenes Vermögen" zu gelten habe und gleichfalls an den polnischen Staat übergehe. ...
Infolge der Übernahme aller deutschen Vermögen durch den polnischen Staat waren die Deutschen in ihren Höfen auf dem Lande und in ihren Wohnungen in der Stadt nur noch auf Abruf geduldet, mußten teils für ihre eigenen Häuser Miete zahlen und hatten ständig damit zu rechnen, ihr formell bereits enteignetes Vermögen auch faktisch zu verlieren und ihre Wohnung verlassen zu müssen. ...
Die Übernahme deutschen Besitzes durch polnische Zivilpersonen und deren Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten verlief bis gegen Ende des Jahres 1945 in wenig geregelter Form

und brachten die davon betroffene deutsche Bevölkerung in eine Lage, in der sie nicht mehr zwischen willkürlichen Bereicherungen und Plünderungen einzelner Polen und amtlichen Maßnahmen der polnischen Behörden zu unterscheiden vermochte. Zunächst begann die polnische Besitzergreifung Ostdeutschlands damit, daß viele der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich bei der Eroberung durch die Rote Armee in den Dörfern und auf den Gütern Ostdeutschlands befanden, sich leerstehende Gehöfte oder auch Häuser in den Städten aneigneten und sich dort unter wohlwollender Duldung der Russen als neue Besitzer einrichteten. ...
Ein Teil der ins Land gekommenen Polen wollte sich, nachdem die Provisorische Regierung die Bevölkerung Polens zur Ansiedlung in den ostdeutschen Gebieten aufgefordert hatte, in den verlassenen Höfen der Deutschen und ihren Häusern als Ansiedler niederlassen, ein anderer Teil der polnischen Ankömmlinge bestand aber aus Spekulanten, Schiebern, Beutemachern, die nur eine günstige Chance der Bereicherung witterten, ohne daß sie die Absicht hatten, im Lande zu bleiben.
Manche von ihnen stellten sich der Miliz zur Verfügung, andere gaben sich gegenüber den polnischen Behörden in den deutschen Orten als Ansiedler aus, gewannen auf diese Weise schnell Vermögen, das sie bald abtransportierten oder verkauften, und kehrten darauf nach Polen zurück, um das gleiche Experiment an anderer Stelle zu wiederholen. ...
... Es scheint dabei die Tendenz vorgelegen zu haben, die am weitesten westlich gelegenen Teile Ostdeutschlands zuerst zu besiedeln, um auf diese Weise an der Oder und Neiße eine unumstößliche Tatsache zu schaffen. ... Jetzt begannen die polnischen Aussiedler im Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungs- und Milizbehörden die im Lande verbliebene deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen und Häusern zu verweisen.
Handelte es sich um einzelne polnische Ankömmlinge, so erfolgte die Besitzergreifung von Häusern und Gehöften während jener ersten Zeit der sehr mangelhaft organisierten Ansiedlung vielfach in der Weise, daß die betreffenden Polen sich in den deutschen Dörfern und Städten einen Hof oder ein Haus aussuchten, sich diese von den zuständigen polnischen Bürgermeistereien anweisen ließen und mit Hilfe polnischer Miliz die Deutschen aus dem gewünschten Grundstück vertrieben.
Aber auch dort, wo die polnischen Ansiedler in geschlossenen Transporten ankamen und von der polnischen Miliz in die Häuser der Deutschen eingewiesen wurden, geschah dies vielfach in der Form einer brutalen Vertreibung, wobei die deutschen Einwohner oft in Minutenfrist und mit nur wenigem Gepäck ihre Wohnungen verlassen mußten.
In manchen Städten und Dörfern sind die polnischen Behörden noch rigoroser verfahren. Sie ließen mit Hilfe der Miliz ganze Orte vorübergehend von der deutschen Bevölkerung räumen, währenddessen wurde der deutsche Besitz durchgeplündert, die wertvollen beweglichen Teile mit Lastwagen abtransportiert und die besten Häuser von Polen besetzt, ... bis am Ende nur die schlechtesten Viertel als eine Art deutsche Ghettos übrig blieben. Der Verlust der Heimat war damit bei den noch in den Ostprovinzen lebenden Deutschen im Grunde schon vor der Ausweisung vollzogen.
Am stärksten setzten sich die Polen zunächst auf dem Lande fest. Dies kam vor allem daher, daß die Hauptmasse der Ansiedler im Sommer und Herbst 1945 aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen, fast rein agrarischen Gebieten stammten. Mit nur wenig Handgepäck ankommend, wurden sie in die deutschen Dörfer eingewiesen. ...<<

Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in den sowjetisch-polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie
Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifi-

zierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager - z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager. Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.
Die Internierungslager in Ost-Mitteleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.
Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der deutschen Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.
Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.
Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 - ca. 50 % - der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um (x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).
Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte.
Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den 1.255 Zwangsarbeitslagern in Polen und Ostdeutschland wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert.
Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Internierungslager und Mißhandlungen in Polen und in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x010/36-38): >>... Von der ... Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist ...
Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist. Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten über die einzelnen Lager. Sie differieren z.T. zwischen 20 und 50 % der Insassen, die zwar vorwiegend als Folge von Seuchen und Krankheiten, verursacht durch unzureichende Ernährung (Hungertyphus), unhygienische Zustände zu verzeichnen waren, die aber auch in nicht unerheblicher Anzahl Todesopfer durch Mißhandlungen und Erschießungen umfaßten.
Im Lager Lamsdorf kamen z.B. 6.084 der Insassen um. Unter anderem wird berichtet, daß al-

te, nicht mehr arbeitsfähige Menschen, die sich unter den Internierten befanden, nicht allein durch Aushungern, sondern auch durch Erschießung beseitigt wurden. Über die Anzahl der Kinder, die längere oder kürzere Zeit in Lagern waren, liegen für die Lager Lamsdorf und Potulice genauere Angaben vor. Insgesamt sollen hiernach in jedem dieser Lager 800 Kinder gewesen sein, davon auch Säuglinge, deren Anzahl in Potulice zwischen 30 und 50 wechselte. In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur 2 am Leben.
Zu den in Verbindung mit dem Lagergeschehen dargestellten Unmenschlichkeiten gehört auch die Verbringung von Kindern der Internierten, ohne daß die Eltern verständigt wurden, wodurch eine große Anzahl von Kindern für die Eltern verschollen blieb.
... Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses besonders in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt.
In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sog. "Prügelstuben" der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt.
Besonders schwere Mißhandlungen, auch mit Todesfolge, mußten Bewohner der Gemeinden erleiden, in deren Nähe Massengräber von KZ-Insassen, von russischen Kriegsgefangenen oder Ostarbeitern aufgefunden wurden. Die Bewohner der Gemeinden wurden gezwungen, die Gräber aufzugraben und die Leichen zu exhumieren, was unter Stock- und Peitschenhieben der Miliz, die hierzu von der umstehenden Menge angefeuert wurde, geschah.
In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sog. "Elends- oder Adolf-Hitler-Marsch" unter Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren, wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert.
Zu Mißhandlungen und Erschießungen kam es ferner in den Gemeinden bei der Austreibung der Bevölkerung insbesondere zu Beginn der Austreibung im Sommer 1945 aus dem Gebiet des östlichen Brandenburgs sowie aus den westlichen Kreisen Ostpommerns und Niederschlesiens. Schließlich sind die brutalen Mißhandlungen zu erwähnen, die ... an Personen verübt wurden, die sich weigerten, der an sie gerichteten Forderung, für Polen zu optieren, nachzukommen. ...<<
Schlußbemerkungen: Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Der Zusammenbruch des NS-Regimes
Hitler erteilte am 12. März 1945 den Befehl, sämtliche Konzentrationslager zu sprengen und die KZ-Häftlinge zu töten. Himmler, der seinen Kopf retten wollte, gab diesen Führerbefehl aber nicht mehr weiter (x040/271).
Im April/Mai 1945 löste man in Mittel- und Westdeutschland noch vielerorts "gefährdete" KZ-Außenlager auf und hetzte die kraftlosen KZ-Häftlinge in die Zentrallager. Die KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen/Oranienburg wurden z.B. nach Schwerin "verlagert". Auch wäh-

rend dieser Märsche starben noch Tausende von Inhaftierten an Entkräftung, Hunger und an Krankheiten oder wurden einfach wegen Marschbehinderung totgeschlagen bzw. erschossen. Im Verlauf einer "Umsiedlungsaktion" von Buchenwald nach Dachau schloß man u.a. die KZ-Häftlinge in 50 Güterwagen ein und überließ sie tagelang ihrem Schicksal. Alle KZ-Häftlinge starben qualvoll an Erstickung, Hunger und Durst (x083/200).
Die mittel- und westdeutschen Konzentrations- und Arbeitslager waren in den letzten Kriegsmonaten hoffnungslos überfüllt. Nirgends gab es genügend Schlafräume, sanitäre Anlagen und ausreichend Verpflegung, so daß schon nach kurzer Zeit verheerende Seuchen und ansteckende Krankheiten in den Konzentrations- und Arbeitslagern ausbrachen, die zuerst alle kranken und schwachen Häftlinge dahinrafften.
Während der letzten Kriegstage verdursteten und verhungerten außerdem unzählige Häftlinge qualvoll, weil sich die Wachleute der mittel- und westdeutschen Konzentrations- und Arbeitslager frühzeitig vor dem Eintreffen der anglo-amerikanischen Truppen absetzten und bei "Nacht und Nebel" verschwanden. Da die SS-Wachleute meistens sofort liquidiert wurden, wenn man sie in den Konzentrationslagern erwischte, sperrten viele SS-Wachen alle Häftlinge kurzerhand in den Zellen ein und überließen sie einfach tagelang ihrem Schicksal. Wenn die nordamerikanischen und britischen Truppen schließlich in die Lager eindrangen, war es gewöhnlich längst viel zu spät, denn ungezählte KZ-Häftlinge waren schon verdurstet oder verhungert.
Als britische Truppen am 15. April 1945 das völlig überfüllte Konzentrationslager Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide befreiten, lag über dem Lager Bergen-Belsen ein unerträglicher Verwesungsgeruch und in den einzelnen Lagerabteilungen herrschten entsetzliche Zustände.
Obwohl das KZ Bergen-Belsen höchstens für ca. 10.000 Häftlinge ausgelegt war, wurden im Februar/März 1945 bereits etwa 80.000-90.000 Häftlinge im Lager inhaftiert. Infolge der unzureichenden sanitären Einrichtungen, mangelhafter Verpflegung und durch eingeschleppte Seuchen (z.B. Fleckfieber, Ruhr, Typhus) kam es zwangsläufig zur Katastrophe.
Seit Februar 1945 hatte man im Konzentrationslager Bergen-Belsen die Neuankömmlinge nicht mehr registriert und die Toten nicht mehr beerdigt, da die kraftlosen KZ-Häftlinge bereits keine Massengräber mehr ausheben konnten. Bis Ende März 1945 wurden deshalb alle Toten verbrannt. Danach fehlten jedoch die erforderlichen Brennstoffe (Benzin), so daß man die Leichen in langen Reihen aufschichtete und notdürftig mit Chlor bedeckte. Allein von Anfang Januar bis Mitte April 1945 starben im KZ Bergen-Belsen rd. 35.000 Menschen.
Nach der Befreiung entdeckten die Briten im KZ Bergen-Belsen mehrere große "Leichenberge" (Länge: ca. 12-15 m).
Als der NS-Lagerkommandant Josef Kramer das Konzentrationslager am 15.04.1945 an die Briten übergab, lebten noch ca. 60.000 Gefangene. Nach der Befreiung starben noch etwa 13.000 KZ-Häftlinge an den Folgen der unmenschlichen Behandlung und der Seuchen (x051/-69).
Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über das Konzentrationslager Bergen-Belsen (x051/68-69): >>Bergen-Belsen, nationalsozialistisches KZ im Kreis Celle (seit März 43), Mitte Juli 43 fertig gestellt, bestimmt zur Aufnahme von ca. 10.000 weiblichen und männlichen jüdischen Häftlingen verschiedener europäischer Nationalitäten, denen Auswanderung zum Austausch gegen deutsche Heimkehrer versprochen war.
Die Insassen durften zunächst nicht zur Arbeit herangezogen werden, erst seit 1944 galt für einen Teil der Häftlinge Arbeitszwang (Entladen von Waggons, Erdarbeiten u.a.). Bergen-Belsen gliederte sich in einzelne Abteilungen, die größte war das Sternlager ("Judenstern"). An zweiter Stelle stand das sogenannte " Neutralenlager" für nichtaustauschfähige Juden aus neutralen Staaten. Die Verpflegungs-, Unterbringungs- und hygienischen Verhältnisse ent-

sprachen dem in KZ üblichen unzulänglichen Standard. Die Häftlinge wurden – obwohl Bergen-Belsen als Vorzugslager galt – von den Block- und Kommandoführern schikaniert und mißhandelt. …
Gegen Kriegsende diente Bergen-Belsen dann als Auffanglager für zigtausend aus anderen KZ evakuierte Häftlinge. Es kam zur Katastrophe: Seit Februar 45 wurden die Neuankömmlinge nicht einmal mehr registriert. Die Verluste durch Hunger, Seuchen und Erschöpfung waren schrecklich. Allein von Anfang Januar 45 bis Mitte April 45 starben in Bergen-Belsen rund 35.000 Menschen. Als der Kommandant Josef Kramer am 15.4.45 das Lager an die Engländer übergab, befanden sich in Bergen-Belsen noch ca. 60.000 Überlebende, von denen nach der Befreiung noch 13.000 an Erschöpfung und Seuchen u.a. starben.
Kramer wurde von den Engländern zum Tod verurteilt und hingerichtet, sein Vorgänger Rudolf Haas 1950 für tot erklärt.<<
Von den 714.200 KZ-Häftlingen, die im April/Mai 1945 in den mittel- und westdeutschen Konzentrationslagern inhaftiert waren, starb etwa jeder dritte KZ-Häftling an Hungerkatastrophen oder Seuchen (x090/302). In fast allen Lagern türmten sich regelrechte Leichenberge, so daß die westlichen Alliierten zuerst fälschlicherweise annahmen, daß es sich um Vernichtungslager handeln würde.
Die wenigen Überlebenden, fast alle zum Skelett abgemagert, berichteten Schauriges (von sadistischen Folterungen, tödlichen "medizinischen" Experimenten und anderen Qualen). Für das deutsche Volk schlug damals die unerbittliche Stunde der Wahrheit. Alles, was das NS-Regime geschickt verschleiert hatte und den meisten Deutschen bisher verborgen geblieben war, kam jetzt an das Licht des Tages. Als die deutsche Bevölkerung später zum ersten Mal mit den unsäglichen Bildern des Grauens konfrontiert wurde, war sie vor Entsetzen regelrecht gelähmt.
Die US-Kriegskorrespondentin Martha Gellhorn berichtete damals über die Befreiung des KZ Dachau (x083/204-205): >>... Jetzt waren wir am Krematorium. "Halten Sie sich lieber ein Taschentuch vor die Nase", sagte der Führer. Da, plötzlich und doch nicht zu glauben, niemals, waren die Leiber der Toten. Sie waren überall. Sie lagen stapelweise im Ofenraum, aber die SS hatte keine Zeit mehr gehabt, sie zu verbrennen. Sie lagen in Haufen vor der Tür und am Gebäude entlang. Alle waren nackt, und hinter dem Krematorium waren die zerlumpten Kleider der Toten ordentlich aufgehäuft, Hemden, Jacken, Hosen, Schuhe, die ihre Sterilisation und Weiterverwendung erwarteten.
Die Kleidungsstücke wurden sorgfältig behandelt, aber die Leichen wurden wie Müll hingekippt und verwesten in der Sonne, gelb und nichts als Knochen, riesig gewordene Knochen, denn kein Fleisch bedeckte sie mehr, grauenhafte, entsetzliche, peinigende Knochen, und der unerträgliche Geruch des Todes.
Wir haben inzwischen alle eine Menge gesehen; wir haben zu viele Kriege gesehen und zu viel gewaltsames Sterben, wir haben Lazarette gesehen, blutig und besudelt wie Schlachthäuser; über den halben Erdball haben wir die Toten wie Bündel auf allen Straßen liegen gesehen. Aber nirgendwo hat es etwas gegeben wie dies hier. Nichts am Krieg war jemals so wahnsinnig brutal wie diese verhungerten und mißhandelten, nackten, namenlosen Toten.
Hinter einem Haufen solcher Toten lagen die bekleideten, gesunden Körper der deutschen Soldaten, die man in diesem Lager angetroffen hatte. Sie wurden auf der Stelle erschossen, als die nordamerikanische Armee einzog. Und zum 1. Mal konnte man einen toten Menschen anschauen und sich freuen ...<<
General Eisenhower erklärte später nach der Besichtigung eines befreiten Außenlagers des KZ Buchenwald (x114/2.25): >>... Ich bin niemals imstande gewesen, die Gefühle zu schildern, die mich überkamen, als ich zum erstenmal ein so unbeschreibliches Zeugnis für die Unmenschlichkeit der Nazis vor Augen hatte - ein Zeugnis dafür, daß sie sich über die einfach-

sten Gebote der Menschlichkeit in skrupelloser Weise hinwegsetzten. Bisher hatte ich nur gewußt, daß es Lager dieser Art gäbe, alles andere kannte ich nur vom Hörensagen. Nichts hat mich so erschüttert, wie dieser Anblick.<<

Hitlers Ende

Als Hitler während der täglichen Lagebesprechung am 30. April 1945 erfuhr, daß die sowjetischen Truppen bereits den Potsdamer Platz erreicht hatten und z.T. nur noch 300-400 m entfernt waren, ließ Hitler am Nachmittag seinen Wolfshund "Blondi" vergiften. Danach verabschiedeten sich Hitler und seine Frau, um Selbstmord zu begehen.

Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<

Im politischen Testament Hitlers hieß es z.B. (x023/368-369,372): >>... Ich habe noch drei Tage vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges dem britischen Botschafter in Berlin eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme vorgeschlagen – ähnlich der im Falle des Saargebietes unter internationaler Kontrolle. Auch dieses Angebot kann nicht weggeleugnet werden. Es wurde nur verworfen, weil die maßgebenden Kreise der englischen Politik den Krieg wünschten, teils der erhofften Geschäfte wegen, teils getrieben durch eine, vom internationalen Judentum veranstaltete Propaganda.

Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Völker Europas wieder nur als Aktienpakete dieser internationalen Geld- und Finanzverschwörer angesehen werden, dann auch jenes Volk mit zur Verantwortung gezogen wird, daß der eigentliche Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: Das Judentum!

Ich habe weiter keinen darüber im Unklaren gelassen, daß dieses Mal nicht nur Millionen Kinder von Europäern der arischen Völker verhungern werden, nicht nur Millionen erwachsener Männer den Tod erleiden und nicht nur Hunderttausende von Frauen und Kindern in den Städten verbrannt und zu Tode bombardiert werden dürften, ohne daß der eigentliche Schuldige, wenn auch durch humanere Mittel, seine Schuld zu büßen hat.

Nach einem sechsjährigen Kampf, der einst in die Geschichte trotz aller Rückschläge als ruhmvollste und tapferste Bekundung des Lebenswillens eines Volkes eingehen wird, kann ich mich nicht von der Stadt trennen, die die Hauptstadt dieses Reiches ist. Da die Kräfte zu gering sind, um dem feindlichen Ansturm gerade an dieser Stelle noch länger standzuhalten, der eigene Widerstand aber durch ebenso verblendete wie charakterlose Subjekte allmählich entwertet wird, möchte ich mein Schicksal mit jenem teilen, das Millionen anderer auch auf sich genommen haben, indem ich in dieser Stadt bleibe. Außerdem will ich nicht Feinden in die Hände fallen, die zur Erlustigung ihrer verhetzten Massen ein neues, von Juden arrangiertes Schauspiel benötigen.

Ich hatte mich daher entschlossen, in Berlin zu bleiben und dort aus freien Stücken in dem Augenblick den Tod zu wählen, in dem ich glaube, daß der Sitz des Führers und Kanzlers nicht mehr gehalten werden kann. Ich sterbe mit freudigem Herzen angesichts der mir bewußten unermeßlichen Taten und Leistungen unserer Soldaten an der Front, unserer Frauen zuhause, den Leistungen unserer Bauern und Arbeiter und dem in der Geschichte einmaligen Einsatz unserer Jugend, die meinen Namen trägt. ...<<

>>... Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter

aller Völker, das internationale Judentum.
Gegeben zu Berlin, den 29. April 1945, 4.00 Uhr.
Adolf Hitler

Als Zeuge:
Dr. Joseph Goebbels, Martin Bormann, Wilhelm Burgdorf, Hans Krebs.<<
Der NS-Rundfunk berichtete am 1. Mai 1945, um 22.26 Uhr, über Hitlers angeblichen Heldentod (x023/352): >>Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist. Am 30. April hat der Führer Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt.<<
Schlußbemerkungen: Adolf Hitler gehörte sicherlich zu den erstaunlichsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war, wurde der ehemalige Österreicher mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und beendete mit 56 Jahren sein Leben in einem einzigartigen Chaos.
Hitler hinterließ ein fast völlig zerstörtes Land und führte das Deutsche Reich nicht nur in die größte militärische und moralische Katastrophe der deutschen Geschichte, sondern er verursachte außerdem eine Staatsverschuldung von gigantischen Ausmaßen in Höhe von ca. 380,0-400,0 Milliarden RM (x033/620). Das Deutsche Reich verlor außerdem etwa 50 % des gesamten Volksvermögens (x074/1158).
Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicherlich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen, und der gewaltsamen Errichtung der NS-Diktatur (Bildung eines "Verbrecherstaates").
Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum.
Durch die furchtbaren, ungeheuerlichen NS-Massenverbrechen besudelte Hitler das Ansehen und die Ehre des gesamten deutschen Volkes, das sich seit uralten Zeiten besonders durch seinen ausgeprägten Sinn für Recht und Redlichkeit ausgezeichnet hatte. Innerhalb von nur 12 Jahren zerstörte dieser größenwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.
Dieser "selbsternannte Führer" der NS-Verbrecherorganisation degradierte die jahrhundertelang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter". Vor allem der völlig sinnlose Völkermord an den europäischen Juden wird seit Jahrzehnten erfolgreich genutzt, um das gesamte deutsche Volk mit Hilfe der völkerrechtswidrigen "Kollektivschuld" zu brandmarken und zu diskriminieren.

Die "Stunde Null": Deutschland während der Nachkriegszeit

> Ich ziehe die Gesellschaft der Tiere der menschlichen vor. Gewiß, ein wildes Tier ist grausam. Aber die Gemeinheit ist das Vorrecht der zivilisierten Menschen.
> *Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe)*

Die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht

Großadmiral Dönitz (nach Hitlers Selbstmord amtierender "Reichspräsident") bevollmächtigte am 2. Mai 1945 erfahrene Wehrmachtsbefehlshaber, unverzüglich Teilkapitulations- und Übernahmeverhandlungen aufzunehmen. In erster Linie wollte man genügend Zeit gewinnen, um die Soldaten des Ostheeres und die Flüchtlingsmassen vor den Sowjets zu retten. Für die Rettung der etwa 3.000.000 Soldaten des deutschen Ostheeres und der Flüchtlinge benötigte man mindestens 10 Tage.

Großadmiral Karl Dönitz, der von seiner Ernennung überrascht wurde, berichtete damals über seine militärische Strategie (x023/353): >>Schluß machen, Heldenkampf ist genug gekämpft, Volkssubstanz erhalten, keine unnötigen Blutopfer mehr.

Um Menschen – Soldaten und Zivilpersonen – vor dem Bolschewismus zu retten, Fortsetzung des Kampfes gegen Osten, besonders mit Rücksicht auf die Flüchtlinge in Mecklenburg, die Armee Wenck in Brandenburg und die Armeegruppe Schörner im Protektorat; weiterkämpfen an der Elbe bei Lauenburg, um das Loch zwischen Lübeck und Lauenburg offenzuhalten. ...<<

Der damalige Staatschef Dönitz schrieb später in seinem Buch "10 Jahre und 20 Tage" (x031/-25): >>... Es war mir klar, daß mir die dunkelste Stunde bevorstand, die ein Soldat erleben konnte, die Stunde der bedingungslosen militärischen Kapitulation.

Ich wußte auch, daß mein Name für alle Zeiten mit ihr verknüpft bleiben würde und daß man mit Haß und Tatsachenentstellung versuchen würde, meine Ehre anzugreifen. Das Gebot der Pflicht verlangte von mir, daß dies alles keine Rolle spielen durfte.

Mein Regierungsprogramm war einfach. Es galt, so viele Menschenleben zu retten wie möglich. Das Ziel war das gleiche wie in den letzten Kriegsmonaten. Alle Maßnahmen waren unter diesem Gesichtspunkt zu treffen. ...<<

Der britische Oberbefehlshaber Feldmarschall Montgomery akzeptierte am 4. Mai 1945 die deutsche Teilkapitulation, weil er weitere deutsch-britische Kämpfe vermeiden wollte (x023/-353). Im britischen Hauptquartier in der Lüneburger Heide unterzeichnete Generaladmiral von Friedeburg um 18.30 Uhr die Kapitulationsurkunde für alle deutschen Streitkräfte in den Niederlanden, Nordwestdeutschland, Dänemark und in Norwegen - ab 5.05.1945, 8.00 Uhr. Montgomery erteilte anschließend den Befehl, die Wehrmachtstruppen der Heeresgruppe Weichsel aus Mecklenburg in britische Kriegsgefangenschaft zu übernehmen.

Zum Problem der Flüchtlingsübernahme bemerkte der britische Oberbefehlshaber (x044/86): >>... Er wolle über Möglichkeiten nachdenken, er sei ja kein Unmensch.<<

Feldmarschall Montgomery, der im Gegensatz zu General Eisenhower sehr viel tat, um den deutschen Flüchtlingen und Soldaten zu helfen, stellte später in seinen Erinnerungen fest (x028/91-92): >>Aus ihrem Verhalten merkte man sehr bald, daß die Russen, obschon gute Kämpfer, tatsächlich unzivilisierte Asiaten waren und noch nie eine Kultur gekannt hatten, die der des übrigen Europa vergleichbar war. Ihre Einstellung war in jeder Hinsicht völlig verschieden von unserer und ihr Benehmen, besonders gegenüber Frauen, widerte uns an. ...<<

Nach Abschluß der deutsch-britischen Verhandlungen flog von Friedeburg unverzüglich nach Reims und traf noch in der Nacht vom 4.05.1945 im nordamerikanischen Hauptquartier ein. Dort übermittelte von Friedeburg die deutschen Teilkapitulationsvorschläge.

US-Stabschef General Smith, der wie Eisenhower äußerst jähzornig war und schnell fuchsteufelswild wurde, teilte den Unterhändlern jedoch schon frühzeitig mit, daß der damalige

Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Westeuropa, US-General Eisenhower, jede Art von Teilkapitulation ablehnen würde und höchstens eine bedingungslose Gesamtkapitulation anerkennen könnte (x044/86).
Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, und General Wilhelm Oxenius als Vertreter der Luftwaffe am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation.
Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<
Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.
Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... daß die hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<
Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.
Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).
Ein Angehöriger der US-Air Force, die am 9. August 1945 eine Atombombe auf Nagasaki abwarf, berichtete später (x165/493): >>... Wenn der Krieg länger gedauert hätte, wäre die Bombe in Europa eingesetzt worden, daß weiß ich. Wir haben öfters Simulationsflüge durchgeführt, die über zwei-, dreitausend Meilen gingen. Der Bomberschütze, ich und der Navigator, wir flogen diese Einsätze. Das war alles für Deutschland geplant, darauf waren wir die ganze Zeit eingestellt. Das es die Japaner treffen sollte, war, glaube ich, eine Entscheidung, die Truman in der letzten Sekunde gefällt hat.<<
In einer Rundfunkansprache gab der damalige "Leiter der Geschäftsführenden deutschen Reichsregierung", Graf Schwerin von Krosigk, am 7. Mai 1945 die Kapitulation bekannt (x033/614): >>... Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiß des Großadmirals Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen erklärt. ...
Auf dem Weg durch das Dunkel der Zukunft ... müssen wir uns durch 3 Sterne erleuchten und führen lassen, die stets das Unterpfand echten deutschen Wesens waren: Einigkeit und Recht und Freiheit!<<
Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (x111/12): >>Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes und besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat. ...<<
Churchills Kommentar lautete am 8. Mai 1945 (x111/12): >>... Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den größten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit.<<
Charles de Gaulle erklärte am 8. Mai 1945 während eines Dankgottesdienstes in der Kathedrale von Notre-Dame in Paris (x111/12): >>... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.<<
General Eisenhower verbot den US-Soldaten am 8. Mai 1945 nochmals jeden persönlichen Kontakt mit der deutschen Bevölkerung (x111/12): >>Die Offiziere und Mannschaften haben auf den Straßen, in Häusern, Cafés, Filmtheatern usw. sich den deutschen Männern, Frauen und Kindern fernzuhalten. Ein Kontakt mit der Bevölkerung ist nur im dienstlichen Verkehr gestattet. Jede Art des persönlichen Umgangs hat zu unterbleiben. Ich wünsche keine gegen-

seitigen Besuche, keine Teilnahme an sozialen Veranstaltungen, kein Händeschütteln.
Bloße Kapitulation bedeutet noch nicht Frieden. Der Einfluß der Nazis hat alles durchdrungen, selbst die Kirche und die Schulen. Die Besetzung Deutschlands ist ein Kriegsakt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Nazi-Systems ist. Für euch Soldaten ist es noch zu früh, zwischen guten und schlechten Deutschen zu unterscheiden. ...<<
Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaladmiral von Friedeburg, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff, der stellvertretende Oberbefehlshaber der Luftwaffe, am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.
Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft. An allen deutschen Frontabschnitten - mit Ausnahme der Tschechoslowakei - ruhten die Waffen.
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 9. Mai 1945 bekannt (x013/569): >>Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast 6jährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.
Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergeßliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt.
Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.
Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Jeder Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.
Die Wehrmacht gedenkt in dieser schweren Stunde ihrer vor dem Feinde gebliebenen Kameraden.
Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.<<

Absetzung und Internierung der "geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches"

Nach der deutschen Kapitulation atmete die deutsche Bevölkerung zwar erleichtert auf, aber fast alle Deutschen reagierten gleichzeitig tief erschüttert. Infolge der Sinnlosigkeit des verlorenen Krieges, der jahrelang Tod und Verderben über Millionen gebracht hatte, brachen die meisten Deutschen vor Jammer und Schmerz regelrecht zusammen.
Der SPD-Politiker Kurt Schumacher berichtete am 9. Mai 1945 über das unglaubliche Ausmaß der deutschen Tragödie (x111/18): >>... Unübersehbar ist das Trümmerfeld, unvorstellbar das Elend, die Konzentrationslager, die Judenverfolgung, die Barbarei der Kriegsführung, die Plünderungen und Sklavenjagden in den besetzten Gebieten. Das eigene Volk ist ausgeblutet. Die Wirtschaft ist zerstört, ihre Substanz geschwunden. Das Land ist krank bis ins Mark. Die einfachsten Anforderungen des täglichen Lebens sind schier unlösbare Probleme geworden.<<
Der Politiker Theodor Heuss notierte am 9. Mai 1945 in seinem Tagebuch (x111/18): >>Gestern haben die siegenden Mächte den Victory-Day gefeiert. Wir haben ihn am Radio registriert, in dem Bewußtsein, daß er einer der furchtbarsten Tage der deutschen Geschichte sei, doch in einer völlig anderen seelischen Situation als jener, in der wir den politisch-

militärischen Zusammenbruch des November 1918 erlebten. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die "Stunde Null" nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes (x878/...): >>**... 1945 - Stunde Null**
Das Kriegsende 1945 markierte für die Deutschen einen Epochenbruch. Es gibt ein Vorher gleichbedeutend mit einem zweiten Dreißigjährigen Krieg - 1914-1918 unterbrochen durch eine Art Atempause/Waffenstillstand bis 1939-1945 - und ein Nachher des Wiederaufbaus, der Demokratie, des Friedens. ...
Wie auch immer die innere Verfassung Deutschlands sein mochte, hinsichtlich der Außenpolitik gab es einen Konsens in Europa und den USA: die Deutschen mußten für absehbare Zeit an einer eigenen, unabhängigen Außenpolitik gehindert werden. Die deutsche Teilung infolge der unterschiedlichen Interessen der westlichen Besatzungsmächte und der Sowjetunion wurde diesbezüglich von vielen unserer Nachbarn als geradezu hilfreich angesehen.
Der Kraftklotz in der Mitte Europas, für den auf Grund seines ökonomischen und demographischen Gewichts die Hegemonie in Europa nicht unmöglich schien, war gebändigt, der Sprengsatz in der Wahrnehmung der meisten Nachbarn entschärft. Mit der deutschen Teilung wurde im übrigen in etwa die Lage vor der deutschen Einheit 1870/1871 wiederhergestellt.
An die Stelle Preußens, bis 1871 Sprachrohr des russischen Zarenreiches in Mitteleuropa, trat die DDR. Die Bundesrepublik war - aus der Sicht mancher - ein leider etwas zu groß geratener Rheinbund, aber immerhin fest an Frankreich angebunden. Die Briten waren einen Konkurrenten und Dauerstörer auf dem Kontinent los. Säkulare Interessen von Deutschlands Nachbarn hatten sich durchgesetzt.
Für unsere Nachbarn war so gesehen das Jahr 1945 kein Bruch, keine Stunde Null. Es war im Gegenteil die Wiederherstellung, die Rückkehr zu jenem Zustand, wie er als Folge des ersten Dreißigjährigen Krieges 1618-1648 etabliert worden war: Deutschland zerstückelt, Einflußgebiet fremder Mächte, potentielles Schlachtfeld. …<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete am 30. Juli 1994 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands (x887/...): >>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**
... Was 1918/19 nach Meinung General Pershings und Präsident Roosevelts unvollendet blieb, nämlich die vollständige Niederwerfung des Gegners mit nachfolgender Einflußnahme auf die innenpolitische Entwicklung des Verliererstaates, sollte nach dem Zweiten Weltkrieg nachgeholt werden.
Zu diesem Zwecke stellte die künftige Hauptsiegermacht, die USA, bereits ein Jahr nach ihrem Kriegseintritt die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands und seiner Verbündeten auf und entwickelte ein nachhaltiges "Umerziehungsprogramm" für die besiegten Deutschen. Seine Durchführung erwies sich in der Folgezeit so erfolgreich, daß sich die Deutschen fünfzig Jahre nach ihrer totalen Niederlage von den Siegern "befreit" fühlen und für ihre Wehrmacht von 1933/45 fast nur noch Mißachtung oder Vorwürfe übrig haben.
Wie nach dem ersten "Dreißigjährigen Krieg" das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zur bloßen Staatsfassade herabsank und seine innere Kraft gebrochen schien, begruben die Sieger von 1945, die im Westen mit jenen des Jahres 1918/19 identisch waren, nach dem zweiten "Dreißigjährigen Krieg" das Deutsche Reich vollends und begrenzten seinen Nachfolgestaat, genannt Bundesrepublik Deutschland, auf das kleinste Territorium seiner Geschichte.
Dabei gelang ihnen noch das Kunststück, die Deutschen glauben zu lassen, ihr Land sei nach der "Wiedervereinigung größer geworden", wie hohe Staatsrepräsentanten ihren Mitbürgern immer wieder treuherzig versichern. ...<<
Schlußbemerkungen: Die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" wurde am 23. Mai 1945 durch den Alliierten Kontrollrat der Siegermächte in Berlin völker-

rechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle durch eine Giftkapsel Selbstmord.
Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und umerzogen.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen
Als der "Ruhrkessel" am 18. April 1945 den Widerstand einstellte gerieten rd. 325.000 deutsche Soldaten in nordamerikanische Gefangenschaft (x040/278). Generalfeldmarschall Model nahm sich nach dem Befehl zur Selbstauflösung das Leben.
Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über ihre Festnahme durch die US-Truppen (x130/148-149): >>Die Amerikaner nahmen uns die Armband- und Taschenuhren ab. Der US-Soldat, der mir meinen Ehering vom Finger zog, hatte an seiner Uniform einen Bindfaden, auf dem bereits 30 bis 40 Ringe aufgezogen waren. ...<<
>>Die Amerikaner schlugen die Deutschen, traten sie, ohrfeigten sie. Sie traten auch dann noch, als die Deutschen unter Schlägen und Tritten zusammengebrochen waren. ...
Dann Abnahme sämtlicher Gegenstände. Das begehrteste Objekt war die Uhr, vornehmlich Armbanduhren. Ich selbst habe Amerikaner gesehen, die acht und mehr Uhren an einem Arm hatten. ...<<
US-Oberst James B. Mason und US-Oberst Charles A. Beasley berichteten am 20. April 1945 über die Haftbedingungen in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/51-52): >>Der 20. April war ein stürmischer Tag. Regen, Schneeregen und Schnee wechselten sich ab, ein bis auf die Knochen durchdringender kalter Wind fegte von Norden her über die Ebenen des Rheintals. ...
Eng zusammengepfercht, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: Nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. Hier und da sah man schmutzigweiße Flecken. Bei genauerem Hinsehen erkannte man, daß es sich um Männer mit verbundenem Kopf und verbundenen Armen handelte, oder Männer, die da in Hemdsärmeln standen!
Der deutsche Divisionskommandeur berichtete, daß die Männer seit mindestens 2 Tagen nichts mehr gegessen hätten und daß die Beschaffung von Wasser ein Hauptproblem sei - dabei war der Rhein, der hohen Wasserstand führte, nur 200 Meter entfernt. ...<<
Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über die Zustände in den US-Kriegsgefangenenlagern Rheinberg und Bad Kreuznach (x130/151-152): >>... Oben Nässe, unten Schlamm. Man friert wie ein junger Hund und wundert sich, daß man überhaupt noch lebt. ...
Ich bildete mit 2 Kameraden gewissermaßen eine Pyramide. Wir standen so, die Köpfe dicht nebeneinander, wobei ich meinen Mantel über meinen Nachbarn schlug, um auch ihn vor der durchdringenden Nässe zu schützen, bis zum dämmernden Morgen. ...
Es stürzten oft nachts die Erdlöcher ein, und die Gefangenen wurden begraben und erstickten. Einmal kamen so sieben Gefangene auf einmal um. ...
Neben mir fiebert einer, ein alter Mann. Er liegt im Dreck. Aber am anderen Morgen ist er schon tot. Da er um sich schlug, sank er tiefer ein, und sein Gesicht ist verklebt. Wenn er nicht

an Fieber umkam, dann ist er ertrunken. ...
Zum Essen gab es lange Zeit nur Kekse. Und zwar 4 Zeltplanen voll für jeweils 1.000 Mann. Mancher bekam für den ganzen Tag nur eine Handvoll Krümel. ...
Der Sieger gab uns hochwertige Kost, jedoch in völlig unzureichenden Portionen. Die älteren Gefangenen schrumpften beinahe zum Skelett zusammen. ...
Wir zerrieben die Triebe und Blätter der Hecken und aßen sie, so daß nach 14 Tagen die Hekken wie Skelette aussahen. Die Amerikaner benutzten das Fett, mit dem sie in großen Pfannen ihre Steaks brieten, nur einmal, dann wurde es in ein Erdloch geschüttet. Die Gefangenen machten sich lange Stöcke, steckten sie durch den Zaun in das Fettloch und leckten dann den Stock ab. Die Amis amüsierten sich köstlich. ...
Das Lager Rheinberg war nichts weiter als eine große Kloake, denn jeder schiß dorthin, wo er gerade stand. Der nächste, ruhebedürftig, setzte sich hinein. ...
Ein Teil der Landser, am tiefergelegenen Ende meines Camps im Lager Kreuznach sich aufhaltend, lag buchstäblich in einem See von Urin. ...<<
Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später über das US-Kriegsgefangenenlager Rheinberg mit mehr als 100.000 deutschen Kriegsgefangenen (x106/440, x130/155): >>... Ich selbst habe noch drei Sätze in Erinnerung, die einem von der deutschen Lagerpolizei entgegen gebrüllt wurden, wenn man den Lagerführer sprechen wollte: "Was willst du? Wohin willst du? Hau ab!"
Wenn man dennoch Widerstand bot, wurde ... geschlagen, bis man zusammenbrach. ...<<
>>... Morgens um zehn Uhr begann sich die vielfach gewundene Schlange zu bilden. Wer seinen Platz verließ, der konnte sich hinten als der 30.000. wieder anreihen. Wer sich auf den Boden setzte und einschlief, der wurde am Kragen gepackt und nach vorwärts geschleift, damit er sein Anrecht nicht einbüßte.
Nach 16 Stunden war ich am Kran angelangt. Meine kleine Büchse wurde gefüllt. Ich goß den Inhalt in die Kehle, hielt noch einmal hin, wurde aber gleich allen Frevlern dieser Art, mit einem Fußtritt weiterbefördert. ...<<
Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später über die Zustände im US-Kriegsgefangenenlager Bad Kreuznach mit etwa 56.000 deutschen Kriegsgefangenen (x106/440, x130/154-155): >>... Wir sollen bei den Ruhrkranken "Ordnung" machen. Wir kommen in eine Gegend, wo die kraftlosen Kranken sich auf dem Erdboden schwach bewegen. Überall liegt ihr Kot umher, beschmutztes Papier, Lumpen, Reste aller Art ... und was sich ... so findet, müssen wir mit bloßen Händen einsammeln und auf einen Haufen bringen. ... Nachher dürfen wir uns die Hände in einer gemeinsamen Schüssel waschen, deren Wasser aber nicht erneuert wird. ...<<
>>... Eine Kolonne von Armamputierten wurde zu uns herübergebracht. Sie konnten dem amerikanischen Offizier nicht schnell genug durch den dicken Dreck am Tor hindurch. Es gab eine Stauung.
Dem Offizier gingen die Nerven durch, und wütend stürzte er sich mit seiner Begleitmannschaft auf die Amputierten, die mit der blanken Waffe so geschlagen wurden, daß 16 Verwundete sich blutend am Boden wälzten. ...
Wir sollen uns zur Wasserausgabe in zwei Reihen aufstellen, aber das ist bei den riesigen, nach Wasser schreienden Menschenhaufen unmöglich, da jeder sich vordrängt. Der Wagen kommt nicht voran und schließlich weiß sich die Besatzung des Feuerwehrwagens nicht anders zu helfen:
Sie spritzten das Wasser mit dem Schlauch in die Menge. Die Gefangenen laufen aber nicht weg, sondern auf den Wagen zu. Und wie nun endlich der Strahl in die Tonne zielt, jagen alle dürstenden Männer darauf zu. Alles wird niedergetrampelt. Rücksichtslos. Ich sehe, wie die schweren Stiefel auf einen älteren Kameraden, der umgefallen ist, treten. Ein Sanitäter ist in

der Nähe, streckt bittend die Hände aus, aber niemand achtet darauf, immer neue Massen treten auf den Kameraden, niemand will oder kann ihm beistehen.
Vorne ist die Tonne umgefallen, und obwohl sie leer ist, stürmen die Landser hinauf und hinein. Sie sieht aus wie eine Blumenvase, aus der oben als Blüte die dreckigen Stiefel der Männer herausschauen, die, dicht an dicht gedrängt, mit den Köpfen unten drin sind und das Wasser von den Wänden der Tonne ablecken. Man hört ihr Grunzen und dumpfes Schreien in diesem Kampf des Elends und der Gier. Die anderen wanken davon. ...<<
Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten später über die Zustände im US-Kriegsgefangenenlager Büderich am Rhein (x130/156): >>Nacht für Nacht wurden wir durch Gewehrschüsse der Wachtposten aufgeschreckt, die auf die Flüchtlinge abgegeben wurden. Am nächsten Tag fand man die Kameraden am Stacheldraht oder einige Meter davon entfernt tot auf, wo sie den ganzen Tag über als abschreckendes Beispiel liegen blieben. ....
Ein deutscher Offizier machte den US-Lagerkommandanten darauf aufmerksam, daß man angesichts der Zustände in dem Lager mit einer Meuterei rechnen müsse.
Dem deutschen Offizier wurde anhand einer Karte klargemacht, wo der nächste Feldflugplatz für US-Jagdbomber war und daß man eine direkte Fernsprechverbindung dorthin hätte. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die US-Kriegsgefangenenlager am Rhein (x130/152,154,157): >>Menschliche Unzulänglichkeiten vermehrten die Schwierigkeiten. Das Fraternisierungsverbot, der Siegestaumel, die Aufdeckung der KZ-Verbrechen, die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes, die befohlene Suche nach Kriegsverbrechern unter den Eingesperrten, die Absonderung bestimmter Gruppen wie der Waffen-SS, dies und manch anderes erweckte in vielen Bewachern das Gefühl, genug für die Geschlagenen zu tun, auch wenn es ersichtlich ungenügend war. ...<<
>>... Stets waren Verwundete und Amputierte auf Hilfe ihrer Kameraden angewiesen. Doch die Kameraden waren bald selbst am Ende ihrer Kräfte. Da blieb manches Wort ungehört, manche Bitte unerfüllt, und die Gehunfähigen krochen wie Lurche durch den Schlamm oder bewegten sich auf kleinen Brettern fort, die sie sich um die Hände geschnürt hatten. Andere, mit einem Bein, hüpften, fielen hin, rappelten sich wieder hoch und erreichten völlig erschöpft das Ziel. Ihr Anblick war erbarmungswürdig. ...
Endlich begann man, sie in einem Zelt zu sammeln, wo ihnen Ärzte und Sanitäter eine bescheidene, aber dennoch wirksame Hilfe zuteil werden ließen. ...<<
>>... Der Sieg machte die Sieger übermütig oder gleichgültig gegenüber den Besiegten. Der Phase des Übermuts, der Willkür und der Gleichgültigkeit folgte jedoch die Phase der Rückbesinnung darauf, daß man ausgezogen war, um eine verbrecherische Ideologie zu vernichten, nicht aber die Menschen, die von ihr befallen waren. ...<<
Ein deutscher Wehrmachtssoldat berichtete im April 1945 über die Kriegsgefangenschaft im Fort Knox in Kentucky (x292/205): >>... Im April 1945 überstürzten sich die Ereignisse. Die Stimmung im Lager war sehr gereizt. Hin und her gerissen zwischen Bangen und Hoffen wünschten sich alle eine schnelle Besetzung ihrer Heimatorte durch die Westalliierten, bevor die russischen Truppen sie eroberten. Auch in Herdecke, meiner Heimatstadt, schwiegen endlich die Waffen. Aber noch lebte ich in banger Ungewißheit. Briefpost aus Deutschland erreichte nur selten das Lager. Für mich, wie für viele andere, war nie etwas dabei.
Je tiefer die Alliierten ins Reichsgebiet eindrangen um so mehr wurden die entsetzlichen KZ-Greuel offenbar, die nun von allen Zeitungen in ganzseitigen Berichten angeprangert und mit Fotos dokumentiert wurden.
Wie zu erwarten, saß der Schock tief, nicht nur in der amerikanischen Öffentlichkeit, sondern auch bei uns Kriegsgefangenen, die wir nun allesamt als Täter angesehen wurden, obwohl kaum jemand von uns ein KZ gesehen, geschweige denn solche Verbrechen verübt hatte. Das

Verhalten unserer Bewachungsmannschaft wandelte sich abrupt von einem bisher lockeren, fast freundschaftlichen Umgang hin zu einer kalten, geschäftsmäßigen, ja bis zur eisigen, feindseligen Behandlung. ...<<
Nach der Kapitulation von Reims in Frankreich legten am 8. Mai 1945 rd. 7,5 Millionen deutsche Soldaten ihre Waffen nieder und zogen in endlosen Marschkolonnen in die Kriegsgefangenschaft (x106/396).
Am 8. Mai 1945 teilte das US-Außenministerium dem Schweizer Gesandten in Washington mit, daß seine Regierung als Schutzmacht entlassen worden sei und verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz die Erlaubnis, nordamerikanische Kriegsgefangenenlager zu betreten (x131/83).
Bis zur Gesamtkapitulation am 9. Mai 1945 erreichten noch mehrere hunderttausend Soldaten des deutschen Ostheeres und verbündete Kampftruppen aus Jugoslawien, Ungarn und der UdSSR den rettenden Westen. Die US-Truppen blockierten jedoch befehlsgemäß alle Rückzugsstraßen, um die nach Westen fliehenden Einheiten so lange aufzuhalten, bis sie von der Roten Armee oder von den Partisanen gefangengenommen werden konnten. Im Sudetenland wurden z.B. einige Stunden nach der Kapitulation kilometerlange Wehrmachtskolonnen und Flüchtlingstrecks von sowjetischen Truppen überrollt, weil sich die Nordamerikaner weigerten, die abgehetzten Deutschen durchzulassen.
Am 10. Mai 1945 kapitulierte im Baltikum die eingeschlossene deutsche Heeresgruppe Kurland. Generaloberst Karl Hilpert ging danach mit ca. 208.000 deutschen Landsern in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/285).
Prag wurde am 10. Mai 1945 vollständig durch sowjetische Truppen besetzt. Mit der "Prager Operation" beendete die Rote Armee die vollständige Einschließung der deutschen Heeresgruppe Mitte und der Heeresgruppe Ostmark. In der CSR nahm die Rote Armee ca. 860.000 deutsche Soldaten gefangen (x047/238).
Am 11. Mai 1945 geriet Generaloberst Alexander Löhr mit etwa 175.000 Mann der Heeresgruppe E in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Etwa 80.000 deutsche Gefangene kamen später auf den 200 bis 800 km langen "Sühnemärschen" oder in den Gefangenenlagern um (x130/216).
Ein Wehrmachtssoldat berichtete später über die Gefangennahme durch jugoslawische Truppen (x130/211): >>Viele, viele blieben ohne Schuhe, ohne Hemd, ohne Jacke, ja sogar ohne Hose. Ich kenne eine Rotkreuz-Schwester, die inmitten der Soldaten ihres Rockes beraubt marschierte. Was wir an Privateigentum besaßen, wurde zum größten Teil abgenommen: Uhren, Füllfederhalter, Waschzeug, Kamm, Eßbesteck. Ja sogar Brillen wurden vom Gesicht gerissen. Mancher Gefangene, der sich dem widersetzte, mußte dafür mit dem Leben bezahlen. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über die Ausplünderung von Kriegsgefangenen (x130/212): >>(Im Artikel 4 der Haager Landkriegsordnung und im Artikel 6 der Genfer Konvention heißt es:) alles was ihnen (den Kriegsgefangenen) gehört, verbleibt ihr Eigentum, mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/212): >>Für die Masse der Gefangenen ... hatte sich der Sieger Tito eine Sonderbehandlung ausgedacht. Er wollte seinem ganzen Volk den Triumph der Partisanen über den deutschen Feind demonstrieren. Schon wenige Tage nach der Kapitulation wälzten sich über die staubigen Straßen Jugoslawiens endlose Kolonnen des Elends: Die Deutschen waren zu sogenannten Sühnemärschen angetreten.
Ihrer Uniformen beraubt, die Offiziere meistens in Unterhosen, barfuß quälten sich die Gefan-

genen zu Zehntausenden durch das Land. Gesunde und Kranke, Unversehrte und Verwundete wurden durch Dörfer und Städte getrieben.
Die Wächter prügelten die Ermatteten und Erschöpften mit langen Stöcken vorwärts, wer zurückblieb, wurde erschossen. Einige dieser Märsche führten über 200, manche über 800 Kilometer. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die völkerrechtswidrigen "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/215-216): >>Die Sühnemärsche forderten neue Opfer.
Die Gewahrsamsmacht kann sich im Hinblick auf eine etwaige Motivierung dieser Märsche nicht auf Artikel der Genfer Konvention berufen, wo es u.a. heißt:
"Die Kriegsgefangenen sind in möglichst kurzer Frist nach ihrer Gefangennahme nach Sammelstellen zu bringen, die vom Kampfgebiet genügend weit entfernt liegen, so daß sie sich außer Gefahr befinden".
Eine Gefahr bestand nicht mehr, da der Krieg beendet war. Auch widersprechen die geforderten Marschleistungen dem Artikel 7, der in dieser Beziehung fordert:
Bei der Rückführung zu Fuß darf die tägliche Marschleistung in der Regel nicht mehr als 20 km betragen, sofern nicht die Notwendigkeit, Wasser- und Verpflegungsstellen zu erreichen, größere Marschleistungen erfordert.
Die Berichte ehemaliger Marschteilnehmer besagen eindeutig, daß man Wasser- und Verpflegungsstellen nicht nur nicht erreichen konnte, sondern im Gegenteil gar nicht erreichen wollte. Damit entfällt auch das Argument der Notwendigkeit, größere Marschleistungen zu fordern, als völkerrechtlich zulässig sind. Die Meinung eines Heimkehrers, die Kriegsgefangenen hätten "zum Einsatz im Arbeitsprozeß" ins Landesinnere gebracht werden müssen, ist an sich durchaus richtig, erklärt jedoch nicht, ob das auf diese Weise geschehen mußte.
Die Bezeichnung Sühnemärsche ließ vielmehr darauf schließen, daß die Gewahrsamsmacht hierbei in starkem Maße propagandistische Ziele verfolgte, wie sie auch von der Sowjetunion bei den bekannten Moskauer und Kiewer Märschen nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 angestrebt wurden ...
Die Zahl der auf den "Sühnemärschen" ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen wird auf Grund der vorliegenden Berichte auf etwa 10.000 Mann geschätzt. Eine in ihrer Stärke nicht auszumachende Gruppe von ihnen erreichte zwar noch das Ziel (Lager), die Männer verstarben jedoch unmittelbar darauf infolge der während des Marsches eingetretenen Entkräftung, so daß sie als Marschopfer zu gelten haben. ...<<
General von Saucken kapitulierte am 14. Mai 1945 gegenüber der 2. Weißrussischen Front und ging mit rd. 150.000 Soldaten der "Armee Ostpreußen" in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/286).
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.
Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 - in Kraft seit dem 26. Januar 1910 - legte für die Behandlung von Kriegsgefangenen folgende Regeln und Gebräu-

che des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>... Artikel 4 Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Abteilungen, die sie gefangen genommen haben. Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden. Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts.
Artikel 5 Die Kriegsgefangenen können in Städten, Festungen, Lagern oder an anderen Orten untergebracht werden mit der Verpflichtung, sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus zu entfernen; dagegen ist ihre Einschließung nur statthaft als unerläßliche Sicherungsmaßregel und nur während der Dauer der diese Maßregel notwendig machenden Umstände.
Artikel 6 Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Offiziere nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiten dürfen nicht übermäßig sein und in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten für öffentliche Verwaltungen oder für Privatpersonen oder für ihre eigene Rechnung auszuführen. Arbeiten für den Staat werden nach den Sätzen bezahlt, die für Militärpersonen des eigenen Heeres bei Ausführung der gleichen Arbeiten gelten, oder, falls solche Sätze nicht bestehen, nach einem Satze, wie er den geleisteten Arbeiten entspricht.
Werden die Arbeiten für Rechnung anderer öffentlicher Verwaltungen oder für Privatpersonen ausgeführt, so werden die Bedingungen im Einverständnis mit der Militärbehörde festgestellt. Der Verdienst der Kriegsgefangenen soll zur Besserung ihrer Lage verwendet und der Überschuß nach Abzug der Unterhaltungskosten ihnen bei der Freilassung ausgezahlt werden.
Artikel 7 Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.
Artikel 8 Die Kriegsgefangenen unterstehen den Gesetzen, Vorschriften und Befehlen, die in dem Heere des Staates gelten, in dessen Gewalt sie sich befinden. Jede Unbotmäßigkeit kann mit der erforderlichen Strenge geahndet werden. Entwichene Kriegsgefangene, die wieder ergriffen werden, bevor es ihnen gelungen ist, ihr Heer zu erreichen, oder bevor sie das Gebiet verlassen haben, das von den Truppen, welche sie gefangen genommen hatten, besetzt ist, unterliegen disziplinarischer Bestrafung. Kriegsgefangene, die nach gelungener Flucht von neuem gefangen genommen werden, können für die frühere Flucht nicht bestraft werden. …
Artikel 20 Nach dem Friedensschluß sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >>Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x130/150): >>... Massen wurden nicht nur mobilisiert, beherrschten nicht nur die Schlachtfelder, sondern litten auch hinter Stacheldraht. ...
Kriegsgefangenschaft war nie ein Paradies. Im und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zu einem Risiko, das oft nicht geringer war als die Teilnahme am Kampf.<<

US-General Eisenhower widerrief am 15. Mai 1945 alle bisherigen Befehle, deutsche Kriegsgefangene freizulassen (x131/66).
Am 15. Mai 1945 stellten die alliierten Militärbehörden Italien rund 200.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung, um Wiederaufbauarbeiten durchzuführen.
Ein gefangener Feldwebel der Wehrmacht berichtete am 19. Mai 1945 über das US-Kriegsgefangenenlager Rheinberg mit mehr als 100.000 deutschen Kriegsgefangenen (x131/58-59): >>... Kameraden äußern die Absicht, bei Nacht und Nebel aus dem Lager zu fliehen. Einige wagen es. Manche kommen durch, manche werden wieder gefangen.
Einer erzählt mir: "Wir gingen zu zehnt über den Stacheldraht. Alles schien zu klappen. Da – ein Geräusch. – Der Posten schießt. – Die einen rennen vorwärts, die anderen zurück. Jagd auf die Ausreißer. Einige strecken die Hände hoch, sich zu ergeben. Sie werden erbarmungslos erschossen. – Ich werfe mich auf den Boden und stelle mich tot. Der Ami stößt mich mit dem Fuß an – ich rühre mich nicht. Als er sich entfernt, zwänge ich mich wieder unter dem Draht durch ins Lager zurück. – Die Flucht ist mißlungen, doch ich lebe noch." ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien am 19. Mai 1945 (x026/86-87): >>Durch Train- und LKW-Kolonnen wurde die Marschgruppe Arndt am Abend des 19. Mai stark auseinandergezogen. Es war in der Gegend des ... Ortes Steinbrück ...
Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen herum. Ein oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke, Taschen und Tornister, alles war begehrt. Was die Straßenräuber enttäuschte, wurde vernichtet. So wurden Brillen zertreten, Kompaßgeräte zerschlagen, Medikamente und Verbandszeug zugrunde gerichtet. Die Marschgruppe hastete in wilder Verzweiflung vorwärts. Offensichtlich machten die Posten mit den Plünderern gemeinsame Sache, sie blieben während der ganzen Strecke durch den Ort unsichtbar. Es ging auch ohne sie weiter, weil jeder wieder aufs freie Feld wollte.
Um die Menschen noch weiter einzuschüchtern, trieb eine Gruppe von Partisanen durch die ganze Menge unter fürchterlichen Kolbenhieben eine aneinandergefesselte Kette von etwa dreißig ... langhaarigen königstreuen " Tschetniks" des Generals Mihailovic, hindurch. Die hageren Gesichter dieser Männer waren verzerrt zu Masken der verkörperten Todesangst. Es schoß überall, schlimmer als in manchem Gefecht. Von Angst überflügelt, hetzten die Männer voran. ...<<
An der Save-Brücke bei Podsused erschossen jugoslawische Soldaten der 1. Partisanenarmee am 22. Mai 1945 neunzig gefangene deutsche Soldaten (x130/212). In den ersten 14 Tagen nach der Kapitulation erschossen jugoslawische Soldaten allein 1.600 gefangene Soldaten der Waffen-SS-Division "Prinz Eugen" (x130/212).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/87-88): >>... Noch in der Nacht zum 22. Mai wurde die Marschgruppe Arndt auf Weidekoppeln des nur wenige Kilometer entfernten Staatsgutes bei Dugo Selo vorgezogen. Da hockten sich die geschundenen Menschen ins dichte, taufeuchte Gras. Sehr viele litten unter argen Durchfällen oder hatten bereits die Ruhr. So besetzten die Gequälten auf den latrinenlosen Koppeln hart an die Lagernden heran den Rand. Sie hockten lange und immer wieder da, zuweilen von den Posten aufgescheucht. Die Koppeln hatten Viehtränken, die nun ständig umlagert waren.
Hier lag die Marschgruppe bis zum Nachmittag des 22. Mai. Hier gab es am Mittag je Mann einen knappen Viertelliter gekochtes Wasser mit jeweils einer schmalen Scheibe von einer gekochten Kartoffel darin. Die Prozedur der Ausgabe dieser ersten Mahlzeit in jugoslawischer

Regie seit der Kapitulation dauerte drei Stunden. Aber dafür erhielt fast jeder etwas. Man schrieb Pfingstdienstag, den 22. Mai. Die Deutschen hatten am 9. Mai kapituliert.
Gegen 16 Uhr entstand wieder Leben auf der Koppel. Eine neue Postenkette ließ antreten. Heißer Wind trieb in heftigen Stößen dichte Staubwolken vor sich her und den Abrückenden ins Gesicht. Das machte den Durst noch quälender. Da auf der Koppel alle Voraussetzungen zur Einrichtung eines Reviers gefehlt hatten, war von den Ärzten auch den Fieberkranken geraten worden, mitzumarschieren.
Die neuen Posten sorgten von Anfang an für eine bis dahin ungewohnte verschärfte Marschzucht. Zu 8 in jeder Reihe, die Reihen dicht aufgeschlossen, so wurde mit groben Stockhieben ein militärischer Marschschritt erzwungen. Da die Straße aber nicht überall der 8 Mann tiefen Rotte das Passieren erlaubte, so stockte öfters für den rückwärtigen Teil der breiten Reihen der Schritt.
Die ersten mußten im alten Tempo voran, folglich waren alle anderen nach Überwindung der Stockung gezwungen, im Laufschritt aufzuholen. Wohlgemerkt, viele waren krank, alle waren matt, ausgehungert und durstig; viele liefen barfuß. Die Schwachen gingen am Schlußteil des Zuges und ihnen blühte nun immer von neuem der Wechsel zwischen Dauerlauf und Warten, und auf sie krachten die meisten Hiebe. Fast alle Posten hatten mannshohe Stöcke zum Schlagen.
In den Dörfern, durch die der Weg führte, machten sich die Partisanen ein Sondervergnügen: sie ließen die ganze Marschgruppe im Laufschritt durchhetzen. Es waren kroatische Dörfer, deren Einwohner anders als in Slowenien oder Serbien den Deutschen durchwegs wohlgesinnt waren. Sie standen eingeschüchtert an den Hofzäunen, die Frauen, die ihre zur Ustascha gepreßten Angehörigen dem gleichen Los überantwortet wußten, weinten oft angesichts dieses schaurigen Sühnespiels. Sie versuchten zuweilen Wasser auszuteilen, doch duldeten Kommissar und Posten es nicht. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/38): >>Am schlechtesten hat man die Kriegsgefangenen im Tito-Staat behandelt. Von 194.000 gefangenen Deutschen ... starb rund die Hälfte: Mindestens 80.000, höchstwahrscheinlich sogar 100.000. Die meisten Opfer forderten ... Massenerschießungen. ... Es starben auf diese Weise in Belgrad fast 30.000, in Marburg 20.000, in Windisch Feistritz 10.000. ...
Nach dem Krieg wurden mit den Kriegsgefangenen Propagandamärsche unter mörderischen Bedingungen veranstaltet. Etwa 10.000 Menschen dürften im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke geblieben sein – erschossen, erschlagen bzw. an Hunger, Durst oder Erschöpfung gestorben. ...
Viele, die sich ergeben hatten, wurden oft auf der Stelle verstümmelt, geblendet, gepfählt oder sonstwie grausam ermordet; diese Tatsachen wurden … auch bei den amerikanischen Militärgerichten durchaus anerkannt. ...<<
Stalin teilte US-Sonderbotschafter Hopkins am 27. Mai 1945 mit, daß die Nordamerikaner allein in Westböhmen 135.000 deutsche Kriegsgefangene an die Sowjets ausgeliefert hätten (x004/20).
Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army 3.878.537 deutsche Kriegsgefangene aufhalten, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur 2.927.614 inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67).
Die schwedische Regierung erklärte sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später (x130/194): >>Sehr bald wurde erschreckend klar, daß der Ausliefe-

rungsbeschluß der (schwedischen) Regierung in eklatantem Widerspruch zu den laut verkündeten Grundsätzen von Humanität und Neutralität stehe, ganz zu schweigen von der Tatsache, hierbei von völkerrechtlichen Normen abgewichen zu sein.
Die am 31. Juli 1945 angetretene rein sozialdemokratische Regierung Schwedens, die behauptete, betreffend der Auslieferung nur einen Beschluß der von ihr abgelösten Koalitionsregierung zu erfüllen, war angelegentlich darum bemüht, mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abzuschließen. Das ganz öffentlich ventilierte Gerücht, die Regierung hätte deswegen an der Auslieferung festgehalten, um Rußland in jeder Weise günstig zu stimmen, dürfte vieles für sich haben.
Zwei Umstände sind da beachtenswert: daß erstens Schweden mehr Soldaten auslieferte, als Rußland für billig erachtete, und daß zweitens Rußland in keiner Weise übermäßig an der Übernahme der Soldaten interessiert war. ...<<
Konrad Adenauer kritisierte am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.
Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deutschen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!
Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt.
Natürlich gab es keine tatsächlichen Grausamkeiten in den Kriegsgefangenenlagern, aber die Leute sagen "Jeder, der die Kriegsgefangenen so behandelt, ist nicht besser als die Nazis".
Ich weiß, daß die russischen Gefangenen im Winter 1941/42 sehr schlecht von den Deutschen behandelt wurden, und wir sollten uns dieser Tatsache schämen, aber ich denke, daß sie nicht in gleicher Weise verfahren sollten. Deutsche Gefangene aßen in den Lagern auch Gras und pflückten die Blätter von den Bäumen, weil sie Hunger hatten, genauso, wie es leider die Russen taten. ...
Bitte erlauben Sie mir, offen zu sagen, in dringender Angelegenheit, ... die Alliierten haben dieselben Methoden wie leider auch die Deutschen benutzt. Es ist wahr, daß sie beim Gebrauch dieser Methoden nicht genauso weit gegangen sind, aber die Methoden sind dieselben.<<
Das US-Kriegsministerium berichtete am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hätte (x106/440).
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich berichtete am 30. Juli 1945 in ihrem Tagebuch über entlassene deutsche Kriegsgefangene in Berlin (x111/54): >>...
Als wandelnde Ruinen wanken sie hin. Beinlose, Armlose, Sieche, Kranke, Verlassene und Verlorene.
An eine Mauer gelehnt steht ein graubärtiger Mann in zerschlissenem Soldatenrock. Er hat die Arme über den Kopf geschlagen und weint in sich hinein.
Menschen fluten an ihm vorüber, bleiben stehen, bilden einen scheuen Kreis um ihn. Er sieht sie nicht ... Er hört sie nicht. Er weint. Es ist entsetzlich, wenn graubärtige Männer weinen.

Wenn sie nicht aufhören können zu weinen.<<
Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - stellte man später zwar fest, daß es nicht die Absicht der Alliierten wäre, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber in den ost- und westeuropäischen Kriegsgefangenenlagern leisteten damals bereits Millionen von deutschen Kriegsgefangenen völkerrechtswidrige Zwangsarbeit.
Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf.
Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 31. Juli 1945 über die deutschen Kriegsgefangenen in US-Lagern (x124/40): >>... In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<
Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" trafen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere lag an der rumänisch-ungarischen Grenze.
Ein gefangener Wehrmachtsoffizier berichtete später über das berüchtigte Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/234-235): >>Die Sterbeziffer war nach kurzer Zeit so hoch, daß täglich viele Kameraden tot und nackt im selbstgezimmerten Leichenwagen zur Vergrabung weggefahren werden mußten, an einem Tage waren es 32 Tote. Der lange Hungermarsch hatte die Widerstandskraft bei vielen Kameraden erlahmt. Oft fanden wir frühmorgens Kameraden tot neben uns liegen. Die deutschen Ärzte waren wegen Mangel an Medikamenten im Jahre 1945 ziemlich hilflos. Begräbniszeremonien gab es nicht.
Die Notdurft wurde im Freien auf Balken über ausgehobenen Gräben verrichtet.
Im Spätherbst wurden von Arbeitskommandos ... in ... Hallen Pritschenlager und zur Abtren-

nung der Gefangenenkompanien Lehmwände halb hochgezogen. Alle Dächer dieser beiden großen Hallen waren porös, überall hingen über den Pritschen Wasserabfänger aus Holz, Pappe oder Blech. Bei Regen entstanden auf dem Betonboden riesige Wasserlachen.
Trinkwasser ... wurde pro Tag und Person nur 1 Liter verabreicht. Erst im Herbst 1946 gab es für die Pritschen Stroh als Unterlage. Als wir der Flöhe Herr geworden waren, überfielen uns nachts die Wanzen, so daß von Zeit zu Zeit die Pritschen auseinandergenommen, die Holzteile im Freien abgebrannt und dann wieder zusammengebaut werden mußten.
Von Juli 1945 bis Sommer 1946 war das Lager ein sogenanntes Schweigelager. Es gab keine Postverbindung. Zwischen den 2 großen Hallen wurde 1946 eine große Abortgrube ausgehoben, mit Holz überdacht und 8 lange Sitzreihen angebracht. Bald waren dadurch in den Hallen Ratten einheimisch geworden.
Bis Weihnachten 1946 hatte sich die Gefangenenzahl von 3.000 auf 2.000 reduziert allein durch Tod. Als Sterbeursache wurde allgemein registriert "Dysenterie".
Trotz allen Ungemachs wurden 1946 eine "Stacheldraht-Universität", ein Lagerchor und eine "Bunte Bühne" gegründet, die bis Ende 1948 mit einfachsten Mitteln hervorragende Leistungen zuwege brachten.
Im Herbst 1948 begann die Repatriierung. Insgesamt 1.000 Kameraden wurden in die Heimat entlassen. Doch zu Neujahrsbeginn 1949 galt die Aktion dann als abgeschlossen. Ende Januar 1949 wurden alle noch verbliebenen Offiziere - ca. 1.200 - zu Untersuchungsgefangenen erklärt. Das Vernehmungslager Werschetz war geboren und wurde entsprechend für seine "Aufgabe" umgebaut.
In ein- oder mehrwöchiger Vernehmungszeit in Einzelzellen qualvoll gefesselt, vegetierten nun die "Untersuchungshäftlinge" und wurden durch mittelalterliche Methoden zu "Geständnissen" gepreßt, um verurteilt zu werden. Viele zum Tode. Die meisten zu Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit bis zu 25 Jahren. Für mehr als 80 Kameraden endete die Vernehmung mit Foltermord, mit Selbstmord oder Tod durch Entkräftung.<<
Am 4. August 1945 erteilte General Eisenhower den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit sofortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<<
Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schrieb im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-17): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...
Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifeltes Glücksspiel bezeichnen.
Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.
Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine

Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. – Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen. Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...
Im Frühling 1987 trafen Mr. Bacque und ich uns in Washington. Während der folgenden Monate arbeiteten wir zusammen in den Nationalarchiven und in der George C. Marshall Stiftung in Lexington, Virginia, indem wir die Beweisstücke, die wir fanden, zusammenfügten.
Die Pläne, die von höchsten britischen und amerikanischen Regierungsstellen 1944 gemacht wurden, brachten den Entschluß zum Ausdruck, Deutschland ein für alle Mal als Weltmacht zu zerstören, indem man es auf eine einfache Agrarwirtschaft reduzieren wollte, obwohl dieses den Hungertod von Millionen von Zivilisten bedeutet hätte. Bis heute sind sich die Historiker darüber einig, daß die alliierte Führung schon bald ihre destruktiven Pläne wegen des öffentlichen Widerstandes aufgehoben hatte.
Eisenhowers Haß, toleriert von einer ihm gefügigen Militärbürokratie, erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die die Offiziere des Hauptquartiers der alliierten Expeditionskräfte an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.
Nichts lag der großen Mehrheit der Amerikaner 1945 ferner, als so viele unbewaffnete Deutsche nach dem Krieg zu töten. Eine Vorstellung der Größe dieses Schreckens kann man gewinnen, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Todesraten bei weitem all jene übertreffen, die durch die deutsche Armee im Westen zwischen 1941 und April 1945 erlitten wurden. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/244-246,11-12,78,168-169): >>Die deutschen Soldaten, in Angst vor der Rache der Russen, rannten um ihr Leben. Selbst noch Wochen nach Kriegsende am 8. Mai flohen die Soldaten massenweise in den Westen.
Die Westalliierten gaben selbst zu, über 9 Millionen Gefangene eingebracht zu haben, während Stalin dem amerikanischen Geheimagenten Harry Hopkins im Frühjahr 1945 persönlich mitteilte, er meine, die UdSSR hätte etwa 2,5 Millionen Gefangene, von denen 1,7 Millionen Deutsche seien und der Rest Rumänen, Italiener und Ungarn.
Die Zahl der sowjetischen Seite ist im allgemeinen von den westlichen Verteidigern ignoriert worden, denn diese beschuldigten mit Vorliebe die Sowjetunion dafür, Gefangene massenweise vernichtet zu haben. Je niedriger die Zahl der sowjetischen Gefangennahmen ist, desto unglaubwürdiger ist es, daß all diese Gefangenen in sowjetischen Lagern umgekommen sind. ...
Die Zahlen der toten Kriegsgefangenen, die die Amerikaner und Franzosen von 1950 bis 1990 den zaghaft nachforschenden Deutschen widerwillig angaben, waren so lächerlich niedrig, daß sie unter der Todesrate der Zivilbevölkerung zu dieser Zeit lagen.
Diese außergewöhnliche Information – daß hungernde Menschen, die im Schlamm schlafen, eine niedrigere Sterberaten haben als die Zivilbevölkerung, die in Häusern lebt und jeden Tag zu essen hat – störte die Deutschen nicht weiter. Sie ignorierten die Anzeichen, die ihnen regelrecht entgegenschrien, völlig.
General Buisson, auf den sich der deutsche Autor Böhme für seine Gefangenenakten für Frankreich beruft, war nicht nur Chef der Angelegenheiten für Kriegsgefangene der französischen Armee und Autor der lächerlich niedrigen französischen Todeszahlen, er errechnete sogar zu einer Gesamtzahl an Kriegsgefangenen 166.000 Männer, die die Franzosen in Lagern in Deutschland von den Amerikanern übernommen hatten, einfach nicht mit. Doch ein paar Seiten weiter in seinem Bericht behauptete Buisson, daß eine Anzahl dieser Kriegsgefangenen

auf der Stelle in Deutschland entlassen worden seien. So verschwinden in Buissons Zaubertrick 166.000 Menschen einfach, und 46 Jahre lang merkt es keiner. ...<<
>>... Wegen weit verbreiteter Verschleierung und weil einige Gefangenen-Dokumente schon bei ihrer Ausfertigung irreführend waren, wird die Zahl der Toten wahrscheinlich immer umstritten sein. Viele Akten wurden in den fünfziger Jahren vernichtet oder in Euphemismen versteckt. Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.
Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million.
Die Ursachen ihres Todes wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfe-Organisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert.
Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt, als das Rote Kreuz, Le Monde und Le Figaro versuchten, öffentlich die Wahrheit zu sagen. Akten sind vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden. Dies geht bis auf den heutigen Tag weiter.
Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando … ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<<
>>... Eisenhower hatte die sinnlose Verteidigung der Deutschen wegen der Vergeudung von Menschenleben beklagt. Aber die Deutschen starben jetzt, da sie kapituliert hatten, viel rascher als während des Krieges. Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und nordamerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront in Nordwest-Europa vom Juni bis hin zum April 1945 gefallen sind. ...<<
>>... Die Amerikaner und Franzosen brauchten nichts weiter zu tun, als die große Zahl zu unterdrücken, um zu verhindern, daß sich die Kenntnis von ihrem Verbrechen ausbreitete, oder zur Geschichte wurde. Dies zu tun, war leicht für sie, denn sie waren die einzigen, die die große Zahl kannten. So geschah es.
Nachdem sie die große Zahl unterdrückt hatten, mußten die Amerikaner und die Franzosen irgendeine Zahl liefern, weil es nicht glaubhaft war, daß niemand gestorben sei oder daß es keine Zählung gegeben habe, es sei denn, es habe ein starker Grund für die Unterlassung einer Zählung vorgelegen, und das konnte nur die ungeheuerliche Zahl gewesen sein, die nicht die feine Eihaut durchdringen durfte.
Deshalb lieferten sie die kleine Zahl. Diese Zahl war so klein, daß niemand mit elementaren Rechenkünsten und Kenntnis von Sterblichkeitsraten sie auch nur einen Augenblick lang glauben konnte. Für Männer, von denen der französische General Buisson gesagt hatte, daß sie verhungerten, teilte er eine Sterblichkeitsrate mit, die unterhalb der Sterblichkeitsrate wohlgenährter Soldaten in Friedenszeiten lag. Die Amerikaner lieferten der Stadtverwaltung von Rheinberg die Zahl 614 als Zahl der Toten im Lager, weniger als ein Dreißigstel der Summe, auf die ihre eigenen Zahlen für "Sonstige Verluste" schließen ließ.
Die Deutschen akzeptierten die kleine Zahl, weil sie Schuld wegen ihrer eigenen Lager empfanden, oder wegen des Krieges, oder weil die kleine Zahl das Ausmaß ihrer Demütigung verringerte. Auch wollten die Deutschen ihren Eroberer nicht beleidigen, insbesondere nicht, nachdem er zu ihrem Verbündeten geworden war.
Eine der vielen Möglichkeiten, entgegenkommend zu sein, bestand darin, seine Lügen über

etwas zu akzeptieren, das ohnehin nicht mehr zu ändern war, auch wenn es natürlich nicht zugelassen werden konnte, daß dieses Argument die Deutschen von ihrer Verantwortung für die Konzentrationslager der Nazis freisprach. Innerhalb weniger Jahre kam das Bezweifeln der kleinen Zahl schon einem Verrat bedenklich nahe, denn jeder gute Deutsche, der an den Amerikanern zweifelte, war eigentlich ein Feind beider Staaten. So kam es, daß den Amerikanern verziehen wurde, ohne daß sie auch nur angeklagt worden waren.
Viele Deutsche glaubten, daß es eine große Zahl gab, aber kannten sie nicht; sie kannten die kleine Zahl, aber glaubten sie nicht. Diese Doppelwertigkeit ist typisch für manches in der heutigen deutschen Denkweise. Nicht imstande zu sein, die Wahrheit über die amerikanischen Greuel zu sagen, ist ein gespenstisches Echo der Aussage, man habe von den Lagern der Nazis nichts gewußt.
Ein General, der Eisenhower gut kannte, schrieb im Jahre 1945, daß Eisenhower "praktisch Gestapo-Methoden" gegen die Deutschen anwende. Sein Name war George S. Patton. ...<<
Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichteten am 21. August 1945 in Genf über die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich (x130/-178): >>... Sie stellten fest, daß der Nahrungsmangel das Leben von 200.000 deutschen Kriegsgefangenen unmittelbar gefährde. ... Für 600.000 Gefangene in französischen Lagern gebe es nur ungenügende Unterkünfte ...<<
Henry W. Dunning, Mitarbeiter des nordamerikanischen Roten Kreuzes, schrieb am 5. September 1945 an das US-Hauptquartier in Washington (x131/114): >>... Die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ist jetzt verzweifelt und wird in Kürze zu einem offenen Skandal werden.
In der vergangenen Woche haben mehrere Franzosen, bei denen es sich um ehemalige Gefangene der Deutschen handelt, mich aufgesucht und mich aufgefordert, gegen die Behandlung zu protestieren, die deutschen Kriegsgefangenen von der französischen Regierung zuteil wird.
...
Mrs. Dunning … berichtet, daß dort in jeder Woche Dutzende von deutschen Gefangenen sterben. Ich habe mit dem Chef des Internationalen Roten Kreuzes in Frankreich gesprochen. Er sagte zu mir, die Situation der deutschen Gefangenen in Frankreich sei in vielen Fällen schlimmer als in den ehemaligen deutschen Konzentrationslagern.
Er hat mir Photographien von menschlichen Skeletten gezeigt und Briefe von französischen Lagerkommandanten, die um ihre Ablösung gebeten haben, weil sie keine Hilfe von der französischen Regierung erhalten und es nicht mehr ertragen können, zuzusehen, wie die Gefangenen aus Mangel an Nahrung sterben.
Pradervand hat an alle Mitglieder der französischen Regierung appelliert, ohne jedoch irgend etwas zu erreichen.<<
Der Chef des Internationalen Roten Kreuzes schrieb am 26. September 1945 an General de Gaulle und berichtete über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/117-119): >>Mein General,
am 3. September habe ich Sie um die Ehre gebeten, mich zu empfangen, damit ich Ihnen über die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand berichten könne. Die Zahl dieser Gefangenen beläuft sich jetzt auf 600.000.
200.000 sind jetzt arbeitsunfähig …
Die Situation dieser 200.000 Männer ist in Bezug auf Lebensmittel, Kleidung, unhygienische Bedingungen so bedenklich, daß man ohne Furcht vor Pessimismus sagen kann, daß sie den Winter nicht überleben werden. …
Um Abhilfe zu schaffen, ist energisches Handeln erforderlich. Gestatten Sie mir – weil ich mich seit mehr als 3 Monaten ausschließlich mit diesem Problem befasse -, Ihnen die folgenden Maßnahmen vorzuschlagen:

1) Suspendieren Sie alle weiteren Gefangenen-Überstellungen, bis die Verwaltung in der Lage ist, regelmäßig neue Kontingente zu bewältigen.
2) Repatriieren Sie unverzüglich alle Gefangenen, die sich nicht mehr erholen werden und die in der französischen, amerikanischen oder britischen Zone beheimatet sind, in Absprache mit den Militärbehörden.
3) Verteilen Sie zusätzliche Nahrung an die Gefangenen, die gerettet werden können, und setzen sie diese Gefangenen allmählich zur Arbeit ein, um dem Bedarf an Arbeitskräften zu entsprechen.
4) Geben Sie an einige der Gefangenen Lebensmittel und Kleidung aus, die die Verwaltung schon zur Verfügung hat. Die Gefangenen schlafen im allgemeinen auf dem Boden und haben im Durchschnitt eine Decke für 4 Personen.
Auf diese Weise wird die Verwaltung die Kosten für diese 200.000 unnützen Münder einsparen, und die drohende Katastrophe wird abgewendet.
Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat zu seiner Verfügung einige noch vom Deutschen Roten Kreuz erübrigte Gelder, Spenden für das Komitee von deutschen Gefangenen in den USA und einige Spenden von Kriegsgefangenen in französischer Hand. Das Komitee ist bereit, mit diesen unterschiedlichen Beträgen Lebensmittel, Kleidung und Medikamente für die deutschen Gefangenen in französischer Hand zu kaufen.<<
Der Reporter Serge Bromberger berichtete am 29. September 1945 im "Le Figaro" über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/116): >>... Die seriöseste Quelle bestätigte, daß der körperliche Zustand der Gefangenen schlimmer als beklagenswert war. Die Leute sprachen von einer erschreckenden Sterblichkeit, verursacht nicht durch Krankheit, sondern durch Hunger, und von Männern mit einem Durchschnittsgewicht von 35 bis 45 Kilo.
Anfangs zweifelten wir an der Wahrheit aller dieser Dinge, aber uns erreichten Appelle von vielen Seiten, und wir konnten das Zeugnis … eines Geistlichen für die Gefangenen, nicht ignorieren.<<
Die französische Tageszeitung "Le Figaro" berichtete am 30. September 1945 über die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/123-124): >>So wie man heute von Dachau spricht, werden die Menschen in 10 Jahren überall in der Welt von Lagern wie Saint Paul d' Egiaux sprechen, wo gegen Ende Juli 17.000 von den Amerikanern übernommene Menschen so rasch starben, daß in wenigen Wochen zwei Friedhöfe von je 200 Gräbern gefüllt waren. Gegen Ende September betrug die Sterbeziffer 10 pro Tag, was mehr als 21 % pro Jahr bedeutete. ...
Manche Leute werden einwenden, daß die Deutschen nicht sehr gewissenhaft waren, was die Frage der Ernährung unserer Männer anbetraf, aber selbst wenn sie gegen die Genfer Konvention verstoßen haben, scheint das wohl kaum eine Rechtfertigung dafür zu sein, daß wir ihrem Beispiel folgen.
Manche Leute haben gesagt, der beste Dienst, den wir den Deutschen leisten könnten, würde darin bestehen, sie nachzuahmen, so daß sie uns eines Tages vor dem Richterstuhl der Geschichte wiederfinden würden, aber Frankreich sollte seinem Ideal treu bleiben, das höher ist als bloße Würde; es ist bedauerlich, daß uns die ausländische Presse daran erinnern mußte. ...
Wir haben nicht gelitten und gekämpft, um die Verbrechen anderer Zeiten und anderer Orte zu verewigen.<<
Am 1. Oktober 1945 ordnete General Eisenhower weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportierte man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).
Die "United Press" berichtete am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119): >>General de Gaulle nahm in

seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.
Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:
"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annektieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."
Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:
"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische Schwerarbeiterrationen zugeteilt.
Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes": "Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."
Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.
Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.
... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<
Als die Absicht der schwedischen Regierung bekannt wurde, deutsche Kriegsgefangene an die UdSSR auszuliefern, warnte eine große schwedische Zeitung am 15. November 1945 (x130/-195): >>... Schwedens Ruhm und Ehre stehen auf dem Spiel. ...<<
Ein deutscher Kriegsgefangener berichtete später über die Auslieferung der verwundeten Landser an die Sowjets (x130/198): >>... Im Morgengrauen hielten unsere Kraftwagen im Hafen von Trelleborg. An einer Sperre dicht am Kai erfolgte die "feierliche" Übergabe an die Russen. Wir traten einzeln an einen Beamten des schwedischen Außenministeriums, der an Hand der Registrierungskarte des Internationalen Roten Kreuzes Name und Fotografie des Mannes verglich.
Mit einem "Nu, dawai", zeigte der Russe auf den Laufsteg zum Schiff, wo uns bereits russische Posten in Empfang nahmen. Durch die Ladeluken schlotterten wir in den Rumpf des Schiffes, wo wir uns auf das aus Holzwolle und Decken hergerichtete Lager fallen ließen.
Den 16. Dezember und die Nacht zum 17. Dezember lagen wir noch im Hafen, wo noch lau-

fend Kameraden aus den übrigen Krankenhäusern zugeladen wurden und in den Morgenstunden des 17. Dezember 1945 (es war ein Sonntag) verließen wir den Hafen von Trelleborg und somit schwedisches Territorium. Das war der Abschied von Schweden mit abschließender Seefahrt in ein unbekanntes Schicksal.<<

Am 18. Dezember 1945 befanden sich in Frankreich noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wurde (x111/114).

Im März 1946 berichtete ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die an der nordfranzösischen Atlantikküste Minen räumen mußten (x130/175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über die Zusammensetzung eines Minensuchkommandos in einem französischen Departement (x130/173): >>Es handelt sich zu 80 Prozent um Leute unter 25 Jahren. Es waren in der Hauptsache Schüler, Abiturienten, Studenten und Angehörige von Angestelltenberufen. Unter uns befand sich nur ein einziger ehemaliger Pionier. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über das tragische Ende einer Minenräumung in Frankreich (x130/174): >>Nach getaner Arbeit gingen wir in Reihen hintereinander von dem geräumten Gelände. Dabei trat der letzte Gefangene auf eine Schützenmine, die wir übersehen hatten. Sie riß ihm beide Beine ab, und er starb noch auf dem Transport in das Lager. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das internationale Verbot der Minenräumung durch Kriegsgefangene (x026/89): >>Besonders die Frage der Minenräumung gab dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Anlaß, bei den französischen Behörden zu intervenieren. Die Beseitigung von Minen und anderem Explosivmaterial während der Dauer der Feindseligkeiten ist nach Artikel 31 verboten. Auch nach deren Beendigung bleibt die Minenräumung laut Artikel 32 verboten. Wie dem auch sei, nach der Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im März 1943 beschloß man, die Gefangenen zur Minenräumung einzusetzen. ...

Dieses Problem tauchte Anfang 1945 verschärft wieder in Frankreich auf. Die Presse nahm sich seiner an und schrieb, daß die Aufgabe der Minenbeseitigung denen zukäme, die sie gelegt hätten. Das Internationale Rote Kreuz vermied es, getreu seiner rein humanitären Aufgabe, zu polemisieren oder eine rein juristische These über die Anwendung der Verträge zu verfechten. Es wies die französische Verwaltung auf die Gefahren hin, die eine durch Nicht-Spezialisten ausgeführte Minenräumung mit sich brächte.

Der Kriegsminister selbst schätzte im September 1945 die Zahl der zu beseitigenden Minen auf etwa 10 Millionen. Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die mit diesen Arbeiten beschäftigt waren, gab es jeden Monat 2.000 bei tödlichen Unfällen ums Leben gekommene Opfer. Dies entspricht dem Verhältnis: ein Todesfall auf 5.000 Minen.

Man konnte leicht daraus schließen, daß eine unter diesen Umständen durchgeführte Minenräumung das Leben von 20.000 Gefangenen kosten würde. Das Internationale Rote Kreuz bestand auf der Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen und zählte diese auf. Dann beauftragte er seine Delegierten vor allem auf die Durchführung zu achten. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtete am 13. August 1946 aus dem Grenzdurchgangslager Friedland über die Ankunft des ersten offiziellen deutschen Kriegsgefangenentransportes aus der Sowjetunion (x111/203): >>Die Sowjets ließen die schweigend fügsamen Männer in breiten Kolonnen am Kontrollpunkt in Besenhausen zu fünft oder sechst antreten, hoben den Schlagbaum und übergaben sie den davor wartenden Briten.

Am britischen Schlagbaum kamen zunächst langsam und schwerfällig Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen an. Dann näherte sich die Kolonne in langen Reihen, ohne Tritt, müde und matt, mit leerem Blick, großen kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, altem Drillichzeug. Viele gingen an Krücken und Stökken, stützten einander, trugen Kameraden. Kaum einer erwiderte Zurufe und Winke der Tausenden, die am Wegrand warteten. Eine Welle ungläubigen Entsetzens ging durch die Menge. Die britischen Soldaten sahen fassungslos auf diese greisenhaften Gestalten. ...
Das Schlimmste aber war die Ausdruckslosigkeit der Gesichter. Sie wirkten maskenhaft; das Spiel der Mienen und der Glanz der Augen waren erloschen. Alle sahen um Jahre älter aus, als das Geburtsdatum auswies. Kein einziger war arbeitsfähig.
Die letzten aufgelösten Gruppen bestanden aus denen, die immer weiter zurückgeblieben waren. Auf einer Behelfstragbahre, bestehend aus zwei Ästen, über die Fetzen gelegt waren, trugen sie einen Mann mit schütterem grauem Bart, der murmelnd immer wiederholte: "Nicht liegenlassen, Kameraden, nicht liegenlassen!" ...<<
Während einer ärztlichen Untersuchung dieser 1.200 entlassenen Kriegsgefangenen wurde festgestellt (x111/203-204): >>... daß von diesen ersten in den Westen offiziell entlassenen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 90 % Dystrophiker sind, 60 bis 70 % starke Kreislaufschäden haben, 40 % tuberkulös erkrankt sind und fast alle Ekzeme, Furunkulose und Phlegmone haben. Auffällig ist auch die große Zahl der Malaria-Kranken.<<
Am 13. September 1946 wurden in Großbritannien noch 394.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x111/214).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 12. Oktober 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56): >>12. Oktober 1946. Heute sind die ersten Frauen im Lager eingetroffen, die mit im Strudel des Krieges waren und auch in Gefangenschaft gerieten.
Ehemalige ... Luftwaffenhelferinnen, Angestellte von Wehrmachtsdienststellen, Telefonistinnen. Abgehärmte, müde Gestalten! Die Mädchen waren unter den Strapazen und Qualen in wenigen Monaten zu alten Frauen geworden, die überhaupt nichts mädchenhaftes mehr an sich hatten.<<
Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/-295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<
Am 26. März 1947 gabt die US-Militärregierung offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich berichtete am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?
Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind geweht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.
Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.
Fiel bei den Worten Molotows:
"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".
Setzt Halbmast über Deutschland! …<<
Am 8. April 1947 forderte der Kölner Erzbischof Kardinal Frings die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.

Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.
Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<
Die Senatoren Knowland und Morse kritisierten im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>Senator Knowland erklärte: ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...
Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson: ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention Gefangene als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist, der dann hingerichtet wurde. ...
Wenige mögen sich jetzt daran erinnern, daß Präsident Roosevelt sich im September 1944 dem deutschen Volk gegenüber ausdrücklich verpflichtet hat, als er sagte: "Die Alliierten treiben keine Sklaverei mit Menschen".
Begreifen es denn nur einige wenige Menschen, daß wir nach unserem Sieg über Deutschland, wenn wir Hitlers Maßstäbe und Hitlers Methoden übernehmen, Hitler zum wahren Sieger machen? ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.
"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...
Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<
In England wurden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).
Nach offiziellen Angaben befanden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).
Die französische Regierung erklärte am 12. Juli 1948, daß sich in Frankreich noch 117.000 Kriegsgefangene aufhalten würden und 129.000 ehemalige kriegsgefangene Soldaten freie Arbeitsverhältnisse angenommen hätten (x112/549).
Großbritannien entließ zwar am 12. Juli 1948 die letzten 546 deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat, aber im Nahen Osten befanden sich damals noch 37.000 deutsche Soldaten in britischer Gefangenschaft (x112/549).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien (x130/126): >>Addieren wir die Quartalsergebnisse zusammen, so ergibt sich für den Zeitraum Anfang 1944 bis Mitte 1948 die beachtliche Zahl von mindestens 153.744.750 Arbeitstagen. Setzen wir schließlich die genannte Summe von 153 Millionen Arbeitstagen in Arbeitsstunden um, wobei nur ein durchschnittlicher Achtstundentag in Anrechnung kommt, obwohl dieser in der Landwirtschaft oft nicht eingehalten werden konnte, so entfallen auf

Kriegsgefangenenarbeit in Großbritannien insgesamt mindestens 1.229.958.000 Arbeitstunden in Großbritannien. ...<<
Am 24. Dezember 1948 berichtete die Tageszeitung "Neues Deutschland", daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen würden (x112/639).
Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärte am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).
Das bayerische Rote Kreuz berichtete am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müßten (x112/639).
Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befanden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).
Im August 1949 wurden im berüchtigten jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz wieder mehrere deutsche Offiziere zu Tode gefoltert, weil sie keine Kriegsverbrechen gestehen wollten, die sie nicht begangen hatten (x130/229).
Gefangene Wehrmachtsoffiziere berichteten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die Folterungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/217,227-229): >>Eines Nachts hörte ich die ersten Schreie. Ich habe in meinem Leben viele Menschen vor Schmerzen schreien hören. Aber dieses Schreien in dunkler Nacht, das in Wimmern überging, um dann plötzlich wieder zu einem langgezogenen Ton anzuschwellen, hatte ich bisher noch nicht gehört.
Das war systematisches Quälen und Foltern von Menschen, wie es in den Folterkammern der Inquisition, vielleicht auch in Hitlers Konzentrationslagern geschah. ...<<
>>... Stundenlang hörten wir die Geräusche der Prügelei, oft höhnisches Gelächter der Vernehmenden, lautes, immer stärker werdendes Stöhnen, Röcheln, und dann wieder lautes Schreien der unter fürchterlichen Schmerzen gequälten Kameraden. ...
General Gerhard Henke: Ich wurde scharf nach rückwärts gefesselt und im barbarischen Ton aufgefordert, mich mit dem Bauch auf den Tisch zu legen. Einer der Vernehmer riß mich am Oberarm über den Tisch. Mein rechtes Knie schlug schwer gegen die Tischkante. Man band meine beiden Fußgelenke mit einem Strick zusammen, zog die Füße nach rückwärts hoch und knotete sie scharf an die auf dem Rücken gefesselten Hände.
Der Strick wurde dann weiter um den Hals geführt und auf dem Rücken wieder irgendwo zusammengebunden. Sie warfen mich nun wie ein lebendiges Paket vom Tisch auf die Erde hinunter. Ich schlug mit dem Brustkorb, den Knien und dem Kinn schwer auf.
Halb betäubt hörte ich, wie meine Peiniger auf Serbisch etwas besprachen. Ich erwartete die ersten Schläge. Aber sie hatten sich noch eine andere Gemeinheit ausgedacht. Sie stülpten einen Schemel um und legten mich mit Brust und Bauch auf die vier Schemelfüße. Mein Kopf hing vorn herunter. Dann schlugen zwei mit Knüppeln ununterbrochen mit voller Wucht auf Rücken und Füße. Ein schneidender Schmerz vom linken Fuß ausgehend zog durch den ganzen Körper. Auch bohrten sich die Schemelbeine mit jedem Schlag in die Lenden.
Ob ich gebrüllt oder gestöhnt habe, weiß ich nicht. Die weiteren Schläge fühlten sich immer dumpfer an. Dann verlor ich das Bewußtsein. ...
Oberleutnant Dr. Martin Speer: Dieser hatte aus seiner christlichen Einstellung heraus abgelehnt, immer weiter erfundene Greueltaten anzugeben. Dafür wurde er, wie Augen- und Ohrenzeugen erzählten, so lange geschlagen und an den Händen aufgehängt, bis er gestorben ist. ... Hauptmann Föhner betete und rief zu Gott, sein Anblick war furchtbar. Die rechte Gesichtshälfte war fast gänzlich verkrustet mit Blut. In seinem Blick saß Angst, Verzweiflung, Entsetzen. ...

Er rief in seiner Not wieder Gott an. Zwei der Jugoslawen packten F., dessen Hände gefesselt waren und spannten ihn über das Bett. Die zusammengebundenen Arme legte man über die oberen Pfosten und die Füße band man mit Draht an den unteren Pfosten fest. Die vordere Körperseite war dem Erdboden zugewandt.
Einer nach dem anderen sprang ihm nun auf den Rücken. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die extremen Mißhandlungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/219,240): >>Lassen sich die Übergriffe in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende notfalls noch aus dem Siegestaumel heraus erklären, wenn auch damit keineswegs entschuldigen, so kann das in keinem Falle für die methodische Handlungsweise jugoslawischer Organe in Werschetz 1949, insbesondere für die dort begangenen schweren Folterungen und die dadurch verursachten Todesfälle, gelten.
Das kann um so weniger für die Werschetzer Vorgänge gelten, als es der jugoslawischen Gewahrsamsmacht vier Jahre nach Kriegsende hätte möglich sein müssen, bei allen für die Kriegsgefangenen zuständigen Stellen auf die Beachtung der Artikel 60 bis 67 des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 hinzuwirken. ...
Schon die Umstände, unter denen bereits vor Beginn der Werschetzer Prozesse drei profilierte Persönlichkeiten unter den Gefangenen gewaltsam ums Leben kamen, deuten auf eine Verschärfung der Situation hin, deren Ursprünge nicht zuletzt in der Haltung der jugoslawischen Regierung der Kriegsgefangenenfrage zu suchen sind. ...<<
>>... Wie viele Kriegsgefangene den Folterungen unmittelbar oder an deren Folgen während der Strafverbüßung erlegen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die von Heimkehrern am häufigsten genannten Zahlen bewegen sich zwischen 50 und 60 Todesfällen. Diese Ungewißheit resultiert einmal aus der Tatsache, daß die Umstände, unter denen sich die Ereignisse abspielten, den Gefangenen keinen Einblick in das Gesamtgeschehen erlaubten; zum anderen daraus, daß der Werschetzer Lagerarzt, der frühere Oberfeldarzt und Neurologe Dr. Joachim Rost, der die mißhandelten Gefangenen versorgt hat und die einzelnen Todesfälle hätte registrieren können, nach seinen eigenen Angaben gegenüber Mitgefangenen gezwungen war, die wahre Todesursache im Einzelfall zu verschleiern. ...
In einer Reihe von Fällen ist es indessen durchaus möglich zu beweisen, daß der Tod von Kriegsgefangenen eine unmittelbare Folge der Mißhandlungen gewesen ist.<<
Im September 1949 begannen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern nochmals großangelegte Vernehmungen und Prozesse, um die letzten vermeintlichen deutschen Kriegsverbrecher zu verurteilen (x130/356).
Der deutsche Wehrmachtsarzt Dr. Kuno W. berichtete später über die unerwartete "Zurückhaltung von gefangenen Offizieren" (x130/354-355): >>... Und dann sehen wir etwas, das selbst unsere hart gewordenen Herzen fast stillstehen läßt.
Draußen werden unter strenger Bewachung durch Posten mit Maschinenpistolen im Arm und Hunden etwa hundert Offiziere abgeführt.
Man hat sie hier an der letzten Linie des sowjetischen Machtbereichs aus dem Heimkehrertransport herausgeholt. Viele der Männer, die da abgeführt werden, schämen sich ihrer Tränen nicht, und das will etwas heißen bei diesen Gefangenen, die in der Esse der Gefangenschaft zu steinharten Männern gebrannt wurden.
Einer ruft noch herüber: "Kameraden, vergeßt uns nicht!" ...<<
Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtete am 18. November 1949 über seine Ankunft im Grenzdurchgangslager Friedland: >>Wie oft geisterte der Name dieses kleinen Ortes an der Leine durch die Gedanken und Gespräche der Gefangenen seit jenem Tage, da er ein erstes Mal als Entlassungsort und Durchgangslager genannt wurde. An diesen Namen hingen sich die Fieberträume der Sterbenden, er gab Kraft, wenn die Arbeit einmal gar zu schwer

wurde.
Friedland wurde zum Mekka der Rußland-Gefangenen. Und diesen Ort sollen wir nun in 2 Stunden erreichen. Vorläufig stehen wir vor dem Schlagbaum hinter Arenshausen. Fünferkolonne, sauber ausgerichtet, den Entlassungsschein aus Frankfurt im Mund, am Fuß das kleine Bündel der letzten Habe und 2 Laibe Brot aus der letzten Marschverpflegung.
Wieder und wieder hetzen Rotarmisten an der Kolonne entlang und zählen, zählen, zählen. Und wir machen es ihnen schon so leicht! - Stehen ruhig, in geöffneter Ordnung, keiner spricht! Was sollte man auch jetzt sagen?! Jetzt, da alles in Erfüllung geht! Das Herz leer ist, ja richtig leer! Wir sind da!! und nichts anderes vermag das Hirn jetzt zu denken! -
Dann beginnt das Sehen, das gierige Aufsaugen all dessen, was zum "Drüben" gehört. Hier, also noch bei den Sowjets, viele Menschen, viele Uniformen und ebensoviel Gewehre und MPs. Fahnen, Transparente, Stalin, Pieck, Grotewohl. Zweimal Stacheldraht, zwei Schlagbäume und dann – eigentlich wenig!
Ein Mann und eine Frau im Trenchcoat, ein englischer Major und eine Dolmetscherin, 2 Polizisten, auf der Straße einige Zivilisten, halblinks Nissenhütten und am Schlagbaum Schwarz-Rot-Gold und der Union Jack. - Hm! - Endlich! Das letzte "Schagga - marsch!" -
Ich sehe keine Menschen mehr, spüre nicht mehr das Pflaster der Landstraße. Der Schritt wird schneller, sehe nur noch vorn 2 Schlagbäume, die sich langsam fast feierlich heben! Nur nicht mehr umsehen! Wir sind drüben!
Verschwommen vernehme ich, daß die Dolmetscherin fortwährend "Guten Morgen! Willkommen!" ruft - dann sind die Zivilisten unter uns. Ordensschwestern, Geistliche, Amtspersonen, wer weiß, wer sonst noch alles! Händeschütteln, Umarmungen, freundliche Worte, Lachen - ganz dumm wird mir im Kopf! Kein Wort kommt über die Lippen!
Stumm werden wir alle vor soviel Herzlichkeit! Das ist überwältigend! Das erwartet keiner. Dich, junger Diakon, sehe ich heute noch vor mir! Wie du lachend auf mich zukamst, mir die Hand schüttelst und ausriefst: "Willkommen in der Heimat! Heut' ist euer Auferstehungstag! Vergeßt und seit daheim!"
Ja, so war es! und ich weiß wie heute, daß es mich durchzuckte: Hat das ein Posten gehört?! – Ach, es gibt ja keine Posten mehr! Kein englischer Soldat weit und breit! - Notdürftig in Marschordnung geht es in die Nissenhütten. Zählen! Hinten wieder heraus und dann stehen vor uns lachende Frauen, Schwestern, Heilsarmee, reichen uns Kakao und Wurstbrote! Weißbrot! - Wohin so schnell damit?!
(Von) hinten drängen sie nach, das Bündel hindert, ... bis mir eine Schwester freundlich lächelnd die Brote abnimmt. "Laß die hier, Kamerad! Die brauchst du nicht mehr!" "Ja, aber die daheim?! Ich will die doch mitbringen! Die haben doch auch nichts!" "Ach was, das sagte man euch drüben!" -- Komisch! -- So nun schnell! -- Aber wohin?
Was, in die Reiseautobusse da? Mit Lederpolstern, Chromleisten und Radiomusik? Sind die denn für uns? - Ja! - Da endlich kommt Leben in den Pulk der "Heimkehrer", so heißen wir nun ja wohl! Ein Lachen und gegenseitiges Zeigen beginnt. "Mensch, sieh mal hier!" "Und hier!" Keine Menschenseele kümmert sich weiter um uns. Keiner zählt, keiner schreit, flucht und stößt! Nur schnell in die Busse und nach Friedland.
Und dann hämmert es in den Herzen, singt es im Blut, rollt es im Rhythmus des Motors, im Strahlen der jungen winterlichen Morgensonne:
Daheim! Daheim! ---
Und dann sind wir da! - Endlose Reihen von Nissenhütten. ... Raus aus dem Wagen, und dann wollen wir antreten, gezählt werden. 5 Jahre kannten wir ja nichts anderes! Haben da die Leute gelacht, die uns in Empfang nahmen! - Ja, und dann haben wir auch gelacht. Ein befreiendes, herzhaftes Lachen! Und ich weiß nicht, schwand es aus unseren Zügen an jenem 18. November 1949? Ich glaube kaum! - Alles ging dann sehr schnell und doch uns allen viel zu

langsam! Es begann das große Abschiednehmen ohne Wehmut, ohne Trauer. -
Und als wir dann - schon in der Nacht - doch noch einmal antraten, unsere Papiere geprüft wurden und wir an den Zug rückten, - ach es war so schön! - konnten wir uns noch einmal eines lauten Lachens nicht erwehren!
Waren wir in Frankfurt unter den Klängen der "Internationale" ins Lager gerückt, so verließen wir dieses, das letzte und damit endgültig das Soldatenleben mit "Preußens Gloria".
Ich weiß noch heute nicht, war es ein Scherz, war es eine Reverenz, sollte es so sein? -- Und als wir im Zuge saßen - da wurde es still in und um uns. Jeder sah stumm vor sich hin. Das neue Leben war unhörbar eingetreten, hatte sich mit in den Heimkehrerzug geschwungen und fuhr mit uns heim.
Nun war die Sorge im Herzen! - Die Sorge um die daheim, die Sorge um Beruf, Wohnung, Essen und all die vielen Dinge, die nun anders waren als damals, als wir sie verließen.
Doch wer uns sehen konnte, wer in unseren Herzen las, der mußte fühlen, daß da Menschen heimkommen, die sich etwas vorgenommen haben, die ein Ziel haben und die den Kampf aufnehmen gegen alles, was für sie da kommen mag. - Rußland-Spätheimkehrer! ---<<
Die deutschen Generale Bleyer, Henke und Hülfing sowie mehrere österreichische Offiziere wurden Anfang Dezember 1949 vom Militärgericht in Werschetz zum Tod verurteilt.
Der zum Tod verurteilte deutsche Wehrmachtsgeneral Gerhard Henke schrieb damals über den Heiligen Abend 1949 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft (x130/335): >>In einer Atmosphäre des nahenden Todes durch Hunger oder Maschinenpistole begingen wir das Weihnachtsfest. Es ließ das Flämmchen der Zuversicht, das trotz allem nicht erloschen war, heller aufflackern.
Der mitgefangene Ludwig Wolf hatte aus dem Reisig eines groben Besens ein Bäumchen gemacht, aus grünem Papier die Tannennadeln und aus irgendwelchem Wachs und Stoff die Weihnachtskerzen.
Kurz zuvor waren aus der Heimat einige Pakete eingetroffen. Kameraden aus unserer Zelle stellten in echter Hilfsbereitschaft die Hälfte des eßbaren Inhalts trotz des eigenen Hungers zur Verfügung.
Das Weihnachtsbäumchen wurde so aufgestellt, daß der Schein der Kerzen nicht durch das Gitterfenster nach außen dringen konnte.
Ich hielt die Weihnachtsansprache.
Ich sagte, daß wir das Weihnachtsfest nun zum sechsten Mal in der Gefangenschaft, fern und ohne Nachricht von unseren Lieben in der Heimat feierten.
Wir begingen es in der Nacht tiefster Erniedrigung, die ein unschuldig verurteilter Mensch durchwandern könne. Unser kleines Bäumchen mit seinen brennenden Lichtern sei ein Symbol unserer Hoffnung und Zuversicht. Wir sollten und brauchten uns nicht allein und verlassen hinter den Mauern dieser Todeszelle zu fühlen.
Danach sangen wir Weihnachtslieder und hörten, wie sie auch aus den anderen Zellen erklangen. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 25. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>25. Dezember 1949. ... Zu Weihnachten kamen Gefangene zurück.
Mit großer Rührung, unendlicher Freude und Dankbarkeit, nahmen sie von guten Helferinnen in Friedland später nach einer kleinen Feier Gabenpäckchen und bunte Tüten entgegen. Das Lagerpersonal und auch die englischen Soldaten in der Entlassungsstelle ließen ... nicht früher von ihrer Arbeit ab, bis auch der letzte Heimkehrer seine Papiere und Fahrscheine besaß, um einen Zug in die Heimat erreichen zu können. ...<<
Ehemalige deutsche Todeskandidaten berichteten später über die damaligen Mißhandlungen und Haftbedingungen im jugoslawischen Zuchthaus Sremska Mitrovica (x130/242-243): >>Wir mußten in einem langen Keller Exerzierübungen machen, erlitten dabei Stockschläge

und Fußtritte. Besonders schlimm erging es mir, als ich auf Befehl der Wachmannschaft einem Kameraden Schläge ins Gesicht geben und ihn anspucken sollte.
Meine Weigerung wurde mit furchtbaren Schlägen der Wächter quittiert, und zwar für uns beide. ...
Als Kälteschutz gab es eine kurze gefütterte Jacke oder einen alten Mantel. Decken mußte man selbst haben. Tag und Nacht mußten sämtliche Fenster geöffnet bleiben. ...
Kamerad Steidle, gleich uns allen sehr schwach, bat um Aufnahme in die Krankenstube; man erwiderte ihm, daß er eben bei dieser schlechten Kost eingehen würde – mehr zu essen könne man ihm nicht geben. ... - Ferdinand Steidle starb im Februar 1951 im Zuchthaus -
Tagsüber durfte man sich mit den Decken nicht zudecken und sich außerdem nur auf die vordere Kante der Strohsäcke hinsetzen. Es durfte zunächst nicht einmal laut gesprochen werden. Wer irgendwie auffiel, mußte stundenlang das Parkett glänzend reiben oder ein paar Stunden stillstehen. ...
Beim Kaffe- und Essenholen mußte man einen Pappdeckel unter das Eßgeschirr halten, damit ja kein Tropfen aufs Parkett fiel. Wehe, wenn dies einmal der Fall war. 7 Tage Bunker gab es dafür. ...
Wir lagen wie die Ölsardinen in ihrer Büchse. Mit dem Kopf immer neben den Füßen des Nachbarn. Der Zementboden war mit Strohsäcken bedeckt, die von Flöhen wimmelten. Die Kameraden sahen erschreckend grau und abgemagert aus.
Einer der Kommandierenden des Zuchthauses, ein stiernackiger roher Kerl, hielt es darüber hinaus für angebracht, uns jeden Abend, wenn er zum Abfragen von Zelle zu Zelle ging, zu schlagen oder zu treten.
Es war die Zeit unserer allertiefsten Erniedrigung. Wir waren vogelfreie Menschen, für die es keine Rechte mehr gab, sondern als Erlösung voraussichtlich nur den Tod. ...<<
Im Jahre 1950 teilte Bundeskanzler Adenauer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt werden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).
Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.
Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.
Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...
Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –
"Gesucht wird ..."
Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<
Dr. Kurt Wagner, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes, berichtete damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.
In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.

Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.
Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen. …<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (41/1953) berichtete am 7. Oktober 1953 über die deutschen "Spätheimkehrer": >>**Den letzten Mann heimholen**
Jeden Tag, wenn die Feuerwehrkapelle von Herleshausen an der Zonengrenze - zwischen Eisenach und Bebra - den Choral "Nun danket alle Gott" spielt, wissen die Arbeiter auf den in der Nähe gelegenen Kartoffelfeldern: Es ist wieder ein Transport mit Heimkehrern aus der Sowjetunion eingetroffen.
Dann drücken sich die olivgrün uniformierten sowjetzonalen Volkspolizisten jenseits der Grenzmarkierung in die niederen Büsche, um von weitem mit dem Fernglas den Empfang zu beobachten, den die westdeutsche Bevölkerung den ehemaligen "Kriegsverbrechern" bereitet. Die Vopos sehen nur einen winzigen Ausschnitt davon. Was sich anschließend auf der achtzig Kilometer langen Strecke vom Grenzort Herleshausen bis zum Entlassungslager Friedland bei Göttingen tut, bringt jedesmal die härtesten Männer aus der Fassung.
So wurden einmal siegreiche Truppen empfangen - mit Blumen, kleinen Geschenken, winkenden Tüchern, mit Küssen und weichen Frauenarmen, die sich um rissige Männernacken legen. Die jetzt nach acht oder neunjähriger Gefangenschaft aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern heimkehren, haben den Tod und Schlimmeres besiegt. In den beizenden Rauch der bis in die lauen Herbstnächte glimmenden Kartoffelfeuer träufeln Tränen der Freude und der Trauer.
Die jetzt zurückkehren, kommen nicht - wie die Rußland-Heimkehrer von 1949/50 - zerlumpt und ausgemergelt, sondern sind größtenteils sonnengebräunt, relativ gut ernährt und voller Zuversicht, daß nun alles gut werden wird. Hinter dem Schlagbaum fiel sichtbar der Alpdruck der letzten Wochen: ob es nämlich wirklich ernst gemeint war, was die uniformen Zeitungen der Sowjets und die täglich an die Rußland-Heimkehrer bzw. ehemalige deutsche Kriegsgefangene verteilten Gazetten der Sowjetzone vor Wochen groß ankündigten:
- daß es einzig und allein der Fürsprache einer Regierungsdelegation der "DDR" zu danken sei, daß jetzt annähernd 13.000 wegen Kriegsverbrechen verurteilte deutsche Kriegsgefangene zu ihren Familien zurückkehren dürften.
Die deutschen Kriegsgefangenen wagten - nach mannigfachen Enttäuschungen - kaum noch, daran zu glauben, was ihnen die zivilen russischen Arbeiter auf den Baustellen im Swerdlowsker Bezirk oder in den Schachtanlagen vor dem Kohlenstoß unter Tage schon im Mai dieses Jahres zuflüsterten "Skoro domoi" - bald nach Hause.
Die erste vage Hoffnung auf Aufhebung der Kollektivstrafen dämmerte, als Stalin die Augen schloß, vier Wochen danach steckten Frauen von MWD-Offizieren einzelnen deutschen Kriegsgefangenen die Nachricht, daß ihre Männer die Akten der zunächst zu Todesstrafen verurteilten, später zu 25 Jahren Zwangsarbeiten "begnadigten" deutschen Offiziere und Soldaten an das Innenministerium nach Moskau einsenden mußten. Offensichtlich stehe eine Überprüfung der Urteile bevor.
In den Lagern begann es zu brodeln. Genährt durch die großzügige Amnestie, die nach Stalins Tod zahlreiche russische Zwangsarbeiter wieder in Freiheit setzte, keimten auch bei den deut-

schen Gefangenen neue Hoffnungen. …
Niemand mochte mehr arbeiten. Die Erfüllung der Normen sank aufs Minimum. Dann wurde offiziell am 6. Juli - sechs Wochen vor der angeblich durch die DDR-Regierungs-Delegation in Moskau ausgehandelten Freigabe von rund 13.000 zu Zwangsarbeit verurteilten deutschen Kriegsgefangenen - mitgeteilt, daß die vorbereiteten Entlassungen fortgesetzt würden.
"Wir wagten immer noch nicht, daran zu glauben", sagt der ehemalige Oberstleutnant und Ritterkreuzträger Walter Peter Mohr, Hamburg, der im zweiten Spätheimkehrer-Transport zurückkehrte. "Man hat uns zu oft genarrt. Schon 1948/49, als das Hauptkontingent der noch überlebenden Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt wurde, hatte man uns ähnliche Versprechungen gemacht. …
Die Vopos … haben strikten Befehl, alle durchfahrenden Transporte ehemaliger "Kriegsverbrecher aus der Sowjetunion" auf den Stationen abzuriegeln. Nur ein kleiner Teil der in der Sowjetzone und in Berlin Beheimateten steigt in Frankfurt/Oder aus. Der größte Teil derjenigen, die ihre Familien in der Sowjetzone wissen, fährt weiter nach Westdeutschland. Die Wahl zwischen Ost und West wurde den Heimkehrern freigestellt.
Immerhin hat es die Sowjetzonen-Regierung übernommen, die durchreisenden Heimkehrer vor dem Übergang nach Westdeutschland neu einzukleiden und gut zu verpflegen. Man gibt ihnen aus dem beschränkten Sortiment der staatlichen HO-Läden das relativ Beste, damit niemand in Westdeutschland sagen kann, der große Bruder in Moskau schicke die endlich Entlassenen in Lumpen nach Hause.
Aber das Gefühl, wieder in Deutschland zu sein, kommt bei den Heimkehrern erst auf, wenn sie die weiße Markierung am Schlagbaum von Herleshausen hinter sich wissen. Dann atmen sie auf: "Jetzt sind wir erst richtig in Deutschland."
Sie jubelten dem Bundespräsidenten zu: "Hurra, Präsident Heuss, wir danken, wir danken ...", als er ihnen am Donnerstag vergangener Woche im Lager Friedland persönlich versprach: "Wir müssen auch den letzten Mann heimholen."
Und sie begrüßten stürmisch den Bischof Heckel vom Evangelischen Hilfswerk, das ihnen viele Pakete nach Rußland geschickt hatte.
Das ist die größte Sorge der Zurückgekehrten: daß die Sowjets auch die noch versteckten kleineren Gefangenenkontingente nicht noch einmal auf Eis legen. Gut: sie haben angekündigt, rund 13.000 Verurteilte zu entlassen. Dabei scheinen nun auch - in der Endphase - die zurückgehaltenen Generale zu sein.
Die Heimkehrer aus Schachty wissen, daß es in drei Straflagern sogar noch unverurteilte ehemalige deutsche Soldaten gibt. Diese etwa 500 Nichtverurteilten hat der MWD absichtlich sowohl während der Hauptentlassungsaktion 1949/50 als auch während der allgemeinen Kommandourteile vergessen.
Sie passen in keine Kategorie, weil sie bis vor einiger Frist im Rüstungs-Kombinat "Molotow" arbeiten mußten. Sie wissen zuviel. Deshalb hinken sie jetzt bei der Entlassung noch hinter den formal Verurteilten her.
Die Spätheimkehrer, die in diesen Tagen den Schlagbaum des Grenzortes Herleshausen passierten, warnen vor Illusionen. Aus der Koordinierung ihrer Berichte erwächst die Erkenntnis, daß Bundeskanzler Adenauer irrte, als er im April dieses Jahres während seines Amerika-Besuches von "mindestens 300.000 Kriegsgefangenen und Deportierten" sprach, die noch in den Weiten der Sowjetunion zurückgehalten würden. Die meisten können nicht mehr zurückkehren. Sie sind gestorben und liegen längst in der lehmigen russischen Erde.
"Es mögen noch 15.000, höchstens aber 20.000 ehemalige deutsche Soldaten sein, die bis zu Beginn der neuen Entlassungsaktion von den Sowjets festgehalten wurden", schätzen sowohl Heimkehrer als auch Experten des Evangelischen Hilfswerks, das seit Jahren alle Heimkehrer-Aussagen auswertet, die Ziffer der Überlebenden.

"Wir müssen alle Illusionen zurückstellen. Die meisten der Vermißten sind in den ersten Hungerjahren gestorben." ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 8. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>8. Oktober 1953. Und die Glocke in Friedland läutet zu jedem Transport, der da Menschen aus der russischen Steppe oder den unendlichen Wäldern des Ostens bringt, deutsche Menschen, aber auch Angehörige anderer Nationen. Darunter einen der jüngsten Heimkehrer, jetzt 21 Jahre, mit 13 Jahren in Ostpreußen gefangengenommen und in das Innere Rußlands verschlagen. Zusammen mit einem der ältesten Gefangenen, einem 83jährigen General.
Die Glocke läutet für sie alle ...
Hoffentlich läutet sie bald für den Letzten, der da zurückkommen soll.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 30. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>30. Dezember 1953. In Wattejacken, Lammfellmützen auf den Köpfen, holzbesohlte Stiefel an den Füßen, aber strahlende, überglückliche Augen brachten die Omnibusse von der Zonengrenze in Herleshausen 60 Frauen aus Rußland mit. Frauen, die z.T. fast 10 Jahre in Gefangenschaft waren.
Sie wurden von Kopf bis Fuß neu eingekleidet, warfen übermütig ihre asiatischen Kopfbedekkungen in die Luft, fingen sie wieder auf, freuten sich unendlich, Kleider, Blusen und Röcke, richtige Frauenschuhe zu erhalten, stolzierten zunächst noch etwas unsicher und ungewohnt darin umher, verwandelten sich aber bald wieder in "Menschen wie du und ich".
Das neue Jahr soll auch für sie ein neues Leben bringen.
Wie sagte eine von ihnen? "Ich werfe hier alles, was ich mitgebracht habe, fort. Auch die Erinnerung. Ab morgen bin ich wieder "Fräulein", gehe umher wie jede andere, lasse mich frisieren, schlage in Modejournalen nach und tue so, als ob nichts gewesen wäre."
Ob sie es tatsächlich fertigbringen wird? 8 furchtbare, entsetzliche Jahre einfach abzustreifen, beiseitezulegen, aus dem Gedächtnis zu streichen? ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133-134): >>Diese kalte Silvesternacht am Ende des alten Jahres unter der Friedensglocke in Friedland werde ich nie vergessen.
Während ringsum im weiten Land der Abschied des Jahres 1953 in den Gaststätten und Häusern gefeiert wurde, standen genau zur gleichen Stunde in Friedland Männer mit Tränen in den Augen, heimgekehrt aus langer Gefangenschaft, und sangen aus übervollem Herzen: "Nun danket alle Gott".
... Zu ihrer Begrüßung sprach in einer eindrucksvollen, nächtlichen Feierstunde, nebst Vertretern der Regierung, Landesbischof Dr. D. Lilje von der Hannoverschen Landeskirche für die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen.
"Dieses ist eine unvergeßliche Silvesternacht", sagte der Bischof. "Die allmächtige Hand, die jeden von Euch hierher geführt hat, wird Euch auch in kommenden Jahren weiterführen."
Tränen der Ergriffenheit standen den Heimkehrern, Internierten, Frauen und Männern, Zuschauern und auch den offiziellen Gästen in den Augen, als der Bischof zum Schluß alle aufforderte, mit ihm gemeinsam das "Vater unser" zu beten.
Tausende erlebten diese Feierstunde an den Lautsprechern mit.
806 Heimkehrer versuchten noch rechtzeitig im alten Jahr nach Friedland zu kommen. Sie überquerten, bevor die Glocken das neue Jahr einzuläuten begannen, zu Fuß in kleinen Gruppen die Zonengrenze bei Herleshausen und hörten dort durch den Rundfunk die Übertragung der Sylvesterfeier in Friedland. Alle blieben stehen, lauschten und sangen dann mit dem Posaunenchor der Göttinger Stadtkantorei das alte Lied "Lobe den Herren ..."
Keiner der vielen Menschen, die an die Zonengrenze geeilt waren, um die Heimkehrer zu begrüßen und vielleicht Angehörige unter ihnen zu finden, rührte sich während dieser Übertra-

gung vom Fleck. ...
Für einen von den 806 wurde die Sylvesternacht zur Todesnacht. Auf der Fahrt von der Zonengrenze bis nach Friedland erteilte ihn der Tod durch Herzschlag. ...<<
Ein deutscher Heimkehrer schrieb Ende 1953 über die Zustände in den letzten sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/359): >>... Man muß diese Armee des Elends gesehen haben. Körperlich ruiniert durch Jahre und Jahrzehnte unter barbarischen Bedingungen in Haft, schlecht gekleidet, zahnlos, in überfüllten Baracken zusammengepfercht, tuberkulös, herzkrank, jede Woche werden einige von ihnen in der Tundra verscharrt.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1955 über die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen: >>**Letzte Kriegsgefangene kehren heim**
... Nach mehr als 10 Jahren Trennung und quälender Ungewißheit haben sie einander endlich wieder. Frauen ihre Männer, Eltern ihre Söhne, Kinder ihre Väter, die sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben sehen.
Ergreifende Szenen spielen sich bei der Ankunft der 600 deutschen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im niedersächsischen Friedland ab.
Sie gehören zu den ersten der letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die aus den Lagern jenseits von Ural und Polarkreis zurückkehren. Die meisten von ihnen wurden von sowjetischen Schnellgerichten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, aber auch wegen unterstellter Spionage oder antisowjetischer Hetze zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt.
Möglich geworden ist die Rückkehr der Männer durch den Besuch Konrad Adenauers im Kreml. ... Bonn will die Rückkehr der Gefangenen. Moskau hat ein Interesse an den Aufnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik, um damit die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben festzuschreiben. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.
Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.
Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10.338.997.136 Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da. ...
Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes, wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...
Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.

Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...
Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimenter, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.
Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.
Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. November 2003 über die deutschen militärischen Verluste (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**
Die deutschen militärischen Verluste betrugen 5.318.000 Gefallene
Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.
Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. …
Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.
Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.
Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen. Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. …
Es … mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-

Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.
Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen.
Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.
Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.
Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.
1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. …
Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren.
Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann. Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. …
Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.
Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrugen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische

Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. …<<

Schlußbemerkungen: Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei") von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.

Da Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind diese Verbrechen endlich durch den Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen juristisch zu prüfen und zu ahnden. Das Völkerrecht gilt für alle Völker, deshalb sind die alliierten Siegermächte für die katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern sowie die Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei") von Millionen deutschen Kriegsgefangenen zur Verantwortung zu ziehen.

Die Berliner Deklaration

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber in Berlin aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm.

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden. Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67).

In der Erklärung (Berliner Deklaration) der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hieß es (x101/-185): >>***Erklärung*** …

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen. …

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands. ...<<

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Prof. Rudolf Laun schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber

dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Viertes Kapitel: Kapitulation
Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden. ...
Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet
Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.
Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze. …
Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.
Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt. …
Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.
Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf.
Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Junideklaration" (x051/-

295): >>Junideklaration, vier am 5.6.45 herausgegebene Erklärungen der Vier Mächte, Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR, zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland:
1. "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands", aus der die Übernahme sämtlicher Regierungsbefugnisse, einschließlich OKW, und aller Behörden durch die Siegermächte folgte;
2. Errichtung eines Systems der Viermächtekontrolle über Gesamtdeutschland durch den Alliierten Kontrollrat sowie selbständige Verwaltung der jeweiligen Besatzungszonen;
3. endgültige Abgrenzung dieser Zonen;
4. Erklärung der Diskussionsbereitschaft mit allen UN-Staaten hinsichtlich der Deutschen Frage.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Folgen der Berliner Deklaration (x024/193-194): >>... Die Direktive JCS/1067, die Berliner Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse bildeten ... die politische Grundlage für das Leben der Menschen im Nachkriegsdeutschland.
Der Alltag war vor allem durch die Sorge ums bloße Überleben geprägt – um die Beschaffung von Nahrung, warmer Kleidung und Brennmaterial in den kalten Monaten.
Die Deutschen hatten aufgehört, sich selbst zu bestimmen. Die genaue Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt war auf die Organe der vier Militärregierungen übertragen worden. All ihre Maßnahmen zielten auf die Durchführung der vier großen "D", die fortan das Leben der Deutschen bestimmen sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung.
Da anfangs eine allgemeine Informationssperre herrschte – es gab für Deutsche keinen Rundfunk und keine Zeitungen -, hielten viele Bürger die sofortigen strengen Maßnahmen für Willkürakte und Schikanen der Besatzer.
Bis zum 11. Juli 1945 bestand außerdem das Fraternisierungsverbot, das den Amerikanern verbot, mit deutschen Erwachsenen zu sprechen. ...<<
Schlußbemerkungen: Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen, Zwangsdeportationen sowie die Festlegung von neuen internen Ländergrenzen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.
Da die Siegermächte keinen Gebrauch von ihrem Recht der Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich damals völkerrechtlich weder annektiert noch verknechtet. Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Das Deutsche Reich blieb als Rechtssubjekt bestehen. Der Staat war aber nach der Zerschlagung des NS-Regimes desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.
Die oberste Gewalt, die nach der Kapitulation im Mai 1945 von den Besatzungsmächten übernommen wurde, richtete sich nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1899 bzw. von 1907. Diese Rechtsordnung bildete neben den Genfer Konventionen von 1864 und 1929 die Grundlage des humanitären Völkerrechtes.

Das Potsdamer Abkommen
Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandel-

ten Stalin, Truman, Churchill - bis zur Wahlniederlage im Juli 1945 - und Attlee - ab 28. Juli 1945 - angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.
Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt.
Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.
Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.
Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße - außer Nord-Ostpreußen. Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ein.
Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.
Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.
Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.
Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflußte sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.

Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103).
Der britische Premierminister Clement Richard Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin konnten ihre Vorgänger nicht annähernd ersetzen. Churchills vorzeitiger Abgang stellte eine enorme Schwächung der britischen Delegation dar. Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.
Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlichen Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.
Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Geschichte aus.
Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.
Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.
Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.
Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte. Ungeachtet der weitreichenden Beschlüsse wurde damals kein völkerrechtliches Abkommen oder ein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Gesprächsprotokoll unterzeichnet.
Das sogenannte Potsdamer Protokoll bzw. die Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand, wurde am 22. August 1945 veröffentlicht (x101/188-197):
>>**"Potsdamer Abkommen"**
2. August 1945
Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin ...
III.

Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. ...

B. Wirtschaftliche Grundsätze

... Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion) ...

VI.

Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß **vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung** derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg - Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.

Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...

IX.

Polen

... b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der polnischen provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll.

Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, **daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll**.

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß **bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens**, die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig **unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.** ...

XIII.

Ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. **Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.**

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.

Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.

Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben. ...<<

Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 - also nicht mit Sudetenland.

Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts der Einwohnerzahlen von etwa 5 bis 6 Millionen für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.

Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".

Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.

Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."

Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht guttun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."

Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.

Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.

Dazu bemerkte … ein interner Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."

Er sollte Recht behalten.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Stalins Reaktion während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 hinsichtlich des erfolgreichen Atombombenversuches in Los Alamos (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.

Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen. Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss …

Der Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten:
"Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimerem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".
Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsikkerte, … fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinah hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<
Churchill berichtete später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" über seinen Rücktritt am 26. Juli 1945 wegen der Wahlniederlage bei den britischen Parlamentswahlen (x024/126): >>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Potsdam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Regierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<
Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.
Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ... Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnitzte Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<
Harry S. Truman schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam vollendeten Tatsachen gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen Besetzung des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen.
Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<
>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ... Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<
US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - Sie verstießen gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<
Churchill kritisierte später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110,

x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.
Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<
>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<
Die französische Regierung äußerte am 14. September 1945 Vorbehalte gegen die während der Potsdamer Konferenz beschlossene politische Behandlung Deutschlands (x156/33): >>Diese Vorbehalte beziehen sich auf die vorgesehene Wiederherstellung einer Zentralregierung in Deutschland, auf die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland und auf die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen unter der Leitung von Staatssekretären, deren Amtsbereich sich auf das gesamte deutsche Gebiet erstrecken würde. ...
Sie ist der Ansicht, ... daß eine Teilung Deutschlands in mehrere Staaten, wenn sie die Folge einer natürlichen Entwicklung und nicht einer auferlegten Lösung sein würde, für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa günstig wäre.
Aus diesen Gründen bedauert sie, daß der gleiche Abschnitt IX bereits jetzt die Eventualität der Wiederherstellung einer deutschen Zentralregierung unter deutscher Leitung und die Wiederherstellung politischer Parteien für ganz Deutschland vorsieht, lauter Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die deutschen Einheitsbestrebungen neu zu beleben und die Rückkehr zu einer Form des zentralisierten deutschen Staates zu begünstigen. ...<<
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.
Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.
Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>... Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens übereinge-

kommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.
Es kann nach der heute möglichen Einsicht in die diplomatische Vorgeschichte der Entstehung der Oder-Neiße-Linie kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR, darüber einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".
Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Sehwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.
Wenn sich die Westmächte dennoch in Potsdam darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war das außer aus taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der angloamerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.
Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.
Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zu einem Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.
Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufes der künftigen deutsch-polnischen Grenze bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.
Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahme östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR, und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.
Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Faktisch lag zu dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.
In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten pol-

nischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.
In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.<<
>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.
Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in geordneter und humaner Weise" durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>… Zu einer Auseinandersetzung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei. Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte … Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. …
Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist.
Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.
Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.
Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ostpommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...
Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.
Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenaussiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen - wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren; denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<
Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtete später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.
Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.
Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.
Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...
Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.
Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede

Macht auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.
Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Briten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.
Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld. ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/339-341): >>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.
... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.
Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...
Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...
Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfielen. ...<<
Der britische Politiker Robert Boothby berichtete später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo … zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.
Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von … Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. …<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18): >>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn.

Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.
Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für die Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.
Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.
... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.
Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.
Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandelns mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.
Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.
Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.
Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Fortsetzung der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte, daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen.

Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts. Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns.
Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat Robert Murphy berichtete später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.
In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-191, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung.
Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.
... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.
... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". ...<<
>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.
Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.
Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<
Der deutsche Publizist und Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel", Rudolf

Augstein, berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über das Potsdamer Abkommen: >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.

Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...

Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroschima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.

Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 8. März 1996 über das Potsdamer Abkommen: >>**Der Vertrag, der keiner war**

... Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen, um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.

Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie ein regulärer Vertrag.

Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945. ...

Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedens-

vertrag.
In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt: Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.
Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß". Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet. ...
Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach jedoch klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.
Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".
Anderseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III - "Über Deutschland" - gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen."<<
Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >>**Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**
Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.
Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt. An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."
78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei" … Truman für die USA, Stalin für die UdSSR und zunächst Churchill

und nach dessen Ablösung Attlee für Großbritannien. Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.
Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsachengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.
Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden. Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben. ...<<
Schlußbemerkungen: Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren. Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.
Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden.
Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa
Gebietsforderungen, "Bevölkerungsumsiedlungen" und Aufteilungspläne Deutschlands
Im Dezember 1938 erörterten Dr. Benesch, Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung, und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen sollte (x025/95).
Der polnische Exil-Ministerpräsident General Sikorski verkündete am 19. November 1939 bei einer Pressekonferenz in London (x039/225): >>... Großbritannien und Frankreich stimmen zu, daß Polen in erster Linie eine längere Meeresküste, als sie ihm im Versailler Vertrag zugestanden worden sei, benötige.<<
Die polnische Exilregierung rief am 20. Dezember 1939 zur Befreiung Polens auf und verlangte gleichzeitig "neue polnische Grenzen", die die künftige Sicherheit Polens gewährleisteten und einen unmittelbaren, breiten Zugang zum Meer berücksichtigten (x064/159).
Churchill versicherte der NS-Führung am 9. Februar 1940 (x024/111): >>Wir lehnen jeden Versuch von außen ab, Deutschland zu zerstückeln. Wir sind nicht auf Demütigung oder Verstümmelung ihres Landes aus. Wir wünschen aus ganzem Herzen, Sie ohne Verzögerung in die friedliche Zusammenarbeit zivilisierter Nationen einzubeziehen.<<

Der Exilpolitiker Benesch schrieb am 18. November 1940 in einem Bericht für die tschechische Widerstandsbewegung, daß man nicht "naiverweise" annehmen dürfe, "drei Millionen Deutsche zu vernichten oder auszutreiben"; die Umsiedlung von einer Million Sudetendeutschen wäre schon ein "ungeheurer Erfolg und eine starke Sicherung unseres Staates" (x020/-061).

In Chicago veröffentlichte die exilpolnische Zeitung "Zwiazkowy" am 3. Dezember 1940 polnische Gebietsforderungen (x039/225): >>... Die Westgrenze Polens muß eine Linie bilden, die zumindest etliche 10 km westlich der unteren Oder und dann hin zum Erzgebirge verläuft.<<

Der CSR-Politiker Ripka erklärte am 17. Mai 1941 während einer Rede in Manchester (x159/15): >>... Wir hoffen, daß dieser Krieg die Möglichkeit dazu geben wird, die Frage der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei ein für allemal zu lösen. ...

Es wird notwendig werden, mit allen hierzu geeigneten Mitteln – einschließlich einer eventuellen organisierten Anwendung des Prinzips des Bevölkerungstransfers – Deutschland daran zu hindern, seine nationalen Minderheiten für seine großdeutschen Ziele zu mißbrauchen.<<

In London zitierten die "Sozialistischen Nachrichten" am 16. Juli 1941 den CSR-Politiker Ripka (x004/39): >>Es wird notwendig sein, mit allen angemessenen Mitteln, evtl. auch durch eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen, Deutschland an dem Mißbrauch seiner nationalen Minoritäten für seine pangermanischen Ziele zu hindern. ...<<

In London verlangte die polnische Exilregierung am 24. September 1941 einen breiten Zugang zur Ostsee, um die wirtschaftliche Entfaltung Polens zu sichern (x039/226).

Exilpräsident Benesch forderte im September 1941 in London öffentlich die Ausweisung der Sudetendeutschen (x024/107): >>... Wenn die Frage sorgfältig erwogen und rechtzeitig gründlich vorbereitet wird, kann die Übersiedlung schonend und unter angemessenen, humanen Bedingungen durchgeführt werden, und zwar unter internationaler Überwachung und mit internationaler Unterstützung.<<

Der britische Außenminister Eden verhandelte in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen. Stalin und Molotow verlangten am 16. Dezember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie sollte die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlug Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollten das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.

Churchill erklärte gegenüber Außenminister Eden am 8. Januar 1942, daß die Briten keine voreiligen Grenzverschiebungen akzeptieren würden (x028/209): >>... Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen.

Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.<<

In einer Studie des britischen Außenministeriums wurde am 20. Februar 1942 die Abtretung von sudetendeutschen Gebieten - mit einer deutschen Bevölkerung von rund 500.000 - vorgeschlagen, um den deutschen Bevölkerungsanteil in der Tschechoslowakei zu verringern.

Da US-Präsident Roosevelt Stalins Gebietsforderungen ablehnte, weigerte sich am 26. Mai 1942 auch die britische Regierung, Stalins Pläne zu akzeptieren (x041/123). Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre) wurde jedoch trotzdem abgeschlossen.

Exilpräsident Benesch forderte am 5. Juni 1942, die "sudetendeutsche Frage" endgültig zu klären (x025/95): >>... Ein weiteres und ein brennendes Problem ist, wie wir die Deutschen loswerden sollen. Selbst glaube ich, daß es möglich sein wird, sich etwa 2 Millionen Deutscher zu entledigen. Das Problem wird sehr schwer sein. Am besten wird sein, es via facti (militärisch) zu erledigen, sonst durch Übereinkommen. Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg ...<<
Der exil-tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk verlangte ebenfalls am 5. Juni 1942, daß die Sudetendeutschen ausgewiesen werden sollen (x039/226).
Der britische Außenminister Eden billigte am 7. Juli 1942 das "Vertreibungsprogramm der Tschechen".
Exilpräsident Benesch wurde danach von Eden informiert (x151/05): >>... (daß) seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlungen einverstanden seien. ...<<
Das britische War Cabinet schlug am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und wünschenswert erscheint ...<<
Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.
Angesichts der aggressiven Vertreibungspläne erwarteten die sudetendeutschen Exilpolitiker gewaltsame Vertreibungen. Sie übergaben dem britischen Foreign Office am 8. August 1942 eine Protestnote.
Im September 1942 teilte die britische Regierung der tschechischen Exilregierung in London offiziell mit, daß sie eine Ausweisung der Sudetendeutschen grundsätzlich akzeptieren könnte (x039/226).
Die polnische Exilregierung verabschiedete am 17. Oktober 1942 in London einen Beschluß über die Bestrafung der in Polen begangenen deutschen Kriegsverbrechen (x044/191): >>Handlungen, die den Tod, Qualen, Deportationen oder Bevölkerungsumsiedlungen bewirkt haben, werden mit lebenslänglicher Haft oder mit dem Tode bestraft ...<<
Dr. Benesch erklärte am 13. November 1942 vor dem tschechischen Exilstaatsrat, daß ein größerer oder kleinerer Teil der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei verbleiben sollte (x004/43).
Während eines Vortrages in England (Universität Manchester) informierte Dr. Benesch am 5. Dezember 1942 über die geplante Ausweisung der Sudetendeutschen (x028/55): >>... Umsiedlungen sind eine schmerzhafte Operation. Sie führen zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten. Die Verfasser der Friedensregelung können sich nur dann einverstanden erklären, wenn die Umsiedlungen human organisiert und international finanziert werden.<<
Bei Verhandlungen mit US-Präsident Roosevelt forderte Polens Exilpräsident Sikorski am 6. Dezember 1942 in Washington die Oder-Neiße-Linie, mit Stettin, als natürliche polnische Sicherheitslinie (x039/226).
Während einer Pressekonferenz in Chicago verlangte Polens Exilpräsident Sikorski am 18. Dezember 1942 große Teile der deutschen Ostgebiete (x039/226): >>... Erweiterten Zugang zur Ostsee, deutsche Grenzgebiete im Westen Polens sowie polnische Besetzung aller deutschen Gebiete östlich der Oder.<<
In einem Memorandum forderte die polnische Exilregierung im Dezember 1942 eine polnische Grenze an der Oder und Neiße sowie eine wesentlich breitere Ostseeküste. Außerdem verlangten die Polen Ostpreußen, das Gebiet der Freien Stadt Danzig und den Rest Oberschlesiens (x035/330).
Die US-Regierung legte am 1. März 1943 den Entwurf eines Friedensvertrages für das Deutsche Reich vor.

Im Artikel 3 dieses Friedensvertrages hieß es (x033/347): >>Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück. ...<<
Der US-Sonderbeauftragte Harry Hopkins berichtete am 15. März 1943 über eine Besprechung mit US-Präsident Roosevelt und Außenminister Eden (x028/32-33,62): >>Der Präsident sagte, er glaube, wir sollten Anordnungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden; wenn es sich auch um eine harte Maßnahme handelt, ist es doch der einzige Weg, den Frieden zu bewahren, und den Preußen kann man auf keinen Fall trauen. ...<<
>>... Polen will Ostpreußen haben und der Präsident und Eden sind beide der Meinung, Polen soll es erhalten. Eden sagte, die Russen sind insgeheim einverstanden, aber nicht bereit, ihre Zustimmung den Polen mitzuteilen, weil sie es als ein Handelsobjekt für die Friedenskonferenz sähen. ...<<
Exilpräsident Dr. Benesch sprach im März 1943 mit dem sowjetischen Botschafter über die "Umsiedlung" von radikalen Sudetendeutschen. Die sowjetische Delegation gab damals keine verbindliche Stellungnahme ab, da man noch keine Vereinbarungen mit den westlichen Alliierten getroffen hätte.
Während eines Gespräches zwischen US-Präsident Roosevelt und Dr. Benesch behauptete Benesch am 12. Mai 1943, daß Stalin mit der Vertreibung der Sudetendeutschen einverstanden wäre. Der nordamerikanische Präsident billigte zwar die von Benesch geplanten "Umsiedlungsmaßnahmen", gab damals aber noch keine verbindliche Ausweisungzustimmung ab (x020/62).
Bei seinem Staatsbesuch in Washington bemühte sich Dr. Benesch am 7. Juni 1943, die Sowjetunion und Stalin als vertrauensvolle Bündnispartner darzustellen. US-Präsident Roosevelt stimmte während des Treffens angeblich der Umsiedlung - von Teilen der sudetendeutschen Bevölkerung - zu. Alle aktiven nationalsozialistischen und "großdeutsch" gesinnten Elemente der Volksdeutschen sollten demnach radikal umgesiedelt werden (x028/31). Für seine "Bemühungen und Lobreden" erhielt Benesch einige Tage später die sowjetische "Vertreibungszustimmung".
In Moskau forderte der kommunistische "Verband Polnischer Patrioten" am 28. Juni 1943 die Abtretung von Westpreußen, Danzig und Oberschlesien (x040/174).
Exilpräsident Benesch forderte die Tschechoslowaken am 27. Oktober 1943 während einer Rundfunkbotschaft zur Rache an den Deutschen auf (x004/50-51): >>... In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird alles erbarmungslos und vielfach zurückgeben werden, was sie in unserem Land verbrochen haben. ... In unserem Land wird gnadenlos und mit doppelter Münze heimgezahlt werden, was sie in unserem Land seit 1938 angerichtet haben. ...<<
Die Außenminister Eden, Großbritannien, Hull, USA, und Molotow, UdSSR, beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1937 und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".
US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.
Die tschechische Exilregierung schloß am 12. Dezember 1943 mit der UdSSR einen Freundschafts- und Beistandspakt (x004/49). Dieser Pakt regelte auch die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Rote Armee und die tschechisch-sowjetischen Beziehungen für die Zeit nach dem Kriegsende.

Mit diesem Vertrag wurde die kommunistische Ostorientierung der Tschechen abgeschlossen und die jahrzehntelange Unterordnung der Tschechoslowakei besiegelt. Während der Vertragsverhandlungen unterhielten sich Dr. Benesch und der sowjetische Außenminister Molotow auch ausführlich über das "sudetendeutsche Problem". Dr. Benesch erklärte im Verlauf dieser Unterhaltung, daß die CSR eine Totalaustreibung, wenigstens aber die Vertreibung von 2/3 der sudetendeutschen Volksgruppe, durchsetzen würde (x020/63).

Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... Wir befürworten die völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.

Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<

In Moskau wurde am 11. Januar 1944 die Wiedererrichtung Polens verkündet. Die Sowjets forderten einen "starken, unabhängigen polnischen Staat auf der territorialen Grundlage der Curzon-Linie" und ... "Rückgabe von Ländern an Polen, die ihm seit undenklichen Zeiten gehörten ... und von den Deutschen entrissen worden sind" (x040/198).

Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof.

Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944.

Churchill informierte am 22. Januar 1944 den Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung, Stanislaw Mikolajczyk, über die Ergebnisse der Konferenz von Teheran (x039/227): >>... Im Westen werden 7 Millionen Deutsche, die zwischen der deutsch-polnischen Grenze und der Oder leben, in das "eigentliche Deutschland" ausgewiesen.<<

Das britische Foreign Office berichtete Anfang 1944, daß die Deutschen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten einer unerfreulichen Zeit entgegengehen dürften, was das Problem der Umsiedlung insofern aber vereinfachen könnte, da sehr viele fliehen, die Vertreibungsgebiete also freiwillig verlassen würden (x020/57).

Dr. Benesch erläuterte am 3. Februar 1944 vor dem britischen Staatsrat in London den tschechischen "Zehn-Punkte-Plan".

Dr. Benesch, Chef der tschechischen Exilregierung, kündigte am 3. Februar 1944 auch Gewalttaten an (x004/51): >>... Der Umsturz in der CSR muß gewaltsam, muß eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen und den faschistischen Gewalttätern, ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein.<<

Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<

Anthony Eden erklärte am 23. Februar 1944 in einer Rede vor dem britischen Unterhaus (x028/248): >>... Gewisse Teile der Atlantik-Charta beziehen sich sowohl auf Sieger als auch Besiegte, so z.B. Artikel vier.

Wir können aber nicht zugeben, daß Deutschland von Rechts wegen Anspruch darauf erheben kann, daß irgendein Teil der Charta auf Deutschland Anwendung finde.<<

Der Earl of Mansfield und weitere Redner warnten am 8. März 1944 während einer britischen Oberhausdebatte vor übereilten Massendeportationen (x028/109): >>... Wenn die Umsiedlung

von Griechen und Türken ungefähr 6 Jahre dauerte, kann es durchaus sein, daß die Umsiedlung der Deutschen 20 Jahre oder noch länger in Anspruch nehmen wird. Es ist jedenfalls eine Angelegenheit, die nicht übereilt werden darf.<<

Ferner wurde der ehemalige britische Außenminister Lord Curzon zitiert (x028/34): >>(Gewaltsame Bevölkerungsumsiedlungen sind) durch und durch schlechte, verwerfliche Lösungen, für welche die Welt in den nächsten 100 Jahren schwer büßen wird. ...<<

Mikolajczyk schrieb am 18. März 1944 an US-Präsident Roosevelt. Er weigerte sich, Ostpolen abzutreten, weil man die Folgen der Ausweisung der Deutschen und deren Rückkehr fürchtete (x039/227).

US-Außenminister Cordell Hull wies am 23. März 1944 nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die Atlantik-Charta auch für Deutschland Anwendung finden sollte (x063/596).

Churchill erklärte am 24. Mai 1944 vor dem britischen Unterhaus (x028/61,248): >>Es ist keine Rede davon, daß sich Deutschland auf irgendwelche Garantien gegen territoriale Veränderungen berufen könnte, falls es den Anschein hat, daß solche Veränderungen den Frieden in Europa sicherer und dauerhafter machen. ...<<

>>... Die Atlantik-Charta bindet uns in keiner Weise hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, noch stellt sie ein Geschäft oder einen Kontrakt mit unseren Feinden dar.<<

Im britischen Unterhaus bezeichnete Eden am 12. Juli 1944 die Vereinbarung über die polnische Ostgrenze (Konferenz von Teheran: 28.11. bis zum 1.12.1943) als nicht endgültig (x039/227).

Ein Ausschuß des US-Außenministeriums formulierte am 18. Juli 1944 "Empfehlungen und Nachkriegsprogramme" (x150/6): >>... Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Behandlung von Minderheiten in der Tschechoslowakei in erster Linie ein internes Problem ist; sie verfolgen aber mit Interesses die Pläne der tschechoslowakischen Regierung, eine stabilere Situation bezüglich ihrer Minderheiten zu schaffen.<<

Am 22. Juli 1944 veröffentlichte das kommunistische Lubliner Komitee das "Manifest der Nationalen Befreiung" (x003/1-7): >>An das polnische Volk! ...

Brüder!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. ... Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen.

Das polnische Volk grüßt die Soldaten der Volksarmee, die sich mit den Soldaten der Polnischen Armee in der UdSSR vereint haben. ...

Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu üben, solange bis die polnischen Fahnen in den Straßen der Hauptstadt des dreisten Preußentums, in den Straßen Berlins gehißt werden. ...

Die Stunde ist gekommen um die Leiden und Qualen, die verbrannten Dörfer und vernichteten Städte, die zerstörten Kirchen und Schulen, die Treibjagden auf Menschen, die Lager und Erschießungen, Auschwitz, Majdanek, Treblinka und die Vernichtung des Gettos, an den Deutschen zu vergelten. ...

Brüder! ...

Die Rote Armee ist als Befreiungsarmee in Polen einmarschiert. ...

Ergreift die Waffen! Schlagt die Deutschen, wo immer ihr sie trefft! ... Erteilt den polnischen und sowjetischen Soldaten Auskünfte und helft ihnen! ...

Auf zum Kampf um die Freiheit Polens, um die Rückkehr des alten polnischen Pommern und des Oppelner Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder! ...

Aufgabe der unabhängigen polnischen Gerichte wird es sein, eine rasche Rechtspflege zu garantieren. Kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter darf der Strafe entgehen! ...

Faschistische und antinationale Organisationen werden daher mit der ganzen Schärfe des

Rechts ausgerottet.
... Die deutschen Vermögen werden konfisziert. Den bestialisch vom Okkupanten verfolgten Juden werden der Wiederaufbau ihrer Existenz sowie rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung zugesichert. ...
Um den Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen und den uralten Drang der polnischen Landbevölkerung zum Eigentum an Grund und Boden zu befriedigen, wird das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in den bereits befreiten Gebieten sofort mit der Durchführung einer umfassenden Bodenreform beginnen. ...
Die Befreiung Polens, der Wiederaufbau des Staates, die siegreiche Beendigung des Krieges, die Erringung eines für Polen würdigen Platzes in der Welt, der Beginn des Wiederaufbaus des zerstörten Landes - dies sind unsere Hauptaufgaben.
Brüder!
Das polnische Komitee der Nationalen Befreiung ruft auf: Alles für die schnellste Befreiung des Landes und die Vernichtung der Deutschen! ...
Auf zum Kampf! Ergreift die Waffen!
Es lebe das vereinte um Polens Freiheit kämpfende Polnische Heer! Es lebe die Polen Befreiung bringende verbündete Rote Armee! Es leben unsere großen Verbündeten - die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika!
Es lebe die nationale Freiheit!
... Es lebe das freie, starke, unabhängige, souveräne und demokratische Polen!<<
Der 22. Juli wurde später polnischer Nationalfeiertag!
Stalin und das kommunistische Lubliner Komitee schlossen am 26. Juli 1944 einen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über die zukünftigen Grenzen (x001/123E). Nachdem die "Lubliner Polen" die vorgeschlagenen sowjetisch-polnischen Grenzen - einschließlich der Abtretung des nördlichen Ostpreußen - an die UdSSR akzeptierten, verpflichtete sich die Sowjetregierung, nach dem Kriegsende die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durchzusetzen.
Das polnische Komitee für die nationale Befreiung schloß mit der UdSSR außerdem am 26. Juli 1944 ein Abkommen über die Befreiung Polens (x039/227).
Stalin forderte Mikolajczyk am 3. August 1944 in Moskau auf, die Curzon-Linie anzuerkennen. Als Gegenleistung versprach Stalin, die Oder-Linie als polnische Grenze - einschließlich Breslau, Stettin und Teile Ostpreußens - durchzusetzen. Stalin erwähnte außerdem die Ausweisung der gesamten deutschen Bevölkerung. Mikolajczyk lehnte Stalins Vorschläge jedoch ab (x039/227).
Im US-Grundsatzpapier vom 5. August 1944 hieß es, daß die Vertreibung der Deutschen aus dem neuen polnischen Staat und aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten gewiß zu deren innerer Stabilität beitragen würde, da sich die Minderheiten dort in der jüngsten Vergangenheit als "Vorhut nationalsozialistischer Penetration" erwiesen hätten und in diesen Ländern ein wohlbegründeter Groll gegen die Deutschen bestehe. Ein pauschaler Massentransfer sei trotzdem abzulehnen, weil dadurch eine zu große Belastung des von den Alliierten besetzten Deutschland entstehen würde. Die USA sollten sich deshalb um eine international überwachte selektive Aussiedlung bemühen (x020/58).
Churchill meinte am 26. August 1944 während einer Unterhaltung mit dem polnischen General Anders (x039/227): >>In Deutschland sei genügend Platz für die zu vertreibenden Deutschen. ...<<
Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).
Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärte am 30. August 1944 während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>... Es stünde zu hof-

fen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.<<

Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec vom 11. bis zum 16.09.1944 die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 31. August 1944 ein Dekret über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter des polnischen Volkes (x003/8-9).

Das Dekret vom 31. August 1944 bildete später die Grundlage für die polnischen Massenverhaftungen in den Reichsgebieten östlich der Oder und Neiße und in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig (x010/35).

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 12. September 1944 ein Dekret über die Errichtung von Sonderstrafgerichten für die Taten der faschistisch-hitleristischen Verbrecher (x003/10-12).

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Stalin, Churchill und Eden sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter" einigten sich in Moskau vom 9. bis zum 20. Oktober 1944 über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).

Churchill berichtete später über die Festlegung der polnischen Westgrenze und die Zuordnung der südosteuropäischen Gebiete (x106/376): >>... Ich schob den Zettel mit meinen Vorschlägen Stalin zu. ... Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er einen Bleistift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit, als sie zu schildern. ... Das Papier lag in der Mitte des Tisches:

"Könnte es nicht für äußerst zynisch gehalten werden, wenn wir den Anschein erweckten, über die für Millionen Menschen so gravierenden Schicksalsfragen aus dem Stegreif entschieden zu haben?

Lassen Sie uns das Papier verbrennen." – "Nein, heben Sie es auf", antwortete Stalin.<<

Der tschechische Exilpolitiker Ripka berichtete am 31. Oktober 1944 in London vor internationalen Pressekorrespondenten (x004/43): >>... Ich selbst glaube, daß die Zahl der Deutschen, die sich nicht schlecht verhalten haben und denen man ohne Befürchtungen ... die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit anerkennen kann, etwa 800.000 vielleicht 1 Million betragen wird. ...<<

Dr. Benesch erklärte am 31. Oktober 1944 in einer US-Zeitschrift … zur Problematik der sudetendeutschen Frage (x004/45): >>... daß die Fortführung der Minoritätenpolitik alten Stils nicht mehr möglich sei, wenn diese von einem imperialistischen Staat mißbraucht würde, um eine Expansion voranzutreiben.

Die Tschechoslowakei müsse daher den "Transfer" der größtmöglichen Zahl ihrer deutschen Bewohner ins Auge fassen, allerdings ohne das Heimatrecht (the right of domicile) irgend jemand zu bestreiten, der der Republik die Treue bewahrt habe.<<

Das britische Foreign Office … schrieb am 2. November 1944 an den exil-polnischen Außenminister T. Romer (x039/227): >>... England unterstützt Veränderung der Westgrenze Polens, auch wenn USA sie ablehnen; England hält polnische Grenze an der Oder einschließlich Stettin für richtig.<<

General Ingr - Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte im Ausland - rief am 3. November

1944 über den Londoner Rundfunk zur Rache auf (x046/278): >>... Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem alten Kriegsruf der Hussiten folgen: Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!
Jedermann sollte sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen, die die Deutschen am stärksten trifft.
Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken – eine Waffe, die schneidet oder sticht oder trifft.<<
Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 4. November 1944 ein Dekret über Sicherungsmaßnahmen gegenüber Volksverrätern (x003/17-18). Aufgrund dieses Dekrets galten grundsätzlich alle Deutschen, einschließlich Kinder ab dem 13. Lebensjahr, die in Volkspolen wohnten, als "Verräter der Nation", wenn sie während der deutschen Besatzungszeit die Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder zur deutschen Abstammung erklärt hatten.
Sämtliche deutschstämmigen Polen, die z.B. deutsche Ausweise der Volksliste 1-4 besaßen, wurden generell als Volksverräter und Kollaborateure eingestuft. Das Dekret legalisierte auch die späteren Massenverhaftungen aller ansässigen Deutschen in Zentralpolen und in den westpolnischen Gebieten (x010/35).
US-Präsident Roosevelt schrieb am 17. November 1944 an die polnische Exilregierung (x028/33): >>... Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<
Die tschechische Exilregierung legte den Nordamerikanern und Briten am 23. November 1944 erstmalig exakte Vertreibungspläne vor. Etwa 2/3 der "deutschen Minderheit" sollte die CSR verlassen. Die "Abschiebung" der deutschen und ungarischen Volksgruppen wollte man innerhalb von 2 Jahren durchführen. Die nordamerikanischen und britischen Regierungsvertreter nahmen diese konkreten Pläne ohne jegliche Widersprüche entgegen und baten nur, keine voreiligen Maßnahmen einzuleiten (x020/64-65).
Mikolajczyk mußte am 24. November 1944 zurücktreten, weil er die Curzon-Linie nicht als polnische Ostgrenze akzeptieren wollte (x106/308).
Thomasz Arciszewski bildete anschließend ein neues polnisches Exilkabinett. Diese polnische Exilregierung verlor später vor allem wegen Ablehnung der strittigen sowjetisch-polnischen Ostgrenze die anglo-amerikanische Unterstützung.
Eine nordamerikanische Journalistin berichtete am 28. November 1944 über ein Gespräch mit dem tschechischen Exilminister Stransky (x025/89): >>... Stransky ... glaubt, die Verhältnisse im Sudetenland nach dem Waffenstillstand würden derartige sein, daß sich das deutsche Problem zum guten Teil ohne Transfer von selber lösen wird. Die sudetendeutsche Bevölkerung würde sogar ohne offiziellen Transfer drastisch reduziert werden. ...
Es wird ein schreckliches Elend geben. Es wird daher erwartet, daß es in der ersten Periode nach der Befreiung im Sudetenland eine sehr hohe Sterblichkeit geben wird.<<
Der provisorische französische Regierungschef De Gaulle und der französische Außenminister Bidault schlossen am 10. Dezember 1944 in Moskau einen französisch-sowjetischen Bündnisvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren.
Da de Gaulle die Anerkennung des kommunistischen Lubliner Komitees ablehnte, verweigerte Stalin die von Frankreich geforderte Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. De Gaulle stimmte aber der Oder-Neiße-Linie zu und akzeptierte damit, daß Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg an Polen fallen sollten (x041/136).
Vor dem britischen Unterhaus billigte Churchill am 15. Dezember 1944 eine Ausweitung der polnischen Grenzen nach Westen - mit einer Ostseeküste von 200 Meilen - und die totale

Austreibung dieser Deutschen (x024/105): >>... Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte von Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen - denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt.
Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.
Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor. ... Ich sehe auch nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte.<<
Einige britische Abgeordnete protestieren vergeblich gegen diese völkerrechtswidrigen Massenvertreibungspläne.
Tomasz Arciszewski, Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) antwortete Churchill am 17. Dezember 1944. Er verlangte Ostpreußen, Oberschlesien und Teile von Pommern für Polen, wünschte jedoch weder Breslau noch Stettin und keine Westgrenze, die 8 bis 10 Millionen Deutsche in Polen lassen würde (x039/227).
Arciszewski erklärte später in einem Bericht der britischen Wochenzeitung "The Sunday Times" (x035/331): >>... Wir wollen die Grenze nicht so weit nach Westen ausdehnen, daß wir bis 10 Millionen Deutsche aufnehmen müssen. Wir wollen Breslau und Stettin nicht.<<
Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlichte am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116). Mit Breslau und Stettin forderte man sogar große Gebiete westlich der Oder, die spätere Oder-Neiße-Linie. Stalin unterstützte diese polnischen Gebietsansprüche.
US-Außenminister Stettinius, Nachfolger von Cordell Hull, erklärte am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen würde (x040/254).
Stettinius erklärte jedoch bereits am 18. Dezember 1944 in einer offiziellen Mitteilung (x028/-33): >>Wenn Regierung und Volk von Polen beschließen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen. ...<<
Außenminister Bidault bestätigte am 21. Dezember 1944, daß die französische Regierung mit der geplanten Abtretung der preußischen Provinzen Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien einverstanden wäre (x040/254).
Dr. Benesch erklärte während einer Rundfunkrede in London im Jahre 1944 (x028/40): >>... Wir müssen uns all der Deutschen entledigen, die 1938 dem tschechoslowakischen Staat den Dolch in den Rücken gestoßen haben.<<
Das kommunistische Lubliner Komitee übernahm am 1. Januar 1945 in Polen die provisorische Regierung und wurde 2 Tage später durch die UdSSR anerkannt (x040/257).
Vor der Krim-Konferenz berichtete die US-Delegation am 12. Januar 1945 über "begrenzte, geregelte Umsiedlungsaktionen" (x020/58): >>Wir glauben nicht, daß es für die Vereinigten Staaten tunlich wäre, sich solchen allgemeinen Transfers zu widersetzen, falls darauf von den tschechischen und polnischen Regierungen, die die Unterstützung der britischen und sowjetischen Regierungen haben, bestanden wird. ...<<
Das US-Außenministerium schlug damals folgende Aufteilung der deutschen Ostgebiete vor (x039/227): Nordostpreußen an Rußland, Restostpreußen, Danzig und die Nordostspitze Pommerns sowie Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen.
Die ehemalige Lubliner Exilregierung traf am 18. Januar 1945 in Warschau ein und übernahm

die politische Führung Polens (x040/261).
In einer Sitzung des "War-Cabinets" stellte Churchill am 26. Januar 1945 fest, daß eine Umsiedlung von 5-6 Millionen Deutschen, bereits keine Kleinigkeit sei, die Aussiedlung von 8 bis 9 Millionen Menschen dagegen wäre völlig undurchführbar (x020/58).
Am 1. Februar 1945 einigten sich Außenminister Stettinius und Eden während der nordamerikanisch-britischen Vorbesprechung in Jalta, zunächst keine sowjetisch-polnischen Grenzforderungen (Görlitzer Neiße) anzuerkennen (x028/72-73): >>... Schon die Grenze am Oderverlauf würde Polens Aufnahmefähigkeit schwer belasten und die ungeheuren Schwierigkeiten vergrößern, die mit der Umsiedlung von Millionen Deutschen entstehen. ...
Wir sollten uns nachdrücklich den Bestrebungen widersetzen, die polnische Grenze bis an die Oder-Linie oder an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben.<<
Am 1. Februar 1945 wurde Churchill durch Außenminister Eden über die Besprechung mit US-Außenminister Stettinius informiert (x028/102): >>... Die Abtretungen, auf die wir uns mit den Amerikanern geeinigt haben, (würde) die Umsiedlung von 2,5 Millionen Deutschen bedeuten.<<
Ferner meinte Stettinius, "daß die Ausdehnung Polens an die Oder ohne Breslau und Stettin weitere zweieinhalb Millionen, eine Grenze an der westlichen Neiße mit Breslau und Stettin dazu noch dreieinviertel Millionen Menschen betreffen würde" (x028/102).
Boleslaw Bierut teilte am 5. Februar 1945 in Warschau mit, daß die polnische Regierung in den deutschen Reichsgebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie die Zivilverwaltung übernommen hätte (x039/228).
Stalin verlangte am 6. Februar 1945 aus strategischen Gründen Ostpolen und für Polen die Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße sowie Stettin (x039/228).
US-Präsident Roosevelt widersetzte sich am 8. Februar 1945 der polnischen Gebietsforderung (polnische Westgrenze = Lausitzer Neiße). Er hielt jedoch die Oder-Linie für tragbar. Churchill schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich für die Umsiedlung aller Deutschen aus diesen Gebieten aus (x039/228).
Das britische Kriegskabinett erhob am 9. Februar 1945 telegrafisch Einwendungen gegen die Festlegung der polnischen Westgrenze an der Görlitzer Neiße (x039/228).
In London bezeichnete die moskaufeindliche polnische Exilregierung die "Jalta-Beschlüsse" am 13. Februar 1945 als "5. Teilung Polens" (x040/265).
Im Londoner und Moskauer Rundfunk verbreitete man am 26. Februar 1945 einen Aufruf der "Tschechischen Nationalen Front" (x004/51): >>Greift die verfluchten Deutschen an und erschlagt die Okkupanten, bestraft die Verräter, bringt die Feiglinge und die Schädlinge des nationalen Kampfes zum Schweigen. ...<<
Churchill stellte am 27. Februar 1945 während einer Debatte des britischen Unterhauses fest (x028/77, x039/228): >>Die 3 Mächte haben sich jetzt geeinigt, daß Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll.
Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Großstadt Danzig, den größeren Teil Ostpreußens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee.
Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden ...<<
>>... Wir haben nicht zu befürchten, daß die Aufgabe, diese neue Grenze zu halten, für Polen zu schwer sein wird. Ich habe selten eine Angelegenheit gesehen, die ich mit größerer Zuversicht dem gesunden Urteil der Abgeordneten anempfehlen könnte. ...<<
Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 28. Februar 1945 ein Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft (x003/37-

39). Gemäß Dekret vom 28. Februar 1945 über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft" wurde z.B. der Besuch von deutschen Schulen, Gebrauch der deutschen Sprache oder Wehrpaßbesitz als Volksverrat eingestuft (x003/34-39). Folgen bzw. Strafen dieser "Ausscheidung" aus der polnischen Volksgemeinschaft waren: Enteignung, Zwangsarbeit, Verlust aller bürgerlichen und öffentlichen Rechte, Inhaftierung und später schließlich die Aus- bzw. Vertreibung. Im polnischen Staatsgebiet von 1919/39 wurden damals fast alle zurückgebliebenen Volksdeutschen interniert, enteignet und zur Zwangsarbeit herangezogen (x039/228).
Am 1. März 1945 diskutierte man im britischen Unterhaus kontrovers über das Schicksal der Ostdeutschen.
Der Vorsitzende der britischen Labourpartei, Clement Attlee, begründete die "Jalta-Beschlüsse" wie folgt (x028/38,202): >>Die Deutschen haben die alten Schranken eingerissen, und deshalb sage ich, daß sie sich nicht auf das alte Europa berufen können. Falls sie sich fügen, falls sie wiedergutmachen müssen, haben sie kein Recht, die Grundlage der Moralgesetze zu beschwören, die sie selbst nicht beachtet haben, oder auf Mitleid und Gnade zu rechnen, die sie niemals anderen zuteilwerden ließen. ...<<
>>... Die Umschichtung der Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt mag sehr, sehr schmerzlich sein, aber vielleicht ist sie weitaus besser als ein lang hinausgezögertes Leiden einer Bevölkerung unter Menschen, die sie hassen.<<
Der britische Abgeordnete Strauß warnte damals vor den Folgen dieser völkerrechtswidrigen Vertreibung (x028/77): >>... Wir erfahren durch den Premierminister, daß einige Teile Deutschlands, bestimmt aber Oberschlesien, an Polen übergehen. Ich hoffe, die Regierung wird sich Zeit lassen, bevor sie einem Vorschlag dieser Art zustimmt, der keinen Vorteil für irgendjemanden bringen kann, aber vielleicht außerordentlich gefährlich für die allgemeinen Aussichten auf einen dauerhaften europäischen Frieden ist.
Mit welcher Begründung wird ein solcher Vorschlag gemacht? Er soll Polen eine Entschädigung bieten. Doch die ganze Rechtfertigung der Curzon-Linie liegt darin, daß man sich 1919 in Versailles auf sie geeinigt hat. Aber nicht nur die Curzon-Linie, auch Polens Westgrenze wurde in Versailles gebilligt. War die eine gerecht, mußte es wohl auch die andere sein.<<
Der britische Abgeordnete Rhys-Davis beendete am 1. März 1945 seine unerbittliche Kritik mit folgenden Worten (x028/77-78): >>... Wenn die Politik der alliierten Mächte Danzig und Ostpreußen und andere Teile von Deutschland Polen geben will, um einen neuen Staat zu schaffen, weil Teile Polens andererseits Rußland gegeben werden, stellen sie sich dann auch nur einen Augenblick lang vor, daß sie damit einen dauerhaften Frieden in Europa schaffen? ...<<
>>... Wir haben diesen Krieg mit großen Motiven und hohen Idealen begonnen. Wir haben die Atlantik-Charta veröffentlicht, sie dann bespieen und auf ihr herumgetrampelt und sie schließlich auf dem Scheiterhaufen verbrannt, und nun ist nichts mehr von ihr übrig.<<
Die provisorische polnische Regierung errichtete am 14. März 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen die neuen Verwaltungsbezirke bzw. Woiwodschaften Masuren, Pommern, Nieder- und Oberschlesien und sorgte frühzeitig für vollendete Tatsachen (x039/228). Die Nordamerikaner legten danach in Moskau zwar Protest ein, aber Stalin erwiderte beschwichtigend, daß diese Handlungen absolut nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten. Obwohl man in Warschau schon offiziell von den "Wiedergewonnenen Gebieten" sprach, gaben sich die Nordamerikaner mit Stalins Antwort zufrieden.
In Moskau erklärte Benesch am 17. März 1945 die Tschechoslowakei zum Nationalstaat ohne Minderheitenrechte (x039/228).
Nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen und Rumänien wurde Churchills Mißtrauen allmählich größer.

Churchill erklärte am 24. März 1945 (x044/34): >>... Es paßt mir gar nicht, Deutschland zu zerstückeln, bevor meine Zweifel an den russischen Absichten beseitigt sind.<<
Am 30. März 1945 wurde ein Dekret über die Bildung der Woiwodschaft Danzig beschlossen (x003/49).
Die US-Regierung forderte Stalin am 6. April 1945 noch einmal auf, den Status der russisch besetzten Gebiete in Ostpreußen, Danzig, Schlesien und in Pommern zu erläutern (x039/228).
Die nordamerikanische Regierung erhielt am 17. April 1945 folgende sowjetische Antwortnote (x039/228): >>... Es sind (in Ostdeutschland) keine Grenzregulierungen getroffen, nur örtliche polnische Verwaltungsstellen eingerichtet.<<
Stalin und Osobka-Morawski unterzeichneten am 22. April 1945 in Moskau einen sowjetisch-polnischen Beistands- und Freundschaftspakt (x040/279-280).
Osobka-Morawski kündigte am 3. Mai 1945 die Polonisierung der "Wiedergewonnenen alten polnischen Westgebiete" an (x064/164).
Die polnische Regierung beschloß am 6. Mai 1945 ein Gesetz über das verlassene und aufgegebene Vermögen der Deutschen (x003/65-68).
Die US-Regierung protestierte am 8. Mai 1945 wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>... In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei. Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. ...<<
Stalin erwiderte daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.

"Wilde Austreibung" und Vertreibung der Deutschen
"Wilde Austreibungen" der Ost- und Volksdeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges
Der stellvertretende kommunistische Ministerpräsident Gottwald unterzeichnete am 11. Mai 1945 folgenden Aufruf der tschechoslowakischen Regierung (x004/70): >>Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Ungarn, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zu Gunsten der Nation und des Staates. ...
Beschlagnahmt und gebt in die Nationalversammlung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten. ... Bereitet auf dem Lande die Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. ...<<
Dr. Benesch, Chef der tschechischen Exilregierung, erklärte am 12. Mai 1945 vor der begeisterten Brünner Bevölkerung (x294/194): >>Mein Programm ist es - und ich verheimliche dies nicht -, daß wir die deutsche Frage in der Republik endgültig liquidieren müssen. ...<<
Der tschechische Unterrichtsminister Nejedly erläuterte am 12. Mai 1945 das neue Volksbildungsprogramm der Regierung (x004/95): >>Selbstverständlich werden alle deutschen Schulen geschlossen werden. ...<<
Ein Sprecher der tschechischen Armee verkündete am 14. Mai 1945 während der "Brünner Befreiungsaktion" (x004/105): >>... Unsere glorreiche Armee ist zu dem einzig möglichen Entschluß gekommen: die Republik als einen nationalen Staat der Tschechen und Slowaken aufzubauen. Wir werden von jenen Deutschen, die nicht in ein Gefängnis oder in ein Konzen-

trationslager gehen, verlangen, daß sie ihre Bündel packen und dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.<<
Der polnische Bischof Adamski aus Kattowitz forderte am 15. Mai 1945 die Deutschen auf, Schlesien zu verlassen (x039/228).
Die Sowjets übergaben am 23. Mai 1945 den "Bezirk Masuren" im südlichen Teil Ostpreußens an Polen (x111/26).
Die polnische Regierung erließ am 24. Mai 1945 ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" (x001/108E).
Informationsminister Kopecky berichtete am 25. Mai 1945 im Prager Rundfunk indirekt über die Austreibung von Sudetendeutschen (x004/105-106): >>Das tschechoslowakische Militär ist schon in Bereitschaft für die Säuberung des Grenzgebietes der Republik von Deutschen und Ungarn und für die Rückerstattung der Reichtümer dieser von altersher slawischen Gebiete in die Hände der Tschechen und Slowaken. ...<<
Der tschechische Informationsminister Kopecky erklärte am 29. Mai 1945 vor Kulturschaffenden in Prag (x004/88): >>Wir wollen unseren großen Sieg über die Deutschen zu einer gewaltigen nationalen Offensive ausnutzen, um das Grenzgebiet unseres Landes von den Deutschen zu säubern.
General Svoboda schickt seine Truppen und bewährte Partisaneneinheiten, um diese Gebiete von Deutschen zu säubern. Den Truppen werden tschechische Wirtschaftler, tschechische Arbeiter folgen. Mit ihnen werden tschechische Schulen, Theater, Filme, Zeitungen und Künstler kommen. ...<<
In Brünn begann am 30. Mai 1945 die gewaltsame Austreibung von etwa 25.000 Deutschen. Der lange Marsch an die österreichische Grenze wurde für ungezählte Deutsche zum Todesmarsch.
Die nationalsozialistische Benesch-Partei veröffentlichte am 31. Mai 1945 die Broschüre "Wir und die Deutschen" (x004/71): >>Der Teufel spricht deutsch. Es gibt keine guten Deutschen, es gibt nur schlechte und noch schlimmere. Derjenige tschechische Vater, der seine Kinder nicht zum Haß gegen die deutsche Lügenkultur und Unmenschlichkeit erzieht, ist nicht nur ein schlechter Vaterlandsanhänger, sondern auch ein schlechter Vater. ... Wie kann man nur ein tschechisches Kind dazu erziehen, solche deutschen Mitmenschen zu lieben? ...
Das ganze deutsche Volk ist für Hitler, Himmler, Henlein und für Frank verantwortlich, und das ganze Volk muß auch die Strafen für die begangenen Verbrechen tragen. Jeder von uns müßte es als inhuman, unmenschlich betrachten, wenn die Deutschen ihrer totalen Bestrafung entgehen würden.<<
Tausende von geflüchteten Schlesiern verließen im Mai 1945 das Sudetenland, um in ihre Heimat zurückzukehren.
In Brünn wies Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen würde und daß die Liquidierung der Deutschen 100%ig sein müßte (x025/95).
Die britische Regierung forderte die Tschechen am 17. Juni 1945 auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärte (x004/113): >>1. ... daß Großbritannien nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.
2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<
In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren. Die

Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben.
In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.
Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische mitteldeutsche Besatzungszone getrieben. Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt lebten, wurden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße zusammendrängten.
In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.
Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.
Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man vermutlich auf sowjetische Weisung erst unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.
Der Chef der polnischen Verwaltung in Schlesien ordnete im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" wie folgt an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 sind sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<
Die SMAD stellte Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).
Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse trat am 1. August 1945 die polnische Verwaltung in den deutschen Ostgebieten und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 - also nicht mit Sudetenland.
Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt.
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 nicht annektiert, sondern nur besetzt, deshalb waren die Siegermächte gemäß Haager Landskriegsordnung nicht berechtigt, die deutschen Ostgebiete an Polen bzw. an die Sowjetunion abzutreten.

Der neue Oppositionsführer Churchill, ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik, beklagte am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhöhen.
Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.
Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<
>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<
Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/-737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):
Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.
US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.
Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.
Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.
Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.
Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.
Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.
Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten

Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.
In erster Linie wurden besonders lästige Elemente - arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche - ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die man z.B. in den Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerken, in Krankenhäusern und in Fabriken benötigte, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.
Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.
Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.
Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.
Die Massenvertreibungen der Ost- und Volksdeutschen waren eindeutig "Verbrechen gegen die Menschlichkeit") und verstießen zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht. Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und arglistig, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.
Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:
Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete: 1945 = 650.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1946 = 2.000.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1947 = 500.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1948 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1949 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche und 1950-1951 = 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).
Böhmen und Mähren: 1945-1950 = 2.909.400 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).
Ungarn: 1946-1948 = 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).
Bei der Volkszählung vom 13. September 1950, die etwa mit dem Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zusammenfiel, wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene gezählt.
Nach Angaben des "Bundesausgleichsamtes hielten sich bis 1950 außerdem 400.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene in Österreich auf.
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.
Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die

deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern für Reichs- und Volksdeutsche wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.

Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".

Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei

gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederringung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.

Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereitfinden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte. …

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der

ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.
Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.
Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.
Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.
Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.
Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.
Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<
>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.
Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.
In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke

mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.
In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.
Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.
Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.
Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.
Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.
Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.
Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.
Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.
Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war

deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.
Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.
Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.
Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.
Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.
Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.
In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.
Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichterklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.
Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<
Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg schrieb später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung emp-

funden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.
Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches:
Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...
Tatsächlich … handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur um die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei wie im Falle der Tschechoslowakei historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie im Falle Polens in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."
Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen. Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne". ...
Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten – wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind – ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.
Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.
Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. … Die nächstgrößeren Gruppen dürften die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein.
Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermit-

telt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen - sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben - noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.
Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.
Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.
In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene.
Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<
>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.
In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. …
Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.
Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/33,36-37, x309/88):
>>Die westlichen Alliierten waren auf die Ausweisung von 2 bis 4 Millionen Reichsdeutschen vorbereitet, niemals aber auf die Vertreibung von über 9 Millionen aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und ganz Schlesien. Der entscheidende Fehler lag also darin, daß das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung zu weit ausgedehnt wurde. Damit war nicht mehr die Rede von der notwendigen Umsiedlung deutscher Minderheiten dorthin, woher sie gekommen waren, wie es bei den Befürwortern der Umsiedlung oft hieß.
Die Deutschen in Ostpreußen stellten in keiner Beziehung eine Minderheit dar, und ihre Vorfahren lebten schon Jahrhunderte in Ostpreußen, ehe die Engländer Nordamerika kolonisierten. Der Vorschlag, die Ostpreußen sollten an den Rhein zurückgeschickt werden, hätte ei-

gentlich für Roosevelt und Eden so unsinnig klingen müssen wie der absurde Vorschlag, die Amerikaner wieder nach Großbritannien oder die Briten nach Dänemark und Niedersachsen zurückzuschicken. ...<<
>>... Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertelang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.
Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte. Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren - die USA hatten 229.000 Mann Verluste: Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<
>>... Der Zweite Weltkrieg gab den Anlaß und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewußte, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen.
Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Machtergreifung Hitlers zurück.
Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse des Vertrages von Versailles … von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil erläuterte später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8):
>>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.
Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<
>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.
Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch ka-

men."
Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.
Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14): >>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.
Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirklichen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...
Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die anglo-amerikanische Einstellung zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/196-198): >>Obwohl das in Amerika und Großbritannien nicht unbedingt Tabu ist, so hat die Presse die Vertreibung der Deutschen doch niemals ausführlich behandelt. Die meisten Amerikaner und Briten wissen kaum, daß sie überhaupt stattgefunden hat, und noch weniger, daß die westliche Zustimmung zum Prinzip der gewaltsamen Umsiedlung die amerikanische und britische Regierung zu Helfershelfern dieser unmenschlichen Unternehmung gemacht hat. Gewiß sind die Westmächte nicht in dem Maße verantwortlich wie die vertreibenden Staaten, aber zweifellos hat erst die anglo-amerikanische Zustimmung zum Grundsatz der Zwangsumsiedlung die Katastrophe von 1945-48 möglich gemacht.
... Die drakonischen Maßnahmen, die den Deutschen aus den Ostgebieten aufgezwungen wurden, hat man nachträglich als "Vergeltung" für die unsagbaren NS-Verbrechen im Osten zu rechtfertigen versucht. Nur traf diese Art "Vergeltung" nicht nur NS-Funktionäre – also die "Täterseite", gemäß einer heute gebräuchlichen Formulierung – sondern in erster Linie die "Frauen und Kinder, die Armen und die Kranken"; letztlich also die ganze Bevölkerung – ohne Rücksicht auf den Grad individueller Schuld oder gar Schuldlosigkeit. ...
Man sollte hier vor der verwerflichen Tendenz warnen, die Vertreibung nachträglich als logische Folge der Hitler-Verbrechen hinzustellen - oder gar zu legitimieren. Im Hinblick auf Individualität des Leidens darf man die Opfer der Vertriebenen weder bagatellisieren, noch gegen die NS-Verbrechen aufrechnen oder der Vergessenheit preisgeben. Heute neigt man in Großbritannien und in Amerika dazu, die Vertreibung der Deutschen nur vor dem Hintergrund von Auschwitz zu sehen. Diese Sicht ist historisch falsch, denn es gab keinen kausalen Nexus (ursächlichen Zusammenhang).
Die Vertreibung war schon deshalb keine "Antwort" auf die während des Krieges noch gar nicht in ihrem vollen Ausmaß bekannt gewordenen NS-Greuel, weil sie einem von den polni-

schen und den tschechischen Exilregierungen schon lange vorher ins Auge gefaßtem Ziel entsprach, das sie im Laufe des Krieges durchsetzen wollten. Diese heute von vielen Anglo-Amerikanern gebräuchliche Betrachtungsweise ist auch moralisch höchst fragwürdig, denn sie akzeptiert stillschweigend die Auffassung, man dürfe die an Schuldlosen begangenen Verbrechen durch Verbrechen an wiederum Unschuldigen vergelten.
Die Deutschen sind mit dem Erbe Hitlers belastet, und Auschwitz wird auch in Zukunft seinen Schatten über ihre Geschichte werfen. Man sollte freilich auch wissen, daß es weder im Zweiten Weltkrieg noch in der gesamten Weltgeschichte ein Leidensmonopol gab oder gibt. Aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ist mit Ehrfurcht zu gedenken. Es würde gegen das wissenschaftliche Ethos verstoßen, ließe man die Vertreibung der Deutschen "unaufgearbeitet". Die Verharmlosung dieser Ereignisse bedeutete Hohn und Unbarmherzigkeit den Opfern gegenüber. ...
Jedenfalls müssen wir alle begreifen, daß die Vertreibung nicht nur ein historisches, sondern vornehmlich ein menschenrechtliches Problem darstellt. Menschenrechte sind aber unteilbar. Damit ist eine unterschiedliche Beurteilung schwerster Menschenrechtsverletzungen aufgrund unterschiedlicher Maßstäbe unzulässig. Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-amerikanischen für die Vertreibung. Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. ...
Für die Deutschen und für Deutschland stellt die Vertreibung ohne Zweifel die gravierendste Kriegsfolge dar. Für die Anglo-Amerikaner hingegen aber auch für die Osteuropäer bleibt sie eine moralische Hypothek. Der Londoner Economist schrieb bereits 1945, ... daß nämlich die Alliierten den Krieg gegen Hitler mit einem Frieden in Hitlers Stil beendet hätten. Es geht also nicht an, die Ungeheuerlichkeit der Vertreibung zu bestreiten; auch in Zukunft wird man sie nicht leugnen können. In diesem Sinne soll die Erinnerung wachgehalten werden. Dies darf aber nicht nur die Aufgabe der Historiker sein.
Diese Aufforderung geht an uns alle. ...<<
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schrieb später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/231-232,239,241): >>... Ethnische Säuberungen sind immer mit Gewalt verbunden. Menschen geben ihre Häuser nicht freiwillig auf. Sie müssen verjagt werden, manchmal auf die brutalste Weise. Während aber im Krieg im allgemeinen bewaffnete Männer ihren Willen, ihre Maschinen und ihre Zahl aneinander messen, stehen sich bei der ethnischen Säuberung meist ein bewaffneter Täter und ein unbewaffnetes Opfer gegenüber, fast immer ein bewaffneter Mann und eine unbewaffnete Frau, ein Kind oder ein alter Mensch. Die Gewalt geschieht aus der Nähe und sie ist heimtückisch. ...<<
>>... Ethnische Säuberung umfaßt nicht nur die Deportation ganzer Völker, sondern auch die Auslöschung der Erinnerung an ihre Anwesenheit. Die physischen Überbleibsel der Nation werden als erste zerstört. ...<<
>>... An ethnischen Säuberungen ist nichts "Sauberes". Sie sind von Gewalt und Brutalität in ihrer extremsten Form durchsetzt. Ethnische Säuberung ist aber mit Verbrechen gegen das Eigentum, also Raub und Diebstahl, ebenso verbunden wie mit denen gegen Menschen, sowohl durch den Staat als auch durch Einzelpersonen.
Obwohl die Motive für die Vertreibungen primär politisch und ideologisch, nicht ökonomisch waren, herrschte in allen Fällen die Idee vor, die Opfer – Griechen und Armenier, Juden, Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren, Deutsche, Bosnier und Kosovo-Albaner – seien reich und überdies durch die Ausbeutung ihrer dominierenden Nachbarn reich geworden. Aus diesem Grund verdienten sie es, enteignet und beraubt zu werden. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.
Die Vertriebenen sind im Übrigen rassisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<
In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen.
Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Das Internationale Rote Kreuz berichtete Anfang August 1945 (x044/197): >>... Am 27. Juli 1945 traf im Berliner Westhafen ein Lastkahn ein, mit einer tragischen "Fracht" von 300 Kindern, halb tot vor Hunger.
Sie kamen aus Finkenwalde in Pommern. Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren lagen am Boden des Kahns, reglos, von Krätze zerfressen, die Gesichter vom Hunger verzerrt. Die kleinen Körper, die Knie und die Füße waren aufgeschwollen - typische Hungerödeme.<<
Probst Grüber schrieb am 7. August 1945 an den britischen Lordbischof von Chichester (x039/229): >>Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren, die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstraßen sterben und verkommen. - Tausende von Leichen spülen die Oder und die Elbe ins Meer. ...
Tausende von Leichen hängen in den Wäldern um Berlin. ... Tausende und Zehntausende sterben auf den Landstraßen vor Hunger und Entkräftung. ... Kinder irren umher, die Eltern erschossen, gestorben, abhandengekommen.<<
Die französische Regierung stimmte zwar den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands bezogen - nachträglich am 7. August 1945 zu, lehnte es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).
Der Bischof von Chichester berichtete am 17. August 1945 über die große Not im Deutschen Reich (x111/65): >>... Es besteht im Ausland offenbar ein völlig falscher Eindruck über die wahre Lage in Deutschland. Das Gewissen gebietet es uns, nicht länger zu schweigen. Die Wahrheit besteht darin, daß die Not im Reich von Tag zu Tag steigt und daß eine fürchterliche Hungersnot ausbrechen muß, falls nicht schleunigst Hilfe einsetzt. Wir hören von Rationen, die der Bevölkerung zugesagt worden sind; aber man verschweigt uns, daß diese nur auf dem Papier stehen und nicht zur Verteilung kommen. ...
Dies ist die Lage im Herzen des Reiches, aber sie verschlimmert sich täglich durch das Eintreffen von Strömen von Flüchtlingen aus den östlichen Teilen Deutschlands. Aus den Gebieten östlich der Oder vertreiben die Polen alle Einwohner nach dem Westen. Man muß diese Flüchtlinge gesehen haben, um beurteilen zu können, was über sie hereingebrochen ist. Es gibt keine Worte, um ihr Elend beschreiben zu können.<<
Der britische Unterhausabgeordnete Evans berichtete am 22. August 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/230): >>Gegenwärtig strömen 200.000 alte Leute, Frauen und Kinder jede Woche vom Osten nach Berlin hinein.
Sie sind heimatlos und besitzen nur, was sie auf dem Leibe tragen. Eine Frau schob in 2 Kinderwagen 6 Kinder fast 150 km weit. ...
Ist es das, wofür jene Herzen, die nicht zurückkommen werden, jene, die nicht alt werden, wie wir anderen alt werden, gekämpft haben und gestorben sind? ...<<

Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückte der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 sämtliche Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<

Am 8. September 1945 schrieb der Lordbischof von Chichester an den Berliner Probst Grüber (x039/229): >>... Ich fühle die Unmenschlichkeit der Vertreibungen aufs Tiefste mit Ihnen und habe bereits über diesen Punkt im Oberhaus gesprochen, indem ich ausführte, daß die Entwurzelung von Millionen aus rassischen Gründen unvereinbar sei mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben.<<

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtete am 15. September 1945 (x044/-197): >>... Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die Zwangsausweisung aus den Provinzen Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg unverändert weiter.

Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen.

Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

Die Briten ließen am 20. September 1945 auf dem Versuchsgut der Göttinger Universität in Friedland ein Grenzdurchgangslager für Flüchtlinge und Vertriebene errichten.

In einem "Merkblatt für Flüchtlinge", das am 5. Oktober 1945 in den britischen Auffang- und Grenzdurchgangslagern verteilt wurde, hieß es (x111/87): >>Sie befinden sich jetzt in der britisch besetzten Zone Deutschlands.

Helfen Sie den Behörden durch Befolgen der Anordnungen, damit Ihnen geholfen werden kann.

Sie werden zunächst registriert, ärztlich untersucht und desinfiziert.

Sie werden dann verpflegt und durch Sonderzüge oder Omnibusse in den Kreis gebracht, welcher Sie aufnimmt.

Nach Ankunft in Ihrer neuen Heimat müssen Sie sich melden bei Wohnungsamt, Polizeibehörde, Arbeits- und Ernährungsamt.

Ohne Befolgung dieser Anordnungen können Sie keine Lebensmittelkarten erhalten.<<

Robert D. Murphy, politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung, berichtete am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...

Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure in freundlicher, aber fester Haltung den ansässigen Tschechen erklärt haben, daß gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar

so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...<<
>>... Unser Wissen, daß sie Opfer harter politischer Beschlüsse sind, die von äußerster Rücksichtslosigkeit und Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt werden, mildert die Wirkung nicht. Die Erinnerung an Massendeportationen stellt sich ein, von denen die Welt entsetzt war und die den Nazis den Haß eintrugen, den sie verdienten. Die Massendeportationen, die von den Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh.
Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen.
Die Vereinigten Staaten kontrollieren allerdings nicht unmittelbar die Ostgebiete Deutschlands, durch welche diese hilflosen und ausgeraubten Menschen ziehen, nachdem man sie aus ihrem Heim gewiesen hat. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der polnischen provisorischen Regierung und in geringerem Maß bei der tschechischen ...
In Potsdam kamen die drei Regierungen überein, daß die Umsiedlungen in geregelter und humaner Weise durchgeführt und daß Polen und die Tschechoslowakei aufgefordert werden sollten, vorübergehend die Ausweisung von Deutschen einzustellen. Trotz offizieller Beteuerungen spricht doch alles dafür, daß man die beiden Punkte nicht beachtet hat, vor allem Polen nicht ...
Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und immer noch fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte.
Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die "geregelte und humane Umsiedlung" der Deutschen (x028/146-147): >>... Es war eine "Tragödie ungeheuren Ausmaßes", wie Churchill es sagte, die sich in Ostmitteleuropa nach dem Kriege abspielte, eine Schande, für die es keine Rechtfertigung gibt.
Wenn sich polnische und tschechoslowakische Wissenschaftler auf Artikel XIII. des Potsdamer Protokolls zur Legalisierung der Vertreibung berufen, so muß ihnen heute grundsätzlich das Recht, sich darauf zu stützen, abgesprochen werden, da die damaligen Regierungen Polens und die Tschechoslowakei fortdauernd – vor allem in der kritischen Zeit unmittelbar nach Potsdam – gegen Geist und Buchstaben dieses Artikels verstoßen haben.
Es mag dahingestellt bleiben, ob die Umsiedlung einer Bevölkerung, wenn sie international beaufsichtigt, graduell und "in geregelter und humaner Weise" durchgeführt wird, mit den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen vereinbar ist. Doch eine Aussiedlung von Menschen, die von Ausschreitungen und Unmenschlichkeiten begleitet wird wie die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, stellt in jedem Fall eine ernste Verletzung des positiven Völkerrechts dar – ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".
Man mag über die Möglichkeiten streiten, in der Umsiedlung ein Mittel zur Durchsetzung legitimer Zwecke zu sehen – wenn es etwa darum geht, einen Friedensschluß mit größerer Aussicht auf Dauer zu erreichen. Aber wenn solche Umsiedlungen über zwei Millionen das Leben kostet, dann verurteilt die Rechtswidrigkeit der Mittel unvermeidlich den Zweck.
Wenn damit in erster Linie natürlich ein Urteil über die Personen ausgesprochen ist, die in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien die Vertreibungen veranlaßten und durchführten, bleibt es dennoch für einen heutigen Amerikaner eine beschämende Tatsache, daß die Westalliierten den "Aussiedlungen", wenn auch mit Vorbehalten zustimmten und so für Not, Elend und Tod von Millionen Menschen mitverantwortlich wurden. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 18. Oktober 1945 aus München (x124/52-53): >>Auf den ersten Blick wirkt das, was britische Zeitungen über uns schreiben, zurückhaltender als die Berichterstattung der Amerikaner. ...
Die Briten, Churchill obenan, spielen nun die Entsetzten. Zuerst waren sie es, die den Ausverkauf Europas bedenkenlos vorangetrieben haben. Plötzlich stellten sie fest, daß die Bestialität nun erst recht triumphiert, daß die abscheulichen Konzentrationslager der Nazis gegenüber den landweiten Grausamkeiten heute nur Enklaven der Unmenschlichkeit gewesen sind, daß die polnische Gans an Überfütterung ersticken werde.
All dies sind Sprüche, die sie der Mitverantwortung an den Schrecknissen von heute in keiner Weise entheben. ...<<
Der britische Mathematiker und Philosoph Lord Bertrand Russell schrieb am 19. Oktober 1945 in der englischen Tageszeitung "The Times" (x149/108): >>In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Menschen auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen und schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten "Friedenspolitik". ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 8. November 1945 aus Bayern (x124/60): >>... Ausländer sind die Privilegierten im Lande. Deutsche werden von Haus und Heim verjagt. Sieger sitzen über Besiegte zu Gericht, aber Millionen werden im Osten zu Tode geschunden, Freiwild im eigenen Land. Niemand fragt danach.<<
Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtete am 3. Dezember 1945 (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.
Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungernde Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<
Der britische Philosoph Bertrand Russell berichtete am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/197): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...
Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekarrt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<
Papst Pius XII. forderte die Siegermächte am 24. Dezember 1945 auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<
Papst Pius XII. kritisierte ferner kollektive Strafzuweisungen (x025/157): >>... Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.
Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

Am 25. Januar 1946 stimmten sämtliche deutschen SPD- und CDU-Politiker der Länderregierungen in der britischen Zone, außer dem parteilosen Hamburger Bürgermeister, in Oldenburg gegen die Bildung von landsmannschaftlichen Flüchtlingsverbänden (x024/214): >>Die Bildung von landsmannschaftlichen Verbänden für Flüchtlinge, sowie von jeder anderen Vereinigung von Flüchtlingen, sollte für die ganze britische Zone nicht gestattet werden. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Verbot von landsmannschaftlichen Vertriebenenverbänden (x024/-214-215): >>... Mit dem Koalitionsverbot, daß die Besatzungsmächte bald darauf aussprachen, konnten sie somit zwei Seiten gefallen; einmal den deutschen Politikern, die im Fall der britischen Zone selbst darum gebeten hatten, und den osteuropäischen Vertreiberstaaten, weil diese sich durch die Bildung von Vertriebenenvereinigungen hätten provoziert fühlen können.
Den Vertriebenen wurde hier von seiten der Briten und Amerikaner jedenfalls erneutes Unrecht zugefügt.
Die Haltung der deutschen Politik zeigt die wohl allgemeine verbreitete Meinung, man könne sich die Schwierigkeiten vom Hals schaffen, wenn man nur den Betroffenen weder Möglichkeit zur Artikulation noch Macht zum Widerstand (Stärke durch Vereinigung) gäbe. Auch wenn dies nie ... offiziell geäußert wurde, lag doch gerade im Verbot von Vertriebenen-Vereinigungen der bequemste Weg, Konfrontationen und somit möglichen Konsequenzen auszuweichen.<<
Am 30. Januar 1946 kritisierten die katholischen Bischöfe die unmenschliche Massenaustreibung der Deutschen (x025/122): >>Die Austreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt. ...
Wir wissen, daß ... Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben. Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen?
Man soll die wirklich Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten? ...<<
Der EKD-Rat protestierte am 30. Januar 1946 ebenfalls gegen die brutalen Vertreibungsmethoden (x111/130): >>... Zu Tode erschöpft, halb verhungert und unterwegs bis aufs Letzte ausgeraubt, kommen die unglücklichen Opfer der Ausweisungen in Deutschland an und finden hier oft genug nirgends ein menschenwürdiges Unterkommen.<<
Im US-Senat wurde am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/-226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<
Die "New York Times" berichtete am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte.
Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung.
Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...<<
Am 12. Februar 1946 wurden in der britischen Besatzungszone alle ostdeutschen Landsmannschaften verboten (x024/212).
Am 28. Februar 1946 befanden sich nach amtlichen polnischen Angaben in den "Wiedergewonnenen Gebieten" erst 2.719.320 Polen; davon waren 992.000 Deutsche, die teils auf

Grund freiwilliger oder erzwungener Option als Angehörige des polnischen Volkes betrachtet wurden (x001/119E).
Der Ökumenische Rat der Vereinigten Staaten von Amerika verurteilte im Februar 1946 die UN-Organisation wegen des Ausschlusses der deutschen Vertriebenen und wies auf das Elend und die unsägliche Not der deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>... Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<
Churchill bedauerte am 5. März 1946 während seiner Rede in Fulton/Missouri erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>... Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist.
Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. ...
Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ...
Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte. ...<<
General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlug seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete deutsche Vertriebene und Kriegsgefangene in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).
In der britischen Zone wurden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten. Die US-Militärregierung ließ später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände verbieten.
Linus Kather, von 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen, schrieb später in seinem Buch "Die Entmachtung der Vertriebenen" über das Verbot aller Vereinigungen der deutschen Vertriebenen (x024/213-214): >>Eine Volksgruppe wurde unter Ausnahmerecht gestellt.
Diese Rechtlosstellung fand weder im deutschen noch im Besatzungsrecht eine Grundlage. Sie war um so verwerflicher, als sie sich gegen Millionen von Menschen richtete, die unverschuldet in eine einzigartige Notlage geraten waren und den Zusammenschluß zu gegenseitiger Hilfe noch nötiger hatten als alle anderen Volksteile.
Die selben Leute, die sich rühmten, das deutsche Volk zur Demokratie erziehen zu wollen, mißachteten eines der Grundprinzipien jeder wahren Demokratie.
Mehr noch als das Verhalten dieser Generäle interessiert die Rolle, welche die deutschen Parteien und ihre Prominenz bei diesem traurigem Geschehen gespielt haben. ...
Ich bin der Auffassung, daß die Auswirkungen dieses Verbots nicht hoch genug gewertet werden können. Die Vertriebenenbewegung und Vertriebenenpolitik wären in ganz anderen Bahnen verlaufen, wenn sie nicht gewaltsam gestoppt worden wären. Es wäre im Jahre 1946 fraglos gelungen, was später nicht mehr möglich war. Diese Jahre von 1946 bis 1948 ließen sich nicht mehr nachholen.
Der Elan des ersten Schocks wurde uns genommen und dafür landsmannschaftliche und parteipolitische Zersplitterung beschert. Es blieb uns ja nicht anderes übrig, als in die Parteien zu gehen, es gab keinen anderen Weg, wenn wir irgendwie an unsere Schicksalsgefährten herankommen wollten. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Unterdrückung der Vertriebenen durch die Besatzungsmächte im We-

sten (x024/204-205): >>... Im Vordergrund stand dabei die begründete Besorgnis, daß sich die Vertriebenen zu einem militanten Potential von Unzufriedenen im Westen entwickeln könnten, das eine Revision der Vertreibung fordern würde. ...
Den Vertriebenen traute man jedenfalls nicht über den Weg. Das beantwortet auch die Frage, warum ihnen die Alliierten untersagten, sich in Organisationen zusammenzuschließen und warum über das Geschehene der Vertreibung in den USA und in Großbritannien offiziell fast nichts berichtet wurde.
Ein weiterer Beweis für die internationale Ächtung der deutschen Vertriebenen war deren Ausschluß aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge durch die Vereinten Nationen, was ausdrücklich in der Charta der UNO-Flüchtlingsorganisation herausgestellt wurde. ...<<
Ein kirchliches Hilfswerk im Ruhrgebiet berichtete im Juli 1946 (x117/58): >>Der neunjährige Ostflüchtling Hans M. wurde von der Bahnhofmission aufgegriffen. Er hatte nur eine zerlumpte Hose an und besaß sonst kein Kleidungsstück. Nach seinen Angaben ist der Vater vermißt und die Mutter verstorben. Er hat keine Angehörigen und besitzt nichts. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den nicht selten bitteren Anfang der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/183): >>Auch wenn es unter den Einheimischen im Westen Männer und Frauen gab, die mit Tatkraft halfen, das Los der Ankommenden zu lindern, so muß doch festgehalten werden, daß das Zusammentreffen der Flüchtlinge mit den Einheimischen in der Regel enttäuschend war.
Von einer Welle der Sympathie zu den Betroffenen konnte wahrlich nicht die Rede sein. Es war schon bestürzend, wie gleichgültig und ablehnend sich Deutsche ihren Landsleuten gegenüber verhielten. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 2. August 1946 aus Bayern (x124/207-208): >>Dr. W. besucht, der recht deprimiert von einer Inspektionsreise durch die Flüchtlingslager zurückgekommen ist. ...
Die Kloaken rinnen in die Baracken, die Folge sei eine unausstehliche Mückenplage, die Waschgelegenheiten sind mehr als notdürftig, die Räume überbelegt. Niemand nehme sich der Kinder an, die wie junge hungrige Hunde in der Gegend umherstreunen. ...
Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat infolge des Flüchtlingszustroms von 1.500.000 auf 2.730.000 Menschen zugenommen. Die Briten haben den Zuzug nach dieser Provinz gesperrt. ...
Das Schwabinger Krankenhaus, das die Amerikaner beschlagnahmt haben, verfügt über 4.000 Betten. Nicht einmal ein Sechstel davon sind belegt, und unter den Kranken befindet sich nach unseren Begriffen kaum ein spitalfähiger Fall. Während in unseren Kliniken die Kranken auf den Gängen liegen, benutzen die Besatzer die Räume als Absteigquartier für ihre Fußballmannschaften. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 28. August 1946 (x124/226-227): >>Am Morgen schrieb ich den Bericht vom Todesmarsch der Saazer auf Matrize.
Mit jedem Blatt kroch mir das Grauen über die Greueltaten tiefer ins Blut. Hat bei Umstürzen dieser Art Bestialität immer einen Freibrief?
Als Schüler liebäugelte ich mit der Revolution; nun da ich einer mit knapper Not entgangen bin und einen winzigen Bruchteil von deren Protokollen aufarbeite, habe ich wohl lebenslang genug davon.
... Was wir tun, erlittenes Unrecht festzuhalten und menschliches Leid der Vergeßlichkeit zu entreißen, ist auf bescheidene Weise nützlich. Man sollte nicht nur von den Opfern der anderen sprechen. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 21. Oktober 1946 aus Bayern (x124/251): >>Die schwersten Sorgen drohen vom Flüchtlingsproblem und dieses dämpft spürbar das po-

litische Treiben, da auch der letzte Politiker inzwischen weiß, daß es hier um das nackte Überleben oder elende Zugrundegehen von einigen Hunderttausenden geht.
Im entlegensten Dorf können Sie heute Flüchtlinge finden; sie füllen die elenden Lager, die man uns überließ, in denen oft die Fensterscheiben fehlen und keine Öfen stehen, ohne daß viel Hoffnung besteht, hier Abhilfe zu schaffen. Auch für den, der ein Dach über dem Kopf hat, wird die Herbeischaffung des Lebensnotwendigen schwieriger. ...
... Wie schon in der letzten Kriegszeit bestimmen die Ausländer weitgehend das Straßenbild. Sie schauen nun viel besser gekleidet und genährt aus als wir, eine seltsame Oberschicht. ... Bewundernswert ist die urwüchsige Zähigkeit der ... Deutschen, die der Totalabstumpfung entgegenwirkt. ...<<
Die "New York Times" berichtete am 23. Oktober 1946 über den Fortgang der Vertreibung (x028/140): >>Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares.
Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die Vertreibung der Deutschen (x028/140): >>... Insgesamt wurden etwas 6 Millionen Menschen von den "organisierten Umsiedlungen" erfaßt, und wenn sich auch die ausweisenden Länder häufig nicht einmal an das von den westlichen Alliierten geforderte Mindestmaß an Proviant und menschliche Behandlung hielten, rettete doch die bloße Tatsache, daß man im Westen rechtzeitig wußte, wann ein Transport und wie viele Menschen ankommen würden, vielen Ausgewiesenen das Leben.
Hätte es die "organisierten Umsiedlungen" nicht gegeben, wären also alle Deutschen so brutal vertrieben worden wie im Jahre 1945, dann hätten die Verluste an Menschenleben nicht zwei, sondern drei Millionen und mehr betragen.<<
Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 hielten sich in den 4 Besatzungszonen - einschließlich Berlin – 9,6 Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf. 5,6 Millionen Deutsche stammen aus den deutschen Ostprovinzen und 4,0 Millionen sind Volksdeutsche.
In den westlichen Besatzungsgebieten registrierte man 5,9 Millionen Heimatlose (x111/235):
Britische Zone = 3,1 Millionen,
nordamerikanische Zone = 2,8 Millionen und
französische Zone = 78.300.
Die Sowjetische Besatzungszone und Groß-Berlin nahmen 3,6 Millionen bzw. 116.900 Flüchtlinge und Vertriebene auf.
Die höchsten Zuwanderungsquoten meldeten: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2 %, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).
Aufgrund der großen Wohnungsnot beschlossen die Briten im Herbst 1946, weitere Wohnräume zu beschlagnahmen (x021/465): >>... Die Notlage infolge des Wohnraummangels ist außerordentlich ernst. Zahlreiche Flüchtlinge und Evakuierte sind menschenunwürdig untergebracht. In den nächsten Wochen werden weitere Flüchtlingstransporte eintreffen. Bis zum Eintritt des Winters, also binnen sechs Wochen, muß die größtmögliche Ausnutzung aller verfügbaren Räume zu Wohnzwecken mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es wird daher angeordnet:
1. Sämtliche vorhandenen Wohneinheiten sind nochmals streng durchzuprüfen, um Räume für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderer unangemessen untergebrachter Personen verfügbar zu machen.
2. Wohnungsinhaber dürfen nicht zugleich über Wohnräume und über hinreichende Schlafräume verfügen. Das gilt besonders dann, wenn Küchen von einem Flächenraum von mehr als

10 Quadratmetern zur Verfügung stehen, Geschäftsräume, Läden, Gastwirtschaften, Lagerräume und andere für Wohnzwecke geeignete Räume sind gegebenenfalls für die Unterbringung von Flüchtlingen freizumachen.<<

Die "New York Times" berichtete am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei.

Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde". ...<<

Da alle Versuche, die rund 200.000 Flüchtlinge in ihre ostdeutsche Heimat zurückzuführen, an der strikten Weigerung der Sowjetunion scheiterten, forderte das dänische Außenministerium die Westmächte am 17. November 1946 auf, sämtliche internierten Flüchtlinge zu übernehmen (x153/55).

Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten beklagten in einem Rundschreiben vom 17. November 1946 die große Mitverantwortung an den Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x026/83): >>... Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand.

Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit an Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.

Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es sich um eine andere Regierung handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 21. Dezember 1946 (x124/277): >>... Die argentinische Regierung plant, 4.000.000 europäische Flüchtlinge aufzunehmen. ...

Eine Umfrage in Hamburger Schulen ergab, daß die Hälfte aller Mädchen noch nie eine Puppe gehabt hat und mehr als die Hälfte aller Kinder kein Bilderbuch kannten. 2 Drittel haben noch nie mit einem Buntstift gemalt – alles Dinge, die Kinder in anderen Zeiten, auch wenn sie aus armen Familien kamen, immer erfreuten.

Eines wußten aber alle: Wie man einen Kohlenwagen ausraubt und welche Ausreden man gebraucht, wenn man dabei erwischt wird.<<

Im Jahre 1946 transportierte man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kamen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen waren die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung starben.

Der Bayerische Staatskommissar für das Flüchtlingswesen registrierte im Jahre 1946 in der US-Besatzungszone insgesamt 1.111 Eisenbahnzüge mit 1,2 Millionen Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei. 661 Transporte gingen nach Bayern und 450 Transporte nach Hessen

sowie Württemberg-Baden. Ferner wurden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die man bereits 1945 nach Österreich ausgetrieben hatte, in die nordamerikanische Besatzungszone abgeschoben (x004/123).
Für Millionen von Heimatvertriebenen wurde das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Wesdeutschland sah man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchten. Alte Menschen hatten es besonders schwer, denn sie waren nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.
Im Westen unterschätzten die Nordamerikaner und Briten zunächst die gewaltigen sozialen Probleme der unmenschlichen Vertreibungsaktionen, so daß die deutschen Vertriebenen zunächst überhaupt nicht oder nur in Massenunterkünften untergebracht werden konnten. Zahllose geflohene und vertriebene Menschen mußten z.T. monate- oft sogar jahrelang in Wellblechbaracken der Flüchtlings- und Vertriebenenlager vegetieren. In den Behelfsunterkünften war es im Sommer oftmals sehr heiß, während im Winter gewöhnlich eisige Kälte herrschte. In den westdeutschen Besatzungszonen erhielten die Flüchtlinge und Vertriebenen vielerorts nur Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigungen, wenn sie Arbeit fanden.
Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen konnten in den Besatzungszonen nirgends ausreichend verpflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmerten. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmten damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft schien es nicht zu geben und an die Vergangenheit wollte niemand erinnert werden.
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/462-464): >>Die Deutschen, die aus ihrer Heimat verjagt worden waren, mußten nun in dem Rest von Deutschland heimisch werden. Doch welch ein Land war das, in dem die Vertriebenen und Flüchtlinge sich nun tastend und suchend zurechtfinden sollten. Es war ein Land, das ihnen düster und abwesend erscheinen mußte. Ein Land voller Trümmer und Elend, dieses vom Krieg geschlagene Deutsche Reich, fremdem Willen unterworfen, unterteilt in Besatzungszonen, an deren Grenzen die Soldaten der Sieger wachten.
Nie war ein Land schlimmer zerstört worden als das Deutsche Reich, in dessen Hauptstadt einst der totale Krieg ausgerufen worden war, der in eine totale Niederlage geführt hatte. ... In diesem Land, in das die Menschen des Ostens jetzt gewaltsam verfrachtet worden waren, mangelte es an allem, was Menschen brauchten, um überhaupt leben zu können: an Wohnraum, an Nahrung, an Kleidung.
Bombenangriffe und Kriegshandlungen hatten Millionen von Wohnungen in Deutschland vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Tatsächlich waren nur 6 von jeweils 10 Wohnungen übriggeblieben. Von diesen 6 Wohnungen, in denen Menschen noch menschenwürdig hausen konnten, hatten die Besatzungstruppen jeweils eine für ihre Zwecke beschlagnahmt. Also: die Einwohner der westlichen Besatzungszonen mußten jetzt mit der Hälfte des Wohnraums auskommen, über den sie vor dem Krieg verfügt hatten.
In diese Enge wurden nun auch noch Millionen hineingepreßt, die aus Pommern und Schlesien, Ost- und Westpreußen, aus Böhmen und Mähren und der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Jugoslawien verjagt und in die westlichen Besatzungszonen getrieben wurden. In diese Enge drängten sich aber auch Hunderttausende, die erst in die sowjetische Besatzungszone geflüchtet oder dorthin vertrieben worden waren, aber unter keinen Umständen unter einem kommunistischen Regime leben wollten und deshalb nach Westen weitergezogen waren. ...
Alle die Menschen, die nun kamen, brauchten ein Dach über dem Kopf, wenn sie nicht zugrunde gehen sollten. Sie brauchten Nahrung, sie brauchten Kleidung. Die Westdeutschen mußten in ihren Wohnungen enger zusammenrücken. Sie mußten das Wenige, das der Krieg

ihnen gelassen hatte, teilen. ...
... Manchmal weigerten sich Westdeutsche, ihren verjagten Landsleuten Platz einzuräumen, Zimmer freizugeben, Küchen und Keller mit den Fremden zu teilen. Gemeindeverwaltungen beschlagnahmten Wohnraum, und mancher der Vertriebenen, der sein Haus östlich von Oder und Neiße unter Drohung polnischer Maschinenpistolen verlassen hatte, zog jetzt in Begleitung britischer Soldaten, die ebenfalls mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, in das Zimmer ein, das der Westdeutsche nicht preisgeben wollte. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Ankunft der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/177-179):
>>Die ersten Begegnungen und Erlebnisse mit Deutschen im Westen bedeuteten für die Vertriebenen oft eine zusätzliche Belastung.
Von den Einheimischen wurden sie meist nur als unerwünschte Eindringlinge betrachtet. Sie waren das sichtbare Ergebnis des verlorenen Krieges. Sich um sie zu kümmern, war nicht mitmenschliches Bedürfnis, sondern lästige Pflicht. Von der großen Volkssolidarität – im Dritten Reich noch gerade groß propagiert – war mancherorts nicht viel zu spüren. Oft hatten gerade Mütter mit mehreren Kindern die größten Probleme bei der Aufnahme. Die Bauern auf dem Lande verfuhren auch hier nach dem Nützlichkeitsprinzip, und so waren sie nicht gerade begehrt. ...
Daß die meisten Vertriebenen kein Geld besaßen, weil ihnen alles abgenommen worden war, konnten viele Einheimische nicht verstehen und hielten diese Menschen daher für "Bettler".
... Von den 16 Millionen Wohnungen, die es in Deutschland 1939 gab, waren 5 Millionen völlig zerstört. 3 Millionen waren so schwer beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Es fehlte also die Hälfte des Wohnraums der Vorkriegszeit.
In dieses zerstörte Land strömten nun zusätzlich noch die Millionen der Vertriebenen. Auf die Einheimischen kamen damit Probleme zu, die ihnen anfangs fast unlösbar schienen. ...<<
Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlug am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder sollte verschwiegen werden (x153/53).
Die französische Besatzungsmacht erklärte sich am 3. Juli 1947 bereit, 150.000 deutsche Flüchtlinge, die sich noch in Dänemark aufhielten, zu übernehmen (x111/342).
Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19. September 1947 besetzten polnische Truppen am 5. November 1947 in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin. Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wurde im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).
Ende 1947 lebten ungezählte Heimatlose in notdürftig reparierten Behelfswohnungen, in ehemaligen Barackenlagern von Fremdarbeitern, in feuchten Kellern, schmutzigen Viehställen, Scheunen, Schuppen, Gartenlauben, in selbst errichteten Baracken aus Holz und Blech oder sie hausten in Höhlen und Erdbunkern. In manchen Kreisen und Gemeinden schien die Wohnungsnot unüberwindlich zu sein.
Trotz der Beschlagnahmung von Quartieren erhielten viele Flüchtlinge und Vertriebene nur Notunterkünfte in den zahllosen Lagern. Dort mußten sie wegen fehlender Wohnungen notgedrungen jahrelang hausen. Die Notunterkünfte wurden meistens am Rand der Ortschaften errichtet. Alle Behelfswohnungen waren damals vom Keller bis zum Dachgeschoß mit verzweifelten Heimatlosen vollgestopft. In den Massenunterkünften lebten Großeltern, Eltern und Kinder dichtgedrängt in einem Raum zusammen. Die von alliierter Seite zugebilligten 4 qm Wohnraum waren vielerorts nicht vorhanden. Die Vertriebenen besaßen im allgemeinen weder Betten, Stühle, Tische noch Schränke. Sie teilten ihre Quartiere häufig mit Decken oder Säcken ab, um wenigstens etwas Privatsphäre zu erhalten. In diesen Behelfsquartieren gab es

naturgemäß kein Ausweichen. Hier hausten alle in bitterer Armut und Not. Beleidigungen und Streitereien waren nicht selten an der Tagesordnung.
Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen hatten fast alles verloren, was Menschen verlieren konnten. Trotz alledem hörte man damals fast kein wehleidiges Klagen oder Jammern nach Mitgefühl. Ungeachtet der großen Hoffnungslosigkeit kämpften die Menschen zäh und verbissen um ihr Überleben.
Ein Kreisvertrauensmann der Flüchtlinge und Vertriebenen in Braunschweig schrieb im Jahre 1947 an den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen (x301/112): >>... Wir Flüchtlinge haben es gründlichst satt, uns noch weiter mit Redensarten abspeisen zu lassen. ... Man beläßt uns in Elendsquartieren, und hat man uns in Privatwohnungen eingewiesen, dann geht der Kampf mit dem Vermieter erst richtig los, weil man uns wieder an die frische Luft setzen möchte. Man nimmt uns stückweise das Mobiliar wieder weg und behandelt uns auch sonst wie lästige Ausländer. ...
Wir Flüchtlinge werden auf engstem Raume zusammengepfercht, wogegen es noch viele Einheimische verstehen, ... nichts von ihrer Wohnbequemlichkeit preiszugeben.
Haben wir Flüchtlinge allein den Krieg verloren oder das ganze deutsche Volk? Oder glaubt man, wir hätten im Osten keine Wohnkultur gehabt, die der hiesigen gleichzusetzen ist?
Man räumt uns keinen Keller- und Bodenraum ein. Man gestattet uns nicht einmal auf dem Hofe unsere Wäsche zu trocknen oder unser Holz zu hacken, man verbietet uns die Benutzung der Klosetts, man verschließt die Küchen, so daß wir Flüchtlinge nicht kochen können und wir uns das Wasser im Keller holen müssen, man will uns Gas und elektrischen Strom nicht benutzen lassen, trotzdem uns Kontingente eingeräumt sind, und tausenderlei andere Schikanen ersinnt man, um uns das Leben zur Hölle zu machen. ...<<
Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein berichtete im Jahre 1947 - mit Erlaubnis der britischen Militärregierung - über die Wohnungsnot der Flüchtlinge und Vertriebenen (x153/25): >>... Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst.
Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein.<<
Der britische Schriftsteller Victor Gollancz schrieb im Jahre 1947 in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" über die "geregelten und humanen Umsiedlungen" der Deutschen (x028/123): >>... Sofern das Gewissen der Menschlichkeit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben. ...
Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.<<
Die sowjetisch-polnische Grenze durch Ostpreußen wurde am 8. Juli 1948 ohne Zustimmung der westlichen Siegermächte "endgültig festgesetzt" (x028/241).
Der Flüchtlingsausschuß des Wirtschaftsrates gab am 30. August 1948 folgende Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen bekannt (x112/579): >>2,3 Millionen Ostpreußen, 0,6 Millionen Danziger, 3,1 Millionen Niederschlesier, 3,4 Millionen Oberschlesier, 0,9 Millionen Brandenburger, 1,0 Millionen Pommern, 0,3 Millionen Westpreußen, 1 Million Posener, 1,0 Millionen aus dem Warthegau, 3 Millionen Sudetendeutsche, 1,5 Millionen Deutsche aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.
Insgesamt werden 18,1 Millionen (Flüchtlinge und) Vertriebene verzeichnet, es sind nach Angaben des Flüchtlingsausschusses 11 Millionen in die drei Westzonen gelangt.<<
In einem Memorandum der französischen Militärmission schlug man den angloamerikanischen Siegermächten am 31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen

Deutschen - weitgehend eigentumslose Vertriebene - nach Übersee zu ermöglichen (x153/53).
Im Jahre 1948 kümmerten sich die Besatzungsmächte weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überließ. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa mußten in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" veränderten maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.
Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen war gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hatte, mußte sehen, wo und wie er unterkam. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen mußten vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kam es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand wollte die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden mußte man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.
Ein Zeitzeuge schrieb im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25): >>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<
Die gewaltsamen Beschlagnahmungen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führten vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" aus dem Osten wurden nicht selten mit bösartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen - wie z.B. "Kartoffelkäfer", Polacken usw. - begrüßt.
Fast alle "Neubürger" verloren während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten war überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen war es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht wurden, denn dort gab es kaum Ausbildungsplätze.
In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung mußten die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern leisteten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit.
Viele Frauen gingen nicht selten barfuß und hungerten für ihre Kinder. Sie mußten nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisteten außerdem unentwegt schwerste Aufräumungsarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sah man überall abgezehrte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigten Schutt, stapelten Klinkersteine aufeinander und sammelten jedes Stück Eisen oder Draht.
Nicht nur ungezählte Wohnungen lagen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer waren oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen waren unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nahmen fast alle politischen Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die Lebensverhältnisse der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/469): >>...
Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren die Elenden unter den Armen, sie hatten mehr verloren als die anderen Deutschen, sie trugen ungleich schwerer an der Last der Niederlage. Insbesondere sie hatten den Preis für den großen Krieg gezahlt.
Doch viele der Eingesessenen in Westdeutschland sahen auch dann noch, als die Verhältnisse sich allmählich zu normalisieren begannen, in den Vertriebenen nur eine Bürde, ungebetene Gäste, die ihnen die Arbeitsplätze streitig machten. Das Wort "Flüchtling" wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für "unerwünscht".
"Flüchtlingspack" johlten mancherorts die Kinder der Einheimischen hinter den Kindern der

Vertriebenen her, und in der Schule spotteten sie über die Bindfäden, mit denen die Jungen und Mädchen, die aus dem Osten gekommen waren, ihr armseliges Schuhwerk banden: "Schnürsenkel haben sie bei euch wohl noch nicht erfunden?"
So lebten die Vertriebenen in Not und Elend in einer oft ablehnenden manchmal sogar feindseligen Umwelt. Und das Ende des deutschen Unglücks war unabsehbar. Es schien sich vielmehr noch zu vertiefen – durch die Politik der Besatzungsmächte, die lange Zeit darauf abzielte, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes weiter zu schmälern. ...<<
Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter hielten sich am 31. März 1949 insgesamt 4,4 Millionen Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone auf (x009/131).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Flüchtlinge und Ostvertriebenen" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/131): >>In der Sowjetischen Besatzungszone werden Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und aus den osteuropäischen Ländern als Umsiedler oder Neubürger bezeichnet. ...<<
Am 9. April 1949 führte die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher". Nach langen Verhandlungen schlossen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzender wurde Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wurde.
Im August 1949 wurden in der gesamten sowjetischen Zone verstärkt Arbeiterfamilien für den Uranbergbau in den Erzgebirgskreis Aue zwangsweise umgesiedelt. Es handelte sich bei diesen "Umgesiedelten" vor allem um reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene.

Reichs- und volksdeutsche Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937), in den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland und in der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland (ohne Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsopfer):

	Verluste der einheimischen deutschen Zivilbevölkerung		Verluste der reichsdeutschen Zivilisten 2)	%	Nachkriegsverluste; insgesamt
Ostpreußen	277.400		5.500	14,4	282.900
Ostpommern	328.900		10.800	23,5	339.700
Ostbrandenburg	172.500		13.800	40,8	186.300
Schlesien	446.100		20.400	14,2	466.500
Deutsche Ostprovinzen	1.224.900		50.500	-	1.275.400
Memelland	28.100		300	21,0	28.400
Danzig	89.900		1.600	31,7	91.500
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	43.000		6.900	27,5	49.900
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	142.000		40.100	27,5	182.100
Polnische Gebiete	274.900		48.600	-	323.500
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	266.600		53.000	9,1	319.600
Estland, Lettland und Litauen	22.500		.	.	22.500
Jugoslawien	135.800		.	.	135.800
Rumänien	101.000		.	.	101.000
Ungarn	57.000		.	.	57.000
Baltikum und Balkan	316.300		.	.	316.300
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	885.900		101.900	-	987.800
Ost-Mitteleuropa	2.110.800	1)	152.400	-	2.263.200
Sowjetunion	350.000	3)	-	-	350.000
Mitteldeutschland (SBZ)	188.800	4)	-	-	188.800
Insgesamt	2.649.600		152.400	-	2.802.000
Zivile Kriegsverluste	(11.500)	5)	(430.000)	-	(441.500)

Quellen: l) "Statistische Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden vom 4.11.1959, S. 20 (x026/30).

2) Von der Flucht und Vertreibung direkt betroffene Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete, die aus den westlichen Reichsgebieten stammten. Diese Nachkriegsverluste wurden aufgrund der durchschnittlichen ostdeutschen Verlustquoten errechnet (2,5 % der direkt Betroffenen - x016/79).

H. Nawratil ermittelte z.B., daß die Verluste der zugezogenen Reichsdeutschen mit mindestens 220.000 Opfern anzusetzen sind (x025/75).

3) Zwangsverschleppung innerhalb der Sowjetunion (Verluste während des Zweiten Weltkrieges = ca. 239.000 Rußland-Deutsche - x026/31), Verschleppung von Zwangsrepatriierten aus dem Deutschen Reich in die UdSSR (Verluste = ca. 111.000 Rußland-Deutsche - x026/91). Nach Angaben der rußlanddeutschen Volksgruppe starben sogar über 400.000 Rußland-Deutsche (x026/31).

4) Im Jahre 1945 kamen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 115.000 Mitteldeutsche um. Von 1945-50 ereigneten sich in den SBZ-Konzentrationslagern außerdem über 65.000 Sterbefälle (x009/228). Weitere 8.800 mitteldeutsche Verschleppungsopfer ("Strafgefangene" und andere Zwangsarbeiter) starben in sowjetischen Deportationslagern (x026/63,91).

H. Nawratil schätzte, daß der sowjetische Einmarsch in Westpommern, Westbrandenburg und Berlin bereits etwa 240.000 Menschenleben forderte (x026/56).
5) Nach offiziellen Angaben starben in den Jahren 1939-45 im Deutschen Reich "nur" 441.500 deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen (x016/78).
Dr. G. Hümmelchen ermittelte jedoch später, daß allein während der anglo-amerikanischen Luftangriffe ca. 609.000 Deutsche getötet wurden (x051/364).
Die Verluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nach langjähriger Forschungs- und Untersuchungsarbeit durch Wissenschaftler und Experten des Statistischen Bundesamtes ermittelt.
Diese Statistiken, die man erst im Jahre 1959 veröffentlichte, gehören sicherlich zu dem bestgesicherten Zahlenmaterial der zeitgeschichtlichen deutschen Forschung. Bei diesen Ermittlungen setzte man bewußt nur Mindestverluste an, die nach Abschluß der Kampfhandlungen entstanden. Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach der Ankunft im besetzten Mittel- und Westdeutschland an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und Strapazen, an Hunger und Seuchen starben, wurden nicht berücksichtigt.
In den amtlichen Statistiken blieben auch die ungezählten Vergewaltigungsopfer (mindestens 2,0 Millionen Frauen und Mädchen), deren Leben durch die Sexualverbrechen lebenslänglich schwer belastet bzw. zerstört wurde, unberücksichtigt.
Wieviele deutsche Zivilisten auf der Flucht, durch Kampfhandlungen, Befreiungsverbrechen, Selbstmorde, Zwangsverschleppungen, Vertreibungsmaßnahmen oder langjährige Zwangsarbeit tatsächlich umkamen, wird man verständlicherweise niemals genau feststellen können.
KNAURS Lexikon (1953; S. 481) notierte, daß während der Flucht und Ausweisung etwa 2,5 Millionen Deutsche zugrunde gingen (x038/481).
Der Kirchliche Suchdienst München ermittelte im Jahre 1965 (sog. "Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals des deutschen Volkes in den Vertreibungsgebieten") für Ost-Mitteleuropa (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) rd. 2,3 Millionen Tote und ungeklärte Fälle (Verschollene). Da seit dem Kriegsende bereits Jahrzehnte vergangen sind, müssen die Verschollenen als umgekommen gelten (x025/248).
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die sog. Deutschen Vertreibungsverluste (x010/54): >>Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Verluste, ... ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen "ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete). Sie werden auch als "Nachkriegsverluste" bezeichnet.<<
Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) errechnete für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) insgesamt 2.220.000 Todesopfer (x037/60): Tote auf der Flucht, bei der Vertreibung und als Folge der Besetzung = 1.640.000 (766.000 Frauen und Mädchen, 555.000 Männer und 319.000 Kinder). Tote der sowjetischen Verschleppungsaktion = 580.000 (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder).
Im "dtv-Atlas zur Weltgeschichte" (1989; Band 2, S. 499) wurden die deutschen Vertreibungsverluste mit über 3,0 Millionen angegeben (x061/499).
Schlußbemerkungen: Bei den in Potsdam beschlossenen völkerrechtswidrigen Massenvertreibungen der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts endlich durch den Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen juristisch zu prüfen und zu ahnden. Da Völkermord oder

Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln in Ost-Mitteleuropa zur Verantwortung zu ziehen.
Die Vereinten Nationen müssen diese ungesühnten Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung endlich angemessen aufklären, die Schuldigen ermitteln und die unfaßbaren Geschehnisse ächten, um endlich die Ehre der geschändeten oder ermordeten Opfer und ihrer Hinterbliebenen wiederherzustellen.

Die alliierte Befreiungsmission in Mittel- und Westdeutschland

Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges

Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.
Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtete am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan berichtete am 19. Mai 1945 aus der US-Botschaft in Moskau (x116/35): >>Man kann getrost behaupten, daß kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewußt ist als die Führer der Sowjetunion.
Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs erwuchs, sehen sie in aller Klarheit, daß es die jetzt während des auf die Militäraktionen folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gewicht der Zukunft bestimmen werden.
Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden als alles im Fluß war. ...<<
US-General Eisenhower erklärte während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können.
Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<
Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.
Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Stalin hatte frühzeitig erkannt, was die westlichen Alliierten erst

noch mühsam lernen mußten und zunächst nicht einsehen wollten: "Wer Deutschland beherrschte, besaß auch den Schlüssel für Westeuropa".
Die Westmächte verloren bereits bei den Konferenzen in Teheran, Jalta und in Potsdam vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Nach der Potsdamer Konferenz verschlechterten sich die Beziehungen der Kriegsalliierten zusehends.
Der "Kalte Krieg" gegen die einstigen Verbündeten war kein Zufallsprodukt, denn Stalin benötigte den "Eisernen Vorhang", um ungestört den Beginn der sog. "Kommunistischen Weltrevolution" einzuleiten. Der "verhinderte Priester" Stalin verwirklichte damals konsequent seine politischen Pläne und installierte in allen "befreiten Ländern" kommunistische Gesellschafts- bzw. Terrorsysteme.
Die osteuropäischen Staaten waren trotz der großen Menschenverluste die eigentlichen Gewinner des Zweiten Weltkrieges. Sie konnten ihre Staatsgebiete z.T. erheblich erweitern.
Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.
Die Nordamerikaner zeigten zunächst nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die Nordamerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea, Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte.
Für diese schwerwiegenden Fehler mußte Nordamerika später in Asien "bitteres Lehrgeld" zahlen, denn die anschließenden Kriege gegen Nord-Korea von 1950-1953 und gegen Nord-Vietnam von 1965-1975 entwickelten sich zu den verlustreichsten Kriegen und "militärischen Niederlagen" der nordamerikanischen Geschichte.
Der kommunistische Führungsanspruch sowie die geistige und wirtschaftliche Isolierung Osteuropas führten in den folgenden Jahrzehnten zu dem größtenteils selbst verursachten sowjetischen Zusammenbruch, der letztlich im totalen Chaos endete und zur Teilauflösung der UdSSR führte.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267-269): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. Auch deshalb verloren sie schon in wenigen Jahrzehnten eine einmalige industrielle Vormachtstellung.
Das Territorium der USA hatte durch den Krieg nicht gelitten. Kein Haus war zerbombt, kein Zivilist durch Kriegseinwirkungen getötet, keiner zum Flüchtling gemacht worden. Die Nation, seit nun bald zweihundert Jahren nie mehr innerhalb ihrer Grenzen attackiert, fühlte sich im Vollgefühl ihrer Kraft. Ruinen und Leichen in Europa und Japan, doch der "American way of life" nahm seinen Lauf, die "Pax Americana", das "amerikanische Jahrhundert" - mit dem Kalten Krieg, dem Koreakrieg, Vietnamkrieg, Golfkrieg und einer Fülle anderer "Interventionen".
Zur Sowjetunion war das Verhältnis der westlichen Führungsmacht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder so schlecht, wie es etwa noch 1931 gewesen war, als Präsident Hoover, der Vater der "Politik der guten Nachbarschaft", "die Vernichtung der UdSSR" sein Ziel genannt hatte. Zwar erkannte Roosevelt 1933 die Sowjetunion rasch an - freilich nur, um sie gegen Japan auszuspielen. Zwar fühlte sich die Masse der US-Amerikaner mit ihr im Welt-

krieg eng verbunden. Doch bestand bereits neben dieser pro-russischen, scharf faschistenfeindlichen Richtung auch weiter eine antikommunistische Tendenz, ideologisch wie machtpolitisch motiviert, und sie setzte sich durch.
Schon während des ganzen Krieges hatten Deutsche und Amerikaner geheime, gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt: in Vichy, Bern, Stockholm sowie im Vatikan, in Staaten, nebenbei, die mit Hitlerdeutschland sympathisierten. Und bereits Ende 1944 glaubte US-Admiral Furer die Amerikaner "jetzt darauf vorbereitet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Krieg zur Beendigung aller Kriege noch nicht gekämpft worden sei"; erklärte US-General Arnold gegenüber dem britischen Luftmarschall Portal, "unser nächster Feind sei Rußland".
Und kaum war Roosevelt beerdigt, so beschloß man einen Tag danach, am 15. April 1945, seine Politik umzukehren. Es geschah in einer Sitzung von etwa 15 Personen im Außenministerium, an der auch Vertreter des Kriegsministeriums teilnahmen, auch ehemalige Bankiers, wie John McCloy, auch Senator Vandenberg und John Foster Dulles, Präsidenten der führenden Aktiengesellschaften, der Präsident von General Motors, kurz, Repräsentanten von Großbanken und Großindustrie, die längst einen Kurswechsel befürwortet hatten. Sie alle wünschten einen milden Frieden mit Deutschland, um dies als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen. Der Wechsel der amerikanischen Politik wurde eingeleitet, bevor ernsthafte Schwierigkeiten zwischen beiden Weltmächten bestanden. Und er wurde weder durch den Präsidenten noch den Kongreß sanktioniert. Er erfolgte außerhalb demokratischer Legalität.
Für Truman, einen erfahrenen Taktiker, jedoch ohne geistige Qualifikation, war die demokratische Mission der USA ebenso ausgemacht wie das Streben Moskaus nach Weltherrschaft. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme prahlte er, "daß die Russen bald auf ihren Platz verwiesen würden und daß die Vereinigten Staaten dann die Führung dabei übernehmen würden, daß die Welt so regiert werde, wie sie regiert gehöre".
Den Russen gegenüber benahm sich Truman immer unfreundlicher. Noch in der Schlußphase des Krieges hatte man versucht, sie von dem - zunächst so begehrten - Eintritt in den Krieg gegen Japan abzuhalten. Bei der Regierungsbildung in Italien und Griechenland wurden sie gar nicht mehr gefragt, ihre gewünschte große Anleihe von mindestens zehn Milliarden Dollar wurde ebenso übergangen wie schließlich jede zusätzliche Lend-Lease-Lieferung - während man dem Kriegsfeind Deutschland im ureigenen Interesse bald entgegenkam.
Es spricht für sich, daß Truman schon am 23. April 1945 seinem Kabinett erklärt, "wenn die Russen sich uns nicht anschließen wollen, dann sollen sie eben zur Hölle fahren".<<

Die Nachkriegsziele der Siegermächte

Die Westmächte entschieden den Zweiten Weltkrieg zwar militärisch, aber bei den Konferenzen in Teheran und Jalta verloren sie schon vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Die Anglo-Amerikaner beendeten damals Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch indirekt Stalins Terrorregime und ermöglichten die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche sowie die kommunistische Machtergreifung in den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und in Bulgarien.
Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat - bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen - die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.
Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.
Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich

wieder … den Zustand, wie er vorher war, herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg angeblich nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.
Angesichts der grauenhaften Verhältnisse, die man in den befreiten NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern erlebt hatte, reagierten vor allem die westlichen Siegermächte und die Weltöffentlichkeit schockiert und entrüstet, so daß die Deutschen zunächst keine Gnade erwarten konnten.
In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten.
Kontakte mit deutschen Zivilisten und deutschen Beschäftigten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Nordamerikaner verlangten keine Gebiete und verzichteten zunächst auf materielle Entschädigungen. In erster Linie sollten alle schuldigen Deutschen für die NS-Massenverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach der Entnazifizierung plante man, in Deutschland eine liberale Demokratie und privatkapitalistische Wirtschaftsformen zu errichten.
Die Briten wollten den wirtschaftlichen Machtfaktor Deutschland zwar ausschalten, aber Churchill war frühzeitig daran interessiert, die Deutschen wieder "auf die eigenen Füße" zu stellen, um die sowjetische Expansionsgefahr einzudämmen. Im Juli 1945 wurde die britische Außen- bzw. Deutschlandpolitik jedoch durch einen Regierungswechsel regelrecht gelähmt, weil die unerfahrenen Außenpolitiker der siegreichen Labour-Party den erfahrenen Churchill nicht ersetzen konnten. Die Briten unterstützten später vor allem die nordamerikanische Zentralisierungspolitik, da sie finanzielle US-Hilfen für die britische Besatzungszone benötigten (x148/14).
Die Franzosen forderten hartnäckig die Aufteilung des Deutschen Reiches, annektierten später das Saarland, schlugen die Bildung eines autonomen Rheinstaates bzw. Ruhrgebietes vor und widersetzten sich energisch allen Versuchen, die westdeutschen Zonen zu vereinigen, weil sie das Deutsche Reich langfristig schwächen wollten.
Stalin hatte die Prinzipien der Atlantik-Charta … formell akzeptiert. Diese Zusage hinderte den sowjetischen Diktator in den letzten Kriegsjahren jedoch nicht, die anglo-amerikanischen Verbündeten unentwegt zu hintergehen und schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Stalin, der bis zur deutschen Kapitulation fast alle angestrebten Expansionsziele verwirklicht hatte, war nicht bereit, besetzte Gebiete preiszugeben. Die argwöhnischen Stalinisten unterstellten den Kapitalisten naturgemäß Weltherrschaftspläne und setzten in den "befreiten Ländern" ihre bewährte gewaltsame Unterdrückungspolitik und aggressive Gleichschaltungsmaßnahmen durch.
Churchill warnte die Nordamerikaner zwar eindringlich davor, die besetzten mitteldeutschen Gebiete an die Sowjets abzutreten, aber US-Präsident Truman ließ die nordamerikanischen und britischen Truppen trotzdem aus Mitteldeutschland abziehen, weil er die vertraglichen Vereinbarungen unter allen Umständen erfüllen wollte.
Die 3 Siegermächte USA, Großbritannien und UdSSR beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Teile der mitteldeutschen Gebiete – mit ca. 7,0 Millionen Einwohnern - wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration SMAD verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands

führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...
Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone bzw. Sowjetzone, eine der vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millionen Einwohnern (1946).
Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen - ausgenommen West-Berlin. Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.
Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration SMAD. Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetische "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland SMAD mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ...
Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.
Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.
Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:
1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.
Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<
Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.
Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland,

sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.
Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<
Der sowjetische Spitzenfunktionär Andrej Shdanow, der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtete die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).
Der Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, Sir Brian Robertson, kritisierte später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...
Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<

Die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067 vom 26.04.1945
Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein.
US-Präsident Truman genehmigte am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wurde.
Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete (x156/30): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...
Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten
... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<
Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**
… Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitu-

lierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern. Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen Bevölkerung an. Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.
Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliardenschwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.
Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...): >>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**
Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen
... Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzen Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.
Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.
Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.
Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder, der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Etwa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen. ...
Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besatzer ihre Poli-

tik. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2008 (x887/...): >>**Nun sind die Engländer dran**

Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem letzten Weltkrieg ...

Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren. ...

Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.

Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelockert werden mußte.

Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besatzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militärregierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.

Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil.

Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus. 1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.

In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ verglichen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrunde gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Ausland gebracht.

Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr.
Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.
Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern. ...<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/…): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**
"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."
Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.
Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöllen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.
In der amerikanischen Regierungsanweisung ICG 1067 vom April 1945 heißt es*: "Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen."*
Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: "*Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."*
Die angloamerikanischen Ziele
Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor,* im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:
"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinter-

esse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."
In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:
"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland:
Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.
Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."
Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauerhaft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.
Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.
Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde. *"Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profitieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten." …*<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>**"Versteinertes Besatzungsrecht"**
Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"
… **Preußische Allgemeine Zeitung:** Auch widersprechen Sie der pauschalen These von der Befreiung Deutschlands 1945 und verweisen auf eine offiziell kaum bekannte US-Direktive JCS 1067. Was besagt denn diese ominöse Direktive?

Bandulet: Weder hat sich die Mehrheit der Deutschen befreit gefühlt, wie wir von vielen Zeitzeugen wissen, noch wollten die Siegermächte Deutschland befreien. Die These von der Befreiung verträgt sich ja auch schlecht mit der These von der Kollektivschuld. Nein, sie wollten das Land erobern. Auch Konrad Adenauer spricht in seinen Erinnerungen nicht von Befreiung, sondern von Besetzung.
Die von Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. März 1945 unterschriebene Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinten Stabschefs, legt in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest. Sie galt bis zum Sommer 1947. In Paragraph 4 der Direktive heißt es: "Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation." Und in Paragraph 5 wurde untersagt, den Wiederaufbau der Wirtschaft in die Wege zu leiten.
Preußische Allgemeine Zeitung: Führte das etwa dazu, daß der berüchtigte Morgenthauplan, der Deutschland ursprünglich in eine Wüste verwandeln sollte, keineswegs schon im Sommer 1945 begraben wurde, wie Sie behaupten?
Bandulet: Der genozidale Morgenthau-Plan wurde zwar nicht eins zu eins umgesetzt, ging aber in abgeschwächter Form in die Besatzungsdirektive JCS 1067 ein. Als diese am 10. Mai 1945 auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Truman unterzeichnet wurde, sprach Henry Morgenthau von einem "großen Tag". Er hoffe, fügte er hinzu, daß nicht jemand die Direktive "als den Morgenthau-Plan wiedererkenne". Tatsächlich war der barbarische Plan in den USA nicht unumstritten. Aber erst im Juli 1947 wurden die "Morgenthau-Boys", die Beamten aus dem Finanzministerium, die über die Durchsetzung von JCS 1067 wachen sollten, aus Deutschland abgezogen. Der Bruch mit Stalin und der heraufziehende Ost-West-Konflikt waren es, die Deutschland retteten. …<<
Schlußbemerkungen: Die US-Militärregierung veröffentlichte am 26. Mai 1945 die Hauptziele der Alliierten (x073/216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

Reparationen und Wiedergutmachung
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke Mittel- und Westdeutschlands demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.
Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldete am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen sollte (x043/-31): >>**Zertrümmerung des deutschen Industriestaates**
Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.
Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung

der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieeinrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" in Gernrode im Harz und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

Erich Weinert, Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland", berichtete am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.

Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<

Die SMAD ließ am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).

Am 23. Juli 1945 bestätigten die Sowjets die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).

Die SMAD befahl am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.

2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.

3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.

4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<

Die Proklamation Nr. 2. des Alliierten Kontrollrats löste am 20. September 1945 alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" wurden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften - (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:

1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<

In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer damals etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195).
Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.
Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein berichtete später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus. Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über.
Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktiengesellschaften", die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.
Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. ...<<
Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<
Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).
Am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).
Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten als Reparationen übernommen.
In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen. Bis 1947 wurden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).
Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schlossen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte. Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen wurde aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt (x111/172).
Am 25. Mai 1946 stoppte die nordamerikanische Militärregierung vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausblieben (x101/13).
Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gingen die mitteldeutschen SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über. Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG wurden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.
Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.

Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 % erreicht. ...<<

Ab 21. Oktober 1946 begann die sowjetische Aktion "Ossawakim". Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten wurden damals in die UdSSR deportiert (x116/146).

Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" konnten die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren. Später kamen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wurde nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schrieb einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzlichste aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.

Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.

Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner – Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.

Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.

Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten, illegal, aber geduldet, gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford … fest. ...<<

In Bremen protestierten am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weite-

ren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.
Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill im September 44 erörtert; es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.
In Jalta beschlossen die Alliierten im Februar 45 die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung von 20 Milliarden Dollar.
Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür … die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.
1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industrieplan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.
Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:
"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."
Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in des ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<
Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, forderte am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).
Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl würde man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. Dezember 1946 (x124/270): >>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.
Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen.
Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<
Die australische Regierung betonte am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen beabsichtige, möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien zu holen (x111/259).
Die Interalliierte Reparationsagentur berichtete am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen würden (x111/263).
Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).
Die deutsche Tageszeitung "Westfälische Nachrichten berichtete im Januar 1947 (x353/23): >>… Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.<<
Im ersten Halbjahr 1947 wurden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<
Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlichte am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM. Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören z.B. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<
US-Militärgouverneur Clay erklärte am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...
Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<
Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläuterten am 16. Oktober 1947 eine am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/379): >>... Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<
Die Demontageliste der britischen Zone umfaßte 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollten (x111/379).
In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisierten am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch

der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<
Am 6. November 1947 wurde die französische Demontageliste veröffentlicht. Diese Liste umfaßte 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke - davon waren 37 Werke der Rüstungsindustrie - in der französischen Zone (x111/386).
Die französische Regierung rechtfertigte am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellte fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.
Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<
Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen bzw. Kriegsentschädigungen aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betrugen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).
Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark, Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden Reichsmark, sonstige Leistungen, deutsche Patente etc. rd. 27 Milliarden Reichsmark und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden Reichsmark.
Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichteten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren könnte.
Die US-Zeitschrift "LIFE" schrieb am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>… Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...
Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden …
Die Operation … wurde 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<
Die interalliierte Reparationsagentur berichtete am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).
Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, berichtete am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<
In den Jahren 1945-49 mußten die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark zahlen. Im gleichen Zeitraum waren in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark für ehemalige verschleppte ausländische Zwangsarbeiter aufzubringen (x111/79-80).
Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Je-

wish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.
In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung
DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind
UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...
SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**
Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.
Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.
Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –
Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.
Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.
Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –
Insgesamt betrugen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<
Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit

dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.
Die deutsche Bundesregierung übernahm als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden Deutsche Mark als Vorkriegsschulden und bestätigte 6,9 Milliarden Deutsche Mark als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden Deutsche Mark Nachkriegsschulden wurden erlassen (x089/313).
Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).
Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg.
In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.
Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".
Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.
Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen. Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten". ...
Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern". ...<<
Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen Reparationsleistungen der SBZ in Höhe von: 69,95 Milliarden Deutsche Mark.

In diesem Betrag sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.
Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 Deutsche Mark je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**
Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.
Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und über 3.000 Optikspezialisten mußte er für die Sowjets arbeiten.<<
Die SED-Regierung lehnte am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jeglicher Form ab.
Was die Sowjets, Nordamerikaner, Briten und Franzosen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als sog. Reparationen aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland herauspreßten und raubten, übertraf fast die menschliche Vorstellungskraft.
Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten allein die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).
Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/-24).
Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214): >>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.
18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.
Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte, wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters etc.

Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...
Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...
Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<
In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es sich hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 handeln würde (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 11/1990 berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fällen**
Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an
Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt. ...
Moskau enthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.
Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.
Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.
Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.
Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden. ...
Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."
Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.
Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste

Katastrophe heraufbeschwört. ...
Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".
Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Mitteldeutschen sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727,2 Milliarden Mark. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1991: >>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**
Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...
Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**
Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann
... Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmans Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...
In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...
Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...
... Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**
Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.
Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenübersieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."
In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.
Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams, Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen

jüdischen Gemeinden, brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.
Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>**Es geht auch um viel Geld**
Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington. ...
Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.
Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...
Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".
Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung.
Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...
Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."
Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...
Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."
Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."
Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**
Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1999: >>**USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter**
Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.
Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.
Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>**Geklagt wird, wo was zu holen ist**
Die Anwälte der Zwangsarbeiter – raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"?
8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?
Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich, schrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.
Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekannten Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit. ...
Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune" schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".
Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...
Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an. ...
Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %. ...
Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspeisen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.
... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, de-

nen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.
Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark.
Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**
... Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:
"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...
Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.
Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**
Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen
... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.
Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.
Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnen sollte.
... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.
Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...
Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".
Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.
Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt

habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.
In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."
Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 1999: >>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**
... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...
Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll.
Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...
Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 11/2000 berichtete am 13. Januar 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**
Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.
Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg? …
Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.
Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt. …

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.
Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?
Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.
Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können. …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juli 2000: >>**Deutsche als Zwangsarbeiter**
Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, CDU, hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Januar 2001 (x887/...): >>**Objekte kriegerischer Begierde**
Westalliierte verletzten auch Haager Landkriegsordnung
Erst nach dem Sieg über den Gegner wird deutlich, warum Krieg geführt wurde
Wenn in Deutschland von Kunstraub und Beutekunst die Rede ist, spät genug kam dieses Thema auf's Tapet, war es noch jahrzehntelang von der politischen Klasse mit einem Tabu belegt - Dann klingt das Signalglöcklein: UdSSR; staatlich organisierter Kunstraub durch Trophäenbrigaden; Hunderte, ja Tausende von deutschen Gemälden, Zeichnungen, Kupferstichen, Museumsobjekten, Archivalien, Akten in russischen Kellern, meist unsachgemäß gelagert, dem Verfall preisgegeben, aber auch Nachlässe deutscher Dichter von Polen geraubt, historische Dokumente, deutsche Kunstwerke in Krakau.
Alles das hatten sich die damalige Sowjetunion und die Volksrepublik Polen völkerrechtswidrig angeeignet. Sie geben es bis heute nicht heraus, obgleich sie sich nach der Wende vertraglich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet hatten. …
Bisher glaubte man, nur die Sowjetunion und Polen hätten systematisch und von Staats wegen deutsche Kulturgüter geraubt. Die US-Amerikaner, die Briten und die Franzosen hingegen haben sich zurückgehalten. Zwar haben, was allgemein bekannt ist, einzelne Soldaten und Offiziere, ja, sogar nicht wenige Generäle der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Deutschland Kunstgegenstände und andere Preziosen gestohlen, doch galt und gilt solche Handlung als Diebstahl und wird auch geahndet, wenn man den Tätern auf die Spur kommt.
Sollte die Entlastung der westlichen Siegerstaaten ein Märchen gewesen sein? Sollten die Amerikaner und mit ihnen andere Staaten Europas in Wahrheit bis heute streng getarnte Raubzüge unternommen haben, um deutsche Kulturgüter als Reparationsleistungen zu konfiszieren, was nach internationalem Völkerrecht strikt verboten ist?
In Deutschland findet man darüber kaum Veröffentlichungen. Da weht der Zufall eine briti-

sche Fachzeitschrift … mit der Nummer 2/1998 auf den Schreibtisch, und man findet darin einen ausführlich und wohldokumentierten Beitrag des Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Dr. Klaus Goldmann, aus dessen Feder schon manches Buch und mancher Sachkundige Aufsatz über Kunstraub stammt …
Darin meldet der renommierte Wissenschaftler begründete Zweifel an der Behauptung an, daß Tausende von hochrangigen Ausstellungsstücken der Berliner Museen und Hunderte von Kunstwerken Berliner Galerien tatsächlich den Kriegsereignissen zum Opfer gefallen sind. Er meint, zahlreiche Indizien dafür zu haben, daß sie sich "in der westlichen Hemisphäre" befinden, wie er sich zurückhaltend ausdrückt. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 20. Januar 2001 (x887/...): >>**Über Amerikaner spricht man nicht**
Auch Westalliierte verletzten Haager Landkriegsordnung
Von den 3.500 archäologischen Fundstücken aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, unersetzliche Dokumente der europäischen Geschichte, fanden die Sowjets in Kisten 1.500 im Flak-Turm, darunter der "Schatz von Troja", den Schliemann gefunden hatte und der heute in Rußland als "Beute" auf seine Rückkehr nach Deutschland wartet. Wo sind die übrigen 2.000 Objekte?
Die Skulpturen-Galerie vermittelte einen Überblick über die Bildhauerkunst vom 9. bis zum 19. Jahrhundert. Ein Teil davon ist tatsächlich, da nachweislich im Flak-Bunker, verbrannt, ein Teil wurde von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben. Die wichtigsten Skulpturen aber fehlen.
Die von Klaus Goldmann, Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, angeführten Verluste sind nur einige Beispiele aus der riesigen Anzahl von vermißten deutschen Kulturgütern. Die deutschen Museumsdirektoren haben sich bisher damit begnügt zu erklären, diese Objekte seien dem Krieg zum Opfer gefallen, wobei manche durchaus wissen dürften, daß das keineswegs für alle verschwundenen Stücke gilt.
Man weiß sehr wohl in Fachkreisen, in welchem Land man nach ihnen suchen müßte. Nur gilt es als politisch unkorrekt, gegenüber unseren Freunden in den USA solche Feststellungen öffentlich zu treffen. Die Reaktionen sind also ähnlich wie in der Zeit vor der Wende in der DDR, als es auch niemand wagen konnte, öffentlich zu erklären, welche immensen Kunstschätze von der UdSSR in Deutschland geraubt worden sind.
Während in der DDR tatsächlich ein Enthüller Leib und Leben, mindestens aber seine Existenz riskiert hätte, wäre ein altbundesrepublikanischer Museumsfachmann, der auf die USA als wahrscheinlichen Kunsträuber hinweist, zwar einem politischen Druck ausgesetzt, doch brauchte er nicht zu befürchten, seine berufliche Position zu verlieren oder Schlimmeres zu gewärtigen. Trotzdem hält man lieber den Mund. Und eine Arbeit wie die hier referierte des Dr. Goldmann muß im Ausland erscheinen! …
In seiner Eröffnungsrede am 8. Februar 1946 vor dem internationalen Militärtribunal von Nürnberg sagte der sowjetische Hauptankläger, daß nach Artikel 56 der Haager Landkriegsordnung von 1907 "jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung ... von Werken der Kunst und Wissenschaft" verboten sei und "geahndet werden" solle. Allerdings beschuldigte er zusammen mit seinem alliierten Kollegen nur Deutschland der Verstöße gegen diese Vorschrift. Zur selben Zeit raubten, wie jetzt bekannt geworden ist, nicht nur Stalins Armeen systematisch deutsche "Werke der Kunst und Wissenschaft".
Als im Mai 1945 die deutschen Streitkräfte kapitulierten, begann eine lebhafte Diskussion vor allem in den Vereinigten Staaten, ob man tatsächlich auf das Eigentum von Museen und von Privatleuten zum Zwecke der Reparationen zurückgreifen sollte.

Am 6.11.1945 traf in Verfolgung des Planes, Kunstwerke als Reparationsgüter zu beschlagnahmen, aus Washington beim Direktor der amerikanischen Sammelstelle für deutsche Kunstwerke und Wissenschaft in Wiesbaden, Capt. Walter Ings Farmer, der Befehl ein, unverzüglich 202 alte Meisterwerke aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum zusammenzupacken und in die USA zu schaffen, um sie "sicherzustellen".
Diese Gemälde gelangten tatsächlich in die USA, zunächst mit der klaren Zweckbestimmung, daß die USA sie sich aneignen wollten. Als das in der Öffentlichkeit bekannt wurde, behauptete man, es handele sich bei den Gemälden um "Nazi-Raubgut".
Da aber wandten sich die meisten der in Europa eingesetzten amerikanischen Kunstschutzoffiziere in einem offenen Brief an die amerikanische Regierung, sich nicht des völkerrechtswidrigen Kunstraubes schuldig zu machen. Ihnen schlossen sich US-Politiker an, so daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den USA einige Jahre später alle Gemälde an Deutschland zurückgegeben wurden, nachdem sie in mehreren Städten in den Vereinigten Staaten ausgestellt worden waren.
Während des Krieges wie auch in den ersten Jahren nach Kriegsschluß beteiligten sich alle Siegermächte ernsthaft an den Verhandlungen über die Frage, ob man Kunstwerke und andere wertvolle Objekte der Kultur den Deutschen wegnehmen sollte als Kompensation für eigene Kriegsverluste an Kulturgütern, wobei sich die Frage aufdrängt, für welche Verluste die USA sich "entschädigen" wollten. Das Thema blieb auf der Tagesordnung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland. Allerdings kam es zu keiner Einigung der Alliierten über die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt und umgesetzt werden sollte.
Goldmann schließt seinen umfangreichen, in englischer Sprache gehaltenen Beitrag in einer britischen Fachzeitschrift mit den Sätzen: "Alles in allem erscheint es dem Autor dieses Aufsatzes außerordentlich bemerkenswert, daß die meisten dieser 'kulturellen Ziele' - gemeint sind die Kunstwerke, die als geplante Beute der Sieger auf den Restitutionslisten standen, die schon vor Abschluß des Krieges von allen Seiten auf Listen erfaßt worden waren, sofort in verschiedenen Kanälen verschwanden.
Diese verschiedenen Wiedergutmachungskanäle sind geheim geblieben bis heute. Das bemerkenswerte Verschwinden und das Schicksal dieser in den meisten Fällen ebenso einmaligen wie kostbaren Werke ist ein Mysterium. Wer aber hält den Schlüssel zu den Schatzkammern in der Hand, die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis unter das Dach gefüllt worden sind?"
Goldmann läßt durchblicken, daß die von ihm gefundenen Dokumente, daß Zeitungsberichte und daß Zeugenaussagen den begründeten Schluß zulassen, daß sofort nach dem Kriege US-Sondereinheiten die im Deutschen Reich vorhanden gewesenen kompletten Verzeichnisse der ausgelagerten Kunstwerke manipuliert haben. Dabei konnten sie der Hilfe von Direktorialbeamten der Berliner Museen sicher sein; gemeinsam veränderte man Bestandslisten, um zu verhindern, daß mit Hilfe der Unterlagen die Sowjets sich der Kunstwerke usw. bemächtigten. Dabei dachten die Berliner Verantwortlichen, daß die Kunstwerke in amerikanischer Hand sicher wären.
Als sie jedoch nach Übernahme durch die amerikanischen Truppen verschwanden, erklärten die amerikanischen Stellen, sie seinen verbrannt oder zerstört. Dazu Goldmann: "Damit aber waren die Objekte tot, und forthin suchte niemand mehr, auch nicht in amerikanischen Museumsmagazinen, wo sie erst nach hundert Jahren von 1945 an gerechnet gezeigt werden dürfen."
1985 brachte das Fernseh-Magazin "Report" einen Bericht über nach dem Krieg illegal in die USA verbrachten deutschen Kunstschätze. Reporter hatten einige der angeblich am Kriegsende vernichteten Kunstwerke in amerikanischen Museen ausfindig gemacht. Im Bundestag stellte daraufhin die SPD-Abgeordnete Konstanze Wegner die Frage an die damalige Bundes-

regierung, welche Bemühungen sie unternommen habe, um diese auf völkerrechtswidrige Weise in die USA gelangten Kunstwerke nach Deutschland zurückzuholen.
Der Staatsminister Hoyer antwortete ausweichend und behauptete, die Fernsehsendung sei "einseitig, verkürzt und lückenhaft" gewesen. Er vertrat die Ansicht, die US-Regierung habe zu keinem Zeitpunkt "völkerrechtswidrige Beutepolitik" in Deutschland verfolgt. Goldmann kommentiert: "Diese Feststellung scheint nach den hier dargestellten Zusammenhängen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten zu entsprechen."
Es dürfte an der Zeit sein, die Bundesregierung zu fragen, was sie zu unternehmen gedenkt, um die völkerrechtswidrig auch in die USA gelangten deutschen Kulturgüter zurückzubekommen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...): >>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.
Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes.
... Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.
Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschätze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.
Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangene den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.
Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu entwaffneten feindlichen Streitkräften erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.
So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>**"Versteinertes Besatzungsrecht"**

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung

Deutschlands seit 1945"

… Preußische Allgemeine Zeitung: Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde.

Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

Preußische Allgemeine Zeitung: Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt.

Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. …<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

… Obwohl die Bundesrepublik 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft. Die berüchtigten UN-Feindstaatenklauseln wurden nicht gestrichen. Somit bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt. Die Regierung um den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kämpfte noch um Souveränitätsgewinne. Auch aus den Reihen der SPD waren damals noch patriotische Töne zu hören. Im Laufe der Jahrzehnte verstummten diese Stimmen gänzlich. Bandulet zitiert in seinem Buch zustimmend den britischen Historiker Niall Ferguson, der die von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein "einvernehmliches System von Kriegsreparationen" nannte.

Immer wieder belegt Bandulet Einflußnahmen der US-Regierung auf die aktuellen Geschehnisse in Europa. Beim Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2010 habe Bundeskanzlerin Merkel zunächst noch vorgehabt, sich an die Kriterien des Maastrichter Vertrags zu halten, der eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung ablehne: "Dann klingelte das Telefon aus Washington, Merkel wurde von Präsident Obama bearbeitet - und fiel um. Seitdem läuft die vertragswidrige Euro-Rettungsmaschinerie."

Die Ausplünderung der Bundesrepublik geht weiter. Weil das Land, wie es Buchautor Bandulet belegt, zwar formaljuristisch "frei" sei, aber geistig-moralisch immer noch gefangen ist. "Die tonangebenden europäischen Eliten betreiben planmäßig eine Politik, die darauf hinausläuft, im Zeichen des Multikulturalismus die Homogenität der Nationalstaaten zu unterminie-

ren." Die Abschaffung Deutschlands - das Hauptziel dieser Politik. Und alles mit deutschem Geld.
Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten, 19,95 Euro<<
Schlußbemerkungen: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**
Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere
Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zerschlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands seit 1945" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervorgetan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.
"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiere sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.
Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. Daß der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders gewesen sei, wird bis heute behauptet. Bandulet verweist dies ins Reich der Fabel. Es sei nach Kriegsende nicht im Sinne der Besatzer gewesen, aus Deutschland ein wirtschaftlich florierendes Land zu machen.
Der Durchschnittsbürger ist nicht reich
Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag. Die Nettozahlungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. Die Rechnung für die Aufnahme von Afrikanern und Arabern ist nach oben hin offen: Bisher fehle es an seriösen Kalkulationen, was die Flüchtlingskrise kosten werde.
Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro.
In den ersten beiden Nachkriegsjahren sind rund 60 Prozent der deutschen Staatseinnahmen an die Besatzer abgetreten worden. Neben dem Staatsvermögen wurde auch Privatvermögen im In- und Ausland konfisziert. Es floß nicht nur Geld, auch Waren wurden transferiert. Reparationen, die einem unterlegenen Staat auferlegt werden, stehen im Einklang mit dem Völkerrecht. Die Enteignung privater Sachvermögen und Guthaben ist dagegen schlicht und ergreifend Diebstahl, macht Bandulet bewußt.
Im Laufe der Jahrzehnte habe sich das System der Transferleistungen verändert. Der Zwang der unmittelbaren Nachkriegszeit sei einem Prinzip der Freiwilligkeit gefolgt. Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten

Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". …<<

Entnazifizierung und Umerziehung der Deutschen in Mittel- und Westdeutschland

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen.

Die Außenminister Eden (Großbritannien), Hull (USA) und Molotow (UdSSR), beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Während der "Moskauer Konferenz" vereinbarten sie bereits die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher.

In der Schlußerklärung der "Moskauer Konferenz" hieß es (x106/291): >>... Sobald irgendeiner in Deutschland gebildeten Regierung ein Waffenstillstand gewährt werden wird, werden jene deutschen Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Nazipartei, die für die ... Grausamkeiten, Massaker und Exekutionen verantwortlich gewesen sind oder an ihnen zustimmend teilgehabt haben, nach den Ländern zurückgeschickt werden, in denen ihre abscheulichen Taten ausgeführt wurden, um gemäß den Gesetzen dieser befreiten Länder ... vor Gericht gestellt und bestraft zu werden.<<

Die "New York Times" forderte im Oktober 1944 drastische Entnazifizierungsmaßnahmen (x114/2.133): >>... Schuld und damit Verantwortung für Nazismus und Militarismus haben alle Deutschen.<<

Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche - vermeintliche "Werwolf-Angehörige".

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 außerdem in Berlin-Hohenschönhausen das "Speziallager Nr. 4" ein. Hier wurden durchschnittlich ca. 2.000 Berliner Häftlinge interniert (x126/163).

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.

Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 in Kraft (x111/25): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

Im Mai 1945 errichteten NKWD-Einheiten im Dorf Weesow - nordöstlich von Berlin - ein sowjetisches Internierungslager. Das Internierungslager Weesow wurde danach überwiegend als Durchgangslager genutzt (x126/168).

NKWD-Einheiten richteten danach Ende Mai 1945 in der ehemaligen Landesstrafanstalt

Bautzen das "Speziallager Nr. 3" ein. Die deutschen Häftlinge kamen hauptsächlich aus den sowjetischen Internierungslagern Mühlberg, Torgau und dem NKWD-Gefängnis Magdeburg (x126/182).
In London begann am 1. Juni 1945 eine internationale Konferenz mit Teilnehmern aus 16 Nationen, um eine Kriegsverbrecherliste zu erstellen.
Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnte im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<
Eine US-Informationsschrift berichtete im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93): >>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.
So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.
Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!
Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.
Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren.
Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.
... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...
Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die Propaganda-Meldungen des sowjetischen Chefhetzers Ilja Ehrenburg (x046/184-185): >>... Wir wissen heute, daß die Meldungen über Greueltaten der Nationalsozialisten in der westlichen Welt wohl Eingang

gefunden haben, dort aber nicht ohne weiteres geglaubt wurden. …
Für die sowjetische Propaganda, der es darum zu tun war, von den eigenen Untaten abzulenken, ergab sich in dieser Hinsicht ein reiches Betätigungsfeld. Ehrenburg, wie erwähnt, war frühzeitig mit der Aufgabe betraut worden, die Öffentlichkeit in den USA und in Großbritannien den sowjetischen Einflüsterungen geneigt zu machen. Als prominenter sowjetischer Jude erschien er auch besonders prädestiniert, um als Bindeglied der Sowjetunion zu den so einflußreichen Juden in den USA zu fungieren. ...
In seinen Erinnerungen berichtet er, er habe im Sommer 1943 den Auftrag erhalten, "an die amerikanischen Juden ein Schreiben über die Bestialitäten der deutschen Faschisten" zu richten, um die "dringende Notwendigkeit" einer baldigen Zerschlagung Deutschlands, das heißt - darum ging es konkret - einer baldigen Eröffnung der zweiten Front zu unterstreichen.
In eben diesen Lebenserinnerungen versuchte Ehrenburg seine Haßorgien gegen die Deutschen mit folgendem Argument zu begründen: "Ich bekam Seife in die Hände, die aus den Leichen jüdischer Füsilierter hergestellt worden war. 'Rein jüdische Seife' war darauf gestempelt." Und dann ganz beiläufig: "Doch wozu daran erinnern. Tausende von Büchern sind darüber geschrieben worden." …
Diese bis in unsere Tage hinein kolportierte und geglaubte sowjetische Propagandabehauptung entbehrt jedoch jeder Grundlage, und selbst das israelitische Dokumentationszentrum Yad Vashem in Jerusalem sah sich im Jahre 1990 zu einem Dementi veranlaßt, indem es erklärte: "Es gibt kein Dokument, das beweist, daß die Nazis aus menschlichem Fett Seife gemacht hätten." Der Fall beweist nur, wie langlebig Legenden sein können und mit welcher Vorsicht Beschuldigungen aufzunehmen sind, die ihren Ursprung in den trüben Quellen sowjetischer Propaganda und zumal in den Schreibereien von Ilja Ehrenburg finden. ...<<
Bischof Clemens August Graf von Galen erklärte am 1. Juli 1945 vor katholischen Pilgern (x268/44): >>... Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2005 über den deutschen Bischof Clemens August Graf von Galen (x887/...): >>**"Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe"**
Vehement wandte sich der "Löwe von Münster" gegen die Kollektivschuldthese
Wenn man heute es so darstellt, als ob das ganze deutsche Volk und jeder von uns sich schuldig gemacht habe durch die Greueltaten, die von Mitgliedern unseres Volkes im Kriege begangen sind, dann ist das ungerecht. Wenn man sagt, das ganze deutsche Volk und jeder von uns sei mitschuldig an den Verbrechen, die in fremden Ländern und im deutschen Land, die vor allem in den Konzentrationslagern begangen sind, so ist das gegen viele von uns eine unwahre und ungerechte Beschuldigung ...
Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt ... Drum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greueltaten in den Konzentrationslagern!"
Solche Worte, heute gesprochen, würden dem Verfasser den Ruf eintragen, er gehöre in die rechte Ecke und damit zu den Unanständigen. Dabei steht der Kardinal Clemens August Graf von Galen heute in hohem Ansehen - weniger wegen der Ansichten, die er am 1. Juli 1945 in Telgte vertreten hat und nicht nur hier, sondern in den darauf folgenden Monaten immer wieder, als wegen seines in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland mit Nachdruck in aller Öffentlichkeit erhobenen Protestes gegen Maßnahmen der damaligen Staatsführung.

Daß er genau so mannhaft und ohne Rücksicht auf sein persönliches Schicksal Ungerechtigkeiten, Grausamkeiten, Verbrechen der Sieger angeprangert hat, das ist heute weithin unbekannt. ...
Als die Plünderungen durch marodierende Fremdarbeiterbanden immer mehr zunehmen, mahnt von Galen den Chef der Militärregierung in Westfalen, daß die Sieger mit der Macht auch die Pflicht übernommen hätten, für die öffentliche Ordnung zu sorgen sowie Leben und Eigentum vor unnötiger Gewalttat, Zerstörung und Plünderung zu schützen. Er verlangt, die britische Besatzungsmacht solle nicht länger die Vergewaltigungen und Plünderungen der Fremdarbeiter dulden, und er kritisiert, daß auch amerikanische Soldaten "aus Übermut" plündern.
Einen Monat später schreibt er an den britischen Kommandanten: "Der Befehl Generals Eisenhowers, sich der Gewalttaten und Plünderungen zu enthalten, wird vielfach nicht beachtet. Fast täglich kommen an mich bittere Klagen aus verschiedenen Teilen des Bistums Münster über neue Gewalttaten, Morde, Ausschreitungen der freigelassenen Kriegsgefangenen und der Fremdarbeiter."
Am 1. Juli 1945 predigt der Bischof bei der Wallfahrt der Katholiken von Münster nach Telgte. Dabei beläßt er es nicht bei geistlichen Ermahnungen, sondern er beschäftigt sich wieder mit den Kollektivschuldvorwürfen gegen das deutsche Volk und mit den Gewalttaten umherziehender Banden von Fremdarbeitern. "Darum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortliche für die Greueltaten in den Konzentrationslagern.
Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden."
Daraufhin wird er zur britischen Militärregierung zitiert. Der britische Oberst wirft ihm vor, er habe mit solchen Sätzen die Militärregierung vor dem deutschen Volke herabgesetzt und das Vertrauen zu ihr untergraben. Dadurch sei die angestrebte Erziehung des deutschen Volkes in Frage gestellt. Bischof von Galen bleibt bei seiner Haltung, erklärt vier Tage später lediglich, daß ihm die englische Militärregierung erklärt habe, sie sei "weit davon entfernt, sich in ihren Maßnahmen von Haß oder Rachsucht leiten zu lassen".
Im August 1945 schreibt der Bischof an Papst Pius XII. und schildert ihm die verzweifelte Lage Deutschlands - von den Kollektivbeschuldigungen über den Bruch der Genfer Konvention gegenüber den deutschen kriegsgefangenen Soldaten, über "rücksichtslose Vertreibung der Deutschen Bevölkerung aus Heimat und Besitz", über die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland. Und er warnt, daß dadurch der Boden bereitet werde für die "Siegeszukunft der bolschewistischen Ideen weit über die Grenzen der russischen Besatzungszone hinaus". ...
Am 16. März 1946 spricht er zum letzten Mal öffentlich in Münster. Die Ansprache wird vom Westdeutschen Rundfunk übertragen. Er sagte unter anderem: "Trotz der heldenmütigen Tapferkeit unserer Soldaten" sei "unser deutsches Vaterland" zusammengebrochen. "Trotzdem steht das, was unsere Soldaten in treuer Pflichterfüllung getan haben, immer und wird für alle Zeiten vor uns stehen, als ein Heldentum, als eine Treue und Gewissenhaftigkeit, die wir rühmen, die wir anerkennen. Das möchte ich vor allem den Soldaten sagen, die hier sind, und denen sagen, die noch nicht hier bei uns sind ..."
Am 22. März 1946 stirbt der Kardinal, nicht nur von den deutschen Katholiken betrauert. Er wird im Hohen Dom zu Münster beigesetzt.<<
Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisierten am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bay-

ern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.
Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmt-berüchtigte Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.
Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:
"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "überarbeiten". Geprügelt wurden selbst diejenigen Internierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."
Während in einigen – nicht in allen – US-Lagern ehemalig "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten Verhörmethoden beschäftigen.
Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".
In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck … im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<
Am 3. August 1945 ordnete die SMAD die "Demokratisierung" der mitteldeutschen Schulen an (x111/59): >>Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten brachten dem deutschen Volke Frieden und Befreiung von der Hitler-Knechtschaft. Deutschland beschreitet die Bahn des Wiederaufbaus und der Errichtung eines antifaschistischen demokratischen Systems. ... Die Schule muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen.<<
US-General Eisenhower erklärte am 6. August 1945 während einer Ansprache an das deutsche Volk (x111/60): >>Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu machen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeder Er-

scheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort: jede Möglichkeit, Krieg vorzubereiten, wird in Deutschland beseitigt.
Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ...<<
Feldmarschall Montgomery berichtete am 6. August 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Besatzungszone (x111/60): >>Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazi-Partei und ihrer angeschlossenen Verbände restlos zu verwirklichen. ...<<
Die 4 Siegermächte beschlossen am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" diente.
Zur Ahndung von NS-Straftaten wurden im "Londoner Statut" vom 8. August 1945 die völkerrechtlichen Begriffe "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert.
NKWD-Einheiten übernahmen am 12. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Im "Speziallager Nr. 2" wurden zunächst Häftlinge aus den NKWD-Gefängnissen Weimar, Erfurt, Jena und Arnstadt interniert (x126/172).
Walter Ulbricht berichtete später über die Internierung von Sozialdemokraten und anderen politischen Gegnern (x111/69): >>... Die Gegner der Einheitsbewegung wurden isoliert.<<
Am 16. August 1945 wurde das sowjetische Internierungslager Weesow aufgelöst. Das sowjetische Internierungslager Weesow durchliefen ca. 10.000 deutsche Häftlinge. Von Mai bis August 1945 starben dort etwa 1.000 Häftlinge (x126/168). Die letzten 2.000 Häftlinge mußten zu Fuß in das ehemalige KZ Sachsenhausen marschieren.
In Mitteldeutschland erließ die SMAD am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Sämtliche Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder mußten sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen. Viele wurden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als "Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Entnazifizierung" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/111): >>Grundlegend für die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone war das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung erfolgte
a) gemäß Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12.1.1946 - als wirtschaftliche und berufliche Maßreglung - durch "Entnazifizierungskommissionen";
b) gemäß Kontrollrats-Gesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 ... - als gerichtliche Bestrafung - durch "Sonderstrafkammern" der Landgerichte, die auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 gebildet wurden.
Befehl 201 brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfere Strafen gegen Schuldige. Die Entnazifizierung war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmaßnahmen zu tarnen, vor allem in Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die Enteignung in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nie veröffentlicht. ...<<
NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 das ehemalige "Juden-KZ" Jamlitz bei Lieberose. Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz wurden später ca. 6.000 deutsche Häftlinge in 8 Barackenkomplexen interniert (x126/74).
NKWD-Einheiten übernahmen im September 1945 außerdem das ehemalige NS-Kriegsgefangenenlager "Stalag IV B" auf der Mühlberger Flur, nördlich von Riesa. Das Lager Mühlberg bestand aus ca. 60 Holzbaracken. Im sowjetischen "Speziallager Nr. 1" wurden später

durchschnittlich 12.000 deutsche Häftlinge interniert (x126/111).
Die 4 Hauptankläger der Siegermächte überreichten am 18. Oktober 1945 dem Alliierten Kontrollrat im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin die Anklageschrift zur Aburteilung der deutschen Hauptbeschuldigten.
Den Angeklagten wurden "Verbrechen gegen den Frieden", Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zur Last legt (x116/88): >>Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ... Großbritannien, ... Amerika, die französische Republik erheben Anklage ...<<
In Frankfurt wurde am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.
Im Begleittext des Films hieß es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.
Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –
Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greueltaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".
Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<
Am 20. November 1945 begann in Nürnberg der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wurde in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.
Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson begründete am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<
Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautete wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben …
a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;
b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche

Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.
c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.
Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<
Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinten, erklärte die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<
Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson beantragte am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).
Die britische Militärregierung veröffentlichte am 22. November 1945 folgende "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<
Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<
Papst Pius XII. warnte am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<
Die Besatzungsbehörden verstärkten am 5. März 1946 durch das Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" die systematischen Entnazifizierungsmaß-

nahmen.
In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 hieß es z. B. (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.
(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<
Am 13. Mai 1946 wurde der Prozeß gegen das Bewachungspersonal des KZ Mauthausen beendet. 58 Angeklagte wurden zum Tod verurteilt. 3 Angeklagte erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen (x111/168).
Ein FDJ-Funktionär rechtfertigte am 8. Juni 1946 während einer Veranstaltung in Brandenburg an der Havel die Einbeziehung von christlichen Jugendlichen in die FDJ (x111/177): >>... Ihr seid ja dumm, wir müssen die Kirchen erst an uns ziehen, um so leichter können wir ihnen den Schnorchel umdrehen!<<
Die "Neue Zeitung" berichtete am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.
In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.
Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.
... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...
Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.
Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen anerzogen ist ...
Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<
Ein US-Militärgericht fällte am 16. Juli 1946 in Dachau im sog. "Malmedy-Prozeß" die Urteile gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler".
Die Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 9. August 1946 über die "Ausgerichtete Literatur" (x111/203): >>Wenn wir von einem kulturellen Beirat hören, den die Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone sich angegliedert hat, um eine gewisse Planung im Verlagswesen durchzuführen, so drängt sich uns der nicht unbegründete Argwohn auf, hier solle im Fahrwasser der Reichsschrifttumskammer und ihrer verschiedenen Dienststellen zur Förderung arteigenen Schrifttums, nur unter umgekehrtem Vorzeichen, eine

Art Einheitsliteratur herangezüchtet werden.
Erich Weinert, der seit kurzem die propagandistisch wirksamsten Zweige der Volksbildung unter seine Fittiche genommen hat, läßt sich die Verlagsprogramme einreichen und empfiehlt nun, sekundiert von einem eigens ausgewählten Gremium zuverlässiger Parteigänger, welches für die Gegenwart besonders wichtige Schrifttum in der Verlagsproduktion zu bevorzugen und welches unerwünscht sei. ...<<
Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614): >>... Auch das Programm der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...
Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, versuchten das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt", wie sie ihn sahen, umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.
Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung. ...<<
Am 1. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet.
12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden zum Tod durch den Strang verurteilt.
Rudolf Heß, Walter Funk und Erich Raeder erhielten lebenslange Freiheitsstrafen.
Baldur von Schirach, Albert Speer, Konstantin Freiherr von Neurath und Karl Dönitz erhielten 10- bis 20jährige Freiheitsstrafen.
Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen.
Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stufte man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.
Die sowjetische Anklagevertretung lehnte damals alle Freisprüche ab und forderte die Todesstrafe für Heß.
Der US-Anklagevertreter Robert Kempner schrieb am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Das Nürnberger Urteil ist von einem unabhängigen Gericht nach vorbildlich geführter und minutiöser Verhandlung gesprochen worden, und von historischer Bedeutung in Gegenwart und Zukunft.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim schrieb später über die "Nürnberger Prozesse" (x051/424-425): >>Nürnberger Prozesse, Verfahren vor dem Internationalen Militär-Tribunal gegen Göring und andere sowie zwölf Verfahren vor amerikanischen Militärgerichtshöfen

gegen ehemalige führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches aus Politik, SS, Polizei, Justiz, Ärzteschaft, Wirtschaft und Wehrmacht wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen.
Der erste Nürnberger Prozeß war das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher, das auf dem von Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR am 8.8.45 unterzeichneten Londoner Abkommen beruhte. Sitz des Gerichts war Berlin; als Verhandlungsort wurde jedoch Nürnberg bestimmt. Die Signatarmächte ernannten Richter und Hauptankläger. Der Präsident des Gerichts, der Engländer Lord Lawrence, wurde von den Richtern aus ihrer Mitte gewählt.
Mit Anklageschrift vom 6.10.45 erhoben die vier Hauptankläger Jackson, USA, de Menthon, Frankreich, Rudenko, UdSSR, und Sir Shawcross, Großbritannien, Anklage gegen 24 Personen: Göring, Heß, Ribbentrop, Neurath, Raeder, Dönitz, Keitel, Jodl, Ley, Rosenberg, Frick, Schirach, Kaltenbrunner, H. Frank, Funk, Streicher, Sauckel, Seyß-Inquart, Speer, Bormann, Papen, Schacht, G. Krupp, Fritzsche sowie sechs Organisationen oder Gruppen wie SS, SA, Generalstab und OKW, Reichskabinett, Führerkorps der NSDAP, Gestapo und SD.
Als der Prozeß am 20.11.45 im Justizpalast in Nürnberg begann, fehlten drei Angeklagte: Ley hatte nach Zustellung der Anklage Selbstmord verübt, Bormann war nicht gefunden und Krupp wegen Gebrechlichkeit für verhandlungsunfähig erklärt worden. Gegen Bormann wurde jedoch in Abwesenheit verhandelt.
Das amerikanische Magazin "TIME" berichtete im November 1945 über die Nürnberger Prozesse (x353/37): >>… Was immer für Gesetze die Alliierten für die Zwecke des Nürnberger Prozesses aufzustellen versuchten, die meisten dieser Gesetze haben zur Zeit, als die Taten begangen wurden, noch nicht existiert. Seit den Tagen Ciceros ist eine Bestrafung ex post facto von den Juristen verdammt worden.<<
Das Verfahren dauerte zehn Monate. Durch Urteil vom 1.10.46 verhängte das Internationale Militär-Tribunal gegen Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyß-Inquart und Bormann die Todesstrafe, Heß, Funk und Raeder wurden zu lebenslänglicher Haft und Dönitz, Schirach, Speer und Neurath zu zeitigen Freiheitsstrafen von zehn bis 20 Jahren verurteilt. Schacht, Papen und Fritzsche sprach das Gericht frei.
Der Alliierte Kontrollrat bestätigte sämtliche Urteile. Die Todesurteile wurden mit zwei Ausnahmen am 16.10.46 vollstreckt; Göring hatte kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begangen, Bormann blieb verschollen.
Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, weitere Prozesse vor dem Internationalen Militär-Tribunal durchzuführen, wurde nicht weiterverfolgt. Durch Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20.12.45 ermächtigten die Gouverneure der vier Besatzungszonen vielmehr die Besatzungsbehörden, zur Aburteilung von Kriegsverbrechern "geeignete Gerichtshöfe" zu schaffen. In der amerikanischen Zone wurden in Nürnberg die zwölf weiteren Nürnberger Prozesse durchgeführt. …
Das letzte Urteil erging am 11.4.49. …
Parallel zu den Nürnberger Gesetzen liefen zahlreiche weitere Kriegsverbrecher-Prozesse vor Militärgerichten der Besatzungsmächte gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 und vor Gerichten in den ehemals von der Wehrmacht besetzten Ländern.
Alle diese Verfahren, insbesondere die Nürnberger Prozesse, sind in der Folgezeit als "Sieger-Justiz" bzw. "Willkür-Justiz" kritisiert worden, da deutschen Juristen die Mitwirkung versagt blieb. Vor allem die rückwirkende Einführung von Straftatbeständen, wie z.B. Verbrechen gegen den Frieden, und die Ausklammerung alliierter Kriegsverbrechen haben das Ansehen der Nürnberger Prozesse beschädigt, die zudem bei Kriegsverbrechen nach dem Zweiten

Weltkrieg nicht als erhofftes Vorbild dienten, insbesondere nicht wenn Großmächte involviert waren.
Gleichwohl sind der moralische Wert und der historische Nutzen der juristischen Aufarbeitung durch die Nürnberger Prozesse und die spätere Ludwigsburger Zentralstelle nicht zu überschätzen.<<
Robert H. Jackson (1892-1954, US-Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen) erklärte am 26. Juli 1946 (x353/58): >>… Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar.<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 22. Januar 1948 über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse: >>**Nürnberger Recht**
Wir haben zu vielem, was In Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen.
Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, daß man, sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wußten, daß unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind - es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozeß festgestellt hat. Wir haben auch geschwiegen, als der Ankläger zur Verteidigung dieses Verfahrens vor dem, Gericht eine ausweichende Aussage machte.
Wir haben zu den Methoden jenes Herrn Kempner geschwiegen, den der angesehenste Journalist. Europas, Herr Öeri, in den "Basel" Nachrichten" einen Menschenjäger nannte, ohne daß dem - soweit wir wissen - öffentlich widersprochen worden sei.
Aber jetzt, nachdem sechs deutsche Anwälte des Krupp-Prozesses im Gerichtssaal verhaftet worden sind, jetzt, da die gleiche Verhaftung dem Rechtsanwalt Achenbach droht, wenige Tage bevor der Fall seines Mandanten zur Verhandlung kommt, jetzt können wir nicht mehr schweigen. Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Anklagebehörde, sondern um das Gericht. Wir wollen nicht, noch einmal uns den Vorwurf machen lassen, daß wir feige zusehen, wenn, unserer Meinung nach das Recht verletzt wird …
Wir, die wir Hitler, und sein Drittes Reich immer gehaßt, wir, die wir gefordert haben, daß die Schuldigen des Nazisystems streng bestraft werden sollen, wir sehen uns gezwungen, dafür einzutreten, daß in Nürnberg Recht geschieht.
Sechs deutsche Anwälte sind verhaftet worden. Nach dem amerikanischen Gerichtsverfahren ist dies zulässig - in Deutschland geschah das gleiche nur von den Sondergerichten des Dritten Reiches. Aber handelt es sich in Nürnberg eigentlich um ein Gericht der Vereinigten Staaten? Das Tribunal des Milch-Prozesses hat dies bejaht.
Andere Nürnberger Militärgerichte stehen auf dem Standpunkt, sie seien internationale Gerichte, die vom Alliierten Kontrollrat eingesetzt sind. Dennoch spricht, bei jedem in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten eröffneten Verfahren der Gerichtsmarschall jedes der nur von amerikanischen Richtern besetzten Gerichte vor Beginn jeder Sitzung, neben der Fahne der Vereinigten Staaten stehend, die Worte: "Gott schütze die Vereinigten Staaten von Amerika." Wenn aber diese Gerichte trotzdem international sein sollen, könnte dann nicht auch deutsches Recht in dem Verfahren berücksichtigt werden?
… Sollte nicht die Rechtsfindung höher stehen als eine Verfahrensordnung, und sollte man nicht darüber - hinwegsehen, wenn untadelige, deutsche Anwälte in begreiflicher Erregung zu Gunsten ihrer Mandanten die amerikanische Gerichtsordnung dem Buchstaben nach verletzen?

Der amerikanische Anwalt *Carroll* hat dem Frankfurter Vertreter der *New York Herald Tribune* gegenüber erklärt, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seien eine "tragische Verhöhnung der amerikanischen Justiz". Wir hoffen, daß der Antrag, den er beim *Supreme Court* der Vereinigten Staaten stellen will, diese Prozesse für ungültig zu erklären, wenigstens dazu führen wird, daß von hoher unparteiischer Stelle die Methoden der Anklagebehörde überprüft werden, damit das deutsche Volk Vertrauen zu den Nürnberger Verfahren gewinnen kann …<<

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers schrieb später über den "Nürnberger Prozeß" (x243/154): >>Im Gericht saß das bolschewistische Rußland, als Staat totaler Herrschaft der Herrschaftsform nach nicht anders als der nationalsozialistische Staat. Es war also ein Richter beteiligt, der das Recht, auf dem das Gericht begründet werden sollte, faktisch gar nicht anerkannte. ...

Das Nürnberger Verfahren war im Effekt ein einmaliger Prozeß von Siegernächten gegen die Besiegten. ... Nicht Recht wurde begründet, sondern das Mißtrauen gegen das Recht gesteigert.<<

Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Partei gewesen sind. Diese eine Streitpartei ist Schöpfer der Gerichtsverfassung, Ankläger und Richter.

Die USA haben bisher verlangt, daß die Richterbank mit Neutralen unter Zuziehung von Vertretern aller Streitparteien besetzt werde. Wie im Internationalen Gerichtshof im Haag.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<

Am 16. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Gefängnis zehn deutsche Hauptkriegsverbrecher gehängt, während Hermann Göring kurz vor der Hinrichtung Selbstmord beging. Die Asche der Leichen wurde anschließend "in alle Winde" zerstreut.

Konrad Adenauer schrieb am 22. Oktober 1946 (x095/53): >>... Im übrigen begrüße ich das Nürnberger Verfahren als einen völkerrechtlichen Fortschritt, allerdings unter der Voraussetzung, daß in Zukunft derartige Verfahren gegenüber allen Kriegsverbrechern angewendet werden und man sich nicht darauf beschränkt, einmal ein solches Verfahren an dem zerschlagenen Deutschland zu statuieren. ...<<

Im Oktober 1946 wurde das sowjetische Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen aufgelöst. Von Mai 1945 bis Oktober 1946 starben im sowjetischen Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen mehr als 3.000 deutsche Häftlinge (x126/163). Mindestens 10.000 Häftlinge durchliefen dieses Lager.

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen ab 18 Jahre wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es war die Zeit der "Persilscheine", die rastlose sog. Jagd nach Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrand-

markt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".
In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!
Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.
Der Fragebogen mit seinen ... 133 zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...
Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<
Am 17. Februar 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Ketschendorf aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen internierte man in den sowjetischen Internierungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg. Von Mai 1945 bis Februar 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).
Am 24. März 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Torgau aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert. Von September 1945 bis März 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).
Die Zeitschrift "Der Ruf" wurde am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen Leugnung gültiger Erkenntnisse vorübergehend - bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter - verboten.
Im April 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert. Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, starben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).
Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...
Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.
... Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.
Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<
Im September 1947 wurde das sowjetische Internierungslager Frankfurt/Oder aufgelöst. Etwa 500 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Sachsenhausen transportiert. Von

Mai 1945 bis September 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Frankfurt/Oder etwa 1.000-2.000 deutsche Häftlinge (x126/136).
Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ermahnte am 6. Dezember 1947 während einer Rede in Stuttgart die Sozialdemokraten, kein krankhaftes Schuldbewußtsein zu entwickeln und keine Kollektivschuld zu pflegen (x268/223): >>... Um unserem Volke ein gutes und gesundes Selbstbewußtsein zu geben. ...<<
Landesbischof Theophil Wurm, Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands, kritisierte am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<
Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wurde am 28. Oktober 1948 in Nürnberg der OKW-Prozeß bzw. der sogenannte "Geisel-Prozeß" gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Jugoslawien, Albanien und Griechenland beendet.
2 Angeklagte wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhielten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle sprach der US-Militärgerichtshof frei.
Der Nürnberger OKW-Prozeß wurde in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigte (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden insgesamt 41 deutsche Wehrmachtsgenerale des Heeres, der Luftwaffe und der Marine durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).
Am 30. November 1948 wurde das sowjetische Internierungslager Fünfeichen aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht. Von Juli 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).
Im November 1948 wurde das sowjetische Internierungslager Mühlberg aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht. Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).
Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird …
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe ge-

richtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord, physische, auch kulturelle, Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.
Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. …
In Artikel 6c der Satzung des Internationalen Militär-Tribunals vom 8.8.45 … wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.
Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.
1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht gemäß § 220a des Strafgesetzbuches nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<
Marschall Wassili Tschuikow, von 1949-52 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der Sowjetischen Besatzungszone und Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR, teilte dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195).
Im Februar 1950 wurde das sowjetische Internierungslager Bautzen - mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen - von der Volkspolizei übernommen. Im sowjetischen Internierungslager Bautzen wurden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert. Von Mai 1945 bis Februar 1950 kamen hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Im Februar 1950 wurde auch das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge wurden von den DDR-Behörden übernommen und in das Zuchthaus Waldheim transportiert. Im sowjetischen Internierungslager Buchenwald wurden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert. Von August 1945 bis Februar 1950 kamen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173).
Die Toten wurden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wurde am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportierte man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim. Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert. Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten

wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Die 20jährige ehemalige BDM-Jungmädelführerin Eva F. berichtete später über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<
Eva F. wurde schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.
Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen, Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.
Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 2. April 1990 über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht.**
In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.
Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf. …
Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.
Ketschendorf war damals überall. Assistiert von diensteifrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenerschießungen. …
Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Morgen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und bediente sich dabei makabrerweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen. …
"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."
Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Festnahme

von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".
Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.
Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.
Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatzte Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzündung erkrankte, starb unausweichlich." …
Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind. …
Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch mehr inhaftiert worden sind." …<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die Internierungslager in der Sowjetischen Besatzungszone (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar - Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge, Sachsenhausen bei Brandenburg - Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge und Mühlberg/Elbe - Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge. Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.
Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...
Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...
Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...
Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<
Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiteten die westdeutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft wurden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1,0 Millionen Mitläufer, 1,2 Millionen Entlastete und 4,0 Millionen Fälle von Jugendamnestie.<<
In Waldheim begannen am 26. April 1950 die sog. "Kriegsverbrecherprozesse". Bis Juli 1950 wurden in der DDR 3.324 Verfahren abgewickelt. 33 Angeklagte verurteilte man zum Tod. 146 Personen erhielten lebenslängliche Haft. 1.901 Verurteilte mußten für 15-25 Jahre ins Zuchthaus. 947 Angeklagte wurden zu Haftstrafen von 10-14 Jahren verurteilt. 295 Personen erhielten bis zu 9jährige Haftstrafen. Nur 4 Angeklagte sprach man frei (x126/218).
In der Nacht zum 4. November 1950 wurden die in Waldheim zum Tod Verurteilten durch

den Strang oder die Guillotine hingerichtet (x126/219).
Der deutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke berichtete später über die Waldheimer Prozesse (x126/216-218): >>Ein Volksschullehrer etwa wurde angeklagt, weil er – ohne daß ein individueller Schuldvorwurf erhoben worden wäre – die Schulkinder "im nazistischen Ungeist erzogen" haben sollte: 12 Jahre Zuchthaus.
Ein Journalist, Wirtschaftsredakteur der Wochenzeitschrift "Das Reich" wurde nur darum verurteilt, weil er das gewesen war: 12 Jahre Zuchthaus.
Ein Pfarrer bezichtigt, "die Nürnberger Rassegesetze gefördert" zu haben, indem er Kirchenbuchauszüge für den von Nazibehörden geforderten sogenannten Ariernachweis ausgefertigt hatte: 15 Jahre Zuchthaus.
Ein Angehöriger der Waffen-SS, Kriegsfreiwilliger, an Kriegsverbrechen nicht beteiligt, wurde nach 4 Jahren Internierung wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation verurteilt: 15 Jahre Zuchthaus.
Einem als Treuhänder nach Polen verpflichteten Wirtschaftsjuristen wurde "Ausplünderung der polnischen Wirtschaft" vorgeworfen: 25 Jahre Zuchthaus.
Ein ehemaliger Landrat in Ostpommern und späterer Bürgermeister in Mecklenburg erhielt "wegen Unterstützung der Nazi-Herrschaft" lebenslanges Zuchthaus, ohne daß ein konkreter Schuldnachweis auch nur versucht worden wäre.
Der ehemalige Oberstaatsanwalt Wilhelm Rode, der niemals mit politischen Strafsachen befaßt war, teilte seine Verurteilung in einem Brief aus Waldheim ... mit folgenden Worten mit: "Bin wegen außerordentlicher Unterstützung der Gewaltherrschaft und Mittäterschaft an den insgesamt begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus, Vermögenseinziehung und anderen Nebenfolgen als Hauptverbrecher verurteilt worden. Konkrete eigene Vorkommnisse sind mir nicht vorgeworfen." ...
Der Leiter einer großen Hypothekenbank in Berlin, von Quistrop, der dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand, wurde als Reichsbankpräsident angeklagt; der Hinweis auf Schacht und Funk nutzte nicht viel. Auf die Frage Quistrops, ob unter diesen Umständen eine Verteidigung noch Zweck habe, verneinte der Richter. So konnte sehr rasch das Urteil von 18 Jahren Zuchthaus gefällt werden.
Ein alter Offizier hatte in Polen eine Gutsbesitzerin geheiratet und war dorthin übergesiedelt. Im Kriege war er als Dolmetscher eingestellt. Ihm wurde vorgeworfen, daß er durch seine Tätigkeit den Feinden des Nazismus geschadet habe. Als er die Frage, ob er auch an der Kristallnacht in Berlin mitgemacht habe, verneinte mit dem Hinweis, daß er ja in Polen gelebt habe, erklärte der Richter: "Entscheidend ist, daß Sie, wenn Sie in Berlin gewesen wären – bestimmt sich daran beteiligt hätten." ...
Wilhelm Hochstetter, der als Fabrikdirektor in Leipzig Ehrenkonsul von Haiti war, wurde vorgeworfen, daß er diese Stelle dazu benutzt habe, in Haiti für den Nazismus zu werben. Die Antwort, daß er nie in Haiti war und daß dieser Staat sich kaum für den Nazismus geeignet hätte, schützte ihn nicht vor 15 Jahren Zuchthaus.
Ein Volkssturmmann wurde nach dem sowjetischen Protokoll angeklagt, daß er eine bestimmte Brücke in Görlitz gesprengt habe; auf seinen Hinweis, daß zahlreiche in Waldheim anwesende Kameraden bezeugen, daß diese Brücke noch intakt sei, erklärte der Richter: "Dann haben Sie jedenfalls eine andere gesprengt." ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Schauprozesse" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/379): >>Schauprozesse, früher offiziell "Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit" genannt, sind ein beliebtes Mittel der bolschewistischen Justiz, um abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung auszuüben.
"Die Verhandlungen vor breitester Öffentlichkeit ... können zur Stärkung des allgemeinen demokratischen Rechtsbewußtseins und der Einsicht in die Notwendigkeit, die demokratischen

Gesetze zu achten, sowie als wirksame Waffe im Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung nicht hoch genug eingeschätzt werden".
... Später wurde die Taktik in der Organisierung der Schauprozesse verändert.
An Stelle einer möglichst großen Zuhörerschaft wurden bestimmte Personengruppen zu einem Prozeß besonders eingeladen. Der Zutritt zu diesen Schauprozessen ist meist nur gegen Eintrittskarten möglich. Gericht und Verhandlungsraum sind durch die Volkspolizei abgesperrt. Der Verlauf eines Schauprozesses ist meistens vorher genau abgesprochen. Oft konnte beobachtet werden, daß sich die Angeklagten in ihren Aussagen an vor der Hauptverhandlung niedergeschriebene Protokolle hielten.
Von für die "Bewußtseinsbildung" und Erziehung der Bevölkerung besonders geeignet erscheinenden Szenen werden Rundfunk- und Fernsehübertragungen gesendet und Wochenschau-Berichte hergestellt. ...<<
Ilse Koch, Ehefrau des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald, wurde am 15. Januar 1951 von einem deutschen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.
Am 11. Mai 1951 verabschiedete der Bundestag gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte. Bund, Länder und Gemeinden wurden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen wieder einzustellen (x129/149).
Am 8. Juni 1951 wurden in der Bundesrepublik Deutschland die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Gehängt wurden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermair und Hans Schmidt.
Walter Közle (VdH-Referent für Landsberg, Wittlich und Werl) berichtete über das 1. deutsche Heimkehrertreffen am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus: >>... Schafft endlich und zwar ehrlich Europa! forderte der 1. Vorsitzende des VdH in seiner programmatischen Rede während des Festaktes des 1. deutschen Heimkehrertreffens am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus.
Er gab damit dem Gefühl all derer Ausdruck, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft am eigenen Leib verspürt haben. ...
Es wird niemand geben, der tatsächlich begangene Verbrechen decken oder beschönigen will. Es wird auch niemand geben, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß tatsächlich begangene Verbrechen bestraft werden. Kein rechtlich denkender Mensch hat aber andererseits ein Verständnis dafür, daß man nach der Kapitulation wahllos Schuldige und wirklich Unschuldige in den Schmelztiegel eines kollektiven Verbrechertums stieß.
Ebensowenig wird er ein Verständnis dafür aufbringen, daß man nur auf deutscher Seite "Kriegsverbrecher" entdeckte, daß man in den Verfahren gegen deutsche Männer und Frauen Rechtsnormen, die in der modernen Rechtswelt bisher unwidersprochen, international anerkannt und in fast allen Strafgesetzbüchern und zahlreichen Strafverfassungen fest verankert sind, und die man auch in die Charta der Menschenrechte aufnahm, beiseite schob, unbeachtet ließ oder sie außerordentlich umstritten, ja willkürlich auslegte.
... Hätten die heute inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" tatsächlich Verbrechen begangen, wären sie nicht mehr am Leben, sondern längst exekutiert. Sollten sie sich aber vielleicht in Einzelfällen begangener Vergehen schuldig gemacht haben, dann stehen ihre Strafen in keinem Verhältnis zu diesen, so liegt z.B. das Strafmaß der zur Zeit in Werl inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" nur zu einem schwachen Drittel unter 15 Jahren Gefängnis!: Wie soll ein ehemaliger deutscher Major, der Ortskommandant war und nur deswegen zu 8 Jahren verurteilt wurde, weil in dem Bezirk seiner Kommandantur – also nicht an dem Ort selbst - ein kriegsgefangener englischer Major von deutschen Soldaten geohrfeigt worden sein soll, ein Schuldbewußtsein aufbringen?
Bedeutende Persönlichkeiten gerade in den Gewahrsamsländern haben sich in sehr kritischer, ja eindeutiger Weise über die gefällten Urteile ausgesprochen und sich für eine gerechte Lö-

sung des Kriegsverbrecherproblems eingesetzt. Selbst im Laufe einer Debatte im Rechtsausschuß der Generalversammlung der UNO wurde besonders beachtet, "daß Deutsche auf der Grundlage von Prinzipien verurteilt und hingerichtet worden seien, deren Rechtsgültigkeit jetzt bestritten werden".
Warum sprach man z.B. einen britischen Offizier von der Anklage brutalster Gefangenenmißhandlung in Bad Nenndorf frei mit der Begründung, daß er von diesen Mißhandlungen nichts gewußt habe - während er erwiesenermaßen selbst aktiv daran teilnahm, und verurteilte dagegen einen deutschen Professor, der weder Gefangene getötet oder mißhandelt hat noch töten oder mißhandeln ließ, ursprünglich zum Tode?
Warum sprach man die britischen Untergebenen des vorgenannten Offiziers, die an gefangenen Deutschen sadistische Grausamkeiten verübten, frei mit der Begründung, daß sie nur auf Befehl gehandelt hätten, und verurteilten dagegen deutsche Soldaten – ganz gleich, ob sie der Wehrmacht oder der SS angehörten – trotz desselben Einwandes zu langjährigen Freiheitsstrafen, ja zum Tode? ...
Gleiches Recht für alle? Geeintes Europa?
Mir scheint, wir sind noch meilenweit von diesem ersehnten Ziel entfernt, solange man noch immer mit zweierlei Maß mißt, sofern es sich um Deutsche handelt, und solange Deutsche in den Gefängnissen der westlichen Gewahrsamsmächte vergebens auf Recht, Gerechtigkeit und vor allem auf ihre Freiheit warten! ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Dezember 2005 über Folter und Mißhandlungen von deutschen Internierten (x887/...): >>**In den Händen britischer Folterer**
England hat Akten aus dem Zweiten Weltkrieg freigegeben, die die Behandlung deutscher Soldaten dokumentieren …
Nach Kriegsende betrieb der militärische britische Geheimdienst ein Verhörzentrum in Bad Nenndorf …
Dort faßte man Deutsche zusammen, die für den britischen Nachrichtendienst von Interesse sein konnten.
Und sagten sie nicht wunschgemäß aus, wurden sie allen Arten der Folter ausgesetzt. Man entzog ihnen das Essen, ließ sie im Winter nackt in unbeheizten Räumen stehen, bis sie zusammenbrachen und sich die Zehen erfroren hatten, schlug sie unter Zuhilfenahme aller möglichen Prügelinstrumente zusammen, stellte ihnen nur mangelhafte Gefangenenkleidung zur Verfügung, schikanierte sie in jeder möglichen Weise.
Aus Angst, totgeschlagen zu werden, wagte es damals niemand, sich bei höheren Stellen zu beschweren. Es sollen Verhöre und Folter bis zum Tode des Delinquenten durchgeführt worden sein, doch gibt es darüber bisher in der Öffentlichkeit keine Unterlagen.
Schon 1948 erschienen in der Zeitschrift "Quick" erste Berichte über diese Vorgänge. Auch "Die Zeit", damals noch von ganz anderem Zuschnitt als heute, nahm sich des Themas an und prangerte diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. …
Bad Nenndorf war keineswegs das einzige von westalliierten Siegern unterhaltene Lager, in dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Erinnert sei an die systematischen Folterungen von 72 Soldaten der Waffen-SS durch US-amerikanische Offiziere. Von ihnen sollte die Aussage erpreßt werden, sie hätten auf Befehl ihrer Kommandeure alliierte Kriegsgefangene in Malmedy ermordet.
Obwohl alle Angeklagten vor Gericht ihre Aussagen widerriefen mit Hinweis darauf, daß sie durch Folter erpreßt worden seien, wurden sie verurteilt, allein 43 von ihnen zum Tod durch den Strang. …
Die energischen Bemühungen ihres US-amerikanischen Hauptanwalts … erwirkten schließlich, daß alle Urteile ausgesetzt wurden.

Allerdings wurde verboten, die Schuldfrage zu stellen.
Eine unabhängige Untersuchung des Malmedy-Prozesses, der ganz offenkundig ausschließlich mit der Absicht geführt worden war, belastendes Material über die Waffen-SS zu beschaffen, damit sie im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß als "verbrecherische Organisation" verurteilt werden konnte, gibt es bis heute nicht.<<
Das Landgericht Hannover berichtete im Urteil vom 20. Dezember 1951 gegen einen deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Internierungslager (x025/51): >>...
Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen.
Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank.
An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...
Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. E., der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. E. anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten. ...
Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig aus nichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.
... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten ... nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte "Nachtübung", wobei sie etwa die Hälfte der Menschen – und zwar solche, die nicht schnell "auf-nieder" machen konnten, - erschlugen. ...<<
Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisierte damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.
Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.
Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstandsgruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen

bezichtigen.
Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...
7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, geistiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...
7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...
Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.
Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Entscheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit Kampfhandlungen standen. ...
Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden. Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...
Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiedersehen werden.<<
Ein Volkskammergesetz hob am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf. Diese Regelung galt jedoch nicht für Personen, die man "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt hatte.
Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilte am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, … der nach Westdeutschland geflohen war, zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil – acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.
Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrnecek bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<
Der Bundestag beschloß am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.
Die Landsmannschaft der Oberschlesier forderte im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die polnische

Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".
In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.
Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu bekämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechtigte Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?
Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<
Der Bundestag beschloß am 4. August 1969 die Verlängerung von Verjährungsfristen. Die Verjährungsfrist für Mord wurde auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wurde generell aufgehoben.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 28. Februar 1980 über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>... Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "auf Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Wer einen Mord konsequent verfolgt und einen anderen konsequent vertuscht, bewirkt das genaue Gegenteil.
Gerade unter diesem Gesichtspunkt begründet die Verfolgung der NS-Auslandsstraftaten für die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich auch mit Verbrechen an den Menschen auseinanderzusetzen, deren Nutzen zu mehren und von denen Schaden zu wenden die Kabinettsmitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, vgl. Art. 64 und 56 des Grundgesetzes.
Beim Stichwort "Versöhnung" wird unterstellt, daß die Anklage gegen einen Mörder zugleich eine Anklage gegen ein ganzes Volk beinhaltet. Es ist ... übrigens der gleiche Fehlschluß, dem auch die rechtsradikalen Anti-Nestbeschmutzer erliegen. ...<<
Schlußbemerkungen: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden allein die Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Verlierer geahndet, die zahllosen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Siegermächte blieben ungesühnt.
Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 NS-Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtete. In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

Die Hungerpolitik der sogenannten Befreier

Not und Elend im Westen Deutschlands

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Die anglo-amerikanischen Bombenangriffe gegen Deutschland hatten rd. 1,6 Millionen Gebäude vernichtet. 3,37 Millionen Wohnungen existierten im Mai 1945 nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364). Viele große deutsche Städte waren total verwüstet und dem Erdboden

gleichgemacht. Überall herrschten chaotische Zustände, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum möglich war. In Mittel- und Westdeutschland waren fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen – ein Fünftel des gesamten Wohnraums – völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brücken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.
Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.
Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen – ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen – 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<
Die industrielle Produktion Westdeutschlands erreichte 1945 nur noch 18 % des Volumens von 1936 (x148/15). Die verbliebenen deutschen Wirtschaftsbetriebe wurden durch Aufsplitterung, Reparationen und Beschränkungen der jeweiligen Besatzungsmächte zusätzlich geschwächt, so daß die Versorgung der Bevölkerung fast unmöglich wurde. Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wurde durch Zonengrenzen unterbrochen, die Währung war total zerrüttet und Aufbaukredite gab es nirgends. Im gesamten Land breiteten sich Hunger, Resignation und Hoffnungslosigkeit aus.
In Jener Zeit kamen zusätzlich Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen zwangsweise in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten.

Die völkerrechtswidrige Hungerpolitik der Befreier
Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.
US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.
Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>**Deutschland muß sich selbst ernähren**
Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschiffen werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.
Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<
Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1945 (x095/18-20): >>Ich

sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Rußland läßt einen eisernen Vorhang herunter. Ich glaube nicht, daß es sich bei der Verwaltung der Hälfte Deutschlands, die ihm überantwortet ist, von der Zentralen Kontrollkommission irgendwie beeinflussen lassen wird. Die weiterblickenden englischen und amerikanischen Stellen teilen wohl diesen Standpunkt, denn sie haben keine Hoffnung, in Zukunft aus diesem Teil Deutschlands noch Zufuhren an Lebensmitteln zu erhalten. …
In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über die allerkümmerlichsten Anfänge noch nicht hinausgekommen. So wird es sie interessieren, daß die Förderung im Industriegebiet 10 % normal beträgt und daß von diesen 10 % 7 % nach Frankreich gehen. Daß mit dem Verbleib der 3 % die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann, auch nicht der Eisenbahnverkehr, daß kein Hausbrand zur Verfügung stehen wird, brauche ich nicht zu sagen.
Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<
In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).
Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 5. August 1945 aus Bayern (x124/40-41): >>Wir fuhren abermals nach Würzburg. ... Ein Polizist, den ich herbeiwinkte, erzählte uns vom Großangriff, der diese wunderbare Stadt drei Wochen vor Kriegsende in eine Todeslandschaft verwandelte ... 20.000 Menschen, ein Fünftel der Bevölkerung, fiel den Bomben zum Opfer. Tausende von Leichen liegen noch in den Ruinen.
Gespenstisch die Truppe verhungerter Heimkehrer in der Totenstadt, schlimmer die Krüppel auf den Landstraßen, an denen immerfort die Wagen der wohlgenährten, vergnügten Amerikaner vorbeibrausen. Warum quält mich der Anblick so? Warum kann ich mich an unsere Besiegtenrolle so schwer gewöhnen? ...
Im Ruhrgebiet werden Bergleute bestraft, die ihre Zusatzrationen mit ihren hungernden Familien teilen. Andere erscheinen nicht zur Arbeit, weil sie ihre Angehörigen vor Überfällen plündernder Ausländer nicht ungeschützt lassen wollen. ...<<
Feldmarschall Montgomery erklärte am 1. September 1945 in London (x111/70): >>Mein vorläufiges Ziel ist eine Zuteilung von 1.500 Kalorien pro Tag an die deutsche Bevölkerung, aber selbst diese Menge kann wegen Verteilungsschwierigkeiten nicht überall ausgegeben werden. Die Lage wird noch dadurch verschlimmert, daß die diesjährige Ernte ungewöhnlich schlecht ist. Es gibt nur eine Lösung: Lebensmittel nach Deutschland einzuführen.<<
Walter Müller-Bringmann berichtete Anfang September 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26): >>Anfang September 1945. Ströme von Menschen ergießen sich Tag und Nacht in das Dorf. Täglich kommen zwischen 5.000-7.000 Kinder und Greise, Kranke, Schwangere, Sterbende. Niemand weiß, wo man sie unterbringen soll.
Weil die private Hilfe für diese bejammernswerten Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien, dem Warthegau und Danzig – aus den Gebieten also, in denen schwere Kämpfe stattfanden - nicht mehr ausreichte, haben die provisorischen deutschen Behörden eine Verpflegungsstelle auf einem Bauernhof eingerichtet, wo in einem 300-Liter-Kessel viermal am Tage Suppe und Kaffee, Ersatz natürlich, gekocht wird. Kartoffeln, Gemüse und Fett werden bei den Landsleuten gesammelt.
Riesenschlangen von Menschen warten darauf, mit einem der großen Lastkraftwagen nach

Göttingen transportiert zu werden, zu den Tausenden, die dort bereits sehnsüchtig einen Zug in Richtung Westen herbeiwünschen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete Mitte September 1945über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26-28): >>Mitte September 1945. Es geschehen schlimme Dinge an der Demarkationslinie. Die russischen Posten lassen illegal niemanden mehr passieren, schießen sofort und sind sehr grob geworden. Umgekehrt können sich die Engländer nicht erklären, warum diese vielen Menschen alle in ihr Gebiet wollen.

Jeden Abend, zwischen 21 und 22 Uhr, lassen die russischen Posten einen großen Schub - immer mehrere Tausend - durch. Der kommt dann mitten in der Nacht in Bremke an. Da auf Befehl der Militärregierung kein Deutscher ohne Erlaubnis seine Wohnung verlassen darf, kampieren die Flüchtigen irgendwo in Scheunen und Ställen, auf den Höfen und Fluren. Viele müssen sich aber einfach draußen wie die Tiere zusammenrollen und versuchen, etwas zu schlafen. Die Kälte treibt sie dann bald wieder hoch. ...

Ich sah, wie 2 Frauen sich gegenseitig an den Haaren rissen, schrien, weinten, sich widerwärtig beschimpften, weil eine von der anderen glaubte, sich beim Abtransport eine Reihe vorgedrängt zu haben.

Ich sah, wie eine Mutter mit einem winzigen Säugling im Straßengraben saß, verzweifelt dem Kind von Bauern erbettelte Milch einzuflößen versuchte. Vergebens. Diese kleinen Lippen würden nie mehr trinken. ...

Ich sah Hunderte von Menschen, Tausende, Abertausende in ihrer tiefsten Erniedrigung, dem größten Leid, in Elend, Not und Verzweiflung. ...

Ich sah Menschen ohne Hoffnung, ohne Glauben, ohne Liebe, ohne Ehrfurcht, ohne Gott. Ich sah, wie Männer zu Dieben wurden, Kinder zu Gesetzesbrechern, Frauen sich anboten und Mädchen ihre Unschuld verkauften.

Ich sah Menschen, von Menschen zu Tieren gepreßt, auf einer Stufe mit dem Vieh. Und doch unschuldig, ohne jede Schuld. Denn die Not, das nackte Gespenst übermenschlicher Bedrängnis, ließ sie Dinge tun, die zu verantworten einst andere aufgerufen werden.<<

Generalfeldmarschall Montgomery telegrafierte im Oktober 1945 nach London (x131/165): >>Ich wollte sicherstellen, daß dem Control Office alle Fakten über die künftigen Folgewirkungen der Ernährungslage vorliegen. Ich halte das für meine Pflicht. ...

Ich habe außer humaner Behandlung nichts übrig für die Deutschen, und sie werden den Gürtel enger schnallen müssen. Aber ich bin nicht der Meinung, daß wir ihnen Rationen geben sollten, die geringer sind als die in Belsen. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.

... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die damalige wirtschaftliche Lage in Deutschland (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreichte nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.

Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften,

denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<
In den westdeutschen Besatzungszonen waren im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % litten an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder hatten aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstanden durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.
Ein Zeitzeuge berichtete damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...
Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<
Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlaubten, verbaten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren, schlugen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.
Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot untersagte US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kamen, an die deutsche Bevölkerung.
US-Präsident Truman erklärte am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben. ...
Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.
Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.
Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<
Das Jahr 1946 brachte keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern mußten. In der nordamerikanischen und britischen Zone betrugen die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" vielerorts nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 10.12.1945 bis zum 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübte, täglich rund 3.000 Kalorien benötigte. Obgleich die Vereinten Nationen damals täglich 2.650 Kalorien für notwendig hielten, betrug die offizi-

elle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und sank oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584).
Im Ruhrgebiet waren Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % litten an Hungerschäden und 40 % waren tuberkulosegefährdet.
In der britischen Zone wurde am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.
Am 1. Februar 1946 wurden die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone um 25 % gekürzt und betrugen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).
"The Times" berichtete am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<
In der US-Zone sanken die Rationen der Deutschen im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.
Laut Untersuchungsberichten von UNRRA-Sachverständigen waren für einen gesunden, arbeitenden Menschen etwa 2.500 Kalorien absolut notwendig (x043/163).
Im Mai 1946 machte deshalb vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<
Der US-Militärgouverneur unterzeichnete am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag", so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen konnten (x175/425).
In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickte man später fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete wurden durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen konnten die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket brachte den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die CARE-Hilfe für Deutschland (x051/99): >>CARE-Organisation, 1946 in den USA gegründete Hilfsorganisation, die auf privater Basis zur Linderung der Nachkriegsnot in Europa, insbesondere in Deutschland beitrug.
Inbegriff der Hilfe waren die CARE-Pakete, die Angehörige, Freunde und Unbekannte für notleidende Europäer bei der CARE-Zentrale in New York in verschiedenen Ausführungen bestellen konnten - Baby-Ausstattungspaket, Kinder-Nahrungspaket, Fettpaket usw.
Die CARE-Sendungen für die Bundesrepublik wurden 1960 eingestellt; geschätzter Gesamtwert der CARE-Hilfe für Deutschland über 300 Millionen DM.<<
Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtete im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für den Industriearbeiter zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagsmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.
Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<
Die "Stuttgarter Zeitung" berichtete im Juni 1946 über das "Hamstern" auf dem Lande (x117/-40): >>... Quer durch die britisch besetzte Zone Deutschlands ... geht seit vielen Wochen ein seltsamer Zug vor sich, der in seiner Unbeirrbarkeit an die Gesetzmäßigkeit des Vogelzuges erinnert. Auch die Menschen, die hier ziehen, folgen einem Gesetz: dem des Hungers und der Not.
Eigentlich "steigt" man nicht in den Zug. Man stürmt den Zug. Viele Hunderte warten bereits 2 und 3 Stunden vor der Abfahrtszeit auf dem Endbahnhof, in dem der Zug eingesetzt wird. Sie springen auf die Trittbretter, hängen sich an die Türgriffe, erobern sich einen Platz.
Sie sind rücksichtslos und haben verschlossene Gesichter. Menschen, die sonst teilnehmend

sein können, werden brutal.
Es ist eine Vision, die sie treibt. In ihrer Vorstellung entsteht ein Bild: Sie sehen sich selbst mit leerem Rucksack heimkommen. Hoffnungsvoll blicken ihnen Kinderaugen entgegen, über die jähe Enttäuschung fällt. ...
So fahren sie und ihr Ziel ist die Gegend zwischen Celle und Lüneburg. Sie stehen viele Stunden im rüttelnden Zug, sie übernachten in Wartesälen, bleiben 36, 48 und mehr Stunden ohne Schlaf, sie kommen tagelang nicht aus den Kleidern, sie müssen Stolz und Scham niederzwingen, wenn sie von Hof zu Hof gehen, und sie fühlen sich mit ihren Kartoffeln nicht sicher, ehe sich die Wohnungstür hinter ihnen geschlossen hat.
Die Kartoffeltrecks überschneiden sich: Aus dem Industriegebiet kommen sie herauf bis Celle und Uelzen, von Schleswig-Holstein fahren sie bis Uelzen und Celle. Sie berichten einander und manches verschweigen sie voreinander, denn sie sind zugleich Kameraden und Konkurrenten.<<
Die Zeitung "Vaterland" berichtete am 12. Juli 1946 über die schlimmen Zustände im Ruhrgebiet (x117/30): >>Zerstörte Städte bieten einen gespenstischen Anblick, furchtbarer und gespenstischer aber ist der Anblick von Menschen, aus deren Gesichtern die letzte seelische und materielle Not spricht, die keine Hoffnung mehr zuläßt.
Und in diese Städte strömen neue Menschenmassen. ...<<
Das "Handelsblatt" berichtete am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/-193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.
Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<
Die "Neue Berner Zeitung" berichtete im Juli 1946 über die Hungersnot im Ruhrgebiet (x117/112): >>Soll man sich auf den Standpunkt stellen, je mehr Deutsche zugrunde gehen, um so besser?
Das würde nicht weniger bedeuten, als daß der schlimmste Naziungeist auch uns erfaßt hat.
Oder soll man nicht eher den Notleidenden die helfende Hand reichen?
Wollen wir nicht gerade darum, weil wir keine Nazis sind, auch zeigen, daß wir anders sind und die reine Menschlichkeit höher stellen als alle politischen Rechnungen? ...<<
In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung im Juli 1946 pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<
Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortet nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisierte in der "Neuen Zeitung" vom 18. November 1946 die britische Besatzungspolitik (x111/247): >>... Gebt der Bevölkerung genug zu essen, um sie gesund zu erhalten!
Beschlagnahmt nicht die guten Häuser für unsere Armee und für englische Frauen, während die Einheimischen in Ruinen leben!
Achtet die zivilen Rechte!
Unterstützt die demokratischen Parteien! Gebt der Demokratie eine Chance! ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 19. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273): >>In der Amtsstube (herrscht) schreckliche Kälte; wir rückten so nahe an unseren Elektro-Ofen, daß unsere Kleider zu rauchen anfingen.
Mittags versuchte ich vergeblich, etwas zu erledigen. Die verhungernden und frierenden Leu-

te, die in den Geschäften herumstanden, taten mir leid.
Nachmittags der Besuch eines Schauspielers, der seine Erlebnisse im US-Gefangenenlager Heilbronn erzählte. Sie waren den Tschechen-Greueln durchaus ebenbürtig, die wir durch Monate übersetzt hatten.
Zu Hunderten ließ man die Gefangenen verhungern, während die Wachen die ihnen abgenommenen Lebensmittel vernichteten. Armlose, Beinamputierte versanken im Morast, ohne daß man den Gesunden gestattete, ihnen beizustehen – und das nicht etwa im Rachetaumel der ersten Wochen, sondern Monate hindurch, in systematischer Vernichtungswut.
Die Ereignisse in einem besiegten Land sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schuldgefühl des Besiegten zu stärken. ...<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 24. Dezember 1946 über den Weihnachtsgottesdienst in einer Berliner Kirche (x111/259-260): >>"Friede auf Erden", sagt der Pfarrer.
Als er die Hände zum Segen erhebt, wird unter seinem Talar eine graue Strickweste sichtbar. Er friert, daß es einen erbarmen kann. Wir frieren ebenfalls. Alles friert.
Um uns, in uns, neben uns. ... Grau und gedrückt hocken die Zuhörer zwischen ihren Bänken. So mögen sie nach dem Dreißigjährigen Krieg in den Kirchen gesessen haben. So jammervoll müde, so armselig und trostlos. ...<<
Josef Kardinal Frings, von 1942-69 Erzbischof in Köln, ergänzte am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<
Der britische Feldmarschall Montgomery erklärte während einer Rede im Jahre 1946 (x268/-32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<
Eine US-Erziehungskommission berichtete im Jahre 1946 über die chaotischen Lebensverhältnisse in Westdeutschland (x243/161): >>... Nirgends in der Welt ist es möglich gewesen, das Gebäude einer erfolgreichen demokratischen Selbstregierung auf der Grundlage des Hungers und der wirtschaftlichen Unordnung zu errichten. ...
Im Juli betrug das Durchschnittsgewicht der 10jährigen Knaben beinahe 10 % unter der Altersnorm. ... Das erschreckende Ansteigen der Tuberkulose beleuchtet die Ernährungskrise sehr eindringlich, während das Auftreten der Krätze die Aufmerksamkeit auf die Folgen des Mangels an Seife und warmem Wasser lenkt. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<
Ein französischer Journalist, der im Jahre 1946 durch die britische Besatzungszone reiste, berichtete später (x114/1.142-143): >>Nichts verursacht so viele Angst- und Wahnvorstellungen wie eine Reise durch ein Land, das in Trümmern liegt.
In Hannover bestieg ich die Straßenbahn vor dem Hauptbahnhof und fuhr fast eine Stunde lang Kilometer für Kilometer an ausgebombten Häusern, Ruinen und verbrannten Gebäuden vorbei. In Bremen war es das gleiche. In Köln und Hamburg dann wieder dieselbe Erfahrung. ...

Die Tagesrationen, von denen die Menschen lebten, waren absurd. In Essen war ich bei einer Familie, deren junge Tochter frühmorgens zur Arbeit ging. Sie nahm eine einzige Scheibe Brot und eine Tomate als Essen für den ganzen Tag mit.
Die ganze Sache kam mir wie ein expressionistischer Film vor, den man nach 1918 in Deutschland gedreht hatte – in einer feindlich-grausamen und irrealen Atmosphäre.<<
Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht - keine Leistung ohne Gegenleistung.
Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.
Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen. Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.
Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Schwarzmarkt" (x051/-531): >>… Illegaler Verkauf oder Tausch von Waren, die bewirtschaftet sind oder deren Preis staatlich festgelegt ist.
Der Schwarzmarkt-Preis ist dabei stets erheblich höher, was für die Schwarzmarkt-Händler hohe, zudem der Besteuerung entzogene Gewinne bedeutet. Schwarzmarkt entsteht immer dann, wenn die vorhandenen Warenmengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen und rationiert sind. So entwickelten sich schon in der letzten Kriegszeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten Ansätze eines Schwarzmarktes, der dann nach Kriegsende aufblühte und erst durch die Währungsreform 1948 beendet wurde. Die Jahre 1945-48 werden daher auch oft Schwarzmarkt-Zeit genannt.<<
Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über die "Schwarzmarktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgiebig mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.
Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.

Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.
Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...
Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und Alliierten.
Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?
Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<
>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.
Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.
Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.
Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg."
Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu haben waren. Nun muß der "böse Staat" oder das "ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktionen erfüllen, die damals die "schlechten Zeiten" hatten.
Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schrecklichen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!
Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.
Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg

und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.
Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauernden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.
Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingenistet hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...
Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<
Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden zogen durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschten in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breiteten sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schlossen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.
Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).
Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schrieb am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<
Im Januar 1947 wurden nur in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon waren 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).
In Berlin waren seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren und mehr als 40.000 Menschen hatten schwere Erfrierungen erlitten, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden mußten (x111/283).
Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist war, veröffentlichte am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.
Der Hoover-Bericht forderte in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<
>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...
Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<

>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<
>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...
Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen. Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...
Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie."
Der Bericht zerpflückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen".
Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie. Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument. Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach diesem … Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!
Die Liste der "Verbotenen Industrien" - "um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen" - war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsuperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder – bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden!
"Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<
Im Ruhrgebiet fanden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 31. März bis zum 27. April 1947 täglich nur 1.552 Kalorien zugeteilt.
Die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung protestierte am 31. März 1947 gegen die schlechten Lebensverhältnisse (x117/36): >>Die Besatzungsmächte sind keinesfalls von Schuld an den traurigen Verhältnissen freizusprechen. Die oberste Kontrolle über die Heranschaffung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel liegt in ihrer Hand. ...
Wir protestieren gegen zahllose Hemmungen und Einschränkungen, die sich aus der gegenwärtigen Macht- und Zuständigkeitsverteilung ergeben, und fordern ihre sofortige Beseitigung ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... Der Hunger grassiert in Westdeutschland. Schwerarbeiter verloren im

Laufe eines Monats 3,64 kg Körpergewicht. Die offene Tuberkulose greift immer mehr um sich. Menschen fallen vor Hunger auf der Straße um, alte Leute kommen, wenn ein Bett frei sein sollte, in die Krankenhäuser und sterben, sterben, sterben. Nicht an Altersschwäche, sondern an Hunger.
Die Gefahr ist groß, daß sich junge Menschen in solch einer Situation dazu verleiten lassen, lieber bei Schiebergeschäften mitzumachen, als bei ordentlicher, schlechtbezahlter Arbeit zu darben. ...<<
In Nürnberg streikten am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestierten gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".
Die in der US-Zone durchgeführten Gewichtskontrollen ergaben, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Zivilbevölkerung im Sommer 1947 erneut gesunken war und beträchtlich unter dem für die Gesundheit erforderlichen Mindestgewicht lag. Die Tuberkuloseerkrankungen hatten gegenüber 1946 um fast 50 % zugenommen (x111/380).
US-Militärgouverneur Clay erklärte am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden müsse (x111/373).
91 % der Studenten und 81 % der Studentinnen der Universität Frankfurt/Main besaß am 21. November 1947 ein Untergewicht von mehr als 10 kg (x111/392).
Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch berichtete am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft.
Worüber wird geschwiegen? Erst aus der Nähe, zusammengepfercht, sieht man die Armut am Kragen, am Ellbogen. Berlin in seinen letzten Anzügen. ...
Alles unerschwinglich, wenn man mit Löhnen rechnet, aber billig, wenn man mit Zigaretten rechnet. ...
100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.
Am 1. Mai 1950 wurde die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung bzw. Ausgabe von Lebensmittelkarten seit dem 27.8.1939 in der Bundesrepublik Deutschland beendet.
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/169-171,227-228): >>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der Mythos, der darüber errichtet wird.
Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an Schiffsraum und an Lebensmitteln.
Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnah-

mung von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.
Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweigerung von Post und anderem.
Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad absurdum führen sollen.
Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens 3,5 Milliarden $ beliefen, oder sogar auf 6,0 Milliarden $ in der Währung von 1945.
In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Bruttosozialprodukt während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirtschaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, 20,0 Milliarden $, nahezu zwei Drittel der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Großzügigkeit gegenüber Großbritannien erreichte die erstaunliche Summe von 25,0 Milliarden $ ...<<
>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.
Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.
Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.
Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.
Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greueltaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greueltaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker**

aktualisiert
... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<
Schlußbemerkungen: Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von mindestens 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.
Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.
Bei dieser völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik", die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den deutschen Besatzungszonen stattfand, handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts endlich durch den Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen juristisch zu prüfen und zu ahnden. Da Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.
Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die Liquidierung des preußischen Staates
Am 25. Februar 1947 führte der Alliierte Kontrollrat die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.
Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<
Die Besatzungsmächte erließen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner berichtete später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.
Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, sie will in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...
Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...
Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die Vorzüge seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... im 18. Jahrhundert ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz, gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März, durch das "Preußen" aufgelöst wurde.
Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."
Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.
Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später am 22. Dezember 2001 über Preußen (x887/...): >>**Mehr als ein Staat - eine Idee**
Zum 300. Jahrestag der Gründung des Königreichs Preußen
Preußen, das stellt für im gegenwärtigen Zeitgeist verhaftete Deutsche ein Reizwort dar, verbunden mit Attributen wie Militarismus, Kadavergehorsam oder auch Autoritätshörigkeit. Für andere hingegen ist Preußen gleichbedeutend mit Tugenden wie Pflichtbewußtsein, Toleranz und Sparsamkeit.
Dreihundert Jahre nach der Gründung des Königreiches Preußen und mehr als ein halbes Jahrhundert nach der offiziellen Auflösung des zu jenem Zeitpunkt schon gar nicht mehr existierenden Staates scheiden sich noch immer die Geister an diesem geschichtlichen Phänomen, wird weiter darum gestritten, wie jenes Gebilde, das nach den Worten Hermann Rauschnings, des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, nicht nur ein Staat, sondern eine Idee war, historisch einzuordnen ist.
Am 25. Februar 1947 erließ der Alliierte Kontrollrat, der sich damals aus den Generalen Clay, USA, Sir Robertson, Großbritannien und Koenig, Frankreich sowie dem Marschall Sokolowski, Sowjetunion zusammensetzte und der die oberste Regierungsgewalt auf dem Territorium des besetzten Deutschland ausübte, das Gesetz Nr. 46 …
Wie dem auch sei - von Preußen ging für Freund und Feind stets eine eigenartige Faszination aus. "Was es seinen Nachbarn lange Zeit unheimlich und manchmal gefährlich machte", so urteilte ein anderer Preußen-Forscher, Sebastian Haffner, "war viel weniger sein Militarismus als die Qualität seiner Staatlichkeit: seine unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, seine religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung." Preußen war immer ein Rechtsstaat, und der Wahlspruch "Jedem das Seine" stellte das "Bekenntnis zu einer gerechten sozialen Staatsordnung" dar, denn "Recht war Recht, und Unrecht war Unrecht, und dazwischen lag nichts als das sittliche Gesetz im Menschen und das Gesetz des Staates über dem Menschen".
Für den britischen Historiker Feuchtwanger schien deshalb Preußen "einzigartig in seiner Fä-

higkeit, ein Gefühl gegenseitigen Vertrauens zwischen Bürgern und Staat zu schaffen", und Oswald Spengler sinnierte ergänzend: "Demokratie bedeutet in England die Möglichkeit für jedermann reich zu werden, in Preußen die Möglichkeit, jeden vorhandenen Rang zu erreichen."
In der Tat waren es die klassischen preußischen Tugenden, die den Staat im 18. Jahrhundert zum modernsten Europas werden ließen: neben der Rechtsstaatlichkeit die Sparsamkeit, religiöse und weltanschauliche Toleranz, Pflichterfüllung und Dienst am Gemeinwesen.
Preußen nahm die Hugenotten und die Salzburger Protestanten auf, ja es war überhaupt das erste Land der Erde, das absolute Religionsfreiheit gewährte.
Als erstes Land der Erde führte es auch die Schulpflicht ein, schaffte die Pressezensur ab und schuf durch sein "Allgemeines Landrecht" die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.
Als eines der ersten Länder dieser Welt gab es auch den Juden volle Bürgerrechte, nicht zuletzt entstand die moderne, der übrigen Welt später als Vorbild dienende Sozialgesetzgebung Bismarcks unter der Führung Preußens.
Für den preußischen Staat und seine Verwaltung waren alle Einwohner "zunächst einmal preußische Untertanen. Und alsdann auch noch evangelische und katholische Christen oder Juden, und zuletzt waren sie auch noch Deutsche oder Polen." Preuße war man, wie zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten aus seiner Geschichte zeigen - Freiherr vom Stein, Scharnhorst, Gneisenau, Fichte, Hegel und andere -, "nicht von Geblüt, sondern man wurde es durch Bekenntnis", oder, um noch einmal Oswald Spengler zu zitieren:
"Preußentum ist ein Lebensgefühl, ein Instinkt, ein Nichtanderskönnen ... Das Offizierskorps, das Beamtentum, die Arbeiterschaft Bebels, endlich 'das' Volk von 1813, 1870, 1914 fühlen, wollen, handeln als überpersönliche Einheit. Das ist nicht Herdengefühl; es ist etwas unendlich Starkes, Freies darin, das kein Nichtdazugehöriger versteht. Das Preußentum ist exklusiv."
Preußisch zu sein und zu handeln, das war im Laufe der letzten drei Jahrhunderte immer gleichbedeutend mit sauber, unbestechlich, anständig, gerecht, sparsam und pflichttreu. Preußentum galt als "Maßstab eines Wertes, nämlich des Wertes einer Lebensordnung ... in der ganzen Welt seit dem Tage, da dieser Begriff wissentlich geprägt wurde. Wollte man in der Vergangenheit einem Volke das höchste Prädikat für eine Lebensordnung geben, so fand man nichts höheres als das Adjektiv 'preußisch'."
So wurden etwa die Japaner als Preußen Ostasiens, die Bulgaren als die Preußen des Balkans und die Chilenen als Preußen Südamerikas bezeichnet, "wobei vermerkt werden muß, daß diese Werteinstufungen weder von Preußen noch überhaupt von deutschen Menschen vorgenommen wurden, sondern daß fremde Völker ihren Nachbarn, Freunden oder Feinden dieses anerkennende Zeugnis ausstellten." …
De jure wurde Preußen 1947 von der Landkarte getilgt, aber die Werte und Tugenden, die sich im Preußentum manifestieren, werden fortbestehen, denn "solange es ... Menschen geben wird, die der Verantwortlichkeit das persönliche Wohlergehen freudig opfern, solange wird es Preußen geben"! Anläßlich des 30. Jahrestages der Auflösung Preußens 1977 schrieb Helmut Damerau, der Herausgeber des Deutschen Soldatenjahrbuches:
"Preußen kann in Licht und Schatten vor Geschichte und Nachwelt in Ehren bestehen! Sein großes geistig-ethisches und historisches Erbe aber gehört der ganzen deutschen Nation."
Diesen Worten ist an Deutlichkeit kaum etwas hinzuzufügen.
Wohl am treffendsten aber kommen Preußentum und preußische Geisteshaltung zum Ausdruck in einem Gedicht, das der zum Tode verurteilte, später zu lebenslanger Haft begnadigte und dann vorzeitig entlassene Generaloberst Eberhard von Mackensen, Sohn des legendären Feldmarschalls, am 13. März 1947 in seiner Gefängniszelle in Italien verfaßte, nachdem er vom offiziellen Ende Preußens erfahren hatte:

"Mögt ihr den preußischen Staat zerschlagen, Preußen wird hoch aus den Trümmern ragen. Einer schon wollte uns Preußen stehlen, doch Preußen lebt zu tief in den Seelen. Preußen ist weder Volkstum noch Rasse, Preußen ist Haltung und niemals Masse. Preußen ist Pflicht nach Immanuel Kant. Preußen ist Treue zu Volk und Land, dienen der Sache bis in den Tod und: Griff zu den Waffen erst in der Not."<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 22.06.2002) über Preußen (x887/...): >>**Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte**

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zu Gunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.
Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.
Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.
Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkauft.
1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oliva erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.
Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fasson selig werden".
Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.
Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.
Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.
Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.
Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.
"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.
So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.
Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.
Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.
Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.
Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. …<<
Schlußbemerkungen: Die Liquidierung des preußischen Staates durch die Besatzungsmächte war eindeutig völkerrechtswidrig, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführte Liquidierung des preußischen Staates eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstieß und völkerrechtswidrig war.
Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).

Der Kalte Krieg

> Viel Klagen hör' ich oft erheben vom Hochmut, den der Große übt. Der Große Hochmut wird sich geben, wenn unsre Kriecherei sich gibt.
> *Gottfried August Bürger (1747-1794, deutscher Dichter)*

Der Marshall-Plan

US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen. Truman erklärte vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwanden mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen

diese Hoffnung am Leben erhalten."
Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.
Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<
US-Außenminister George Marshall kritisierte am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<
US-Außenminister George Marshall beauftragte am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten.
Ein Zeitzeuge berichtete im Mai 1947 über eine "Hamsterfahrt" (x114/2.171): >>Hamsterzug. Mannheim ab 4.57 Uhr – Heidelberg 6.01 Uhr nach Lauda. 750 Sitzplätze.
Es fahren über 2.000 Personen. Leere Säcke, Rucksäcke, Koffer in übermäßiger Zahl werden mitgeschleppt. Der Berufsverkehr wird behindert. Schüler der Eberbacher und Mosbacher Schulen stehen auf den Trittbrettern.
Zwischen Osterburken und Lauda ergießen sich die Menschenmassen in die Dörfer. Kilometer werden gelaufen, die Bauern um zwei, drei Kartoffeln angebettelt, Mehl, Grünkern, Fett, Speck getauscht. ...
Abends kommen die Städter an die Bahnhöfe. Deutsche Polizisten umkreisen die Stationen. Die Bahnpolizei allein hat das Recht, auf dem bahneigenen Gebiet zu kontrollieren. Sie tut es nicht mehr. Seit dem Frühjahr bestehen diese Anordnungen.
Gelegentlich versuchen mehrere Polizisten gemeinsam eine Aktion. Sie beginnen bei den Frauen. Nehmen ihnen die Kartoffeln ab. Das Mehl. Die Eier. Tränen. Beschwörungen, Hinweise, daß regulär getauscht sei. Die Polizisten schafften die Ware beiseite. Kommen ein paar Männer hinzu, die den Frauen beispringen, gelingt es manchmal, die Kartoffeln, das Mehl, den Topf Schmalz wieder zurückzubekommen. Es gibt Prügel, Schläge prasseln auf die Städter, die zurückschlagen. ...
Wenn der Zug kommt, dann retten sich die Städter auf die Bahnsteige. Aber auch hier gehen die Kämpfe oftmals weiter. Säcke werden von den Wagenbühnen, von den Trittbrettern gerissen. Frauen, Flüche, zerrissene Kleider, Blut und schlagende Knüppel. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/65-66): >>3. Juni 1947. Die Tagesration eines Normalverbrauchers, die nach der 102. Kartenperiode ... 1.014 Kalorien pro Tag enthalten soll, beträgt nach deutschen Feststellungen tatsächlich nur 838,5 Kalorien.
"Diese Zuteilung liegt erheblich unter den Rationen, die den KZ-Insassen (während des NS-Regimes) gewährt wurden", schreibt eine von der Militärregierung lizenzierte Zeitung dazu.
Und immer noch strömen Menschen durch Friedland. ... Es steht schlimm um Deutschland. ...
Man schätzt, daß monatlich mehr als 15.000 Menschen illegal die Zonengrenze in Richtung West oder Ost überschreiten. Auch Menschen, die jeden Halt und eine noch so lockere Ordnung ablehnen oder verlernt haben. Dazwischen ausgesprochen kriminelle oder asoziale Elemente. ...<<
US-Militärgouverneur Clay telegraphierte am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<
Am 17. Juli 1947 ersetzte die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragte US-Militärgouverneur Clay, den Wiederaufbau der

deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die – auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens – zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.
Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<
Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.
Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik, um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Der Marshall-Plan, wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten, sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.
James Warburg, Berater der US-Militärregierung in Deutschland, begründete später die nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...
Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt. ...
Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...
Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...
Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.
Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.
Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<
Andrei A. Shdanow, ein enger Mitarbeiter Stalins, erklärte am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/381-382): >>... Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den

Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunützen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.
In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...
Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marschall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...
Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter.
Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marschall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.
Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen.
Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...
Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, ... wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<
Am 3. April 1948 wurde das europäische Wiederaufbauprogramm verabschiedet. Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-1952 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Bis zum 30. Juli 1952 erhielten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).
Am 27. Februar 1953 verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland in einem deutsch-amerikanischen Abkommen zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe. In den folgenden 30 Jahren sollten 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/156).
Die Nordamerikaner konnten die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielten. Von 1938-1947 konnte Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage war, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.
Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur

Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).
Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 … vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen. …
Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden. …<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schrieb später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

Keine deutsche Friedensregelung
Im Verlauf der 5. Außenministerkonferenz in London, vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947, konnten sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen.
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 19. März 1958 über den geplanten deutschen Friedensvertrag: >>**Die Phantasie der Geschichte**
... Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.
Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."
Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".
England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzediert worden seien.
Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag

verankert werden sollten:
- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.
- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.
- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.
- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.
- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.
- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.
- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.
- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.
- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".
- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.
- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.
Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.
Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufrichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab. ...<<
Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, prote-

stierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.
Während des "Kalten Krieges" erlahmten die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigte jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stufte sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.
US-Militärgouverneur Clay berichtete später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146): >>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."
Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<
US-Militärgouverneur Clay warnte am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.
Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

Währungsreform in den Besatzungszonen
Jack Bennett, oberster Finanzberater der US-Regierung, informierte über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<
Am 18. Juni 1948 verkündeten die westlichen Militärregierungen im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.
Die westlichen Alliierten verkündeten am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.
Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.
Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.
Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<
Marschall Wassili D. Sokolowski, von 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, verbot am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnete die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.
Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die Währungsreform durchgeführt.
Jeder Westdeutsche erhielt ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wurde. Sämtliche Forderungen wurden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauschte man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/-214).
Diese Währungsreform traf besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten - Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und

andere - wurden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhielten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wurde nicht reduziert und sie wurden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten war für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schaffte trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".
Am 23. Juni 1948 wurde gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt - das Umtauschverhältnis entsprach z.T. dem Tausch in den Westzonen.

Die Berlin-Blockade
Am 24. Juni 1948 blockierten sowjetische Truppen sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrachen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin konnte infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden. General Clay, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone, erklärte am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).
US-Militärgouverneur Clay erteilte am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten. Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade am 12. Mai 1949 in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).
Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtete später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.
Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.
Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<
Schlußbemerkungen: Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkauft.
Das Potsdamer Abkommen wurde besonders von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vorsätzlich gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährden können
Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht

eintritt. …
Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<
Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>… (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann … Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<
Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1948 die europäische Integration (Zusammenschluß von zunächst westeuropäischen Staaten). Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.
Der US-Bankier Young begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... und daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.
Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.
Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

Gründung des Staates Israel
David Ben Gurion (Präsident der zionistischen Arbeitergewerkschaften) forderte am 27. Januar 1946 in München die Rückgabe Palästinas (Kanaan, das "gelobte Land"), um einen selbständigen jüdischen Staat zu gründen.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die geschichtliche Entwicklung Palästinas (x192/458): >>... Nirgendwo ... hinterließen die europäischen Mächte ein chaotischeres Erbe als im Nahen Osten. Nach dem Weltkrieg kämpften nationalistische Bewegungen, viele mit engen Beziehungen zur Sowjetunion, um die Unabhängigkeit von der westlichen Vorherrschaft. Die erste, die Erfolg hatte, war nicht arabisch, sondern jüdisch.
Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre waren jüdische Siedler in großer Zahl nach Palästina gekommen, in der Hoffnung auf eine neue Heimat, die ihnen die Briten versprochen hatten. Nach dem Krieg kamen Millionen weitere Einwanderer, darunter auch viele Überlebende des Holocaust.
Großbritannien, das um seine gute Beziehungen zu den Arabern fürchtete, suchte Ausflüchte, um einen Judenstaat zu verhindern und provozierte damit jüdische Gruppen zu einer Welle antibritischer Terrorakte. Unfähig eine Lösung zu finden, zogen sich die Briten 1948 schließlich zurück. ...<<
Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärte am 14. Mai 1947 vor der UN-Vollversammlung zur geplanten Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat (x128/363): >>Die Erfahrung der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk in der Verteidigung seiner Rechte und bloßen Existenz vor der Gewalttätigkeit der Hitleristen und ihrer Verbündeten hinreichenden Schutz zu bieten. ...
Dies erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Es wäre ungerecht,

dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieser Bestrebungen zu leugnen. ...
Die Vertreter der arabischen Staaten machen geltend, daß die Teilung Palästinas eine historisches Unrecht wäre, doch diese Auffassung des Falls ist unannehmbar, wenn auch nur, weil schließlich das jüdische Volk über einen ansehnlichen Zeitraum der Geschichte eng mit Palästina verbunden gewesen ist. ...
Es könnte nicht schaden, meine Zuhörer, nochmals zu erinnern, daß durch den Krieg, den Hitlerdeutschland entfachte, die Juden als Volk mehr gelitten haben als irgendein anderes Volk. ...<<
Der ehemalige deutsche Generalmajor Jochen Löser (1918-2001) berichtete später über die geplante Teilung Palästinas (x099/178): >>... England konnte es sich weder wirtschaftlich noch angesichts der kriegsmüden britischen Volksstimmung erlauben, ein großes Truppenkontingent in Palästina zu unterhalten, um Herr über den jüdischen Widerstand zu werden. Es überließ deshalb die Entscheidung über Palästina den Vereinten Nationen.
Dort ergab sich eine eigenartige Situation: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren für Beendigung des britischen Mandats, für eine Teilung des Landes und die Gründung von zwei unabhängigen Staaten, einem jüdischen und einem arabischen.
Am 14. Mai 1947 hielt der russische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, eine Rede zu Gunsten der zionistischen Bestrebungen, einen jüdischen Staat zu gründen. Diese Änderung in der sowjetischen Einstellung, die während der vorhergehenden 30 Jahre den Zionismus aufs schärfste bekämpft hatte, war zweifellos von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs beeinflußt. Aber nicht nur das allein; die Sowjetunion kam zur klaren Erkenntnis, daß von allen Elementen der Mittelostszene nur die jüdische Bevölkerung Palästinas und der Zionismus in der Lage waren, die Engländer aus der Region zu verdrängen und damit ein leichteres Eindringen der Sowjetunion ins Mittelmeer zu ermöglichen.
Das wurde ganz offensichtlich, als während des israelischen Befreiungskrieges von 1947/49 nur die Sowjetunion (über die Tschechoslowakei) die neugeschaffene Verteidigungsarmee Israels (IDF) mit Waffen belieferte, wogegen die westlichen Staaten ein Waffenembargo über den neugeborenen Staat Israel verhängt hatten.
Die in tschechischen Fabriken produzierten Mausergewehre, leichte Maschinengewehre vom Typ M. G. 34, Besa-Maschinengewehre und die Messerschmitt 109-Jäger waren die einzigen fabrikneuen Waffen, die dem um sein Leben kämpfenden Staat Israel zur Verfügung standen und ihm zum Siege verhalfen. ...<<
Die UN-Vollversammlung stimmte am 29. November 1947 einer Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat zu.
Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina rief Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.
In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 hieß es (x128/364): >>In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das unsterbliche "Buch der Bücher".
Mit Gewalt aus seinem Lande vertrieben, bewahrte es ihm in allen Ländern der Diaspora die Treue und hörte niemals auf, um Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und auf sie zu hoffen.
Aufgrund dieser historischen und traditionellen Verbundenheit strebten die Juden in allen Geschlechtern danach, ihre alte Heimat wiederzugewinnen; In den letzten Generationen kehrten viele in ihr Land zurück; Pioniere, Helden und Kämpfer brachten die Wüste zu neuer Blüte, erweckten die hebräische Sprache zu neuem Leben, errichteten Städte und Dörfer und schufen

so eine ständig zunehmende Bevölkerung eigener Wirtschaft und Kultur, friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen, eine Bevölkerung, die allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringt und nach staatlicher Selbständigkeit strebt. ...
Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weithin öffnen und dem jüdischen Volke die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen. ...
Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein; er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen; er wird auf den Grundlagen der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens, im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein; er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren; er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...
Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammenzuarbeiten. Der Staat Israel ist bereit, seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung, den ganzen Vorderen Orient zu entwickeln, beizutragen.
Wir appellieren an das jüdische Volk in der Diaspora, sich um Israel beim Werke der Einwanderung und des Aufbaus zu scharen und ihm in seinem schweren Kampfe um die Verwirklichung des Generationen alten Strebens nach Erlösung Israels zur Seite zu stehen.<<
Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.
Der palästinensische Schriftsteller Sami Hadawi (1904-2004) und der nordamerikanische Historiker Walter Laqueur schrieben später über die Gründung Israels (x243/255): >>Israel (ist) 1948 gegen den Willen der arabischen Mehrheit des Landes gegründet (worden), auf ihrem privaten Land. ... Nach Erreichen der Staatlichkeit terrorisierten die jüdische Gemeinschaft und dann der Staat mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ... in eine Flucht in die benachbarten arabischen Länder um ihrer Sicherheit willen.
(Die Juden) vertrieben ... auf ihrer Suche nach einem Asyl vor der Verfolgung in Europa die Araber aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat. Die Verfolgten wurden selbst zu Verfolgern. ... Eine fremde Gruppe hatte um 1948 dank des Weltzionismus und der Unterstützung einer Anzahl westlicher Länder die meisten Palästinenser des größten Teils ihres Landes enteignet. Diese Enteignung war ein Beispiel des Kolonialismus im klassischen Sinne. ...<<
>>Vom arabischen Standpunkt war der Zionismus eine aggressive Bewegung und die jüdische Einwanderung eine Invasion. Die Zionisten sind schuldig, sich so verhalten zu haben wie alle anderen Völker – nur mit einer gewissen historisch bedingten Verspätung.
Nationalstaaten sind niemals als Folge friedlicher Entwicklung und juristischer Verträge entstanden. Sie sind vielmehr aus Invasion, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kämpfen hervorgegangen.
Es war die historische Tragik des Zionismus, daß er auf der internationalen Szene erschien, als es auf der Weltkarte keine weißen Flecken mehr gab. Wo immer sich die Juden angesiedelt hätten, sie wären früher oder später mit der bodenständigen Bevölkerung in Konflikt geraten.

Die Bildung von Nationalstaaten war stets mit Ungerechtigkeiten verbunden. Nationale Minderheiten wurden absorbiert und assimiliert oder dezimiert oder vertrieben. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die Gründung Israels (x192/459): >>... 1947 stimmte die britische Regierung einem Abzug aus Palästina zu; am Tag des britischen Rückzugs wurde der Staat Israel proklamiert.
Es kam zum Krieg, die Araber wurden geschlagen. Zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas verließen ihre Heimat und flüchteten nach Jordanien, Gaza, Syrien und in den Libanon. Nach dem Ende des Krieges feierten die jüdischen Soldaten die Errichtung des ersten jüdischen Staates in Palästina seit der Eroberung durch die Römer.
Israels Ablehnung palästinensischer Forderungen und die Weigerung der arabischen Staaten die Existenz Israels anzuerkennen, führte zu drei weiteren Kriegen 1956, 1967 und 1973. Dank besonderer Taktik und Bewaffnung blieb Israel in all diesen Konflikten siegreich und konnte die von ihm besetzten Gebiete noch vergrößern. ...<<
Konrad Adenauer schrieb am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!
Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereiterklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem narzißtischem Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.
Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.
Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.
Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<
Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führten am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.
Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichneten am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.
In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung
DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind
UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...
SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<
Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtete später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:

"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite." ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. … Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt. …<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen (x169/88-90): >>... Deutschland (trat) zu Beginn der fünfziger Jahre in Verhandlungen mit jüdischen Einrichtungen ein und unterzeichnete Abkommen über Entschädigungszahlungen. Bis heute hat es etwa 60 Milliarden Dollar ausbezahlt, was, wenn überhaupt, nur wenig äußeren Druckes bedurfte. ...

Im Rahmen von drei verschiedenen Abkommen, die 1952 unterzeichnet wurden, war die deutsche Regierung bestrebt, jüdische Opfer zu entschädigen. Ein separates Abkommen mit Israel stellte Subventionen für die Eingliederung mehrerer hunderttausend jüdischer Flüchtlinge bereit. Gleichzeitig verhandelte die deutsche Regierung mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, einer Dachorganisation aller großen jüdischen Organisationen, über eine finanzielle Regelung.

Man nahm an, die Claims Conference würde die Gelder, zwölf Jahre lang jeweils 10 Millionen Dollar oder etwa eine Milliarde Dollar nach heutigem Wert, für jüdische Opfer der Naziverfolgung verwenden, die im Entschädigungsprozeß durch das Raster gefallen waren.

Meine Mutter war ein solcher Fall. Als Überlebende des Warschauer Ghettos, des Konzentrationslagers Majdanek und der Zwangsarbeits-Lager von Czestochowa und Skarszysko-Kamiena bekam sie von der deutschen Regierung nur 3.500 Dollar Entschädigung. Andere jüdische Opfer (und viele, die in Wahrheit keine waren) erhielten von Deutschland jedoch lebenslange Pensionen, die sich schließlich zu mehreren hunderttausend Dollar summierten. Die Gelder, die der Claims Conference übergeben wurden, waren jenen jüdischen Opfern zugedacht, die nur minimale Entschädigungen bekommen hatten.

Die deutsche Regierung war in der Tat bestrebt, in der Vereinbarung mit der Claims Conference ausdrücklich festzuhalten, daß die Gelder ausschließlich an genau bezeichnete jüdische Überlebende gehen sollten, die von deutschen Gerichten unfair oder unangemessen entschädigt worden waren. Die Konferenz zeigte sich empört, daß man ihre guten Absichten in Zweifel zog. ...<<

Die Bundesregierung beschloß im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die

Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhob.
Hierzu zählten z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 26. Juli 2008: >>**Churchill - ein Zionist?**
Von Benny Morris
Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht
Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong Friendship" …) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.
Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heimstatt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.
In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten solle, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.
Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.
Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.
Doch es reichte noch tiefer.
1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen projüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben, doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ... (denen) man ins Auge sehen muß ... Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."
Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und be-

deutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel). In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten.
Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren. (General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)
Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die Todeslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.
Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Premierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa.
Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern. In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt.
Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."
Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.
Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu geben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinett durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.
In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdi-

sche Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.
Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollversammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staats noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.
Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern. Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.
Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zeigen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden behandeln."
Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. August 2016 (x887/...): >>**Anklage wegen britischen "Massakers"?**
London soll sich nach dem Willen der Palästinenser wegen der Balfour-Deklaration vor Gericht verantworten
Um die Juden im Ersten Weltkrieg auf ihre Seite zu ziehen, sicherte der damalige britische Außenminister Arthur James Balfour am 2. November 1917 Lionel Walter Rothschild und den Zionisten die Unterstützung seines Landes zu bei der Errichtung einer "nationalen Heimstätte" der Juden in Palästina. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat sich nun an die Arabische Liga gewandt, die britische Regierung juristisch wegen dieser Deklaration zu verklagen.
Der Außenminister der Autonomiebehörde, Riyad al-Maliki, hielt im Auftrag von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas auf dem 27. Gipfel der Arabischen Liga in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott eine Rede. In ihr sagte er: "Bald naht der 100. Jahrestag seit dem historischen Massaker unseres Landes. Mit der Balfour-Deklaration begann die Katastrophe unseres Volkes vor fast 100 Jahren. Wir fordern das Sekretariat der Arabischen Liga auf, die Autonomiebehörde zu unterstützen, gerichtliche Schritte gegen die britische Regierung in dieser Angelegenheit zu unternehmen."
Anschließend dankte Maliki den anderen arabischen Staaten, daß sie seit der Gründung des Staates Israel 1948 nicht aufgehört hätten, die palästinensische Sache zu unterstützen. Er warnte jedoch gleichzeitig arabische und afrikanische Staaten davor, ihre Beziehungen mit Israel vor einem endgültigen Friedensschluß und der Errichtung eines Palästinenserstaates in

der Region zu normalisieren.
In den letzten Monaten hatten nämlich einige afrikanische Staaten ihre seit 1967 beziehungsweise 1973 abgebrochenen Beziehungen zum Staate Israel wieder aufgenommen, darunter auch die mehrheitlich muslimischen Staaten Tschad und Niger. Begründet wurde dieser Schritt mit einer neuen Sicherheitspartnerschaft im Kampf gegen den islamistischen Terror, der immer mehr Staaten Westafrikas existentiell bedroht. Israel mit seinem Fortschritt in der Urbarmachung von trockenen Wüstengebieten hatte diesen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit Anfang der 1960er Jahre Entwicklungshilfe geleistet.
Aber nicht nur afrikanische Länder sind an einer Sicherheitspartnerschaft mit Israel interessiert. Sogar das Königreich Saudi-Arabien, das gar keine diplomatischen Beziehungen zum Judenstaat unterhält, und Juden nicht einmal die Einreise in sein Land erlaubt, bemüht sich immer mehr Sicherheits-Kontakte zu Israel aufzubauen, weil längst der schiitische Iran als Hauptgegner gilt und nicht mehr der Judenstaat. Zuletzt hatte erstmals ein pensionierter saudischer General Israel besucht.
Während Israel jetzt mit einigen seiner Hauptgegner in der Region Kontakte aufnimmt, verschlechtern sich die Beziehungen mit seinem einstigen Geburtshelfer, Großbritannien. Die Liberaldemokratin, ehemalige Unterhaus- und heutige Oberhausabgeordnete Jenny Tonge prophezeite kürzlich, daß Israel kurz davor stehe vernichtet zu werden und machte das Land für den Anstieg des weltweiten muslimischen Dschihadismus verantwortlich.
Laut Tonge sei die schlechte Behandlung der Palästinenser durch Israel Schuld am Anstieg des weltweiten islamistischen Extremismus, einschließlich des Islamischen Staates (IS). Israel habe durch seine Politik bei Generationen palästinensischer Jugendlichen den Haß gegen Juden und Großbritannien verursacht.
Für diese Äußerung wurde Tonge von Marie van der Zyl in einer Rede verurteilt. Die Vizepräsidentin des Board of Deputies of British Jews (Abgeordnetenausschuß der britischen Juden), der bedeutendsten repräsentativen Körperschaft der britischen Judenheit, zu deren Präsidenten auch Lionel Walter Rothschild gehörte, appellierte an den Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei, Tim Farron, Tonge wegen dieser Äußerungen aus der Partei auszuschließen.
Auch die Labour-Partei sieht sich in den vergangenen Monaten verstärkt mit Antisemitismus-Vorwürfen konfrontiert. Nicht alle Vorwürfe richten sich gegen muslimische Parteimitglieder. So hatte Vicki Kirby im Jahr 2014 als Kandidatin für einen Sitz im Parlament gesagt, der Islamische Staat solle Israel angreifen. Auch daß Juden "lange Nasen" hätten, behauptete sie auf ihren Tweets. Nach zwischenzeitlichem Ausschluß wurde Kirby wieder zugelassen und stellvertretende Ortsvorsitzende, nur um kurz darauf wegen weiterer Äußerungen wieder ausgeschlossen zu werden. Ein weiteres Labour-Parteimitglied sorgte auf Twitter-Post für Aufsehen, als er behauptete, Israel betreibe die Terrormiliz "Islamischer Staat".
Der Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn bezeichnete 2009 die sunnitische Palästinenser-Organisation Hamas und die schiitische Partei und Miliz im Libanon Hisbollah, die beide das Existenzrecht Israels bestreiten, als seine Freunde. Corbyn hatte Vertreter dieser Organisationen auch ins britische Parlament eingeladen. Er hält es für geboten, beide Organisationen, die er mit rechten israelischen Parteien vergleicht, in den Friedensprozeß im Nahen Osten einzubinden. Nicht wenige sehen im Vorsitzenden die Ursache des Anwachsens der Kritik an Israel in der britischen Arbeiterpartei; von daher trauten sich viele Israel-Kritiker jetzt aus der Deckung.<<
Schlußbemerkungen: Der israelische Schriftsteller Amos Elon (1926-2009) schrieb später in seinem Buch "Die Israelis, Gründer und Söhne" über den Zusammenhang von traumatischen Erfahrungen und politischen Entscheidungen (x128/366): >>... Die Vernichtung der Juden Europas durch die Nazis bleibt ein grundlegendes Trauma der israelischen Gesellschaft. Man

kann seine Auswirkung auf den Prozeß der Nationwerdung nicht hoch genug einschätzen. ...
Im Falle Israels waren die Bilder, die in einem entscheidenden frühen Stadium auf den dunklen Grund der Seele eingebrannt wurden, die Bilder einer Danteschen Hölle. Diese Hölle war die Vernichtung eines Drittels des jüdischen Volkes. Ihre Vernichtung durch die Nazis bedeutete die Zerstörung eben jener osteuropäischen Welt, gegen die sich die Rebellion der frühen Pioniere gerichtet hatte, einer Welt, deren Vorposten und Erbe Israel trotz allem wurde.
Daraus erklärt sich das starke Gefühl der Einsamkeit, ein Hauptcharakteristikum der israelischen Geisteshaltung seit der Unabhängigkeit. Daraus erklärt sich das nahezu besessene Mißtrauen, der alles überwiegende Drang, sich in einer Welt, die solche Katastrophen zuließ, nur auf sich selbst zu verlassen. Daraus erklären sich die Ängste und die Vorurteile, die Leidenschaften, der Schmerz und der Stolz, die das öffentliche Leben kennzeichnen und wahrscheinlich noch lange Zeit auf die Nation einwirken werden. Die bleibende Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis lassen die arabischen Vernichtungsdrohungen glaubwürdig erscheinen. ...
Besonders junge Israelis sind davon überzeugt, daß die Bestimmung der Juden zur Vernichtung nur deshalb möglich war, weil die Juden allein unter den Völkern kein eigenes Land besaßen und weil sie daher auch keinerlei Mittel zum Widerstand besaßen. Das bedeutet nicht, daß Souveränität allein automatische Sicherheit und Leben garantiert. Die Erfahrungen des souveränen Israel widerlegt eine derartige Vorstellung. Ohne den Willen und die Fähigkeit, dafür zu kämpfen, ist Souveränität sinnlos. Aber die Souveränität – und sie allein – gestattet es einem Volk, den Willen, der zum Überleben notwendig ist, und die dazu erforderlichen physischen Mittel aufzubringen. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der deutschen Geschichte, Band 11 (25 PDF-Dateien): **01.04.2019.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten deutschen Geschichte, Band 11 (25 PDF-Dateien): **01.08.2021.**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 11/1 – Band 11/2 (2 PDF-Dateien): **01.04.2025.**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis
Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertrei-

	bung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x013	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x016	Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x023	Maser, Werner: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x029	Zayas, Alfred Maurice de: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x031	Schön, Heinz: Flucht über die Ostsee 1944/45 im Bild. 3. Auflage. Stuttgart 1994.

x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Das III. Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x042	Wyman, David S.: Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x049	Holmsten, Georg: Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland. Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland. Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x052	Ziemke, Earl F.: Die Schlacht um Berlin. Rastatt 1992.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2.

	Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x066	Trevor-Roper, Hugh: Hitlers letzte Tage. 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x072	Hermand, Jost: Als Pimpf in Polen. Erweiterte Kinderlandverschickung 1940-1945. Frankfurt/Main 1993.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x078	Folttmann, Josef, und Hanns Möller-Witten: Opfergang der Generale. Die Verluste der Generale und Admirale ... im Zweiten Weltkrieg. Berlin 1952.
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x081	Frevert, Hans (Hg.): Verachtet – Gehetzt - Verstoßen. Die Verfolgung des Menschen aus rassischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x083	Gellhorn, Martha: Das Gesicht des Krieges. Reportagen 1937-1987. München/Hamburg 1989.
x084	Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.

x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): Frieden ohne Rüstung? Herford/Bonn, 1989.
x099	Löser, Jochen: Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x100	Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x103	Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Ostdeutsche Gedenktage 1989. Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: Die Ruinenkinder. Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x121	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: Überleben und Neubeginn. Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte. 3.

	Auflage. München/Wien 1985.
x138	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Blitzkriege. München/Köln 1989.
x139	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 1: 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x165	Terkel, Studs: Der Gute Krieg. Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x166	Kennedy, Paul: Die Casablanca-Strategie. Wie die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen. München 2014.
x169	Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x172	Baker, Nicholson: Menschenrauch. Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdekkungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x184	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Sudetenland. Augsburg 1994.
x186	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Pommern. Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.

x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Lexikon. Geographie, Geschichte, Kultur. Augsburg 1996.
x215	Fischer-Fabian S.: Preußens Krieg und Frieden. Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x222	Plievier, Theodor: MOSKAU. München 1952.
x233	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 5. Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band III. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x244	Ripper, Werner (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus. Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x264	Gosztony, Peter: Stalins fremde Heere. Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x267	Johann, Ernst (Hg): Innenansicht eines Krieges. Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x269	Ferber, Christian (Hg.): Berliner Illustrirte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x286	Martin, Paul C.: Zahlmeister Deutschland. So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x291	Loth, Wilfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.

x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x307	Clark, Christopher: DIE SCHLAFWANDLER. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x311	Benoist-Méchin, Jacques: Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte. Stegen am Ammersee 2009.
x312	März, Peter: MYTHEN, BILDER, FAKTEN. Auf der Suche nach der deutschen Vergangenheit. München 2010.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x318	Losurdo, Domenico: Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x319	Flocken, Jan von: 1000 Jahre Deutsches Reich. Unsere Geschichte, unsere Leistungen, unser Stolz. 2. Auflage. COMPACT-Geschichte Nr. 1. Werder 2018 (Havel).
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder 2018 (Havel).
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder 2018 (Havel).
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x338	Fritze, Lothar: Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x352	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Mas-

	senvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x827	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 7. Band: Fos - Gilb. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x842	Weimarer Verfassung 1919: http://www.wcurrlin.de/links/interaktiv/verfassung_-1919/1_weimar.htm - September 2013.
x844	Liebermann: http://de.wikiquote.org/wiki/Max_Liebermann - September 2013.
x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/-Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.
x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegs-ordnung.htm - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/in-dex.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x940	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/06/27/versailles-1919-die-unterwerfung-deutschlands-unter-das-kriegsschuld-diktat/ – November 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019
x962	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/05/15/das-britische-schachspiel-die-instrumentalisierung-hitlers-fur-die-westliche-kriegs-strategie/ – November 2019
x968	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/08/04/wie-einflussreiche-kreise-in-eng-land-zum-ersten-weltkrieg-trieben/ – November 2019
x972	https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28308 – April 2020
x979	https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013 – September 2020
x980	http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&type=102&tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1 VII. Jahrgang. No. 62. Neueste Mittheilungen. Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee. Berlin, Montag, den 25. Juni 1888. – September 2020
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de - Dezember 2021
x1.144	https://www.nachdenkseiten.de/?p=84498 - Juni 2022

Bildnachweis

Standarte des deutschen Kaisers (1888-1918)
Internetquelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Flaggen_des_Deutschen_Kaiserreichs - 8. Mai 2014

Flagge des Reichspräsidenten (1921-1926)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm - 8. Mai 2014

Reichsadler (ohne Hakenkreuz) zur Zeit des Nationalsozialismus 1933-45
Internetquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswappen_Deutschlands - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.